

Digitized by the Internet Archive
in 2022 with funding from
Kahle/Austin Foundation

H A N D B U C H
Handbuch

DES
des

KATHOLISCHEN KIRCHENRECHTS
katholischen Kirchenrechts

auf Grund des neuen Kodex vom 28. Juni 1917

herausgegeben von

Prälat Dr. Martin Leitner

o. Hochschulprofessor in Passau

Parts 1-2-3

In Einzellieferungen

Erste Lieferung

Grundlagen der kirchlichen Gesetzgebung;
allgemeines Personenrecht

Zweite, verbesserte Auflage



Verlag Jos. Kösel & Friedrich Pustet
Kommanditgesellschaft / Verlagsabteilung Regensburg

24101

KBU

2210

A5215

1921

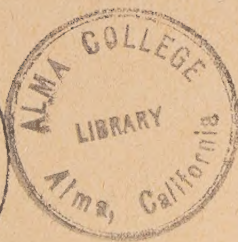
v. 1-3

P+1

Inhaltsverzeichnis.

Das Gesetzbuch des Kirchenrechts. Codex Iuris Canonici.

	Allgemeines.	Seite
§ 1.	Quellen des Kirchenrechts	7
§ 2.	Das Corpus Iuris Canonici	20
§ 3.	Literatur des Kirchenrechts	26
§ 4.	Gestalt und Geschichte des Roder	28
§ 5.	Allgemeine Gesichtspunkte	32
§ 6.	Die Kirchengesetze	35
§ 7.	Von der Gewohnheit	42
§ 8.	Von der Zeitberechnung	44
§ 9.	Von den Reskripten	46
§ 10.	Von den Privilegien	55
§ 11.	Die Dispense vom Gesetze	61
§ 12.	Das kirchliche Personenrecht im allgemeinen	63



Vorwort zur zweiten Auflage.

Drei Jahre sind verflossen seit dem Inkrafttreten des neuen kirchlichen Gesetzbuches (19. Mai 1918). Mit großem Eifer haben sich die kirchlichen Obern bemüht, in den Geist und Buchstaben des neuen Rechtes einzudringen und dasselbe in ihren Gebieten zur Einführung zu bringen. Priester und Laien, Veteranen und Studierende, Katholiken und Apatholiken haben, diesem Beispiele folgend, dem Roder seltene Beachtung und liebevolles Eindringen zugewendet. Diesem Umstande verdankt auch vorliegendes „Handbuch“ trotz der Zeiten Ungunst den raschen Absatz; die ersten drei Lieferungen erheischen eine Neuauflage. In der Neuauflage der ersten Lieferung mußte die provisorische Behandlung der Kirchengebote wegfallen, weil auch der Grund wegfiel. Ebenso mußte die Darlegung der deutschen Konkordate abgesetzt werden, da eine Neuerrichtung bevorsteht. Dagegen wurden die allgemeinen Quellen des Kirchenrechts an die Spitze des Roderrechtes gestellt. Die Neuauflage der zweiten und dritten Lieferung folgt unmittelbar. Mit innigem Dank für die gütigen Winke verbindet sich die Bitte um freundliche Aufnahme des „Handbuches“ auch im neuen Gewande. Möge „Gott dem Pflanzenden und Begießenden das Gedeihen gewähren!“

Passau, 21. April 1921.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis

zur zweiten Lieferung.

Das Gesetzbuch des Kirchenrechts. Codex Iuris Canonici.

2. Buch. Kirchliches Personenrecht.

I. Das Laienrecht.

Allgemeine Gesichtspunkte.

	Seite
§ 1. Erwerb und Beweis der Kirchenmitgliedschaft	82
§ 2. Verlust und Wiedererwerb der Kirchenmitgliedschaft	84
§ 3. Kirchliche Rechte der Laien	88
§ 4. Pflichten der Laien	89
§ 4a. Kirchengebote	91

Das kirchliche Vereinsleben.

§ 5. Die kirchlichen Vereinigungen im allgemeinen	105
§ 6. Die kirchlichen Vereinigungen im besonderen	112
§ 7. Von den Erzbruderschaften und Vorsteher-Vereinen	119

II. Das Geistlichenrecht.

1. Kapitel. Eintritt in den Klerikalstand.

§ 8. Die Weihe (ordo) im allgemeinen	121
§ 9. Außeres Zeichen des Empfanges der Weihe	123

Vom Spender der Weihe.

§ 10. Erfordernisse zur gültigen Spendung der Weihe auf seiten des Spenders	126
§ 11. Erfordernisse zur erlaubten Spendung der Weihe auf seiten des Spenders	129
§ 12. Die Wehezuständigkeit	133
§ 13. Die Weiheerlaubnißschreiben	136

Vom Empfänger der Weihe.

§ 14. Erfordernisse zum gültigen Weiheempfang	141
§ 15. Allgemeine Erfordernisse zum erlaubten Weiheempfang	143
§ 16. Besondere Erfordernisse zum erlaubten Weiheempfang	146
§ 17. Der Wehetitel	150
§ 17a. Der landesherrliche Tischtitel	154
§ 18. Erfordernisse für die Bischofsweihe	156

Die Irregularitäten und Weihehindernisse.

§ 19. Vorbemerkungen	157
§ 20. Die Irregularitäten aus einem Gebrechen	159
§ 21. Die Irregularitäten aus einem Verbrechen	173

	Seite
§ 22. Die Weishehindernisse	188
§ 23. Dispense von Irregularitäten und Weishehindernissen	193
§ 24. Unmittelbare Vorbereitung auf die Weihen	197
§ 25. Strafen wegen Übertretung der Weishegesetze	202
2. Kapitel. Folgen und Wirkungen der Weisheerteilung.	
§ 26. Die schriftliche Bezeugung der erteilten Weishe	203
§ 27. Die Wirkung der Weishe im allgemeinen	204
§ 28. Die Rechte der Kleriker	206
3. Kapitel. Die Privilegien oder Vorrechte der Kleriker.	
§ 29. Das Vorrecht der Unverletzlichkeit	208
§ 30. Das Vorrecht des gesreiten Gerichtsstandes	210
§ 31. Das Vorrecht der Freiheit von weltlichen Ämtern und Lasten	214
§ 32. Die Rechtswohlthat des Nothbedarfes	217
§ 33. Verlust der klerikalen Vorrechte	218
4. Kapitel. Pflichten der Kleriker.	
§ 34. Die Pflicht der Selbstheiligung	219
§ 35. Der kanonische Gehorsam	222
§ 36. Verbollkommnung der theologischen Wissenschaft	225
§ 37. Der Zölibat der Geistlichen	228
§ 38. Der Verkehr der Kleriker mit den Frauen	246
§ 39. Das gemeinsame Leben der Kleriker	249
§ 40. Die klerikale Tracht	251
§ 41. Standeswidrige Beschäftigungen der Kleriker	257
§ 42. Über die Beteiligung des Klerus an politischen Fragen	264
§ 43. Die Zurückverlegung der Kleriker in den Laienstand	266
Anhang. Über religiöse Kindererziehung und Bekenntniswechsel	269

Abkürzungen.

AAS.	= Acta Apostolicae Sedis.
A.-L.	= Acta Conc. Plen. Americae Latinae 1899.
ASS.	= Acta Sanctae Sedis.
D.-B.	= Denzinger-Bannwart: Enchiridion ¹² .
f. s.	= ferendae sententiae.
l. s.	= latae sententiae.
ME.	= Monitore Ecclesiastico.
PMG.	= Passauer Monatschrift.
RG.	= Bayer. Religionsedikt (= 2. Verfassungsbeilage 1818).

Inhaltsverzeichnis

zur dritten Lieferung.

Das Gesetzbuch des Kirchenrechts. Codex Iuris Canonici.

2. Buch. Kirchliches Personenrecht.

III. Das Ordensrecht.

	Seite
§ 1. Begriff; Einteilung; Rangstellung	273
§ 2. Das rechtliche Entstehen und Vergehen der religiösen Genossenschaften	281
§ 3. Errichtung, Veränderung und Aufhebung von Ordens- häusern	290
§ 4. Ordensprovinzen	293
§ 5. Die Ordensobern und Ordenskapitel	294
§ 6. Die Ämter in den religiösen Genossenschaften	308
§ 7. Die Obern in Frauenklöstern und Frauenkongregationen	310
§ 8. Die Rechte der Kapitel	311
§ 9. Wahl der Obern	315
§ 10. Die kanonische Visitation	338
§ 11. Die Beichtväter der Ordensleute i. w. S.	344
§ 12. Die Kapläne der Ordensleute	363
§ 13. Besitz und Verwaltung des Ordensvermögens	370
§ 14. Der Eintritt in den Ordensstand. Das Postulat	381
§ 15. Zeugnisse für die Klosterkandidaten	384
§ 16. Die Aussteuer der weiblichen Religiösen	390
§ 17. Die Zulassung zum Noviziate	394
§ 18. Das Noviziat	397
§ 19. Die heilige Profess	410
§ 20. Der Studienbetrieb in den klerikalen Genossenschaften	423
§ 21. Die Pflichten der Religiösen	426
§ 22. Die Klausur der Religiösen	435
§ 23. Die Privilegien der Religiösen	448

	Seite
§ 24. Über das Sammeln insbesondere der Religiosen	465
§ 25. Religiosen, welche kirchliche Ämter bekleiden	469
§ 26. Der Übertritt von einer religiösen Genossenschaft zu einer anderen	474
§ 27. Der Austritt aus einer religiösen Genossenschaft	477
§ 28. Die Entlassung der Religiosen	487
§ 29. Die Gerichtszuständigkeit der Religiosen	501
§ 30. Die obersten Kirchenbehörden in Sachen der Religiosen	503
§ 31. Über das Ordenswesen in den morgenländischen Kirchen	508
Veränderungen während des Druckes	516

Abkürzungen.

AAS.	=	Acta Apostolicae Sedis.
A.-L.	=	Acta Conc. Plen. Americae Latinae 1899.
ASS.	=	Acta Sanctae Sedis.
CdR.	=	Commentarium de Religiosis.
f. s.	=	ferendae sententiae.
l. s.	=	latae sententiae.
QDZ.	=	Qinzer Quartalschrift.
M.E.	=	Monitore Ecclesiastico.
PMZ.	=	Passauer Monatschrift.
p. s.	=	nach einem Erklärungs- oder Verhängungspruch.
Statuta CBB.	=	St. Congregationis Benedictino-Bavaricae.

Handbuch

des

katholischen Kirchenrechts

auf Grund des neuen Kodex
/ vom 28. Juni 1917 /

herausgegeben von

Prälat Dr. Martin Leitner

o. Hochschulprofessor für Kirchenrecht und
Grundzüge des bayerischen Staats- und
Verwaltungsrechts, Defensor vinculi am
Bischöflichen Ehegericht zu Passau

Erste Lieferung

Grundlagen der kirchlichen Gesetz-
gebung; allgemeines Personenrecht

Zweite, verbesserte Auflage



1921

Verlag Josef Kösel & Friedrich Pustet
Kommanditgesellschaft / Verlagsabteilung Regensburg

Imprimatur.

Ratisbonæ, die 30. Aprilis 1921

Dr. Scheglmann

Vic. Gen.

Druck von Friedrich Pustet in Regensburg

Printed in Germany

**Das Gesetzbuch des Kirchenrechts.
Codex Iuris Canonici.**

Allgemeines.

§ 1. Quellen des Kirchenrechts.

I. Allgemeines. Im Anschluß an die Bestimmungen des Roder müssen wir hier die *Quellen* des Kirchenrechts im allgemeinen behandeln. Man unterscheidet *Daseins-* und *Erkenntnisquellen*. Die *Daseinsquellen* oder bewirkenden Ursachen des Kirchenrechts werden aufgefaßt einmal im Sinne der Träger der Gesetzgebungsgewalt: der Gottmensch und die von ihm gegründete Kirche; dann im Sinne der erlassenen *Gesetze selbst*, wie der Roder. *Erkenntnisquellen* sind die erlassenen Gesetze selbst, einzeln oder in Sammlungen, insofern sie der Erkenntnis zugänglich sind, z. B. in den AAS.

Daseinsquellen des allgemeinen Kirchenrechts sind folgende: a) das göttliche Recht, sei es Natur-, sei es positiv-göttliches Recht; vgl. Cann. 1038; 1043; 1068 usw.; b) das Recht, welches die Kirche schafft, entweder auf den allgemeinen Konzilien oder in den allgemeinen päpstlichen Erlassen oder in der Zulassung rechtmäßiger Gewohnheiten, endlich in den Vereinbarungen mit den Trägern der Staatsgewalt.

II. Das göttliche Recht. Die eigentliche Grundlage der Kirchenrechtsordnung und vorzüglichste Quelle desselben ist der gesetzgeberische Wille Christi, welcher seine Kirche ins Dasein rief und die Grundlinien ihres Aufbaues mit eigener Hand vorzeichnete. Dementgegen gibt es nicht wenige, welche meinen, Christus habe zwar ein Religions-system, eine Art „Philosophenschule“, aber keine festgefügte Kirche gegründet.

Die meisten Glaubensneuerer gehören hieher. — Dem widerspricht: a) die Vernunft; denn „die Kirche kann als irdischer Organismus der rechtlichen Ordnung nicht ent-

behren. Sie teilt dieses Schicksal mit jeder menschlichen Gemeinschaft", Emil Sehl ing: Kirchenrecht 1908 S. 7; ähnlich der protestantische Superintendent Ch. Theobald D ä c h s e l, „Paulus, der Apostel J. Chr.“, S. 38, 55 ff.; mit Recht muß Ernst R e n a n in seinem „Leben Jesu“ S. 195 bekennen: „Jesus legte mit seltener Sicherheit des Blicks den Grund zu seiner Kirche, welche dauern sollte.“— Einem Religionsystem widerspricht b) die O f f e n b a r u n g. Christus will ein Reich gründen, ein Himmelreich, ein Reich Gottes. Zu diesem Behufe scharb er Jünger um sich, wählte zwölf davon aus, denen er seine Gewalt überträgt; bestellt einen von diesen zum Felsen der Kirche, zum Hirten seiner Gesamtherde, zum Befestiger seiner Brüder. Mit Berufung auf seine höchste Gewalt befiehlt er seinen Aposteln, den Erdbreis zu erobern, die Menschen zu gewinnen durch Lehre und Glauben und sie der Kirche einzugliedern durch die Taufe mit dem Rechte, die Mitglieder nach seiner Anweisung zu leiten Mt 28, 18—20. Die Nichtmitglieder unterstehen nicht der kirchlichen Gesetz-, Richter- und Strafgewalt 1 Kor 5, 12. — Daß dieses Reich nicht der Himmel, das Reich der Vollendung, ist, ergibt sich aus den Gleichnissen des Herrn: Das Reich soll wachsen wie ein S a m e n, wie ein S e n f k o r n, soll sich verbreiten und Einfluß gewinnen wie ein S a u e r t e i g, soll bearbeitet werden wie ein W e i n b e r g. Dieses Reich enthält gute und s c h l i m m e Mitglieder; neben dem Weizen auch Unkraut, neben den guten auch schlechte Fische, neben den klugen auch törichte Jungfrauen, neben den beiden fleißigen Knechten einen faulen. — Christus trägt demnach die Idee des Reiches auf seine Gründung über. Dasselbe deuten an die Bilder vom S a u s Mt 12, 25; Mk 3, 25; Lk 11, 17; von der S t a d t Mt 12, 25; vom S c h a f f t a l l Joh 10, 16; das paulinische Bild vom L e i b e 1 Kor 10, 17 und a. a. O.

1) Christus hat gewisse Grundsätze des N a t u r r e c h t e s in seiner Kirche aufgenommen, indem er entweder naturrechtliche Einrichtungen ganz herübernahm, wie die Ehe, oder indem er die neugegründete Kirche auch nach den Grundsätzen des Naturrechtes verwaltet wissen wollte, z. B. Notwendigkeit der Freiheit für den Empfang der heiligen Sakramente, der Sprache oder des Gehörs für die Priester seiner Kirche.

2) Wie die gesamte Offenbarung, so hat Christus auch die Verfassungs- und Verwaltungsgrundsätze nicht schriftlich abgefaßt, sondern der mündlichen Überlieferung übergeben. Die von Christus gegründete Rechtsordnung war ursprünglich Tat und Leben; sie bestand schon geraume Zeit tatsächlich, bevor ihre Grundzüge in der Heiligen Schrift niedergelegt wurden. Manche der bestehenden Einrichtungen wurden niemals in der Heiligen Schrift festgelegt, wie die Kindertaufe; die Nichtzulassung der Frauen zum heiligen Dienste; die Sonntagsfeier; die Festlegung des Primates auf den Römischen Stuhl usw.

3) Aus der ursprünglich lebendig fließenden Überlieferung wurden die wichtigsten Grundzüge des Kirchenrechts durch Inspiration Gottes in der Heiligen Schrift des Neuen Testaments niedergelegt, während das Alte Testament vorbildend die Abschattung auch der rechtlichen Einrichtungen bietet, Kol 2, 17; Hbr 10, 1; so die Sichtbarkeit der Kirche; das eigene Priestertum in den drei Abstufungen des einen Hohenpriesters, der Priester und Leviten u. ä.

Im Alten Testament gab es Sitten-, Zeremonial- und Gerichtsgesetze. Diese Gesetze sind sämtlich mit dem Alten Bunde begraben, z. B. der Scheidebrief; indes bestehen noch jene Gesetze fort, welche dem Naturrechte entnommen waren, wie die meisten der 10 Gebote, und jene, welche im Neuen Testament ausdrücklich erneuert wurden, wie gewisse Verwandtschaftshindernisse.

Nicht alle Vorschriften des Neuen Testaments sind göttlichen Ursprungs, manche beruhen auf rein apostolischer Anordnung; so der Ausschluß der Bigamisten vom Wehesakrament 1 Tim 3, 2; Tit 1, 6; die Enthaltung von Gößenopfern, Blut, Ersticktem und verbotenen Verbindungen Apg 15, 29; — die Vorschrift, daß eine Frauensperson in der Kirche das Haupt bedecke 1 Kor 11, 5.

III. Die rein kirchliche Gesetzgebung. Die vom Gottmenschen gegebenen Grundzüge der kirchlichen Rechtsordnung erhielten weitere Ausbildung durch die in der Kirche bestehende Gesetzgebungsgewalt, welche je nach Bedürfnis ihre Tätigkeit entfaltet. Die Träger dieser Gewalt sind in verschiedener Weise tätig: teils einzeln, teils vereint auf den Kirchenversammlungen nach dem Vorbilde der Apostel Apg 15.

A. Die Konzilienbeschlüsse.

I. Bei den Konziliarbeschlüssen sind zu unterscheiden:

a) die Beschlüsse allgemeiner und beschränk-

ter Kirchenversammlungen; nur erstere haben Geltung für die Gesamtkirche; letztere können dieselbe erhalten durch besondere päpstliche Bestätigung und Ausdehnung, wie das in ausgedehntem Maße geschah durch Aufnahme partikular-kirchlicher Beschlüsse in die Dekretalen der Päpste, z. B. c. 1 De cond. (IV 5); c. 2 De furtis (V 18); — b) die Entscheidungen in Glaubenssachen (decreta dogmatica) und die auf die äußere Rechtsordnung sich beziehende Beschlüsse (canones disciplinares); so erließ das Tridentinum dogmatische und kirchenrechtliche Bestimmungen über die Ehe; vgl. sess. 24; — c) die eigentlichen Gesetze und die Vorverhandlungen, z. B. auf dem Vatikanum; — d) die noch zurecht bestehenden Gesetze und die durch spätere Erlasse beseitigten; vgl. Lateranense IV. c. 12 De poenitentiis (V 38) und Roder Can. 906.

II. Die nach dem Roder geltenden Rechtsbestimmungen für allgemeine Konzilien: 1) Der Papst ist es, welcher das Konzil beruft, verlegt, aufschiebt, auflöst oder bestätigt; er führt den Vorsitz und bestimmt die Verhandlungsgegenstände und die Geschäftsordnung Can. 222; c. 4 De iureiurando (II 24); Gregorius VII. 1179 in Coll. Harduini tom. VI p. 1 pag. 1586; Sägmüller, J. B.: „Kirchenrecht“ (3. Aufl.), §§ 105 u. 106, S. 495. — Ein Konzil ist nur dann allgemein, wenn der Papst dasselbe beruft oder wenigstens bestätigt, und zwar insoweit er dasselbe bestätigt. Wenn man auf die Tatsache hinweist, daß die ersten acht Konzilien von den Kaisern berufen wurden, so widerstreitet das obiger Behauptung in keiner Weise; denn a) nicht alle von den Kaisern berufenen und bestätigten Konzilien sind allgemeine; so wurde die Synode zu Ephesus 449 vom Kaiser Theodosius II. berufen und bestätigt und hat es trotzdem nur zur „Räubersynode“ gebracht; b) die genannten acht ersten Konzilien wurden eben deswegen allgemeine Konzilien, weil der Papst seine Zustimmung gab und sie bestätigte; so lehrt ausdrücklich Kaiser Justinian I. in l. 8 C. 1, 1 § 3; vgl. Leitner M. in Hertlings Festschrift S. 507, 515; c) auch hätten die von einem Kaiser bestätigten Konzilien nur soweit Geltung, als eben die kaiserliche Macht reichte, was an sich schon die Allgemeinheit ausschließt.

2) Zum allgemeinen Konzile werden berufen mit e n t-
s c h e i d e n d e r Stimme: a) alle Kardinäle (wenn auch
nur Priester der Weihe nach Can. 232 § 1); b) alle Residenz-
bischofe, selbst die nicht konsekrierten (Patriarchen, Primaten,
Erzbischofe, Bischofe); c) die Äbte und Prälaten mit Eigen-
gebiet (A. et Pr. nullius); d) der Abtprimas und die
Generaläbte der monastischen Kongregationen; die Ge-
neralobern der exempten Klerikalgenossenschaften (andere
Generalobern können beigezogen werden). — Werden die
Titularbischofe berufen, so haben sie beschließende
Stimme, außer es wird anders bestimmt. — Die berufenen
Theologen und Kanonisten haben nur beratende
Stimme Can. 223 §§ 1—3. — Wenn ein Konzilsvater recht-
mäßig verhindert ist, soll er einen Stellvertreter senden,
welcher keine eigene Stimme besitzt, doch die Akten mit-
unterschreibt Can. 224. — Ein Konzilsvater kann das Konzil
nur mit Erlaubnis des Vorsitzenden verlassen Can. 225.

3) Den vom Papste vorgeschlagenen Fragen können
Konzilsväter andere anfügen, freilich mit Zustimmung des
Vorsitzenden Can. 226.

4) Mit der Bestätigung und Promulgierung durch den
Papst erlangen die Konzilsbeschlüsse verpflichtende Kraft
Can. 227, auch für die Gesamtkirche, wenn solches
beabsichtigt ist Can. 228 § 1.

5) „Von dem Entscheid des Papstes gibt es keine Berufung
an ein Allgemeines Konzil“ Can. 228 § 2. Eine natürliche
Person, mag sie auch der Königs-, Bischofs- oder Kardinals-
würde sich erfreuen, welche von den Gesetzen, Dekreten oder
Befehlen des regierenden Papstes an ein Allgemeines Kon-
zil Berufung einlegt, ist der Häresie verdächtig und verfällt
der dem Apostolischen Stuhle besonders vorbehaltenen Ex-
kommunikation; moralische Personen (Universitäten, Kolle-
gien, Kapitel usw.) ziehen sich die gleich reservierte Inter-
diktion zu Can. 2332.

6) Stirbt der Papst während einer Kirchenversammlung,
so ist dieselbe sofort aufgehoben, bis der neue Papst ihre
Wiederaufnahme und Fortsetzung befiehlt Can. 229. Der
Ausdruck „durante Concilii celebratione“ hat nur das
A l l g e m e i n e Konzil im Auge, nicht das Plenar- oder
Provinzialkonzil Cann. 281; 283; 268.

III. Die Allgemeinen Konzilien sind folgende zwanzig, von denen die ersten acht im Morgen-, die übrigen zwölf im Abendlande abgehalten wurden:

1) Das I. von Nizäa 325: Gleichwesentlichkeit des Sohnes mit dem Vater; Schlichtung des Osterfeststreites; Jölibat. — 2) Das I. von Konstantinopel 381: Gottheit des Heiligen Geistes; erstrebter Vorrang des Bischofs von Konstantinopel (Neu-Rom). — 3) Das von Ephesus 431: Eine Person in Christus; Maria Gottesgebärerin. — 4) Das von Chacedon 451: Zwei Naturen in Christo; zweiter Rang Neu-Roms, von Rom nicht anerkannt. — 5) Das II. von Konstantinopel 553: Dreikapitel-Streit. — 6) Das III. von Konstantinopel 680: Zwei Willen in Christo; Monotheleten. — 7) Das II. von Nizäa 787: Bilderverehrung. — 8) Das IV. von Konstantinopel 869: Verurteilung des Photius. — 9) Das I. vom Lateran 1123: Beendigung des Investiturstreites. — 10) Das II. vom Lateran 1139: Schutz der Geistlichen durch das privilegium canonis. — 11) Das III. vom Lateran 1179: Zweidrittelmehrheit bei der Papstwahl; Weihetitel. — 12) Das IV. vom Lateran 1215: Verurteilung der Albigenser; Wesensverwandlung; Jahresbeicht und Osterkommunion; Beschränkung der Ehehindernisse. — 13) Das I. von Lyon 1245: Verurteilung Friedrichs II. — 14) Das II. von Lyon 1274: Vereinigung mit den Griechen; Konklave; Fronleichnamsfest. — 15) Das von Vienne 1311—12: Aufhebung des Templerordens. — 16) Das von Konstanz 1414—18: Beseitigung des Schismas; Verurteilung des Wiclef und Hus. — 17) Das von Basel-Ferrara-Florenz 1431—42: Vereinigungsversuch mit den Griechen. — 18) Das V. vom Lateran 1512—17: Irrtümer betr. der Menschenseele beurteilt. — 19) Das von Trient 1545—63. — 20) Das vom Vatikan 1869—70.

Von ganz besonderer Bedeutung nicht nur für die dogmatische Entfaltung, sondern auch für die Rechtsentwicklung waren die beiden letzten Konzilien; vgl. Se h l i n g C.: Kirchenrecht S. 16; H ü b l e r: Kirchenrechtsquellen (3. Aufl.) 1898 S. 68. Das Trienter Konzil entwickelte in 25 Sitzungen genau und scharf die von den Neueren des 16. Jahrhunderts bekämpften Glaubenslehren (Schrift und Überlieferung; Erbsünde; Rechtfertigung; Sakramente; Fegfeuer; Heiligenverehrung; Ablässe) und gab dazu tief einschneidende Reformdekrete. — Die Sitzungen 4, 7, 13, 14, 21—25 enthalten in Kapiteln und Kanones die Glaubenslehren und in Kapiteln die reformatione die Vorschriften christlichen und klösterlichen Lebens. In der 24. Sitzung muß man unterscheiden die capitula reformatione m a t r i m o n i i von jenen de reformatione s c h l e c h t i n. Die 25. Sitzung enthält außer der Glaubensdarstellung Reformdekrete: a) über die Ordensleute; b) allgemeine; c) über die Ablässe. — Auf dem Trienter Konzil ruht das Kirchenrecht der letzten 350 Jahre. — Von den Ausgaben sind die bekannteren: die von A. B i s p i n g, Münster 1845, und die von R i c h t e r - S c h u l t e (Leipzig 1853) besorgte; diese erlangte besonderen Wert durch die Beigabe der wichtigsten Entscheidungen der Konzilskongregation. — Von den Geschichtschreibern des Konzils seien erwähnt: Der von Haß gegen Rom erfüllte Servit Paolo S a r p i, „Geschichte des Trident. Konzils“ (London 1619); gegen ihn schrieb Sforza P a l l a v i c i n i S. I.: „Istoria del Concilio di Trento“

1656 ff. — Völlig abschließende Quellenveröffentlichungen verdanken wir in neuerer Zeit der Görresgesellschaft (Ehse, Merkle, Reichenberger usw.).

Das Vatikanische Konzil erließ in seinen vier Sitzungen (8. Dez. 1869—18. Juli 1870) nur *constitutiones dogmaticae*, von denen jedoch das Dogma vom *Primat* des Papstes auch für das Kirchenrecht grundlegende Bedeutung hat. **Geschichtsquellen:** Emil Friedberg (Protestant): *Aktenstücke und Grundriß der Geschichte des Vatikanischen Konzils* (1872). — Johann Friedrich (Alttholikt): *Geschichte des Vatikanischen Konzils* (1877—87, 3 Bände); von ihm schreibt Bischof Karl Hefele am 2. Sept. 1880: „Reinkens war gar nicht in Rom; . . . sein Freund und Hauptgewährsmann Friedrich aber ist sehr unzuverlässig“, Gelzer Heinrich: *Ausgewählte kleine Schriften* (1907) S. 377. — Das Hauptwerk auf katholischer Seite ist: „*Geschichte des Vatikanischen Konzils*“ von Granderath Theodor und Kirch Konrad S. I. 1903—06.

Von den Konzilienbeschlüssen gibt es eigene Sammlungen; von besonderer Bedeutung sind: 1) die *Collectio regia*. Paris 1644; 37 Bände; reicht bis 1560; — 2) die *Collectio Ioannis Harduini*. Paris 1715; — 3) die *Collectio Labbe-Cossart-Coleti*. Venetiis 1728—38; — 4) die *Collectio Ioannis Dominici Mansi*. Florentiae 1759—98; Neudruck in Paris seit 1900. — Eine Sammlung der *Concilia Germaniae* besorgten Schannat-Harßheim. — Die *Collectio Lacensis* (1870—90) enthält die wichtigsten neueren Konzilien von 1682 an; im letzten Bande das Vatikanische Konzil sehr ausführlich. — Sehr nützlich für die Beurteilung des werdenden Kirchenrechts ist die Konziliengeschichte von Hefele-Hergenröter-Anöppler.

B. Die päpstlichen Erlasse.

I. Verhältnis der Allgemeinen Konzilien zu den päpstlichen Erlassen. Der protestantische Jurist Bernhard Hübler stellt in seinen „*Kirchenrechtsquellen*“ (4. Aufl.) S. 2 folgende Sätze auf: „Ursprünglich hatten die allgemeinen Konzilien allein das Recht: a) allgemein verbindliche Rechtsätze aufzustellen. Dieses Monopol ist seit sec. 4 und 5 verlorengegangen. Auch die Päpste setzen *Ius commune*. — b) Rechtsätze eines allgemeinen Konzils zu ändern oder aufzuheben. Dieses Monopol ist seit sec. 9 und 12 (*Decretum Gratiani*) verlorengegangen. Die Päpste sind an die konziliariischen Kanones nicht mehr gebunden. — c) Glaubenssätze (*Decreta*) zu definieren. Dieses Monopol ist seit 1870 (*Conc. Vaticanum*) verlorengegangen. Auch die Päpste sind kraft persönlicher Unfehlbarkeit befugt, *Dogmata de fide et moribus* zu verkünden.“ — Demgegenüber ist zu sagen: 1) Es muß erst bewiesen werden, daß die Konzilien (nament-

lich ohne Papst) diese Rechte besaßen; denn a) keine Stelle der Heiligen Schrift befiehlt, Konzilien zu halten; dagegen steht fest, daß die Reinerhaltung der Lehre und die Leitung der Kirche dem Petrus und seinen Nachfolgern zukommt; b) der schwerfällige Apparat der Allgemeinen Konzilien kann als geeignetes Mittel zur ordentlichen Leitung der Kirche nicht betrachtet werden, zumal hier sofort die Frage entsteht: Wann ist ein Konzil ein allgemeines? Dagegen ist es Gewissenspflicht des Papstes, sich bei der Definierung der Glaubenssätze und der Leitung der Kirche der zu Gebote stehenden Mittel, also auch der Konzilien zu bedienen. — 2) Allgemeine Konzilien finden sich überhaupt erst seit dem 4. Jahrhundert. — 3) Abgesehen von den Primatzeugnissen des Klemens von Rom, Ignatius von Antiochia und Irenäus hat der Papst schon vor dem 4. Jahrhundert allgemein gültige Entscheidungen getroffen: a) im Osterfeststreit Papst Viktor I. (Ende des 2. Jahrhunderts; D.-B. pag. 22); b) im Ketertaufstreit Papst Stephan I. (254—57; D.-B. nn. 46; 47). — 4) Tatsächlich änderten die Päpste die Bestimmungen allgemeiner Konzilien in Rechtsfragen: wie a) Papst Siricus (384—98), welcher den Verhandlungen des Nizäischen Konzils gegenüber (Fortsetzung des ehelichen Lebens der Majoristen) die volle Enthaltensamkeit forderte, ep. ad Himerium cap. 7; vgl. Sandini: Vitae R. P. pag. 90; 73 cum nota; b) wie Papst Damasus I. (367—84), welcher die Disziplinar kanones des I. Konzils von Konstantinopel, besonders über den Vorrang des Patriarchen von Konstantinopel überhaupt nicht anerkannte; wie auch Leo I. (440—61) den 28. Kanon des Chalcedonense (451) nicht bestätigte; Sandini pag. 88; 115; — c) wie Papst Leo I., welcher die Beschlüsse der Synode von Ephesus (449; „latrocinium“) vollständig verwarf. — 5) Tatsächlich haben die Päpste schon von Anfang an Glaubensentscheidungen gegeben; abgesehen von den unter 3) angeführten Tatsachen haben päpstliche Erlasse die Gnadenlehre festgestellt. Hierüber besitzen wir das Zeugnis des heiligen Augustinus in seinem 131. Sermo (10, 10): „Bereits wurden über diese Angelegenheit (der Pelagianer) zwei Konzilien (von Mileve II. 416 und von Karthago XVI. 418) an den Apostolischen Stuhl geschickt; von dort kamen

auch die Reskripte (= Antwortschreiben) zurück; *causa finita est; utinam aliquando finiretur error!*“

Sehr klar sprechen sich für den Primat des Papstes gegenüber den Allgemeinen Konzilien die Römischen Kaiser im *Corpus iuris civilis* der Römer aus; so Kaiser Theodosius I. im Edikt „*Cunctos populos*“ vom Jahre 380, l. 1 C. 1, 1; so Kaiser Justinian I. im Jahre 533: „Wir nehmen an die heiligen vier Konzilien (von Nizäa, Konstantinopel, Ephesus, Chacedon), wie Euer Apostolischer Stuhl lehrt und predigt. Alle Bischöfe also, folgend der Lehre Eures Apostolischen Stuhles, glauben, bekennen und predigen ebenso“ l. 8 C. 1, 1. — Dem Kaiser Justinian ist der Römische Stuhl „*Summi Pontificatus apex*“ und „*Fons sacerdotii*“ Nov. 9.

II. Bedeutung der päpstlichen Erlasse. Die päpstlichen Erlasse können wie die Konziliarbeschlüsse dogmatischer oder rein rechtlicher Natur sein; zuweilen sind sie gemischter Natur. Das Apostolische Schreiben Leos XIII. „*Apostolicae curae*“ vom 13. Sept. 1896 über die Gültigkeit der Anglikanischen Weihen war dogmatischer Natur. — Das Motuproprio „*Supremi*“ Pius' X. vom 2. Juli 1911 über die Beschränkung der Feiertage hat rechtlichen Charakter. — Das Motuproprio „*Sacrorum antistitum*“ Pius' X. vom 1. Sept. 1910 (Maßregeln gegen den Modernismus) enthält eine dogmatische und rechtliche Seite.

Die rechtlichen Erlasse des Papstes können sein: *allgemeine* für die ganze Kirche (*Constitutiones generales, decreta generalia*) oder *besondere*, beschränkt hinsichtlich der Fälle, Personen, Orte, Zeiten (*rescripta*), welche je nach Umständen als Antworten (*responsa*), als Entscheidungen (*sententiae, decisiones*), als Aufträge (*mandata*) oder als Anweisungen (*instructiones*) gegeben werden. — Die meisten päpstlichen Erlasse erfließen nicht unmittelbar durch die Person des Papstes, sondern durch die römischen Behörden, meist die Kongregationen.

Die allgemeinen päpstlichen Erlasse, richtig promulgiert, besitzen Gesetzeskraft für die ganze Kirche, ob sie nun aus eigenem Antriebe (*Motu proprio*) oder auf äußere Veranlassung hin (*aliquo rogante*) veröffentlicht wurden. Frei-

lich sind die *Motuproprios* nur nach dem Wortlaute, die übrigen Erlasse auch nach der beigegebenen Veranlassung zu erklären. Die Promulgation der Gesetze wird beim „Kirchengesetze“ behandelt. — Unfehlbar ist ein päpstlicher Erlass nur dann, wenn er vom Papste selbst ausgehend eine amtliche Entscheidung über Glaubens- und Sittenlehre, und zwar endgültig gibt Can. 1323 § 3. — Die päpstlichen Reskripte schaffen zunächst Recht nur für jene Personen usw., für die sie bestimmt sind, allein sie können allgemeine Gesetzeskraft erlangen durch äußere Umstände Can. 17 § 2.

Unmittelbar vor Schluß der Gesetze oder Reskripte stehen die Abschaffungsklauseln (*clausulae abrogatoriae vel derogatoriae*). Die gewöhnliche Abschaffungsklausel lautet: „*Contrariis quibusvis non (minime) obstantibus*.“ Durch diese Klausel werden nur die entgegenstehenden allgemeinen Kirchengesetze abgeschafft oder eingeschränkt, dagegen andere partikuläre Gesetze oder Gewohnheiten nicht; denn nur die „allgemeinen Gesetze trägt der Papst im Schreine seines Herzens“ (*in scrinio pectoris sui*), Papst Bonifatius VIII. in c. 1. De const. (I 2) in 6^o.

Will der Gesetzgeber bewirken, daß auch entgegenstehende Partikulargesetze oder Gewohnheiten oder Privilegien beseitigt werden, so müssen diese in den Klauseln namhaft gemacht oder wenigstens erfaßt werden. So enthält das Dekret *Ne temere* vom 2. August 1907 die Klausel: „*Contrariis quibuslibet etiam peculiari mentione dignis minime obstantibus*“; ähnlich das *Motuproprio* „*Supremi*“ vom 2. Juli 1911 über die Einschränkung der Festtage. Besonders umfangreich sind die Klauseln bei Verleihung von Privilegien; so bei dem den Konklavisten der letzten Papstwahl gewährten *Motuproprio* „*Vixdum*“ vom 16. Oktober 1914 (ME. 26, 544), wo die Klauseln und Bemerkungen ein Drittel des ganzen Aktes ausmachen.

III. Namen und Form der päpstlichen Erlasse.

1) Die allgemeinen päpstlichen Erlasse heißen gewöhnlich „*Constitutiones*“; früher hießen sie „*Dekretalen*“ (*litterae decretales*). „*Motuproprio*“ heißt ein Erlass, welcher will, daß der Papst als unmittelbarer Urheber betrachtet werde, was für die Auslegung nicht ohne Bedeutung

ist. *Enzyklika* (*literae encyclicae*) ist jenes Schreiben, welches an alle Bischöfe entweder des Erdkreises oder eines Landes gerichtet ist.

2) Bezüglich der Form unterscheidet man Bullen, Breven und Apostolische Schreiben. a) Die Form der Bullen findet Anwendung bei feierlichen und wichtigen Erlassen. Anfang: Der Papstname, z. B. **BENEDICTUS**, mit dem Beisatz „*Servus servorum Dei*“. — Schluß: Viele Unterschriften auch auf der Rehrseite, selten die des Papstes, noch seltener mit der „*Rota*“, d. h. eines aufgedruckten roten Kreises. — b) Die Breven unterscheiden sich von den Bullen durch den Anfang: **Benedictus PP.** (= Papa) **XV**, und durch den Schluß, der dem Breve charakteristisch ist, „*Sub annulo piscatoris*“ mit Aufdruck des Siegels: Petrus im Fischernetz. — c) Die Apostolischen Schreiben gleichen den Breven, nur fehlt am Schluß das „*sub annulo piscatoris*“; die geschäftesten unter diesen sind die päpstlichen *Handschreiben* (*autographa* oder *chirographa*).

Die Form der Bullen wurde in neuerer Zeit viel geändert. Jetzt werden die Bullen auf Pergament geschrieben in gewöhnlicher lateinischer Schrift, in der Regel ein Farbsiegel tragend, darstellend die Häupter der Apostelfürsten, vom Namen des Papstes im Rande umgeben. Früher wurde zuweilen rauheres Pergament und die gotische Schrift (*scriptura gotica* oder *hollatica*) gebraucht. Datierung der Bullen. Die Bullen werden seit dem 3. November 1908 durch die Apostolische Kanzlei expediert, datiert in bürgerlicher Zählweise (1. Jan.) und von der Krönung des Papstes an. So lautet der Schluß der Bulle „*Providentissima Mater*“, welche den Rodez zur Einführung bringt: „*Datum Romae apud S. Petrum die festo Pentecostes anno millesimo nongentesimo decimo septimo, Pontificatus Nostri tertio*“. — Vor dem 3. November 1908 wurden nur die auf dem Kanzleiwege expedierten Bullen von der Menschwerdung (ab *Incarnatione* sive *Trabeatione*) an gezählt, d. h. vom 25. März des Jahres 1 an. *Trabeatio* heißt die „Bekleidung“, nämlich mit der menschlichen Natur; das Wort stammt von *trabea* = das Staatskleid der Konsuln, weiß mit roten Streifen l. 4 C. Th. 8, 11, eine tiefsinnige Bezeichnung der Menschwerdung. — Die Bulle „*Officiorum ac munerum*“ über das Bücherverbot trägt folgende Datierung: „*Datum Romae apud S. Petrum anno Incarnationis Dominicae millesimo octingentesimo decimo sexto VIII Kal. Februarias, Pontificatus Nostri decimo nono*“. Nach bürgerlicher Zählweise ist die Bulle erschienen am 25. Januar 1897. — Von der Erwählung des Papstes bis zur Krönung wurden früher „Halbbullen“ veröffentlicht, so sieben von Papst Gregor X., so genannt, weil in der Bleibulle nur die Häupter der Apostelfürsten zur Ausprägung kamen, nicht der Name des Papstes;

auch nannte sich der Papst „Episcopus electus“. Der Schluß dieser bullae mediae oder dimidiatae lautete: „Suscepti a Nobis apostolatus officii anno“ (primo). — Die Anfangsworte der päpstlichen Erlasse nennt man „A r e n g a“, z. B. „Unam sanctam“ in c. 1. De maiori tate (18) inter Xvages com.; „Provida“ d. 18. Ian. 1906 etc.

C. Das kirchliche Gewohnheitsrecht.

Da das kirchliche Gewohnheitsrecht im Roder genau behandelt wird, so erübrigt hier nur, einen kurzen Überblick zu geben. 1) Die bisher geltenden Gewohnheiten werden gewürdigt im Can. 5, unten § 5 S. 33. — Die e h e r e c h t l i c h e n Gewohnheiten der Vergangenheit sind, soweit sie mit bestehendem Rechte in Widerspruch stehen, vollständig beseitigt Can. 1041. Darum gilt das Hindernis der geschlossenen Zeit (tempus clausum), wie es z. B. in Deutschland bestand, nicht mehr. Denn Can. 1108 § 1 lautet: „Matrimonium quolibet anni tempore contrahi potest.“ Die geschlossene Zeit kann sich also nur mehr auf den Brautseggen erstrecken. — 2) Für die in der Zukunft auftretenden Gewohnheiten gelten die Cann. 25—30, unten § 7. — Kein eherechtliches Hindernis kann in der Zukunft mehr durch irgend eine Gewohnheit eingeführt werden Can. 1041.

D. Konkordate.

„Die Vereinbarungen des Apostolischen Stuhles mit den verschiedenen Nationen verbleiben in der gleichen Geltung wie bisher; denn die Kanones des Roder schaffen dieselben weder ab noch bewirken sie eine Veränderung an ihnen“ Can. 3. — Unter den „initae ab Apostolica Sede cum variis Nationibus conventiones“ sind nicht nur die Konkordate im eigentlichen Sinne zu verstehen, sondern alle Vereinbarungen völkerrechtlicher Natur, z. B. durch Zirkumskriptionsbullen usw., „Konkordate“ im weiteren Sinne genannt. — Verschieden ist die Auffassung der Konkordate ihrer rechtlichen Natur nach. Den einen ist das K. ein völkerrechtlicher oder quasivölkerrechtlicher Vertrag; andere betrachten es als ein päpstliches Privileg; wieder andere als ein Ausfluß der Staatsgewalt (Legaltheorie). Wir halten das Konkordat mit den Päpsten für einen wirklichen Vertrag, welcher wohl auch Privilegien der Kirche oder Zugeständnisse des Staates in sich schließen kann. Papst Leo XIII. schrieb

an die Bischöfe Frankreichs betreffs des französischen Konkordats am 16. Februar 1892: „un pact solennel et bilatéral, toujours fidèlement observé de la part du Saint-Siège.“ — Die Konkordate enthalten die gegenseitige Ordnung von geistlichen, weltlichen und gemischten Sachen; vgl. F e r r e s, J. B.: *Institutiones* I n. 132. — Um einen Überblick über die gewöhnlichen Gegenstände der Konkordate zu geben, sei hier der Inhalt des am 5. Juni 1817 mit Bayern abgeschlossenen Konkordats in Kürze gegeben: 1) Erhaltung der katholischen Religion; 2) Errichtung der Bistümer und Kapitel, sowie deren Ausstattung (Art. II—IV); 3) Seminarien; 4) Sorge für ausgediente Priester; 5) Errichtung von einigen Klöstern; 6) kirchlicher Besitz; 7) Privileg der Bischofsnominierung; 8) Besetzung der Domkapitelstellen, der Pfarreien und sonstigen Pfründen; 9) freireligiöse Diözesanregierung wird zugestanden, nur die *Causae mere civiles* der Kleriker werden den weltlichen Richtern zur Aburteilung überlassen und die Errichtung, Teilung und Einigung von Pfarreien als gemischte Sache erklärt; 10) Hilfe der Regierung zur Unterdrückung von schlechten Büchern; 11) Schutz der Kirche und ihrer Diener; 12) Eid der Bischöfe gegenüber dem Könige; 13) Verhältnis des Konkordats zum bisherigen Recht; 14) Heilighaltung des Konkordats; 15) Ratifikation innerhalb 40 Tagen. Ähnlich das französische Konkordat von 1801, das spanische von 1851 (mit einigen Veränderungen vom 12. Juli 1904, ME 20, 450) und das österreichische von 1855. — Gegenwärtig ist ein neues bayerisches Konkordat in Vorbereitung.

Geschichte der Konkordate. Das erste vertragsmäßige Konkordat wurde zu Chiersy (*pactum Carisiacum*) zwischen Stephan III. und Pipin geschlossen; es folgten das von London 1107 und zu Worms 1122 zwischen Papst Kalixt II. und Kaiser Heinrich V. zur vollständigen Beilegung des Investiturstreites. Im 15. Jahrhundert folgten die „Fürstenkonkordate“, darunter das Wiener bzw. Aschaffenburgische Konkordat zwischen Papst Nikolaus V. und Kaiser Friedrich III. 1446—48. Von den neuzeitlichen Konkordaten war eigentlich das französische von 1801 Muster und Vorbild; vgl. S c h n e i d e r, Ph.: *Partikuläre Kirchenrechtsquellen* S. 166—68. In Deutschland folgten Bayern; Preußen durch die Zirkumskriptionsbulle „*De salute animarum*“ vom 16. Juli 1821; Hannover in der Zirkumskriptionsbulle „*Impensa Romanorum*“ vom 16. März 1824; die Oberrheinische Kirchenprovinz; endlich Österreich im Konkordat vom 18. August 1855. — Eines der neuesten Konkordate ist das am 24. Juni 1914 im Vatikan unterzeichnete s e r b i s c h e Konkordat.

Auf päpstlicher Seite waren beteiligt der Staatssekretär Kardinal *Mery del Val*, Msgr. *Eugenio Pacelli*, Sekretär der A. für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, und Msgr. *N. Canali*; auf serbischer Seite war Bevollmächtigter des Serbentkönigs Dr. *Milenko R. Besnić* (ME. 26, 187 f.). — Die Konfordate finden sich zusammengestellt bei *Vincentius Nussi*: *Conventiones de rebus ecclesiasticis*, Romae 1869; in kürzere und praktischere Form gebracht von *Heinrich Brück*, Mainz 1870. — Über die Konfordate seit 1870 geben Aufschluß die ASS. und seit 1. Januar 1909 die AAS. In Rom erschien eine eigene Sammlung: „*Conventiones . . . initae sub Pontificatu Leonis XIII.*“; 1919 die „*Raccolta di Concordati su materie eccl. tra la S. Sede e le Autorita civili*“ (Roma, XX und 1140, Sire 50).

§ 2. Das Corpus Iuris Canonici.

Das C. I. Can. umfaßt drei Hauptteile: das *Decretum Gratiani*; die drei Dekretalsammlungen *Gregors IX.*, *Bonifaz' VIII.* und *Klemens' V.*; endlich die zwei *Extravagantensammlungen*, enthaltend die Xbgen *Johannes XXII.* und die *Xvagantes communes*. Dazu kommen noch fünf Beilagen: 1) der *Liber septimus decretalium*; 2) die *Decretales Alexandri III.*; 3) die *Decretales Innocentii IV.*; 4) die *Variantes lectiones ad Decretales Gregorii X.*; 5) die *Institutiones Pauli Lancelotti*.

I) **Das Decretum Gratiani.** 1) *Gratianus*, Ramadulenserermönch in Bologna, lehrte an der dortigen berühmten Universität das kanonische Recht. Um 1150 verfaßte er ein Buch „*Concordia discordantium canonum*“, das sowohl Quellenammlung als auch systematisches Lehrbuch sein sollte, wobei er die früheren Sammlungen ausgiebig benützte. — 2) Das *Decretum* wurde von *Gratian* selbst in drei Teile zerlegt, dem Inhalt entsprechend: *ministeria*, *negotia*, *sacramenta*. — Der 1. Teil enthält 101 *Distinctiones*, jede *Distinctio canones*; er umfaßt also c. 1 D. 1 bis c. 1 D. 101. — Der 2. Teil zerfällt in 36 *Causae*, diese in *quaestiones*, diese wieder in *canones*; seine Grenzen sind: c. 1 C. 1 q. 1 bis c. 11 C 36 q. 2. Die 3. *quaestio* der *Causa 33* enthält einen eigenen *Tractatus de poenitentia*, zerfallend in 7 *Distinctiones* mit *canones*; letzterer Traktat reicht von c. 1 D. 1 de poen. bis c. 6 D. 7 de poen. — Der 3. Teil umfaßt 5 *Distinctiones* mit *canones* und wird vom ersten Teil unterschieden durch den Beisatz „*De consecratione*“. Er reicht von

c. 1 D. 1 de cons. bis c. 40 D. 5 de cons. *Dicta Gratiani*, von den Glossatoren auch *Paraphrasi* genannt, sind Erörterungen, um Widersprüche zu lösen; zu diesen *dicta* gehören auch die Inhaltsangaben (*summaria*). *Paleae* sind die von fremder Hand beigelegten Zusätze, ungefähr 150. — 3) *Bedeutung*. Trotz des hohen Ansehens bei Kanonisten und Theologen, auch bei den Päpsten, erlangte das Dekret niemals die Bedeutung einer gesetzlichen Sammlung. Die einzelnen Teile haben also jenen Wert, der ihnen *ursprünglich* zukommt. — Um die Auffindung der eigentlichen Quellen haben sich reiche Verdienste erworben die Franzosen A. Demochares und A. Le Conte im 16. Jahrhundert; die „*Correctores Romani*“, d. h. die von Papst Pius V. eingesetzte Kommission von Kardinälen und Gelehrten (Rom 1582); die Gebrüder Bithou (Paris 1687); unter den Deutschen: Justus Henningius Böhmmer (Halle 1747); Em. L. Richter (1839) und E. Friedberg (1879 ff.).

II) Die drei Dekretalsammlungen. A. Die Dekretalen Gregors IX.

1) Von der Veröffentlichung des *Decretum Gratiani* bis zu jener der Dekretalen Gregors IX. (1150—1234) war eine Blütezeit des Rechtsstudiums. Fünf Sammlungen wurden in dieser Zwischenzeit veröffentlicht: zwei private und drei authentische, die „*5 Compilationes antiquae*“, aber sie verloren ihre wesentliche Bedeutung durch die Sammlung Gregors IX. — 2) Die Dekretalen Gregors IX., ein Sammelwerk, zusammengestellt vom heiligen Raimund von Pennafort aus Erlassen der Päpste, aus Konzilienbeschlüssen und Västerstellen usw., erlangten durch die Veröffentlichungsbulle „*Rex Pacificus*“ (1234) Gesetzeskraft. Man nannte das Buch *Liber extravagans*, *Decretales extravagantes* i. e. *vagantes extra Decretum*. Dieses Buch ist die Grundlage aller späteren Gesetzesammlungen. — 3) Die Dekretalen werden eingeteilt nach dem Muster der *Compilatio Ia* in fünf Bücher (*Iudex*, *Iudicium*, *Clerus*, *Conubia*, *Crimen*); diese in Titel, diese in Kapitel. — 4) Zitierweise: c. 6 X (III 50) oder c. 6 Ne clerici (III 50). Das Buch der Dekretalen wird demnach angegeben durch die lateinische Zahl, also III = drittes Buch; der Titel wird entweder durch die

arabische Zahl (50) allein oder durch diese und die Anfangsworte des Titels gekennzeichnet; das Kapitel = c. steht in arabischer Zahl (6) an der Spitze.

B. Der *Liber Sextus* Bonifaz' VIII. — 1) Diese Sammlung ist wiederum eine authentische; dieselbe schafft alle Sammlungen ab (abrogat), welche seit 1234 entstanden waren, und tut selbst den Dekretalen Gregors IX. in den entgegenstehenden Bestimmungen Abbruch (derogat). — 2) Die Einteilung ist ganz dieselbe wie in den Dekretalen, ebenso die Zitierweise, nur wird statt X in 6^o beigefügt. Beispiel: C. 1 De voto (III 15) in 6^o oder c. 1 in 6^o (III 15). Papst Bonifaz wollte selbst seine Dekretalen mit dem Namen „*Liber Sextus*“ bezeichnet wissen, weil 6 eine vollkommene Zahl sei „ut idem volumen . . . perfectam in rebus agendis formam tribuat et in moribus disciplinam“; vgl. *Santi-Leitner: Praelectiones* (4. ed.): Prolegomena pag. 5.

C. Die *Klementinen*. 1) Die Sammlung Klemens' V. (1305—14), herausgegeben von Papst Johannes XXII. 1317, hat die gleiche Gesetzeskraft, sowie dieselbe Einteilung wie die beiden früheren Sammlungen. — Die Zitierweise ist die gleiche, bloß heißt es statt o.: Clem. B. B.: Clem. 1 De reliquiis (III 16) oder c. 1 De rel. (III 16) in Clem.

III) Die *zwei Extravagantensammlungen*. Die Extravagantensammlungen sind nicht authentische Gesetzesammlungen, sondern nur Sammlungen authentischer Gesetze. Die Gesetze behalten also ihren ursprünglichen Charakter; waren sie allgemein, so sind sie allgemein; waren sie partikulärer Natur, so behalten sie diesen Charakter auch nach der Aufnahme in die Sammlung.

A. Die *Extravagantensammlung* des Papstes Johannes XXII. besteht aus 20 Konstitutionen in 14 Titeln nach der Reihenfolge der Dekretalen. Aus dem ersten Buch haben wir 2, aus dem dritten Buch 5 und aus dem fünften Buch 7 Titel; aus dem zweiten und vierten dagegen keinen Titel. Man hätte die 20 Konstitutionen nach den Dekretalen einteilen können, doch verlohnte sich das nicht der Mühe. Man zitiert also: Xvag. Ioan. XXII. c. 2 De V. S. t. 14. = caput 2 De verborum significatione . 14. des 5. Buches.

B. Die Extravagantes communes. 1) Diese private Sammlung enthält authentische Konstitutionen Römischer Päpste von Bonifaz VIII († 1303) bis Sixtus IV. († 1484). — 2) Die Einteilung und Zitierweise ist die gleiche wie in den Dekretalen, mit dem Beisatze jedoch in Xvag. com. Berühmt sind: a) die Bulle „Unam sanctam“ in c. 1 De maiori tate (I 8) in Xvag. com.; b) die Konstitution „Ambitiosae“ = c. 1 Xvag. com. De rebus eccl. (III 4).

IV. Bedeutung der einzelnen Bestandteile der authentischen Sammlungen. Außer dem Text der Kapitel kommen in Betracht: die Titelüberschriften; die Kapitelüberschriften und die Kapitelinhaltsangaben.

1) Die Titelüberschriften (Titelinhaltsangaben = rubricae) zerfallen in allgemeine (r. generales) und in besondere in einem eigenen Satze (speciales). Beide Arten sind vom Gesetzgeber, aber nur letztere sind selbst Gesetz. Beispiele von allgemeinen Titelüberschriften: De scrutinio (I 12); De iudiciis (II 1); De iure patronatus (III 38); De conditionibus (IV 5); De magistris (V 5). — Es gibt in den Dekretalsammlungen sieben rubricae speciales, nämlich: Ut lite non contestata non procedatur ad testium receptionem (II 6); — Ut lite pendente nihil innovetur (II 16); — Ne sede vacante aliquid innovetur (III 9); — Ut ecclesiastica beneficia sine diminutione conferantur (III 12); — Ne clerici vel monachi saecularibus negotiis se immisceant (III 50); — Ne praelati vices suas vel ecclesias sub annuo censu concedant (V 4); — De Magistris et ne aliquid exigatur pro licentia docendi (V 5).

2) Die Kapitelüberschriften (superscriptiones) sind echt; darum kann man sich auf dieselben, wenigstens indirekt, berufen; z. B. c. 23 De appell. (II 28): „Idem (Alex. III.) Patr. Gradensi et S. Vitalis Presb. Cardinali“; daraus geht hervor, daß in damaliger Zeit der Patriarch dem Kardinalspriester voranging; — c. 1 De decimis (III 13) in 6º: „Gregorius IX. Fratribus Praedicatoribus et Minoribus“, wodurch der Vorrang der Dominikaner vor den Minoriten bewiesen werden kann.

3) Die Kapitelinhaltsangaben (summaria) haben die Glossatoren besonders Abbas Panormitanus († 1445) und Johannes Andreas († 1348) zu Urhebern. Die

Glossen sind Privatarbeiten; immerhin werden sie in Theorie und Praxis als Beleuchtungs- und Beweismittel verwendet.

In den einzelnen Kapiteln finden sich Tatsachen eingereiht, welche Anlaß gaben zu den betreffenden Anfragen, oder solche, die die Anfrage besser beleuchten; man nennt diese Teile „*partium allegationes*“. — Auch die Verfügung selbst greift zuweilen weiter aus, indem sie Gesetzes-, Väter- und Schriftstellen herbeizieht — „*pars ornativa rescripti*“.

V. Das Corpus Iuris Civilis der Römer. Diese Gesessammlung des Kaisers Justinian I. (527—565) ist auch für den Theologen und Kanonisten formell und inhaltlich von großer Bedeutung. Das Justinianische Rechtsbuch zerfällt in vier große Bestandteile: 1) die *Institutiones* = Grundzüge des Rechts in vier Büchern, eingeteilt in Titel und diese in kleine Abschnitte, von denen der erste *principium*, die folgenden *paragraphi* heißen, z. B. § 1 Inst. Si quadrupes (4, 9). — 2) Die *Pandekten* oder *Digesten*, Stellen aus den Schriften der alten Juristen, bestehend aus 50 Büchern, welche in Titel zerfallen; die Titel bestehen aus Gesetzen = *leges* oder *fragmenta*, z. B. l. 7 D. oder ff. Qui testamenta (28, 1) oder l. 9 D. (ff.) De R. J. (50, 17). — 3) Der *Codex Iustinianus* in 12 Büchern, diese mit Titeln, diese mit Gesetzen = *leges* oder *constitutiones*. Beispiel: L. 8 C. De Summa Trinitate (1, 1). — Die *Novellae* oder *Authenticae Iustiniani*, z. B. Nov. 123 c. 18.

VI. Die späteren Sammlungen päpstlicher Erlasse. Außer dem C. I. Can. gibt es noch andere Sammlungen päpstlicher Erlasse, gewöhnlich „*Bullarien*“ genannt. Die bedeutendsten dieser Bullarien sind: 1) das *Bullarium Cherubini* (Vater und Sohn), reichend von Gregor VII. († 1085) bis Urban VIII. (1633), fortgesetzt bis 1673 in 2 Bänden; — 2) das *Magnum Bullarium Luxemburgense*, reichend von Leo I. († 461) bis Benedikt XIII. († 1730) 1727—58; — 3) das von Karl Cocquelin besorgte *Bullarium* in 14 Bänden, 1733—56; — 4) das *Bullarium Benedicti XIV.* (1740—58); — 5) die Fortsetzung des *Bullarium Romanum* von Clemens XIII. († 1758) bis Gregor XVI. († 1846) von Barberi und Spetia 1835—57. Wir besitzen Sammlungen der Dekrete Pius' IX., Leo's XIII und Pius' X. Alle diese Sammlungen sind privater Natur, doch sind das

Bullarium Benedikts XIV., tom. I (Konst. „Iam fere“ 1746), dann die **Acta Leonis XIII.** und die **Acta Pii X.** authentisch im Sinne der Extravagantensammlungen, Veröffentlichung der päpstlichen Staatssekretarie vom 26. Dezember 1913 (ME. 26, 72—73); Ferreres I. B.: *Institutiones* I. n. 100.

VII. Sammlungen der Erlasse von römischen Kongregationen. Wir besitzen folgende wichtigere Sammlungen: 1) Erlasse der **Konzilskongregation**: „*Thesaurus resolutionum S. C. Concilii*“ ... ab anno 1718 usque ad a. 1908 (168 volumina). Dieser Thesaurus ist keine Gesetzesammlung im strengen Sinne, obwohl er auf die Autorität der SCC. hin veröffentlicht wurde. — Private Sammlungen besitzen wir von **Bamboni**: *Coll. declarationum SCC.* (Atrebatii 1860—68); **Pallotini Salvator**: *Coll.* ab a. 1564—1860 (5 vol., Romae 1868); **Vingen und Reuß**; **Mühlbauer**; **Richter-Schulte**: *Conc. Tridentinum*; vgl. Ferreres I. B.: *La Curia Romana* nn. 462 ff. — 2) *Decreta authentica S. Rituum Congregationis*, 5 volumina cum 1 app.; die Sammlung ist authentisch im Sinne der Extravagantensammlungen. — 3) „*Decreta authentica S. C. Indulgentiarum*“ (1668 bis 1882) Ratisbonae 1883, eine authentische Sammlung wie die der Ritenkongregation; ein trefflicher Behelf ist das Werk von **Beringer S. I.**: „*Die Ablässe, ihr Wesen und ihr Gebrauch*“ (14. Aufl. 1915). — 4) „*Collectanea in usum Secretariae S. C. Episcoporum et Regularium*“ (= EE. et RR.)“ a **Bizzarri**, Secretario eiusdem S. C. (1863; ed. 2a 1886), eine private, aber sehr brauchbare Sammlung besonders für das Ordensrecht. — 5) „*Ius pontificium de Prop. Fide Ss. D. N. Leonis XIII. iussu recognitum*“ (Romae 1888 sq. in 8 voll.). Dazu kommt die „*Collectanea S. C. de Pr. F.*“ 1893; die 2. Auflage von 1907 enthält wichtige Erlasse auch von anderen RR., insbesondere von der S. C. des heiligen Offiziums. — 6) „*Index librorum prohibitorum*“, umfassend die Konstitution „*Off. ac munerum*“ vom 25. Januar 1897 und das Verzeichnis der verbotenen Bücher.

VIII. Partikularrecht einer Diözese. Das Diözesanrecht wird gebildet: 1) aus den päpstlichen Erlassen, die sich

unmittelbar oder mittelbar mit dem betreffenden Bistum beschäftigen, z. B. die Konstitution „Provida“ mit den Diözesen Deutschlands; das einschlägige Konkordat bzw. die Birkumskriptionsbulle; 2) aus den Bestimmungen der etwaigen Plenar- oder Provinzialkonzilien, z. B. in Nordamerika, im Lateinischen Amerika; 3) aus den Bestimmungen der etwaigen Diözesansynoden, Diözesangesetze und Verordnungen; 4) aus dem Rechte gesetzmäßiger Diözesangewohnheiten Can. 5. — Die moralischen Personen des Bistums können auch ein Korporationsrecht haben, wie die Domkapitel, die (nicht exempten) Ordensleute, die Seminarien usw.

§ 3. Literatur des Kirchenrechts.

Nur die wichtigste und nur die uns naheliegende Literatur soll hier angegeben werden.

1) Das Quellenrecht: Maaßen: Geschichte der Quellen usw. bis zu Anfang des Mittelalters (Graz 1870). — Schneider Ph.: „Die Lehre von den Kirchenrechtsquellen“. Derfelbe veröffentlichte auch noch „Die partikularen Kirchenrechtsquellen“ und „Fontes iuris novissimi“. — Schulte Friedrich: „Geschichte der Quellen und Literatur des Kirchenrechts“ (3 Bände, 1875—80), † 1920 als Altkatholik. — Laurin Franciscus: Introductio in CIC. (1889). — Tardif Adolfs: Histoire des sources du droit canon (1887). — König er A. R.: „Grundriß einer Geschichte des kath. Kirchenrechts“ (1919).

2) Kommentare zu den Dekretalen, und zwar zu den einzelnen Kapiteln: Fagnanus Prosper (1598—1678) Comm. absolutissima in 5 libr. Decr., Romae 1659 sq. — Giraldi Ubaldis: Expositio iur. pont. Romae 1769. — Laymann Paulus S. I.: Ius can. — Tellez Emanuel Gonzalez: Com. perpetua in singulos textus. Lugduni 1638 sq. — Kommentare zu den einzelnen Titeln: die Benediktiner Engel Ludwig 1671; — Schmier Franz 1716; — Bödhn Blasius 1735; — die Jesuiten Pirhing Heinrich 1674; — Wiestner Jak. 1705; — Schmalzgrueber Franz 1717; — Pichler Vitus, † 1736; — Ballinger zum Thurm Jak. Ant. 1792 sq.; — der Franziskaner Reiffenstuel Analetus 1700; — ferner Amort Eusebius, lateran. Chorherr, † 1775; — Berardi Karl Seb., † 1768; — Devoti Joh., † 1820; — De Angelis Phil.: Praelectiones, † 1881; — Santi Franciscus, † 1885, Praelectiones, 3. und 4. Aufl., besorgt von Zeitner Martin.

3) Fundgruben und Nachschlagewerke: Ferraris Lucius, italien. Franziskaner, † 1670: Prompta Bibliotheca, sehr oft herausgegeben, neuestens von Ucceroni Jan. S. L.; — Benedikt XIV., † 1758: u. a. De synodo dioecessana, opus ab ipso Schulte valde commendatum!; — die Kirchenlegika von Herber und Buchberger.

4) Zeitschriften: *Acta S. Sedis* = ASS. 1865—1908; — *Archiv für kath. RR.*, begründet von Ernst Freiherr von Mohr de Söns, fortgesetzt von Friedrich H. Bering und Franz Heiner, herausgegeben von Nikolaus Silling, 1920 hundert Jahrgänge; — *Il Monitore ecclesiastico*, redigiert lange Zeit von dem verstorbenen Kardinal Raimiro Gennari (30 Bände); — *Le Canoniste contemporain* (unter der früheren Leitung von Aug. Boudinhon); — *La nouvelle Revue theologique*, herausgegeben von den PP. Redemptoristen; — die spanische Zeitschrift „*Razon y Fe*“ enthält viel Beachtenswertes, besonders aus der Feder der Jesuiten Ferreres und Vidal, letzterer Nachfolger Bernz' S. I. auf dem kanonischen Lehrstuhl der Universita Gregoriana in Rom. — Die „Zeitschrift für RR.“ wurde von R. W. Dove 1861 gegründet, von E. Friedberg fortgesetzt, und als „*Deutsche Z. f. RR.*“ fortgesetzt von Friedberg und E. Sehling, seit 1911 von Sehling allein.

5) Neuere Lehrbücher: Michner Simon († 1912 als Archiep. tit. Theodosiopolitanus): *Compendium iur. eccl.* (11. ed. cura Th. Friedle); — Haring J. B.: *Grundzüge des kath. RR.* (3. Aufl., mit verschiedenen Spezialabhandlungen über das Kodexrecht); — Heiner Franz: *Kath. RR.*, durch P. Dr. Bertrand Kortschheid OFM. dem Kodexrecht angepaßt; — Hergenröther Ph. und Hollwed Jos.: *Lehrbuch des kath. RR.* (2. Aufl.); — Laurentius Ios. S. I.: *Institutiones iur. eccl.* (3. Aufl.) mit einem „*Conspectus*“ zur Kodex-Ergänzung; — Ojetti Ben.: *Synopsis rerum moralium et iuris pontif.*; — Philipp Georgius: *RR.* (7 Bände, Regensburg 1845 f., unvollendet); — Prümmer Dom. M. O. Pr.: *Manuale iur. eccl.* (2. ed. nach dem Kodexrechte); — Sägmüller J. B.: *Lehrbuch des kath. RR.* (3. Aufl.); — Scherer Rudolf von: *Handbuch des RR.* (1886—98), † 1919; — Sebastianelli Guilelmus: *Praelectiones iur. can.* 1905 sq.; — Silbernagl Jibor: *Lehrbuch des kath. RR.* (4. Aufl.), † 1904; — Vives y Tuto Jos. Cal. O. Cap. Card.: *Compendium iur. can.* (4 ed.) 1905; — Walter Ferd.: *Lehrbuch des RR.* (14. Aufl. 1871); — Wernz Fr. Xav. S. I. *praepositus generalis*, † 1915: *Ius decretalium* (2. ed.). Nach dem Inkrafttreten des Kodex erschienen (abgesehen von kleineren Einführungen in den neuen Kodex, z. B. von Schmöger, Scharnagl und von Einzelabhandlungen über bestimmte Gebiete, wie über Ehe-, Ordinations- und Ordensrecht und Strafrecht) Augustine P. C.: *A Commentary on the New Code of Canon Law* (1918). — Ferreres I. B. S. I.: *Institutiones canonicae* (tomi 2, Barcinone 1917—18); dazu kommt noch desselben Verfassers „*Compendium Theol. moralis*“ (ed. 8a, post Codicem 1a), in welcher u. a. das Eherecht enthalten ist. — Höller, Dr. Ioseph, C. Ss. R.: „*Pro praxi confessoriorum*“ (Graz und Wien 1921). — Holzappel, P. Heribert, Dr. theol., Provinzial der Bayer. Franziskanerprovinz (Mürnberg 1918). — Perathoner, Dr. Anton, Auditor der Römischen Rota: *Kurze Einführung in das kirchliche Gesetzbuch* (Brigen 1919 I—III). — Böschl, Dr. Arnold, Universitätsprofessor in Graz: *Kurzgefaßtes Lehrbuch des kath. RR. auf Grund des neuen kirchlichen Gesetzbuches* (Graz und Leipzig 1918). — Vermeersch Arthur S. I. *una cum Creusen: Summa iuris canonici* (Mecheln 1918).

Werke über das Kirchenrecht mit genauer Berücksichtigung des einschlägigen Staatsrechtes gibt es namentlich in Bayern: Geiger K. A.: Handbuch der gesamten Pfarramtsverwaltung (10. Aufl.) 1910 ff. — Friedl L. G.: Pfarramtsverwaltung; Pfründewesen; Kirchenvermögen; Kirchliche Baupflicht (meist in 4. Aufl.); — Stingl Eduard: Bestimmungen des bayerischen Staates über die Verwaltung des katholischen Pfarramtes (2. Aufl.); — Meurer Christian: Der Kodex iur. can. und das bayerische Staatskirchenrecht (1918); — Bayerisches Kirchenvermögensrecht in 3 Bänden (III. B. 1919); — Girisch G., Hellmuth G., Pachelbel G.: Handwörterbuch des bayerischen Staatskirchenrechts (1914, 2. Aufl.).

Werke a katholischer Verfasser: Van Espen (Jansenist), † 1728; — Eichhorn Karl Fr., † 1854: Grundsätze des KR. 1831—33; — Richter Em. L.: Lehrbuch des kath. und ev. KR. 1842 (8. Aufl.), besorgt von Dove-Kahl 1886; — Friedberg G., † 1910: Lehrbuch des kath. und ev. KR. 1879 (6. Aufl. 1909); — Hinschius Paul: Das KR. der Kath. und Prot. in Deutschland in 6 Bänden, 1869 ff.; — Ehling Emil: Kirchenrecht 1903; — Stutz Ulrich: „Der Geist des Codex iuris canonici“ (1918) nebst seinen anderen verdienstvollen Werken (Geschichte des Benefizialwesens; die kirchliche Rechtsgeschichte; der neue Stand des deutschen Bischofswahlrechts). Die unter der Leitung des Professors Stutz veröffentlichten „Kirchenrechtlichen Abhandlungen“ (nahezu 100) sind bekannt und geschätzt.

Von den Orientalen seien hervorgehoben: Milasch, Bischof Nikodem: Das orth. Kirchenrecht, deutsche Übersetzung von Pessic 1897; — Pawlow A. S.: Lehrbuch des KR. (russisch, 1902); — Papp-Szilagy i Ios.: Enchiridion iuris eccl. orientalis catholicae, Magno-Varad. 1880, 2. ed.; — Sajoerski M.: Über die heilige und regierende Gewalt und die Formen der Verfassung der orth. Kirche (russ., Moskau 1891); — Sjumorow N.: Lehrbuch des KR. (russ., 3. Aufl., Moskau 1908); — Zankow Steph.: Die Verfassung der bulgarischen orthodoxen Kirche (1. Band, Zürich 1918); *Πάλλη Γ. Α. και Μ. Πότλη: Σύγγραμμα τῶν θείων και ἱερῶν κανόνων* (Athen 1852—59, Band I—VI).

§ 4. Gestalt und Geschichte des Kodex.

I. Der „Codex Iuris Canonici“ erschien am 28. Juni 1917 und fand seine Veröffentlichung in den Acta Apostolicae Sedis vol. IX. Pars II, dadurch ist er authentisch promulgiert. Der ganze Titel lautet „Codex Iuris Canonici Pii X Pontificis Maximi iussu digestus Benedicti Papae XV auctoritate promulgatus.“ Das „Gesetzbuch des Kirchenrechts“, wie die Acta Apostolicae Sedis es veröffentlichen, besteht aus folgenden Abschnitten: einer Vorbemerkung, der Einführungsbulle, dem Glaubensbekenntnis, dem eigentlichen Kodex und acht Beilagen (documenta) und einem kurzen Index. Ein Sachregister fehlte zwar in der ursprünglichen Aus-

gabe, aber Kardinal Gasparri bereicherte die späteren mit wertvollen Beigaben: a) Die Vorrede „*Id fuit constans*“ gibt einen geschichtlichen Überblick über die Kodifikation; b) ein *Index analytico-alphabeticus* erschließt einigermaßen die reichen Schätze des Gesetzbuches; c) in der Quartausgabe finden wir noch eine umfassende Quellenangabe aus dem Rechte, welches vor dem Kodex galt. Wegen Can. 6 nn. 2 und 3 haben diese Quellennoten nicht nur geschichtliche, sondern auch gesetzesauslegende Bedeutung. Auch die von Pustet-Herder besorgte Lieferung besitzt Vorrede und Sachregister.

Dem Kodex unmittelbar vordruckt ist das Glaubensbekenntnis, die „*Professio catholicae fidei*“, und zwar nicht jene, welche Papst Pius X. s. A. gegen die modernistischen Irrtümer verfaßte, sondern die *Professio Tridentino-Vaticana*, wie sie bereits das *Pontificale Romanum*, Pars III (Editio typica apud F. Pustet 1888) pag. 66—68 enthält. Ganz ähnlich ist das kurze Glaubensbekenntnis, welches das heilige Offizium im Jahre 1890 für die neubekehrten Irrgläubigen und morgenländischen Schismatiker vorschrieb.¹⁾ Dieses Glaubensbekenntnis haben neun Klassen von Kirchenbeamten abzulegen nach Codex Can. 1406 § 1. — Gemäß Can. 6 n. 6 schien der „*Antimodernisteneid*“ und die sonstigen Maßnahmen Pius' X. gegen den Modernismus beseitigt zu sein, vgl. Ferreres Iuan: *Institutiones* I n. 122. Allein das heilige Offizium verfügte unter ausdrücklicher Genehmigung des Papstes am 22. März 1918, daß auch nach dem Inkrafttreten des Kodex die Maßnahmen Pius' X. bis zu einer weiteren Verfügung des Apostolischen Stuhles aufrechterhalten blieben, insbesondere der Aufsichtsrat (*Consilium a vigilantia*) und der *Antimodernisteneid* (AAS. X, 136).

Der „*Codex Iuris Canonici*“ zerfällt in fünf Bücher: I, *Normae Generales* (6 Titel); II *De personis* in 3 Teilen mit 19 Titeln, welche in Kapitel zerlegt sind; III *De rebus* in 6 Teilen mit 30 Titeln, deren größere Kapitel umfassen; IV *De processibus* in 3 Teilen mit 33 Titeln; V *De delictis et poenis* in 3 Teilen mit 19 Titeln. — Die acht *Beilagen*

¹⁾ Appendix ad Conc. Plen. Americae Latinae (1900) n. 134.

(Documenta), welche dem Kodex beige druckt sind, beziehen sich: a) auf die Papstwahl (Documenta I—III); b) auf den Pfarrkonkurs (Doc. IV, Const. Benedicti PP. XIV „Cum illud“, 14. Dec. 1742); c) auf die Verwaltung des Bußsakramentes (Doc. V Const. Benedicti PP. XIV „Sacramentum Poenitentiae“, 1. Mai 1741); d) auf das Paulinische Privileg (Documenta VI—VIII).

II. Die Geschichte der Kodifikation wird uns vom Papst Benedikt XV. in der Promulgationsbulle „Providentissima Mater Ecclesia“ vom Pfingstfeste (27. Mai) 1917 nochmals kurz und etwas ausführlicher in der „Vorrede“ Gasparris vor Augen geführt. Gesetzgeberisch war die Kirche als „vollkommene Gesellschaft“ schon von Anfang an tätig. Unsterblich sind ihre Verdienste nicht nur auf ureigenem Gebiete, sondern auch in der Veredlung des staatlichen Rechts, nicht ausgeschlossen jenes berühmte Römische Recht, welches man „ratio scripta“ ohne Übertreibung nennen kann. Freilich im Laufe der Zeit häuften sich die Kirchengesetze; manche paßten nicht mehr in unsere Zeit; manche waren zweifelhaft in ihrem Bestande; schwer war es, die geltende Gesetzgebung aus der gewaltigen Masse der Gesetze herauszuschälen. Darum beschloß Pius X. die Neukodifizierung des Kirchenrechts durch das Motuproprio „Arduum sane“ vom 17. März 1904. Ein gewaltiges Unterfangen. Manche zaghafte Seelen trugen Bedenken. Die Feuerseele („Ignis ardens“) auf Petri Thron brachte das Werk in zehn Jahren beinahe zur Vollendung. Als dem zehnten Pius bei Beginn des furchtbaren Kriegsbrandes die Schlüssel Petri entsanken, hob sie Jakobus della Chiesa als Benedikt XV. auf und brachte das Riesenwerk zur Vollendung. Mitgearbeitet haben die Kirchenfürsten des Erdfreises, welche schon 1904 aufgefordert wurden, sich über das Veränderungsbedürftige zu äußern und denen dann nochmal 1912 der fertige Kodex zu etwaigen Bemerkungen vorgelegt wurde. Mitgearbeitet haben die Konsultoren der Stadt Rom und des katholischen Erdfreises. Mitgearbeitet haben die Kardinäle der „Kodifikationskommission“: Ferrata, Gennari, Cavicchioni, Vives y Tuto und Cavagnis, an ihre durch den Tod frei gewordenen Plätze rückten nach und nach ein die Kardinäle Vinzenz Vannutelli, Rajetan de Lai,

Sebastian Martinelli, Basil Pompili, Rajetan Bisleti, Wilhelm van Rossum, Philipp Giustini und Michael Lega. Der Bannerträger aber war durch die zwölf Jahre Peter Gasparri, der gegenwärtige Staatssekretär. — Am Pfingstfest 1917 erfolgte die Veröffentlichung, am Pfingstfeste (19. Mai) 1918 hat der Kodex Rechtskraft in der ganzen Kirche erlangt.

III. Die Kodexkommission. Für die authentische Erklärung des neuen Gesetzbuches rief Papst Benedikt XV. eine eigene „Kardinalskommission“ oder einen obersten ständigen „Rat“ durch Motu proprio „Cum iuris“ am 15. September 1917 ins Leben, welche wir fernerhin kurz „Kodexkommission“ (CC.) nennen wollen (AAS. IX, 483 sq.). Diese Kommission besteht aus einigen Kardinälen, einem Sekretär und mehreren Konsultoren des Welt- und Ordensklerus; an der Spitze der Kommission steht ein Kardinal (gegenwärtig Petrus Gasparri). Alle diese Beamten werden vom Heiligen Vater ernannt. Gegenüber den einzelnen römischen Kongregationen hat die CC. das Recht, die Konsultoren der Kongregationen vorkommendenfalls um ihr Gutachten anzufragen, sowie die Pflicht, wichtigere Gegenstände vor der Entscheidung der einschlägigen Kongregation vorzulegen. — Die heiligen Kongregationen dürfen neue Dekrete nur im Notfalle erlassen; sie sollen sich beschränken auf Anweisungen (Instructiones), geeignet den Gesetzen des Kodex mehr Licht und Kraft zu verschaffen in engster Anlehnung an den Text des Kodex. Ein dem Kodex entgegenstehender Erlaß bedarf der Bestätigung des Heiligen Vaters. Das vom Papste gebilligte Dekret geht an die Kodexkommission, welche den neuen Kanon redigiert und ihn je nach Bedarf entweder an die Stelle des ursprünglichen Kanons oder neben diesem einreicht, z. B. Can. 1069 „§ 1. Invalide . . . constituit“. — Can. 1069 bis. — Can. 1069 ter. — Bisher erfolgte weder ein Ersatz noch eine Ergänzung.

Die Kodexkommission antwortet nur auf Anfragen, gestellt von Ordinarien (Can. 198), nicht von Privaten, außer wenn letztere im besonderen Auftrag eines Ordinarius handeln. Entscheidung der CC. vom 9. Dezember 1917 (AAS. X, 77).

Die für Deutschland und Ungarn so wichtige Entscheidung der CC. erfolgte auf eine private Anfrage. Msgr. Dr. Anton Schaeppman wendete sich mit der Frage nach Rom: „Utrum Const. Provida d. 18. Ian. 1906 tamquam lex particularis praescripto Can. 1099 opposita iam ad normam Can. 6 n. 1 abrogata sit an vero tamquam privilegium vel indultum ad normam Can. 4 integra maneat?“ Unter dem 30. März 1918 erhielt er die Antwort: „Abrogata est. P. Card. Gasparri.“ Man beachte aber, daß der Fragesteller „mit Erlaubnis seines Erzbischofs“ (von Utrecht) die Anfrage stellte (Archiv f. kath. RR. 1920 S. 61 n. 34).

§ 5. Allgemeine Gesichtspunkte.

Der Kodex stellt an die Spitze sieben wichtige Gesichtspunkte allgemeiner Natur:

1) Can. 1. Das Gesetzbuch der Kirche betrifft zunächst die **Lateinische Kirche**, die Morgenländische nur ausnahmsweise in Fällen, die sich aus der Natur des Gegenstandes ergeben, z. B. in den Kapiteln vom Ritus Can. 98, vom Römischen Papste (Cann. 218 sqq.), vom Allgemeinen Konzil (Cann. 222 sqq.), oder welche eigens erwähnt sind, z. B. Can. 782 § 5, wonach der morgenländische Priester ein Kind des lateinischen Ritus nicht firmen darf; Can. 1099 § 1 n. 3 (Eheschließung).

2) Can. 2. Alle **liturgischen** Gesetze behalten ihre Geltung bei, außer es wurde in dem Kodex ein Punkt ausdrücklich verbessert. Solche Verbesserungen finden sich z. B. bei der heiligen (letzten) Ölung: a) „Im Notfall genügt eine Salbung an einem Sinneswerkzeug oder richtiger an der Stirne mit der vorgeschriebenen kürzeren Form, wobei jedoch die einzelnen Salbungen zu ergänzen sind, wenn die Notlage aufhört; b) die Salbung der Nieren ist stets zu unterlassen; c) die Salbung der Füße kann aus jedem vernünftigen Grunde unterlassen werden“ Can. 947 §§ 1—3.

3) Can. 3. Die **Konfordate** (conventiones) zwischen dem Heiligen Stuhl und den verschiedenen Nationen werden durch die Kanones dieses „Gesetzbuches“ in keiner Weise abgeschafft oder beeinträchtigt („obrogant“). Werden neue Konfordate errichtet, so bestimmen diese selbst ihre Stellung zum Kodex. Denn Can. 3 betrifft nur die vor dem 19. Mai 1918 bestehenden Vereinbarungen, und zwar insoweit diese an dem genannten Tage noch in Kraft waren. (Darum unterstehen

in **B a h e r n** die Geistlichen in rein bürgerlichen Sachen dem weltlichen Richter, **Bayerisches Konkordat Art. 12 c**, auch nach Inkrafttreten des **Kodex am 19. Mai 1918, Can. 120**. Darum bleibt in **B a h e r n** die Errichtung, Teilung und Verschmelzung der Pfarreien eine gemischte Sache gemäß **Konkordat Art. 12 f.)**

4) **Can. 4**. Wohlerworbene **Rechte** bleiben unangetastet, außer sie werden in dem **Kodex ausdrücklich** widerrufen; ebenso **Privilegien** und **Indulte**, letztere unter folgenden Bedingungen:

a) daß sie der **Heilige Stuhl** bis jetzt natürlichen oder moralischen Personen verliehen hat;

b) daß sie bis jetzt tatsächlich im Gebrauch sind;

c) daß kein Widerruf sie beseitigte.

„Iura aliis quaesita“ sind Rechte, welche andere als die im **Kodex** bezeichneten Personen wohlerworbene haben; vgl. **Cann. 50; 2296 § 2, Regula 18. Conciliariae Apostolicae „De iure quaesito non tollendo“**; vgl. die **Bulle „Consistoriali decreto“ d. 25. Oct. 1913 Pii PP. X (ME. 25, 435)**. Die drei Bedingungen gehören nur zu den „**privilegia et indulta**“. Darum begreifen wir die Entscheidung der **Kodexkommission vom 24. November 1918**, wonach die **e i n f a c h e n** Gelübde in den eigentlichen **Orden** nicht nach dem **Kodexrechte**, sondern nach dem **alten Rechte** zu beurteilen sind hinsichtlich der Art und Wirkung der Entlassung (**Archiv f. kath. RR. Bd. 99. 1919, S. 62**), weil diesen Professoren ein „**iur quaesitum**“ zur Seite steht.

5) Der **Can. 5** des **Kodex** teilt die seinen Bestimmungen entgegenstehenden **Gewohnheiten** („**consuetudines contra**“), sie mögen allgemeine oder partikuläre sein, in drei Klassen:

a) in **Gewohnheiten**, welche dieser **Kodex ausdrücklich** verwirft; diese sollen, wenn sie auch unbordenflich sind, als **corruptelae iuris** beseitigt werden und dürfen nicht wieder aufleben;

b) in **Gewohnheiten**, welche **hundertjährig** und **unbordenflich** nach dem Urteile des **Ordinarius** nicht gut beseitigt werden können; diese dürfen geduldet werden;

c) die übrigen gelten als unterdrückt, außer das „**Gesetzbuch**“ bestimmt ausdrücklich anders; vgl. unten § 7.

6) **Can. 6**. **Beziehung des Kodex zu den bisher geltenden Gesetzen, allgemeinen und beschränkten**. Wenn das „**Gesetzbuch der Kirche**“ auch zeitgemäße Änderungen trifft, so behält es doch im allgemeinen die bisherige Gesetzgebung bei. Hierüber stellt der **Kodex** folgende Regeln auf:

a) Die dem Kodex entgegenstehenden allgemeinen Gesetze werden abgeschafft; ebenso die beschränkten Gesetze, außer der Kodex trifft eine andere Verfügung ausdrücklich; so ist die Konstitution *Provida* durch Can. 1099 beseitigt. Kardinal Gasparri, Antwort am 30. März 1918 (Archiv 99, 61 n. 34).

b) Kanones, welche das alte Recht vollständig wiedergeben, sind nach dem alten Rechte zu würdigen und darum nach den Erklärungen erprobter Gewährsmänner, so z. B. Can. 1095 § 2 „*Parochi . . . possunt quoque alii sacerdoti licentiam dare ut intra fines sui territorii matrimonio valide assistat*“.

c) Kanones, welche teils das alte Recht wiedergeben, teils ein neues bringen, sind in jenem Teil nach dem alten Rechte zu beurteilen, im neuen aus sich selbst; so lautet Can. 746 § 1 „*Nemo in utero matris clausus baptizetur (alt), donec probabilis spes sit ut rite editus baptizari possit*“ (neu).

d) Im Zweifel, ob die Bestimmung alt oder neu ist, muß man beim alten Rechte bleiben.

e) Alle Strafen, deren im „Gesetzbuch“ keine Erwähnung geschieht, sind abgeschafft, ob sie geistlich oder zeitlich sind, Heil- oder Bußstrafen, *latae* oder *ferendae sententiae*.

f) Von den im Kodex nicht erwähnten bisherigen Gesetzen gilt als Grundsatz: Sie haben jede Geltung verloren. Selbstverständlich bleiben aufrecht alle Normen der liturgischen Bücher oder die Bestimmungen des göttlichen Rechtes.

7) Im Can. 7 wird der Begriff „*Apostolischer*“ oder „*Heiliger Stuhl*“ dahin erklärt, daß darunter nicht nur der Papst verstanden wird, sondern auch die Römischen Kongregationen, Gerichtshöfe und Ämter, durch welche der Heilige Vater die Geschäfte der allgemeinen Kirche zu erledigen pflegt, außer es ergibt sich aus der Natur der Sache und aus dem Zusammenhang etwas anderes. Die „*Curia Romana*“ wird näher beschrieben in den Cann. 242 bis 264. — Das Apostolische Vikariat in Rom fällt nicht unter den Begriff „*Sedes Apostolica*“, weil sein Zweck die Diözese Rom betrifft.

§ 6. Die Kirchengesetze.

Nach den allgemeinen Normen handelt der Roder in sechs Titeln von den Kirchengesetzen: I. Von den Gesetzen; II. von der Gewohnheit; III. von der Zeitberechnung; IV. von den Reskripten; V. von den Privilegien; VI. von den Dispensen. Wir behandeln zunächst die Kirchengesetze.

I. Die Promulgation der Kirchengesetze. Die Gesetze treten in Kraft mit der Promulgation Can. 8 § 1. Es gibt eine doppelte Promulgationsform: eine o r d e n t l i c h e und eine a u ß e r o r d e n t l i c h e. In ordentlicher Weise wird ein Gesetz promulgiert durch die Aufnahme in die „Acta Apostolicae Sedis, commentarium officiale“; die außerordentliche Form wird eigens vorgeschrieben. Ihre Kraft äußern die in gewöhnlicher Weise promulgierten Gesetze erst nach drei Monaten von jenem Datum an, welches der Promulgationsnummer der Acta aufgedruckt ist. Es gibt jedoch Gesetze, welche ihrer Natur nach sofort verpflichtend wirken oder denen eine kürzere oder längere Zwischenfrist (vacatio) in besonderer und ausdrücklicher Weise bestimmt ist; Can. 9.

Die ordentliche Promulgationsweise besteht schon seit der Bulle „Promulgandi“ d. 29. Sept. 1908 mit Wirkung vom 1. Januar 1909. Die außerordentliche Form mußte sich der Heilige Stuhl vorbehalten; denn es könnte Zeiten geben, in denen das Erscheinen eines amtlichen Organs unmöglich wäre. Die Gesetzeskraft ist zwar mit der Promulgation schon gegeben, allein erst nach drei Monaten bindet das Gesetz die Untertanen. Die Acta Apostolicae Sedis, welche den Roder veröffentlichen, tragen das Datum des 28. Juni 1917. Nach den allgemeinen Bestimmungen würde also diese Gesetzesammlung bereits am 29. September 1917 verpflichten; sie verpflichtet aber erst am 19. Mai 1918, da ein längerer Fristenlauf bestimmt ist. Sofort verpflichten die erklärenden Gesetze Can. 17 § 2.

II. Gesetz und Vorschrift (lex et praeceptum). Das Gesetz trifft das Gebiet, dadurch die Person, wenn nicht etwas anderes feststeht Can. 8 § 2. Die Vorschriften verpflichten die, denen sie gegeben, überall, indes können sie gerichtlich nicht zur Geltung gebracht werden und verlieren ihre Kraft, wenn das Recht des Befehlenden erlischt, außer das Gebot wäre auferlegt worden durch ein rechtskräftiges Dokument oder vor zwei Zeugen Can. 24. — Wir haben das bisherige Recht (nur mehr geklärt), welches lautet: Lex

afficit territorium, praeceptum ossibus inhaeret. — Pacelli Eugenio: La Personalità e la Territorialità delle leggi (Roma 1912).

III. Gegenstand des Gesetzes (obiectum legis).

1) Die Kirchengesetze betreffen in der Regel *Zukunftiges*, *Vergangenes* nur, wenn *Vergangenes* ausdrücklich *vorge-*
sehen ist Can. 10. So wirkt ein Gesetz, welches ein früheres
Gesetz lediglich erklärt, naturgemäß rückwärts Can. 17 § 2.
2) Als Gesetze mit *verungültigender* oder *unsähig*
machender Wirkung (*leges irritantes* aut *inhabilitantes*)
gelten nur jene, in denen entweder ausdrücklich oder gleich-
wertig (*asquivalenter*) bestimmt wird, ein Akt sei nichtig oder
eine Person sei unsähig Can. 11.

Vergangenes kann von der Kirchengewalt nur dann geregelt
werden, wenn es der Kirchengewalt untersteht. Gehört der vergangene
Akt bereits dem göttlichen Rechte an, so ist eine spätere Regelung durch
die kirchliche Gesetzgebung unmöglich. War z. B. eine Ehe, zwischen
dem 15. April 1906 und dem 19. April 1908 im Deutschen Reiche formlos
geschlossen, gültig nach der Konst. Provida, so kann eine spätere Regelung
durch die Forderung „ambo nati in Germania“ diese Ehe unmöglich
ungültig machen. — Beispiele: a) einer ausdrücklichen Verungül-
tigung: *Matrimonii promissio... irrita est pro utroque foro, nisi*
facta fuerit per scripturam etc. Can. 1017 § 1; b) einer gleichwertigen *B.*:
Impedimentum dirimens graviter prohibet matrimonium contra-
hendum, et impedit quominus valide contrahatur Can. 1036 § 2.
Dari nequit Oecumenicum Concilium quod a Romano Pontifice non
fuerit convocatum Can. 222 § 1 (die Akten sind nichtig). — Da der Kodex
der *actus mere interni* keine Erwähnung tut, so bleibt es bei dem
bisherigen Recht, wornach „rein innere Akte“ nicht unter das Gesetz
fallen, vgl. Santi-Leitner: *Praelectiones* 4 I 2 n. 13.

IV. Gesetzgeber. Jede gesetzgebende Gewalt wie über-
haupt jede Gewalt kommt von Gott, Spr 8, 15—16;
Röm 13, 1. In der katholischen Kirche besitzen gesetzgebende
Gewalt alle jene rechtmäßigen Obern, welche eine Gewalt
im äußeren Rechtsbereich besitzen, so der Papst, das allgemeine
Konzil, der Bischof, Partikularkonzilien usw. gemäß Mt 16,
19; 18, 18; Joh 21, 15 ff; 17 10, 16; Apg 15, 28 f usw. —
Im kirchlichen „Gesetzbuch“ handeln folgende Kanones von der
Gesetzgebungsgewalt der Kirche: Cann. 196 ff. (Zeitungs-
gewalt); 218 ff. (Primat); 335 (Bischöfe); 323 (Quasi-
Episkopalgewalt); 2220 (Richter- und Strafgewalt, bemessen
nach der Gesetzgebungsgewalt); vgl. Böschl Arnold:
Kath. KR. (1918) I S. 28; St u g Ulrich: „Der Geist des

CIC.“ (1918) C. 241, 263, Ferreres I. B.: „Institutiones canonicae“ (1918) I n. 155.

V. Untergebene des Gesetzes (subiectum legis). 1) Den bloßen Kirchengesetzen sind nicht unterworfen:

- a) die Nichtgetauften;
- b) die Getauften, welche des hinreichenden Vernunftgebrauches entbehren;
- c) die Getauften vor dem vollendeten 7. Lebensjahre, außer das Recht würde ausdrücklich anders bestimmen Can. 12. So bestimmt Can. 2342 § 2^o, daß Personen, welche Mädchen jeglichen Alters, in die Männerklausur einführen oder zulassen, der Exkommunikation verfallen; so sind Kinder mit dem Vernunftgebrauch der Beicht- und Kommunionspflicht auch vor dem 7. Lebensjahre unterworfen Cann. 859 § 1; 906; CC. 3. Ian. 1918 (Archiv 99, 62 n. 38).

2) Man unterscheidet allgemeine Gesetze und beschränkte. Die Beschränkung kann stattfinden: bezüglich des Gebietes (ratione territorii) und bezüglich der dem Gesetze unterworfenen Personen (ratione personarum). Daraus ergeben sich folgende Regeln:

a) Die allgemeinen Gesetze gelten auf dem ganzen Erdreise für alle Getauften (Can. 12) oder für eine bestimmte Klasse von Getauften, z. B. für die Kleriker Can. 13 § 1.

b) Die beschränkten Gesetze gelten für ein bestimmtes Gebiet entweder für alle Getauften (Can. 12) oder für eine bestimmte Klasse derselben, vorausgesetzt daß sie entweder in diesem Gebiete ein Domizil oder Quasidomizil haben und zugleich tatsächlich dort wohnen Can. 13 § 2, oder daß sie in dem Gebiete als Wohnsitzlose (vagi) sich aufhalten Can. 14 § 2, oder daß sie in dem Gebiete als Fremde (peregrini) sind, in letzterem Falle aber nur dann, wenn die Gesetze dem Interesse der öffentlichen Ordnung dienen oder Rechtsförmlichkeiten (actuum sollemnia) festsetzen Can. 14 § 1 n. 2^o.

3) Die Verpflichtung der Fremden (peregrini) wird im Roder noch genauer bestimmt, nämlich

a) Handelt es sich um allgemeine Gesetze, so sind die Fremden gebunden, wenn sie am Orte des Domizils (Quasi-

domizils) und jenem des Aufenthaltes gelten Can. 13 § 1, ebenso wenn sie am Orte des Aufenthaltes gelten, obschon der Ort des Domizils frei ist Can. 14 § 1 n. 3, z. B. wegen eines Konfordates.

b) Handelt es sich um beschränkte Gesetze (*leges particulares*), so sind die Fremden durch die partikulären Gesetze ihres Domizils nicht gebunden, außer es würde die Übertretung im Domizilsgebiete Schaden verursachen oder das Gesetz wäre persönlich Can. 14 § 1 n. 1°. Die Gesetze des Gebietes, wo sie als Fremde weilen, gelten für sie nur, wenn die Gesetze die öffentliche Ordnung sichern oder Rechtsformen (*sollemnia actuum*) festsetzen Can. 14 § 1 n. 2 (oben unter 2).

Ein Münchener Katholik weilt am 6. Januar (Epiphanie) in der Diözese Speyer. Er ist nicht verpflichtet, das Epiphaniefest zu feiern Can. 1247 §§ 1 und 3. Ein Speyerer Katholik muß aber die rechtsrheinischen allgemeinen Feiertage, z. B. Peter und Paul, Unbefleckte Empfängnis usw. in den rechtsrheinischen Diözesen beobachten Can. 1247 § 1. Ein Italiener, welcher als Fremder den Ostermontag in Bayern zubringt, ist an das Kirchengebot *secluso scandalo* nicht gebunden, da der Ostermontag ein partikuläres Kirchengesetz für Bayern ist. — Die tridentinische Form des c. Tametsi war ein örtliches und persönliches Gesetz; darum verpflichtete es den Fremden auch außer seinem Territorium, selbst wenn dieses frei war, und darum verpflichtete es den sonst freien Fremden in einem Gebiet, für das es galt.

VI. Objektive und subjektive Unsicherheit des Gesetzes.

1) Zweifel. Ist das Gesetz selbst zweifelhaft (*dubium iuris*), so verpflichtet es nicht, auch wenn es verungültigt oder unfähig macht (*etiam in legibus irritantibus et inhabilitantibus*). — Ist zwar das Gesetz klar, die Tatsache aber zweifelhaft (*in dubio facti*), so kann der Ordinarius dispensieren, vorausgesetzt, daß der Papst in dem betreffenden Gesetze zu dispensieren pflegt Can. 15. — Weiter geht noch Can. 1068 § 2 *Si impedimentum impotentiae dubium sit, sive dubio iuris sive dubio facti, matrimonium non est impediendum*; dagegen Can. 1076 § 3.

2) Unkenntnis. Bei den verungültigenden und unfähigmachenden Gesetzen entschuldigt die Unkenntnis nicht, z. B. bei den trennenden Ehehindernissen, auch bei den Irregularitäten (Can. 988), außer das Gegenteil wäre ausdrücklich bestimmt Can. 16 § 1. Unkenntnis oder Irrtum betreffend ein Gesetz oder eine Strafe (Näheres im Can. 2229)

oder eine eigene Handlung oder eine offenkundige fremde Handlung wird im allgemeinen nicht angenommen; bezüglich einer fremden Handlung, welche nicht offenkundig ist, gilt die Rechtsannahme auf Unkenntnis oder Irrtum bis zum Beweise des Gegenteils Can. 16 § 2.

VII. **Erklärung des Gesetzes** (interpretatio legis). 1) Die gesetzliche Erklärung (interpretatio authentica) geht aus

- a) vom Gesetzgeber;
- b) von seinem Nachfolger;
- c) von den hiezu Bevollmächtigten Can. 17 § 1.

2) Die authentische Erklärung, in Form eines Gesetzes erlassen, hat dieselbe Geltung wie das Gesetz selbst. Dieselbe kann entweder rein erklärend sein oder eine Veränderung bewirken. Ist die Interpretation rein erklärend, so bedarf sie einer Promulgation nicht und ist rückwirkend; wenn sie dagegen das Gesetz beschränkt oder ausdehnt oder dessen Zweifel hebt, so wirkt sie nicht rückwärts und bedarf der Promulgation Can. 17 § 2.

Wie einstens der Kongregation (S. C. Concilii) die Aufgabe zukam, die Dekrete des Konzils von Trient authentisch zu erklären, so hat am 15. September 1917 Papst Benedikt XV. durch das Motuproprio „Cum iuris canonici“ eine eigene **Kommission** eingesetzt mit dem ausschließlichen Rechte, die Kanones des Kodex authentisch zu interpretieren. Diese Kommission, bestehend aus einigen Kardinälen, deren einer den Vorsitz führt, aus einem Sekretär und aus Konsultoren des Welt- und Ordensklerus, hat demnach das ausschließliche Interpretationsrecht, zugleich aber auch die Verpflichtung, in wichtigen Fragen die Ansicht der einschlägigen Kongregation sich zu erholen. Die Kongregationen sollen regelmäßig keine neuen Gesetze erlassen; drängt jedoch die Not hiezu, so muß obige Kommission verständigt werden, damit an Stelle des etwa beseitigten Kanons der neue gesetzt oder damit das neue (ergänzende) Gesetz entsprechend in den Kodex eingereiht werden kann. (Acta Apostolicae Sedis vol. 9. pag. 483—84).

3) Erfolgt die Gesetzeserklärung in Form eines richterlichen Urteils oder eines Reskriptes in einer besonderen An-

gelegenheit, so hat sie keine gesetzliche Geltung, sondern bindet nur die betreffenden Personen und ordnet die Dinge, für welche sie erging Can. 17 § 3 (*interpretatio forensis*).

4) Vortreffliche Regeln gibt der Kodex für die wissenschaftliche Erklärung. a) Suche den Sinn des Gesetzes aus der natürlichen Bedeutung des Wortlautes, wie ihn Text und Zusammenhang bieten; bleibt er zweifelhaft und dunkel, so berate die etwaigen Parallelstellen, blicke auf den Zweck des Gesetzes, die Umstände und die Absicht des Gesetzgebers Can. 18. — b) Einer engeren Erklärung sind jene Gesetze unterworfen, welche eine Strafe festsetzen, welche die freie Ausübung von Rechten beschränken oder eine Ausnahme vom Gesetze enthalten Can. 19. — c) Fehlt über einen Gegenstand der klare Ausspruch eines allgemeinen oder beschränkten Gesetzes, so halte man sich, außer bei Verhängung von Strafen, an gesetzliche Bestimmungen in ähnlichen Fällen, an die allgemeinen Grundsätze des Rechts unter Wahrung der kanonischen Billigkeit; an den Stil und die Praxis der Römischen Kurie; an die gemeinsame und ständige Anschauung der Gelehrten Can. 20. — d) Gesetze, ergangen zur Abwendung einer allgemeinen Gefahr (z. B. Bücherverbot), verpflichten, auch wenn im Einzelfall keine Gefahr vorhanden ist Can. 21 (*Interpretatio doctrinalis*).

Wir führen einen Kanon des neuen Gesetzbuches vor, um einige Interpretationsregeln an ihm zu beleuchten. Can. 947 § 1 lautet im zweiten Abschnitt: „In casu necessitatis sufficit unica unctio in uno sensu seu rectius in fronte cum praescripta forma breviori, salva obligatione singulas unctiones supplendi, cessante periculo.“ Das wichtigste Wort in diesem Kanon ist offenbar „sufficit“. Dasselbe kann bedeuten: „Diese Notsalbung genügt schlechthin, das Wesen der heiligen Ölung ist gespendet“ oder „diese Notsalbung genügt nur deswegen, weil eben die wesensnotwendige Salbung augenblicklich nicht vollzogen werden kann.“ — Wie wir oben sahen, gibt es eine dreifache Erklärung: Die *interpretatio authentica*, *forensis*, *doctrinalis*. Wir haben über diese Stelle keine *i. authentica*. Dagegen haben wir eine *i. forensis*. Es wurde nämlich diese abgekürzte Spendungsform in einem Reskript vom 29. März 1915 für die Irrenanstalten in der Diözese Regensburg unter gewissen Umständen bewilligt (Can. 17 § 3). Wenden wir nun die *i. doctrinalis* an, so bietet zunächst der Wortlaut (*textus, contextus*) eine kleine Schwierigkeit „sufficit. . salva obligatione singulas unctiones supplendi“. Also die Notspendung genügt und genügt doch nicht. Diese Schwierigkeit beseitigt der Blick auf eine Parallelstelle, nämlich Can. 1007,

darnach ist ein großer Unterschied zwischen *iterare* und *supplere*. Nicht eine Wiederholung ist vorgeschrieben, sondern lediglich eine Ergänzung. — Daß „*cessante periculo*“ nicht von der Todesgefahr verstanden sein kann, ergibt sich aus Can. 940 § 1. Wäre nämlich die Todesgefahr verschwunden, so hörte der Kranke auf, fähig für dieses Sakrament zu sein.

VIII. Das Zusammentreffen mehrerer Gesetze (*occurentia legum*). 1) Treffen zwei Gesetze zusammen über denselben Gegenstand, so wird die Gegensätzlichkeit und darum der Widerruf des früheren nicht vermutet, sondern an der Übereinstimmung derselben ist, soweit als möglich, festzuhalten Can. 23. Die Idee und der Ausspruch Gratians *Concordia discordantium canonum* soll maßgebend sein. — 2) Das spätere Gesetz tut dem früheren Abbruch (*obrogat*) in folgenden Fällen: a) wenn der Gesetzgeber es eigens erklärt; b) wenn die Verfügung der früheren geradezu entgegen ist; c) wenn das neue Gesetz den Gehalt des früheren Rechtes auf eine neue Grundlage stellt Can. 22. — 3) Ein allgemeines Gesetz hebt die Vorschriften besonderer Gebiete oder einzelner Personen nicht auf, außer diese werden ausdrücklich getroffen, wie das der Roderer verfügt im Can. 6 n. 1, wo auch „*particulares leges, praescriptis huius Codicis oppositae, abrogantur, nisi aliud expresse caveatur*“, (oben S. 34) Can. 22.

Der Roderer gebraucht die Ausdrücke *abrogare* (ganz und gar aufheben), *derogare* (von einem Gesetz etwas wegnehmen; „*Derogatur legi, cum pars detrahitur*“ l. 102 D. 50, 16; zuweilen = *abrogare*), *obrogare* (= „*mutare aliquid ex prima lege*“ Ulp. I, 3). —

„Das Hindernis der öffentlichen Ehrbarkeit entsteht aus einer ungültigen Ehe, ob vollzogen oder nicht; und aus einem öffentlichen oder notorischen Konkubinate; dasselbe trennt die Ehe im ersten und zweiten Grade der geraden Linie zwischen dem Manne und den Blutsverwandten der Frau und umgekehrt“ Can. 1078. Der frühere Begriff des *publica honestas* ist damit aus dem Kirchenrecht verschwunden; denn a) der Gesetzgeber hat die entgegenstehenden Bestimmungen eigens beseitigt Can. 6 n. 1, b) das neue Gesetz hat den Gehalt des früheren Rechtes auf eine neue Grundlage gestellt Can. 22. Früher war die Grundlage: der *consensus sponsalitiis*, jetzt ein Ehegebilde, das keine Ehe ist (*simulacrum matrimonii*).

IX. Das neue „Gesetzbuch“ enthält keine besonderen Textbestimmungen über das „**Aufhören des Gesetzes**“ (*cessatio legis*), außer jenen Punkten, welche im vorangehenden schon geregelt wurden, z. B. bei der *occurentia legum*. Es gelten demnach die alten Regeln. Ein Gesetz hört auf:

1) Durch ganze oder theilweise *Abschaffung* desselben (*abrogatione, derogatione, obrogatione*) Can. 22; 2) durch die *Dispensation*, d. h. durch den Erlaß eines Gesetzes in einem besonderen Falle Can. 80 sqq. (Näheres unten); 3) durch die Aufhebung eines Gesetzes seitens eines höheren Obern (*irritatio*); 4) durch das Zusammentreffen eines Gesetzes höherer Ordnung mit einem Gesetze niederer Ordnung, wobei letzteres aufhört, wenn nicht beide zugleich beobachtet werden können, z. B. Lt 6, 1 (Hungerstillen am Sabbath); Apg 17, 26 (die Einheit des Menschengeschlechtes macht auch Geschwisterei bei den Söhnen und Töchtern Adams erlaubt); 5) durch das *allgemeine Aufhören* des *Zweckes* eines Gesetzes. Es ist notwendig, daß der Zweck im allgemeinen aufhört; denn das Gesetz besteht fort, wenn auch in Einzelfällen der Zweck nicht erreicht wird. Näheres über dieses Kapitel bei Santi-Leitner: *Praelectiones* ⁴ I 2 n. 40. — Das Aufhören der *Verordnungen* wurde unter II. behandelt.

§ 7. Von der Gewohnheit.

I. Begriff. Die Gewohnheit ist „das nicht geschriebene durch andauernde Handlungen des Volkes unter Zustimmung des Gesetzgebers eingeführte Recht“.

1) Im Gegensatz zum „Gesetze“ ist das Gewohnheitsrecht „nicht geschrieben“, geht also nicht unmittelbar vom Gesetzgeber, sondern von den Sitten des Volkes aus. Auch im neuen Roder wird das Gewohnheitsrecht ausdrücklich anerkannt.

2) Ein kirchliches Gewohnheitsrecht kann es nicht geben für einzelne, auch nicht für jede größere Menge, z. B. für eine Stadt, sondern die Voraussetzung ist ein „Volk“, d. h. ein Teil der Kirche (*communitas*), welcher fähig ist, durch eine eigene Gesetzgebung geleitet zu werden Can. 26, so ein Bistum.

3) Die Handlungen des Volkes müssen „andauernd“ sein, d. h. einen gewissen Zeitraum umfassen und ohne Unterbrechung (*per annos continuos*) geschehen. Der Roder unterscheidet eine vierzigjährige, eine hundertjährige und unvordenkliche Dauer Can. 27 § 1. Can. 28.

4) Die Gewohnheit kann nur durch die Zustimmung des Gesetzgebers zum Gesetze werden Can. 25. Um zu wissen, wann der zuständige kirchliche Obere seine Zustimmung stillschweigend gibt, müssen wir drei Arten von Gewohnheiten unterscheiden: a) gegen das Gesetz; b) neben dem Gesetze; c) gemäß dem Gesetze (*consuetudo contra, praeter, secundum legem*).

5) Die Gewohnheit dem Gesetze gemäß (*secundum l.*) ist vernünftig und die beste Interpretation des Gesetzes („*optima legum interpretatio*“) Can. 29.

6) Die Gewohnheit neben dem Gesetze (*praeter legem*) wird unter folgenden Bedingungen zum Gesetze, a) daß sie wesentlich von einer Communität beobachtet wurde in der Absicht, eine Verpflichtung zu schaffen; b) daß sie vernünftig; c) vierzigjährig sei Can. 28.

7) Gewohnheiten gegen ein Kirchengesetz (*contra legem*) können nur unter folgenden Bedingungen Gesetze werden:

a) daß sie nicht gegen das göttliche Recht (positives oder natürliches) sich wenden Can. 27 § 1;

b) daß sie nicht gegen die Vernunft verstoßen, was in dem Rodeg durch ausdrückliche Verwerfung gekennzeichnet wird Can. 27 § 2; Beispiele: Cann. 455 § 1; 1041; 1056; 1525; 1576;

c) außerdem daß sie vierzigjährig sind, wenn das Gesetz kein Gewohnheitsverbot enthält; oder hundertjährig und unbordenflich, wenn eine Verbotsklausel vorhanden ist Can. 27 § 1.

II. Aufhören der Gewohnheit. 1) Jedes Gewohnheitsrecht wird beseitigt durch eine gegenteilige (nach Cann. 27 und 28 gesetzmäßige) Gewohnheit oder ein Gesetz. Von der *consuetudo contra vel praeter legem* wird dies im Can. 30 ausdrücklich betont; bezüglich der *consuetudo secundum legem* gelten die Grundsätze der Cann. 27 und 28. — 2) Ein Gesetz widerruft an sich nicht die hundertjährigen oder unbordenflichen Gewohnheiten, außer es geschieht hiebon ausdrückliche Erwähnung Can. 30. — 3) Ein allgemeines Gesetz widerruft nicht die partikulären Gewohn-

heiten, abgesehen von der ausdrücklichen Widerrufung Can. 30. — 4) Der Kodex widerruft die gegenteiligen, auch partikulären Gewohnheiten; nur die hundertjährigen und unbordenklichen können vom Ordinarius geduldet werden Can. 5 (C. 33).

§ 8. Von der Zeitberechnung.

Der Kodex bestimmt eine Zeitrechnung, welche in allen Fällen gilt, ausgenommen: a) die liturgischen Gesetze; b) die besonderen Ausnahmen Can. 32.

I. Erklärung der Zeitmaße: 1) Der Tag ist ein Zeitraum von 24 Stunden von Mitternacht zu Mitternacht ohne Unterbrechung. 2) Die Woche umfaßt 7 Tage Can. 32 § 1. 3) Unter „Monat“ versteht man einen Zeitraum von 30 Tagen oder bei einem bestimmten „Monat“ den Zeitraum des Kalenders. 4) Das „Jahr“ erstreckt sich auf 365 Tage oder nach dem Kalender Can. 32.

II. Das Zeitmaß für Stunden. Der Kodex stellt drei Regeln für das Zeitmaß der Tagesstunden auf: 1) Der allgemeine Ortsgebrauch gilt als Regel. 2) Die Ortszeit, und zwar entweder die örtliche, sei es die wahre, sei es die mittlere oder die gesetzliche, sei es die für ein Gebiet bestimmte oder eine andere außerordentliche, kann, auch abweichend von der gewöhnlichen Ortsberechnung, angewendet werden bei der privaten Darbringung der heiligen Messe; bei dem privaten Abbeten der kirchlichen Tagzeiten; beim Empfang der heiligen Kommunion und bei Beobachtung des Fasten- und Abstinenzgebotes Can. 33 § 1. 3) Die Zeit des im Lande geltenden bürgerlichen Rechtes gilt für die Erfüllung von Vertragsverpflichtungen Can. 33 § 2.

Ein Priester reist am Freitag, dem 26. Juli 1918, und kommt an seinem Bestimmungsort am Samstag, dem 27. Juli 1918, vormittags um $1\frac{1}{2}$ Uhr (Sommerzeit) an. Kann er von zwölf Uhr an seine Horae minores beten? Kann er zwischen 12 und 1 Uhr noch etwas genießen und darf er hierbei Fleisch essen? Er kann sich nach der Sommerzeit richten und darum seine Horen beten. Er kann sich nach der eigentlichen Zeit richten und darum bis 1 Uhr etwas genießen; doch dürfen das nicht Fleischspeisen sein, falls er Messe lesen will.

III. Das Zeitmaß für andere Berechnungen. Hier gelten folgende Regeln: 1) Wird „Monat“ und „Jahr“ eigens oder hinreichend genau bezeichnet, so nimmt man den Wert

des betreffenden Monats und Jahres, also z. B. für Februar 28 Tage, für das Jahr 1920 nach dem Kalender 366 Tage.

2) Werden Zeiträume angegeben ohne genaue oder einschließliche Bezeichnung des Anfangszeitpunktes (*terminus a quo*), z. B. „Suspension vom Messelesen ein Monat lang oder zwei Jahre lang; die drei Batanzmonate des Jahres“ usw., so soll die Zeit berechnet werden von Augenblick zu Augenblick; ist die Zeit *zusammenhängend*, wie im ersten Beispiele, so werden Monate und Jahre genommen nach dem Kalender; ist die Zeit *unterbrochen*, so erfolgt die allgemeine Berechnung nach Can. 32 (wie oben I) Can. 34 § 2. — Beginnt die Suspension am 24. September 1918, so hört sie auf am 24. Oktober 1918 oder (bei 2 Jahren) am 24. September 1920. — Werden die Chorferien in kürzeren Zwischenräumen gehalten, so dürfen sie 90 Tage nicht überschreiten.

3) Besteht die Zeit aus einem oder mehreren Jahren, Monaten, Wochen oder einigen Tagen und ist der Anfangszeitpunkt bezeichnet, so gelten folgende Regeln:

a) Monate und Jahre werden genommen wie im Kalender.

b) Fällt der Zeitpunkt des Beginnes mit dem *Anfang* eines Tages zusammen, z. B. vom 15. August an zwei Monate Chorferien, so wird der 1. Tag mitgezählt und die Zeit hört auf mit dem Anfange des letzten Tages der gleichen Zahl, also mit dem 15. Oktober (ausschließlich).

c) Fällt der Anfangszeitpunkt nicht mit dem Anfang des Tages zusammen, z. B. 14. Lebensjahr, Noviziatsjahr, die Zeit von acht Tagen seit Erledigung des Bischöflichen Stuhles, Frist von zehn Tagen zur Berufung usw., so wird der 1. Tag nicht gezählt und die Zeit endigt mit Abschluß des letzten Tages (bei Jahren der gleichen Zahl). — Beispiele: Ein Mädchen wurde geboren am 11. März 1915; es erreicht das Pubertätsjahr mit Abschluß des 11. März 1927. Das Noviziat begann am 4. Oktober 1917 und ging zu Ende mit dem 4. Oktober 1918. Der Bischof stirbt am 2. Februar 1922. Das Domkapitel hat innerhalb acht Tagen einen Kapitelsvikar aufzustellen. Es genügt, wenn die Wahl am 10. Februar 1922 erfolgt.

d) Wenn ein Monat den Tag der gleichen Zahl enthält, z. B. „ein Monat vom 30. Januar an“, so endigt die Zeit entweder mit Beginn (b) oder mit Abschluß (c) des letzten Monatstages, also z. B. am 28. Februar 1918, am 29. Februar 1920.

e) Wenn es sich um Handlungen der gleichen Art handelt, welche nach gewissen Zeiträumen zu erneuern sind, so endigt die Zeit am gleichen Monatstag, doch kann der Akt den ganzen Tag über erneuert werden. Ein Ordensmann hat am 15. August 1918 die einfachen Gelübde abgelegt; er kann am 15. August 1921 die feierlichen (endgültigen) ablegen, und zwar den ganzen Tag über. — Eine Oberin wurde am 11. November 1920 gewählt; am 11. November 1923 kann sie wieder gewählt werden, und zwar vor, in oder nach der Stunde der früheren Wahl.

IV. Der Can. 35 hält den Unterschied des römischen Rechtes zwischen dem *tempus utile* und *t. continuum* aufrecht, letzteres kennt keine Unterbrechung, so redet Kaiser Justinian in l. 7 C. 2, 53 vom *quadriennium continuum ex die quo annus utilis currebat*. Das *t. utile* ist die Zeit, welche dem durch Unkenntnis oder anderwärts Behinderten („*ignorantibus aut agere non valentibus*“) nicht läuft, wenn es gilt, seine Rechte auszuüben oder zu verfolgen.

§ 9. Von den Reskripten.

Die Dekretalen Gregors IX. behandelten die Lehre von den Reskripten im Buch I Titel 3. Die Begriffsbestimmung lautete früher: „*Responsum Summi Principis ad alicuius supplicationem vel relationem vel consultationem in scripto datum*“ (Santi-Leitner: *Praelectiones* ⁴ in I 3 n. 2). Diese Begriffsbestimmung gilt jetzt noch, nur wurde „Reskript“ ausgedehnt auf die Erlasse der Ordinarii.

I. Empfänger von Reskripten. 1) Reskripte des Apostolischen Stuhles und der anderen Ordinarien können ungehindert von allen erlangt werden, welche nicht ausdrücklich daran gehindert sind.

Gnaden und Dispensen aller Art können vom Apostolischen Stuhle auch Zensurierte gültigerweise erlangen, ausgenommen die Exkommunizierten, die persönlich Inter-

dizierten und die Suspendierten nach Erlass des Erklärungs- oder Verhängungspruchs („post sententiam declaratoriam vel condemnatoriam“). Soll das Reskript dennoch gültig sein, so muß der betreffenden Zensur im Reskript eigens Erwähnung geschehen Can. 36 § 2. Cann. 2265 § 2; 2275 n. 3; 2283. Durch diese Verfügung wurde sowohl das frühere als das neueste (29. Juni 1908) Recht geändert. Die Ordinarien können sich nach diesen Bestimmungen richten.

2) Reskripte können von Personen für andere erlangt werden ohne deren Wissen und Zustimmung. Ein solches Reskript hat Geltung vor der Annahme durch den damit Bedachten, wenn nicht etwas anderes aus den beigegeführten Klauseln erhellt. Freilich kann hier die Gnade von dem damit Beschenkten nicht gebraucht werden Can. 37.

II. Rechtsformen der Reskripte (sollemnitates rescriptorum). Man unterscheidet *i n n e r e* und *ä u ß e r e* Rechtsformen. Zu den inneren gehören nach dem Kodex nur jene Bedingungen, welche keinen Zweifel an der Person und Sache aufkommen lassen. Die äußeren Formalitäten bezogen sich auf die Fernhaltung der Subreption und Obreption.

1) Reskripte werden nicht ungültig durch einen *I r r t u m* im Namen der Person des Empfängers oder Verleihers (error in nomine) oder durch einen Irrtum bezüglich des Ortes, wo die Person weilt, oder bezüglich der Sache, um die es sich handelt (error circa locum vel rem). Bewirkt jedoch der Irrtum einen *Z w e i f e l* in der Person oder Sache, so ist das Reskript dem Ordinarius vorzulegen, der das weitere verfügt Can. 47. Durch diese Bestimmung wird bedeutendem Zeitverlust vorgebeugt und doch begründete Verwirrung ferngehalten.

2) *S u b r e p t i o n*, d. h. Verschweigen des Wahren, und *O b r e p t i o n*, d. h. Anführung von etwas Falschem, schaden nach dem Kodex nicht mehr, solange das Wesentliche in den Angaben richtig ist. a) Bei *S u b r e p t i o n* müssen wenigstens die Umstände ausgedrückt sein, welche der Kurialstil erfordert. b) Ist *O b r e p t i o n* vorhanden, so muß wenigstens der eine oder einzige entscheidende Grund (causa motiva) auf Wahrheit beruhen. c) Werden in einem Reskript mehrere Gnaden erlangt, so kann ein Teil des Re-

skriptes Geltung haben, wenn auch der andere ungültig ist, da die *causa motiva* für diesen Teil fehlt Can. 42 §§ 1—3. Es war bisher Grundsatz „*Mendax precator carere debet impetratis*“, d. h. hat ein Bittsteller aus Bosheit Umstände verschwiegen oder Falsches berichtet, so war das Reskript stets ungültig. Der Roder dagegen schweigt sowohl von diesem Grundsatz als auch von dem Unterschiede zwischen *bona* und *mala fides*. Die einzige Schwierigkeit ergibt sich gegenwärtig aus Can. 42 § 2: „*dummodo . . . ex pluribus propositis una saltem motiva vera sit.*“ Werden zwei oder drei Gründe im Reskript (nicht im Gesuche) angegeben, so fragt es sich: Sind das *causae motivae* oder ist eine *motiva*, die andere (anderen) *impulsiva(ae)*? Manchmal kann man die *motiva* leicht erkennen, zuweilen schwerer; ein Refurs ist also notwendig.

3) Die Erwirkung von Reskripten in ein und derselben Sache bei mehreren Stellen ist verboten und zieht in der Regel die Ungültigkeit der Reskripte nach sich; vgl. reg. 84 iur. in 6°. Hier gelten folgende Regeln:

a) Wird eine Gnade von einer Kongregation oder Behörde der Römischen Kurie verweigert, so ist die Erwirkung derselben Gnade bei einer anderen Kongregation oder Behörde oder beim bevollmächtigten Ordinarius ungültig ohne die Zustimmung jener Kongregation oder Behörde, mit welcher die ersten Verhandlungen gepflogen wurden; — anders verhält es sich bei der heiligen Pönitenziarie im inneren Forum Can. 43.

b) Niemand erbitte eine von seinem Ordinarius versagte Gnade bei einem anderen Ordinarius ohne Erwähnung der Verweigerung. Kennt dieser Ordinarius die Verweigerung, so gewähre er die Gnade nicht, bevor er nicht die Gründe der Versagung von dem anderen Ordinarius erfahren hat Can. 44 § 1. Der Roder sagt zwar nur „*facta autem mentione*“, aber wir dürfen die Vorschrift gewiß auch auf den Fall ausdehnen, daß der Ordinarius die Versagung von einer anderen Seite zuverlässig erfährt, vgl. Cann. 18; 20.

c) Eine Gnade, vom Generalvikar versagt, ist, vom Bischof hernach gewährt, ungültig, wenn nicht jene Ver-

sagung erwähnt wurde. Eine Gnade, vom Bischofe verweigert, kann vom Generalvikar stets nur mit Zustimmung des Bischofes gewährt werden Can. 44 § 2.

III. Die Klauseln in den Reskripten. In den Reskripten der früheren Zeit spielten die Klauseln eine ausgedehnte Rolle; man kam allmählich auf das Notwendige zurück. Der Roderer kennt zweierlei Klauseln: *stillischweigende* und *ausdrückliche*.

1) Die *stillischweigende* Klausel kann in die Worte gefaßt werden *Si preces veritate nitantur*. Can. 40. Zuweilen findet sie sich ausdrücklich. Doch wenn auch die Worte fehlen, die Voraussetzung ist immer gegeben. Man beachte aber, daß nicht die „*preces*“ des Bittgesuches, sondern nur die *preces* des *Dispensreskriptes* auf Wahrheit beruhen müssen Can. 42. Unter „*preces*“ ist hier alles ausgeführte „Wesentliche“ zu verstehen; darum heißt es sonst besser „*si vera sint exposita*“.

Im „Gesetzbuch“ werden zwei Ausnahmen ausdrücklich erwähnt: eine beschränkte und eine vollständige.

a) Wenn im Reskripte die Klausel „*Motu proprio*“ sich findet, so ist das Reskript gültig, auch wenn ein notwendiger Umstand nicht zum Ausdruck gebracht ist; dagegen muß der angegebene (einzige) Beweggrund wahr sein Cann. 45; 42.

b) Die Dispensen für ein niederes Ehehindernis sind stets gültig, selbst wenn der einzige Beweggrund falsch ist Can. 1054. Hindernisse niederen Grades sind: Blutsverwandtschaft im 3. Grad und Schwägerschaft im 2. Grad der Seitenlinie; öffentlicher Anstand im 2. Grad der geraden Linie; Geistliche Verwandtschaft; Verbrechen ohne Gattenmord Can. 1042 § 2. — Can. 40.

2) Die *ausdrücklichen* Klauseln sind Wesensbedingungen nur dann, wenn sie durch die Partikeln *si, dummodo* eingeleitet oder in gleichwertiger Weise ausgedrückt sind Can. 39, z. B. durch absoluten Ablativ. — In früheren Dispensreskripten fanden sich folgende Klauseln: „*Dummodo mulier propter hoc rapta non fuerit*“; „*si oratores orthodoxae fidei exsistant*“. Die Klauseln „*remoto scandalo, servatis canonicis praescriptis*“ etc. muß man im gegebenen Falle prüfen, ob sie nur Vorschrifts- oder auch Wesensklauseln sind.

3) Die Klausel „*Motu proprio*“ bewirkt: a) wie wir oben sahen, die Heilung jeder Subreption; freilich die eine Bewegursache, falsch angegeben, wird auch durch sie nicht geheilt Can. 45, vgl. aber Can. 1042 § 2 (oben 49).

b) Reskripte, auch jene mit der Klausel *Motu proprio*, haben keine Geltung, wenn sie einer Person verliehen werden, welche das gemeine Recht für unfähig erklärt (z. B. einem *excommunicatus declaratus* oder *condemnatus*), oder wenn sie gegen die rechtliche Gewohnheit oder die besondere Vorschrift eines Ortes oder gegen das wohlerrorbene Recht eines Dritten erlassen sind, außer es enthielte das Reskript eine eigene Abschaffungsklausel (*clausula derogatoria*) Can. 46.

IV. Die Zeit in den Reskripten. 1) Es gibt Reskripte, welche ohne Ausführung sofort Geltung haben, und solche, welche der Ausführung bedürfen. Erstere treten in Kraft von der Zeit des im Reskript angegebenen Datums (*a tempore datae*); letztere erlangen ihre Wirkung von der Zeit der Ausführung an (*a tempore executionis*) Can. 38. Darum müssen die Angaben des Reskriptes wahr sein in diesen verschiedenen Zeitpunkten Can. 41. In einem Ehedispensgesuch wurde angegeben: *paupertas viduae*. Man hatte es gemeint, allein der Augenschein trug, die Witwe war wohlhabend. Indes zwischen dem Erlaß des Reskriptes (27. Mai 1918) und der Ausführung desselben (12. Juni 1918) tritt ein Unglücksfall ein, der die Verarmung bewirkt. Die *causa motiva* ist am Tage der Exekution wahr; das Reskript tritt in Kraft, vgl. Can. 42 § 2.

2) Treffen zwei Reskripte über denselben Gegenstand zusammen, so gelten folgende Regeln: a) das besondere geht dem allgemeinen vor in jenen Punkten, welche besonders ausgedrückt sind Can. 48 § 1.

b) Sind beide Reskripte in gleicher Weise besondere oder allgemeine, so hat das erste der Zeit nach den Vorzug vor dem zweiten, außer es geschieht im zweiten des ersteren ausdrücklich Erwähnung oder der Empfänger des ersten hat den Gebrauch seines Reskriptes in trügerischer oder bedeutend grober Weise vernachlässigt Can. 48 § 2.

c) Wenn beide Reskripte über denselben Gegenstand am nämlichen Tage erlangt wurden und keine Klarheit herrscht,

wer es zuerst erlangt hat, so sind beide ungültig und man muß, wenn notwendig, neuerdings an den Verleiher des Reskriptes sich wenden Can. 48 § 3.

V. Die Erklärung der Reskripte (*interpretatio rescriptorum*). Die Erklärung der Reskripte richtet sich im allgemeinen nach der Erklärung der Gesetze; immerhin bleibt zu beachten, daß eine Ausdehnung von Fall zu Fall hier ausgeschlossen ist. Die Interpretationsregeln sind: 1) Die Reskripte sind auszulegen nach dem Wortlaut und dem allgemeinen Sprachgebrauch Can. 49 (vgl. Can. 18 S. 40).

2) Eine Ausdehnung von Fall zu Fall ist unstatthaft, abgesehen von den ausdrücklich bezeichneten Can. 49 (anders bei den Gesetzen Can. 20 S. 40).

3) Im Zweifel unterliegen einer engen Interpretation die Reskripte in folgenden Gegenständen: a) in Streitsachen; b) bei Verletzung wohlervorbener Rechte; c) bei Beeinträchtigung eines Gesetzes zugunsten Privater; d) endlich bei Erlangung von kirchlichen Benefizien. Sonst ist die Erklärung eine weite Can. 50. — In diesen Sätzen sind die alten Rechtsregeln Bonifaz' VIII. mit anderen Worten zur Anwendung gebracht, namentlich *Regulae* 15; 22; 28; 54; 74.

VI. Die Ausführung der Reskripte (*executio rescriptorum*). Wird ein Reskript, insbesondere vom Apostolischen Stuhle, erlangt, so muß vor allem darauf gesehen werden, ob eine Ausführung darin verlangt wird oder nicht. Wie wir oben sahen, gilt in letzterem Falle das Reskript vom Augenblick des Datums an; freilich kann zuweilen die Vorlage des Reskriptes beim Ordinarius notwendig sein. Im ersteren Falle muß die Ausführung durch eine geistliche Obrigkeit erfolgen (*executio*). Hierüber stellt der Roderer folgende Regeln auf:

1) Ein Reskript des Apostolischen Stuhles ohne Exekutor braucht in der Regel dem Ordinarius nicht vorgelegt zu werden Can. 51. Indes muß es dem Ordinarius vorgelegt werden: a) wenn das Reskript diese Vorschrift eigens enthält; b) wenn es sich um öffentliche Dinge handelt (gegenüber rein Privatem); c) wenn es gilt gewisse Bedingungen zu prüfen und zu billigen Can. 51. Ein paar Beispiele sollen die Punkte b) und c) beleuchten. Eine angesehene Person

erlangt für sich und ihre Familie gewisse Ablässe bei Gelegenheit der Weihe an das heiligste Herz Jesu. Das ist Privatsache. Würden nun auswärtige Personen und Familien in diese Weihe eingezogen werden, so nähme die Hulldigung den Charakter der Öffentlichkeit an („agitur de rebus publicis“). — Ein Priester erlangt vom Heiligen Stuhl ein Privat-oratorium. Das Reskript bedarf keiner Exekution, allein der Ordinarius hat die Bedingungen zu prüfen, unter welchen zelebriert werden darf, namentlich die Würde des Ortes.

2) Reskripte können, wenn nicht anders ausdrücklich bestimmt ist, jederzeit dem Exekutor vorgelegt werden, doch muß Trug und Hinterlist ferne sein Can. 52.

3) Ungültig ist die Ausführung eines Reskriptes durch den Exekutor, wenn dieser die Echtheit und Unversehrtheit des Schreibens nicht anerkannt hat, außer der Verleiher des Reskriptes hätte kraft seines Amtes dem Exekutor Kenntniz von dem Reskript zukommen lassen Can. 53. Ein *rescriptum super irregularitate ex defectu* war einst in der Konzilstongregation schon gefertigt. Aber am nächsten Tage sollte jenseits der Alpen die Weihe stattfinden. Die Konzilstongregation gab nun dem Agenten in Rom den Befehl, namens der Kongregation dem Ordinarius Kenntniz zu geben von der Ausfertigung des Reskriptes. Das genügt.

4) Die Art der Ausführung. A. Die Ausführung kann sein entweder eine bloße Vollziehung der Ausführung (*merum exsecutionis ministerium*) oder eine wirkliche Verleihung der Gnade (*concessio gratiae*). Nach diesem Unterschied bemißt sich auch die Ausführungspflicht.

Ist die Ausführung eine bloße Dienstleistung, so darf die Exekution nicht verweigert werden außer in folgenden drei Fällen: a) wenn offenbar das Reskript ungültig erscheint wegen *Subreption* oder *Obreption*; b) wenn die im Reskript gestellten Wesensbedingungen nicht erfüllt sind (*si, dummodo*); c) wenn der Empfänger des Reskriptes der Gnade so unwürdig erscheint, daß deren Verleihung anderen zum Anstoße gereichen würde. In letzterem Falle berichte der Exekutor ohne Ausführung sofort an den Verleiher Can. 54 § 1 AAS. 9. 557.

Die Ausführung der Exdispensreskripten enthalten in der Regel eine bloße Dienstleistung. Also sind sie auch ohne weiteres auszuführen außer in den drei Ausnahmefällen. Warum, so fragt man sich, ist der Exekutor verpflichtet, nur im dritten Falle sofort zu berichten? Darf er in den beiden anderen Fällen das Reskript ausführen? Nein, aber er braucht auch nicht zu berichten; es ist hier vielmehr Sache des Bittstellers, die weiteren Schritte zu tun.

Wenn die Verleihung der Gnade selbst dem Exekutor eingeräumt ist, so kann er sie gewähren und kann sie verweigern nach seinem weisen Ermessen und Gewissen Can. 54 § 2. Sehr oft geschieht diese Verleihung bei Irregularitäten, z. B. in Forolivien. d. 28. Martii 1908 (ME. 20; 53).

B. Der Exekutor hat das Reskript auszuführen, wie die Vorschrift im Reskripte lautet (ad mandati normam). Werden die Wesensbedingungen im Schreiben nicht erfüllt oder wird im Vorgehen die Wesensform nicht beachtet, so ist die Ausführung nichtig Can. 55. Die Wesensbedingungen werden im Can. 39 dargelegt. Die Wesensform des Vorgehens (substantialis procedendi forma) ist niedergelegt in diesem Titel IV Cann. 36 sqq. oder wird in außerordentlichen Fällen eigens angegeben. Früher war das Vorgehen umständlicher; vgl. *Leitner M.: Eherecht* (1. Aufl.) S. 450.

C. Die Ausführung der Reskripte, welche den äußeren Rechtsbereich betreffen, muß schriftlich geschehen Can. 56. Schon bisher war die schriftliche Abfassung sehr empfohlen; „dispenset interposito decreto“ sagen die *Formulae Datariae*. Daß die Reskripte in foro interno non sacramentali schriftlich ausgeführt werden können und sollen, ergibt sich aus Can. 1047.

5) Stellvertretung bei der Ausführung.

1) Die Ausführung kann vollzogen werden nicht nur von dem Inhaber der Würde oder des Amtes (Bischof, Ordinarius usw.), sondern auch von seinem Nachfolger, wenn nicht die Wahl auf diese Person fiel („nisi fuerit electa industria persona“) Can. 58. 2) Der Exekutor kann sich nach vernünftigem Ermessen einen Stellvertreter zur Ausführung wählen, außer a) die Stellvertretung ist eigens untersagt oder b) die Person des Stellvertreters ist zum voraus bestimmt Can. 57 § 1; oder c) es wurde eigens die Person zur Ausführung gewählt Can. 57 § 2; in letzterem Falle können jedoch die vorbereitenden Akte übertragen werden Can. 57 § 2.

Was bedeutet der Ausdruck „*nisi fuerit electa industria personae*“? Es kann Rechtsgeschäfte geben, welche einen Vertrauensmann erheischen; zuweilen ist es das hohe Ansehen der Person, gewöhnlich aber wird es das besondere Geschick, die hervorragende Klugheit und der feine Takt sein, welche der Verleiher in der Person dieses Exekutors sieht. Gewöhnlich hat der Exekutor das Recht, einen Stellvertreter aufzustellen. Sollte die „*industria personae*“ gewählt worden sein, so muß dies aus dem Reskripte selbst hervorgehen durch Zusätze, wie *Delegatus „per seipsum causam videat aut negotium expediat“*, oder wenn die Wichtigkeit des Gegenstandes in besonderer Weise mit der Person des Exekutors in Zusammenhang gebracht wird. Nichtjurisdiktionelle Akte können durch Stellvertreter besorgt werden, vgl. S a n t i - L e i t n e r: *Praelectiones* ⁴ I 29 n. 8.

6) Verbesserung der Ausführung. {Nach dem bisherigen Rechte galt: *Delegatus rescripto executioni dato functus est munere suo*. Hat der Exekutor das Reskript ausgeführt, ob gut ob schlecht, so ist sein Amt zu Ende. Nunmehr gilt Can. 59 § 1 des Kodex: „Wenn in der Ausführung der Reskripte sich in irgend einer Weise ein Irrtum eingeschlichen hat, so kann der Exekutor sie nochmal zur Ausführung bringen.“

7) Tagen für die Ausführung der Reskripte sind zulässig, doch müssen dieselben auf dem Provinzialkonzil oder auf der Bischofskonferenz für die ganze Kirchenprovinz festgelegt und vom Apostolischen Stuhle approbiert sein Can. 59 § 2; 1056; 1507 § 1.

8) Widerruf der Reskripte. Es gibt einen doppelten Widerruf der Reskripte: a) durch ein Reskript; b) durch ein Gesetz. Zu a) Durch einen besonderen Akt des Obern (des Apostolischen Stuhles oder des Ordinarius Can. 36) kann ein Reskript zurückgenommen werden; doch dauert die Wirkung des Reskriptes, bis dem Inhaber des Reskriptes der Widerruf bekanntgemacht wird Can. 60 § 1. Zu b) Durch Gesetze pflegen Reskripte nicht widerrufen zu werden; dies geschieht dennoch, wenn im Gesetze ausdrücklich Verfügung getroffen wird oder wenn das Gesetz erlassen ist vom Obern des Reskriptverleihers Can. 60 § 2.

9) **Aufhören der Reskripte.** Reskripte verlieren ihre Kraft durch Widerruf, wie wir soeben sahen, aber nicht durch Erledigung des Päpstlichen oder Bischöflichen Stuhles, ausgenommen: a) die beigefügten Klauseln bestimmen anders oder b) das Reskript enthält die Vollmacht, bestimmten im Reskripte genannten Personen eine Gnade zu gewähren, vorausgesetzt, daß die Sache noch unberührt ist („re adhuc integra“) Can. 61. — Wird also ein nudum ministerium übertragen, wie meist bei den Ehedispenzen, so erlischt das Reskript nicht mit der Erledigung; ebensowenig wenn der Exekutor bereits Hand an die Sache gelegt hat (re nondum integra). In Gerichtssachen legt er Hand an die Sache durch gesetzmäßige Zitierung oder durch das freiwillige Erscheinen der Parteien vor Gericht Can. 1725; in außergerichtlichen Sachen hört der Gegenstand auf, unberührt zu sein, wenn der Exekutor die Vorbereitungen trifft.

Wenn das Reskript ein Privileg enthält oder eine Dispense, so gelten die hiefür maßgebenden Gesetze Can. 62.

§ 10. Von den Privilegien.

Die Dekretalen Gregors IX. behandelten die Privilegien in V 33. Das Privileg ist „ein Sonderrecht oder Sonderzugeständnis (indultum), welches der kirchliche Obere zugunsten einer Person oder Sache ständig verleiht“. Durch den Ausdruck „ständig“ unterscheidet sich das „Privileg“ von der „Vollmacht“ (facultas).

I. Erwerb der Privilegien. Die Privilegien werden erworben auf dem Wege: a) der unmittelbaren Verleihung durch den zuständigen Obern; b) der Teilnahme (communicatio) an den Privilegien anderer; c) der gesetzmäßigen Gewohnheit oder Verjährung; d) des Wiederauflebens Can. 75.

1) Die unmittelbare Verleihung der Privilegien durch den zuständigen Obern geschieht regelmäßig in schriftlicher Form, indes ist die mündliche Verleihung nicht ausgeschlossen Can. 79, nur äußert ein so verliehenes Privileg seine Wirkung nur im Gewissen sforum; im äußeren Forum muß dessen Existenz bewiesen werden Can. 79, solches geschieht z. B. durch das Zeugnis eines Cardinals Can. 239

n. 17. — Zu den Privilegien neben dem Recht (*praeter ius*) werden die ständigen Vollmachten gezählt, welche entweder für immer oder auf eine bestimmte Zeit (wie Fünfsjahrsvollmachten) oder auf eine gewisse Anzahl von Fällen (z. B. 100) verliehen werden. Diese Vollmachten gehen über auf die Nachfolger, außer es wäre anders bestimmt oder die Person eigens ausersehen; die dem Bischöfe verliehenen Vollmachten kommen auch dem Generalvikar zu. Kann eine Vollmacht nicht in Gebrauch gesetzt werden ohne eine andere, so gilt auch diese für gegeben. Wird in der Vollmacht die Dispensgewalt gegeben, so hat der Bevollmächtigte auch die Gewalt, zu absolvieren von jenen Kirchenstrafen, welche der Dispense etwa entgegenstehen, freilich beschränkt sich die Befreiung von der Strafe nur auf diese Dispense Can. 66.

2) Privilegien können erworben werden durch die gewährte Anteilnahme an den Privilegien anderer (*communicatio privilegiorum*). Diese *communicatio* kann sein: a) eine unmittelbar vom Obern verliehene und eine in den Privilegien einer moralischen Person begründete. Die Ordensfamilien besaßen, wie bekannt, große Kommunikationsprivilegien vor dem Tridentinum, aber auch in neuester Zeit. Von der Einführung des „Gesetzbuches“ (19. Mai 1918) an gibt es nur mehr eine *communicatio privilegiorum* zwischen den Ordensfrauen und Ordensmännern desselben Ordens, so daß erstere der Privilegien letzterer, soweit es möglich, teilhaft sind Can. 613 § 2, sonst gilt das Wort „*exclusa in posterum qualibet communicatione*“ Can. 613 § 1. b) Die Teilnahme an den Privilegien ist entweder im Rodeg ausgesprochen oder vom Heiligen Stuhle unmittelbar verliehen. So nehmen nach dem Rodeg die Äbte ohne Gebiet (*Abbates de regimine*) an den meisten Privilegien der Äbte mit Gebiet (*Abbates Nullius*) teil Cann. 625 et 325. c) Verleiht der Heilige Stuhl die Privilegienanteilnahme, so gelten nur jene Privilegien für mitgeteilt, welche dem ersten Privilegienempfänger direkt und ständig verliehen wurden. Von der Kommunikation sind stets ausgenommen jene Privilegien, welche entweder aus besonderer Rücksicht auf einen bestimmten Ort, eine bestimmte Sache oder eine bestimmte Person gewährt wurden oder für deren Gebrauch

der neue Privilegienempfänger nicht fähig ist Can. 64. Klosterfrauen sind nach dem „Koder“ theilhaft der Privilegien, welche die Regularen desselben Ordens besitzen Can. 613 § 2. Ausgenommen sind aber selbstverständlich die Privilegien, welche nur Priester gebrauchen können, z. B. bezüglich der heiligen Messe oder der Beichtjurisdiction. d) Die *communicatio privilegiorum* erfolgt entweder in *forma aequae principalis* oder in *forma accessoria*. Bei ersterer bleiben die Privilegien des zweiten Empfängers bei Veränderungen im Besitze des ersten (*principalis privilegiarii*) unangetastet. Werden aber die Privilegien in *forma accessoria* erteilt, so wachsen, mindern sich und gehen verloren die Privilegien des zweiten Empfängers mit dem Wachstum, der Minderung und dem Verluste der Privilegien des ersten (*privilegiarii primi sive principalis*) Can. 65.

3) Privilegien können auch durch Gewohnheit oder Verjährung erworben werden Can. 63 § 1. Ist der Besitz eines Privilegs hundertjährig oder unbordenflich, so ist die Rechtsannahme (Can. 1827) für die richtige Verleihung eines Privilegs Can. 63 § 2. Durch Gewohnheit wird das Privileg dann erworben, wenn der Träger des Privilegs fähig ist, Gesetze zu empfangen Can. 26, z. B. ein Bistum. — Ist der Träger des Privilegs jedoch nicht Subjekt des Gesetzes, so kann er das Privileg erwerben auf dem Wege der Verjährung oder Ersitzung (*praescriptionis*) Can. 63 § 1. Von der Erwerbung eines Privilegs durch Verjährung sind jene Gegenstände ausgeschlossen, welche „nur durch Apostolisches Privileg erlangt werden können“ Can. 1509 n. 2°. Wenn also Gnaden vom Heiligen Stuhle auch auf anderem Wege erworben werden können oder wenn ein kirchlicher Oberer unter dem Papste sie verleihen kann, so greift Gewohnheit und Verjährung Platz Can. 63 § 1. Die Zeit beträgt bei der Gewohnheit vierzig Jahre Cann. 27 et 28 C. 42; bei der Verjährung dreißig Jahre Can. 1511 § 2.

4) Über das Wiederaufleben der Privilegien vgl. C. 59.

II. Erklärung der Privilegien. Das Privilegium muß aus dem Wortlaut gewertet werden ohne Erweiterung oder Beschränkung Can. 67. Entstehen Zweifel, so sind sie

in allen Fällen so zu erklären, daß dem Privilegierten eine Gunst zukommt Can. 68; überhaupt sind sie im allgemeinen weitherzig zu erklären, außer sie beziehen sich auf Streitfälle, verletzen die wohlverworbenen Rechte Dritter, richten sich gegen ein Gesetz zugunsten Privater oder beziehen sich auf die Erlangung von Benefizien Can. 50.

III. Wirkung der Privilegien. Im Roder werden zwei Wirkungen betont: 1) Das Privileg legt an sich *keine Verpflichtungen* auf Can. 69. Hat ein Majorist das Privileg, bereits um 1 Uhr nachmittag zu antizipieren, so kann er um 2 Uhr und später seine Matutin beginnen. Diese Regel erleidet aber eine doppelte Ausnahme: a) wenn das Privileg auch zum Nutzen anderer verliehen wurde; b) wenn ein anderer Verpflichtungsgrund eintritt Can. 69. Die Standesprivilegien des Klerus (Cann. 119—122) müssen benützt werden Can. 123. Die Privilegien und Vollmachten der Ordinarien zugunsten ihrer Gläubigen legen eine gewisse Verpflichtung auf. Hat ein Priester das Privileg der *missa de Beata*, so muß er diese Messe nehmen, wenn er die übrigen Messformularien nicht richtig zu lesen vermöchte.

2) Jedes Privileg trägt den Charakter der *Ständigkeit* (*privilegium censetur perpetuum*) an sich, wenn nicht das Gegenteil offen zutage liegt Can. 70. Schon Bonifaz VIII. hatte so bestimmt in reg. 16. ius. in 6^o.

IV. Aufhören der Privilegien. Die Privilegien können aufhören: 1) durch Widerruf; 2) durch Verzicht; 3) durch Verlust der Gewalt im Verleiher; 4) durch Aufhören des Privilegiumsträgers; 5) durch den Nichtgebrauch; 6) durch wesentliche Änderungen in der Lage der Dinge; 7) durch Aufhören der Voraussetzungen; 8) durch Mißbrauch.

1) Werden Privilegien *widerrufen*, so muß man zwei Fälle auseinanderhalten: entweder sind die Privilegien im Roder enthalten oder nicht. Sind sie im Roder enthalten, so werden sie durch ein allgemeines entgegenstehendes Gesetz widerrufen Can. 71. Das gilt z. B. von den Privilegien der Bischöfe Can. 349 oder der Kardinäle Can. 239, welche der Roder namhaft macht. — Sind jedoch die Privilegien im Roder nicht enthalten, so müssen sie in einem entgegenstehenden Gesetze eigens erwähnt sein, sollen sie als aufge-

hoben gelten Can. 60 § 2. Aber auch in diesem Falle hört ihre Wirksamkeit erst auf, wenn der Privilegierte den Widerruf sicher kennt Can. 60 § 1 und Can. 71.

2) Das Privileg hört auf durch den r e c h t m ä ß i g e n V e r z i c h t Can. 72 § 1. Der Verzicht ist nur dann rechtmäßig, wenn der Privilegierte verzichten kann Can. 72 §§ 2—4 und der Obere den Verzicht annimmt Can. 72 § 1. Eine Privatperson kann auf die nur zugunsten der eigenen Person verliehenen Privilegien jederzeit verzichten Can. 72 § 2 vgl. Can. 69; anders wenn die Privilegien einer Körperschaft (Can. 123 klerikale Privilegien), einer Würde (z. B. den Dignitäten der Metropole München und Freising) oder einem Orte (Basilikarung einer Kirche) zukommen Can. 72 § 3. Aber auch eine privilegierte Körperschaft oder ein privilegierter Verein (coetus) kann auf die dieser moralischen Person gewährten Privilegien nicht verzichten, wenn die Verleihung geschah in Form eines Gesetzes oder wenn der Verzicht einer Kirche oder anderen zum Nachteil (praeiudicium) gereichen würde Can. 72 § 4.

3) Verliert der Verleiher des Privilegs seine Gewalt, so gehen die von ihm gewährten Privilegien nur dann verloren, wenn die Klausel lautete „Ad beneplacitum nostrum“ oder gleich („alia aequipollenti“) Can. 73; anders, wenn die Klausel lautet „Ad beneplacitum Sedis Apostolicae“ c. 5 De rescriptis (I 3) in 6°.

4) Das Privileg hört auf mit dem A u f h ö r e n des Privilegiumsträgers Can. 74; 75. „Das persönliche Privileg folgt der Person und erlischt mit der Person“ Can. 74. Das der Person des Bischofs Ignatius von Regensburg verliehene Privileg des Palliums erlosch mit dessen Tode. — Ruht ein Privileg auf einer Sache oder auf einem Orte, so hört es auf mit dem Untergange der Sache oder des Ortes. Ortsprivilegien leben jedoch wieder auf, wenn binnen fünfzig Jahren der zerstörte Ort wieder aufgebaut wird Can. 75; vgl. Can. 102.

5) Eine interessante Streitfrage beschäftigte bisher die Kanonisten. Führt der N i c h t g e b r a u c h oder der g e g e n s ä ß l i c h e G e b r a u c h den Verlust des Privilegs herbei? Der Roder schaffte auch hier Klarheit, indem er nichtbelastende

und belastende Privilegien unterscheidet. Bildet ein Privileg für andere keine Last, so erlischt es durch den Nichtgebrauch usw. nicht. Wenn es jedoch andere belastet, so geht es verloren nach den Regeln über gesetzmäßige Verjährung Can. 1508 ff. Freilich greift die Verjährung nicht Platz bei *Erwerbung* von Gnaden, die nur durch ein *Apostolisch* Privileg erlangt werden können Can. 1509 n. 2^o. Ein solches Privileg könnte zwar durch Nichtgebrauch verlorengehen auf Grund einer rechtmäßigen Verjährung, doch nicht zugunsten eines neuen Privilegierten.

6) Es ist den menschlichen Dingen eigen, daß sie ihre Gestalt und ihren Wert ändern; zuweilen werden sie, anfangs nützlich, im Laufe der Zeit wertlos, ja schädlich, so daß die Ausübung sogar unstatthaft würde. Kommt nun ein Privileg in solche Lage, was der Obere zu beurteilen hat, so erlischt es Can. 77. Man beachte die Bedingungen dieses Erlöschens. Das Privilegium muß *schädlich* oder sein Gebrauch *unerlaubt* geworden sein, und zwar nach dem Urteile des Obern.

7) Zuweilen finden sich im Reskripte des Privilegs beschränkende Bedingungen. Sind sie wesentlich und hören sie auf, so erlischt auch das Reskript Can. 77. Wird der Gebrauch des Privilegs *zeitlich* oder durch *Zahlen* umschrieben (gegen Can. 70 und gemäß Can. 66 § 1), so erlischt das Privileg mit Ablauf der Zeit (z. B. der zehn Jahre), oder der Erschöpfung der Fälle (z. B. von 100) Can. 77. — Immer sind bei den Vollmachten des inneren Forums die über die Grenzen hinaus im guten Glauben (*per inadvertentiam*) gesetzten Akte gültig Can. 207 § 2. Das Bayerische Konkordat (1817) enthielt im Art. IX folgendes Privileg: *Sanctitas Sua . . . Maiestati Regis Maximiliani Iosephi eiusque Successoribus catholicis . . . in perpetuum concedet Indultum nominandi ad vacantes Archiepiscopales et Episcopales Ecclesias Regni Bavarici dignos et idoneos ecclesiasticos viros iis dotibus praeditos, quas sacri Canones requirunt.* Das Privileg enthält, wie wir sehen, zwei Bedingungen: a) die katholische Religion des Privilegierten; b) den Gebrauch des Privilegs nach den kanonischen Vorschriften. Letztere Bedingung trifft zunächst den einzelnen Fall, erstere aber den Privilegenträger selbst.

8) Wenn ein Privilegierter die ihm eingeräumte Gewalt mißbraucht, so kann der Akt, den er setzt, unerlaubt, ja auch ungültig sein, z. B. die Besetzung eines Benefiziums; das Privileg verliert er deswegen noch nicht. Indes wenn der Mißbrauch bedeutend ist und sich wiederholt, so verdient er des Privilegs beraubt zu werden. Deshalb hat der Ordinarius an den Heiligen Stuhl zu berichten, wenn der Privilegierte sich eines schweren Mißbrauchs schuldig macht Can. 78.

Der Kodex hat keine Bestimmung getroffen für den Fall, daß ein Privilegierter (nicht durch Mißbrauch des Privilegs, sondern allgemein) des Privilegs *unwürdig* wird. Weder bei den Reskripten (Can. 36 § 2) noch bei der Exkommunikation (Can. 2265 § 1 n. 2), bei der Suspension (Can. 2283), beim Interdikt (Can. 2275 n. 3), bei der Infamie (Can. 2294), auch nicht bei den einzelnen Verbrechen (Cann. 2314 sqq.) ist vom Privileg die Rede; wir müssen darum die Bestimmungen über den Mißbrauch des Privilegs auf die später eintretende Unwürdigkeit des Privilegierten anwenden: a) „*privilegio ipso privari meretur*“; b) *Ordinarius S. Sedem monere ne omittat*“ Can. 78.

Im allgemeinen hat das Kapitel über die Privilegien keine Neuerungen erfahren, immerhin sind viele Streitpunkte geklärt und gelten die Vollmachten des Ordinarius als Privilegien Can. 66.

§ 11. Die Dispense vom Gesetze.

I. Begriff. Unter Dispense (Dispensation) versteht man „den Erlaß eines Gesetzes in einem besonderen Falle“ Can. 80, während das Gesetz im allgemeinen noch fortbesteht. Der Fall kann zeitlich, örtlich oder persönlich begrenzt sein.

II. Dispensgrund. Die Dispensen sollen nie erteilt werden ohne rechtmäßigen und vernünftigen Grund, welcher der Wichtigkeit des Gesetzes entspricht Can. 84 § 1. Besteht ein Zweifel, ob ein Grund genügt, so darf die Dispense erlaubterweise erbeten und kann erlaubter- und gültigerweise gewährt werden Can. 84 § 2. Wird eine Dispense er-

teilt, deren Gegenstand ein Ehehindernis geringeren Grades ist (Can. 1042), so ist die Dispense stets gültig, auch wenn der einzige Grund des Reskriptes falsch ist Can. 1054.

III. **Enger Interpretation** unterliegt nicht nur die Dispense selbst nach Can. 50, sondern auch die für einen bestimmten Fall gewährte Vollmacht Can. 85; immerhin gewährt Can. 66 eine weitere Auslegung bezüglich der Person des Dispensinhabers § 2 und bezüglich der notwendigen Nebenvollmachten § 3.

IV. **Aufhören.** 1) Hört der Beweggrund auf, und zwar sicher und vollständig, so erlischt auch die Dispense Can. 86, außer bei Ehehindernissen geringeren Grades Can. 1054. 2) Zeitlich andauernde Dispensen, z. B. im Fastengebote, gleichen den Privilegien auch im Erlöschen Can. 86 (vgl. oben § 10).

V. **Der Träger der Dispensgewalt.** Dispensen kann der Gesetzgeber geben, dessen Nachfolger oder dessen Oberer und der von diesen Bevollmächtigte Can. 80.

1) **Der Papst als Dispensgeber.** Der Papst kann in allen rein menschlichen Kirchengesetzen, allgemeinen und besonderen, dispensieren. Die Dispense ist stets gültig. Doch soll er nicht dispensieren ohne entsprechenden Grund Cann. 80; 81; 84. — Der Papst kann auch in jenen göttlichen Gesetzen dispensieren, deren Verpflichtung vom menschlichen Willen ausgeht, so *super matrimonio rato non consummato* Can. 1119, *super interpellationibus* Can. 1121, *super votis* Cann. 1309; 1313. Doch werden hier Gründe gefordert zur Gültigkeit, vgl. Can. 84.

2) **Die Bischöfe und die anderen Ortsordinarien** können dispensieren: a) in den Diözesangesetzen Can. 82; b) in den Gesetzen der Provinzial- und Plenarkonzilien Can. 82, hier jedoch nur in einem besonderen Falle und aus einem gerechten Grund Can. 291; c) in den allgemeinen Kirchengesetzen und in den vom Papste für ein Land, eine Provinz oder eine Diözese eigens erlassenen Gesetzen (Can. 82) nur mit ausdrücklicher oder stillschweigender (*implicita potestate*) Vollmacht des Heiligen Stuhles. Eine ausdrückliche Vollmacht wird nunmehr im Rodez für

schwierige Fälle gegeben unter folgenden Bedingungen: a) daß die Dispense vom Heiligen Stuhle gegeben zu werden pflegt; ß) daß ein Refurs an den Heiligen Stuhl schwierig ist; γ) daß beim Aufschub ein schwerer Schaden zu befürchten steht Can. 81. (Dispensatio in casu urgentiori.) Ausgeschlossen ist darum z. B. die dispensatio super matrimonio rato tantum (göttliches Gesetz) oder die dispensatio super affinitate in linea recta, consummato matrimonio (Rom pflegt nicht zu dispensieren). Bei Ehe dispensen sind eigene Vollmachten gegeben, und zwar für die dringende Todesgefahr Can. 1043 und für den „casus perplexus“ Can. 1045 §§ 1 und 2; ebenso in den Kirchengeboten nach Can. 1245.

3) Pfarrer können von einem allgemeinen oder besonderen Gesetze nur dann dispensieren, wenn ihnen diese Vollmacht ausdrücklich eingeräumt ist Can. 83.

Eine solche Vollmacht ist dem Pfarrer eingeräumt im Can. 1044 (Dispense in dringender Todesgefahr, wenn selbst der Ordinarius nicht zu erreichen ist), im Can. 1045 § 3 (casus perplexus) und im Can. 1245 (Dispense vom Feiertagsgebot und vom Fasten- und Abstinenzgebot für einzelne Gläubige oder einzelne Familien). In den beiden ersten Fällen wird auch unter bestimmten Umständen der assistierende Priester oder der Beichtvater der Vollmachten teilhaft Cann. 1044; 1098 n. 2; 1045 § 3.

Alle kirchlichen Amtspersonen (Ordinarien, Pfarrer, Priester, Beichtväter), welche im Gesetze des höheren Vorgesetzten dispensieren ohne einen entsprechenden Grund, handelt nicht nur unerlaubt, sondern auch ungültig. Can. 84 § 1.

§ 12. Das kirchliche Personenrecht im allgemeinen.

An die „allgemeinen Normen“, welche der Kodex in seinem I. Buche aufzeichnet, reiht sich das II. Buch mit der Überschrift De Personis, in welchem zunächst wieder „allgemeine Normen“ aufgestellt werden. Wir fügen diese allgemeinen Gesichtspunkte dem I. Buche an, wie wir glauben, mit Recht; denn die hier aufgestellten Grundsätze haben Be-

deutung auch für die folgenden drei Bücher des kirchlichen Gesetzbuches. Wir werden die aufgestellten Canones nach gewissen Richtpunkten gruppieren.

A. Die Kirchenperson (das Kirchenmitglied) im allgemeinen.

„Durch die Taufe wird ein Mensch in der Kirche Christi eine kirchliche Person (Kirchenmitglied) mit allen Rechten und Pflichten eines Christen, nur darf bezüglich der Rechte kein Hindernis (obex) im Wege stehen, kein Band, welches die Kirchengemeinschaft hemmt, oder eine von der Kirche verhängte Zensur“ Can. 87.

1) Hat ein Mensch die Taufe gültig empfangen, so wird er dadurch Kirchenmitglied, mag er nun den katholischen Glauben bekennen oder Ungläubiger, Irrgläubiger oder Schismatiker sein. Die Bedingungen zum gültigen Empfang der Taufe sind dargelegt in den Cann. 737; 742; 745 usw. Wenn auch im Erwachsenen gewisse Bedingungen vorhanden sein müssen (Vorbereitung des Verstandes und Willens Can. 752), so gehört deren Vorhandensein zur Erlaubtheit, nicht zur Gültigkeit der Taufe.

2) Jedes Kirchenmitglied ist den *Pflichten* (officiis) eines Christen, also den allgemeinen Kirchengeboten unterworfen. Ausgenommen sind hievon, wie wir oben sahen, alle Getauften vor Vollendung des 7. Lebensjahres (von ausdrücklichen Ausnahmen abgesehen), sowie alle Getauften ohne den genügenden Gebrauch der Vernunft Can. 12. Von der Beobachtung der kirchlichen Eheeingehungsform sind ausdrücklich ausgenommen die getauften Katholiken, welche entweder nie oder nur durch die Taufe zur katholischen Kirche gehörten, wenn sie unter sich die Ehe schließen Can. 1099 § 2. — Wenn J. Fr. Schulte in seinen „Quellen“ III. Buch (1880) S. 40 es der katholischen Kirche zum Vorwurf macht, daß sie die getauften Katholiken als Glieder der Kirche betrachtet,¹⁾ unterworfen den Gesetzen der Kirche, so wird dieser Vorwurf am besten widerlegt durch das, was

¹⁾ Vgl. Brief Pius' IX. an Kaiser Wilhelm I. vom 7. August 1873 und Bischof Konrad Martin: „Ein bischöfliches Wort an die Protestanten Deutschlands“² (Paderborn 1864).

J. Fr. Schulte einstens in seinem „Eherecht“ (Gießen 1855) S. 228 selbst geschrieben hat.

3) Jeder Getaufte hat Anspruch auf die Rechte eines Kirchenmitgliedes. Jedoch sind dreierlei Hemmnisse möglich: a) Der „obex“, d. h. der Kiegel, das Hindernis der Todsfünde, z. B. zum Empfange gewisser Sakramente; b) das „ecclesiasticae communionis vinculum impediens“, nämlich das Stehen außerhalb der Kirchengemeinschaft, auch wenn guter Glaube vorhanden ist, wornach Häretiker und Schismatiker von den kirchlichen Sakramenten, Sakramentalien usw. ferngehalten sind; c) endlich die „lata ab Ecclesia censura“, d. h. die Zensur, soweit diese kirchliche Rechte behindert; näheres bei den Zensuren Cann. 2257 sqq. (Exkommunikation) und Can. 2275 (persönliches Interdikt). — Nach Can. 87 kann „obex, ecclesiasticae communionis vinculum impediens“ auch nur ein Hemmnis sein. — Immerhin haben an gewissen Sakramentalien auch die Katechumenen Cann. 1149; 1152; 1239 § 2, sogar an manchen unter gewissen Umständen auch die Aftatholiken Anteil Cann. 1149; 1152.

B. Das Kirchenmitglied bezüglich des Alters.

I. Vom vollendeten 21. Lebensjahre an ist eine Person kirchenrechtlich **volljährig** (persona maior); bis dorthin **minderjährig** (p. minor) Can. 88 § 1. Vgl. deutsches BGB. § 2; ebenso Frankreich, Italien, Portugal und die meisten Gebiete des Lateinischen Amerika (Ferrerres: „Institutiones“ I n. 203). Eine Volljährigkeitserklärung (BGB. § 3) ist im Kirchenrecht nicht vorgesehen. — Das **Reifealter** beginnt bei männlichen Personen mit dem vollendeten 14., bei weiblichen mit dem vollendeten 12. Lebensjahre Can. 88 § 2. Freilich hat dieses Pubertätsalter an Bedeutung verloren durch die Bestimmung des Rodey über das Alter für die Ehe Can. 1067 (16. bzw. 14. Lebensjahr). — In der Zeit vor der Pubertät spielt das vollendete 7. Lebensjahr eine Rolle. Vor diesem Alter von 7 Jahren heißt der Mensch ein Kind („infans seu puer vel parvulus“) und gilt als geschäftsunfähig („non sui compos“). Nach dem 7. Lebensjahre steht die Rechtsannahme für den Vernunftgebrauch. Einem Kinde wird gleichgeachtet, wer ständig des Vernunftgebrauches

beraubt ist Can. 88 § 3. Mit diesen Bestimmungen des Kirchenrechts harmonieren die Normen des BGB.; vgl. § 104. — Die Kirchengesetze verpflichten die Kinder oder Geschäftsunfähigen in der Regel nicht Can. 12.

II. Wirkung der Volljährigkeit. Eine volljährige Person hat den vollen Gebrauch ihrer Rechte Can. 89. Ausgenommen sind die des Vernunftgebrauches ständig Beraubten Can. 88 § 3. Eine Entmündigung sieht das Kirchenrecht für Laien nicht vor; für Pfarrer bestehen die Vorschriften über die Entfernung auf dem Verwaltungswege Can. 2147 § 2 n. 1^o. — Eine minderjährige Person untersteht der Gewalt der Eltern oder Vormünder, ausgenommen bezüglich jener Rechte, für welche das Gesetz die Freiheit von der väterlichen Gewalt bestimmt Can. 89. „In den geistlichen und mit geistlichen verbundenen Angelegenheiten können die zum Vernunftgebrauch gelangten Minderjährigen ohne des Vaters oder Vormunds Zustimmung auftreten; sind sie bereits 14 Jahre alt, auch in eigener Person; sonst durch einen vom Ordinarius bestellten Vormund oder auch durch einen von ihnen selbst mit Bestätigung des Ordinarius gewählten Stellvertreter“ Can. 1648 § 3. Diese Selbständigkeit tritt hervor bei dem Sakramentsempfang, so bei der Taufe Can. 745 § 2; der Firmung Can. 788, der Eucharistie Can. 854; der Buße Can. 906; der letzten Ölung Can. 940; der Weihe Can. 971; 973; 976; der Ehe Can. 1034 (hier haben sie beratende Stimme); des Ordensstandes Can. 538; 2352; vgl. jedoch Can. 542 n. 2^o § Filii.

C. Das Kirchenmitglied im Verhältnis zum Orte.

Schon im bisherigen Kirchenrechte unterschied man den Geburtsort, den Wohnsitz mit Abstufungen und den Aufenthaltsort. Der Kodex hat hier die Begriffe wieder genau umschrieben.

I. Der Geburtsort (locus originis). Das alte und neue Kirchenrecht betrachtet als „Geburtsort“ nicht den Ort der Geburt schlechthin, sondern jenen Ort, zu welchem der Vater bzw. die Mutter des Neugeborenen zur Zeit der Geburt eine rechtliche Beziehung hatte. Demnach ist der Geburtsort im rechtlichen Sinne (Abstammungsort, locus originis)

für legitime Kinder: a) der Ort der tatsächlichen Geburt, wenn dort zur Zeit dieser Geburt der Vater den Wohnsitz oder in Ermangelung eines solchen den nachgebildeten Wohnsitz (quasi-domicilium) oder überhaupt keinen Wohnsitz hatte (vagus); b) der Ort des Domizils oder Quasidomizils des Vaters, wenn die Geburt zufällig an einem anderen Orte stattfand. — Entsprechende Grundsätze gelten für außereheliche oder nachgeborne Kinder, doch tritt hier die Mutter an Stelle des Vaters Can. 90. — **Neubekehrte** (neophyti) erlangen den locus originis nicht mehr am Orte der Taufe, sondern wie die übrigen als Kinder Getauften Can. 90 § 1. — **Abstammungsort** (locus originis) der Findlinge ist der Fundort Can. 90 § 2.

II. Erwerb des Domizils usw. 1) Das **Domizil** kann erworben werden auf zweifachem Wege: a) durch das tatsächliche Wohnen in einer Pfarrei oder in einem der Pfarrei ähnlichen Gebiete (quasi-paroecia) oder wenigstens in einer Diözese, in einem apostolischen Vikariate oder in einer apostolischen Präfektur, ein Wohnen, das sich verbindet mit dem Willen, dort ständig zu bleiben, solange kein Entfernungsgrund vorliegt (si nihil inde avocet); b) durch das gleiche Wohnen in der Dauer von vollen zehn Jahren auch ohne obigen Willen Can. 92 § 1.

2) Das **Quasidomizil** wird in entsprechender Weise erworben: a) durch das gleiche Wohnen mit gleicher Absicht wie unter 1 a), jedoch nicht für immer, sondern nur für den größeren Teil des Jahres; b) durch das gleiche Wohnen wie unter 1 a), welches (auch ohne Absicht) über den größeren Teil des Jahres sich erstreckt Can. 92 § 2.

3) Das **Domizil** (der Wohnsitz) oder **Quasidomizil** in der Pfarrei oder Quasipfarrei heißt „**Pfarrwohnsitz**“ domicilium paroeciale; das **Domizil** oder **Quasidomizil** nur in der Diözese (Vikariat, Präfektur) heißt „**Vistumswohnsitz**“, domicilium dioecesanum“ Can. 92 § 3.

4) Der **Kodex** gibt für die verschiedenen örtlichen Beziehungen eigene Namen: **Incola** (Einwohner, Domizillierter) heißt eine Person mit kirchlichem Wohnsitz; **advena** (Bewohner) eine Person mit dem Quasidomizil; **peregrinus** (Fremder, Fremdling) eine Person außerhalb ihrem Domizil und Quasi-

domizil; vagus eine Person ohne Domizil und Quasidomizil Can. 91.

III. Das notwendige Domizil. Ein notwendiges Domizil haben: 1) die Gattin, nämlich das Domizil ihres Mannes, außer sie wäre gesetzlich vom Manne getrennt (*separata*); 2) die geistesranke Person das Domizil des Pflegers (*curator*, Vormund); 3) die minderjährige Person das Domizil des Inhabers der elterlichen Gewalt Can. 93 § 1. — Eine minderjährige Person kann nach Vollendung des sieben-ten Lebensjahres ein Quasidomizil sich erwerben; ebenso eine Gattin, welche tatsächlich von ihrem Manne getrennt lebt, aber nicht gesetzmäßig; war die Trennung eine gesetzmäßige, so kann sie auch ein Domizil erwerben Can. 93 § 2. — Sehr viele Minderjährige erwerben ein Quasidomizil, z. B. Studenten, Lehrlinge, Dienstboten, indes behalten sie regelmäßig ihr (notwendiges) Domizil bei, außer sie hätten keinen Inhaber der elterlichen Gewalt über sich. — Eine Gattin, rechtmäßig vom Manne getrennt, kann nur dann ein Domizil (*domicilium verum*) erwerben, wenn die Trennung eine *stän dige* ist (*separatio perpetua*). Wäre die Trennung nicht ständig, so wäre die Erwerbung eines Domizils unmöglich, da der „*animus perpetuo permanendi*“ nicht vorhanden sein kann Can. 92; 1131 § 2.

IV. Wirkung des Domizils usw. Durch das Domizil erhält das Kirchenmitglied den eigenen Pfarrer und den eigenen Ordinarius. — Dasselbe bewirkt das Quasidomizil Can. 94 § 1. — Hat jemand ein Bistumsdomizil usw., so erhält er dadurch den eigenen Ordinarius; der eigene Pfarrer aber ist jener des jeweiligen Aufenthaltes Can. 94 § 3. — Durch den Aufenthalt an einem Orte gewinnen auch die *Wohnsitzlosen* den eigenen Pfarrer und den eigenen Ordinarius Can. 94 § 2.

V. Verlust des Domizils (Quasidomizils). Zwei Erfordernisse führen den Verlust des freiwilligen Domizils herbei: Der Weggang vom Orte und die Absicht nicht mehr dorthin zurückzukehren Can. 95. Das notwendige Domizil (Can. 93) geht hiedurch nicht verloren Can. 95, sondern nur durch den Verlust desselben seitens des Hauptinhabers des Domizils usw., also des Vaters, Pflegers, Inhabers der elter-

lichen Gewalt. Wenn es im Can. 95 heißt „*discessione a loco*“, so ist hier unter *locus* zu verstehen die „Pfarrei“ bzw. das „Bistum“ im Sinne des Can. 92 § 1. Wer darum von einem Orte an einen anderen Ort der Pfarrei verzieht, behält das *domicilium paroeciale* und *dioecesanum* bei; ebenso wer von einer Pfarrei in eine andere desselben Bistums geht, das d. *dioecesanum*.

D. Die Verwandtschaft eines Kirchenmitgliedes.

Die Verwandtschaft spielt wohl im Eherechte die Hauptrolle, immerhin treten die Hauptarten auch im allgemeinen Kirchenrechte hervor, z. B. Cann. 157; 232 n. 3; 367 § 3, so daß eine genaue Umgrenzung schon hier notwendig ist. Der Kodex unterscheidet Blutsverwandtschaft und Schwägerschaft. Öffentliche Ehrbarkeit, Geistliche Verwandtschaft, Gesetzliche Verwandtschaft kommen im Eherecht (Cann. 1042; 1059; 1076—1080) zur Behandlung.

I. Blutsverwandtschaft. Die Blutsverwandtschaft wird berechnet wie bisher nach Linien (gerade, Seitenlinie) und Graden Can. 96 § 1. In der geraden Linie (Verhältnis des Erzeugers zum Erzeugten) zählt man so viele Grade als Zeugungsabstände (*generationes*, auch Zeugungsakte) oder als Personen mit Weglassung des Stammes Can. 96 § 2. Großvater und Enkel sind im zweiten Grade der geraden Linie verwandt; denn es sind zwei Zeugungsakte notwendig, darum zwei Zeugungsabstände und zwei Personen ohne den Stamm (Großvater). — Die Seitenlinie kann zweifach sein: eine gleiche (*linea aequalis*) und eine ungleiche (l. *inaequalis*). In der gleichen Seitenlinie sind so viele Grade als Zeugungsakte auf einer Seite; in der ungleichen so viele Grade als Zeugungsakte auf der längeren Seite Can. 96 § 3. Man könnte auch sagen: So viele Grade als Zeugungsabstände bis zur entfernteren Person; vgl. Mt 1, 17.

Wenn auch in der Seitenlinie der entferntere Grad maßgebend ist, so wird doch der nähere ausdrücklich mitgezählt, z. B. Can. 367 § 3. „Das Amt eines Generalvikars darf nicht einem Blutsverwandten des Bischofs übertragen werden, besonders nicht einem Verwandten im I. Grade oder im II. Grade gemischt mit dem I.“ — Die Blutsver-

wandtschaft besteht in der geraden Linie ohne Grenzen, in der Seitenlinie bis zum 3. Grade Can. 1076.

II. Schwägerschaft. Die Zählweise bei der Schwägerschaft gleicht vollständig der des bisherigen Rechtes; die Grundlage aber ist ganz verschieden. Der Roderx nämlich bestimmt: „Die Schwägerschaft entsteht aus der gültigen Ehe, ob sie vollzogen ist oder nicht“ Can. 97 § 1. Nach dem bisherigen Rechte entstand die Schwägerschaft aus dem vollständigen Geschlechtsverkehr (*ex copula perfecta carnali*), und zwar „*ex fornicatione*“ (Tridentinum sess. 24. cp. 4 de ref. matr.) bis zum 2. Grade der Seitenlinie; sonst (*ex affectu maritali*) bis zum 4. Grade der Seitenlinie. Die Schwägerschaft *ex copula illicita sive fornicatione* ist verschwunden; die „legitime Schwägerschaft“ ist theils beschränkt, theils erweitert. Sie ist beschränkt, da sie aus der ungültigen gutgläubigen Ehe (*matrimonium putativum*) nicht entsteht; die Erweiterung liegt darin, daß sie auch aus der nichtvollzogenen Ehe hervorgeht (*ex matrimonio rato tantum*). Die nichtvollzogene Ehe war bisher Grundlage für die nachgebildete Schwägerschaft (*quasi affinitas* oder *publica honestas*). — Der Wortlaut des Roderx (Can. 97 § 1) weist nur auf die Ehe unter Getauften hin, indes tragen wir kein Bedenken, diese Bestimmung auf die Ehen der Ungetauften (*matrimonium legitimum* Can. 1015 § 3) zu übertragen, so daß ein nach dem Tode seiner heidnischen Frau getaufter Mann die christlich gewordene Schwester dieser Frau nicht heiraten kann. — Die Schwägerschaft dauert auch nach Auflösung der vollzogenen (durch den Tod) und nichtvollzogenen Ehe (z. B. durch päpstliche Dispens) fort. — Das neue Recht des Roderx (Can. 97) stimmt bezüglich der Grundlage, Zählweise, Fortdauer mit dem des BGB. des Deutschen Reiches § 1590 überein, anders bezüglich der Ausdehnung (BGB. § 1310).

Die Zählweise ist die gleiche wie bisher: Der Ehegatte allein ist mit den Blutsverwandten des anderen Ehegatten verschwägert (Can. 97 § 2), und zwar in der gleichen Linie und im gleichen Grade verschwägert wie der andere Gatte blutsverwandt Can. 97 § 3. Der Ehemann ist mit der Enkelin seiner Gattin im 2. Grade der geraden Linie verschwägert, da die Großmutter mit der Enkelin im 2. Grade der geraden

Linie blutsverwandt ist. — Schon hier sei bemerkt, daß die Schwägerschaft eine Ehe ungültig macht in der geraden Linie ohne Grenzen, in der Seitenlinie bis zum 2. Grade Can. 1077. Das BGB. des Deutschen Reiches kennt kein Ehehindernis der Schwägerschaft in der Seitenlinie § 1310 Abs. 1.

E. Die Zugehörigkeit zu einem Ritus.

In der weiten katholischen Kirche gibt es verschiedene Riten, welche in ihrer Mannigfaltigkeit bei der festgeschlossenen Einheit des Dogmas die ganze Schönheit der Königstochter offenbaren Pj 44, 10. Der Roder ordnet nun in kurzen Strichen die Zugehörigkeit zu den einzelnen Riten. Man beachte, daß die Vorschriften des Can. 98 selbstverständlich auch die morgenländische Kirche binden, vgl. Can. 1.

Die Orientalischen Riten unterscheiden sich in einen Griechischen, Armenischen, Syrischen und Koptischen Ritus. Der Griechische Ritus zerfällt in einen rein Griechischen, in einen Griechisch-Rumänischen, einen Griechisch-Slavischen und einen Griechisch-Melchitischen Ritus. Diese vier Unterabteilungen haben die gleiche Liturgie, aber nicht die gleiche Sprache; denn die Griechen haben die alt-griechische, die Rumänen die rumänische, die Slaven (bei den Bulgaren und Ruthenen) die alt-slavische und die Melchiten die arabische Sprache. — Der Armenische Ritus ist ungeteilt. — Der Syrische Ritus zählt vier Unterabteilungen: den rein Syrischen, den Syrisch-Chaldäischen, den Syrisch-Maronitischen und den Syrisch-Malabarischen Ritus. Diese vier Riten unterscheiden sich in Liturgie und Sprache. — Der Koptische Ritus umfaßt den Ägyptischen und den Äthiopischen oder Abessinischen Ritus; vgl. P. M. Baumgarten, Ch. Daniel und A. de Waal: „Rom“ (1899) S. 208 ff.; Ferreres Iuan: La Curia Romana (1911) n. 584 cum nota; „Institutiones“ I n. 529.

I. Die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Ritus wird bestimmt durch den o r d n u n g s g e m ä ß e n Taufempfang nach einem bestimmten Ritus. Ordnungsgemäß ist der Taufempfang nicht: a) wenn die Taufe von dem Diener eines fremden Ritus entweder in Überlistung (fraude) oder in schwerer Notlage wegen Fehlens eines Priesters des eigenen Ritus erteilt wurde; b) wenn mit apostolischer Vollmacht jemand zwar in einem bestimmten Ritus getauft wurde, jedoch ohne Einreihung in denselben Can. 98 § 1. Eine solche Vollmacht wurde z. B. erteilt für die Ruthenen (Graeco-Rutheni) in Südamerika, Dekret der Propagandakongregation vom 17. August 1914 Art. 33 (M. E. 26. 391). — Diese

Bestimmung setzt notwendig eine andere voraus; denn wäre die Taufe das erste Bestimmende, so könnte man von keiner Überlistung und von keiner Notlage reden. Wenn eine erwachsene Person zur Taufe kommt, so hat sie wie im Aufsuchen des Unterrichts, so auch in der Bitte um die heilige Taufe größere Freiheit. Bei Kindern von katholischen Eltern muß jedoch eine bestimmte Ordnung herrschen. Diese Ordnung ist getroffen im Can. 756 in folgenden Sätzen: a) Die Nachkommenschaft ist nach dem Ritus der Eltern zu taufen § 1; b) gehören die Eltern verschiedenen Riten (lateinisch, morgenländisch) an, so ist das Kind im Ritus des Vaters zu taufen, außer es besteht ein Sonderrecht § 2; c) ist nur ein Teil katholisch, so hat die Taufe nach dem Ritus des katholischen Theiles zu geschehen § 3.

II. Änderung des Ritus. 1) „Niemand darf ohne Erlaubnis des Apostolischen Stuhles zu einem anderen Ritus übergehen oder wenn rechtmäßig übergetreten, zum alten Ritus zurückkehren“ Can. 98 § 3. Die Vorschrift gilt wie für Laien, so auch für Kleriker. — War jedoch der Übertritt ungesetzlich, so steht der Rücktritt frei. — 2) „Kleriker sollen in keiner Weise sich herausnehmen, Lateiner zur Annahme des orientalischen oder Orientalen zur Annahme des lateinischen Ritus zu bestimmen“ Can. 98 § 2. Die frühere Zensur scheint nicht erneuert zu sein. — 3) Einer Frau ist es unbenommen bei Eingehung der Ehe und während des Bestandes derselben dem Ritus des Mannes zu folgen; nach Auflösung der Ehe (Cann. 1118—20) kann sie ihren früheren Ritus wieder annehmen, außer es bestünde ein partikularrechtliches Verbot Can. 98 § 4. — 4) Der Empfang der heiligen *Communio* nach fremdem Ritus führt, auch durch länger dauernde Gepflogenheit, keine Änderung des Ritus herbei Can. 98 § 5; vgl. Can. 851 § 2 und Can. 866.

F. Natürliche und rechtliche Personen.

Wie im Staatsrecht (BGB. I. Buch; 1. Titel und 2. Titel) so unterscheidet man auch im Kirchenrecht natürliche und rechtliche Personen. Der Roderer nennt jene *personae physicae*, diese *p. morales* Can. 99, obwohl auch der Ausdruck *ius iuridicum* gebraucht wird (von Benefizien Can. 1409).

I. Begriff. Unter „rechtlicher Person“ (*persona moralis*) versteht man eine in der Kirche bestehende Einrichtung, welche in ähnlicher Weise wie die natürliche Person Trägerin von Rechten und Pflichten ist. Voraussetzung hiefür ist: die Bestellung oder Anerkennung seitens der Kirchengewalt „*personae morales publica auctoritate constitutae*“ Can. 99. „Die katholische Kirche und der Apostolische Stuhl haben die Natur einer rechtlichen Person schon nach göttlicher Anordnung; die übrigen rechtlichen Personen niederen Ranges in der Kirche erlangen diesen Charakter entweder von Rechts wegen oder durch eine besondere Bewilligung des zuständigen Obern auf Grund eines eigenen Dekretes; die Bewilligung erfolgt zu Zwecken der Religion oder Nächstenliebe“ Can. 100 § 1. Aus diesem Kanon scheint hervorzugehen, daß die „rechtliche Person“ des Bischöflichen Stuhles, sowie des Bistums nur auf menschlichem Rechte beruhe, allein die Cann. 108 § 3 und 329 deuten auch hier auf eine „*institutio divina*“ nicht „*ius divinum*“.

II. Einteilung. Der Roderx teilt die rechtlichen Personen ein in kollegiale und nichtkollegiale Can. 99; erstere sind Vereinigungen von Menschen (wie Kapitel, Vereine, Genossenschaften); letztere sind Rechtseinrichtungen, deren Mittelpunkt ein Gebäude, ein Vermögen usw. ist. Als Beispiele führt das „Gesetzbuch“ an: Kirchen, Seminarien, Pfründen usw. Can. 99. — Diese kirchenrechtliche Einteilung ist umfassender als z. B. die des deutschen BGB., welches unter dem Begriffe „Juristische Personen“ (I. Abjch. 2. Titel) die „Vereine“ (§§ 21 ff.) und „Stiftungen“ (§§ 80 ff.) behandelt.

III. Die kollegialen Personen. 1) „Eine kollegiale rechtliche Person muß zu ihrer Begründung mindestens aus drei natürlichen Personen bestehen“ Can. 100 § 2. Vermindert sich aber im Laufe der Zeit die Zahl der Personen, so erlischt damit nicht die rechtliche Person, im Gegenteil „das Recht aller fällt, wenn nur mehr ein Mitglied übrig bleibt, auf dieses eine Mitglied zurück“ Can. 102 § 2.

2) Bei den kollegialen Akten muß man unterscheiden die Angelegenheiten, welche das Kollegium als solches angehen, und jene, welche die einzelnen Mitglieder be-

rühren. Bezüglich letzterer Rechtsgeschäfte bleibt der Koder bei der alten Rechtsregel der Pandekten und Bonifaz' VIII. „Quod omnes tangit, debet ab omnibus approbari“, reg. 29. iuris in 6^o, die er noch klärt in folgender Form: „Quod autem omnes, uti singulos, tangit, ab omnibus probari debet“. So ist eine Wahl ungültig, wenn einer der Stimmberechtigten nicht gerufen wurde c. 28. De electione (I 6) vgl. Konst. „Vacante Sede Apostolica“ d. 25. Dec. 1904 § 55. — Bei Angelegenheiten, welche nicht die einzelnen, sondern die Körperschaft berühren, gilt die Mehrheit der Stimmen in folgender Weise: a) ausdrückliche Bestimmungen des gemeinen oder besonderen Rechtes sind zunächst zu beobachten; b) außerdem gilt die absolute Mehrheit der Stimmberechtigten mit Abzug der ungültigen Stimmen im 1. und 2. Wahlgange; c) beim 3. Wahlgang genügt die relative Mehrheit; sind die Stimmen auf beiden Seiten gleich, so tritt die Rechtsentscheidung ein Can. 101 § 1 n. 1. — Diese Rechtsentscheidung greift nur Platz bei Wahlen, und zwar nur dann, wenn der Vorsitzende durch seine Stimme die Unentschiedenheit nicht befeitigen will. In diesem Falle gilt jener als erwählt, welcher der ältere ist der Weihe oder der ersten Profess oder dem Alter nach Can. 101 § 1 n. 1.

Wir wollen das Gesagte erläutern. — Ein ausdrückliches Recht besteht z. B. für die Papstwahl. Hier ist eine Mehrheit von $\frac{2}{3}$ der Stimmen festgesetzt, Konst. „Vacante Sede Apostolica“ n. 57. — Auch für die Wahl des Kapitelsvikars besteht eine eigene Bestimmung Can. 433 § 2; hier wird die absolute Mehrheit gefordert. — In einem Kapitel soll ein Grundstück angekauft werden. Stimmberechtigte sind zehn. Zwei Stimmen sind ungültig; fünf Stimmen sind dafür, drei Stimmen dagegen. Der Beschluß ist schon bei der ersten Abstimmung gültig. Sind vier Stimmen dafür und vier Stimmen dagegen, so entscheidet nach zwei weiteren gleichen Stimmabgaben in der vierten Abstimmung die Stimme des Vorsitzenden. — In einem anderen Kapitel von zwölf Stimmen ist ein neues Mitglied zu wählen. Eine Stimme ist ungültig. Fünf Stimmen sind für A, vier für B; zwei für C. Keiner ist gewählt. Der zweite Wahlgang zeitigt das gleiche Resultat. Nach dem dritten gleichen Resultat ist A gewählt. Wären zwei Stimmen ungültig und je fünf Stimmen für A und B, und will im dritten gleichen Wahlgang der Vorsitzende (praeses) die Wahl nicht entscheiden, so kommt es auf das Weihe-, Profess- und natürliche Alter an. Aus dem Wortlaute des Can. 101 § 1 n. 1 erhellt folgendes: „Electus habeatur senior ordine“; „Senior ordine“ ist vor allem a) der in höherer Weihe Stehende (Priester — Diakon); b) unter zwei Kandidaten der gleichen Weihe: der vom Papst Geweihte Can. 106 n. 3; sonst der, welcher die Weihe früher empfing. —

Wurden zwei Kandidaten zu gleicher Zeit geweiht, so entscheidet das höhere Lebensalter Can. 106 n. 3°. — Bei Wahlen in Ordenshäusern entscheidet „die erste Profeß“, d. h. jene, welche nach dem Noviziate abgelegt wurde Can. 571. Bei Gleichheit des Profeßalters gibt das natürliche Alter den Ausschlag.

IV. Die nichtkollegialen „rechtlichen Personen“ werden in ihren Äußerungen bestimmt durch die besonderen Statuten und durch jene Weisungen des gemeinen Rechts, welche solche Personen betreffen Can. 101 § 2. Hierher gehören z. B. Cann. 1161—1187 (Kirchen); Cann. 1352 bis 1371 (Seminarier); Cann. 1409 sqq. (Benefizien); Can. 1489 (religiöse Institute).

V. Die rechtlichen „Personen“ (kollegialen und nichtkollegialen) werden den **Minderjährigen** gleichgehalten. Can. 100 § 3 vgl. Cann. 1687—88.

VI. **Aufhören einer rechtlichen Person.** Eine rechtliche Person hat ihrer Natur nach ständige Dauer („perpetua est“). Sie erlischt nur in zwei Fällen: a) wenn sie von der rechtmäßigen Obrigkeit unterdrückt wird; b) wenn sie schon seit 100 Jahren aufgehört hat zu existieren Can. 102. Abgesehen von der kirchlichen Aufhebung kleinerer „rechtlicher Personen“, wie von Pfründen, Kapiteln, kennt die Kirchengeschichte die Aufhebung römischer Kongregationen, z. B. der Inderkongregation (Acta Apostolicae Sedis vol. 9. pag. 167 Motuproprio „Alloquentes“ vom 25. März 1917), der Ablaß- und Reliquienkongregation; — großer Orden, z. B. des Tempel- und Jesuitenordens usw. — Die einseitige Aufhebung einer kirchlichen „rechtlichen Person“ durch die Staatsgewalt bewirkt natürlich nicht das Erlöschen derselben; immerhin kann eine solche „rechtliche Person“ tatsächlich aufhören, wie das nach der Säkularisation in Bayern der Fall war.

Der Säkularisierung in Bayern (1803) versielen die meisten Kollegien und Klöster. So das Kloster **Metten**. Dasselbe wurde jedoch 1830 wieder errichtet. Nach dem Grundsatz des Can. 102 bedurfte dasselbe keiner Neubewilligung (nach Can. 497). Das bayerische Konkordat hat zwar das Präsentationsrecht auf die Klosterpfründe dem Könige eingeräumt (Art. XI Abs. 2), allein hinsichtlich der Existenz des Klosters wurde nichts bestimmt. — Durch das Breve „Exponendum curavit“ vom 10. Dezember 1918 hat Papst Benedikt XV. den Abt-Primas des Benediktinerordens mit der Vollmacht betraut, das seit 731 bestehende Kloster **Niederaltaich** (Diözese Passau) wieder ins Leben zu rufen. Wenn der letzte Konventuale des im Jahre 1803 säkularisierten Stiftes noch

im Jahre 1820, 1830 oder 1840 gelebt hat, so wäre eine Neuerrichtung des Konventes in keiner Weise notwendig gewesen Can. 102 §§ 1 u. 2; S. C. EE. et RR. d. 7. Dec. 1906 in Adrien. (ME. 18, 535—537; 17, 180—184).

G. Hindernisse der Willensbetätigung.

Der Roder führt vier solcher Hindernisse auf: Gewalt (Zwang) und Furcht, Überlistung und Irrtum.

I. Die unter **Zwang** gesetzten Handlungen einer natürlichen oder rechtlichen Person gelten als nicht g e s c h e h e n. Als Zwang gilt die äußere Gewalt, der gegenüber ein Widerstand nicht möglich ist Can. 103 § 1; vgl. Can. 542 n. 1^o (Eintritt ins Noviziat); Can. 572 § 1 n. 4 (Profess); Can. 1087 § 1 (Eheschließung).

II. Handlungen, welche unter schwerer von außen her eingeflüster **Furcht** geschehen, sind im allgemeinen gültig; indes können sie durch Richterspruch aufgehoben werden, und zwar entweder auf Bitten des verletzten Teils oder von Amts wegen gemäß den Cann. 1684—1689 (actio rescisoria, Aufhebungsklage). — Dasselbe gilt von Betrug oder Überlistung (dolus) Can. 103 § 2. Immerhin sind die **A b s t i m m u n g** (suffragium) Can. 169 § 1, der Eintritt ins Noviziat und die Profess sofort auch ohne Zutun des Richters ungültig, wenn sie geschehen aus schwerer Furcht oder infolge Überlistung; Can. 542 n. 1^o; Can. 572 § 1 n. 4. — Soll die Eheschließung ungültig sein, so muß die Furcht groß, von außen, und zwar ungerecht eingeflüßt, und derartig sein, daß sie den Furchtleider bestimmte, die Ehe einzugehen Can. 1087 § 1. Außerdem ist die Ehe gültig (ib. § 2) und verfällt auch nicht der Aufhebung (rescissio); denn *matrimonium semel validum, semper validum* Cann. 1118—1120.

III. **Überlistung** (Betrug, dolus) bewirkt die Ungültigkeit wie **schwere Furcht** (II), bei der Eheschließung jedoch nur dann, wenn daraus der *error circa personam* oder *circa conditionem servilem* hervorgeht Can. 1083 §§ 1 und 2.

IV. **Irrtum**. Handlungen unter dem Einflusse des Irrtums sind unter Umständen entweder **u n g ü l t i g** oder **a u f h e b b a r** oder **g ü l t i g**. a) Sie sind ungültig, wenn sich der Irrtum erstreckt auf das Wesen der Handlung oder wenn er sich gestaltet zu einer unerläßlichen Bedingung

(*conditio sine qua non*) oder wenn das Recht ausdrücklich es so bestimmt Can. 104. Der Irrtum betreffend die Person selbst macht die Ehe ungültig Can. 1083 § 1; denn er trifft das Wesen des Vertrages. — Der Irrtum bezüglich der Unversehrtheit der Braut macht die Ehe nur dann ungültig, wenn diese Unversehrtheit als *conditio sine qua non* aufgestellt wird Can. 1092 nn. 3—4. Der Irrtum hinsichtlich des Sklavenstandes macht die Ehe ungültig, weil das Recht es so bestimmt Can. 1083 § 2 n. 2^o.

b) Handlungen, unter dem Einfluß eines anderen Irrtums als unter a) gesetzt, sind nur dann *aufhebbar*, wenn es sich um *Verträge* handelt Cann. 104; 1684 § 2; sonst sind sie gültig Can. 104.

H. Behinderung der Handlungsfreiheit durch das Gesetz.

Das Recht bestimmt Schranken für die freie Tätigkeit eines kirchlichen Vorgesetzten; derselbe kann zuweilen nur vorgehen mit *Zustimmung* gewisser Personen, zuweilen muß er den *Rat* hören. Der Roder bestimmt hierüber folgendes:

I. Wird die *Zustimmung* verlangt, so handelt der kirchliche Obere ungültig, wenn er die geäußerte Ansicht (*votum*) der Berechtigten nicht befolgt Can. 105 n. 1^o. Will ein Ordinarius eine freie Pfründe mit einer Patronatspfründe vereinigen, so handelt er ungültig ohne die Zustimmung der berechtigten Patrone Can. 1424. Veräußert der Ordinarius ein Grundstück im Werte von 12 000 Mark ohne die Zustimmung des Domkapitels, so ist die Veräußerung *hinfällig* Can. 1532 § 3.

II. Wird nur der *Rat* einer rechtlichen oder natürlichen Person verlangt, der Konsultoren, des Kapitels, des Pfarrers usw., so handelt der kirchliche Vorgesetzte stets gültig, auch wenn er seiner gegenteiligen Ansicht folgt. Immerhin wäre der Akt ungültig, wenn die Berechtigten nicht gehört würden Can. 105 n. 1. Der Ordinarius hat den *Rat* des Domkapitels einzuholen bei Aufstellung von Prosynodalexaminatoren usw. Can. 386 (bisher war die Zustimmung notwendig), bei Ernennung von Ehrenkanonikern Can. 406 § 1, bei Bestellung von Prosynodalrichtern Can. 1574 §§ 1 u. 2 usw. — Der Roder schätzt diesen „*Rat*“ hoch ein. Ob schon der kirch-

liche Obere an den „Rat“ nicht gebunden ist, auch nicht wenn er einhellig ist, so soll er doch auf die einmütige Stimme mehrerer Personen viel Gewicht legen und sich ohne zwingenden Grund, den er selbst zu würdigen hat, von ihr nicht entfernen Can. 105 n. 1^o.

III. Art der Abstimmung. Handelt es sich nicht um die Zustimmung oder den Rat einer oder der anderen Person, sondern einer Mehrheit zugleich (vgl. Can. 100 § 2 „drei“), so gelten folgende Regeln: a) die Berechtigten sind gesetzmäßig zu berufen Can. 105 n. 2; b) wurden mehr als ein Drittel nicht berufen, so ist der Akt ungültig Can. 162 § 3; c) wurden weniger nicht berufen, so kann der Akt von diesen angefochten werden Can. 162 § 2; d) waren die Nichtberufenen jedoch beim Akt zugegen, so hat er Geltung Can. 162 § 4; e) der Obere kann nach seinem weisen Ermessen die Berechtigten zum Stillschweigen eidlich verpflichten, wenn es die Wichtigkeit der Sache verlangt Can. 105 n. 2; f) die Berechtigten sollen ihre Anschauung mit geziemender Ehrerbietung, Gewissenhaftigkeit und Aufrichtigkeit kundtun Can. 105 nn. 2 und 3.

J. Regeln über den Vorrang.

In dem Worte des Herrn beim Letzten Abendmahl Mt 22, 26 wird die Tatsache des Vorranges unter den Aposteln anerkannt, aber zu gleicher Zeit ihnen die Gesinnung der Demut empfohlen durch das eigene Beispiel: „Der Größere unter euch werde wie der Geringere und der Vorsteher wie der Dienende“. Die Kirche hat durch die Jahrhunderte beides festgehalten: den kirchlichen Rang wegen der Schönheit der Ordnung und die Demut des Herzens wegen der Verantwortung vor Gott.

Für den Vorrang der natürlichen und rechtlichen Personen gibt es zweierlei Normen: besondere bei den einzelnen hierarchischen Stufen, z. B. Can. 408 (Kapitel), und allgemeine. Mit diesen haben wir uns jetzt zu beschäftigen.

1) Der Stellvertreter einer kirchlichen Person erhält seinen Rang gemäß dem Rang der vertretenen Person, so z. B. die Legaten des Papstes Can. 269 § 2. — Auf den Konzilien jedoch und bei ähnlichen Versammlungen

(z. B. Bischofskonferenzen) haben die ordentlichen Mitglieder den Vorrang vor den Vertretungsmitgliedern derselben Rangstufe Can. 106 n. 1^o. Sind auf einer Bischofskonferenz von drei Erzbischöfen und zwölf Bischöfen zwei Mitglieder wegen Verhinderung durch Domkapitulare vertreten, so sitzt der Vertreter des einen erkrankten Erzbischofs nach den beiden Erzbischöfen und der Vertreter des einen verhinderten Bischofs nach den elf Bischöfen, wenn auch sein Herr vielleicht der älteste Bischof ist.

2) „Wem eine kirchliche Gewalt zusteht gegenüber natürlichen oder rechtlichen Personen, der hat auch den Vorrang über sie“ Can. 106 n. 2^o, so der Generalvikar Can. 370 § 1, so der Kapitelsvikar Can. 439, so die General- und Provinzialobern der Ordensleute Cann. 502; 503.

3) Handelt es sich um mehrere Personen, von denen keine gegenüber der anderen eine kirchliche Gewalt besitzt, so bestimmen den Vorrang folgende Gesichtspunkte: a) gradus; b) ordo; c) tempus promotionis; d) tempus ordinationis; e) aetas Can. 106 n. 3. Schwierig ist in diesen Schlagwörtern nur der Begriff „ordo“. Da wir im gleichen Kanon als rangbestimmend ordo und ordinatio haben, so kann ordo nicht gut „Weihe“ bedeuten, sondern muß die „Abteilung einer Rangstufe“ anzeigen.¹⁾ So ist es bei den Kardinälen. Die Kardinalbischöfe, Kardinalpriester und Kardinaldiakone sind dem Range (gradu) nach gleich; verschieden aber in der Rangabteilung (ordine) Can. 236. Darum geht ein Kardinalbischof einem Kardinalpriester vor, auch wenn letzterer früher zum Kardinalat befördert wurde.

Ein interessantes Beispiel, die obigen Grundsätze zu beleuchten, bietet sich im heiligen Kollegium. Kardinal Antonius Vico wurde am 6. Dezember 1915 suburbikarischer Bischof von Porto und St. Rufina; am gleichen Tage wurde Januarius Granito Pignatelli di Belmonte suburbikarischer Bischof von Albano. Beide Würdenträger sind in Rang und Abteilung (gradu et ordine) gleich, sie sind Kardinalbischöfe. Der Vorrang wird demnach bestimmt durch die Zeit der Beförderung (promotio); auch diese war gleich: der 6. Dezember 1915. Es bleibt noch übrig die ordinatio (Zeit der Weihe). Hier hat Kardinal Vico den Vorzug; denn er wurde 1897 oder anfangs 1898 geweiht, während der

¹⁾ Ähnliches haben wir bei den weltlichen Beamten, wo einzelne Rangklassen in Abteilungen (2—3) zerfallen; vgl. „Bayr. Rangordnung“ vom 23. Dezember 1908 Klasse II mit 3, Klasse IV usw. mit 2 Abteilungen.

andere erst nach dem 10. November 1899 die bischöfliche Weihe empfang. Wäre auch die Weihezeit die gleiche, so bliebe als bestimmender Unterschied noch das höhere Alter; auch hier geht Vico voran.

„Die Verschiedenheit des *Ritus* spielt bei der Bestimmung des Ranges keine Rolle“ Can. 106 n. 4.

4) Handelt es sich um mehrere rechtliche Personen derselben Art und desselben Ranges, so kommt der Vortritt (*praecedentia*) jener zu, welche sich des Besitzes dieses Vortrittes erfreut; ist dieser Besitz zweifelhaft, so kommt der Vortritt der am Orte zuerst errichteten rechtlichen Person zu Can. 106 n. 5. Was bei natürlichen Personen die Beförderung, die Weihe oder das Alter bedeutet, wird hier ersetzt durch die *quasi-possessio* und *prior institutio*.

5) Bei den Mitgliedern desselben Kollegiums wird der Vorrang bestimmt durch die eigenen rechtlichen Satzungen; dann durch die rechtmäßige Gewohnheit, endlich durch die Normen des gemeinen Rechtes Can. 106 n. 5°. Diese Vorschriften gelten namentlich in den verschiedenen Dom- und Kollegiatstiften, zuweilen auch in Ordenshäusern.

6) Aufgabe des Ordinarius ist es: a) in seiner Diözese den Vorrang unter seinen Untergebenen festzusetzen mit Rücksicht auf die Grundsätze des gemeinen Rechtes (oben Can. 106 nn. 1—5), auf gesetzmäßige Diözesangewohnheiten und auf die ihnen übertragenen Ämter; b) alle Streitfragen über Vorrang, auch gegenüber den Exempten, soweit sie in Verein mit anderen auftreten, in dringenden Fällen zu schlichten, wobei jede Berufung mit aufschiebender Wirkung wegfällt, während das Recht eines jeden hiebei unangetastet bleibt Can. 106 n. 6°. Letztere Verfügung ist selbstverständlich. Der Ordinarius hat für Ordnung zu sorgen. Diese bleibt so lange, bis das nachgewiesene Recht eine andere als Ersatz bietet.

7) Der Vorrang der Mitglieder des päpstlichen Hofes bemißt sich nach den eigenen Privilegien, dann nach den Regeln und Überlieferungen derselben päpstlichen Kurie Can. 106 n. 7°. Die gleiche Bestimmung trifft Can. 328 bezüglich der Hausgenossen des Papstes, ob sie nun den Titel „Prälaten“ führen oder nicht; Genauerer bietet hierüber der Schematismus des Römischen Hofes, genannt früher „*Gerarchia Cattolica*“, jetzt „*Annuario Pontificio*“.

Handbuch

des

katholischen Kirchenrechts

auf Grund des neuen Kodex
/ vom 28. Juni 1917 /

herausgegeben von

Prälat Dr. Martin Leitner

o. Hochschulprofessor für Kirchenrecht und
Grundzüge des bayerischen Staats- und
Verwaltungsrechts, Defensor vinculi am
Bischöflichen Ehegericht zu Passau

Zweite Lieferung

Kirchenmitgliedschaft (Laienrecht).
Eintritt in den Klerikalstand; dessen
allgemeine Rechte und Pflichten.

Zweite, verbesserte Auflage



1922

Verlag Josef Kösel & Friedrich Pustet
Kommanditgesellschaft / Verlagsabteilung Regensburg

Imprimatur.

Ratisbonæ, die 21. Octobris 1921

Dr. Scheglmann
Vic. Gen.

**Druck von Josef Kösel & Friedrich Pustet, Kommandit-Ges.
Zweigniederlassung Regensburg**

Printed in Germany

2. Buch. Kirchliches Personenrecht.

Es ist ein Dogma, daß in der katholischen Kirche eine Hierarchie vorhanden ist, eingesetzt durch göttliche Anordnung, welche besteht aus Bischöfen, Priestern und Dienern, Trid. sess. 23 en. 6. Der Gottmensch hat seine Lehr-, Weihe- und Hirten Gewalt nicht allen Mitgliedern seiner Kirche übertragen, sondern nur einem eigenen von ihm erwählten Stande Mt 28, 16—20, und zwar unabhängig von denen, die sie lehren, heiligen und leiten sollen. Demgegenüber hat Luther die Lehre vom **a l l g e m e i n e n** Priestertum aufgestellt, wornach alle Gläubigen die gleiche Gewalt erhalten, die sie aber der äußeren Ordnung wegen auf die Kirchendiener übertragen. Diese Lehre von der demokratischen Verfassung der Kirche haben die Protestanten aller Schattierungen beibehalten und die Altkatholiken sind ihnen hierin wenigstens teilweise gefolgt.¹⁾ Dagegen haben die verschiedenen orientalischen Kirchen die Hierarchie gerade so wie die katholische Kirche. — „Die katholische Kirche ist die Kirche des Klerus, ihr Recht Geistlichenrecht. Laien bilden lediglich das zu leitende und zu lehrende Volk. . . . Die breiten Massen der Laien, trotzdem sie in Wirklichkeit die Kirche tragen, spielen in dem Gesetzgebungswerk (des Kodex), so wohlüberlegt seine Ökonomie und so ebenmäßig das ausgefallen ist, eine verhältnismäßig geringe Rolle“ (Ulrich S t u h l im „Tag“ 29. September 1917 Nr. 228).²⁾ Diese Behauptung ist in einem gewissen Sinne richtig und unrichtig. Richtig ist sie, weil tatsächlich die Kirchengewalt in den Primat, Episkopat und die übrigen Träger der Hierarchie gelegt ist; u n r i c h t i g, weil alles Recht in der Kirche auf den Nutzen der Seelen und Glieder

¹⁾ So der Bischof der Schweizer Altkatholiken Dr. Eduard H e r z o g. „An Stelle der H i e r a r c h i e n der Orientalischen und Römischen Kirche sind bei den Altkatholischen G e m e i n d e d i e n e r getreten, die lediglich ausführen, was das souveräne Volk befiehlt. An Stelle der auf Gottes Gnaden beruhenden Priesterwürde tritt ein einfaches, schlichtes Gemeindeamt, bar aller übernatürlichen, göttlichen Vollmachten.“ Alexios v o n M a l h e w: „Liturgikon“ (Berlin 1902) S. 439.

²⁾ U. S t u h l: „Der Geist des Codex I. C.“ (Stuttgart, Enke 1918) S. 83.

der Kirche abzielt. Jeder Träger der Kirchengewalt ist „*servus servorum Dei*“. Die Kanones des neuen Roderer umfassen wie den Klerus so das Volk gebend und nehmend. Immerhin läßt sich von einem Laienrechte (Laikalrechte) im engeren Sinne reden.

I. Das Laienrecht.

Allgemeine Gesichtspunkte.

§ 1. Erwerb und Beweis der Kirchenmitgliedschaft.

I. Mit dem Eintritt in das von Christus gegründete „Reich“, die Kirche, erlangt der Mensch gewisse Rechte und übernimmt gewisse Pflichten, wie sie den Mitgliedern des Volkes (*laós*), den Laien (*laici*) zukommen. Den Inbegriff dieser Rechte und Pflichten nennt man Kirchenmitgliedschaft (*status christianus*) Can. 87.

II. Die Kirchenmitgliedschaft wird erworben durch den gültigen Empfang der W a s s e r t a u f e Joh 3, 5. Darum mußte Paulus, obwohl innerlich schon begnadigt Apg 9, 11 f., doch getauft werden Apg 9, 18; ebenso der heidnische Hauptmann Kornelius Apg 10, 44. 48. Darum wäre das Wehe-sakrament, ohne die Wassertaufe empfangen, ungültig Conc. Nicaenum c. 19 = c. 52 C. 1 q. 1; Can. 968 § 1. Begierde- und Bluttaufe bewirken den Gnadenstand, aber nicht die Kirchenmitgliedschaft.

Gültig empfangen die Wassertaufe: 1) die Erwachsenen d. h. die zum Vernunftgebrauche Gelangten (Can. 745 § 2 n. 2), wenn sie den Willen haben, getauft zu werden (ebendort); freilich zur erlaubten Spendung gehört Belehrung des Verstandes und Vorbereitung des Herzens Can. 752; 2) die Unmündigen d. h. alle Menschen vor dem Vernunftgebrauche. Ihre Taufe ist erlaubt, wenn „berechtigte und vernünftige Hoffnung besteht“, daß sie dem katholischen Glauben treu bleiben bis zum Tode (S. C. Inq. 26. August 1885); demnach können erlaubterweise getauft werden alle Unmündigen: a) in Todesgefahr Can. 750 § 1; Benedictus XIV. in ep. „*Postremo mense*“ d. 28. Febr. 1747 (Denzinger-Bannwart: *Enchiridion*¹¹ n. 1484); vgl. den Fall „*Mortara*“ 1851; S. Alf. III pag. 91; b) wenn wenigstens ein Inhaber der elterlichen Gewalt zustimmt Can. 750 § 2 n. 1; c) wenn Inhaber der elterlichen Gewalt fehlen oder das Recht verwirkt haben oder es nicht gebrauchen können ibi n. 2.

III. Da durch die Wassertaufe die Kirchenmitgliedschaft bewirkt wird, so folgt, daß alle einmal gültig Getauften, ob Schismatici, Andersgläubige, auch Apostaten Mitglieder der Kirche bleiben, unterworfen den Kirchengesetzen, wie wir oben I S. 64 dargetan haben; indes gibt es gewisse Ausnahmen, geschaffen: a) durch besondere Bestimmung der Kirche (Can. 1099 § 2 Eheeingehungsform); b) durch Unkenntnis der Verpflichtung oder der Strafen (oben S. 65). Wenn Schulte J. Fr., „Quellen“ III (1880) S. 40, behauptete: „Niemand ist prinzipiell anerkannt, daß die Rehergesetze auf sie (die Protestanten) keine Anwendung finden“, so hat er damit seinen reichen Kenntnissen des kanonischen Rechtes einen Faustschlag gegeben; denn „Reher“ ist nur derjenige, der hartnäckig (pertinaciter) ein Dogma leugnet oder in Zweifel zieht Can. 1325 § 2, und den kirchlichen Zensuren verfällt nur jener, der ein schweres Verbrechen mit Hartnäckigkeit (cum contumacia) d. h. mit Kenntnis der Sünde und Strafe begeht, und nur der kann mit einer kirchlichen Strafe belegt werden, der ein Verbrechen begangen hat, das mit Sicherheit bewiesen ist Can. 2233 § 1. Niemand wird aber behaupten, daß bei einem gutgläubigen Protestanten diese Voraussetzungen zutreffen. Wenn die Kirche den Protestanten und sonstigen Andersgläubigen gewisse kirchliche Rechte und Gnaden vorenthält, so liegt der Grund nur in der fehlenden Gemeinschaft (communio cum Ecclesia).

IV. Die Kirchenmitgliedschaft wird bewiesen: 1) durch ein amtliches Zeugnis des Ordinarius oder Pfarrers auf Grund des Taufregisters über den Empfang der Taufe Cann. 1813 § 1 n. 4; 1816; 2) durch die einstimmige unter Eid gemachte Aussage zweier einwandfreier Zeugen Can. 1791 § 2; 3) durch die eidliche Aussage auch nur eines einwandfreien Zeugen Can. 1791 § 1 oder des Getauften selbst, wenn er als Erwachsener die Taufe empfing Can. 779. — Kirchlich gewähren Taufregister einen vollgültigen Beweis Cann. 1813; 1816.

In Deutschland galten die Taufregister bis zum 1. Jan. 1876 ausschließlich als öffentliche Geburts- und Taufregister, von da ab als öffentliche Taufregister nach E. des Reichsger. 23.-30. Juni 1891 für das Gebiet des preussischen Landrechts u. nach E. des OLG. München vom 23. Juli 1892 für das Gebiet des bayer. Landrechts. Nach dem Staatsvertrag mit Oesterreich vom 25. Febr. 1880

bedürfen Auszüge aus dem pfarramtlichen Register Bayerns der Beglaubigung des zuständigen Amtsgerichtes, welche auch die Berechtigung des Ausstellers umfassen muß, Bck. des bayern. Kultusministeriums vom 17. Jan. 1910 (RMBl. 1910 S. 47).

§ 2. Verlust und Wiedererwerb der Kirchenmitgliedschaft.

I. Verlust. Obwohl die einmal gültig Getauften niemals aufhören, Getaufte (Christen) zu sein, so können sie doch des Besitzes und der Ausübung kirchlicher Rechte, der tatsächlichen Rechtsfähigkeit, verlustig gehen entweder durch freiwillige *L o s r e i ß u n g* oder durch verhängte *A u s s c h l i e ß u n g* von der Kirchengemeinschaft. Die freiwillige *L o s r e i ß u n g* geschieht: a) durch den Abfall vom Christentum (apostasia, perfidia); b) durch die hartnäckige Leugnung oder Anzweiflung eines Dogmas (haeresis); c) durch die freiwillige Trennung von der Einheit der Kirche (schisma) Can. 1325 § 2. Dabei kann ein Katholik einfach der Kirche den Rücken kehren oder sich auch einer Sekte anschließen Can. 2314 § 1 n. 3. — Die *A u s s c h l i e ß u n g* geschieht durch den verhängten oder erklärten Kirchenbann Can. 2257.

II. Wiedererwerb der Kirchenmitgliedschaft; cfr. Pontificale Rom. III 103; die Diözesanritualien; Can. 2314 § 2. — 1) *Abgefallene* erwerben die Kirchenmitgliedschaft wieder: a) durch reuige Rückkehr und Bitte um Wiederaufnahme; b) durch Ablegung des Glaubensbekenntnisses und Abschwörung des Irrtums; c) durch die tatsächliche Ausöhnung (reconciliatio). War der Abfall geheim, so kann die Ausöhnung auch im Gewissensbereich geschehen kraft apostolischer Vollmacht Can. 2314 § 2. In Todesgefahr und in dringenden Fällen kann auch der Beichtvater absolvieren; jedoch mit der Auflage, den Befehlen der Kirche zu gehorchen, wenn er außer der Todesgefahr absolviert Can. 2254. Gewöhnlich geschieht indes die Ausöhnung im *ä u ß e r e n* Rechtsbereich. Hier besitzt der *B i s c h o f* alle Vollmachten; darum müssen die oben angegebenen Akte vor dem *B i s c h o f*e oder vor seinem Delegaten (auch der Generalvikar braucht ein Spezialmandat) und zwei Zeugen geschehen Can. 2314 § 2. Die Ablegung des Glaubensbekenntnisses und die Abschwörung des Irrtums geschieht entweder nach dem Diözesanrituale oder nach der vom heiligen Offi-

zium 1890 gebilligten Formel (Appendix ad A.-L. pag. 766; ME. 12, 50) oder nach der *Professio fidei catholicae*, welche dem Rodeg vorgedruckt ist. — Ist der Abgefallene im äußeren Rechtsbereich absolviert, so kann ihn jeder Beichtvater im Gewissensbereich von der Sünde absolvieren Can. 2314 § 2; 202 § 1.

2) Kehren Irrgläubige zur Kirche zurück, welche früher nicht der Gemeinschaft der Kirche angehört hatten, so kann die Taufe zweifelhaft sein, aber auch die Zensur. Daraus ergeben sich folgende Gesichtspunkte: a) In jedem *Falle* ist die Gültigkeit der gespendeten Taufe zu untersuchen S. C. Inq. d. 20. Jul. 1859 (Instr. ad Episcopum Philadelphiae, ME. 8¹, 130) et d. 20. Nov. 1878 (ASS. 11, 605; *Santi-Leitner*: *Praelectiones*⁴ III. 42 pag. 440), S. C. Conc. d. 29. Dec. 1682 (apud Ben. XIV. in Inst. 84). Man beachte über die erste Taufe das Taufzeugnis, den Taufritus, sowie Aussagen des Übertretenden, der katholischen Geistlichen und Laien des Taufortes. b) Ist die Taufe des Übertretenden unzweifelhaft gültig, so erfolgt die Ausöhnung mit der Kirche ohne Taufe, und zwar ad cautelam, wenn guter Glauben angenommen werden kann, *Collectio S. C. de Prop. Fide* (= *Coll. P. F.*) n. 1689, App. ad A. L. pag. 766; *Manuale Rituum Ratisbonense* pag. 61. c) Ist die Taufe sicher nicht oder ungültig gespendet, so vollzieht sich der Eintritt einfach durch die Taufe ohne Ausöhnung. d) Bleibt hinsichtlich der Taufe ein vernünftiger Zweifel Can. 732, so werden Taufe und Ausöhnung bedingungsweise zu einem Akte vereinigt. Die bedingte Taufe Erwachsener ist feierlich nach dem Ritus der Erwachsenentaufe zu spenden, außer der Ordinarius erlaubt bei erwachsenen Häretikern einfach die *Privattaufe sub conditione* Can. 759 § 2 oder aus gewichtigem Grunde die *Kindertaufe* Can. 755 § 2. — Trotz der bedingten Taufe müssen alle nach der ersten Taufe sicher begangenen *Todsünden* gebeichtet werden S. C. Inq. d. 17. iuni 1715 (casus Wippermann) et d. 17. Dec. 1868 ad Archiepiscopum Westmonasteriensem. Die Ausöhnung im äußeren Rechtsbereich erfolgt wie oben (unter 1); im Gewissensbereich wird die Absolution von den Sünden bedingungsweise erteilt „*si capax es*“.

3) Die Wiederaufnahme der mit dem Kirchenbanne Belegten (excommunicati) erfolgt meist im **Gewissens-**bereich; im äußeren Forum muß sie vorgenommen werden, wenn der Ordinarius oder andere Vorgesetzte des äußeren Rechtsbereiches diese Absolution entweder ein für allemal oder in einem bestimmten Falle ausdrücklich verlangen Can. 2251. Eine äußere Ausöhnung wurde in manchen Diözesen bisher verlangt bei der Ausöhnung von Katholiken, qui coram ministro acatholico matrimonium contraxerunt (valide aut invalide), so in Köln (B. D. 14. Dezember 1894, **Dumont**: „Sammlung“ 1891—99 S. 20), in Regensburg (Bibl. 1890 Beilage III) u. a.

Auch die Staatsgewalt nimmt für sich das Recht in Anspruch, Bestimmungen zu treffen über den Wechsel des Glaubensbekenntnisses sowie über die religiöse Erziehung der Kinder aus gemischten, ungemischten Ehen und natürlichen Verhältnissen.

In Bayern handelten die §§ 1—4 der II. Verfassungsbeilage (gewöhnlich „Religionsedikt = RE“ genannt) von der „Religions- und Gewissensfreiheit“; die §§ 5—11 von der „Wahl des Glaubensbekenntnisses“ während „die Religionsverhältnisse der Kinder aus gemischten Ehen“ in den §§ 12—23 dargelegt werden, wobei auch die religiöse Erziehung der „natürlichen Kinder“ (§§ 20—22) genauer umschrieben wird. — In der Bayerischen Verfassungsurkunde vom 14. August 1919 werden diese Gegenstände neu geregelt: A) „Jedermann ist volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet“ § 17 I.

B) Wahl des Glaubensbekenntnisses: 1) Das Alter wurde auf das vollendete 16. Lebensjahr herabgesetzt § 17 II. — 2) Die Verfassungsurkunde sieht nur einen Austritt vor § 17 III. — 3) Die Form des Austrittes ist folgende: „Der Austritt aus der Religionsgesellschaft kann mündlich oder schriftlich bei dem Standesamt des Wohnsitzes oder ständigen Aufenthaltsortes erklärt werden. Die schriftliche Erklärung bedarf der Beglaubigung durch eine öffentliche Behörde. Richtigkeit und Anfechtbarkeit der Austrittserklärung sind nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechtes zu beurteilen“ § 17 III. — Eine Ministerialbekanntmachung vom 30. Okt. 1919 bestimmt für die Austrittserklärung das Nähere: „Personen, die ihren Austritt aus einer Religionsgesellschaft erklären wollen, haben hiebei ihren Namen und Vornamen, Ort und Zeit ihrer Geburt, ihren gegenwärtigen Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort, ihren Familienstand und ihre berufliche Stellung anzugeben. Eine schriftliche Austrittserklärung bedarf der öffentlichen Beglaubigung durch einen Notar, einer Ortspolizeibehörde oder einer Bezirkspolizeibehörde, in München durch den Stadtrat. — Den Standesämtern obliegt nur die Prüfung ihrer örtlichen Zuständigkeit, dann der Berechtigung der Erklärenden und der Vollständigkeit der Erklärungen

sowie die Herbeiführung etwa nötiger Ergänzung. Sie haben von der Erklärung dem zuständigen Organe der betreffenden Religionsgesellschaft (Pfarramt usw.) und dem zuständigen Rentamte durch Übersendung je eines Abdruckes der Austrittsbestätigung Mitteilung zu machen." — 4) Die wichtigsten *N i c h t i g k e i t s g r ü n d e* der Austrittserklärung sind nach dem BGB. folgende: a) der Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit § 104 Z. 2; 105 II; b) die Entmündigung wegen Geisteskrankheit § 104 Z. 3; c) der Zustand der Bewußtlosigkeit § 105 II; d) Vorbehalts-, Schein- und Scherzerklärungen unter gewissen Umständen §§ 116—18. — *A n f e c h t u n g s g r ü n d e*: a) Irrtum; § 119; b) arglistige Täuschung § 123 I; c) widerrechtliche Drohung § 123 I. — Um den Eintritt in eine Religionsgesellschaft kümmert sich der Staat nicht, außer es hängen Rechte und Pflichten davon ab oder behufs statistischer Erhebungen, Verfassung des Deutschen Reichs Art. 136 III.

C) *R e l i g i ö s e K i n d e r e r z i e h u n g*. 1) Bis zum vollendeten 16. *L e b e n s j a h r e* unterstehen Personen der religiösen Erziehung von Erziehungsberechtigten. — 2) Erziehungsberechtigt sind: a) die ehelichen Eltern; b) die außereheliche Mutter BGB. 1707; c) der Vormund § 1793 (Pfleger §§ 1909 ff.); d) die Annahmemeistern (Adoptivältern) § 1757. — 3) *V e r t r a g*. Nur die Eltern können die Zugehörigkeit ihrer Kinder zu einer Religionsgesellschaft durch einen Vertrag regeln. „Ein solcher Vertrag bedarf der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung; er wird durch den T o d der Eltern nicht berührt.“ — Dieser Vertrag kann v o r und n a c h der Eheschließung als Anhang zum Ehegütervertrag (*pactum dotale*) oder als eigener Ehevertrag (*pactum nuptiale*) geschlossen werden. Solange die Eltern des Kindes leben und die Religion desselben durch einen Kultusakt nicht festgelegt ist, können sie den Kindererziehungsvertrag wieder umstoßen mit oder ohne Errichtung eines neuen. — Nur der Tod der Eltern ist im § 17 II hervorgehoben; von „Ehescheidungen oder sonstigen rechtsgültigen Auflösungen“ wird nichts erwähnt (vgl. RG. § 17). — 4) *F e s t l e g u n g* der religiösen Erziehung. „Ist ein Kind mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten vor Vollendung des 16. Lebensjahres durch einen Kultusakt einer Religionsgesellschaft endgültig in diese aufgenommen worden, so kann hieran durch den Erziehungsberechtigten nichts mehr geändert werden.“ Da eine genauere Bestimmung des Begriffes „Kultusakt“ fehlt, so müssen wir das alte Recht zur Beleuchtung heranziehen. Das RG. § 17 ließ die katholische Kommunion und die protestantische Konfirmation als solche Kultusakte gelten. Bei anderen Religionsgesellschaften gelten ähnliche Kultusakte. Fehlt ein derartiger Kultusakt, welche die endgültige Aufnahme bedeutet, vollständig, so kommt eben damit auch die Unveränderlichkeit der religiösen Erziehung in Wegfall. — 5) Die *P r o t o k o l l b ü c h e r*, welche in Bayern über den „Glaubenswechsel“ in den Pfarreien und Exposituren zu führen sind (Anregung des bayerischen Kultusministeriums vom 8. Mai 1914 — Oberhirtliche BDD., z. B. Passauer BD. vom 13. Juli 1914 S. 72 f.), müssen und können auch nach der staatlichen Veränderung der Austrittsform gewissenhaft weitergeführt werden.

Über den Kenntniswechsel vgl. G r i e ß I Anton: „Ehevorschriften“ 3. Aufl. 1912 S. 392—405; S c h n e i d e r Ph.: „Partikulare RKQuel-

len" bei den einzelnen Staaten; Geiger Karl Aug.: „Die religiöse Kindererziehung im DR."; Sägmüller J. B.: „RR" 3/4 I § 149; Freisen F. „Verfassungsgeschichte der katholischen Kirche in Deutschland" bei den einzelnen Staaten; freilich wurde durch die neuen Verfassungen nicht wenig geändert.

In Preußen bleibt es im ganzen und großen bei den bisherigen Gesetzen und Verordnungen hinsichtlich des Glaubenswechsels und der religiösen Kindererziehung Entschließung des preußischen Oberverwaltungsgerichtes vom 4. Mär; 1919 (Archiv für kath. RR. 1920 S. 102); Entschließung des preußischen Kammergerichtes vom 9. Juli 1920 und Entschließung des Landgerichtes zu Glogau vom 6. August 1920 (ebendort S. 100 f.). — In Sachsen regeln die Gesetze vom 4. August 1919 und 26. Januar 1920 den Kirchenaustritt ähnlich wie in Bayern (Archiv S. 99). Die religiöse Kindererziehung wird gesetzlich umschrieben durch Gesetz vom 16. Juni 1920 (Religionsmündigkeit tritt ein mit dem 14. Lebensjahre; Wille der Eltern oder Vertrag; Archiv S. 98). — Ein Tschecho-Slowakisches Gesetz vom 15. April 1920 ändert das österreichische interkonfessionelle Gesetz vom 25. Mai 1868 in 6 Artikeln: Religionsmündigkeit besteht mit Vollendung des 14. Lebensjahres; die Austrittserklärung erfolgt bei der politischen Bezirksverwaltung des Wohnortes oder bei der politischen Bezirksbehörde der Heimatsgemeinde Wohnsitzloser; bestimmen die Erziehungsberechtigten nichts über die religiöse Erziehung der nicht 14 jährigen Kinder, so folgen die Knaben der Religion des Vaters, die Mädchen jener der Mutter (Archiv S. 74—76).

Mit dem 1. Januar 1922 tritt ein neues Reichsgesetz in Kraft, davon im Anhang S. 269.

§ 3. Kirchliche Rechte der Laien.

Wie der Herr auf dem Berge in Galiläa den Aposteln die Pflicht auferlegte, zu lehren, zu taufen und zu leiten Mt 28, 16—20, so schuf er für die Laien ebenso viele Rechte, welche sie von den Aposteln und ihren Nachfolgern verlangen können. Darum erstrecken sich die Rechte der Laien auf das Lehr-, Priester- und Hirtenamt.

I. Lehramt. Die katholischen Laien, aber auch alle „Außenstehenden" (1 Kor 5, 12. 13), die Un- und Irrgläubigen, haben ein Recht auf entsprechende Belehrung in den Heilswahrheiten durch Predigt, Katechese und Missionstätigkeit Cann. 1329 sqq. (Katechese); 1344 sqq. (Predigt); 1349 (Missionen); 1350 (Sorge für die Andersgläubigen vgl. Can. 2259). Entsprechend ist die Belehrung, wenn sie dem Fassungsvermögen der Zuhörer angepaßt ist (Tridentinum sess. 5. cp. 2 d. r. „pro sua et earum capacitate"), also vor allem in der Muttersprache der Gläubigen (Innozenz III. in c. 14. De off. ord. I 31) und nach sorg-

fältiger Vorbereitung. — Katholische Laien haben das Recht und die Pflicht, den katholischen Glauben zu verteidigen (1 Ptr 3, 15); indes dürfen namentlich öffentliche Disputationen oder Konferenzen ohne Erlaubnis des Heiligen Stuhles oder, in dringenden Fällen, des Ordinarius nicht abgehalten werden Can. 1325 § 3.

II. Priesteramt. Die katholischen Laien haben das Recht a) der Teilnahme am Gottesdienste, insbesondere an der Feier des heiligen Opfers; hieher gehört auch das Recht, nach eigener Meinung die heilige Messe darbringen zu lassen Cann. 824 sqq. sowie das Unrecht auf die Früchte der Bischofsmesse Can. 339 und Pfarrmesse Can. 466; b) das Recht der Zulassung zu den heiligen Sakramenten unter den vom Kirchenrechte gezogenen Grenzen Cann. 467; 939 (*extrema unctio*), zu den Sakramentalien und Gebeten der Kirche in gesunden und kranken Tagen Can. 468, insbesondere das Recht des kirchlichen Begräbnisses Can. 1203; vgl. jedoch Cann. 2259 u. 2260 (Erfommunikation); 2275 (Interdikt) u. 1240 (Entziehung des kirchlichen Begräbnisses).

III. Sirtenamt. Die katholischen Laien haben a) das Recht der Bewerbung um Aufnahme in den Ordensstand Can. 538, sowie die katholischen Männer das Recht der Bewerbung um Aufnahme in den Klerikalstand Can. 968, wobei sogar die Zulassung zur bischöflichen (Ambrosius) und päpstlichen Würde nicht ausgeschlossen ist; vgl. Konst. „Vacante Sede Apostolica“ d. 25. Dec. 1904 n. 90; Joh. B. Sägmüller: Kirchenrecht³ I § 88 S. 402; — b) das Recht, beim kirchlichen Richter in allen Beschwerden Gehör zu finden Can. 1646; — c) das Recht der Teilnahme an kirchlichen Vereinigungen (*associationes* Can. 684 sqq.); — d) das Recht der Erlangung kirchlicher Privilegien, so des Patronatsrechtes (vgl. jedoch Can. 1450); der Teilnahme an der kirchlichen Verwaltung Can. 1521 § 2, vgl. Zankow I S. 121.

§ 4. Pflichten der Laien.

Aus der Kirchenmitgliedschaft ergeben sich naturgemäß für alle Mitglieder auch Pflichten, zu deren Erfüllung die Gläubigen, wenn nötig, auch durch kirchliche Zwangs-

mittel angehalten werden können; vor allem die allgemeine Pflicht des kirchlichen Gehorsams gegen alle für die Laien geltenden Gesetze und Vorschriften (z. B. Can. 1039), ausgehend von den rechtmäßigen Trägern der Kirchengewalt: dem Papste und den Bischöfen auf Konzilien oder ohne dieselben. Insbesondere gehört hierher: 1) die Pflicht der äußeren und inneren Annahme der kirchlichen Lehrentscheidungen, sowohl der endgültigen feierlichen oder ordentlichen Glaubensentscheidungen Can. 1323 als auch der Weisungen des kirchlichen Lehramtes betreffs bestimmter Ansichten oder Schriften Can. 1324. Sehr wichtig ist der Satz des Roder: „*Declarata seu definita dogmaticae res nulla intelligitur, nisi id manifeste constiterit*“ Can. 1323 § 3. Die Christgläubigen sind gehalten, ihren Glauben auch offen zu bekennen, sooft ihr Schweigen, ihr Rückzug (Zaudern *tergiversatio*) oder überhaupt ihr Benehmen Glaubensverleugnung, Religionsverachtung, Beleidigung Gottes oder Argernis für den Nächsten bedeuten würde Can. 1325 § 1. — Die Pflicht gegenüber dem kirchlichen Lehramte schließt in sich auch die Teilnahme am religiösen Unterrichte Cann. 1335; 1348. Unter Umständen muß auch das katholische Glaubensbekenntnis abgelegt werden Can. 1406; vgl. App. ad A. L. pag. 769 (Glaubensbekenntnis für katholische Lehrer).

2) Laien wie Geistliche sind gehalten, jene Gesetze zu beobachten, welche man unter dem Namen der „Kirchengesetze“ zusammenfaßt.

3) Die Laien haben die Verpflichtung, beizutragen zur Erbauung, Erhaltung und Ausbesserung der gottesdienstlichen Gebäude sowie für den Unterhalt der Geistlichen Mt 10, 10; 1 Kor 9, 7—17; Cann. 1182; 1186 (*oblationes*; Baulast); 463 (*praestationes*); Bayerische Kirchengemeindeordnung vom 24. September 1912 Art. 12 u. a.

4) Es ist Pflicht auch der katholischen Laien, im privaten und öffentlichen Leben einzustehen für die Grundsätze der Religion und Sittlichkeit, besonders in den Parlamenten, bei Wahlen und in der Presse; Leo XIII. Encycl. „*Immortale Dei*“ d. 1. Nov. 1885 § „*Illud etiam*“; Enc. „*Etsi nos*“ d. 15. Febr. 1882 § „*Multorum*“ et alibi; Acta synodi

dioec. San hippolitanae 1908 pag. 305 sqq.; A. L. nn. 723—741; Santi-Leitner: Praelectiones⁴ III 50 n. 4 pag. 461.

Daß den Laien die Ausübung der kirchlichen Weihe- und Regierungsgewalt nicht zusteht, ergibt sich aus der kirchlichen Verfassung. In der Behandlung des Klerikalrechtes wird sich zeigen, welche Ämter, Stellungen und Handlungen den Laien insbesondere verboten sind (vgl. Hergentröther-Sollwied: Kirchenrecht² n. 271 S. 204), welche dagegen ihnen unter Umständen erlaubt werden können.

§ 4a. Die Kirchengebote.

Während das kirchliche Gesetzbuch mit dem 19. Mai 1918 in Kraft trat, erlangten die Kirchengebote in der Fassung des Roder (Cann. 859 § 2; 1108 § 3; 1247 § 1; 1250—54) bereits durch den Erlaß des Papstes Benedikt XV. vom 19. August 1917 (AAS. 9, 475) gesetzliche Geltung. Wir handeln von der doppelten Feiertagsheiligung, vom doppelten Fastengebot, von der jährlichen Beicht und österlichen Kommunion und von der geschlossenen Zeit. — Zu den heiligen Zeiten gehören die Fest- und Fasttage d. i. die Enthaltungs- und Abbruchstage Can. 1243. — Fest- und Fasttage, welche der Gesamtkirche gemeinsam sind, einzuführen, zu verlegen oder abzuschaffen kommt einzig der obersten Gewalt in der Kirche zu Can. 1244 § 1, also dem Papste und dem Allgemeinen Konzil Cann. 218; 222 und tituli VII superscriptio. — Die Ortsordinarien können besondere Fest- und Fasttage für ihre Bistümer oder Gebiete nur als gelegentliche Maßnahme ankündigen (per modum actus). Die geschichtliche Entwicklung seit den Dekretalen (1234) war folgende: Papst Gregor IX. zählt die damals bestehenden Feste auf, fügt aber noch hinzu, daß die Bischöfe mit Zustimmung von Klerus und Volk für ihre Diözesen auch eigene einführen können c. 5 De feriis (II 12). Das Tridentinum hält diese Befugnis der Bischöfe aufrecht, und zwar ohne Erwähnung der geforderten Zustimmung von Klerus und Volk sess. 25. c. 12 De reg. Doch Papst Urban VIII. mahnt die Bischöfe von Einführung neuer Festtage ab in Rücksicht auf die kirchliche Einheit, eine Mahnung, welche die Ritenkongregation als eigentliches

Verbot auslegte d. 23. Jun. 1703 (DA. n. 2113). Nunmehr kommt den Ortsordinarien das Recht zu, Fest- und Fasttage einzuführen, natürlich nur für ihr Gebiet und in Form einer augenblicklichen Verfügung („per modum actus“).

A. Diebus festis abstinendum ab operibus servilibus
Cann. 1247—48.

I. „Die gebotenen Feiertage“ sind nach dem Roder Can. 1247 § 1 für die Gesamtkirche: alle Sonntage; — die Feste Weihnachten, Beichneidung (Neujahr), Erscheinung des Herrn, Himmelfahrt, Fronleichnam (Feste des Herrn); — Mariä Unbefleckte Empfängnis und Himmelfahrt (Marienfeste); — Joseph, Peter und Paul, Allerheiligen (Heiligenfeste). — Die Feste der Patrone (Bistums- und Kirchenpatrone; Patrone der Orte, Provinzen und Reiche) und der Kirchweihe unterliegen dem Kirchengebote nicht; die Ordinarien können die äußere Feier auf den nächstfolgenden Sonntag verlegen Can. 1247 § 2. — Ist eines von den oben aufgezählten Festen gesetzmäßig abgeschafft oder verlegt, so darf nichts geändert werden ohne Wissen des Apostolischen Stuhles ibi § 3. „Die Feste, welche im Can. 1247 § 1 nicht aufgezählt werden, verpflichten die Gläubigen nicht mehr zur Anhörung der heiligen Messe und zur Enthaltung von knechtlichen Arbeiten, wenn sie auch früher in einer Nation oder einer Diözese oder an einem Orte verpflichteten auf Grund eines Sondergesetzes oder einer auch hundertjährigen Ortsgewöhnheit oder kraft Apostolischer Bewilligung“ CC. 17. Februar 1918 (AAS. 10, 170). — Unter dem Josephsfeste ist der 19. März zu verstehen, S. R. C. d. 12. Dec. 1917, welche diesen Tag zum Feste I. Klasse (wie St. Michael, 29. Sept.) erhob (AAS. 10, 26—27).

Im rechtsrheinischen Bayern bestehen alle allgemeinen Feste mit einziger Ausnahme des Josephsfestes (seit 1911). Dieses letztere Fest könnte jederzeit wieder eingeführt werden; denn es ist weder abgeschafft noch verlegt Cann. 1247; 28. — In der Rheinpfalz werden (am Tage) nicht gefeiert: Epiphanie; Unbefleckte Empfängnis; Joseph und Peter und Paul. — In ganz Bayern werden als verpflichtende Festtage die „zweiten Feiertage“ d. i. Stephanstag, Ostermontag und Pfingstmontag begangen kraft der Bewilligung des Apostolischen Stuhles vom Januar 1920. — Die gleiche Bewilligung war schon früher für die Gebiete der Fuldaer Bischofskonferenz gegeben worden SCC. d. 11. Dec. 1917 (Archiv

i. kath. KK. 98, 246). In Deutschland sind darum alle Gläubigen (ausgenommen die Fremden = peregrini) an diesen drei Festen (in Preußen auch am „Bußtage“) zum Doppelgebote verpflichtet, entgegen der EntschlieÙung der CC. vom 17. Februar 1918 ad III (AAS. 10, 170).

II. Du sollst die gebotenen Feiertage halten „durch Enthaltung von knechtlichen Arbeiten, von Gerichtsakten sowie, wenn nicht rechtmäßige Gewohnheiten oder besondere Indulte anders bestimmen, von öffentlichem Handel, Jahrmärkten und von öffentlichem Kauf und Verkauf“ Can. 1248.

1) Die Verpflichtung dauert von Mitternacht bis Mitternacht des Feiertages Can. 1246.

2) Die Enthaltung von knechtlichen Arbeiten ist geregelt wie bisher. — Die Abhaltung von Gerichtsakten bei den kirchlichen Gerichten ist genauer geordnet durch Can. 1639. Nach diesem gehören zu den Gerichtsferien auch noch die letzten drei Tage der Karwoche. Unter das Verbot fallen folgende Handlungen: „die Zustellung von Zitierungen, die Abhaltung von Sitzungen, das Zeugenverhör, die Beweisaufnahme, der Erlaß von Beschlüssen und Urteilen, deren Verkündigung und Ausführung.“ — In unseren Gegenden wird tatsächlich die Abhaltung von Jahrmärkten usw. (anders von Getreidemärkten) seit alter Zeit zugelassen.

3) Aufhören des Verbotes. Das Verbot der knechtlichen Arbeiten usw. kann aufhören: a) durch Dispense der rechtmäßigen Obern, hierüber Näheres im Can. 1245, wovon unten; b) durch Eintreten wichtiger Gründe, nämlich „necessitas, christiana caritas aut publicum bonum“, vgl. Can. 1639 § 1. Zwar wurden diese Gründe nur bei den Gerichtsferien namhaft gemacht, aber wir dürfen dieselben mit Recht auch auf die Vollziehung knechtlicher Arbeiten anwenden; vgl. das im Abschnitte „De cessatione legis“ Gesagte. Wenn darum in der Erntezeit beständiger Regen oder Mangel an Arbeitskräften und ähnliche Gründe die Erntearbeiten an Feiertagen notwendig machen, so kann der Pfarrer oder sein Stellvertreter allgemein erklären, daß das Kirchengebot nicht verpflichte, wie bisher.

B. Can. 1247 § 1. „Festis de praecepto diebus missa audienda est“ Can. 1248.

1) In welchem katholischen Ritus die heilige Messe gefeiert wird, ist gleich Can. 1249.

2) Ort der Anhörung bzw. Darbringung der Messe. Man genügt dem Kirchengebote, wenn man eine Messe hört, welche gelesen wird: a) unter freiem Himmel („sub dio“ Verbesserung der päpstlichen Staatssekretarie in AAS. 9, 557); b) in allen Kirchen; c) in folgenden Oratorien: den öffentlichen, halböffentlichen und in den Privatkapellen der Friedhöfe, dagegen nicht in den Privatoratorien, außer mit eigener päpstlicher Bewilligung Can. 1249.

Der Titel X des 3. Buches gibt sehr gute Aufschlüsse über die verschiedenen Begriffe von Oratorien. Ein öffentliches Oratorium (*oratorium publicum*) unterscheidet sich von der Kirche dadurch, daß es beschränkten Zwecken (für eine Körperschaft oder Private) dient; jedoch ist es wie die Kirche den Gläubigen besonders z. B. des Gottesdienstes zugänglich Can. 1188 § 2 n. 1. — Halböffentliche Oratorien sind nicht allen zugänglich, sie dienen aber einer Körperschaft (Krankenhaus, Gefängnis, Seminar, Bewahranstalt) oder einer Gesellschaft von Gläubigen, die dort zusammenkommen Can. 1188 § 2 n. 2. Alle Oratorien der Kardinäle und Bischöfe, auch der Titularbischöfe, nehmen teil an allen Rechten und Privilegien der halböffentlichen Oratorien Can. 1189. — Private Oratorien werden errichtet zum Gebrauch für eine Familie oder eine Privatperson Can. 1188 § 2 n. 3. Zu diesen gehören die „*sacella sepulcreti*“ Can. 1190. Wie oben gesagt, kann der Sonntagspflicht genügt werden in allen öffentlichen und halböffentlichen Oratorien sowie in den Grabkapellen; in den Privatoratorien (*oratoria privata seu domestica*) nur dann, wenn eine eigene päpstliche Bewilligung Can. 1249 oder in einem außerordentlichen Falle per modum actus die Erlaubnis des Ordinarius hiezu vorliegt, vgl. Can. 1195 § 2 und 1245 § 1.

3) Diesem Kirchengebote unterstehen nicht: a) alle Ungetauften; b) alle Getauften, die des genügenden Vernunftgebrauches entbehren; c) alle Getauften vor dem vollendeten 7. Lebensjahre Can. 12.

4) Das Gebot, die heilige Messe an allen Feiertagen zu hören, verpflichtet nicht in den gleichen Fällen wie das Verbot der knechtlichen Arbeiten (oben A. II 3).

C. De abstinentia et ieiunio Lib. 3 tit. 14.

I. Nach dem neuen „Gesetzbuch“ haben wir: 1) Tage mit nur einmaliger Sättigung (ieiunium); 2) Tage mit Enthaltung von Fleischspeisen (abstinentia); 3) Tage mit dieser doppelten Verpflichtung (ieiunium cum abstinentia).

II. Doppelfasttage (ieiunium cum abstinentia) sind: der Aschermittwoch, die Freitage und Samstage der Fastenzeit; die drei Tage der vier Quatemberzeiten; die vier Vigilien von Weihnachten, Pfingsten, Mariä Himmelfahrt, Allerheiligen Can. 1252 § 2. Doch ist noch folgendes zu beachten: 1) Mit der Mittagszeit des Karfreitags hört der Doppelfasttag ganz auf; 2) die Vigiliafasten werden nicht antizipiert Can. 1252 § 4. Fällt also die Vigil von Weihnachten, Himmelfahrt Mariä, Allerheiligen auf einen Sonntag, so fällt der Fasttag einfach aus, wenn auch die liturgische Feier am 13. August bzw. am 30. Oktober antizipiert wird.

III. „Das Gesetz der bloßen Enthaltung von Fleischspeisen (abstinentia) ist zu beobachten an allen Freitagen des Jahres“ Can. 1252 § 1.

1) Dieses Verbot untersagt den Genuß von Fleisch und Fleischbrühe, dagegen ist erlaubt der Genuß von Eiern, Laktazinien und von Speisen, die mit Tierfett (condimentis, auch mit Speck S. C. Conc. d. 6. Aug. 1910) zubereitet sind Can. 1250. — 2) Die Mischung von Fleisch und Fisch bei derselben Mahlzeit ist nicht mehr verboten Can. 1251 § 2. — 3) Zur Abstinenz sind alle Christen verpflichtet nach Vollendung des 7. Lebensjahres Can. 1254 § 1. — 4) Die bloße Abstinenz trifft in der Regel an den Freitagen des Jahres; ausgenommen, wenn auf den Freitag a) ein Doppelfasttag (Fasten, Quatember, Vigilien), b) außerhalb der heiligen Fastenzeit ein Festtag fällt Can. 1252 § 4 und AAS. 9, 557.

IV. Das Gebot der nur einmaligen Sättigung (ieiunii) muß, abgesehen von den Doppelfasttagen (oben), beobachtet werden an allen Wochentagen in der Fastenzeit, auch wenn sie Festtage sind (AAS. 9, 557). 1) „Die Pflicht der einmaligen Sättigung (lex ieiunii) schreibt vor, daß nur eine einmalige Mahlzeit jeden Tag stattfinde; doch ist die Zuzichnahme von Speise am Morgen und Abend nicht verboten; hierbei gibt die bewährte Ortsgewohnheit den Maßstab für die

Menge und Beschaffenheit der Speisen“ Can. 1251 § 1. — 2) Die Hauptmahlzeit kann am Abend eingenommen werden mit Verlegung des Abendimbisses auf frühere Zeit Can. 1251 § 2. — 3) Verpflichtet zum ieiunium sind getaufte Männer und Frauen vom vollendeten 21. Lebensjahre bis zum Beginn des 60. Lebensjahres Can. 1254 § 2.

G e s c h i c h t e der Fastenpraxis. Die Zeit der Mahlzeit an Fasttagen wird heutzutage noch angedeutet durch die kirchliche Liturgie. So heißt es an den Fasttagen regelmäßig: „Dieta“ oder „Finita Nona“ d. h. um drei Uhr nachmittags begann die Messe; hernach wurde die Vesper gesungen oder gebetet und dann folgte die *e i n z i g e* Mahlzeit des Tages („Cena“). Bis in das 11. Jahrhundert pflegte man vor Sonnenuntergang nichts zu essen; im 13. Jahrhundert fand nach dem Zeugnisse des Aquinaten die einzige Hauptmahlzeit um drei Uhr nachmittags statt. Summa Theol. 2, 2 q. 147 a. 7, ohne irgend eine andere Erquickung (ibi a. 6). Im 15. Jahrhundert wurde die Mahlzeit um Mittag eingenommen, die Vesper wie jetzt in der Fastenzeit vorher gebetet; dadurch schlich sich allmählich die abendliche Erquickung ein, von der Lesung der Einsiedlerväter „Collatio“ genannt. Diese Erquickung bestand zunächst in einem Trunk; darum hieß die Zeit der Abenderquickung (collatio) im 14. Jahrhundert „hora potationis“. — In den ersten Zeiten der Kirche genoß man in der Fastenzeit kein Fleisch und keinen Wein. An manchen Orten enthielt man sich auch der Fische und Fette, sogar des Oles. In Rom war mit dem Fasten das Verbot der Eier und Kastanien verbunden. Bei der Hauptmahlzeit (cena) ist mit dem Rodez das „Magro stretto“ ganz verschwunden, bei der collatio ist die Gewohnheit maßgebend Can. 1251 § 1; Ferreres: Institutiones (1918) II nn. 179—184.

V. A u f h ö r e n des Fastengebotes. Das Gebot des Doppelfastens, der Enthaltung von Fleischspeisen, der nur einmaligen Sättigung hört auf in folgenden Fällen: 1) wenn außer der Fastenzeit ein *F e i e r t a g* auf den Fasttag fällt Can. 1252 § 4, ein *a b g e w ü r d i g t e r* Feiertag genügt nicht CC. d. 17. Febr. 1918 ad I (AAS. 10, 170); 2) wenn durch besondere *I n d u l t e* schon bisher Erleichterungen gewährt waren Can. 1253; 3) im Falle der Dispense durch die Ordinarien oder Pfarrer oder Ordensobern Can. 1245.

E r l ä u t e r u n g. Zu 1) Während der Fastenzeit hat das Zusammentreffen eines Festtages mit einem Fasttage keine Wirkung; der Fasttag bleibt Acta Apostolicae Sedis vol. 9 pag. 557. — Außerhalb der Fastenzeit erlischt durch dieses Zusammentreffen das Fastengebot jeder Art Can. 1252 § 4. Dieser Paragraph gebrauchte die Ausdrücke „Diebus

dominicis vel festis de praecepto“. Also an den Sonntagen und den gebotenen Festtagen trifft diese Erleichterung zu. Was bedeutet „an den gebotenen Festtagen“? Sicher die gebotenen Festtage, welche Can. 1247 aufzählt, wenn sie tatsächlich gehalten werden. Wahrscheinlich auch gehörten hieher die gebotenen Festtage, welche Can. 1247 aufzählt und die in einem Gebote abgeschafft sind, z. B. Epiphanie in der Rheinpfalz; ja wahrscheinlich auch die übrigen abgewürdigten Festtage, welche die Entscheidung der Kongregation vom 28. Dez. 1919 für die Pflicht der Pfarremesse aufzählt (AAS. 12, 42; Archiv 1920 S. 32), 26 an der Zahl, in Deutschland mit dem Josephsfeste 24, ohne dieses 23. Der Grund für diese Ansicht ist folgender: Im Can. 1252 § 4 heißt es: „Diebus dominicis vel festis de praecepto lex abstinentiae, vel abstinentiae et ieiunii, vel ieiunii tantum cessat“ („excepto festo tempore Quadragesimae“ Acta Apostolicae Sedis vol. 9. pag. 557) und im Can. 339 § 1 werden die „dies festi suppressi“ eigens zu den „dies festi de praecepto“ gerechnet. Also ubi lex non distinguit, nec nos distinguere debemus. Freilich die G. der CC. d. 17. Febr. 1918 ad I steht dieser Auffassung entgegen. — Sollte ein Patronfest, das feierlich begangen wird, auf einen Fasttag fallen, so kann der Ordinarius nach Can. 1245 § 2 und § 1 und auch der Pfarrer nach Can. 1245 § 1 Fürsorge treffen (vgl. unten zu 3).

Zu 2) „An den bisherigen Indulgenzen wird nichts geändert“ Can. 1253. Sind die Indulgenzen unmittelbar vom Heiligen Stuhle gewährt als gratiae factae, so bleibt es dabei; sind die Indulgenzen aber Vollmachten der Ordinarien, so hängt es von diesen ab, ob sie dieselben gebrauchen wollen oder nicht. In unseren Gegenden sind die Samstage der Fastenzeit und der Quatember frei vom Gebote der Abstinenz, ebenso die vier Vigilien. Wie die Indulgenzen, so bleiben nach Can. 1253 aufrechterhalten die besonderen Fasttage, welche ruhen entweder auf Gelübden natürlicher oder moralischer (rechtlicher) Personen oder auf den Konstitutionen und Regeln einer männlichen bzw. weiblichen Ordensgenossenschaft, einer Kongregation oder einer Körperschaft gemeinsam lebender Personen auch ohne Gelübde. Die Sonderrechte (leges particulares) sind durch Cann. 1252 und 6 n. 1 beseitigt (CC. 3. Jan. 1918, Archiv 99, 63 n. 40).

In der Stadt Rom z. B. war auf Grund eines Gelübdes der 1. Februar Fasttag. — Für die Fasten der exempten Ordensleute, z. B. der Karmeliten, ist Vorsorge getroffen durch Can. 1245 § 3.

VI. Von der Dispensvollmacht der Ordinarien, Pfarrer und Ordensobern Can. 1245. Diese durch den Kodex gewährte Vollmacht bezieht sich nicht nur auf das Fasten- und Abstinenzgebot, sondern auch auf das Verbot der knechtlichen Arbeiten und die Anhörung der heiligen Messe an Sonn- und Feiertagen.

1) Die Vollmacht der Ordinarien. a) Die Ordinarien haben die Vollmacht, besondere Fest- und Fasttage anzuordnen, jedoch nicht in Form eines Gesetzes, was allein der päpstlichen Gewalt mit oder ohne Allgemeines Konzil zukommt Can. 1244 § 1, sondern nur auf Grund einer augenblicklichen Anordnung („per modum tantum actus“) Can. 1244 § 2, z. B. bei Ausbruch einer ansteckenden Krankheit (Fasttag), bei Beendigung des Krieges (Dankfest). b) Die Ordinarien besitzen auf Grund des Kodex Can. 1245 § 2 die Vollmacht, auch einen ganzen Ort (Stadt), ja auch die ganze Diözese von dem vollen Fastengebote oder von seinen Teilen zu dispensieren, und zwar entweder wegen des Zusammenströmens einer großen Volksmenge oder wegen einer im Volke auftretenden Krankheit („ex causa peculiari magni populi concursus aut publicae valetudinis“). Das „Zusammenströmen der großen Volksmenge“ kann veranlaßt sein durch weltliche oder kirchliche Ereignisse, so z. B. durch die Patroziniumsfeier. Papst Leo XIII. hat wegen der Influenza 1890 f. weitgehende Dispensen für Rom gewährt und den Bischöfen des Erdfreises gleiche Vollmachten erteilt durch das heilige Offizium am 30. Januar 1890, wobei die Mischung von Fleisch- und Fischspeisen bei derselben Mahlzeit ausdrücklich ausgenommen wurde S. C. Inq. d. 26. Februar 1890 in Venetiarum (ME. 6², 24), während für letzteres eine Dispense jetzt nicht mehr notwendig ist Can. 1251 § 2. c) Außerdem besitzen die Ordinarien die Vollmachten, ihre Untergebenen, und zwar die einzelnen Gläubigen oder die einzelnen Familien, sei es im Gebiete der Diözese und hier auch Fremde, sei es außerhalb desselben, in den vier oben-

genannten Kirchengeboten (betr. Fest- und Fasttage) zu dispensieren in besonderen Fällen und aus gerechtem Grunde, auch habituell, wenn nur der Grund andauert; denn es heißt „in casibus singularibus“, nicht *singulis* Can. 1245 § 1.

2) Die Vollmacht der Pfarrer. Die gleichen Vollmachten wie die Ordinarien unter c) besitzen die Pfarrer, selbstverständlich nur innerhalb der *P f a r r e i* für Fremde und Pfarrkinder, für letztere auch außerhalb. Wir sehen darin eine gerechte Bevorzugung der Pfarrer, daß ihnen vor allen Diözesanpriestern so weitgehende Vollmachten eingeräumt wurden. Freilich gilt hier das Wort des Papstes Gregor I. „Cum augmentur dona, rationes etiam crescunt donorum“ (tom. 9. in Evang.). Wer gilt nun hier als „Pfarrer“? Der Begriff „Pfarrer“ ist im Can. 451 näher erklärt; demnach gilt als „Pfarrer“ für unsere Vollmacht: a) der eigentliche Pfarrer Can. 451 § 1; b) der Pfarrvikar, welcher die aktuelle Seelsorge ausübt an Stelle einer moralischen Person (Kapitel, Kloster usw.) Can. 471 § 4; c) die Missionäre, welche die nach Art der Pfarreien abgetheilten Seelsorgesprenkel („*quasi-paroeciae*“) der Apostolischen Vikariate und Präfecturen leiten Cann. 216 § 3; 451 § 2 n. 1; d) die Pfarrvikare (Pfarrverweser usw.), wenn sie der vollen Pfarrgewalt sich erfreuen Can. 451 § 2 n. 2, also bei Erledigung der Pfarrei Can. 473 § 1 und Can. 472 § 2 (interimistisch), aber auch bei besetzter Pfarrei, wenn obige Bedingung zutrifft Can. 475 § 2.

3) Vollmachten der Ordensobern. Die gleiche Vollmacht wie die Pfarrer (wie die Ordinarien oben unter c) haben gewisse Ordensobern gegenüber ihren Untergebenen unter folgenden Voraussetzungen: a) Es muß sich handeln um eine „*religio clericalis exempta*“, d. h. um eine religiöse Genossenschaft Can. 488 n. 1, deren Mitglieder in größerer Zahl Priester sind Can. 488 n. 4 und die sich der Exemption erfreut Can. 488 n. 2. — b) Die Dispensvollmacht der Ordensobern erstreckt sich auf jene Personen, denen der Obere die heiligen Sterbesakramente spenden kann und muß, nämlich den Professoren, Novizen, Dienern, Zöglingen, Pilgern und Kranken, welche Tag und Nacht im Ordenshause wohnen Can. 514 § 1. Es ist selbstverständlich, daß

der Ordensobere stets den Professoren und Novizen gegenüber die Vollmachten der Sakramentspendung und Dispenserteilung hat; ob er sie den Dienern, Zöglingen, Pilgern oder Kranken gegenüber besitzt, hängt von den Ordenskonstitutionen und von der Erfüllung der Bedingung ab „in religiosa domo diu noctuque degentibus“. — In einer Laiengemeinschaft hat der Pfarrer das Dispensrecht Can. 514 § 3 und 1245 § 1. — Für nicht exempte Klosterfrauen und Ordensschwwestern übt das Dispensrecht neben dem Ordinarius der Pfarrer aus Can. 1245 §§ 1 und 2; für exempte Ordensfrauen der Ordinarius, wahrscheinlich besitzt die Gewalt auch der Pfarrer, wenn die Klosterfrauen bittend sich an ihn wenden, da er ja auch die „peregrini“ dispensieren kann Can. 1245 § 1 und Can. 514 § 2.

D. De annua confessione Can. 906 et communione paschali Can. 859.

Dieses Doppelgebot umfaßt die Pflicht des Sakramentsempfanges, wie sie schon das vierte Laterankonzil festgesetzt hat in c. 12 „Omnis utriusque“ De poenitentiis (V 38). Wir behandeln die beiden Gebote getrennt.

I. J ä h r l i c h e B e i c h t. „Alle Gläubigen beiderlei Geschlechts, welche zu den Jahren der Unterscheidung d. h. zum Vernunftgebrauch gelangt sind, müssen alle ihre Sünden wenigstens einmal im Jahre gewissenhaft beichten“ Can. 906. Dieses Gesetz des Kodex stimmt fast wörtlich mit der Lateranensischen Vorschrift (1215) überein; ausgelassen sind die Worte „solus“ und „proprio sacerdoti“; hinzugefügt ist „id est ad usum rationis“.

E r l ä u t e r u n g: 1) Verpflichtet ist jeder Christ, welcher zum Vernunftgebrauch gelangt ist. Der Vernunftgebrauch wird mit Vollendung des siebenten Jahres vorausgesetzt Can. 88 § 3. Tatsächlich kann aber derselbe früher und später eintreten. CC. d. 3. Jan. 1918 (Archiv 99, 62 n. 38). Dies ist besonders zu beachten für schwerkranke Kinder; sonst halte man sich an die Diözesanvorschriften. Wer jedoch einer schweren Sünde sich nicht bewußt ist, für den besteht die Verpflichtung nicht; dies geht hervor a) aus unserem Can. 906, wo es heißt „o m n i a peccata sua“, wel-

ches auf Grund des Trienter Konzils sess. 14 cp. 5 nur von den schweren Sünden verstanden werden kann; b) aus S. Alfonsus: Theol. mor. De Poen. n. 667 (kurz vor 668). — 2) Die Osterzeit ist für die Erfüllung der Beichtpflicht nicht vorgeschrieben „semel in anno“, doch kann die unwordenkliche Gewohnheit, die Beichtpflicht mit der Kommunionpflicht zu verbinden und Beichtzettel zu verteilen, von den Ordinarien beibehalten werden, selbst wenn man sie als gegen das Gesetz verstößend (contra legem) betrachten würde Can. 5.

II. Das K o m m u n i o n g e b o t. Das gleiche Gebot, welches Can. 906 für die jährliche Beicht dem vierten Laterankonzil entnimmt, wird bezüglich der Kommunion im Can. 859 aufgestellt mit dem Beisatz jedoch „semel in anno, saltem in Paschate“; vorgeschrieben wird demnach die „Osterkommunion“.

1) Die Zeit der Osterkommunion erstreckt sich vom Palmsonntag bis zum Weißen Sonntag Can. 859 § 2. Indes gibt es eine doppelte Verlängerung dieser Zeit: a) durch den Ordinarius, welcher in Anbetracht aller Umstände selbst für die ganze Diözese die Osterzeit antizipieren und verlängern kann, jedoch nicht über den 4. Fastensonntag („Laetare“) und das Fest der allerheiligsten Dreifaltigkeit hinaus Can. 859 § 2; b) durch den „proprius sacerdos“, der wegen eines vernünftigen Grundes den Aufschub des Empfanges auf eine Zeit raten kann Cann. 859 § 1; 6 nn. 2, 3. — Unter „proprius sacerdos“ ist nach dem 4. Lateranense der Pfarrer und ordentliche Seelsorger zu verstehen; auch nach dem neuen Gesetzbuch der Kirche kann nur der Pfarrer verstanden werden, da ja der Zusatz nicht bei der Beichte, sondern bei der Kommunion steht Can. 859 § 1 vgl. Can. 873 § 1. — Am Karfreitag wird nur die Wegzehrung gereicht, am Karsttag wird die Kommunion gespendet entweder beim Amte oder in unmittelbarem Anschluß an dasselbe Can. 867 §§ 2 und 3.

2) O r t d e r O s t e r k o m m u n i o n. Die Osterkommunion soll jeder Katholik in seiner Pfarrei empfangen („suadendum fidelibus“); wer in einer anderen Pfarrei dem Gebote genügt, möge den zuständigen Pfarrer von der Erfüllung der Pflicht in Kenntnis setzen Can. 859 § 3. Man beachte, daß nur die Pfarrei den Gläubigen nahegelegt ist,

nicht die Pfarrkirche, indes liegt es nahe, in der Pfarrkirche diesem Gebote zu genügen vgl. Can. 465 § 1. Freilich kann das Gebot erlaubterweise innerhalb der Pfarrei in allen Kirchen und Oratorien erfüllt werden, selbst in den Privatoratorien, außer es hätte dies der Ordinarius verboten Can. 869.

3) Wer ist verpflichtet? Jeder Katholik, der zum Gebrauch der Vernunft gekommen ist, unterliegt dieser Pflicht Can. 859 § 1. Indes ist diese Bestimmung genauer umschrieben im Can. 854: a) Kindern, denen wegen der Zartheit des Alters Kenntniss und Geschmack an diesem Sakramente fehlen, soll die Eucharistie nicht gespendet werden § 1; b) in der Todesgefahr genügt zum Recht und zur Pflicht die Fähigkeit, den Leib des Herrn von einer gewöhnlichen Speise zu unterscheiden und ihn mit Ehrfurcht anzubeten § 2; c) außer der Todesgefahr wird eine vollere Erkenntnis des Katechismus und eine genauere Vorbereitung mit Recht verlangt („necessaria necessitate medii saltem; devote accedant“) § 3. Die Osterpflicht, welche die Kinder vor dem Reifealter trifft, berührt auch, und zwar vorzüglich jene, denen die Ob Sorge für solche zukommt, nämlich die Eltern, Vormünder (Elternstellvertreter Can. 854 § 4), den Beichtvater, die Erzieher und den Pfarrer Cann. 860 und 854 §§ 4 und 5.

4) Dauer der Verpflichtung: Die Verpflichtung der Osterkommunion dauert an bis zur richtigen Erfüllung: a) auch dann noch, wenn sie innerhalb der vorgeschriebenen Zeit (bis Weissen- bzw. Dreifaltigkeitssonntag) nicht erfüllt wurde Can. 859 § 4; b) wenn sie nur äußerlich durch eine sakrilegische Kommunion abgetan wurde Can. 861. Schon Innozenz XI. hat am 2. März 1679 den (55.) Satz verurteilt: „Praecepto communionis annuae satisfacit per sacrilegam Domini manducationem“ vgl. Denzinger-Bannwart: Enchiridion¹² n. 1205. Mit Recht; denn wenn auch die Kirche rein innere Akte nicht befehlen kann, so kann sie äußere Akte verlangen, welche nach göttlichem Rechte mit einer inneren Disposition verbunden sein müssen. — Wer innerhalb der Osterzeit die heilige Wegzehrung würdig empfangen hat, für den ist auch die Osterpflicht erfüllt. Can. 864 § 1 und Can. 895 § 1, vgl. „Manuale Theol. moralis auctore Dominico M. Prümmer O. Pr. (Herder, Freiburg 1915) tom. I n. 224.

5) **Ritus der Osterkommunion.** Wiewohl der Osterpflicht durch die Kommunion nach jedem katholischen Ritus genügt wird, sind doch die Gläubigen anzuleiten, daß sie diese Pflicht nach dem eigenen Ritus erfüllen Can. 866 § 2.

E. De tempore matrimonii feriato Can. 1108.

Von diesem Kirchengebote ist nach Can. 1108 nur mehr ein schwacher Rest übriggeblieben. Wir unterscheiden „Eheschließung“ und „Hochzeit“, d. h. Feierlichkeiten bei der Eheschließung.

I. „Die Ehe kann zu jeder Zeit des Jahres geschlossen werden“ Can. 1108 § 1. Dieser Satz ist uralte; vgl. *Rituale Romanum* tit. 7. ep. 1. n. 18 und Clemens III. (1187—91) in c. 4 De feriis (II 9). Nichtsdestoweniger bestand eine Gewohnheit, welche auch die Eheschließung in der geschlossenen Zeit ohne bischöfliche Erlaubnis untersagte; diese Gewohnheit hat Rom mittelbar (im c. „Tametsi“) und unmittelbar anerkannt, S. C. de P. F. ad Vic. Ap. Tonkini Occid. d. 5. Iulii 1841. Diese partikularrechtliche Gewohnheit ist abgeschafft gemäß Can. 1041.

II. Nach dem allgemeinen Rechte waren früher verboten die *sollemnitates nuptiarum*, nämlich *nuptias benedicere*; *sponsam traducere*; *nuptialia celebrare convivia* (*Römisches Rituale* tit. 7. ep. 1. n. 18). Nach dem Rodey ist nur mehr verboten die „*sollemnis nuptiarum benedictio*“, d. h. der feierliche Brautsegens des Missale, vgl. *Leitner M.: Ehe-recht* S. 359.

1) Daß „*sponsam traducere*“, nämlich *e domo paterna ad domum mariti* ist im Rodey gar nicht berührt; es ist darum erlaubt, vgl. Can. 1108 § 2 („*tantum*“). Daß gleiche gilt von dem „*nuptialia celebrare convivia*“. Für beide Handlungen gilt der Schlußsatz des Can. 1108: Der Ordinarius solle „die Brautleute mahnen, daß sie sich des übertriebenen Gepränges enthalten“.

2) Geblieben ist nur das Verbot des feierlichen Brautsegens, und zwar in der nunmehr abgekürzten Zeit des *tempus feriatum*. Die geschlossene Zeit dauert jetzt vom 1. Advent-

sonntag bis zum heiligen Weihnachtsfeste (25. Dez.) und vom Aschermittwoch bis zum Ostersonntag einschließlich. Aber auch für diese Zeit kann der Ordinarius Dispense gewähren unter folgenden Bedingungen: a) bei Vorhandensein einer rechtmäßigen Ursache („ex iusta causa“); b) mit Einhaltung der liturgischen Geseze; c) mit Erteilung der Verwarnung vor übertriebenem Gepränge Can. 1108 § 3.

Der Ordinarius kann den Brautsegen aus rechtem Grunde erlauben an jedem Tage (Karfreitag und Allerseelen ausgenommen), und zwar sub unica conclusione, wenn die Rubriken sonst eine 2. Oration ausschließen, wie an Weihnachten (1. u. 3. Messe), Oster- und Pfingstsonntag, Epiphanie und Fronleichnam, S. R. C. d. 14. Iunii 1918 ad I (AAS. X 332). — Die Brautmesse ist ausgeschlossen: a) an allen Sonn- und Feiertagen, auch den abgewürdigten; b) an den Festen I. und II. Klasse; c) innerhalb der privilegierten Oktaven 1. und 2. Ordnung (Ostern, Pfingsten; Epiphanie, Fronleichnam); d) an den privilegierten Ferien (Aschermittwoch; Montag, Dienstag, Mittwoch der Karwoche) ibi ad II; e) an den privilegierten Vigilien von Weihnachten und, nach III ibidem von Pfingsten und Epiphanie; außerdem noch an Allerseelen (AAS. 10, 332 u. 530).

3) Der feierliche Brautsegen kann nicht nur unmittelbar nach der Trauung, sondern auch viel später erteilt werden, vorausgesetzt, daß ihn die Eheleute überhaupt empfangen können, freilich nur in der heiligen Messe Can. 1101 § 1. Berechtigt zur Erteilung des Ehesegens ist der trauungsberechtigte Pfarrer ib. § 2; dieser soll die Braut- und Eheleute zum Empfange ermuntern ib. § 1. Den feierlichen Brautsegen können nicht empfangen: a) Braut- bzw. Eheleute, welche eine Mischehe eingehen oder fortsetzen, solange diese gemischt bleibt Can. 1102 § 2; b) Eheleute, von denen die Ehefrau den Brautsegen schon einmal empfangen hat Can. 1143; c) Eheleute zur Zeit des örtlichen Interdikts Can. 2271 n. 2; oder solche, auf denen eine Exkommunikation p. s. oder ein Interdikt p. s. ruht, namentlich auf der Braut Cann. 2260 § 1; 2275 n. 2; 1066.

Das kirchliche Vereinsleben.

§ 5. Die kirchlichen Vereinigungen im allgemeinen.

Mit Dank begrüßen wir die klaren Richtlinien, welche der Roder für das kirchliche Vereinsleben Cann. 684—725 aufgestellt hat. Bisher fand man die Quellen für dieses Recht nur vereinzelt und zerstreut; deshalb halten wir uns im folgenden enge an das neue Gesetzbuch der Kirche.

I. Es kommen **drei Arten von Vereinigungen** (associationes) in Betracht: kirchliche, kirchenfeindliche und solche ohne kirchliches Gepräge (indifferente). Zu den kirchenfeindlichen gehören die „geheimen, verbotenen, aufrührerischen, verdächtigen Vereinigungen“ oder auch solche, welche sich „der rechtmäßigen Obhut der Kirche zu entziehen suchen“ Can. 684. „Wer sich der Freimaurersekta anschließt oder anderen Vereinigungen derselben Art, die gegen die Kirche oder die rechtmäßige Staatsgewalt Umtriebe planen, verfällt der dem Apostolischen Stuhle einfach reservierten Exkommunikation“ Can. 2335. — **Kirchliche Vereinigungen** sind die von der Kirche errichteten oder wenigstens empfohlenen Can. 684. — Die übrigen sind **indifferente Vereinigungen**, welche unter dem Schutz der Staatsgesetze oder wenigstens nicht gegen dieselben natürliche Zwecke, wie der Wissenschaft, Kunst, Geselligkeit, Geldwirtschaft, Gewerkschaft, Politik usw. erstreben. Diese „indifferenten“ Vereinigungen können jedoch Zwecke verfolgen, welche wegen ihrer **religiös-sittlichen** Seite in den Rechtsbereich der Kirche gehören, so daß sie nach dieser Richtung ihre Normen von dem kirchlichen Lehr- und Hirtenamt entgegenzunehmen haben. So sagt Leo XIII. von der „sozialen Frage“: „sie ist in erster Linie eine sittlich-religiöse Frage, und darum muß sie hauptsächlich gelöst werden nach dem Sittengesetze und den Grundzügen der Religion“, Enz. „Graves de communi“ d. 18. Jan. 1901 (ME. 13, 13—22); Pius X. in der Enz. „Singulari quadam caritate“ vom 24. September 1912 über die „christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereine“ (ME 24, 433—37). Hierher gehören auch die Antworten des heiligen Offiziums an den Bischof von Vicenza vom 3. Oktober 1887 über die Weihe der **Vereinsführer**.

n e n und die Zulassung von solchen zu kirchlichen B e g r ä b n i s s e n und zu Feierlichkeiten in der K i r c h e (ME. V 2 pag. 213 sq.). Fahnen (Standarten, Baniere usw.) von Vereinen sind nur dann zu weihen, wenn die Statuten von der kirchlichen Obrigkeit gebilligt sind und wenn die Vereine von dieser Obrigkeit in irgendeiner Form abhängen; dabei dürfen die Fahnen usw. keine verwerflichen, sondern sollen religiöse Abzeichen tragen, ibi ad I. Nur die geweihten Fahnen usw. dürfen in die Kirche eingebracht werden ad II. Die Einführung von Fahnen usw. ohne Abzeichen in die Kirche ist nicht zu dulden, während sie bei der Leichenfeier zugelassen werden können ad III et IV. Das gilt auch von den militärischen und nationalen Fahnen. — Dagegen hat der Klerus sich zurückzuziehen, wenn beim kirchlichen Leichenbegängnisse Fahnen mit offenkundig gottlosen oder verkehrten Abzeichen mitgetragen werden (*vexilla cum emblematicis manifeste impiis vel perversis*) ibi ad IV. — Auch der S t a a t hat sein Vereinsrecht; vgl. Vereinsgesetz des Deutschen Reiches vom 19. April 1908.

II. Kirchliche Vereinigungen. Organische Bestimmungen. Es ist lobenswert, wenn Gläubige (auch Kleriker, selbst Ordensleute Can. 693 § 4) sich kirchlichen Vereinigungen anschließen Can. 684. — Zum Begriff „kirchliche Vereinigung“ gehören außer den allgemeinen Bedingungen einer „Vereinigung“ zwei besondere: a) der kirchliche Zweck; b) die Errichtung oder Billigung durch die Kirche. Die kirchlichen Orden (*ordines*), religiösen Genossenschaften (*religiones*) und fromme Genossenschaften gemeinsam Lebender (*societates in communi viventium*) sind zwar auch kirchliche Vereinigungen, aber sie sind noch mehr, werden demnach hier nicht behandelt vgl. Can. 487—681.

1) Der Z w e c k der kirchlichen Vereinigungen kann nach dem Rodeg ein dreifacher sein: a) Beförderung des Strebens nach Vollkommenheit (Drittorden); b) Übung von Werken der Frömmigkeit oder der Nächstenliebe; c) Förderung des öffentlichen Kultus (Bruderschaften) Can. 685. —

2) Die E r r i c h t u n g oder wenigstens B i l l i g u n g der Vereinigung seitens der zuständigen kirchlichen Gewalt macht die Vereinigung zu einer kirchlichen Vereinigung

Can. 686 § 1. Die Errichtung oder Billigung kommt zu: a) dem Römischen Papst; b) dem Ordinarius des Vereinigungsitzes; c) anderen vom Papste Privilegierten Can. 686 § 2. — Unter Ordinarius ist hier der Bischof zu verstehen (auch der Praelatus vel Abbas Nullius; der Apostolische Vikar oder Präfekt), so daß der Generalvikar ohne besonderes Mandat oder der Kapitelsvikar nicht das Recht hat, kirchliche Vereinigungen zu errichten oder zu billigen, in ihre Errichtung oder Angliederung (aggregatio) einzuwilligen Can. 686 § 4. — Wenn Privilegierte die Errichtung vornehmen, so muß stets (zur Gültigkeit der Errichtung) die schriftlich gegebene Zustimmung des Ordinarius hinzukommen, außer der Privilegierte ist durch ein besonderes Privileg dieser Zustimmung enthoben, oder es handelt sich um eine „Vereinigung“ in dem Hause oder in der anstoßenden Kirche einer religiösen Gesellschaft (religio), und zwar um eine dieser Ordensgenossenschaft eigene „Vereinigung“, vorausgesetzt, daß sie keine Sodalität (Can. 707) ist. Die Erlaubnis des Ordinarius für die Errichtung eines Ordenshauses (domus religiosa) gilt dann auch für eine solche „Vereinigung“ Can. 686 § 3. Das Errichtungsdekret muß von den Privilegierten umsonst (gratis) ausgestellt werden, ausgenommen allein die Taxen für die notwendigen Auslagen Can. 686 § 5.

3) Die Natur einer juristischen oder moralischen Person in der Kirche (Can. 100; „Handbuch“ I § 9 S. 73) erlangen kirchliche Vereinigungen nur dann, wenn sie vom rechtmäßigen Obern das förmliche Errichtungsdekret zur juristischen Person erhalten haben Cann. 687; 694 § 2; 100; Bremer, H., S. J., in der ZNS. 1921, 410 f. — BGB. des Deutschen Reichs §§ 21 ff, 55 ff.

4) Namen und Titel. Die „Vereinigung“ soll keine Namen oder Titel sich beilegen, welche Leichtsinns oder unpassende Neuerungsucht verraten oder eine vom Apostolischen Stuhle nicht gebilligte Andacht zur Schau tragen Can. 688. Das heilige Offizium in Rom sah sich schon öfter veranlaßt, abwehrend einzugreifen, z. B. am 13. Mai 1901 („Mano poderosa“), am 15. Januar 1913 bzw. 8. April 1916; vgl. Passauer M. Schr. Bd. 26 S. 481.

5) Statuten. Jede „Vereinigung“ soll ihre Statuten haben, geprüft und gebilligt entweder vom Aposto-

lischen Stuhle oder vom Ortsordinarius. Solange sie nicht vom Apostolischen Stuhle bestätigt sind (*confirmata*), unterliegen sie stets der Überwachung und Verbesserung des Ortsordinarius Can. 689.

6) Verhältniß der Vereinigung zum Ortsordinarius. Alle Vereinigungen, auch die vom Apostolischen Stuhle errichteten, unterstehen der Jurisdiktion und Überwachung des Ortsordinarius, welcher das Recht und die Aufgabe der kanonischen Visitation hat Can. 690. Doch gibt es zwei Ausnahmen: eine vollständige gemäß eines besonderen Privilegs Can. 690 § 1 und eine theilweise für „Vereinigungen“, welche auf Grund eines Apostolischen Privilegs von exempten Ordensleuten in ihren Kirchen eingerichtet wurden. In letzterem Falle erstreckt sich das Visitationsrecht nicht auf die innere Ordnung und die geistliche Leitung der Vereinigung Can. 690 § 2, wohl aber auf das übrige. Die oberste Leitung aller „Vereinigungen“ (*associationes*) liegt bei der Kongregation Can. 250 § 2 ohne Rücksicht darauf, ob die unmittelbare Leitung dem Ordinarius oder den Ordensleuten zusteht. Weitere Rechte des Ordinarius werden unter III behandelt.

III. Rechte der kirchlichen Vereinigungen. Außer den Rechten, welche der „Vereinigung“ durch das Errichtungsdekret und die gebilligten Statuten eingeräumt werden, besitzt jede rechtmäßige Vereinigung mehrere im Kodex ausgesetzte sehr wichtige Rechte: das Finanz- und Vermögens-, Satzungs- und Wahlrecht Cann. 691. 697.

1) Finanzrechte der kirchlichen Vereinigungen. Abgesehen von ausdrücklichen Ausnahmen hat jede rechtmäßig errichtete „Vereinigung“ das Recht, zeitliche Güter zu besitzen und zu verwalten Can. 691 § 1. Dieses Recht fließt aus der Macht, welche die katholische Kirche als solche hat, zeitliche Güter zu erwerben, zu behalten und zu verwalten Can. 1495. Freilich hat die „Vereinigung“ dieses Recht nicht unabhängig, sondern unter der Gewalt des Ortsordinarius, welchem jährlich wenigstens einmal Rechenschaft abzulegen ist (Can. 1525) über die Verwaltung Can. 691 § 1 und über die Verwendung der Vereins-

opfer und Almosen Can. 691 § 5. Dem Ortspfarrer steht nur im besonderen Auftrage des Ordinarius ein Überwachungsrecht zu. — Die gewöhnlichsten Erwerbsquellen sind die Vereinsopfer (oblationes), verwendbar nach den Statuten und nach dem Willen der Spender Can. 691, und die Almosen (eleemosynae). Das Almosen sammeln ist nur statthaft nach den Statuten oder in einem Notfall, wobei jedoch die Zustimmung des Ordinarius, der auch die Art und Weise bestimmt, gefordert wird; außerhalb der Diözese aber mit schriftlicher Zustimmung aller zuständigen Ordinarien Can. 691 §§ 3 u. 4. — Um Schwierigkeiten zu vermeiden, müssen die „Vereinigungen“ die einschlägigen Staatsgesetze kennen und befolgen, so die Vereins-, Steuer-, Amortisationsgesetze; vgl. R. August Geiger: Pfarramt¹⁰ Bd. II Kap. 46 S. 1039 ff.

2) Versammlungs-, Satzungs- und Wahlrecht der kirchlichen Vereinigungen. Im Can. 697 § 1 wird den rechtmäßig errichteten „Vereinigungen“ zugesprochen das Recht, Versammlungen zu halten (comitia celebrandi), besondere Vereinsatzungen zu erlassen, Administratoren, Beamte und Bedienstete zu wählen. Für diese Rechtshandlungen sind maßgebend die Statuten und die Kanones des Roder, so bezüglich der Einberufung namentlich die Cann. 161—182 (De electione et postulatione), so bez. der Rechte des Ortsordinarius Can. 715. Dieser hat folgende Befugnisse: a) er oder sein Bevollmächtigter führt den Vorsitz ohne Stimmrecht in den Versammlungen, auch in jenen, welche in den Kirchen oder Oratorien der Ordensleute stattfinden; b) er hat die gewählten Beamten und Bediensteten, wenn würdig und tauglich, zu bestätigen, wenn unwürdig oder untauglich, abzuweisen oder zu entfernen; c) er verbessert und billigt die Statuten und andere Satzungen, außer der Apostolische Stuhl hätte es bereits getan; d) er hat das Recht, außerordentliche Versammlungen zu verbieten oder ihre Beschlüsse für kraftlos zu erklären, wenn die Bruderschaft ihm oder seinem Delegaten nicht rechtzeitig Anzeige erstattet hat Can. 715.

IV. Die Mitglieder, Beamten und Leiter der kirchlichen Vereinigungen. Zur Erlangung der Rechte, Privilegien,

Ablässe und der anderen geistlichen Gnaden der kirchlichen Vereinigung ist notwendig und hinreichend die „Mitgliedschaft“. Diese Mitgliedschaft dauert von der gültigen Aufnahme gemäß den Statuten bis zur rechtmäßigen Entlassung Can. 692 oder bis zum freiwilligen Austritt vgl. Can. 211; 570—71.

1) Mitglieder kirchlicher Vereine können werden Katholiken, denen kein Ausschließungsgrund entgegensteht; demnach nicht nur Laien, sondern auch Kleriker, sogar Ordensleute Can. 693 § 4. Indes können Ordensleute (religiosi) nach Ablegung von Gelübden nicht Mitglieder eines weltlichen Drittordens sein Can. 704, noch auch von jenen sonstigen Vereinigungen, deren Satzungen mit der Beobachtung der eigenen Regel und Konstitutionen sich nicht verbinden lassen Can. 693 § 4. — Wer einer „Vereinigung“ angehört, kann sich einer weiteren anschließen, anders bei Drittorden; hier wäre ein Apostolisches Indult notwendig Can. 693 § 2 und Can. 705.

Eine gültige Aufnahme ist ausgeschlossen bei Katholiken, bei Mitgliedern einer verurteilten Sekte, bei notorisch Benschurierten und im allgemeinen bei öffentlichen Sündern. Die gutgläubigen Katholiken werden nicht wegen Unwürdigkeit ausgeschlossen, sondern wegen der verbotenen communicatio in sacris. — Eine Sekte kann verurteilt sein entweder durch das Gesetzbuch der Kirche Can. 2335 (Freimaurer usw.) oder durch das Urteil des Apostolischen Stuhles oder des Ordinarius. — Ist ein Benschurierter (Exkommunizierter, Interdizierter) öffentlicher Sünder, so schließt ihn schon dieser Umstand aus; ist er es nicht, so muß seine Benschur notorisch sein.

2) Aufnahme. Die Aufnahme in eine Vereinigung (associatio) geschieht nach dem allgemeinen Rechte und nach den Statuten. Das allgemeine Recht bestimmt: a) Bei Gelegenheit der Aufnahme darf direkt oder indirekt nur das gefordert werden, was die Statuten bezeichnen, oder was der Ortsordinarius wegen besonderer Umstände ausdrücklich zum Besten der Vereinigung erlaubt Can. 695 (Abgaben). b) Die Aufnahme muß durch Einschreibung in das Verzeichnis

der Vereinigung geschehen, damit ein Beweis für die Aufnahme vorliege. Diese Einschreibung ist bei „Sodalitäten“ (sodalitia Can. 707) ein Erfordernis der Gültigkeit Can. 694. c) Abwesende sollen in Sodalitäten nicht aufgenommen werden, Anwesende nur mit Wissen und Willen Can. 693 § 3.

Der „Kindheit = Jesu = Verein“ ist bloßer Verein; dagegen die „Herz-Maria-Bruderschaft“ Sodalität Can. 707 § 2. Die Einschreibung muß bei beiden Vereinigungen stattfinden; bei der Bruderschaft wäre die Aufnahme ohne Einschreibung ungültig. Zuweilen werden in jenen Verein unmündige Kinder, Säuglinge, ja sogar infantes ante partum aufgenommen; die Aufnahme ist nicht ungültig. Bei der Bruderschaft dagegen wäre die Aufnahme einer abwesenden Person untersagt, ohne Wissen und Willen aber ungültig Can. 693 § 3.

3) Aufhören der Mitgliedschaft. Ein Katholik hört auf Mitglied einer Vereinigung zu sein durch freiwilligen Austritt und durch die Entlassung. Der Kodex enthält nichts Näheres über den Austritt. Die Entlassung aus einer Vereinigung ist in folgender Weise geregelt: a) Die Mitglieder dürfen nur aus rechtmäßiger Ursache entlassen werden Can. 696 § 1. Solche Ursachen sind vor allem Abfall vom katholischen Glauben, Beitritt zu einer verbotenen Sekte, eine notorische Zensur oder ein öffentliches Sündenleben Can. 693 § 1. Indes darf hier die Streichung („expungantur“) nur stattfinden nach vorausgehender Mahnung und gemäß den Statuten; der Rekurs an den Ordinarius bleibt gewahrt Can. 696 § 2. b) Die Entlassung verhängt entweder der Vorstand der Vereinigung nach den Statuten, oder der Ordensobere, oder der Ortsordinarius. Während der Ortsordinarius die Entlassung in allen Fällen verhängen kann, steht dem Ordensoberen dieses Recht nur zu gegenüber den von Ordensleuten (religiosis) auf Grund eines päpstlichen Indultes errichteten Vereinigungen Can. 696 § 3. Verhängt der Ordinarius die Entlassung, so geht der Rekurs an die nächsthöhere Instanz Can. 1594.

4) Die Beamten und Bediensteten der Vereinigungen, darunter die „administratores bonorum“ (Pfleger, Bechmeister, Schatzmeister usw.), werden durch die Wahl aufgestellt nach dem gemeinen und Statutenrecht mit Bestätigung des Ordinarius Cann. 697 et 715.

5) Die geistlichen Leiter und Kapläne der Vereinigungen (*moderatores et cappellani*) werden nicht durch Wahl bestimmt, sondern von den geistlichen Obern aufgestellt, und zwar: a) von den Ordensobern, wenn für die von Ordensleuten in den eigenen Kirchen errichteten Vereinigungen ein Ordensgeistlicher oder mit Zustimmung des Ordinarius ein Weltpriester bestellt wird; b) in allen übrigen Fällen vom Ortsordinarius, also für Vereinigungen, die errichtet oder bestätigt sind entweder vom Ordinarius selbst oder vom Apostolischen Stuhl oder von Ordensleuten außerhalb ihrer eigenen Kirchen Can. 698 § 1. — Leiter (Direktor, Präses) und Kaplan (Offiziator) können getrennt oder in einer Person vereint aufgestellt werden ibi § 4. — Deren Abberufung erfolgt durch dieselben Obern, welche sie ernannten, durch deren Nachfolger oder Vorgesetzte, aus gerechtem Grunde ibi § 3. — Während der Amtsdauer können Leiter und Kapläne die Vereinskleidung, die Abzeichen, Skapuliere usw. segnen und auflegen ibi § 2. Für die Ausübung des Predigtamtes gelten die allgemeinen Grundsätze der Cann. 1337 bis 1342, so daß, wenn Weltleute unter den Vereinsmitgliedern sind, stets die Erlaubnis des Ordinarius benötigt wird Can. 1338.

V. Aufhebung einer kirchlichen Vereinigung. Alle kirchlichen Vereinigungen können aufgehoben werden durch den Apostolischen Stuhl. Die vom Apostolischen Stuhle unmittelbar errichteten Vereinigungen können nur von diesem aufgehoben werden Can. 699 § 2. Alle übrigen Vereinigungen kann auch der Ortsordinarius aufheben (*supprimere*) mit Wahrung des Rekurses an den Apostolischen Stuhl, also die kirchlichen Vereinigungen, welche der Ordinarius oder seine Vorgänger oder Ordensleute kraft Apostolischen Indultes mit Zustimmung des Ortsordinarius errichteten Can. 699 § 1, vgl. Can. 686 § 3.

§ 6. Die kirchlichen Vereinigungen im besonderen.

In der Kirche gibt es drei Arten von Vereinigungen (*associationes*): weltliche Drittorden, Bruderschaften, fromme Vereine Can. 700. Der Vor-

r a n g unter den Laienvereinigungen der Kirche bemißt sich nach folgenden Regeln: 1) Von einem kirchlichen Vorrang kann nur dann die Rede sein, wenn die Vereinigungen als **K ö r p e r s c h a f t** auftreten (collegialiter) unter dem eigenen Kreuze oder unter der eigenen Fahne oder Standarte, angetan mit dem Vereinskleid oder mit den Abzeichen Can. 701 § 3. — 2) Dies vorausgesetzt bestimmt der Kodex im Can. 701 § 1 folgende Ordnung: a) Drittorden; b) Erzbruderschaften; c) Bruderschaften; d) Vorstehervereine (unio primaria); e) andere fromme Vereine. Indes geht die Corpus-Christi-Bruderschaft bei theophorischen Prozessionen auch den Erzbruderschaften vor Can. 701 § 2. — 3) Unter mehreren Vereinigungen derselben Art und des gleichen Grades, z. B. unter mehreren Drittorden, geht jene Vereinigung vor, welche im friedlichen Besitze des Vorranges ist, oder im Zweifel hierüber, welche zuerst am Orte errichtet wurde Can. 106 nn. 5. 6; vgl. „Handbuch“ I S. 80; ME 15, 67. — Der Vorrang bemißt sich nach der Nähe beim Allerheiligsten bzw. beim Offiziator.

I. Die weltlichen Drittorden. Cann. 702—706; ME. 16, in indice. „De tertiis Ordinibus saecularibus, von den Dritten Orden der Weltleute“ betitelt sich Lib. II. tit. 19 ep. 1. An die 1. (und 2.) Orden der Franziskaner (3. O. gegründet 1221), Dominikaner (1220 bzw. 1405) und Carmeliten (1452 entstanden) sowie der Prämonstratenser, Minimien (Franz von Paula), Serviten, Trinitarier schlossen sich frühzeitig (wie die Daten beweisen) die Dritten Orden der Weltleute an und erhielten auch päpstliche Bestätigung. Papst Leo XIII. tat viel zur Verbreitung der Drittorden durch die Milderung der Auflagen. Der Kodex greift nun in den Cann. 702—706 wieder klärend in die rechtliche Verfassung ein.

1) **G r ü n d u n g.** Keine Ordensgenossenschaft (religio) kann sich einen Dritten Orden beigesellen ohne ein apostolisches Privileg, wie es manchen Orden (Ordinibus) verliehen ist Can. 703 § 1.

2) **Z w e c k.** Weltliche Tertiaren sind Weltleute, welche gemäß den für sie vom Apostolischen Stuhle approbierten Regeln nach der christlichen Vollkommenheit streben, also in der Welt zwar und in einer dem Weltleben

angemessenen Weise, allein im Geiste und unter Leitung des betreffenden 1. Ordens Can. 702 § 1. — **Ordensleute** (religiosi) mit ewigen oder zeitweiligen Gelübden können keinem weltlichen Drittorden angehören, auch wenn sie demselben früher angegliedert waren. Kehren sie aber, der Gelübde ledig, in die Welt zurück, so lebt die frühere Angliederung wieder auf Can. 704. — **Tertiaren** können ohne Apostolisches Indult nicht zugleich einem weiteren Drittorden angehören, doch können sie aus einer rechtmäßigen Ursache zu einem anderen Drittorden übertreten oder zu einer anderen Sodalität desselben Tertiariordens Can. 705; S. C. Indulg. d. 4. Mart. 1903 in Ratisbonen. (ME. 15, 67).

3) **Gliederung**. Wenn ein weltlicher Drittorden ungeteilt besteht, so können die Ordensobern ohne weiters einzelne Personen diesem Dritten Orden einreihen Can. 703 § 2. Gewöhnlich wird aber der Tertiariorden in mehrere Vereinigungen zerlegt, „Sodalität von Drittordensmitgliedern“ genannt („sodalitas tertiariorum“) Can. 702 § 2. Solche „Sodalitäten“ kann der Ordensobere gültig nur errichten mit Zustimmung des Ordinarius Cann. 686 § 3; 703 § 2.

4) **Ordenskleidung bzw. Ordensabzeichen**. Die Ordenskleidung bzw. die Ordensabzeichen werden verliehen vom Ordensobern. Sollen sie aber außerhalb der Ordenskirche, also in anderen Kirchen und namentlich bei öffentlichen gottesdienstlichen Funktionen getragen werden, so muß die besondere Erlaubnis des Ortsordinarius erholt sein Cann. 703 § 3 und 686 § 3. Nehmen Tertiaren an öffentlichen Prozessionen, Leichenbegängnissen und andern kirchlichen Funktionen teil und wollen sie das als Körperschaft tun, wozu keine Verpflichtung besteht, so muß die Teilnahme geschehen unter dem eigenen Kreuze mit Anlegung der eigenen Ordenskleidung bzw. Ordensabzeichen Can. 706.

Die Corpus-Christi-Bruderschaft geht allen anderen kirchlichen Vereinigungen bei der Begleitung des Allerheiligsten vor, ausgenommen die Drittorden; diese haben den Platz näher beim Allerheiligsten. Freilich müssen die Tertiaren collegialiter auftreten unter eigenem Kreuze und angetan mit dem Ordenskleide („veste uniformi induti, vulgo

sacco“ S. C. EE. et RR. d. 6. Apr. 1900). Nach dem Rodez scheint das einheitliche Abzeichen zu genügen Cann. 701 § 3; 706.

Die Ablässe, Privilegien, Indulte der einzelnen Drittorden wurden im Laufe der Zeit zusammengestellt, so für die Tertiärer des heiligen Franz von Assisi im Breve „Quia multa“ Leo XIII. vom 7. September 1901, in dem Dekret der Ablasskongregation vom 11. September 1901, sowie im Reskript der gleichen Kongregation vom 13. August 1901 (ME. 13, 388—97), für den 3. Orden der Prämonstratenser im Summarium der Ablasskongregation vom 1. März 1904 (ME. 16, 304); der Armeliten im Summarium und Dekret der gleichen Kongregation vom 18. September 1903 (ME. 16, 348 bis 52); der Augustiner vom 5. September 1903 (ME. 16, 393 bis 397); der Mercedarier vom 28. Juni 1904 (ME. 16, 448—452); der Dominikaner vom 13. Juni 1906 (ME. 18, 299—304); endlich der Trinitarier vom 25. September 1904 (ME. 19, 291—296). — Benützen mehrere Nationalitäten eine Kirche, so können in derselben nach den Sprachen mehrere Drittordensobalitäten errichtet werden S. C. Indulg. d. 8. Mart. 1905.

II. Die Bruderschaften und frommen Vereine Cann. 707 bis 719. Diese Kanones betreffen das Wesen, die Errichtung, die Rechte, die Beziehungen zu den Ordensleuten bzw. zum Pfarrer, die Verlegung der Bruderschaften und Vereine.

1) **Wesen.** Der Rodez unterscheidet zwischen „frommen Vereinen“ (*piae uniones*), **Sodalitäten** (*sodalitia*, kirchlichen Genossenschaften) und **Bruderschaften** (*confraternitates*). Eine „*pia unio*“, ein frommer oder kirchlicher Verein ist vorhanden, wenn eine kirchliche Vereinigung (*associatio*) sich den Werken der Frömmigkeit oder Nächstenliebe widmet, mit Errichtung oder auch nur Bestätigung (*approbatio*) durch den Ordinarius. Durch das Errichtungsdekret erlangen sie den Charakter einer juristischen Person (*persona iuridica* Can. 687), durch die bloße Bestätigung werden sie fähig, geistliche Gnaden und besonders Ablässe zu erlangen Cann. 707; 708. — „*Sodalitia*“, Sodalitäten oder kirchliche Genossenschaften heißen fromme Vereine dann, wenn sie eine Verfassung „*in modum organici corporis*“ (Can. 707) wie „eine gegliederte Körperschaft“ haben, so namentlich die marianischen Kongregationen. — Haben die Sodalitäten auch den Zweck der Erhöhung des öffentlichen Kultus („*incrementum publici cultus*“ Can. 707 § 2), so heißen sie jetzt **Bruderschaften** (*confraternitates*). Zum Begriffe „Bruderschaft“ gehören noch zwei Be-

dingungen: a) der Charakter der Sodalität; b) die juristische Persönlichkeit, erlangt durch die Errichtungsurkunde Can. 708; 707; 687.

2) *N a m e n*. Mit Ausschluß der Merkmale des Leichtfertigen, Sonderbaren und Ungewohnten (Can. 688) sollen die Bruderschaften und frommen Vereine ihre besonderen Titel und Namen entlehnen den Eigenschaften Gottes, den Geheimnissen der christlichen Religion, den Festen des Herrn und der seligsten Jungfrau, den Heiligen oder eben dem Zwecke der Sodalität Can. 710.

3) *O r t* der Errichtung. An demselben Orte sollen nicht mehrere Bruderschaften oder Vereine desselben Namens oder desselben Charakters (instituti) errichtet oder bestätigt werden, außer es wäre ausdrücklich gestattet oder im Rechte vorgesehen; in den großen Städten aber ist es erlaubt mit dem Abstand voneinander (distantia), welchen der Ordinarius für entsprechend hält Can. 711 § 1. Sache des Ortsordinarius ist es, zu bestimmen, wann Städte groß und die Entfernungen hinreichend sind. Der Heilige Stuhl hat von diesem Gesetze zwei Ausnahmen gemacht, indem er erlaubt und wünscht, daß in jeder Pfarrei die Bruderschaften vom heiligsten Altarssakramente und von der „Christenlehre“ (doctrina christiana) durch die Bemühungen der Ortsordinarien eingeführt werden; sind sie irgendwo rechtmäßig errichtet, so gelten sie ohne weiteres den betreffenden vom Kardinalbiskar errichteten Erzbruderschaften in Rom als aggregiert Can. 711. Außerdem hat aber der Heilige Stuhl mehrere ausdrückliche Ausnahmen bewilligt, wie für die Marianischen Kongregationen, Bruderschaft vom Herzen Jesu, christlichen Müttervereine (Deutschland), Kongregation vom guten Tode usw., vgl. Beringer-Hilgers: „Die Ablässe“ II¹⁴ (1916) S. 19. — Was den näheren Ort betrifft, so sollen Bruderschaften und Vereine nur in Kirchen, öffentlichen oder wenigstens halböffentlichen Oratorien (oben S. 94) errichtet werden; in Dom- oder Kollegiatkirchen nur mit Zustimmung des betreffenden Kapitels Can. 712 §§ 1; 2. In den Kirchen oder Kapellen von Ordensschwestern (religiosarum) kann der Ortsordinarius nur die Errichtung einer kirchlichen Frauen-

vereinigung erlauben oder eines frommen **Verein**s, der dem Gebete obliegt und nur der Teilnahme an den geistlichen Gnaden sich erfreut Can. 712 § 3.

4) **Verhältnis zu den Ordensleuten.** Ordensleute (religiosi) können Bruderschaften und Sodalitäten nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Ortsordinarius errichten; für die Errichtung von frommen Vereinen, die nicht Sodalitäten sind, genügt die für die Errichtung des Ordenshauses gegebene Erlaubnis Can. 686 § 3; sie können und müssen den von ihnen errichteten Bruderschaften und Vereinen alle jene und nur jene geistlichen Gnaden zukommen lassen, welche in der vom Apostolischen Stuhle empfangenen Vollmacht eigens und namentlich als mitteilbar erklärt werden. Bei der Errichtung müssen diese Gnaden den einzelnen Bruderschaften usw. eröffnet werden Can. 713 § 1, wobei der Ortsordinarius zu befragen ist, wenn es sich um **neue** in Rom nicht veröffentlichte Ablässe handelt Can. 919.

5) **Tracht und Abzeichen der Bruderschaftsmitglieder.** Da die Bruderschaften der Erhöhung des öffentlichen Kultes dienen Can. 707 § 2, so sind sie verpflichtet, den gewöhnlichen und den außerordentlichen vom Ordinarius angesagten Prozessionen als Körperschaft beizuwohnen, und zwar mit den eigenen **Abzeichen** und unter dem eigenen Banner (Panier, Fahne, Standarte, vexillum), außer der Ordinarius hätte anders verfügt Can. 718. Ja die Bruderschaftsmitglieder können den gottesdienstlichen Verrichtungen sich nicht widmen als nur in der Bruderschaftstracht oder wenigstens mit den Abzeichen (insignia) geschmückt Can. 709 § 1. Gegenüber den männlichen Bruderschaftsmitgliedern können **Frauen** **personen** einer Bruderschaft nur eingegliedert werden zur Gewinnung der Ablässe und der den Mitbrüdern gewährten geistlichen Gnaden Can. 709 § 2. Die Bruderschaftstracht und Abzeichen, welche öffentlich getragen werden, müssen vom Ortsordinarius eigens gebilligt sein, auch dann, wenn Ordensleute die Bruderschaft Can. 713 § 2 oder den Drittorden errichten Can. 703 § 3. Ohne Erlaubnis des Ordinarius dürfen das Bruderschaftsgewand oder die Abzeichen nicht aufgegeben oder geändert werden Can. 714.

6) Rechte der Bruderschaften und Vereine. Über das Versammlungs-, Sagens- und Wahlrecht nach Can. 715 wurde schon oben gehandelt (S. 103 i). Wir haben hier hauptsächlich das Verhältniß der Bruderschaften usw. zur Pfarrgewalt zu würdigen, falls sie eigene Kirchen oder Kapellen besitzen oder wenn sie diese entbehren.

In den eigenen Kirchen und Kapellen können die Bruderschaften und Vereine die nicht pfarrlichen Funktionen unabhängig vom Pfarrer nach dem Rechte (*servatis servandis*) vollziehen, wenn nur nicht dem Pfarrgottesdienst in der Pfarrkirche hiedurch ein Abtrag geschieht Can. 716 § 1. Das gleiche gilt, wenn eine Pfarrei in einer Bruderschaftskirche errichtet wurde ibi § 2. In Zweifelsfällen entscheidet der Ortsordinarius, welcher auch praktische Weisungen zu geben hat ibi § 3. Haben diese Bruderschafts- oder Vereinskirchen einen eigenen Geistlichen, so gelten für ihn die Vorschriften über den Kirchenvorstand (*Rector ecclesiae*) Cann. 479—486. Ist kein eigener Offiziator bestimmt, so ist der Pfarrer geborener Bruderschaftsrektor S. C. Indulg. Deer. Auth. n. 304 ad 1 et d. 13. Febr. 1894. Das große Dekret der S. R. C. vom 10. Dezember 1703 bzw. 12. Januar 1704 n. 2123 gibt Aufschluß über die nicht pfarrlichen Funktionen. In fremden Kirchen ist den Bruderschaften eine Kapelle oder ein Altar angewiesen, wo sie ihre Funktionen gemäß Can. 716 und entsprechend den Statuten vollziehen können. Das Vermögen der Bruderschaft usw. muß in letzterem Falle, oder wenn die Bruderschaftskirche zugleich Pfarrkirche ist, getrennt sein vom Vermögen der Kirche (*fabricae*) oder der Allgemeinheit (*communitatis*) Can. 717 § 2.

7) Eine Verlegung des Bruderschafts- oder Vereins- sitzes ist mit Zustimmung des Ortsordinarius möglich, außer das Recht oder die vom Apostolischen Stuhle bestätigten Statuten verhindern dies Can. 719 § 1. Ist die Bruderschaft usw. einer Ordensgenossenschaft reserviert, so muß die Zustimmung des Obern vorhanden sein ibi § 2.

§ 7. Von den Erzbruderschaften und Vorsteher-Vereinen Cann. 720—725.

1) Die Vereinigungen: Sodalitäten, Bruderschaften und fromme Vereine pflegen einer höheren Vereinigung angegliedert (*aggregare*) zu werden: nämlich den Erzsodalitäten (*archisodalitas*), den Erzbruderschaften (*archiconfraternitas*) oder den Vorsteher-Vereinen, =Kongregationen, =Gesellschaften (*piae uniones, congregationes, societates primariae*) Can. 720. Der Zweck der Aggregation ist nicht, eine jurisdiktionelle Abhängigkeit der angegliederten Vereinigung von der Erzsodalität oder Vorsteher-Vereinigung zu schaffen, sondern nur die direkt und namentlich vom Apostolischen Stuhle der Erzsodalität usw. verliehenen Ablässe, Privilegien und anderen geistlichen Gnaden, soweit sie mitteilbar sind, auf die Sodalität zu übertragen Can. 722. — Sowohl das Aggregationsrecht als auch der bloße Titel einer „Erzsodalität, Erzbruderschaft, Vorstehervereinigung“ beruht auf apostolischer Verleihung Cann. 721 § 1; 725. Auch die Verlegung von einem Sitz zum andern kann nur der Heilige Stuhl vornehmen Can. 724.

2) Die Aggregation ist nur möglich gegenüber Vereinigungen mit demselben Titel und Zwecke, abgesehen von einem Apostolischen Indulte Can. 721 § 2.

3) Die Bedingungen einer gültigen Aggregation sind folgende fünf: a) Die Vereinigung muß kanonisch errichtet (Can. 687) und darf nicht schon aggregiert sein; b) die schriftlich erteilte Zustimmung des Ortsordinarius muß sich mit seinem Gutachten (*lit. testimoniales*) verbinden; c) ein Verzeichnis der päpstlichen Gnaden, vom Ortsordinarius, der Erzsodalität usw. geprüft, muß der aggregierten Vereinigung ausgehändigt werden; d) die Aggregation geschehe statutengemäß und für immer; e) nur die notwendigen Auslagen dürfen bezahlt werden, alles übrige, auch freiwillige Gaben, sind unter Strafe der Nichtigkeit verboten Can. 723.

Am 15. Juli 1902 wurde zu Rom in der Kirche der Zwölf Apostel vom Kardinalvikar *Respighi* der Verein der Kinder errichtet, genannt „vom Gefolge des heiligsten Altarssakramentes“ (*a Comitatu Ss. Sacramenti*). Wurde dieser Verein nur *approbiert*, so ist er eben ein Verein (*pia unio*), welcher der Ablässe und anderer geistlicher Gnaden teilhaft werden kann. Dagegen erlangt er durch das Er-

richtungsbefrei des Kardinalvikars, der hier gezebmäßiger Oberer ist, die Natur einer lichen juristischen Person Can. 687. Erfolgt seine Ausgestaltung „in Form eines organischen Körpers“, so hat er Anspruch auf den Namen „sodalitium, Sodalität“. Die „Vereinigung Puerorum a Comitatu Ss. Sacramenti“ kommt zur Blüte, verbreitet sich über Rom, über andere Diözesen Italiens, ja bis ins Ausland. Darum erhob sie Pius X. in dem Breve „Comperimus“ vom 1. Juni 1911 zu einer „Societas Primaria“ mit dem Aggregationsrecht (ME. 23, 197—98); vgl. Cann. 720; 721, ja er befreite sie, um die Ausbreitung zu fördern, von dem Gesehe der „Entfernung“ (a lege distantiae), so daß sie in jeder Pfarrei auch desselben Ortes ohne weiters errichtet werden kann, Breve Maiore nobis d. 12. Apr. 1912 (ME. 24, 193—94). Da nach diesem Breve die Vereinigung eine „sodalitas“ genannt wird und ihr die Förderung des öffentlichen Kultus als Zweck vorschwebt, müssen wir sie als „Bruderschaft“ im Sinne des Rodey betrachten Can. 707 § 2. Bei den kirchlichen ProzeSSIONen und Funktionen zu Ehren des Allerheiligsten hat die Vereinigung als Körperschaft aufzutreten, angetan mit den besonderen Abzeichen, und genießt hierbei den Vorrang vor allen übrigen Vereinigungen, die Drittorden ausgenommen Cann. 718; 701 § 2.

II. Das Geiſtlichenrecht.

Christus hat sich aus der Schar der Gläubigen Männer auswählt (Mt 9, 36—38; 10, 1 ff; Mt 3, 13—19; 6, 7; Lk 6, 13 f; 9, 1 ff; Joh 1, 35 ff); nur diesen übertrug er die Gewalt, zu lehren, zu weihen und zu leiten gleich Hirten gegenüber der Herde (Mt 9, 36; Joh 10, 11 ff; 21, 15 ff). Als eine vom Volke getrennte und unabhängige Körperschaft (wir sehen hier ab vom Primaten) erkannten die Apostel sich selbst (Apg 1, 17. 26) sowie auch ihre Nachfolger an (Apg 20, 28 „Spiritus Sanctus posuit“, non populus), denen die Hirten Gewalt zukommt, die sie jedoch nicht als Tyrannen, sondern als seelische Vorbilder zu üben haben (1 Ptr 5, 1—3). Auch bei den ältesten heiligen Vätern (Klemens von Rom, Ignatius usw.) tritt uns die kirchliche Hierarchie mit aller Deutlichkeit entgegen. Die Träger des Kirchenregimentes besitzen nun nach Christi Worten eine dreifache Gewalt (Mt 28, 18—20), die man gewöhnlich auf die Weihe- und Jurisdiktionsgewalt zurückführt. Bevor wir jedoch diese Doppelgewalt näher darlegen, obliegt uns die Aufgabe, zu zeigen: Auf welchem Wege kommt man in den Geiſtlichen- oder Klerikalstand? Wir handeln darum zunächst vom Eintritt in den Klerikalstand.

1. Kapitel. Eintritt in den Klerikalstand.

§ 8. Die Weihe (ordo) im allgemeinen.

I. Begriff. „Weihe“ (ordo, ordinatio) heißt jene heilige Handlung, durch welche der getaufte Mann aus dem Laienstande ausgesondert, zu geistlichen Rechten und Pflichten befähigt und mit der dazu nötigen Gnade ausgerüstet wird.

1) Der Unterschied zwischen Laien (λαός), d. h. den gewöhnlichen Kirchenmitgliedern, und Klerikern, d. i. den auserlesenen Kirchenmitgliedern (κληρικός), beruht auf der Einsetzung Christi Can. 948, also auf göttlicher Einsetzung, obschon nicht gerade jede Weihe göttlicher Einsetzung ist Can. 107. — 2) Die Rechte und Pflichten beziehen sich auf die Leitung der Gläubigen und den Vollzug des Gottesdienstes Cann. 948; 196 sqq.; 118.

II. Stufen und Arten der Weihen. Man unterscheidet höhere und niedere Weihen. Höhere Weihen (ordines maiores vel sacri) sind: Priesterweihe, Diaconat, Subdiaconat. Niedere Weihen (ordines minores) sind: Acolythat, Exorzistat, Lektorat und Ostiariat Can. 949. Indes werden unter den Begriffen ordinare, ordo, ordinatio, sacra ordinatio (weihen, Weihe, heilige Weiheerteilung) im Rechte auch die Bischofskonsekration und sogar die erste Tonsur mitverstanden, außer es ergibt sich aus der Natur der Sache oder dem Wortlaut (des Kodex) etwas anderes Can. 950. Vorstehende Erklärungen beziehen sich auf das Abendland Can. 1. — In den morgenländischen Kirchen hat die Priesterweihe als Vorstufen jetzt nur die Weihen des Diacons, Subdiacons (Hypodiacons) und Lectors, und zwar letztere zwei als niedere Weihen. Seine Krönung und Vollendung erhält das Presbyterat in der Bischofsweihe. Mit Ausnahme des Lectorates können alle Weihen nur in Verbindung mit der Liturgie erteilt werden, vgl. Lübeck Konrad: „Die christlichen Kirchen des Orients“ (1911) S. 169. In der altchristlichen Zeit aber bestanden auch die übrigen Weihen in der morgenländischen Kirche (wie im Abendlande); Zeuge hiefür ist u. a. das Corpus Iuris Civilis der Römer: l. 6. C. De Eppis (1, 3); l. 34 C. Th. (16, 2);

Nov. 59 c. 5 (accoluthi); l. 121 C. Th. 12. 1 (exorcistae); Nov. 3 pr. (ostiarii u. cantores); Zankow Step.: Die Verfassung der bulgarischen orthodoxen Kirche (1918) S. 89; Raufmann E. M.: Epigraphik (1917) S. 261—272; Goar Iac.: Euchologion sive Rituale Graecorum 237 sqq.; dagegen hat Nov. 123 c. 10 nur die jetzt im Orient bestehenden Weihen. Will ein Kleriker, der niedere Weihen nach morgenländischem Ritus empfangen hat, eine weitere nach dem lateinischen empfangen, so müssen die ausgelassenen Weihen nachgeholt werden Can. 1004.

Die erste Tonsur gehört nur kirchenrechtlich zu den Weihen Can. 950; sie beruht sicher nicht auf göttlicher Einsetzung Can. 107. Wer die erste Tonsur empfangen hat, gehört zum Klerus Can. 108 § 1.

Bischofsweihe und Priesterweihe werden von manchen als eine Weihe betrachtet, so daß nach dieser Ansicht die Bischofsweihe nur die Krone und Vollendung der Priesterweihe wäre, vgl. Thomas Specht: „Lehrbuch der Dogmatik“ (1908) II. § 155 S. 371 f. und den Text der beiden Cann. 949; 950. In der apostolischen Zeit werden die Ausdrücke *πρεσβύτεροι* und *ἐπίσκοποι* zuweilen füreinander gebraucht, z. B. Apg 20, 17 (pr.) und 28 (ep.); indes aus der Gleichheit der Namen läßt sich nicht schließen auf die Gleichheit der Sache; die Terminologie mußte eben erst geprägt werden. Daß man Bischöfe und Priester dem Amte nach genau auseinanderhielt, beweist der Brief des Klemens von Rom an die Korinther (1. Jahrh.). Die neben den *διάκονοι* genannten *ἐπίσκοποι* teilt er in einen *ἀρχιερεὺς* und in die *ιερείς* (Denzinger = Bannwart: Enchiridion¹² n. 42). Dem Martyr-Bischof Ignatius (gest. Anfang des 2. Jahrh.) ist der Bischof Stellvertreter Christi, die Priester Stellvertreter der Apostel. — Alle in der abendländischen Kirche vorhandenen Weihen werden bereits genannt in dem Brief des Papstes Kornelius (251—53) an Bischof Fabius von Antiochia, sowie in l. 6. De Eppis C. 1, 3; (Jahr 377); l. 24. C. Th. (16, 2); und in der Vita S. Severini (511) von Eugippius; nach jenem Briefe gab es 251 in Rom 1 Bischof, 46 Priester, je 7 Diakone und Subdiakone; 42 Akolythen und 52 Exorzisten, Lektoren und Diakone.

§ 9. Äußeres Zeichen des Empfanges der Weihe.

Das Kirchenrecht kennt, streng genommen, keine *materia* und *forma* der Weihe wie die Dogmatik; immerhin deckt sich das äußere Zeichen der Weiheübernahme mit der dogmatischen Materie und Form. — Der Eintritt in den Stand der betreffenden Weihe geschieht durch Handlungen des Sponsors und Empfängers der Weihe und durch die begleitenden Worte meist des Sponsors allein.

I. Die Aufnahme in den Klerikalstand geschieht durch die Erteilung der **ersten Tonsur** Can. 108 § 1, welche in dem Abschneiden der Haare an fünf Stellen des Hauptes mit den Worten „Dominus pars“ und dem Anlegen des Superpellizes (*superpelliceum*) mit den Worten „Induat te Dominus etc.“ besteht, Pontificale Romanum Kap. De clerico faciendo. — Die Form der Tonsur ist nicht gesetzlich („*coronam et tonsuram habeant congruentem*“ c. 15. De vita III 1) sondern gewohnheitsrechtlich (seit dem 16. Jahrh.) bestimmt. Die Griechen unterlassen die Erteilung der Tonsur gewöhnlich oder verbinden sie mit dem Rektorat, die Maroniten mit dem Kantorate.

II. Das **Ostiarat** (*ostiarium*, *πυλωγοί*, *θυροποί*) wird übertragen durch die Überreichung und Berührung der Kirchenschlüssel mit den dazugehörigen Worten.

III. Die Erteilung des **Rektorates** (*lector*, *αναγνώστης*), sehr frühe erwähnt, so bei S. Iustinus in apol. I ep. 67, Tertullianus: De praescriptionibus, ep. 41 (C. M. Kaufmann: „Epigraphik“ (1917) S. 266 erwähnt Rektoren aus dem 2., ja 1. Jahrhundert), geschieht durch Überreichung und Berührung eines Buches (*Codex*, *biblion apostolicum* Lübeck S. 169), also des Missales, Breviers oder der Heiligen Schrift (SRC. d. 27. Sept. 1872) mit den Worten „Accipite“ und der folgenden Oration, in welcher der Bischof sagen kann „*ea quae praedicat*“ oder „*ei qui praedicat*“.

IV. Das **Exorzistat** (*exorcista*, *ἐξορκιστής*) wird erteilt durch Darreichung und Berührung eines Buches mit **Exorzismen** (Pontifikale, Missale, Rituale) unter den Worten „Accipite“ und der folgenden Oration. Die Gewalt üben jetzt die **Prieſter** aus mit der im Exorzistate übertragenen

Vollmacht, Benedict XIV. in der Konst. Sollicitudini d. 1. Oct. 1744 § 43, Can. 1151; vgl. „Handbuch“ II § 73.

V. Das **Acoluthat** (acoluthus = acolythus, ἀκόλουθος) wird gespendet und empfangen durch Überreichung und Berührung des Leuchters (candelabrum) mit nicht brennender Kerze und eines leeren Rännchens mit dem begleitenden Worte („Accipite“) und den folgenden Gebeten.

VI. Schon reicher ist die Erteilung des **Subdiaconates** (subdiaconus, υποδιάκονος). Dasselbe wird erteilt durch Überreichung und Berührung eines leeren konsekrierten Kelches und einer leeren konsekrierten Patene sowie des Epistelbuches mit den begleitenden Worten Videte nebst Oration und Accipite. Die Berührung der vom Archidiacon überreichten Rännchen mit Wein und Wasser sowie des Tellers mit dem Handtuch ist geboten, aber nicht wesentlich. Nach dem Pont. Rom. ist die Weihe vollzogen, wenn das Epistelbuch überreicht ist.

VII. Bei der Erteilung des **Diaconates** (diacon Phil 1, 1; diaconus 1 Tim 3, 12, διάκονος) findet sich die erste Handauflegung. Nur der Bischof streckt die Rechte aus und legt sie auf das Haupt des zu Weihenden mit den Worten Accipe Spiritum Sanctum. Erst nach der Überreichung des Evangelienbuches mit den Worten Accipe potestatem redet das Pontificale von ordinati.

VIII. Die **Priesterweihe** vollzieht sich in folgenden Wesensakten: Handauflegung des Bischofs ohne Worte; Handausstreckung des Bischofs mit dem gleichzeitigen und dem folgenden Gebete; Überreichung des konsekrierten Kelches mit Wein und der konsekrierten Patene mit der Hostie, wobei die Worte „Accipe potestatem“ Wesensform sind. Integrierender Bestandteil ist die dritte Handauflegung nach der Communion. Wurde die vorgeschriebene Handauflegung der Priester bei der ordinatio presbyteri unterlassen, so ist die Weihe weder ungültig noch diese Handauflegung nachzuholen S. C. de Prop. Fide d. 6. Aug. 1840 (Coll. P. F. n. 1195; Gasparri: De s. Ordinatione II n. 1080). Eine Menge von auftauchenden Fragen hat das heilige Offizium gelöst ME. 9, X; 10, X; 11, 570; 12, 570.

IX. Die Bischofskonsekration geschieht durch Auflegung der Hände; durch die Salbung des Hauptes und der Hände mit den begleitenden Worten.

Die Weihenandidaten sind mit Sicherheit nur dann in den Stand der betreffenden Weihe eingetreten, wenn das Pontifikale sie als *ordinati* bezeichnet, weshalb die Handauflegung allein bei der Diafonats-, Priester- und Bischofsweihe zum gültigen Empfang durchaus nicht genügt. Die Handauflegung muß notwendig durch Zeichen und Wort eben als die des Diafonates, Presbyterates oder Episkopates charakterisiert werden. Die Handauflegung von Apg 6, 6 (Diafone); 8, 17 (Firmung in Samaria); 13, 3 (Weihe des Barnabas und Saulus) war eben nicht die gleiche, sondern durch Worte oder Zeichen genauer umgrenzt, je nach dem Zwecke. An diesem Wesen der Sakramente (Trid. sess. 7 cn. 1; sess. 21 cp. 2; Decretum pro Armenis [1439] bei D.=B.: Ench.¹² n. 701) hat die Kirche niemals etwas geändert; vgl. Gutberlet Konst.: „Der sakramentale Ritus der Priesterweihe“ in der Innsbr. Theol. Z. 1901 (25) S. 621 ff.; Dr. Franz Kett: „Fragen über Materie, Form und Spender der Sakramente und Gewalt der Kirche hierüber in den „Weidenauer Studien“ Bd. 4 S. 273; G. M. Card. van Rossum C. Ss. R.: „De essentia sacramenti ordinis“ (1914).

Am Quatemberamstage, 18. Dezember 1193, vollzog der Olmützer Bischof Rah n (auch Cayn, Rajim) aus dem Geschlechte der Přemysliden und dem Orden der regulierten Prämonstratenser Chorherren im Dome zu Prag die Diafonats- und Priesterweihe ohne Handauflegung (*sine manus impositione*). Er vertrat dabei die Stelle des durch die politischen Wirren des Böhmerlandes beanspruchten Prager Bischofs Heinrich Fretilav. — Papst Celestin III., hierüber durch den Meister Konrad befragt, gab den Befehl, die so Geweihten nicht wiederzuweihen, sondern nur die Handauflegung bei der nächsten Weihe zu ergänzen („*ordinatos non reordinari, sed . . . solam manus impositionem recipere, quam minus acceperant*“). So geschah es durch den Olmützer Bischof Engelbert, den Nachfolger Rahns. Indes mußte Engelbert auf Befehl des Kardinallegaten Petrus von Biacenza (Diaconus in S. Maria in Via lata) die Weihen (bedingungsweise) wiederholen, was am 22. März 1197 geschah; vgl. den „Codex Strahoviensis“ des Abtes Gerlich vom südböhmischen Prämonstratenserstifte Mühlshausen ad annum 1193 bzw. 1197; Dobner: Mon. hist. I 123; Dobrowsky: Exped. Friderici 130; Font. Rer. Austr. V 186; Mon. Germ. Ss. XVII 707; Font. Rer. Bohem. II 510; Alfons Žák O. Praem.: „Eine Ordination v. J. 1193“ in ZNS. 1903 S. 226; Janner Ferd.: Geschichte der Bi-

schöfe von Regensburg II 215. — Mit der Anweisung des Papstes stimmt überein c. 3 De sac. non iterandis (I 16); vgl. Santi-Leitner: Praelectiones⁴ I 16 n. 4, pag. 182.

Can. 107 sagt: „Nicht alle Kleriker sind göttlicher Einsetzung“. Diesem Satz ist genügt, wenn man erklärt, die erste Klerikalstufe (die Tonsur) ist nicht göttlicher Einsetzung. Bezüglich des Subdiaconats und der vier niederen Weihen besteht die alte Streitfrage noch fort. Wir sind der Ansicht, daß auch diese fünf Weihen teilnehmen am Weihesakramente, daß also, wer sie empfängt, ein Sakrament empfängt. Das Dekret für die Armenier (Ench.¹² n. 701) und das Konzil von Trient (sess. 23 ep. 2. 3; cenn. 2 et 3) sprechen zugunsten des Sakramentscharakters. Alle Trienter Väter, den einzigen Didakus von Papha ausgenommen, waren für die Sakramentalität; ebenso die mittelalterliche Theologie. Die Segnungsgewalt des Lektorates (Can. 1147 § 4) sowie die Exorzistengewalt (Can. 1151 § 1) setzen ein Sakrament voraus. Niemals ist eine Wiederholung gestattet. Die ausgelassenen Weihen müssen ergänzt werden Can. 1004. Im Orient waren auch die niederen Weihen früher vorhanden (oben S. 121). Zwar findet sich bei den fünf Weihen keine Handauflegung, aber eine Handanlegung (*χειροθεσία*) bei Darreichung der Instrumente; vgl. Prümmer P. Domini-
kus: Manuale² n. 61.

Vom Spender der Weihen.

§ 10. Erfordernisse zur gültigen Spendung der Weihe auf seiten des Spenders.

„Ordentlicher Spender der heiligen Weihe ist der konsekrierte Bischof; außerordentlicher Spender derjenige, welcher, obschon der Bischofsweihe entbehrend, entweder vom Rechte oder vom Apostolischen Stuhle durch besonderes Indult die Vollmacht erhielt, einige Weihen zu erteilen“ Can. 951.

^{202.} I. Zur gültigen Spendung sämtlicher Weihen ist erforderlich und genügt auf seiten des Spenders: die gültig empfangene Bischofsweihe, die Setzung des wesentlichen Ritus und die aktuelle oder wenigstens virtuelle Intention, zu tun, was die Kirche tut. Kein Verzicht, keine Absetzung, keine Strafe tut der gültigen Spendung Eintrag. —

Man nimmt an, daß die Bischöfe der schismatischen Kirchen des Orients (Griechen, Russen, Ruthenen, Bulgaren, Armenier usw.), sowie die jansenistischen, altkatholischen und mariavitischen Bischöfe gültig konsekriert seien; ungültig dagegen ist die Bischofsweihe der englischen, noch mehr der dänischen und schwedischen Bischöfe. Bezüglich der anglikanischen Weihen (*ordinationes anglicanae*) gab Leo XIII. am 13. September 1896 eine endgültige Entscheidung durch die Bulle „*Apostolicae curae*“, welche eine lang dauernde und reiche Erörterung der Frage zur Ruhe brachte (ME. IX 2, 175; *Enchiridion*¹² nn. 1963—66). Der Grund der Ungültigkeit ist der defectus formae et intentionis.

II. Zur gültigen Spendung der Tonsur und niederen Weihen sind berechtigt folgende kirchliche Würdenträger, auch wenn sie der Bischofsweihe entbehren:

1) die Kardinäle jenen Kandidaten gegenüber, welche die Entlassschreiben des eigenen Ordinarius haben Can. 239 § 1 n. 22; vgl. mit Can. 39; jeder Cardinal muß nach dem neuen Recht Priester (der Weihe nach) sein Can. 232 § 1;

2) die Apostolischen Vikare und Präfecten (Can. 294 § 2), die Äbte und Prälaten mit eigenem Gebiete („*Nullius*“ sc. *diocesis*) Can. 323 § 2 innerhalb ihres Gebietes und während ihrer Amtsdauer a) gegenüber ihren untergebenen Kandidaten des Weltpriesterstandes; b) gegenüber anderen Kandidaten mit den notwendigen Entlassschreiben Can. 957 § 2 (bez. der Firmung Can. 782 § 3); Weihen, welche über diese Schranken hinaus erteilt werden, entbehren der Gültigkeit Can. 957 § 2;

3) die regierenden Regularäbte auch ohne eigenes Gebiet, vorausgesetzt, daß sie Priester sind und die Abtweihe rechtmäßig empfangen haben, gegenüber ihren Untergebenen auf Grund wenigstens der einfachen Profess; — jede weitergehende Weiheerteilung ist ungültig, da jedes frühere Privileg widerrufen ist Can. 964 n. 1.

4) Auch andere „Nicht-Bischöfe“ können einige Weihen erteilen, wenn sie vom Apostolischen Stuhl ein besonderes Indult erhalten haben Can. 951.

In früherer Zeit hatten manche Regularäbte das Privileg, ihren Untergebenen das **Subdiaconat**, nach manchen Gewährsmännern auch das **Diaconat**, ja sogar die **Priesterweihe** zu erteilen. Bezüglich des Subdiaconats besteht kein Zweifel hinsichtlich der Möglichkeit und auch der Wirklichkeit der Bevollmächtigung eines Priesters zum Spender desselben. — Daß ein Regularabt vom Apostolischen Stuhle die Vollmacht erhielt, die Diaconatsweihe zu spenden, dafür wird vor allem ins Feld geführt die Bulle „Exposcit tuae devotionis sinceritas“ Innozenz' VIII. vom 9. April 1489, in welcher dem Abt Johann IX. (de Citeaux) von Citeaux und vier anderen Zisterzienseräbten (von La Ferté, Pontigny, Clairvaux und Morimond) sowie ihren Nachfolgern das Privileg erteilt wird, ihren Untergebenen die Weihen des Subdiaconates und Diaconates zu erteilen. Die Existenz dieser Bulle bezeugen Emanuel Rodericus, Gabriel Bazquez S. J., Navarrus (Santi-Leitner: Praelectiones⁴ I 11 n. 24 pag. 133), Philibert Panhölzl O. Cist. in den „Studien und Mitteilungen aus dem Benediktiner- und Zisterzienser-Orden“ V 1 S. 441 ff. (1884) und Petrus Gasparrin in seinem Tract. de s. Ordinatione II. n. 798 pag. 85, der indes die bedeutende Einschränkung macht: „Mir wurde nach Einsuchen des Vatikanischen Archivs berichtet, die Bulle finde sich zwar dort, allein des Diaconates geschehe in derselben keine Erwähnung“; vgl. S. Alfonsus in Theol. mor.: De s. ordinatione n. 762. Indes sucht P. Pius a Sangonio O. Cap. (Pie de Langogne) die Echtheit der Bulle im vollen Umfange aufrechtzuerhalten in den Analecta eccl. IX (1901) 311, 358, 468. — In den Praelectiones J. Can.⁴ des Franc. Santi (1904) hatten wir die Frage ungefähr im gleichen Sinne wie soeben dargelegt, da erhielten wir von dem englischen Gelehrten Egerton Bede zwei Rundgebungen Bonifaz' IX. (1389—1404) übersandt, aus welchen hervorgeht, daß Bonifaz IX. dem Abte von St. Oshyth in Essex am 1. Februar 1400 die Vollmacht verlieh, den Professoren seines Klosters alle Weihen, einschließ- lich der Diaconats- und **Priesterweihe** zu erteilen, eine Vollmacht, welche derselbe Papst am 6. Februar 1403 auf Betreiben des zuständigen Bischofs von London widerrief. Die erste Bulle von 1400 ist entnommen dem Arch. Vat., Reg. Lat. LXXXI., f. 264 d., die zweite dem Arch. Vat., Reg. Lat. CVIII., f. 132 (Abdruck aus der English Historical Review, Jan. 1911 S. 125—127). Schade ist, daß der Herausgeber am Anfang und Schluß der Bullen Kürzungen machte; freilich die Echtheit kann nicht angezweifelt werden. Der Einwand, vielleicht besaß der Abt von St. Oshyth die Bischofswürde, ist nicht unbegründet; denn Justus Hen. Böhm er bemerkt zu c. 9 de iudiciis (II 1): „In plerisque ecclesiis cathedralibus Angliae fuerunt olim monasteria monachis commissa, quorum abbas simul episcopus fuit ex instituto Augustini, in Angliam (596) missi a Gregorio M., monasticis instituti moribus“. Gleiches bezeugt St. Beda Venerabilis in einem Brief an den Erzbischof Ebert von York: „Ad episcopales sedes erigendas prospiciantur loca in monasteriis opportuna, ita ut monachi, sicut in aliis plerisque huius insulae ecclesiis, novos illos episcopatus occupent.“ etc. Hansiz Markus S. J.: Germania sacra, Prodrum. 28 sq. Janner Ferd. „Geschichte der Bischöfe von Regensburg“ I 75, 359. Durch St. Bonifaz kamen die Abt-Bischöfe

auch nach Deutschland, wie wir es in Salzburg, Freising und Regensburg finden, ja n e r ebendort. Indes gehörte die Abtei St. Olyth zum Orden der Augustiner, sie unterstand dem Bischöfe von London und der Abt hatte sich den Gebrauch der Pontificalien sowie des Pontifikalsegens von Papst Bonifaz IX. erst erbitten müssen (Zweite Bulle, den 6. Februar 1403). Weitere Forschungen auch in England zur Klärung der Frage blieben bisher ohne Erfolg. — Dieser Vollmacht steht d o g m a t i s c h n i c h t entgegen das Trid. sess. 23. cn. 7: „Wenn jemand behauptet, die Gewalt zu f i r m e n und zu o r d i n i e r e n sei den Bischöfen mit den Priestern gemein, der sei im Banne“; noch weniger das Dekret für die Armenier vom 22. November 1439, welches sagt: „O r d i n a r i u s minister huius s a c r a m e n t i est Episcopus“ (Enchiridion¹¹ n. 701). Auch schließt B a n n w a r t Klemens S. J. zuviel, wenn er in Enchiridion¹¹ pag. (29) mit Berufung auf n. 95 der verurteilten Irrtümer der Armenier (1341) Ench. 548 behauptet „presbyter non potest conferre Diaconatum“; denn verurteilt ist nur d e r Satz, daß der K a t h o l i k o s von Kleinarmenien einem Priester die Vollmacht gab, jeden seiner Untergebenen zum Diakon zu weihen. Vgl. Franz G i l l m a n n: Die Lehre der Scholastik vom Spender der Firmung und des Wehesakramentes (1920).

§ 11. Erfordernisse zur erlaubten Spendung der Weihen auf seiten des Spenders.

Von seiten des Spenders wird zur erlaubten Weiheerteilung gefordert: 1) daß der Spender in G e m e i n s c h a f t mit der R ö m i s c h e n K i r c h e stehe; 2) daß er frei sei von den kirchenrechtlichen Hindernissen der B e n s u r e n und I r r e g u l a r i t ä t e n; 3) daß er die von der Kirche vorgeschriebenen W e i h e g e s e z e beobachte; 4) daß der Spender dem Empfänger gegenüber z u f t ä n d i g sei Can. 955 sqq.

I. Wer sich herausnimmt, die Weihen von einem exkommunizierten, suspendierten oder interdizierten Spender nach dem Erklärungs- oder Verhängungsspruche dieser Strafen, oder von einem offenkundigen Apostaten, Häretiker oder Schismatiker zu empfangen, verfällt sofort (ipso facto) der dem Apostolischen Stuhle vorbehaltenen suspensio a divinis (d. i. der Suspension von jeder Ausübung der Weihegewalt Can. 2279 § 2 n. 2). Wer aber im guten Glauben von einem solchen geweiht wurde, soll der Ausübung dieser Weihe verlustig gehen bis zur Dispensation Can. 2372.

Die besonderen Weihegesetze beziehen sich auf: 1) den Weihen. t u s; 2) die Zeit; 3) die I n t e r s t i t i e n; 4) den Ort der Weihe.

II. Der Ritus der Weißen nach den liturgischen Büchern ist genau zu beobachten ohne Auslassung oder Umstellung Can. 1002; vgl. Pontificale Romanum: De ordinibus conferendis (1888) I. pag. 7. — Wer die Weiße (ordinatio vel consecratio) erteilt, muß auch die dazu gehörige Messe feiern Can. 1003. — Hat ein Kleriker nach orientalischem Ritus eine Weiße empfangen, so darf kein Bischof des lateinischen Ritus ihm eine weitere Weiße erteilen ohne Apostolisches Indult und ohne Nachholung der (etwa) nicht erteilten Weißen Can. 1004; Bened. XIV. in der Konst. Etsi pastoralis d. 26. Maii 1742 § 7 n. 7. — Der Spender der höheren Weißen muß darauf sehen, daß die geweihten Majoristen in der Ordinationsmesse die heilige Kommunion empfangen, wie es Pflicht ist Can. 1005; den Ritus dieser Kommunianausteilung gibt das Pontifikale bei der Priesterweiße an (P. R. I. S. 57).

III. Zeit der Weißeerteilung. 1) Die erste Tonsur kann zu jeder Zeit Can. 1006 § 4; 2) die niederen Weißen können an allen Sonntagen und Duplexfesten gespendet werden, jedoch nur am Vormittag ibi; vielleicht darf man den Ausdruck „mane“ durch die Zelebrationszeit Can. 821 § 1 erklären. Die Messfeier ist dabei nicht vorgeschrieben vgl. Can. 1006 § 2. Auch an den sechs Weißeamstagen ist die Erteilung der niederen Weißen erlaubt Pont. Rom. I. pag. 7sq. — 3) An diesen sechs Weißeamstagen, nämlich den vier Quatemberamstagen sowie an dem Samstag vor dem Passionssonntage („Sitientes“) und dem Karfreitag, innerhalb der Feier der heiligen Messe sind die Weißen des Subdiakons und des Diakons sowie die Priesterweiße zu erteilen Can. 1006 § 2; Pontificale Rom. I. pag. 7. Doch aus einem schwerwiegenden Grunde könnte der Bischof sie auch spenden an jedem Sonn- und Festtage Can. 1006 § 3. — An den Weißeamstagen (vom Karfreitag abgesehen) wird „die Messe, in welcher die Weißen erteilt werden, stets vom Samstag genommen“, nicht von einem etwaigen Feste. Das jeweils treffende Offizium, selbst II. und I. Klasse, wird commemoriert, außer die betr. Kirche hat noch eine weitere gesungene oder Konventmesse. Brehm Franz: „Neuerungen im Missale“ (1920) S. 34.

An den sechs Fastenamstagen werden die heiligen Weißen erteilt, weil sie nach apostolischer Übung mit Gebet und Fasten zu spenden sind

Apg 13, 2. Die Meßformularien des Advents-, Fasten-, Herbstquatembers erinnern noch an die alte Praxis (Gleichheit oder Ähnlichkeit des Evangeliums für Samstag und Sonntag; auch am Karfreitag). „Primi Apostolici (Päpste) semper in Decembrio mense, in quo Nativitas D. N. J. Chr. celebratur, consecrationes ministrabant usque ad Simplicium, qui fuit a Beato Petro quadragesimus nonus (467—83). Ipse primus sacravit in Februario“, Amalarius von Metz (gest. zw. 850 u. 853) in seinem Werke De ecclesiasticis officiis l. 2 c. 1; Johann Mabillon: Comment. in Ordinem Romanum cap. 16 pag. 103 et cap. 19 pag. 126. Aus diesen Quellen geht auch hervor, daß nach Papst Simplicius (483) entweder im Dezember oder am Quatember-samstag der Fastenwoche oder vor dem Passionssonntag (hebd. „mediana“) ordiniert wurde; nur Gregor der Große (gest. 604) erteilte die Weihe einmal im September und Leo II. (682—83) in der Pfingst-woche; vgl. A. Sandini: Vitae Rom. Pontificum (Patavii 1739) pag. 121 et 128.

4) Für die Bischofsweihe sind bestimmt die Sonn- und Aposteltage innerhalb der Meßfeier Can. 1006 § 1. Statt der Aposteltage können nicht die (übrigen) Festtage genommen werden, auch sind hier die Feste des heiligen Markus (25. April), Lukas (18. Oktober) und Barnabas (11. Juni) keine Aposteltage S. R. C. in Del. Ap. Canadensis d. 4. Apr. 1913 (ME. 25, 103).

5) Eine Gewohnheit gegen die Weihezeiten der §§ 1—4 des Can. 1006 wird ausdrücklich verurteilt ibi § 5 und Can. 5 (auch die unvordenklichen sind abgeschafft); im Gegenteil, diese „Zeiten“ müssen beobachtet werden, auch dann, wenn morgenländische Kleriker kraft Apostolischen Indultes nach lateinischem Ritus zu Weihen befördert werden und umgekehrt ibi. — Wird dagegen eine Weihe wiederholt, ganz oder teilweise, einfach oder unter Bedingung, so kann das geschehen auch außerhalb der Weihezeiten und gehet in Can. 1007.

6) Werden die heiligen Weihen außerhalb der sechs Weihesamstage erteilt, so besteht keine Fastenpflicht am Tage oder Vortage der Weihen S. C. Inq. d. 14. (16.) Dec. 1898 (ME. X. 2 pag. 267).

IV. **Weihezwisezeiten**, interstitia. 1) Zweck: Die Kleriker sollen Gelegenheit haben, in den Zeiten von der einen zur anderen höheren Weihe sich zu erproben und die Weihen auszuüben Can. 978 § 1. — 2) Geschichte: Die ersten Gesetze hierüber gab Papst Siricius (385—98), nach ihm Papst Zosimus (417—18). Aber schon Papst Ge-

I a s i u s (492—96) mußte wegen des auf den Kriegswirren beruhenden Geistlichenmangels Ausnahmen gestatten. Mit wechselndem Geschehe wurden fortan die Interstitien beobachtet. Die Trienter Gesetze hierüber (sess. 23. cc. 11—14 d. r.) wurden vom Kodex der neuen Zeit angepaßt Can. 978. — 3) **W e l t e n d e s R e c h t**. Die Interstitien zwischen der Tonsur und dem Ostiariat oder zwischen den niederen Weihen unter sich sind dem klugen Ermessen des Bischofs überlassen. Eine Zwischenzeit a) von einem Jahre (bürgerliches oder kirchliches Jahr Can. 34 § 3 n. 1) muß sein vom Akolythat zum Subdiaconat; b) von drei Monaten vom Subdiaconat zum Diaconat und vom Diaconat zur Priesterweihe. Bedürfnis und Nutzen der Kirche geben dem Bischofe das Recht, zu dispensieren Can. 978 § 2. — Indes dürfen mehrere Weihen regelmäßig nicht an demselben Tage erteilt werden: Kommt eine höhere Weihe in Betracht (auch Subdiaconat mit Akolythat), so ist jede gegenteilige Gewohnheit für Vergangenheit und Zukunft verurteilt (reprobata Can. 5); nur eine besondere Erlaubnis des Heiligen Stuhles könnte eine solche Häufung erlaubt machen. Dagegen können je zwei Minores (ja auch drei) an ein und demselben Tage erteilt werden; die erste Tonsur kann aber nicht am selben Tage mit dem Ostiariat erteilt werden Can. 978 § 3. — Diese Zwischenzeiten sind, namentlich wenn Dispensen gegeben werden, noch weiter geregelt durch die Vorschriften über die zurückgelegten Studien Can. 976 sowie über die Abhaltung von Exerzitien Can. 1001, davon unten.

V. Ort der Weiheerteilung. 1) Die Weihen dürfen vom Bischofe nur an einem ihm unterworfenen (Can. 1008) und vom Interdikt freien Orte (Can. 2270 § 1) gespendet werden. Indes können außerhalb des Bistums alle Weihen erteilt werden mit Erlaubnis des Ortsordinarius; werden die Pontificalien (Stab und Mitra Can. 337 § 2) nicht gebraucht, auch ohne Erlaubnis. Ein Cardinal benötigt diese Erlaubnis nicht, sondern hat nur Anzeige zu erstatten, wenn er eine Kathedralkirche benützt Can. 239 § 1 n. 15. — 2) Der Ort für die allgemeinen Weiheerteilungen ist die Domkirche, wo die Feier öffentlich in Gegenwart der geladenen Kanoniker stattfindet, oder, wenn außerhalb der Bischofsstadt, die erste Kirche des Ortes, soweit kein

Hindernis besteht, in Gegenwart des Ortsklerus Can. 1009 § 1. Beschränkte Weiheerteilungen können aus entsprechendem Grunde auch in anderen Kirchen, in der bischöflichen Hauskapelle oder in den Kirchen oder Kapellen des Seminars oder der Ordensgenossenschaft vorgenommen werden Can. 1009 § 2. Tonsur und niedere Weihen können sogar in Privatkapellen gespendet werden ibi § 3. — Die Bischofskonsekration findet in Rom statt oder in der Kirche des Bistums (Kathedralkirche) oder wenigstens in der Provinz, für welche der Präkonisierte bestimmt ist, Pontif. Rom. I. pag. 63. Mit großer Weisheit hat die Kirche (schon Papst Z e p h y r i n zu Anfang des 3. Jahrhunderts) bestimmt, daß der hochwichtige Akt der Weihen geschehe in der vornehmsten Kirche und in Gegenwart des Senates der betreffenden Kirche. Hängt ja doch von der gültigen Weiheerteilung für das Wohl und Wehe der Gläubigen ungemein viel ab. Es ist aber auch Pflicht der anwesenden Geistlichen, daß sie namentlich das Wesen der ordinationes mit größter Genauigkeit verfolgen.

§ 12. Die Weihezuständigkeit (competentia).

I. Zuständig ist ein Spender gegenüber einem Weihelandidaten dann, wenn zwischen dem Spender und Empfänger rechtliche Beziehungen obwalten, welche die Erteilung der Weihe nicht nur gültig, sondern auch erlaubt machen. G e s c h i c h t l i c h hat sich die Weihezuständigkeit in folgender Weise entfaltet. In ältester Zeit wählten die Bischöfe Männer, denen sie in ihren Kirchen einen Titel (feste Stellung) verliehen und die sie deshalb weihten. Da aber seit dem 11. Jahrhundert die „freien Weiheerteilungen“ (ordinationes absolutae) aufkamen, so mußte das Recht Schranken ziehen durch Einführung gewisser Zuständigkeitsgründe, und zwar der G e b u r t und P f r ü n d e (Klemens IV. 1265—68), des W o h n s i ß e s (Bonifaz VIII. 1294—1303), wozu noch der der H a u s g e n o s s e n s c h a f t (familiaritas, Innoz. XII. 1691—1700) kam; in neuester Zeit bürgerte sich die E i n v e r l e i b u n g (ex-incardinatio seit 1898 bzw. 1906) ein.

II. Der Kodex spricht als Grundsatz aus: Jeder Kleriker muß einem Bistum oder einem Orden angehören. Kleriker ohne Zugehörigkeit darf es nicht geben Can. 111 § 1. Die

Zuständigkeitsgründe sind nach dem neuen Rechte für **W e l t-
k l e r i k e r d r e i**: a) kirchlicher Wohnsitz mit Geburt in einem
Bistum (*domicilium cum origine*); b) kirchlicher Wohnsitz
mit dem Eide, ständig in der Diözese zu bleiben (*domicilium
cum iuramento*); c) kirchliche Einverleibung (*ex-incardinatio*)
Can. 956.

**III. Erster Zuständigkeitsgrund: Kirchlicher Wohn-
sitz mit Geburt** Can. 956. 1) Der kirchliche **W o h n s i t z**
(*domicilium*) kann in einer Diözese, in einem Apostolischen
Bisfariate oder in einer Apostolischen Präfectur erworben
werden als Pfarr- oder Diözesanwohnsitz entweder durch den
einfachen zehnjährigen Aufenthalt oder das tatsächliche
Wohnen mit dem Willen des ständigen Aufenthalts Can. 92
§ 1. Das **n o t w e n d i g e** Domizil (Can. 93 § 1 oben S. 68)
ist hier gleichwertig, das **D u a s i d o m i z i l** aber hat keine
Geltung. — Dieser kirchliche Wohnsitz muß sich verbinden mit
der **G e b u r t** (*origo*) in der Diözese (Can. 90, oben I S. 66 f.).

Der Bischof von Passau ist zuständig für einen Weibeskandidaten,
a) der in der Diözese Passau geboren wurde und dort seinen Wohnsitz
hat; b) der in der Diözese Regensburg vor zwanzig Jahren geboren
wurde, während sein Vater das Domizil im Bistum Passau hatte und
noch hat; c) der im Bistum Passau den rechtlichen Geburtsort hat,
aber schon seit zwölf Jahren in der Erzdiözese München und Freising
wohnt, während der Vater des zwanzigjährigen Weibeskandidaten sein
Domizil noch im Bistum Passau hat. — Ein Ordensnovize wurde im
Weltkriege nach dem fernem Osten verschlagen. Er möchte gerne vom
Bischof seines Aufenthaltes zum Kleriker geweiht werden. Welcher
Bischof ist für den 24 jährigen Jüngling zuständig? Sein Geburtsort
ist in der Diözese B., das Domizil seiner Mutter (Vater tot ist) in M.,
sein Kloster ist in R. Nach dem neuen Rechte ist abgesehen von Can. 987
n. 5 keiner der Bischöfe zuständig; nicht der von B.; denn *origo* allein
genügt nicht; auch nicht der von M.; denn *domicilium matris non est
d. necessarium nisi m i n o r i b u s*; nicht der von R.; denn das Domizil
muß sich mit *origo* verbinden.

**IV. Zweiter Zuständigkeitsgrund: Kirchlicher Wohn-
sitz mit Eid** Can. 956. Wer in der Diözese einen Wohnsitz
(*domicilium*) hat, ohne in derselben geboren zu sein (*absque
origine*), muß seine Absicht, ständig in der Domizilsdiözese
zu bleiben, durch einen Eid bekräftigen, außer er ist a) durch
den Empfang der Tonsur der Diözese bereits einverleibt,
oder b) für den Dienst einer anderen Diözese bestimmt
Can. 956 et 969 § 2. — Durch den Empfang der Tonsur
wird ja ein Kleriker einer Diözese zugeschrieben oder einver-

leibt (adscribitur seu incardinatur Can. 111 § 2). Ein Bischof kann seinen Untergebenen (aut ratione domicilii cum origine aut solius domicilii) für den späteren Dienst einer anderen Diözese weihen Can. 969 § 2. — Der Eid, welchen ein Weihesandidat zu leisten hat, kann also lauten: In nomine Dei. Amen. Ego N. N. tactis hisce Dei Evangeliiis coram me positis coram Rvdmo meo Ordinario (vel coram Rvdmi mei Ordinarii Delegato) iureiurando declaro me in perpetuum dioecesis N. servitio velle addici ad normam sacrorum canonum. (Can. 117 § 3.) Et ita iuro et promitto; sic me Deus adiuvet et haec sancta eius Evangelia. N. N. iuro ut supra. (Can. 1622 § 1.)

Ist der Weihesandidat in der aufnehmenden Diözese *n u r* geboren (d. originis), so muß er seit dem 19. Mai 1918 durch die Einverleibung dieser Diözese angegliedert werden, während bisher der Episcopus originis zuständig war.

V. Dritter Zuständigkeitsgrund: **Die Einverleibung.** Die Einverleibung besteht aus zwei Akten: der excardinatio und der incardinatio Can. 112.

1) Die *E x c a r d i n a t i o* kann statthaben: a) durch ein Schreiben des zuständigen Ordinarius (per „litteras ab eodem subscriptas“), welcher die ständige und bedingungslose Entlassung gewährt Can. 112; b) durch ein Schreiben des zuständigen Ordinarius, worin dieser seine Zustimmung erteilt entweder zur Erlangung eines Residenzbenefiziums Can. 1411 n. 3. in einer anderen Diözese seitens eines Klerikers oder zur beständigen Entfernung eines Klerikers von der Diözese Can. 114; c) durch die Profess der ewigen, sei es feierlichen, sei es einfachen Gelübde in einer religiösen Genossenschaft Cann. 585; 115.

2) Die *E i n v e r l e i b u n g* (incardinatio) erfolgt: a) bei Laien durch ein Schreiben des Ordinarius der fremden (= neuen, inkardinierenden) Diözese Can. 112 und durch die Erteilung der Tonsur Can. 111 § 2; b) bei *K l e r i k e r n* durch dasselbe Schreiben (lit. incardinatio) Can. 112 oder durch die Verleihung eines Residenzbenefiziums Can. 114; c) bei säkularisierten *O r d e n s l e u t e n* der höheren Weihen (Can. 585) durch die endgültige Aufnahme in die Diözese Can. 641 § 2; säkularisierte Ordensleute

der niederen Weihen gleichen bez. der Einverleibung einem Laien Can. 648.

VI. Besondere Vorschriften für die Einverleibung:

1) Die Einverleibung vollzieht der **Bischof**; der Generalvikar nur in besonderem Auftrage (de mandato speciali); der Kapitelsvikar nur nach einem Jahre seit der Erledigung des Bistums und mit Zustimmung des Kapitels Can. 113. 2) **Gewichtige Gründe** (Bedürfnis oder Nutzen der neuen Diözese) müssen für die Einverleibung sprechen; der kanonische Titel darf dabei nicht übersehen werden Can. 117 § 1. 3) Neben dem Exkardinationschreiben erhole sich der Ordinarius der neuen Diözese auch die *lit. testimoniales* öffentlich und, wenn notwendig, auch *geheim*. Diese Leumundszeugnisse sind doppelt notwendig bei **Alerikern** fremder Sprache und fremden Volksstammes Can. 117 § 2. (Näheres über die *lit. testimoniales* unten). 4) Die **Eidesformel**, welche der Weihesakandidat und Aleriker bei der Aufnahme in die Diözese zu leisten hat, gleicht der obigen (S. 135) mit Hinzweglassung des „*meo*“ bei Ordinario Can. 117 n. 3. 5) Ist die Einverleibung vollständig geschehen, so hat der neue Ordinarius den exkardinierenden Bischof sogleich hievon zu benachrichtigen; denn die *excardinatio* wird wirksam nur durch die rechtskräftige *incardinatio* Can. 116.

VII. **Die Grundsätze für die Einverleibung** im weiteren Sinne gelten nicht nur für die Bischöfe und Bistümer, sondern auch für die **Apostolischen Vikare** und **Präfecten** Can. 294 sowie für die **Äbte** und **Prälaten** mit eigenem Gebiet („*A. et Pr. Nullius*“) Can. 323; vgl. auch Can. 957; 198.

§ 13. Die Weiheerlaubnisschreiben — *Literae dimissoriae*.

„*Literae dimissoriae*“ hießen schon im alten Rechte die **Weiheerlaubnisschreiben**, d. h. jene Schreiben, in welchen ein Ordinarius einen Bischof bevollmächtigt und bittet, seinen Weihesakandidaten oder Alerikern (auch einem) irgendeine Weihe zu erteilen. Indes legte man den l. d. die Bedeutung von **Exkardinationschreiben** (l. *ex.*, „*Exeat*“, *dimissoriales*) bei; nach dem neuen Recht bedeuten *lit. dimissoriae* nur mehr die Weiheerlaubnisse

schreiben; die Entlassung für Laien und Geistliche geschieht durch die Exordinations schreiben.

I. Jeder Bischof (und Weiheberechtigte) kann und soll seine Untergebenen in eigener Person weihen. — Doch kann er einen Untergebenen des morgenländischen Ritus nur mit Erlaubnis des Apostolischen Stuhles ordinieren Cann. 955 § 2; 959. Die gleiche Vollmacht ist notwendig für eine weitere Weihe auch eines eigenen Klerikers, wenn die nächste untere Weihe der Römische Papst spendet hat Can. 952. — Der eigene Bischof (Weiheberechtigte) kann aus rechtmäßigem Grunde einen anderen Bischof (oder Weiheberechtigten) mit der Weiheerteilung betrauen in den lit. dimissoriae Can. 955 § 1.

II. Das Recht, Weiheerlaubnis schein e l. d. auszustellen, haben:

1) der zuständige Bischof nach rechtmäßiger Besitznahme des Bistums, auch ohne die Bischofsweihe Cann. 958 § 1; 334 § 3 (Besitznahme des Bistums);

2) der Generalvikar auf Grund eines Spezialmandates Can. 958 § 1 nn. 2 und 1;

3) der Kapitelsvikar mit Zustimmung des Kapitels: a) ein Jahr nach der Erledigung des Bistums allgemein; b) innerhalb eines Jahres nur jenen, welche wegen einer Pfründe oder eines Amtes die Weihe empfangen müssen Can. 958 § 1 n. 3 (arctatis ratione beneficii vel officii); doch sind die vom früheren Bischofe zurückgewiesenen Wehekandidaten stets ausgeschlossen Can. 958 § 2;

4) der Apostolische Vikar und Präsekt, der Abt und Prälat mit eigenem Gebiet Can. 958 § 1 n. 4, und zwar haben sie hiezu das Recht, wenn sie selbst die Weihen erteilen können; das Recht und die Pflicht, wenn sie diese Gewalt nicht besitzen Can. 959.

5) Die regierenden Ordensäbte (S. 127) und die höheren Oberen der exempten Orden (Generäle, Provinziale) haben das Recht (bzw. die Pflicht), die Weiheerlaubnis schein e auszustellen, aber nur an den Bischof des Ordenshauses Can. 964 n. 2; 965. — Dieses Recht gilt nur für die Tonsur und die niederen Weihen, wenn die Wehekandidaten erst jene die ewigen Gelübde

vorbereitende Profeß Can. 574 abgelegt haben Can. 964 n. 3. — Nicht an den Bischof des Ordenshauses (diocesis in qua sita est domus religiosa), sondern an irgendeinen anderen kann der berechtigte Abt oder Ordensobere die Erlaubnisscheine in folgenden Fällen ausstellen: a) wenn der zuständige Bischof (E. dioecesanus) es ausdrücklich gestattet; b) wenn er einem anderen Ritus angehört; c) wenn er wegen Abwesenheit oder aus einem anderen Grunde an dem nächsten Weihesamstag (Can. 1006 § 2) Weihen nicht erteilt; d) wenn das Bistum erledigt ist und kein Titularbischof dasselbe verwaltet (Kapitelvikar, Administrator) Can. 966 § 1. In allen diesen Fällen muß der für die Weiheerteilung gewählte Bischof Sicherheit haben durch ein authentisches Zeugnis des Ordinariates, zu dem das Ordenshaus gehört Can. 966 § 2. Die Ordensobern mögen sich vor jeder Hintergehung des Diözesanbischofes hüten durch *Abschiebung* der Weihelandidaten in ein anderes Ordenshaus oder durch *Aufschiebung* der l. dimissoriae auf die Zeit der Abwesenheit oder Behinderung des Diözesanbischofes Can. 967. — Wenn manche Ordensleute besondere *Privilegien* bezüglich der Wehedimissorien hatten, so gingen dieselben durch Einführung des Rodes nicht verloren Cann. 71; 60 § 2; 2373 n. 4.

Die Weiheerteilung an alle übrigen Kandidaten aus dem Ordensstande richtet sich nach jener der Weltkleriker Can. 964 n. 4. Wie die Weltkleriker werden darum behandelt die *Novizen* auch der exempten Orden; ebenso die *Professen* der in Can. 574 beschriebenen *einfachen Gelübde* bezüglich der höheren Weihen Can. 964 n. 3; endlich von den *nicht exempten „religiösen Genossenschaften“* alle *Professen* Can. 964 n. 4; außer die Obern haben ein Privileg hinsichtlich der *niederen Weihen* ibi.

III. An wen können die Weiheerlaubnisscheine ausgestellt werden? Die lit. dimissoriae können ausgestellt werden von dem zuständigen Bischofe, auch von dem Kardinalbischof eines suburbikarischen Bistums (Can. 236 §§ 3, 4), an folgende Würdenträger mit Ordinationsgewalt:

1) an jeden Bischof des katholischen Erdfreises, vorausgesetzt daß er in Vereinigung lebt mit dem Apostolischen Stuhle und demselben Ritus wie der zu Weihende angehört Can. 961;

2) an jeden Apostolischen Bischof oder Präfekten, an jeden Abt oder Prälaten mit eigenem Gebiete unter den Voraussetzungen wie oben und der weiteren, daß er die Bischofsweihe besitzt Can. 957 § 1;

3) an die gleichen wie unter 2), wenn dieselben nur die Priesterweihe besitzen, bezüglich der Tonsur und niederen Weihen Can. 957 § 2. Wie wir oben sahen (S. 137), müssen die exempten Ordensleute die Dimissorien an den Diözesanbischof geben, abgesehen von den Ausnahmefällen des Can. 966. Dagegen sind die Abbates vel Praelati Nullius nicht mehr gehalten Cann. 957; 958 § 1 n. 4, die Dimissorien nur an den Episcopus vicinior zu geben, wie das Trid. sess. 23. cp. 10 d. r. vorschrieb; vgl. Santi-Seitner: Praelectiones¹ I 11 n. 36.

IV. **Über die Art der Ausstellung und Benützung** der Dimissorien gibt der Roder dankenswerte Aufschlüsse: 1) den Umfang der Weihevollmacht in bezug auf Personen und Weihen bestimmt der die Dimissorien Ausstellende (ein Weihesandidat, mehrere, alle; für eine oder mehrere Weihen). Die Dimissorien können nachträglich vom Aussteller oder dessen Nachfolger eingeschränkt oder widerrufen werden Can. 963. — 2) Besondere Beachtung verdienen die zur Ordination notwendigen Zeugnisse. Diese müssen vor der Ausstellung der lit. dimissoriae gesammelt sein Can. 960 § 1. Sollten nach der Ausstellung derartige Zeugnisse benötigt werden, so muß der bevollmächtigte Bischof mit der Weiheerteilung warten, bis auch diese ihm vorliegen ibi § 2. Benötigt der Weihesandidat Zeugnisse aus dem Gebiete des Ordinierenden, so hat dieser sie zu sammeln ibi § 3. — 3) Der Ordinator prüft die Echtheit der Dimissorien und ergänzt, wenn notwendig, die lit. testimoniales (vgl. unten) Can. 962. — 4) Sollte der Aussteller vor der Weihe sein Recht verlieren, z. B. durch Tod, Versetzung, Verzicht usw., so bleiben die Dimissorien in Kraft Can. 963.

V. **Strafen.** 1) Die dem Apostol. Stuhle reservierte Suspension von Erteilung der Weihen ziehen sich ipso facto zu: die Bischöfe (? Can. 2227 § 2) und Weiheberechtigten, welche a) einen auswärtigen Weihesandidaten ohne die erforderlichen Dimissorien weihen Can. 2373 n. 1; b) welche,

ohne Diözesanbischof zu sein, einen Ordensmann auch mit Dimissorien weihen, ausgenommen auf Grund eines besonderen Privilegs der Ordensleute oder auf Grund der im Can. 966 aufgezählten Ausnahmefälle Can. 2373 n. 4. — 2) Wer ohne Dimissorien oder mit falschen Dimissorien eine Weihe in trügerischer Absicht (malitiose) sich geben läßt, verfällt der sofortigen Suspension von der Ausübung der empfangenen Weihe Can. 2374.

VI. Die Bischofskonsekration. Die Bischofsweihe (*consecratio episcopalis*) ist dem römischen Papste in der Weise vorbehalten, daß kein Bischof die Befugnis hat, jemanden zum Bischof zu konsekrieren, wenn nicht das apostolische Mandat schon vor der Weihe vorliegt Can. 953. Der bischöfliche Konsekrator muß zwei andere Bischöfe als Assistenten bei der Konsekration beiziehen, außer es wurde vom Apostolischen Stuhle Dispense gewährt Can. 954. Fehlt das Apostolische Mandat und wird die Bischofsweihe trotzdem erteilt, so verfallen alle Beteiligten (der bischöfliche Konsekrator, die bischöflichen oder priesterlichen Assistenten und der Konsekrierte) ohne weiteres der *Suspension* (Can. 2278 § 2), bis der Apostolische Stuhl sie dispensiert Can. 2370.

Die Bischofsweihe wird eingeleitet mit der Bitte des älteren assistierenden Bischofes um die Bischofsweihe; darauf fragt der Konsekrator: *Habetis mandatum Apostolicum?* Auf die bejahende Antwort *Habemus*, folgt die Aufforderung *Legatur*, worauf der Notar des Konsekrators das Mandatum vom Anfang bis Ende liest. Die Lesung schließt das *Deo gratias* des Konsekrators (Pont. Rom. I pag. 65). Über die geschichtliche Entwicklung des Konsekurationsrechtes geben die *Praelectiones*⁴ von *Santi-Deitner* I 6 n. 48 genügenden Aufschluß. — Statt der beiden mitkonsekrierenden Bischöfe können kraft Apostolischen Indultes zwei Priester, womöglich in kirchlicher Würde, beigezogen werden. Indes wäre die Bischofsweihe ohne bischöfliche Assistenten oder mit priesterlichen Assistenten ohne Indult zwar unerlaubt aber gültig; vgl. Ben. XIV.: *De syn. dioec.* l. 13 ep. 13 nn. 2 sqq., *S. C. de Prop. Fid.* d. 18. Maii 1793 (Coll. P. F. n. 1209). In der ältesten Zeit gab es eine interessante Ausnahme: Der Römische Papst vollzog die Bischofskonsekration ohne Assistenten, *Duchesne*: *Origines du culte chrétien*, chap. 10. § 3 n. 4. *Duchesne* glaubte auch in Alexandrien diese Ausnahme zu finden, doch konnte er keinen Beweis hiefür auf-treiben *ibi* § 5 pag. 364 not. 1; *Gasparr* P.: *De s. Ordinatione* II. n. 1087. Dieser Gelehrte beantwortet auch die Frage, ob die Römischen Päpste Stephan I., Paul I., Hadrian I., Stephan V., Valentin II. und Nikolaus I. wirklich von Diakonen gleich zu Bischöfen geweiht wurden *ibi* I. nn. 24 sqq., mit *Rein*; vgl. *Sandini* A.: „*Vitae Rom. Pont.*“ pag. 171; 250.

Vom Empfänger der Weihen.

§ 14. Erfordernisse zum gültigen Weiheempfang.

Mit lafonischer Kürze bezeichnet der Kodex diese Erfordernisse: „Sacram ordinationem valide recipit solus vir baptizatus“, Can. 968 § 1. Der Ausdruck „sacram ordinationem“ bedeutet hier nicht nur die Ordination zu den höheren Weihen, sondern zu allen Can. 950. Nach Can. 968 gibt es also nur z w e i Erfordernisse zum gültigen Weiheempfang: 1) Männliches Geschlecht; 2) Wassertaufe des Weihesandidaten Can. 993 n. 1. Dazu kommen noch zwei weitere Erfordernisse, die in der Natur der Sache liegen, nämlich: 3) die Entgegennahme des Wesensritus Can. 968 § 1 „recipit“; 4) die Absicht, die Weihe zu empfangen Can. 992.

I. Nur ein männliches Kirchenmitglied kann Kleriker sein. Der Grund hiefür liegt darin, daß Kleriker sein bedeutet „übergeordnet sein“ Cann. 948; 118, während dem Weibe bei all seinen edlen Eigenschaften und auch Gnadengaben (1 Kor 11, 5) die Unterordnung in der menschlichen G e s e l l s c h a f t zukommt Gn 3, 16; 1 Kor 11, 3 ff. Caput autem mulieris: vir; daraus zieht St. Paulus 1 Kor 14, 34 die Folgerung: „Die Frauen sollen in den Versammlungen (Kirchen) schweigen; denn es ist ihnen nicht erlaubt zu reden, sondern sie sollen untertänig sein, wie auch das Gesetz sagt“, vgl. 1 Tim 2, 11 ff. Darum sind Frauen vom Altardienst, ja auch vom Verweilen im Presbyterium ausgeschlossen c. 1. De cohabitatione (III 2); Can. 813 § 2, welcher bestimmt: „Eine Frauensperson soll bei der Messe nicht ministrieren, außer wenn ein männlicher Ministrant fehlt und aus gerechtem Grunde, dann aber so, daß sie die Antworten aus der Ferne gibt und in keiner Weise an den Altar herantritt.“ Vgl. auch Cann. 1262 § 2 (Verschleierung in der Kirche); 1264 § 2 (Klosterfrauen und Ordensschwestern in der Beforgung des Kirchengesanges); 709 § 2 (Teilnahme der Frauen an Bruderschaften, oben S. 117); 2004 § 1 (Frauen können nur per procuratorem einen Seligsprechungsprozeß beantragen und fördern). Anderseits fehlt es nicht an Schriftstellern, welche für weibliche Kleriker eintreten, so A. Fr. L u d w i g in der Passauer M. Schr. Bd. 20 S. 584,

609 ff.; Bd. 21 S. 141 ff., auch separat „Weibliche Kleriker der altchristlichen und frühmittelalterlichen Kirche“ 1910; H. Schäfer: „Die Kanonissenstifter im deutschen M.A.“ (1907) 46 ff. und Röm. Quartalschr. 24 (1910) S. 49 ff.; O. Zscharnak: „Der Dienst der Frau usw.“ 1903; die große Mehrzahl hat sich dagegen ausgesprochen; vgl. Sägmüller, J. B.: „Kirchenrecht“³ I. § 51³ S. 208. — Zwitter, Hermaphroditen sind zu Weihen nicht zuzulassen; vgl. Richter-Schulte: Trid. pag. 421 n. 4. Sind sie schon geweiht, so kommen die Cann. 1993 ff. in Betracht.

II. Notwendig ist der Empfang der Wassertaufe (Can. 993 n. 1). Über nichtgetaufte oder ungültig getaufte Geistliche handeln cc. 1—3 De presbytero non baptizato (III 43); solche Männer müssen (wieder) getauft und, wenn sie wollen und taugen, wieder geweiht werden. Wie genau die Kirche vorgeht, wenn Zweifel über die Gültigkeit der Taufe von Weihesakandidaten entstehen, beweist die Entscheidung der S. C. Inq. vom 14. (16.) Dezember 1898 (ME. X 2 pag. 243). Ein Pfarrer hatte seit Jahren getauft „per modum unctionis in fronte cum pollice in aqua baptismali madefacto“. Die Antwort des heiligen Offiziums lautete: „Curandum ut iterum baptizentur privatim, sub conditione, adhibita sola materia cum forma absque ceremoniis et ad mentem.“ Die Weisung (mens) der heiligen Kongregation aber war, daß der Bischof eine ganz besondere Aufmerksamkeit jenen so Getauften zuwende, die sich später den höheren Weihen zuwendeten bzw. zuwenden wollten (ME. ibi).

III. Um den Wesensritus genau beobachten zu können, muß der Weihesakandidat das im Auge behalten, was oben über Materie und Form der (9) Weihen ausgeführt wurde.

IV. Die Notwendigkeit der Intention ist im Can. 992 angedeutet, aber nicht prinzipiell behandelt. Es bleibt also beim alten Rechte. Bonifaz VIII. verurteilte im c. 4. De temp. ord. (I 9) in 6^o die „in infantia“ erteilte Tonsur („nisi forte religionem intraret“). Benedikt XIV. entschied für die Unerlaubtheit, jedoch für die Gültigkeit der vor dem Vernunftgebrauch erteilten Weihen (bei den Kopten), Konst. „Eo quamvis tempore“ d. 4. Maii 1745. Die Notwendigkeit der Intention bei der Ordination wird darum zu beurteilen

sein nach jener bei der Taufe und Firmung Cann. 745 § 2; 750—52; 786 sqq. Darum ist bei Kindern (infantes Can. 88 § 3) eine Intention nicht notwendig; bei Erwachsenen dagegen muß die aktuelle oder virtuelle oder wenigstens die habituelle Intention vorhanden sein.

§ 15. Allgemeine Erfordernisse zum erlaubten Weiheempfang.

I. Wer sich dem geistlichen Stande widmet, muß einerseits die kanonischen Eigenschaften aufweisen, andererseits frei sein von den obwaltenden Hindernissen Can. 968 § 1.

II. Die oberste Richtschnur für den Eintritt eines Kandidaten in den Stand eines *Weltgeistlichen* muß sein, daß der Ordinarius ihn für *notwendig* oder *nützlich* hält zum Wohle der Diözese Can. 969 § 1. Doch ist der Fall nicht ausgeschlossen, daß der Bischof einen Untergebenen ordiniert für den Dienst einer anderen Diözese ibi § 2. Freilich hat dieses Verfahren seine Bedenken; denn wenn später der Bischof des zukünftigen Wirkungskreises oder dessen Nachfolger den Kleriker nicht mehr will, so bleibt er der Heimatdiözese. Jedenfalls müssen vorher bindende Vereinbarungen getroffen werden. Vielleicht wäre es besser, den Kandidaten nach der Tonsur zu ex- und inkardinieren.

1) Entstehen Zweifel an der Notwendigkeit und Brauchbarkeit des Weihelikandidaten, so kann ihm der Bischof den Aufstieg zu den Weihen untersagen. Jeder kanonische, auch geheime Grund genügt. Das Verfahren kann gerichtlich oder außergerichtlich sein. Doch muß der Refurs an den Heiligen Stuhl stets gewahrt sein Can. 970. Dieser Kanon redet nur von *Klerikern*, indes stehen wir nicht an, das Verfahren auch für Tonsuranden gelten zu lassen. Ein kanonischer Grund ist dann vorhanden, wenn derselbe im Kodex ausgesprochen ist Cann. 968—991. — Wie gegenüber den Weltklerikern und den Ordensklerikern des Can. 964 n. 4 dem Bischöfe (oben S. 138), so steht ein entsprechendes Recht gegenüber den untergebenen Ordensklerikern den exempten Ordensobern zu, doch kann der Refurs vom Provinzialobern auch an den *Generalobern* gehen Can. 970. Dieses Ver-

fahren gleicht der „*suspensio ex informata conscientia*“ Cann. 2186—94 und war im alten Rechte auch damit verbunden, vgl. S a n t i - V e i t n e r: Praelectiones⁴ I 11 n. 51 pag. 151.

2) Z w a n g. Es ist ein Unrecht, jemanden aus irgendeinem Grund und in irgendeiner Form zum geistlichen Stande zu z w i n g e n Can. 971. Wer durch Gewalt oder große Furcht zu den höheren Weihen gezwungen wurde, der hat das Recht, in einem Prozesse gegen die Geltung der Verpflichtungen vorzugehen Cann. 214 § 1; 1993—98. Wer einen solchen Zwang ausübt, verfällt mit der Tat der niemanden vorbehaltenen E x k o m m u n i k a t i o n ohne Rücksicht auf seine Würde Can. 2352, auch die bischöfliche Würde, jedoch nicht Kardinalswürde Can. 2227 § 2 (gleiche Strafe gilt für Zwang zum Ordensstand Can. 2352).

3) Gleiches Unrecht wie der zum Klerikalstande Zwingende begeht jener, der einen kanonisch Tauglichen von demselben a b h ä l t Can. 971; jedoch ist eine Strafe nicht vorgesehen.

III. Unter den positiven Erfordernissen für den Klerikalstand wird aufgezählt der **Seminaraufenthalt** Can. 972. Derselbe kann Pflicht und Rat sein. Er ist P f l i c h t während des gesamten t h e o l o g i s c h e n Studiums für alle, welche das Priestertum anstreben, außer der Ordinarius erteilt hievon Dispense. Diese Dispense kann gewährt werden in b e s o n d e r e n Fällen aus schwerwiegendem G r u n d e, dessen Vorhandensein für den Ordinarius Gewissenspflicht ist, und mit Aufstellung eines priesterlichen E p h o r s, d. h. eines frommen und tauglichen Priesters, der den Dispenzierten überwacht und zur Frömmigkeit anleitet Can. 972 § 2. Das theologische Studium umfaßt mindestens vier Jahre Cann. 1365 § 2; 976 § 2. — Außer dem theologischen Studium besteht zwar keine Pflicht, aber es muß Sorge des Bischofs sein, daß die Kandidaten des Priestertums von zartester Jugend an im Seminare Aufnahme finden Can. 972 § 1 (R a t).

IV. Die unteren Weihen Vorstufen des Priestertums. Im Gegensatz zum christlichen Altertum (bis zum 12. Jahrh.), wo die einzelnen Weihestufen ebenso viele Stände waren,

Distinctiones 59 u. 77; **A u f m a n n**, E. M.: „Epigraphit“ (1917) S. 264 ff., betrachtet das neue Kirchenrecht alle Weihen bis zum Diaconat als Vorstufen des Priestertums. Der Kodex stellt hierüber folgende Sätze auf: 1) Die erste Tonsur und die folgenden Weihen dürfen nur jenen erteilt werden, welche das Priestertum anstreben und begründete Hoffnung auf würdige **P r i e s t e r** geben Can. 973 § 1. Darum haben die Weihelandidaten, auch die aus dem Ordensstande, dem Bischofe zur rechten Zeit vor der Weiheerteilung ihr diesbezügliches **V o r h a b e n** (propositum) zu eröffnen (Stellvertretung ist statthaft) Can. 992. — 2) Weigert sich jedoch ein Geweihter, eine weitere Weihe zu empfangen, so kann er einerseits hiezu vom Bischofe nicht gezwungen werden, anderseits kann man ihm die Ausübung der empfangenen Weihen nicht versagen, vorausgesetzt, daß ein kanonisches Hindernis oder sonst ein gewichtiger Grund nach dem Urteil des Bischofs nicht im Wege steht Can. 973 § 2. — Damit wird ein Weg gebahnt zur Praxis der alten Kirche; mit Recht. Wie würdig könnte der Gottesdienst gestaltet werden, wenn im Altar-, Kirchen- und Chordienste wirkliche Fachleute tätig wären, welche nicht nur die technische Voraussetzungen erfüllt haben und beobachten, sondern auch durch ästhetische Vorbildung in den Geist ihres Amtes eingedrungen sind; vgl. den Artikel „Trennung des Kirchendienstes vom Schuldienste“ in „Passauer M. Schr.“ Bd. 24 (1913) S. 17—25.

Die Würdigkeit und Brauchbarkeit eines Weihelandidaten fällt doppelt ins Gewicht, wenn es sich um die **h ö h e r e n** Weihen handelt. Die kanonische Tauglichkeit muß für den Bischof mit moralischer Sicherheit feststehen aus **p o s i t i v e n** Gründen. Ein Zuwiderhandeln bedeutet eine sehr schwere Sünde und eine Teilnahme auch an fremden Sünden Can. 973 § 3; 1 Tim 5, 22; 3, 10. Immerhin wäre die Sünde des Sponsors weit größer, wenn er, um Unwürdige fernzuhalten, geheim oder auch öffentlich die Intention machte, Behinderte, Unberufene oder geheime Sünder nicht zu weihen. Dieses Verfahren (Mt 11, 15) würde in der Kirche Gottes heillose Verwirrung anrichten und wurde deswegen von der Kirche strengstens verboten, S. C. Conc. d. 13. Febr. 1682; cf. **B e n e d i k t XIV.**: „De sacrificio Missae“ l. 3. c. 10. n. 6; **R i c h t e r-S c h u l t e**: Tridentinum ad sess.

23. n. 3 pag. 175; Santi-Weitner: Praelectiones⁴ V 30 n. 2 pag. 167. Dagegen kann der Bischof (oder Kapitelvikar S. R. C. n. 3593 dub. I) die Exkommunikation verkünden lassen gegen alle unwürdig zur Weihe Kommenden (äußere Unwürdigkeit) Pont. Rom. I pag. 9.

§ 16. Besondere Erfordernisse zum erlaubten Weiheempfang.

Die besonderen kanonischen Erfordernisse zum erlaubten Weiheempfang zählt Can. 974 auf in § 1. Darnach wird (abgesehen von den Voraussetzungen zur Bischofsweihe ibi § 2; Can. 331) gefordert: 1) der Empfang der Firmung; 2) ein der zu empfangenden Weihe entsprechender Lebenswandel; 3) das kanonische Alter; 4) die pflichtgemäße Wissenschaft; 5) der Empfang der vorausgehenden Weihen; 6) die Beobachtung der Wehezwisezeiten; 7) der kanonische Wehetitel für die höheren Weihen. Manche dieser Voraussetzungen können kurz behandelt werden, manche wurden bereits behandelt, manche erfordern eine ausführlichere Darlegung. Nur die ersteren sollen gleich hier behandelt werden.

I. Die heilige Firmung als Weiheerfordernis. Das Fehlen der heiligen Firmung bildet keine Irregularität, wie bisher von manchen angenommen wurde. Die heilige Firmung muß bezeugt sein auf Grund der Firmungsmatrikel Cann. 798; 799; 470 § 1 oder der Taufmatrikel Can. 470 § 2 oder durch Aussagen zweier einwandfreier Zeugen Can. 1791 § 2 oder, wenn man nicht ein praecidium (Benachteiligung anderer) fürchten muß, auch nur eines einwandfreien Zeugen oder durch die vereidigte Aussage des mit Vernunftgebrauch Gefirmten Cann. 800; 788.

II. Das kanonische Alter. Auch hier bildet der Mangel keine Irregularität mehr. 1) Die Vorschriften für die höheren Weihen sind die gleichen wie bisher, nämlich nach Can. 975 das vollendete 21. Lebensjahr zum Subdiaconatsempfang, das vollendete 22. zum Diaconatsempfang, das vollendete 24. zum Empfang der Priesterweihe und nach Can. 331 § 1 n. 2 das vollendete 30. Lebensjahr zum Empfang der Bischofs-

weiße. Am letzten Tage des 30. Lebensjahres kann bereits die Bischofskonsekration erteilt werden nach l. 5. D. Qui testamenta (28,1). Das Trid. sess. 23 c. 12 d. r. hatte das gleiche Recht; dagegen lauteten die Altersstufen nach cc. 1. 2. 4. D. 78 auf die Vollendung der Jahre 17 (Subdiafon), 19 (Diafon), 30 (Priester und Bischof). — 2) Für die Tonsur und niederen Weißen sind besondere Vorschriften nicht gegeben, immerhin läßt sich das Alter erschließen aus der Zeit des theologischen Studiums, welche für die Tonsur gefordert ist; danach kann die Tonsur in der Regel nicht vor dem 18. Lebensjahre erteilt werden Can. 976. Die niederen Weißen sollen in Zwischenräumen folgen Can. 978 § 2. — Wer mit Wissen (malitiose) vor dem vorgeschriebenen Alter zu einer höheren Weiße befördert wurde, ist sofort von dieser Weiße suspendiert Can. 2374.

III. Die pflichtmäßige Wissenschaft. 1) Zum Empfange der Tonsur und der niederen Weißen wird gefordert: a) der Beginn der theologischen Studien. Diese Vorschrift gilt wie für die Welt- so auch für die Ordens-Merker Can. 976 § 1; b) das Bestehen eines vorangehenden gründlichen Weißeexams (,,circa ipsum ordinem suscipiendum“) Can. 996 § 1, über dessen Umstände (Art, Examinatoren, Gegenstand) der Bischof nähere Weisungen zu geben hat Can. 996 § 3. — 2) Für den Empfang der höheren Weißen bestimmt der Roder folgendes: a) das Subdiafonat ist zu erteilen am Ende des 3. theologischen Kurses, das Diafonat nach Beginn des 4. und die Priesterweiße nach der Mitte desselben 4. Kurses Can. 976 § 2. Das theologische Studium muß ein öffentliches sein (kein Privatstudium), d. h. an einer hierzu bestimmten Hochschule mit zwei Jahren Philosophie und mindestens vier Jahren Theologie Cann. 976 § 3; 1365. — b) Das Examen vor den höheren Weißen umfaßt außer der Kenntnis der Weißen auch noch andere Abschnitte der Theologie nach Anweisung des Bischofes Can. 996 §§ 2. 3. — 3) Der die Weißen erteilende Bischof kann stets diese Examina vornehmen und im Falle des Versagens die Weißeerteilung verweigern Can. 997 § 2. Er muß die Prüfung vornehmen, wenn der zuständige Bischof das Examen nicht vorgenommen hat, oder wenn der Ordinator mit dem Zeugnis sich nicht beruhigt fühlt Can. 997

§§ 1. 2. Immerhin ist zur Vornahme des Examens der Welt- und Ordenskleriker zunächst der Diözesanbischof berechtigt und verpflichtet Can. 997 § 1. — Die Studienjahre müssen wenigstens neun Monate umfassen und vollständig sein S. C. Consist. d. 24. Mart. 1911 ad I (AAS. 3, 181). — 4) Über die zurückgelegten Studien und die gemachten Examina sind die Zeugnisse auszustellen und vorzuweisen, welche den Dimissorien entweder in Ur- bzw. Abschrift beizugeben oder bei Ausstellung der Dimissorien wenigstens zu bezeugen sind Cann. 976; 993 n. 2; 996; 997.

Über die Bedeutung der Wissenschaft für den Klerus war sich die Kirche jederzeit klar. Das Wort des heiligen Augustin „An ipso (sc. Iulianus) non est ecclesiam persecutus, qui Christianos liberales artes docere et discere vetuit?“ (De civitate Dei 18, 53) gilt doppelt für den Klerus. Die herrlichsten Zeitsätze stellt das vierte Laterankonzil c. 14. De aetate (I 14) zusammen: *Ars artium regimen animarum* und *Sanctius est in ordinatione maxime sacerdotum: paucos bonos quam multos malos habere ministros; quia si caecus caecum ducit, ambo in foveam dilabuntur.* — Sehrreich sind die Normen, welche namentlich Papst Pius X. für den Betrieb und die Prüfung der theologischen, philosophischen und klassischen Studien der (angehenden) Kleriker gab, so für die Stadt Rom durch Motuproprio „Sacrosancta“ vom 16. Juli 1905, so für Italien durch das Rundschreiben der S. C. EE. et RR. vom 10. Mai 1907, so durch das Motuproprio „Doctoris Angelici“ vom 29. Juni 1914 über das Studium des heiligen Thomas. In der Stadt Rom galten die gegenwärtigen Vorschriften über die Weie-examina schon seit 1905; jeder Weiebandidat des Welt- und Ordensklerus, die Jesuiten nicht ausgenommen (Motuproprio „Sacrosancta“ n. I) muß das Weieexamen in der Kurie des Kardinalvikars machen. — Das Rundschreiben von 1907 bietet auch einen Stundenplan (ME. 19, 168 sq.), welcher zeigt, daß keine Disziplin vernachlässigt wird. Mit Recht nannte Kardinal Michael von Faulhaber in München (damals noch Bischof von Speyer) auf dem Mainzer Katholikentag 1911 „die Sorge um die Heranbildung des Klerus, der des Altars würdig und der Zeit gewachsen ist, die Löwenfänge des Bischofs“.

Die Prüfung der Sitten und der Kenntnisse des Klerikers nannte man *scrutinium*; vgl. *De scrutinio in ordine faciendo* (I 12). Daß diese Weieprüfung bis auf die älteste Zeit zurückreicht, bezeugt die Geschichte. Auch im Pontificale Romanum findet sich noch eine liturgische Erinnerung. Bei der Weie der Diakonen und Priester fragt der Bischof, auf die Bitte des Archidiacons um die Ordination „Postulat“ etc., um die Würdigkeit der Kandidaten „Seis illos dignos esse“, worauf der Archidiacon, der früher Leiter der Vorbereitung c. 9. De off. archidiaconi I 23 war, antwortet: „Soweit menschliche Schwäche ein Wssen gestattet, weiß ich und bezeuge, daß sie würdig sind für die Last dieses Amtes.“ Der Archidiacon tut es heutzutage im Vertrauen auf das Zeugnis anderer.

5) Im Kandidaten des Priestertums muß nicht nur ein reiches Wissen wohnen, sondern ein *reines* Wissen, d. h. ein Wissen, welches harmoniert mit dem heiligen Glauben. Darum ordnet die Kirche vor dem Subdiaconat, also der den geistlichen Stand gleichsam begründenden Weihe (Vorrede zum Subdiaconat im Pontifikale), die Ablegung des **Glaubensbekenntnisses** (*professio fidei*) an Can. 1406 § 1 n. 7. Es genügt, wenn dieses Glaubensbekenntnis vor dem Subdiaconat allein abgelegt wird; doch der Bischof hat das Recht, diese *professio*, wenn notwendig oder nützlich, vor jeder heiligen Weihe zu verlangen S. C. Cons. d. 24. Martii 1911 ad 2 (AAS. III 181 sq.). Welche Glaubensbekenntnis ist abzulegen? Dem Roder ist das tridentino-vatikanische Glaubensbekenntnis vorgegedruckt. Diese „*professio fidei*“ schien die geforderte zu sein. Allein eine Entscheidung des heiligen Offiziums, welche am 21. März 1918 die Bestätigung des Heiligen Vaters erhielt, bestimmt, daß sowohl der „Aufsichtsrat“ („*consilium a vigilantia*“) als der „Antimodernisteneid“ in ihrer ganzen Bedeutung aufrechterhalten bleiben, bis der Apostolische Stuhl anders bestimmt (AAS. 10, 136). Darum ist vor der Subdiaconatsweihe neben dem Glaubensbekenntnis auch der „Antimodernisteneid“ abzulegen, Motuproprio „*Sacrorum Antistitum*“ vom 1. September 1910 (AAS. 2, 660 f.); vor den übrigen Weihen genügt die gewöhnliche *professio fidei*, wenn sie der Bischof vorschreibt.

IV. Der Empfang der unteren Weihen. Die Weihen müssen *stufenweise* (*gradatim*) nach der umgekehrten Ordnung von Can. 949 mit Einschluß der Tonsur (Can. 950) empfangen werden, so daß *sprungweise* Weiheerteilungen (*per saltum*) durchaus verboten sind. Was vom *Nicht-Empfang* gilt, erstreckt sich auch auf den *ungültigen* Empfang, sobald die Ungültigkeit gekannt ist. Auch für den *morgenländischen* Ritus gelten die Weifestufen der lateinischen Kirche, wenn ein Übergang zu letzterer stattfindet Can. 1004. Wer *wissentlich* (*malitiose*) zu einer Weihe *sprungweise* befördert wurde, ist von der empfangenen Weihe sofort *suspendiert* Can. 2374. Die empfangenen Weihen sind *gültig*, doch besteht ein Zweifel betreffs der Gültigkeit der Bischofsweihe, wenn sie *ohne Priester-*

weihe empfangen wurde (vgl. oben S. 140). Über die den Weihen entsprechende sittliche Führung wird später bei den Pflichten des Klerus zu handeln sein; die Weiheninterdictionen wurden bereits oben besprochen (S. 131), so daß nur mehr ein positives Erfordernis zu erörtern übrigbleibt: Der kanonische Weihetitel.

§ 17. Der Weihetitel (titulus ordinationis).

I. Namen. Titulus war ursprünglich ein Zeichen, eine Überschrift (z. B. S P Q R), wodurch die dem Staate gehörigen Güter kenntlich waren, vgl. ll. 3 C. De bonis vacant. (10, 10) et 2 C. De aquaeductu (11, 12); Kaufmann, C. M.: „Epigraphik“ S. 16. Später bezeichnete Titulus das Staatsgut selbst, dann das öffentliche Kirchengut, dann die Kirche, wo ein Kleriker angestellt war (jetzt noch die Kirche der Kardinalpriester Cann. 231; 236; 240 § 2); endlich die feste Stellung in der Kirche (beneficium), welche auch Unterhalt gewährt.

II. Begriff und Zweck. Der Weihetitel ist die hinreichende Bürgschaft für den lebenslänglichen standesgemäßen Unterhalt der zu Weihenden Can. 979 § 2. Eine solche Bürgschaft wird erfordert, damit die Majoristen, die endgültig dem Dienste Gottes sich widmen (Praefatio ad subdias.), ihren Lebensunterhalt nicht etwa auf eine für ihren Stand unschädliche Weise zu suchen genötigt sind.

III. Geschichte. Der Weihetitel der Majoristen ist in der Heiligen Schrift begründet. Zwar scheint manches dagegen zu sprechen, so die Lehre des Herrn, welche jede Sorge verbietet Mt 6, 25—33; Lk 12, 22—31, so das Beispiel und die Lehre des Apostels Paulus, welcher sich durch angestrengte Arbeit (Zelttuchmacher, Apg 18, 3) fortbrachte und andere, besonders die Geistlichen, dazu ermunterte Apg 18, 3; 20, 34. 35; 1 Thes 2, 9 und 2 Thes 3, 8; so die Erfahrung, daß alle Vorsehung (Pfründen, Ordenshäuser) mit einem Federstrich beseitigt werden kann (vgl. z. B. das Trennungsgesetz und die ff. verschärfenden Gesetze in Frankreich 1905—08). Doch treten diese Momente in den Hintergrund gegenüber dem klar ausgesprochenen Rechte der Geistlichen, „vom Altare zu leben“ 1 Kor 9, 7—14. Wie es Christus gemacht

Lf 8, 2. 3; Joh 12, 6; 13, 29, so haben es auch die Apostel für recht gehalten Lf 9, 3; Lf 10, 4—7; 1 Kor 9, 12; 1 Tim 5, 18. Der Altar, die Opfergaben der Gläubigen müssen die Diener des Altars erhalten; nur in *Ausnahmefällen* soll der Geistliche imstande sein, sich selbst zu nähren und das auch üben 1 Thes 2, 9; 2 Thes 3, 8. — In den ersten Zeiten der Kirche wurden die höheren Kleriker nur geweiht, wenn Bedürfnis oder Nutzen der Kirche dies erheischte c. 1 D. 70 (Conc. Chalcedonense 451); diese hießen gegenüber der betreffenden Kirche *intitulati* oder *incardinati*. Aber schon damals weihte man auch ohne Titel, solche Kleriker hießen *clerici vagi, absoluti, accephali*. Gegen das Überhandnehmen der Kleriker ohne Weihetitel richtet sich *Alexander III.* auf dem 3. Lat. Konzil (1179 in c. 4 De praeb. III 5), indem er bestimmte, daß der Bischof jene Kleriker, welche er ohne Titel zu Diakonen oder Priestern geweiht hatte, so lange erhalten müsse, bis er ihnen ein entsprechendes *Beneizium* zuwenden kann, wenn nicht der Ordinierte vom eigenen Vermögen sich zu erhalten vermag. *Innozenz III.* dehnte diese Bestimmung auf die Subdiakonen aus in c. 16 X (III 5). Da Mißbräuche sich wieder häuften, gab das *Trierer Konzil* in sess. 21 c. 2 d. r. und sess. 23 c. 16 d. r. jene Bestimmungen, welche der *Kodex* sich fast unverändert zu eigen gemacht hat in den Cann. 974; 979—82; 1485; 2299 § 3; 2303—04; 2373 n. 3.

IV. Das jetzt geltende Recht. 1) Das *Pontificale Romanum* (I pag. 25) kennt nur *drei* Weihetitel: a) das *Beneizium* „N. ad titulum ecclesiae N.“; b) das *Vatergut* „N. ad titulum patrimonii sui“; c) das feierliche *Gelübde der Armut* „Frater N. professus Ordinis N. ad titulum paupertatis.“ Dieselben Titel kennt der *Kodex* in den Cann. 979 § 1 und 982 § 1; doch fügt er beim „Vatergut“ noch bei „aut pensionis“, d. h. ein Weihetitel ist auch gegeben, wenn ein Kleriker auf eine „*pensio*“, eine *Zahlung* Anspruch hat.

2) Sollen *Pfründe, Vermögen oder Zahlung* auf den Charakter eines Weihetitels Anspruch machen können, so müssen sie zwei Eigenschaften haben; sie müssen wahrhaft *sich* er für das ganze Leben und wahrhaft *hinreichend* sein zum standesgemäßen Unterhalt („*vere securus, vere sufficiens*“). Für diese Sicherheit und *Hinlänglichkeit* hat

der Ordinarius Weisungen zu geben nach den verschiedenen Bedürfnissen und Umständen von Ort und Zeit Can. 979 § 2; vgl. Trid. sess. 21 c. 2 d. r. — Das **Vermögen** (patrimonium) muß wirklich Besitz und ausreichend sowie den Fährlichkeiten des Umsatzes nicht allzu stark ausgesetzt sein. Darum soll es in liegenden Gründen, in gesicherten Hypotheken oder wenigstens in mündelsicheren Papieren angelegt sein. — Die „pensio“ (Zahlungsbezug) wurde vom Kodex neu unter die Haupttitel aufgenommen. Diese pensio kann von der Kirche stammen, vom Staate (S. C. Conc. in B e i e n. d. 26. Jan. 1895) oder auch von Privaten, freilich gelten hier securitas et sufficientia vera ganz besonders.

3) Verliert der Majorist seinen Weihetitel (der Pfründe, des Vermögens oder der Pension), so muß er sich um einen anderen umsehen oder genügendes Auskommen haben, was der Ordinarius beurteilt Can. 980 § 1. Bei der Verhängung von kirchlichen Strafen kann einem Kleriker im allgemeinen sein Benefizium oder seine Pension ohne vollständigen Ersatz nicht entzogen werden, wenn er darauf geweiht war Can. 2299 § 3. Indes verliert er durch die Absetzung (depositio Can. 2303) auch ein solches Benefizium oder einen solchen Zahlungsanspruch, um so mehr bei der Entziehung der klerikalen Standestracht Can. 2304 und bei der Degradation Can. 2305. Bei der Absetzung wird er noch der fürsorgenden Liebe seines Ordinarius empfohlen, auf daß er nicht zur Schande des geistlichen Standes sein Brot erbetteln muß Can. 2303 § 2. — Für die Majoristen des Ordensstandes gelten besonders Cann. 641 § 2; 671 nn. 3—5. —

4) **Ersatztitel.** Der Kodex nennt zwei Ersatztitel, nämlich den des **Diözesandienstes** (servitii dioecesis) für Gebiete der geordneten kirchlichen Hierarchie und den der **Mission** für das Gebiet der Propagandafongregation; der zu Weihende muß jedoch den Eid ablegen, sich ständig dem Dienste des Bistums oder der Mission unter der Autorität des jeweiligen Ortsordinarius zu widmen Can. 981 § 1. Wurde ein Kleriker auf den Titel des Diözesandienstes oder der Mission geweiht, so muß ihm sein Ordinarius (Can. 198 § 1) entweder eine Pfründe oder ein Amt oder eine Unterstützung verleihen, welche zum standesmäßigen Unterhalte hinreichen Can. 981 § 2.

Schon bisher gab es eine Menge solcher Nebentitel mit verschiedenen Namen (t. obodientiae, administrationis etc.). Wurde durch ein besonderes Privileg manchen Kollegien der „Missionstitel“ gewährt, so bleibt er sicher auch jetzt bestehen, wenn die Geweihten für Gebiete der Propaganda bestimmt sind, so die Germanen für die Gebiete von Sachsen und der Lausitz, von Schleswig-Holstein und der Nordischen Missionen; wahrscheinlich aber dann nicht, wenn die Diözesen nie zum Propagandagebiete gehörten oder durch die Neuordnung der Römischen Kurie ihre ordentliche Hierarchie erhielten, gemäß der Bulle „Sapienti consilio“ d. 29. Iunii 1908 I n. 6 (Leitner M. De Curia Romana pag. 5; Ferreres J. B.: La Curia Romana n. 530). Lautet ja doch die Eidesformel für solche Kollegien nicht auf die Mission, sondern auf den Dienst der Diözese (AAS. 1, 686; Ferreres: La Curia n. 544¹).

5) Der Weihetitel für Ordensleute (religiosi) ist ein dreifacher: a) der Titel der feierlichen Profess oder der Armut (t. paupertatis) für die eigentlichen Orden (pro regularibus); b) der Titel der mensa communis, der Kongregation oder ein ähnlicher gemäß der Konstitution für Ordensleute mit einfachen ewigen Gelübden; c) die Weihetitel der Weltkleriker für die übrigen Ordensleute Can. 982. Bei der feierlichen Profess wird ein stillschweigender Vertrag geschlossen, worin der Ordensmann auf alles persönliche Eigentum verzichtet (votum paupertatis), der Ordensobere dem Professmitgliede standesgemäßes Auskommen verbürgt. Legen die Ordensmänner keine feierliche, aber ewige Gelübde ab, so genügt der Titel des „gemeinsamen Tafelgutes, der Kongregation o. ä.“, mag es sich um eine exempte oder nicht exempte Ordensgesellschaft, um eine solche des päpstlichen oder bischöflichen Rechtes (Can. 488 § 1 nn. 2, 3) handeln. Alle übrigen Ordensmänner müssen einen Weihetitel der Weltkleriker aufweisen.

6) Wir haben also folgende Weihetitel: a) der Pfründe; b) des Vatergutes; c) des Zahlungsanspruches; d) des Diözesandienstes; e) der Mission; f) der Armut; g) des gemeinsamen Tafelgutes oder der Kongregation. Ein Apostolisches Privileg kann die höheren Weihen mit einem beschränkten oder mit keinem Weihetitel gestatten Can. 980 § 2.

7) Strafen für Außerachtlassung des Weihetitels. Wer seinen untergebenen Kleriker ohne kanonischen Weihetitel oder ohne päpstliches Privileg zu den

höheren Weihen wissenschaftlich befördert oder befördern läßt, muß in eigener Person und in seinen Nachfolgern dem Bedürftigen den notwendigen Lebensunterhalt gewähren, bis in anderer Weise Vorsorge getroffen ist Can. 980 § 2. — Ein Vertrag, den ein Bischof mit einem Weikandidaten eingeht, worin letzterer sich verpflichtet, keinen Unterhalt zu verlangen, ist hinfällig ibi § 3. — Wer jemand ohne kanonischen Titel zu den höheren Weihen befördert, verfällt ohne weiteres der dem Apostolischen Stuhle vorbehaltenen *Suspension* von der Erteilung der Weihen auf ein Jahr Can. 2373 n. 3; vgl. jedoch Can. 2227 § 2.

Die Strafe der *Suspension* kann, wenn sie überhaupt einen Bischof (Can. 2227 § 2) trifft, nur den ordnierenden Bischof treffen ohne Rücksicht darauf, ob er die Weihe vornimmt kraft eigener Zuständigkeit oder kraft der Dimissorien. Darum muß in den Dimissorien notwendig über das Vorhandensein des Weiketels oder des Apostolischen Privilegs Erwähnung geschehen oder der Weikandidat muß den Weiketel selbst vorzeigen. — Dagegen trifft die Pflicht des Unterhalts nicht den weihenden Bischof, sondern den eigenen Bischof, Abt oder Prälaten nullius, bzw. den Ordensobern. — Wurde ein Apostolisches Privileg gegeben, so muß das für Weikandidaten von der Sakramenten-, jenes für Priester (bei Verlust des früheren) von der Konzilskongregation erteilt sein S. C. Consist. d. 27. Febr. 1909 (AAS. 1, 251; Ferreres I. B. n. 386); für Ordensleute gewährt das Privileg die S. C. Relig.

§ 17a. Der landesherrliche Tischtitel.

I. Verhältnis des kanonischen Weiketels zum landesherrlichen Tischtitel. Im Kodex geschieht des Tischtitels keine Erwähnung. Der Heilige Stuhl verhielt sich gegen den Tischtitel anfangs ablehnend, selbst gegen den kaiserlichen Tischtitel. S. C. Conc. in Florantina d. 28. Jun. 1704 (Richter-Schulte: Trid. sess. 21 c. 1 d. r. n. 32 pag. 116). Nach und nach duldete man ihn und nach dem bisherigen Rechte wurden sehr viele Kleriker, namentlich deutscher Zunge, auf Grund des landesherrlichen Tischtitels geweiht, so in Bayern, Hessen, Oldenburg, Österreich; in Württemberg übernimmt ihn der Intendant; in Baden der Erzbischof auf das Gesamtkirchenvermögen; in Preußen gilt meist der t. sominarii, vgl. Hergenröther-Sollwed: Kirchenrecht² S. 232. Der landesherrliche Tischtitel fügte sich dem gemeinen Kirchenrecht harmonisch ein, nur sollte der Kleriker nicht auf Grund des Tischtitels geweiht werden, sondern auf den Titel des Diözesanisten hin. Da der Tischtitel gewöhnlich definiert wird als offene Urkunde, wodurch Fürsten, Adelige, Kollegien, Gemeinden usw. für den standesgemäßen Unterhalt des Majoraten nur bei eintretender Erwerbsunfähigkeit Bürgschaft leisten, so folgt, daß der mit dem Tischtitel Geweihte eigentlich

ohne kanonischen Titel geweiht ist; denn der *titulus canonicus* muß sein „*vere securus pro tota ordinati vita*“ Can. 979 § 2. In Zeiten des Priesterüberflusses, in denen der Ordinarius viele oder manche der Neugeweihten ohne Anstellung lassen muß, sind diese tatsächlich ohne Weihetitel und ohne Hilfe. — Das Recht in den Gebieten des „Tischtitels“, also namentlich in Bayern, konnte sich in folgender Weise gestalten, und zwar ganz in Übereinstimmung mit dem Kirchenrecht: Der Weihetitel, der erlangte zunächst den Anspruch auf den „*landesherrlichen Tischtitel*“, wurde jedoch geweiht auf den kanonischen Titel des *Diözesanpriesters* Can. 981 § 1. Ist er Priester, so bekommt er, wenn gesund und rüstig, ein Amt Can. 981 § 2; ist er erwerbsunfähig, den Bezug des Tischtitels (*subsidium* ebendort). Bekommt er ein *Benefizium*, so steht ihm ohnedies der beste Weihetitel zur Seite, und muß er auf dieses resignieren, so bekommt er die *Emeritenpension*; bzw. den Tischtitel, wenn *demeritus*. Noch einfacher würde sich die Frage lösen lassen, wenn die Staatsregierung sich entschließen könnte, die Tischtitelbeträge in einer ergiebigen Abersumme an die Ordinariate hinüberzugeben, wie einst die bayrischen Bischöfe beantragt hatten am 20. Oktober 1850. Lipp Jos.: „*B.D.-Sammlung des Bistums Regensburg*“ 1853 S. 581 n. 6.

II. In Bayern verlieh der König fast allen Weihetitelhabenden die Tischtitelurkunde auf Ansuchen „aus Gnade“ (Gef. und B.D.-Blatt 1911 S. 1253). Seit 1920 wird der Tischtitel von der Regierung des Freistaates Bayern nicht mehr verliehen; dagegen bleiben die Leistungen aus dem früher verliehenen Tischtitel aufrechterhalten gemäß Bayer. Verf. § 18 IV. —

III. Auch **Gemeinden** und **Private** können Tischtitel verleihen; eine Erlaubnis (Bayer. Gemeinde-D. Art. 159 Z. 7) der Kreisregierung ist nicht mehr notwendig, Selbstverwaltungsgezet vom 22. Mai 1919 Art. 14, VII. § 14. Über die Tischtitelfrage in Bayern bietet Ausführliches R. A. Geiger: *Pfarramtsverwaltung*¹⁰ (I 1910) S. 302 ff.

IV. Gesuche um den Tischtitelgenuß sind an jene Kreisregierung, in deren Bezirk der Gesuchsteller seinen Wohnsitz hat, zu richten mit folgenden Belegen: 1) Datum der Tischtitelurkunde; 2) Grund der Dienstunfähigkeit; 3) Angabe des Tages, an dem das Stelleneinkommen aufhörte, bestätigt vom zuständigen Ordinariate; 4) Darlegung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse ersichtlich aus rentamtlichem Steuerzertifikate; 5) Angabe der etwaigen Zugehörigkeit zu einer Diözesanemeritenanstalt; 6) Angabe der Zeit, für welche der Tischtitelgenuß erbeten wird.

V. Der Tischtitelbetrag gewährte ursprünglich 104 Gulden, später 180 Mark, er kann nach M. E. vom 8. Dezember 1900 auf das Vierfache (720 Mark) erhöht werden. Im Falle des Ablebens eines Geistlichen endigt die Zahlung mit Ablauf des Sterbemonats M. E. vom 6. Juni 1903 (RMBl. 235).

VI. **Erlösungsgründe.** Der Tischtitelanspruch erlischt: 1) durch die *Degradation* eines Geistlichen, so daß abgesetzte Geistliche denselben noch beziehen, ganz in Übereinstimmung mit dem Roderer Cann. 2303—05; 2) durch *Abfall* vom katholischen

Glauben M. E. 15. Januar 1834 (Weber: Sammlung II 710); 26. April 1866; Oberstrichterl. Erk. 3. Mai 1868, R i d l. S.: Pfründewesen⁴ § 25 S. 181.⁸ — Der Tischtitelgenuß ruht: a) während der Exkommunikation (M. E. 26. April 1866 bei Weber VI 610); b) während der Verbüßung einer staatlichen Freiheitsstrafe, Meurer Christian: „Bayer. Kirchenvermögensrecht“ II 616 zu n. 2. — Sonstige Demeriti, d. h. solche Geistliche, welche durch eigene Schuld dienstunfähig geworden sind, erhalten Beiträge bis zu 1,50 Mark für den Tag M. E. 8. Dezember 1900.

VII. **Emeritenversorgung.** Die Versorgung gründet sich auf Can. 980 § 1 sowie auf das bayerische Konkordat Art. 6. Nach dem Konkordat von 1817 sollte der König ein Haus mit hinreichender Vermögensausstattung anweisen, „in qua infirmi ac senes Clerici bono meriti solamen et asylum reperiunt“. Statt dessen wurden in den einzelnen Bistümern Diözesanemeritenanstalten gegründet mit eigenen Statuten. Der Staat leistet hiezu jährliche Beiträge. — Jeder Diözesanpriester kann ohne Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand der Emeritenanstalt beitreten; er muß es tun, außer es ist in sonstiger Weise für seinen standesgemäßen Unterhalt gesorgt. — Demeriti erhalten aus dem Emeritenfonds keine Unterhaltsbeiträge; vgl. jedoch Can. 2303 § 2.

§ 18. Erfordernisse für die Bischofsweihe.

I. Zum gültigen Empfang der Bischofsweihe gehören jene vier Vorbedingungen, welche oben als Vorbedingungen jeder Weihe dargelegt wurden (vir, baptizatus, intentio, ritus essentialis receptio); dazu kommt noch als fünfte Vorbedingung: der gültige Empfang der P r i e s t e r w e i h e, wenigstens um die Bischofsweihe vollständig sicherzustellen; vgl. G a s p a r r i, B.: De s. Ordinatione I. nn. 22 usque 26; B e n e d i k t XIV. in Const. „In postremo“ d. 20. Oct. 1756 nn. 11 sqq.; vgl. oben S. 140.

II. Zum erlaubten Empfange gehören, abgesehen von den Erfordernissen zur Priesterweihe, noch folgende: 1) das Alter von wenigstens 30 Jahren; 2) der Empfang der Priesterweihe vor wenigstens 5 Jahren; 3) ein Leben, geziert durch Sittenreinheit, Frömmigkeit, Seeleneifer, Klugheit und die übrigen zur Leitung einer Diözese notwendigen Eigenschaften; 4) das Doktorat oder wenigstens das Lizentiat in der Theologie oder im Kirchenrecht, erworben an einer vom Heiligen Stuhle anerkannten Universität oder Hochschule, oder zum mindesten ein wahres Verständnis dieser Disziplinen („veroperitus“); das gilt auch für Ordensleute Cann. 331; 974 § 2.

Nach dem Rodeg sind nun die positiven Eigenschaften und Erfordernisse behandelt; einige werden als unmittelbare Vorbereitungen zu den Weihen später zu erörtern sein. — Von den Ausschließungsgründen fordern zwei eine eingehendere Würdigung: die Irregularitäten und die Zensuren (Pontif. Rom. I. pag. 9). Letztere werden jedoch beim kirchlichen Strafrecht dargestellt.

Die Irregularitäten und die Weihhindernisse.

§ 19. Vorbemerkungen.

Quellen: Cann. 983—991; 542 n. 2; 2294. — *S a r i n g* J. B. in der *ENS.* 1918, 420.

I. Begriff. *Irregularität* (irregularitas) ist ein durch das Kirchenrecht festgesetztes *b e s t ä n d i g e s* Hindernis (Can. 983), welches entweder den Empfang (Can. 968 § 1) oder die Ausübung einer Weihe (Can. 968 § 2) *u n e r l a u b t* macht. — Die Irregularität unterscheidet sich von dem durch den Rodeg neu eingeführten einfachen „Weihhindernisse“ (impedimentum Cann. 968; 987) dadurch, daß erstere an sich dauernd ist („impedimentum perpetuum“ Can. 983), während das „Weihhindernis“ mit dem Aufhören bestimmter Umstände von selbst verschwindet. Ein verheirateter Mann ist nach dem Rodeg nicht irregulär, wohl aber „einfachhin verhindert“ Can. 987 n. 2, solange nicht das Eheband getrennt (Cann. 1118; 1119; 1126) oder durch Auflösung der Lebensgemeinschaft (Can. 1130) der Wirkung beraubt ist, oder solange nicht päpstliche Dispense vorliegt Can. 132 § 3. — Wenn auch die Irregularitäten unmittelbar dem Kirchenrecht entspringen, so beruhen doch manche von ihnen auf dem göttlichen Rechte, z. B. jene der Geisteskrankheit, Blindheit, Stummheit usw., sowie auf apostolisch-menschlichem Rechte, wie die Bigamie (Can. 984 n. 4).

II. Einteilung. Man teilt die Irregularitäten, auch nach den Andeutungen des Rodeg, ein:

1) nach dem *U r s p r u n g e* in solche des bloßen Kirchenrechts, z. B. die Ausübung einer Weihhandlung durch einen Zensurierten Can. 985 n. 7, und in Irregularitäten auch des göttlichen Rechtes, z. B. das Stummsein;

2) der Zeit des **E i n t r i t t e s** nach in eine vorangehende und nach folgende Irregularität in Rücksicht auf eine bestimmte Weihe, z. B. außereheliche Geburt Can. 984 n. 1 (vorangehend); Erblindung eines Priesters Can. 984 n. 2 (nachfolgend);

3) der **A u s d e h n u n g** nach in eine vollständige und teilweise. Werden Empfang und Ausübung aller Weihen verhindert, so ist die Irregularität **v o l l s t ä n d i g**. Die **t e i l w e i s e** Irregularität hat verschiedene Grade: a) die Ausübung der Weihen kann erlaubt sein (mit Zustimmung des Ordinarius); der Empfang aber unerlaubt bleiben, so bei Männern, welche an Epilepsie oder Geisteskrankheit litten Can. 984 n. 3; b) aber auch die Ausübung selbst kann nur teilweise erlaubt sein, z. B. das Weihthören für blinde Priester Can. 984 n. 2.

4) Trotzdem die Irregularitäten nach Can. 983 **s t ä n d i g e** Hindernisse sind, so gibt es doch einige, welche ohne Dispense **v e r s c h w i n d e n** können. So verschwindet die Irregularität der außerehelichen Geburt durch spätere Heirat der natürlichen Eltern oder durch die feierliche Profess. Gebrechen des Körpers können verschwinden durch Heilung der Gebrechen Can. 984 n. 1 und 2.

5) Die wichtigste Einteilung wird vom Roder selbst ausgedrückt: Irregularitates sive ex defectu sive ex delicto Cann. 983—985; es gibt also Irregularitäten aus einem **G e b r e c h e n** oder einem **V e r b r e c h e n**.

III. **U n k e n n t n i s** der Irregularitäten aus einem Verbrechen oder Gebrechen bzw. der Weihhindernisse entschuldigt nicht Can. 988. Damit ist schon angedeutet, daß die Irregularitäten auch aus einem Verbrechen nicht in erster Linie Strafcharakter haben, sondern sie sorgen für die Ehrenhaftigkeit des klerikalen Standes c. 1. De conv. inf. (III 33); vgl. Cann. 16; 2229.

IV. Die **H ä u f u n g** der Irregularitäten und Hindernisse tritt ein: a) wenn ein Weihenandidat oder Geweihter zugleich aus **v e r s c h i e d e n e n** Gründen irregulär oder behindert wird; b) wenn ein solcher die freiwillige Tötung („voluntarium homicidium“ Can. 985 n. 4) öfter vollbracht hat Can. 989. Wird dagegen sonst **d i e s e l b e** Ursache öfters

wiederholt, so ist die Irregularität nur eine und das Hinderniß nur eines.

Ein Katholik, welcher vom Glauben abfällt und sich einer akatholischen Sekte anschließt, ist doppelt irregulär nach Can. 935 n. 1 und nach Can. 984 n. 5, verbunden mit Can. 2314 § 1 n. 3. — Ein Priester, welcher, obwohl exkommuniziert, die heilige Messe ohne Not zwanzigmal las, ist einmal irregulär; ebenso, wenn er in der gleichen Zensur Messe liest und tauft und absolviert und die Sterbesakramente reicht; hier handelt es sich um „*repositio eiusdem causae*“ Can. 939. Wenn dagegen ein Mann *fetus humani abortum procurat, effectu secuto, et voluntarium matris homicidium perpetrat*, so ist er doppelt irregulär, wenn auch die beiden Verbrechen unter einer Züß (Can. 935 n. 4) sich finden. — Von der *Dispensation* der Irregularität wird am Schluß dieses Abschnitts gehandelt werden.

§ 20. Die Irregularitäten aus einem Gebrechen.

Irregularitates ex defectu.

Die Irregularitäten aus einem Gebrechen sind nach dem Gesetzbuch der Kirche Can. 984 sieben, nach dem bisherigen Rechte zählte man gewöhnlich acht: *ex defectu actatis, animi, corporis, famae, lenitatis, libertatis, natalium, sacramenti*. Das Fehlen des kanonischen Alters ist keine Irregularität; der Mangel der „Freiheit“ (*def. libertatis*) gehört nach dem Rodez zu den „*Weihehindernissen*“ Can. 987 nn. 2—5. Es bleiben also noch 6 (7) Irregularitäten aus den Gebrechen der Geburt, des Leibes, des Geistes, des Standes, der Ehre und der Herzensmilde. Wir behandeln nunmehr die einzelnen *irregularitates ex defectu*.

A. Das Gebrechen der außerehelichen Geburt; *Irregularitas ex defectu natalium legitimorum*. Der Rodez bestimmt im Can. 984 n. 1: „Irregulär aus einem Gebrechen sind (erstens) die Außerehelichgeborenen, ob nun die außereheliche Geburt bekannt oder geheim ist, außer sie sind legitimiert oder Professoren der feierlichen Gelübde.“ Die einzelnen Ausdrücke bedürfen einer genaueren Erklärung. 1) „*Außerehelichgeborenen illegitimi*“ wird durch den Gegensatz „*Ehelichgeborenen legitimi*“ genauer erklärt. Zu den „*Ehelichgeborenen*“ gehören nach Can. 1114 „alle aus einer wirklichen oder vermeintlichen Ehe Geborenen oder Empfangenen“, also a) die aus einer wirklichen Ehe, sei es christlichen, sei es nichtchristlichen Ehe (*ex matrimonio sive rato sive legitimo* Can. 1015)

Empfangenen und Geborenen; b) die aus gleicher Ehe Empfangenen, wenn auch später die Ehe aufgelöst wurde nach Can. 1118 sqq.; c) die aus gleicher Ehe Geborenen, wenn auch vor der Geburt die Ehe noch nicht bestand; d) die aus einer vermeintlichen Ehe (*matrimonium putativum*) Stammenden. Vermeintlich ist jene ungültige Ehe (*m. putativum*), welche im guten Glauben wenigstens von einem Teile geschlossen wurde, und sie bleibt Putativehe, bis beide Teile die Ungültigkeit ihrer Ehe mit Gewißheit erkennen Can. 1015 § 4. Da der Roder hier keine Ausnahme macht, so ist c. 3. De clandest. (IV 3) des 4. Laterankonzils aufgehoben, wornach die Nachkommenschaft aus Ehen, bei welchen die Form vernachlässigt wurde, stets als außerehelich galt. Freilich hat Can. 1114 eine andere Ausnahme eingeführt: „Als legitim gelten nicht die Kinder einer wirklichen oder vermeintlichen Ehe, wenn zur Zeit der Empfängnis den Eltern der Gebrauch der Ehe verboten war wegen der feierlichen Profess oder der höheren Weihe, welche nach Abschluß der Ehe abgelegt bzw. empfangen worden war.“ Diese „Außerehelichkeit, illegitimitas“ ist keine naturrechtliche — denn *matrimonium semel validum semper validum* —, sondern eine rein kirchenrechtliche; sie tritt ein, auch wenn nur ein Teil die feierliche Profess abgelegt hat, wie das aus dem Empfange der höheren Weihe geschlossen werden kann; indes wäre sie nicht vorhanden, wenn wenigstens ein Teil hinsichtlich der Profess oder der höheren Weihe im guten Glauben wäre, entsprechend Can. 1015 § 4; 1114. Diese Fälle dürften wohl äußerst selten eintreten. — Söhne, welche weder aus einer wirklichen noch aus einer vermeintlichen Ehe durch Empfängnis oder Geburt stammen, gelten als außerehelich und darum als irregulär. Dazu kommen noch die Söhne von wirklichen oder vermeintlichen Eheleuten, welche durch feierliche Profess oder höhere Weihe gebunden sind Can. 1114. Diese Irregularität tritt bei offenkundiger oder geheimer Illegitimität ein Can. 984, vgl. Can. 1037.

2) Die „außereheliche Geburt“ wird rechtlich beseitigt durch Legitimierung Can. 984 n. 1. Die Legitimierung geschieht: a) durch nachfolgende Ehe (*subsequens matrimonium*) der natürlichen Eltern, welche fähig waren, zur Zeit der Empfängnis oder der Schwangerschaft

oder der Geburt sich zu ehelichen, wobei diese Ehe wirklich oder vermeintlich, neu geschlossen oder gültig gemacht, vollzogen oder nicht vollzogen sein kann Can. 1116; b) durch Dispense von dem entgegenstehenden Ehehindernisse auf Grund der ordentlichen oder der durch a l l g e m e i n e s Indult delegierten Gewalt, außer die Nachkommenschaft wäre ehebrecherisch oder sakrilegisch Can. 1051, also auch durch Dispense in der Todesgefahr oder in dem „verwickelten Falle“ Cann. 1043—45 (Eheabschluß ist hier nicht notwendig); c) durch Dispense und eigene Legitimierung auf Grund eines Sonderreskriptes Can. 1051; d) durch Legitimierung auf Grund eines päpstlichen Reskriptes ohne Dispense (legitimatio per rescriptum Principis), schlußweise aus Can. 1051; vgl. die „Ehelichkeitserklärung“ im B.O.B. des Deutschen Reiches §§ 1723 ff.

Rufinus ist der natürliche Sohn des Tullius und der Gelasia; Tullius war früher verheiratet mit Berta, einer Schwester der Gelasia. Wie kann er legitimiert werden? a) Durch nachfolgende Ehe, wenn wenigstens zur Zeit der Geburt des Rufinus die Ehe zwischen Tullius und Gelasia möglich war, auch nach vielen Jahren; b) durch Dispense von der Schwägerschaft in der Todesgefahr Can. 1043 f., im verwickelten Falle Can. 1045 oder kraft eines allgemeinen Indults, doch mußte Berta bei der Geburt des Rufinus schon gestorben sein (sonst proles adulterina) Can. 1051; c) durch eigene Legitimierung mit Dispense, wenn solche im Dispensreskript für Schwägerschaft eigens gewährt ist; d) durch eigenes päpstliches Legitimierungsreskript, welches selbstverständlich auch die „proles adulterina et sacrilega“ umfassen kann. Dieses Reskript kann auch nach dem Tode der Eltern erwirkt werden.

3) Die „illegimitas“ wird beseitigt durch die Ablegung der feierlichen Gelübde („vota sollemnia professi“ Can. 984 n. 1) in einem Orden Can. 488 nn. 2 und 7; vgl. über deren Gültigkeit Can. 572 §§ 1, 2. Gemäß der Konst. „Ascendente“ Gregors XIII. vom Jahre 1584 haben die im J e s u i t e n o r d e n nach dem zweijährigen Noviziate abgelegten einfachen Gelübde die gleiche Wirkung; vgl. Cann. 70 sqq.

4) Die Irregularität der „außerehelichen Geburt“ wird endlich beseitigt durch Dispensation Cann. 990; 991. Man halte genau auseinander die Makel der „außerehelichen Geburt“ als solche und die Irregularität, welche ihr entspringt. Die Dispensation von den Irregularitäten wird am Schluß dieses Abschnittes behandelt.

5) Wenn auch die Legitimierung oder die feierliche Profess hinreicht zur Beseitigung der Illegitimität in gewöhnlichen Fällen, so gibt es doch **Würden** in der Kirche, zu deren Erlangung die eheliche Geburt im engsten Sinne gefordert wird: so die Würde eines **Kardinals** Can. 232 § 2 n. 1; eines **Bischofs** Can. 331 § 1 n. 1; eines **Abtes** oder **Prälaten** mit **eigenem Gebiete** („Nullius“) Can. 320 § 2, eines **höheren Obern** in den exempten Ordensgenossenschaften Can. 504, vgl. Can. 991 § 3. Zu diesen „höheren Obern“ gehören: der **Abbas Primas**, der **Abt-Präses** einer monastischen Kongregation, der **Abt** eines selbständigen Klosters, der **Provinzobere**, der oberste Leiter einer Ordensgenossenschaft, deren **Amtsvertreter**, sowie andere, welche eine den Provinzialen ähnliche Gewalt besitzen Can. 488 n. 8.

6) Nach dem bisherigen Rechte wurde das Kapitel „De illegitimis“ behandelt im Anschluß an den Titel der Dekretalen *De filiis presbyterorum ordinandis vel non* (I 17), welche **Bonifaz VIII.** erweiterte „*De filiis presbyterorum et aliis illegitime natis* (I 11) in 6°. Wenn in beiden Titeln die **fili presbyterorum** in den Vordergrund treten, so bleibt zu beachten, daß das Recht der damaligen Zeit auch die **legitimi presbyterorum filii** erfaßte, indem es dieselben vom Benefizium des Vaters ausschloß, wie überhaupt in jener Zeit verheiratete Männer viel häufiger als jetzt sich dem Priesterstande widmeten, vgl. 1 Tim 3, 2. 12; Tit 1, 6. — Zwei Gründe waren es, welche die Kirche bewogen, diese Irregularität einzuführen: das Bestreben, einerseits jede Makel der Ehre vom Priesterstande fernzuhalten, andererseits schlechte Lebensgewohnheiten im Klerikalstande nicht zu fördern, c. 16. *De fil. presb.* (I 17); Trid. sess. 25 c. 15. d. r. Eine tausendjährige Erfahrung hat die Regel bestätigt, was nicht hindert, daß nicht wenige dieser Männer Zierden des geistlichen Standes wurden. — Man unterscheidet: **nati** **illicite** (außereheliche) Kinder, deren Eltern sich hätten heiraten können, von solchen, deren Eltern behindert waren, so durch das Eheband (*adulterini*), die feierliche Profess oder höhere Weihe (*sacrilegi*), ein Verwandtschaftshindernis (*incestuosi*). Ist der Vater unbekannt, so nennt man die Söhne **fili spurii** (§ 12 *Inst. De nuptiis* 1, 10), **nothi**, **quaesiti**, **manseres**. —

Im neuen Gesetzbuche sind die adulterini und sacrilegi von der gewöhnlichen Dispense ausgeschlossen.

B. Körpergebrechen (Corpore vitiiati). Der Roder drückt diese Irregularität mit folgenden Worten aus im Can. 984 n. 2: „Irregulär sind die mit körperlichen Gebrechen Behafteten, welche nicht imstande sind, den Altardienst mit Sicherheit wegen ihrer Schwäche oder mit Schicklichkeit wegen der Mißgestalt zu versehen. Handelt es sich aber um die Verhinderung der Weiheausübung, so wird ein schwereres Gebrechen erfordert; auch werden wegen dieses Gebrechens jene Akte nicht unerlaubt, welche vorschriftsmäßig gesetzt werden können.“ Das neue Gesetzbuch hat am alten Rechte (De corpore vitiiatis ordinandis vel non I 20) fast nichts geändert. Darum bleibt die alte Regel: Wer den Altardienst entweder gar nicht oder nicht mit Sicherheit (secure) oder nicht vorschriftsgemäß (rite) oder nicht mit Schicklichkeit (decenter) verrichten kann, gilt hier als irregulär.

1) Wohl ist die *S e e l e* des Priesters, des Alerikers die Hauptsache, doch geziemt es sich, daß die Priester und Diener am Altare unverseht auch dem *L e i b e* nach seien; so bestimmt schon das mosaische Gesetz Lv 21, 16 ff.

2) Die körperlichen Gebrechen können beruhen a) auf dem Mangel an Gesundheit (defectus sanitatis), so bei Ausfägigen (leprosi cc. 3. 4. De clerico aegrot. III 6); bei Syphilitischen (lue venerea infecti) d. h. den an der Lustseuche Erkrankten, einer hartnäckigen, beschämenden und gefährlichen Krankheit, welche durch Vererbung, Geschlechtsverkehr und Ansteckung erworben wird; bei Männern, welche den Wein nicht vertragen (a b s t e m i i); bei heftig Zitternden usw.; b) auf dem Mangel der *U n v e r s e h r t h e i t* (def. integritatis), welcher zutrifft, wenn beim Weibekandidaten ein selbständiges Glied mit oder ohne Schuld desselben fehlt; c) auf dem Mangel der *ä u ß e r e n E r s c h e i n u n g* (forma, deformitas), wenn die Gestalt oder das Auftreten des Priesters (Alerikers) wegen eines körperlichen Gebrechens Anstoß (Aufsehen, Ekel, Abscheu) zu erregen geeignet ist.

Beispiele für Irregularitäten ex def. corporis bietet fast jeder Band der ASS. und AAS.; vgl. noch D. 55; C. 79. q. 2; De corpore vitiiatis (I 20); De cler. aegrotante (III 6); *R i c h t e r - S c h u l t e*: Tridentinum p. 340 ff.; *L i n g e n - R e u ß*: Causae selectae (1871).

Nr. 11 sqq. a) Beim Gesichtssinn müssen zwei Fragen berücksichtigt werden betr. die Sehkraft und die Körperhaltung. Wer des linken Auges (oculus canonis) entbehrt oder der Sehkraft auf demselben, gilt nach S. C. C. in Hydruntina d. 21. Febr. 1824 als irregulär; ebenso jener, „dem das Auge ausgestoßen wurde“ c. 13 D. 55. Ein Schielender (strabo) gilt nur in einem schweren Falle als irregulär. — b) Gehörsinn. Wer des Gehöres vollständig entbehrt, ist irregulär schon nach göttlichem Rechte. Schwerhörige werden vorsichtshalber dispensiert; vgl. ASS. 4, 595. — c) Sprache. Das vollständige Fehlen der Sprache bildet eine Irregularität nach göttlichem Rechte. Einem stark stotternden (halbutienti) Geweihten verweigerte die S. C. C. in Imolen. d. 14. Apr. 1852 die Ausübung der Weihen. — d) Arme (Hände und Finger) und Beine. Bedeutende Schwäche (c. 7 X I 20), Unbrauchbarkeit, Fehlen oder bedeutende Mißgestaltung dieser Glieder bewirkt Irregularität. — e) Andere Gebrechen, wie ein durch fressende Flechte, Flecken, Krebsleiden usw. entstelltes Gesicht, verstümmelte Nase oder Ohren, auffallend kleine Gestalt (pygmaei, nani), bedeutende Auswüchse usw. sind nach obiger Regel zu beurteilen. — Ein merkwürdiger Fall von Lepraerkrankung kam im Jahre 1908 im protestantischen Pfarrhause zu Oppau (Rheinpfalz) vor. Ein Verwandter des Pfarrers war leicht an der Lepra erkrankt. Er wurde alsbald in einer Anstalt untergebracht; der protestantische Pfarrer wurde vom Amte suspendiert, wollte aber nach zehn Monaten seine Amtshandlungen wieder aufnehmen. Anfangs Januar 1909 fand nun im Gemeindehause der zur Oppauer Kultusgemeinde gehörenden Gemeinde Edigheim eine sehr gut besuchte Protestversammlung protestantischer Kultusumlagenzahler statt, welche einstimmig gegen jede weitere Amtshandlung des Pfarrers in einer auch dem Kultusministerium übermittelten Resolution Protest einlegte. Für den Fall der Nichtberücksichtigung des Protestes wurde ein Massenausritt als Folge bezeichnet. — In Europa findet sich der Ausfall noch in Skandinavien, Island und Rußland, vereinzelt in Ostpreußen; in dem übrigen Erdteilen kommt er häufiger vor.

3) Bei dieser Irregularität ist ein großer Unterschied zwischen dem Empfang der Weihe und der Ausübung derselben. „Ein schwereres Gebrechen wird erfordert zur Verhinderung der Ausübung einer rechtmäßig empfangenen Weihe“ Can. 984 n. 2. Die ganze bisherige Dispenzpraxis des Heiligen Stuhles bestätigt diesen Satz, allein man braucht auch nicht so schnell eine Irregularität anzunehmen. Dazu kommt noch ein anderer Umstand. Vor den Weihen gilt der Weiheandidat irregulär, auch wenn er erst beim Altardienste des Priesters behindert ist, also schon für die Tonsur und die übrigen Weihen. Ist aber die Weihe bereits empfangen, so können alle jene Verrichtungen frei vollzogen werden, welche der Geweihte vorschriftsmäßig

leisten kann. Ein erblindeter Priester kann ohne jede Hinderung beicht hören; ein am Stehen gehinderter Priester kann das Bußsakrament verwalten, das Wort Gottes (sitzend) verkünden usw.

4) Das Urteil, ob ein Weihesakandidat oder ein Geweihter tatsächlich an einem Gebrechen leidet, welches Irregularität bewirkt, steht dem zuständigen Ordinarius Can. 969 § 1, bei Ordensleuten dem weihenden Bischofe (vgl. Can. 997 § 1) zu Can. 1559 § 1. Bleibt ein Zweifel, ob ein solches Gebrechen vorhanden ist, so kann der Ordinarius oder Bischof auch dispensieren Can. 209.

5) Für die Kriegsteilnehmer am großen Weltkriege 1914 ff. erging ein Dekret der Sakramentenkongregation vom 3. April 1916, welches bestimmt: a) Majoristen, welche sich in diesem Kriege eine „irregularitas ex defectu corporis“ zuzogen, müssen im Einzelfall sich an die Sakramentenkongregation nach Rom wenden. b) Für Minoristen, Tonsuristen und Weihesakandidaten ohne Weihe wurde in Aussicht gestellt: „Non expedire ut promoveantur“ (AAS. vol. 8 pag. 153). Vgl. Passauer Monatschrift Bd. 26 S. 842 bis 44. Dem Ordinarius bleibt das Recht der Beurteilung (wie oben 4) der Dispense in zweifelhaften Fällen sowie der Begutachtung des Dispensgesuches in Rom, wo begründete Bitten nicht aussichtslos sind, wie schon aus dem Umstande erhellt, daß im Rodez des Dekretes vom 3. April 1916 keine Erwähnung geschieht, vgl. Can. 991 § 1. Die S. C. Sacr. erteilte am 8. April 1918 einem Ordinarius die Vollmacht, einen Weihesakandidaten, der früher schon Alumnus des Priesterseminars war und im Weltkriege das linke Auge verloren hatte, zu dispensieren „pro suo arbitrio et conscientia“. Nach dem Weltkrieg 1914—18 erhielten die Ordinarien die Vollmacht, Priester von leichteren Fällen dieser Irregularität zu dispensieren. In schwereren Fällen und für alle Nicht-Priester ist der Rekurs nach Rom vorgeschrieben Defr. „Redeuntibus“ vom 25. Oktober 1918 (AAS. 10, 481 f.).

Der Heilige Vater Papst Benedikt XV. gewährte durch die Sakramentenkongregation am 2. September 1919 dem Ordinarius von Paderborn die Befugnis („commisit“), nach seinem gewissenhaften Ermessen einen Studierenden der Theologie von der Irregularität aus einem körperlichen Gebrechen zu dispensieren zur Erlangung aller höheren Weihen,

einschließlich der Priesterweihe, vorausgesetzt daß jedes Ärgernis und Aufsehen bei den Gläubigen ferne sei und unter Einhaltung der Rechtsvorschriften. — J. W., 26 Jahre alt, Studierender der Theologie, hatte im Kriege die rechte Hand verloren. Eine künstliche Hand befähigt den Weihenandidaten, Sachen zu ergreifen, zu halten, aufzuheben oder wegzulegen. Die Bitte des J. W. geht nun dahin, daß er bei der unmittelbaren Berührung der heiligen Gestalten, beim Brechen der heiligen Hostie, bei der Vornahme der Kreuzzeichen und bei der Austeilung der heiligen Kommunion statt der fehlenden rechten die linke Hand gebrauchen dürfe. Hinsichtlich der Taxen wurde folgendes festgesetzt: a) Eigentliche Taxen: Lire 15; b) Ausgaben: 0; c) Agentie: 8; d) Ausführung: 8, Archiv für kath. RR. 1920, 29; ähnlich AAS. 13, 436 (SC. Sacr. 1. Juli 1918).

C. Die Irregularität aus geistigen Gebrechen sind im neuen Gesetzbuche auf drei Fälle beschränkt: „Sunt irregulares ex defectu . . . 3º Qui epileptici vel amentes vel a daemone possessi sunt vel fuerunt“ Can. 984 n. 3. Damit scheidet hier aus die Irregularität wegen fehlender *W i s s e n s c h a f t* (def. scientiae) und wegen fehlender *G l a u b e n s s t ä r k e* (def. fidei confirmatae bei Neubekehrten, in Todesgefahr Getauften, Nichtgesfirnten neophyti, clinici, non-confirmati).

1) Die „epileptici“ oder mit der fallenden Sucht oder hinfallenden Krankheit („morbo comitiali“ l. 53 D. 21, 1 usw.) Behafteten wurden seit ältester Zeit als irregulär betrachtet c. 2. C. 79. 2 (Gelasius I. 492—96); ebenso Alexander II. (1061—73) in c. 1 ibi. Schon das bedingte Naturrecht legt diese Irregularität nahe, so daß es bei anhaltend Kranken eine Dispense nicht gibt; verschwindet die Krankheit, so ist Dispense nicht ausgeschlossen, wie auch neuere Beispiele S. C. C. in Lugdunen. d. 26. Aug. 1905 („Modo non expedire“), in Bononien. d. 23. Febr. 1907 („Arbitrio Archiepiscopi“), in Iacien. d. 27. Jun. 1908 („Ad mentem“ ME. 20, 257) beweisen, auch das Beispiel Pius' IX. (Löffler: Papstgeschichte 1911 S. 70). — *M o n d s ü c h t i g e* (lunatici) können nur in schwereren Fällen als irregulär gelten, vgl. Wernz, Fr. X.: Ius deer. t. II. n. 116 not. 143; l. 43 § 6 D. De aedilitio edicto (21, 1).

2) Zu den „*G e i s t e s g e s t ö r t e n*“ (amentes) gehören nicht nur die der Vernunft vollständig Beraubten, sondern auch die Wahnsinnigen, die an fixen Ideen und Melancholie schwer Leidenden S. C. C. in Comaclen. d. 19. Jul. 1828; d. 15. Sept. 1827 (Lingen-Reuß 101). Jene Geistes-

gestörten, welche niemals zum Vernunftgebrauch gelangt sind, gleichen den Kindern; darum sind die ihnen erteilten Weihen gültig, wenn auch unerlaubt; bei den übrigen amentes ist zur Gültigkeit des Weiheempfanges die intentio saltem habitualis notwendig.

3) Entsprechend dem Beispiele des Herrn, welcher den von der Besessenheit Geheilten („Legio“) zu seiner Jüngerschaft nicht zuließ Mt 5, 18—20; Mt 8, 38. 39, hält auch die Kirche die Besessenen („a daemone possessi“ Can. 984 n. 3, energumeni) von ihrem Altardienste ferne. Während die Konzilskongregation Weihelandidaten die Zulassung zum Klerikalstand z w e i oder d r e i Jahre nach der Befreiung verweigerte (in Mediolan. 1724 et Panormitan. 1682), gewährte sie Dispense in Forolivien. (Forli) am 27. April 1816 nach Ablauf von 10 Jahren, vgl. W e r n z t. II n. 116 not. 146; R i c h t e r = S c h u l t e: Trid. pag. 340.

4) Handelt es sich um die irr. superveniens, so verleiht der Kodex den Ordinarien eine ausgedehnte Vollmacht: „Wenn Geweihte von solchen Übeln (Fallsucht, Geisteskrankheit, Besessenheit) befallen wurden, so kann der Ordinarius seinen Untergebenen die Ausübung der Weihen wiederum gestatten, vorausgesetzt daß die Heilung mit G e w i ß h e i t feststeht“ Can. 984 n. 3. Kleriker werden Untergebene eines Bischofes durch den Empfang der Tonsur Can. 111 in Verbindung mit den Zuständigkeitsgründen der Cann. 956 sqq. Auch exempten Ordensleuten gegenüber kann ein Bischof zuständig sein, da ja diese, abgesehen von Spezialprivilegien, in der Weiheerteilung auf ihn angewiesen sind Can. 965.

D. Der „defectus sacramenti“ war seit den Tagen der Apostel vorhanden bei Weihelandidaten, welche in ihrem Eheleben die geheimnisvolle Verbindung Christi und seiner einzigen Braut, der wahren Kirche (sacramentum Ep'i 5, 32; Hbr 2, 16) dadurch nicht zur Darstellung brachten, daß sie mehrmals in gültiger Ehe lebten. Freilich hielten manche der Kirchenschriftsteller (Tertullian, Minutius Felix, Athenagoras, Theophilus Antiochenus usw.) die Eingehung einer zweiten und weiteren Ehe für eine Art Unenthaltbarkeit, für „einen noblen Ehebruch“, jedoch gegen die Lehre des heiligen

Paulus 1 Tim 5, 14 und der Kirche Can. 1142. Nach dem Rechte des Roder sind irregulär: „Bigami, qui nempe duo vel plura matrimonia valida successive contraxerunt“ Can. 984 n. 4.

1) Das neue Recht. Die Irregularität entsteht nur durch die gültige Wiederverheiratung eines Mannes (*bigamia vera*). Die zwei oder mehreren Ehen müssen gültig sein. Daraus folgt, daß diese Irregularität nicht entsteht aus dem gleichzeitig Verheiratetsein eines Mannes mit mehreren Frauen. Die erste bzw. frühere Ehe muß also notwendig aufgelöst sein durch Tod, päpstliche Dispense, Glaubensprivileg Cann. 1118 sqq. Ob die Ehen christliche, gemischte oder nichtchristliche (*rata vel legitima matrimonia*) waren, tut nichts zur Sache, wenn sie nur gültig waren. Es genügt auch nach Can. 984, daß die Ehen eingegangen wurden („*contraxerunt*“), während nach dem bisherigen Rechte die Irregularität nicht eintrat, wenn von zwei Ehen eine *unvollzogen* blieb c. 5. De *bigamis* (I 21).

2) Das Recht bis 19. Mai 1918. Außer der *bigamia vera*, welche aus dem Abschluß und Vollzug von zwei oder mehreren gültigen Ehen nacheinander entstand, kannte das bis 1918 geltende Dekretalenrecht noch eine *bigamia interpretativa* und *similitudinaria*. Die b. i. bestand darin, a) daß ein Mann zwei Ehen schloß und vollzog, von denen jedoch eine ungültig war; b) daß ein Mann eine von einem anderen „erkannte“ Frauensperson (Witwe) ehelichte mit Vollzug der Ehe; c) daß ein Ehemann mit seinem ehebrecherischen Weibe nach dem Ehebruch geschlechtlich verkehrte, Santi-Weitner: *Praelectiones*⁴ I 21 n. 3 pag. 203 sqq. — Die b. *similitudinaria*, welche man annahm, wenn ein Majorist oder Professe der feierlichen Gelübde eine Ehe attestierte, war schon bisher *zweifelhaften* Rechtes c. l. n. 11 pag. 207. Nunmehr kommt der defectus beider *bigamiae* in Wegfall, es bleibt nur die *bigamia vera*, vgl. jedoch Cann. 985 n. 3; 2356.

3) Der Apostel Paulus fordert, daß der Bischof (*ἐπίσκοπος* 1 Tim 3, 2), der Priester (*πρεσβύτερος* Tit 1, 5. 6) und der Diakon (1 Tim 3, 12) verschiedene gute Eigenschaften aufweisen, u. a. daß sie seien „*eines Weibes Männer*“ (*μῆας γυναικὸς ἀνδρες*). Die Stellen haben eine dreifache

Auslegung gefunden; sie können, so sagt man, bedeuten:

a) Jeder Bischof, Priester, Diakon müsse verheiratet sein; Chelose dürfen nicht geweiht werden (Vigilantius bei Eftius: Comm. II 648, manche Andersg'äubige der neueren Zeit).

b) Kein Bischof u. w. darf in Vielweiberei leben. c) Kein Ehemann darf zum Bischof, Priester, Diakon genommen werden, wenn er mehr als ein Weib hatte. Der ersten Auffassung widerspricht der Text (*uā-*) sowie das Beispiel und Wort des Paulus, der von allen wünscht, daß sie so seien wie er 1 Kor 7, 7, d. i. e h e l o s, und welcher der Jungfräulichkeit und keuschen Witwenschaft den Vorzug gibt vor dem Eheleben 1 Kor 7, 38—40. — Die zweite Ansicht (Warnung vor Vielweiberei) ist geradezu lächerlich, da ja Paulus die E i n h e i t der Ehe von j e d e m Christen voraussetzt und verlangt 1 Kor 7, 2 ff, und da das römische Gesetz, welches die damals bekannte Welt beherrschte, die Vielweiberei verbot; vgl. Ludwig M i t t e i s: „Volksrecht in den östlichen Provinzen des römischen Kaiserreichs“ 1891 S. 221 ff.; B e r g m a n n: „Das römische Recht“ (1910) § 212 S. 117. — Daß nur die 3. Auffassung die richtige sein kann, ergibt sich

a) aus dem T e x t e (Betonung des „e i n e s Weibes Mann“),

β) aus dem Vergleich mit den W i t w e n, welche nur „eines Mannes Weib“ gewesen sein durften 1 Tim 5, 9; γ) aus der Praxis auch der morgenländischen Kirche vgl. Nov. 6. c. 5; Nov. 22 c. 42; Nov. 123 cc. 12. 14; δ) aus der Auslegung fast aller katholischen und nicht weniger protestantischen Exegeten, wie P l i t t G. L., H o l z m a n n H. J., S i l g e n f e l d A., F r. v o n S o d e n, W e i ß B. und J. — Es ist begreiflich, daß die junge Kirche ihre Bischöfe, Priester und Diakone meist aus der Zahl der Verheirateten suchen mußte, da die echte Jungfräulichkeit eben eine Blüte des Christentums war. Aber wenn Verheiratete genommen wurden, mußten sie in einer gewissen Enthaltksamkeit gelebt haben „als e i n e s Weibes Männer“.

E. Das Gebrechen der rechtlichen Ehrlosigkeit (*defectus famae, infamia*). „Qui infamia iuris notantur“ Can. 984 n. 5; vgl. Cann. 2291 n. 4; 2293—95; Aug. A r n d t S. I. in LQ S. 1918 S. 317 f. Das neue Gesetzbuch der Kirche kennt nur die r e c h t l i c h e Ehrlosigkeit als Grundlage der Irregularität, während die t a t s ä c h l i c h e Ehrlosigkeit ein

bloßes „Weihhindernis“ bildet. „Die rechtliche Ehrlosigkeit (infamia iuris) ist jene, welche für die durch das g e m e i n e Recht a u s g e d r ü c k t e n Fälle festgesetzt wird“ Can. 2293 § 2. Das Sonderrecht von Provinzen oder Diözesen kann darum die rechtliche Ehrlosigkeit nicht verhängen; denn es heißt „iure communi“. Da die Fälle a u s g e d r ü c k t sein müssen (casibus expressis), so folgt, daß es nach dem Roder eine stillschweigende Herübernahme der Ehrlosigkeit (infamia, Aberkennung der Ehrenrechte) nicht gibt; der Satz „Omnes infames esse dicimus quos leges saeculi infames appellant“ c. 2 C. 6. q. 1, geltend für das römische Recht, hat jedenfalls nach dem 19. Mai 1918 keine unmittelbare Geltung mehr zugunsten der Ehrloserklärung der modernen Strafrechtbücher. Wir sagen „u n m i t t e l b a r e Geltung“, da ja die t a t s ä c h l i c h e Ehrlosigkeit immerhin aus solchem Ehrverlust entstehen kann.

1) Die rechtliche oder gesetzliche Ehrlosigkeit kann (wie bisher) eintreten mit vollbrachter Tat (ipso facto) oder erst durch Erklärungs-spruch des kirchlichen Richters (per sententiam iudicis declaratoriam); in letzterem Falle tritt die Irregularität erst mit der Rechtskraft des Urteils ein. In folgenden Fällen tritt die gesetzliche Ehrlosigkeit unmittelbar nach vollbrachter Tat ein (infamia iuris ipso facto): a) Wer einer a k a t h o l i s c h e n Sekte förmlich beitrifft oder sich ihr öffentlich anschließt Can. 2314 § 1 n. 3; b) wer die konsekrirten Gestalten wegwirft oder zu schlechten Zwecken wegnimmt oder zurückbehält Can. 2320; c) wer Leichen oder Grabstätten der Toten zu Diebstahl oder einem anderen schlechten Zwecke schändet Can. 2328; d) wer sich t ä t l i c h vergreift an der Person des regierenden Papstes Can. 2343 § 1 n. 2, der Kardinäle oder Legaten des römischen Papstes ibi § 2 n. 2, zu denen auch die Nunzien und Internunzien gehören Can. 267; e) für die Duellanten und ihre Beiständer (patrini, „Sekundanten“) Can. 2351 § 2, auch bei deutschen Studentenduellen S. C. C. d. 9. Aug. 1889 und Can. 6 n. 2 (E. des Reichsgerichtes v. 6. März 1883); f) für die „Bigamisten“, d. h. Ehegatten, welche trotz des Fortbestandes ihrer Ehe eine andere Ehe (auch „Zivilehe“) attentieren Can. 2356; g) wer rechtskräftig verurteilt wurde

wegen folgender Vergehen gegen das 6. Gebot: Verkehr mit Minderjährigen unter 16 Jahren, der Notzucht, Sodomie, Blutschande, Puppelei Can. 2357—58, auch durch das weltliche Gericht Can. 1553 § 1 n. 2 et § 2. — Durch den Ausspruch des kirchlichen Richters muß die Ehrlosigkeit *erklärt* werden (*sententia declaratoria*), wenn Majoristen des Welt- oder Ordensklerus die im Can. 2357 genannten Verbrechen begehen, sowie Ehebruch, Bestialität und Blutschande mit Blutsverwandten oder Verschwägerten im 1. Grade Can. 2359 § 2. Der Unterschied zwischen Can. 2357 (Laien) und Can. 2359 (Majoristen) wird durch die Erwägung klar, daß eben die Majoristen, das *priv. fori* genießend, erst bestraft werden müssen.

2) Die Irregularität wegen Ehrlosigkeit ist apostolischen Ursprungs und liegt im göttlichen Rechte begründet. Der kirchliche Würdenträger (Bischof, Priester, Diakon) muß sein „untadelhaft“ (*irreprehensibilis* 1 Tim 3, 2; *sine crimine* Tit 1, 7); er muß ein gutes Zeugnis haben auch bei denen, die draußen sind 1 Tim 3, 7. — Bonifaz VIII. faßt die mittelalterliche Anschauung zusammen in die Worte „*Infamibus portae non pateant dignitatum*“ Reg. 87 iur. in 6°. — Die Fälle, in welchen *infamia iuris* mit vollendetem Tatbestand eintritt, wurden gegenüber dem bisherigen Rechte (Majestätsbeleidigung; Kardinalsverletzung; Häresie; Duell; Frauenraub) durch den Kodex etwas vermehrt, aber auch vermindert, und zwar durch den § 4 des Can. 2293, welcher lautet „*Neutra (infamia) afficit delinquentis consanguineos aut affines*“. Die Ehrlosigkeit geht auf Kinder und Kindeskinde nicht mehr über (vgl. c. 5. De poenis V 9 in 6°), noch weniger auf Seitenverwandte. — Ähnlich der *infamia iuris* ist im deutschen Strafrechte „die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte“, doch ist hier der Richterspruch stets Voraussetzung; vgl. Deutsches RStGB. §§ 32 ff.

F. Die Irregularität aus dem *defectus lenitatis* (Herzengsmilde) ist im neuen Gesetzbuch auf zwei ganz bestimmte Fälle beschränkt worden: „*Iudex qui mortis sententiam tulit*“ Can. 984 n. 6, und „*Qui munus carnificis susceperint eorumque voluntarii ac immediati ministri in executione capitalis sententiae*“ Can. 984 n. 7. — Fällung und Ausführung des Todesurteiles.

1) B i s h e r war irregulär, wer als Getaufte (cc. 1. 4. 5. D. 51) zu einem vollstreckten Todes- oder Verstümmelungs-urteile zunächst und unmittelbar mitgewirkt hat, wenn auch in gerechter Weise, wie der Ankläger, der Staatsanwalt, die Geschworenen, welche mit „Schuldig“ stimmten, die Richter, wenn sie das Todesurteil fällten; die Belastungszeugen; — der Scharfrichter (Nachrichter) und dessen Gehilfen. — Die entfernter Beteiligten, wie die Gesetzgeber, welche die Todesstrafe festlegen, die Werkleute, welche das Fallbeil oder Gerüst fertigen, waren nicht irregulär; ebenso nicht die geistlichen Obern, in deren Namen das Todesurteil gefällt und vollstreckt wurde, oder welche einen Kleriker nach der Degradation dem weltlichen Arme übergaben mit der Verwahrung jedoch gegen die Blutstrafe (cum protestatione contra vindictam sanguinis); vgl. c. 9 Ne clericus (III 50); S a n t i - L e i t n e r: Prael.⁴ III 50 n. 2 pag. 459; S o l l - w e d: Kirchenrecht (von Ph. H e r g e n r ö t h e r)² n. 291 S. 220. Von allen diesen Möglichkeiten sind nach dem Kodex nur mehr obige zwei geblieben, welche genauer zu erklären sind.

2) Soll „der Richter, welcher das Todesurteil fällt“, wirklich irregulär sein, so muß: a) der Tod t a t s ä c h l i c h eintreten; b) der Richter muß g e t a u f t sein c. 8 D. 50; cc. 1. 4. D. 51; c) er muß w i r k s a m für das Todesurteil eingetreten sein. Sicher ist darum jener Richter nicht irregulär, welcher in einem Richterkollegium, das die Todesstrafe verhängte, gegen das Todesurteil stimmte. Wahrscheinlich sind jene Richter nicht irregulär, welche auf den Wahrspruch der Geschworenen hin die Strafe bestimmen. Man kann nach der Deutschen Strafprozeßordnung vom 1. Februar 1877 nicht sagen, daß die Richter des Schwurgerichtes das Todesurteil fällen; denn lautet der Spruch (der Geschworenen) a u f s c h u l d i g, so bestimmt das Gericht nach nochmaliger Anhörung der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten die Strafe, StPD. § 314. Wenn man hingegen von den Richtern (z. B. nach dem Standrechte) sagen kann, sie fällen das Todesurteil, so tritt unter den obigen Voraussetzungen die Irregularität sicher ein.

3) Der S c h a r f r i c h t e r (Nachrichter, carnifex) ist nur dann irregulär a) wenn er in Ausübung seines A m t e s

handelt (*munus carnificis susceperint*); b) wenn die Todesstrafe zum tatsächlichen Vollzuge kommt; c) wenn er getauft ist. — Sein unmittelbarer Gehilfe (der „Henker“) wird irregulär unter den gleichen Voraussetzungen wie oben unter b) und c); immerhin muß seine Beteiligung eine freiwillige sein (*voluntarii ministri*). Daraus geht hervor, daß Führer und Soldaten, welche ein Erschießungsurteil vollziehen, nicht irregulär sind; die Führer nicht, weil das „*munus carnificis*“ fehlt; die Soldaten nicht, weil sie im Gegensatz zu „*voluntarii*“ kommandiert werden.

4) Der *Defectus lenitatis* erstreckt sich nicht mehr auf die Teilnahme am Kriege, wenn auch in dem Dekrete „*Redeuntibus*“ d. 22. Oct. 1918 ad caut. lam Dispense gewährt wurde (AAS. 10, 482), noch auf die Ausübung der Chirurgie durch Majoristen und Ordensleute mit nachgefolgtem Tode; indes werden beide Fälle unter anderem Gesichtspunkte später gewürdigt werden.

§ 21. Die Irregularitäten aus einem Verbrechen.

Irr. ex delicto.

Die Irregularitäten aus einem Verbrechen unterscheiden sich von den Irregularitäten aus einem Gebrechen in zweifacher Hinsicht: a) erstere setzen eine äußere schwere Sünde stets voraus (*peccata gravia itemque externa Can. 986*), letztere dagegen entspringen einem Gebrechen, mag dasselbe aus einer Sünde hervorgehen (wie *illegitimitas*, *infamia iuris*) oder nicht; b) bei den Irregularitäten aus einem Verbrechen ist die Dispense unter Umständen auch den Ordinarien oder Beichtvätern eingeräumt, bei den übrigen nicht *Can. 990*. — Die Verbrechen, um die es sich handelt, müssen nach der Taufe begangen sein *Can. 986* mit Ausnahme „der Taufe durch Katholiken“ (*Can. 985 n. 2*), ein Verbrechen, welches eben nur durch die Taufe vollbracht werden kann. — Die irr. ex delicto tritt immer ein, mag das Verbrechen bekannt sein oder geheim *Can. 986*, doch ist die Dispense erleichtert bei geheimen Verbrechen *Can. 990*. — Der Index zählt sieben Irregularitäten aus einem Verbrechen auf: 1) Abfall vom Glauben, Akezerie, Schisma; 2) freiwillige Annahme der von Katholiken gespendeten Taufe; 3) ehebrecherische

und sakrilegische Eheversuche; 4) Tötung eines Menschen; Abtreibung der Leibesfrucht; 5) Selbstverstümmelung; Selbstmordversuch; 6) Ausübung der Heilkunde mit Todesfolge durch Aleriker; 7) unberechtigte Ausübung der Weihen. Diese Verbrechen lassen sich in vier Gruppen zusammenfassen: Verbrechen gegen den Glauben (1 und 2); gegen die eheliche Treue (3); gegen das Leben (4—6); gegen die Standespflichten der Aleriker (7). Neu ist keine dieser Irregularitäten, wenn auch die Form und Ordnung in neuer Gestalt erscheint. Wir behandeln die einzelnen Irregularitäten.

A. Abfall vom Glauben, Häresie, Schisma. Can. 985 n. 1. Diese Irregularität bestand schon bisher, ja sie umfaßte auch die Teilnehmer (complices) sowie die Kinder und Enkel der Häretiker, *Santi-Leitner*: *Praelectiones*⁴ V 7 n. 10 pag. 87 sqq. Die Teilnehmer kommen bei der Irregularität nicht unmittelbar in Betracht; von den Enkeln (nepotes) ist im Roder keine Rede. Dagegen werden uns die „Kinder der Katholiken“ bei den einfachen Weihhindernissen begegnen.

1) Der Roder selbst erklärt die Begriffe „*Apostatae a fide, haeretici, schismatici*“ im Can. 1325 § 2: „Wenn ein Getaufter mit Beibehaltung des christlichen Namens eine von jenen Wahrheiten hartnäckig ableugnet, welche nach göttlichem und katholischem Glauben festzuhalten sind, oder an einer derselben zweifelt, ist er ein *Häretiker*; — wenn er vom christlichen Glauben vollständig abfällt (sich lösmacht, *recedit*), ein *Apostat*; — wenn er aber sich weigert, dem obersten Hirten unterworfen zu sein oder mit den ihm untergebenen Gliedern der Kirche in Gemeinschaft zu stehen, so ist er *Schismaticer*.“ Aus den gegebenen Begriffsbestimmungen erhellt, daß die negative Seite genügt (Abfall vom christlichen Glauben; Leugnung oder Bezweiflung einer Glaubenswahrheit; Verweigerung des Anschlusses an das Haupt und die Glieder der Kirche). Der positive Anschluß an ein System, eine Sekte, eine schismatische Gemeinschaft ist nicht notwendig. Durch Can. 1325 § 2 ist somit der Unterschied gefallen zwischen *haeretici* und *credentes haereticis*; denn *haeretici* waren bisher jene Katholiken, welche einer selbstgegründeten oder fremden Sekte sich anschlossen, während die *credentes haereticis* durch Wort oder Tat eine Glaubenswahrheit leugneten oder bezweifelten,

jedoch sich nicht von der Gemeinschaft der Kirche trennten. Im *Straf- und Ehrechte* ist auch jetzt noch ein Unterschied geblieben nach *Can. 2314 § 1 n. 3; 1065*. Wer vom Glauben abfällt oder eine Glaubenswahrheit leugnet oder bezweifelt ohne Anschluß an eine akatholische Sekte, ist Apostat bzw. Häretiker und darum exkommuniziert *Can. 2314 § 1* und irregulär nach *Can. 985 n. 1*. Wer aber einer akatholischen Sekte beitrifft oder ihr öffentlich sich anschließt, ist zugleich ehrlos (*infamia iuris*) *Can. 2314 § 1 n. 3* und darum doppelt irregulär nach *Can. 985 n. 1* und *Can. 984 n. 5*. — Die Irregularität bleibt auch nach der Befehrung der Apostaten, Häretiker und Schismatiker bis zur Dispense *Can. 983*.

2) Wer die Häresie oder das Schisma im guten Glauben von seinen Eltern oder Voreltern überkommen hat und niemals sich der katholischen Wahrheit bewußt wurde, ist (im Gewissensbereiche) nicht exkommuniziert *Can. 2242 § 1* und nicht irregulär *Can. 986*. Von den Söhnen solcher gutgläubiger Häretiker und Schismatiker wird bei den Weihen Hindernissen zu handeln sein.

3) Die Teilnehmer der Häretiker (*complices haereticorum: credentes, receptores, fautores, defensores*) wurden gemäß dem bisherigen Rechte irregulär nach einem Jahre, *Santi-Leitner: Praelectiones⁴ V 7 n. 10 a*; nach dem Rodez scheinen sie nicht irregulär zu werden. Die „credentes haereticis“ fallen jetzt weg, wie wir oben sahen. Bezüglich der Begünstiger bestimmt *Can. 2316*: „Wer in irgendeiner Weise die Ausbreitung der Häresie freiwillig und wissentlich begünstigt, oder wer eine gottesdienstliche Gemeinschaft, wie sie *Can. 1258* verbietet, mit den Häretikern unterhält, ist verdächtig der Häresie *Can. 2316*. Wenn aber ein der Häresie Verdächtiger auf Mahnung hin den Verdachtsgrund nicht entfernt, so werde er verlustig erklärt der „kirchlichen Rechtsakte“ (*Can. 2263*) und außerdem werde er, wenn Kleriker, nach wiederholter vergeblicher Mahnung von der Ausübung der Weihengewalt (*a divinis Can. 2279 § 2 n. 2*) suspendiert; wenn aber der des Irrglaubens Verdächtige sechs Monate nach Verhängung der Strafe sich nicht bessert, gelte er als Häretiker, den Strafen der Häretiker verfallen“ *Can. 2315*. Da nun unter den Strafen der

Häretiker Can. 2314 § 1 die Irregularität nicht aufgezählt ist, so verfällt auch der Teilnehmer an der Häresie der Irregularität nicht. Die Irregularitäten, und zwar auch die aus einem Verbrechen, sind zunächst Hindernisse Cann. 983; 988, wenn sie auch als Strafe empfunden werden.

Wer den Primat oder das unschlbare Lehramt des Römischen Papstes leugnet oder in Frage stellt, ist dann irregulär, wenn die Leugnung oder die Anzweiflung nach außen (externe Can. 986) geschieht. — Auerkennt jemand den Primat, weigert er sich aber, dem Papste sich zu unterwerfen, so ist er als Schismatiker irregulär Can. 1325 § 2. — Lehrt ein Katholik in schwer sündhafter Weise den Satz: „Gott wirkt kein Wunder, das du selbst nicht wirkst“, oder den anderen: „So sind die Wunder ewig vergangen und künftig zugleich, doch niemals gegenwärtig und wie Phantome ewig unsaßbar“, so ist ein solcher Katholik als Apostat irregulär.

B. Der Empfang der Taufe, gespendet von Katholiken.

Can. 985 n. 2 bestimmt: „Irregulär aus einem Verbrechen sind jene, welche sich die Taufe durch Katholiken auf irgendeine Weise erteilen ließen, den Fall äußerster Not ausgenommen.“ Zum Eintreten der Irregularität gehören folgende Erfordernisse: 1) Es handelt sich um die T a u f e, nicht um ein anderes Sakrament, auch genügt nicht die Vornahme der Ceremonien (ohne Taufe). 2) Unter K a t h o l i k e n („acatholici“) werden im Roder verstanden jene Personen, welche außerhalb der katholischen Kirche stehen, also h i e r Häretiker und Schismatiker, und zwar ob bewußt oder unbewußt (bona oder mala fide); vgl. Can. 987 n. 1. 3) Die Empfänger der Taufe müssen diese mit B e w u ß t s e i n von Katholiken empfangen entweder anordnend oder wenigstens zulassend. Darum sind von der Irregularität frei: a) alle K i n d e r und Personen ohne Vernunftgebrauch Can. 88 § 3; Can. 12; b) alle Erwachsenen, welche die akatholische Taufe o h n e s c h w e r e S ü n d e zuließen Can. 986; c) alle jene, welche in der Todesgefahr l e i n e n a n d e r e n Täufer fanden Can. 985 n. 2; Can. 742. — Die bisherige Irregularität ex a b u s u b a p t i s m i (baptismatis) war viel weiter, sie traf namentlich die einfache und (höchstwahrscheinlich) auch die bedingte W i e d e r h o l u n g der Taufe; vgl. S a n t i - L e i t n e r: Praelectiones⁴ V 9 n. 6 pag. 110; B e n e d i k t XIV. in Syn. l. 7. ep. 6 nn. 2. 3; ll. 1. 2. C. N e s. bap. isma (1,6).

C. Die Verheirathung trotz eines Standeshindernisses.

Can. 985 n. 3. Es gibt drei Standeshindernisse: das der Ehe, der höheren Weihe, des Ordensgelübdes. Wer eine Ehe geschlossen hat, bei der entweder der Mann selbst oder die Frau durch ein Standeshindernis gebunden war, ist irregulär.

1) Wer eine Ehe attentiert, auch durch den bloßen bürgerlichen Akt, obschon er selbst oder die Frau, mit der er sich verbinden will, durch eine gültige Ehe gebunden ist, wird dadurch irregulär Can. 985 n. 3; vgl. S. 171. Die Voraussetzungen sind folgende: a) Ein gültiges Eheband (auch einer nicht vollzogenen Ehe) muß entweder den Mann oder die Frau verpflichten oder auch beide. b) Trotz dieser Ehe(n) verheiratet sich der Mann entweder vor der Kirche oder bloß in bürgerlicher Ehe, freilich ohne Erfolg entweder wegen des entgegenstehenden Ehebandes („matrimonium attentare ausi sunt“) allein oder auch wegen etwaiger anderer Hindernisse. War jedoch die Ehe auch ungültig wegen fehlenden Konfenses seitens des Mannes (Zwang, Furcht, Unkenntnis), so dürfte die Irregularität in Wegfall kommen, vgl. Can. 2229 § 3 n. 3. — Diese Irregularität entspricht dem Ehehindernisse des *crimen attentato matrimonio* Can. 1075 n. 1; indes geschieht im Can. 985 n. 3 des „ehelichen Verkehres“ keine Erwähnung, wodurch die neue Irregularität von der früheren der *bigamia interpretativa* sich unterscheidet, welche u. a. darin bestand, daß ein Mann zwei Ehen einging und vollzog, von denen eine ungültig war.

2) Wer eine Ehe attentiert, auch durch den bloßen bürgerlichen Akt, trotz seiner höheren Weihe (vom Subdiaconat aufwärts Can. 949), der wird irregulär Can. 985 n. 3. Nach dem früheren Rechte redete man hier von einer *bigamia similitudinaria*, deren Bestand jedoch angezweifelt wurde (vgl. oben S. 168). Die Voraussetzungen für die attentierte Ehe sind die gleichen wie oben unter 1. Die höheren Weihen müssen gültig und nicht unter dem Einfluß von schwerer und ungerechter Furcht empfangen sein Can. 214; 1994 § 2.

3) Die gleiche Irregularität tritt ein „bei Männern, welche eine Ehe attentieren, auch durch bloßen bürgerlichen Akt, trotz der feierlichen oder einfachen sogar zeitweiligen Ordensgelübde, die entweder sie oder die betreffenden Frauenpersonen abgelegt hatten“ Can. 985 n. 3. Für Weibekandida-

ten mit feierlichen Ordensgelübden galt wie für die Majoristen die *bigamia similitudinaria*. Nunmehr gilt die irr. ex delicto mit Sicherheit a) für Männer mit feierlichen Gelübden; b) für Männer mit jenen einfachen Gelübden, welche eine Ehe ungültig machen (Jesuitenorden); c) für Männer, welche Frauen mit feierlichen Gelübden (ungültig) heiraten. Schließen Männer mit einfachen (auch zeitweiligen) Gelübden ohne trennende Wirkung eine Ehe, oder sind die Frauen, mit denen sie die Ehe eingehen, durch gleiche Gelübde gebunden, so sind die Ehen *positis ponendis* gültig, wenn auch unerlaubt und mit Zensuren belegt Can. 2388. Ist die Ehe tatsächlich gültig, so ist die Irregularität mindestens zweifelhaft, darum praktisch nicht vorhanden Can. 15; denn der Wortlaut des Can. 985 n. 3 („attentare“) trifft hier nicht zu, wie Can. 646 § 1 n. 3 beweist. Ist jedoch die Ehe, z. B. wegen Klandestinität beim bürgerlichen Akte Can. 1099, ungültig, so tritt die Irregularität ein.

D. Verbrechen und Vergehen gegen das menschliche Leben Can. 985 nn. 4—6. Der Kodex zählt folgende Verbrechen und Vergehen gegen das menschliche Leben auf: I. Tötung eines Menschen und Abtreibung der Leibesfrucht n. 4; II. Verstümmelung und versuchter Selbstmord n. 5; III. Ausübung verbotener Heilkunde durch Kleriker mit Todesfolge n. 6.

Ia. „*Irregulares ex delicto sunt, qui voluntarium homicidium perpetrarunt.*“ Um diese Irregularität genau zu verstehen, müssen die einzelnen Ausdrücke genauer erklärt werden. a) Die „Tötung eines Menschen“ (*homicidium*) steht im Gegensatz zur Tötung eines Tieres (*pauperies* D. 9, 1) und einer nicht geborenen Leibesfrucht (*occisio fetus humani*). b) Die Tötung kann: a) öffentlich (*h. publicum*) und privat (*privatum*); β) freiwillig und zufällig sein (*h. voluntarium, h. casuale*).

1) Wer eine „öffentliche Tötung“ d. h. eine Tötung im Namen der Staatsgewalt vornahm, sei es in einem Kriege, sei es durch eine Hinrichtung, wurde bisher irregulär wegen mangelnder Herzensmilde (*ex defectu lenitatis*). Davon ist nur mehr ein schwacher Rest in der Irregularität des Richters, des Scharfrichters und seiner freiwilligen un-

mittelbaren Gehilfen (Can. 984 n. 7) geblieben. Aus der Teilnahme am Kriege erwächst keine Irregularität; freilich wer entgegen den Gesetzen des Kriegesrechtes auch einen Feind *p r i v a t i m* tötet, entgeht der irr. *ex hom. voluntario* (Can. 985 n. 4) nicht.

2) War bei der Tötung das Willensmoment vollständig ausgeschaltet (rein zufällige Tötung, *homicidium mere casuale*), so ist keine Irregularität vorhanden. — War die Tötung zwar freiwillig, aber ohne Schuld, weil notwendig zur Verteidigung des Lebens, der Keuschheit oder auch bedeutender Güter (*Notwehr*, *hom. necessarium*), so tritt dann keine Irregularität ein, wenn die Schranken der Notwehr beobachtet wurden (*cum moderamine inculpatae tutelae*) Can. 986; Trid. sess. 14 c. 7 d. r. Dagegen verursacht die private Tötung die irr. *ex delicto*, wenn sie gewollt war (*h. voluntarium*), sei es mit Überlegung (Mord Deutsches StGB. § 211, *h. dolosum*), sei es ohne Überlegung (Totschlag § 212, *h. culposum*).

3) Zwischen der gewollten und der rein zufälligen Tötung liegt ein Mittelding: die zwar zufällige, aber in den Ursachen gewollte Tötung (*homicidium casuale-mixtum* i. e. *voluntario*), wenn nämlich der Tötende entweder sich einer unerlaubten Beschäftigung hingibt oder wenn er bei einer erlaubten Handlung den gebotenen Fleiß vernachlässigt. Wenn ein Kleriker gegen das Verbot der Kirche Heilkunde oder Wundheilkunde betreibt, so begeht er (abgesehen vom Notfall) ein *h. casuale-mixtum*, auch wenn er den größten Fleiß anwendet. Ebenso begeht ein Arzt oder Wundarzt ein *h. casuale-mixtum*, wenn er bei seiner Behandlung den gebotenen Fleiß außer acht läßt. Voraussetzung in beiden Fällen ist, daß der Tod eintritt. — Bewirkt nun nach dem Roder das *h. casuale-mixtum* die Irregularität nach Can. 985 n. 4? Aug. Egger OSB., Seckau, bejaht die Frage (ZNS. 1920 S. 100); wir glauben sie verneinen zu dürfen. Die Gründe sind folgende: a) Man kann mit Recht zweifeln, ob in dem Ausdruck „*homicidium voluntarium*“ die gemischt-zufällige Tötung einbegriffen ist. Das Gesetz des Can. 985 n. 4, welches „die freie Ausübung von Rechten einschränkt“ (Can. 19), muß darum in diesem Punkte, als

zweifelhaft, e n g e ausgelegt werden Can. 19. Dazu kommt, daß zweifelhafte Gesetzesbestimmungen überhaupt nicht verpflichten Can. 15. — b) Can. 985 n. 6 bestimmt eigens, daß das homicidium casuale-mixtum von Mörkern, welche gegen das Verbot der Kirche die Heilkunde ausüben, Irregularität bewirkt. Das würde nicht notwendig sein, wenn bereits im „h. voluntarium“ diese Irregularität einbegriffen wäre. — c) Bisher war den Ordinarien die Vollmacht eingeräumt, in g e h e i m e n Fällen des h. casuale-mixtum zu dispensieren Trid. sess. 24 c. 6. d. r. und sess. 14. c. 7. d. r. Diese Vollmacht wäre ihnen ohne Grund entzogen Can. 990 § 1, wollte man das h. voluntarium auch auf die gemischt-zufällige Tötung ausdehnen. — Fassen wir das Ganze zusammen, so ergibt sich: Die Irregularität des Can. 985 n. 4 entsteht n i c h t: aus der Tötung im Auftrage der Staatsgewalt, aus der Notwehr und aus der rein zufälligen Tötung (h. publicum, necessarium; mere casuale). Diese entsteht sicher aus Mord und Totschlag (h. voluntarium dolosum, h. v. culposum). Diese Irregularität entsteht wahrscheinlich nicht aus der gemischt-zufälligen Tötung (h. casuale-mixtum).

4) Außer den „Tötenden“ werden von der Irr. des Can. 985 n. 4 betroffen alle B e i h e l f e r „omnes cooperantes“. Nach Can. 2209 müssen wir den Begriff „cooperantes“ erklären von allen, welche durch B e f e h l, R a t und wirksame Z u s t i m m u n g sich an der Tötung beteiligen, vgl. c. 3 De hom. (V 4) in 6^o; dagegen sind die N i c h t v e r h i n d e r n d e n (non impedientes) stets frei von der Irregularität, mögen sie zur Verhinderung durch die Nächstenliebe oder auch durch die Gerechtigkeit verpflichtet gewesen sein Can. 2209 § 6; S. A l f o n s u s in Theol. mor. De irreg. n. 376.

Ib. Abtreibung der Leibesfrucht. Im Roder Can. 985 n. 4 lautet das Gesetz: „Qui . . . fetus humani abortum procuraverunt, effectu secuto, omnesque cooperantes.“ Bevor wir auf die rechtliche Erklärung eingehen, sei eine kurze Worterklärung vorausgeschickt.

1) „A b o r t u s“ (auch abortum oder abortio) ist die „unzeitige Geburt“, d. h. die Geburt zu einer Zeit, in der das Kind nicht lebensfähig ist. Vom abortus ist zu unterscheiden die „b e s c h l e u n i g t e G e b u r t“ partus praematurus,

d. i. die Geburt eines lebensfähigen Kindes. Diese kann nach dem 6. Monate aus entsprechendem Grunde erlaubt sein S. C. Inq. d. 4. Maii 1898 ad I. (ME. X 2 pag. 52). — „*A. fetus humani*“; es muß sich also handeln um eine „menschliche“ Frucht, freilich bleibt zu beachten: „*fructus ventris mulieris praesumitur fetus humanus*“; immerhin sollen mit *fetus humanus* andere Gebilde wie „Nachgeburt, Molen“ ausgeschlossen sein. — „*Procurare*, herbeiführen“ bedeutet „den abortus mit inneren oder äußeren Mitteln als Ziel erstreben.“ Wird durch ein Mittel nicht der abortus angestrebt, sondern ein anderes Ziel, z. B. die Gesundheit der Mutter, so ist bei entsprechendem Grunde die Anwendung des Mittels erlaubt, auch wenn zufällig der abortus erfolgt (*procuratio abortus indirecta*).

2) Liegt das Verbrechen vor (vgl. Deutsches StGB. §§ 218—220), so tritt die Irregularität nur dann ein, wenn der Versuch mit Erfolg („*effectu secuto*“) begleitet war Can. 985 n. 4, doch kommt es nicht auf die Art der Herbeiführung an. Der Can. 985 n. 4 unterscheidet auch nicht zwischen *fetus animatus* und *inanimatus*, ein Unterschied, welcher in Anlehnung an den *Septuagintatext* Ex 21, 22. 23 vom *Decretum Gratiani* cc. 8—10 C. 32 q. 2, von Innozenz III. in c. 20 De hom. (V 12), endlich von Gregor XIV. durch die Konst. „*Sedes Apostolica*“ vom 31. Mai 1591 trotz der Beseitigung durch Sixtus V. in der Konstitution „*Effrenatam*“ festgehalten wurde bis zur Einführung des Roder, freilich nicht bei den Zensuren, sondern nur bei den Irregularitäten. Man nahm die Ausstattung des fetus mit einer menschlichen Seele erst einige Zeit nach der Empfängnis an (bei Knaben 40 Tage, bei Mädchen 80 Tage nach der Empfängnis; vgl. Lv 12, 4 ff). — Wie bei der Tötung (Ia 4), so werden auch bei der schwer sündhaften *procuratio abortus* die *Teilnehmer* (*cooperantes*) irregulär. — Über die kirchlichen Strafen der *procurantes abortum* handelt Can. 2350 § 1 (*excommunicatio Ordinario reservata l. s.; depositio clerici f. s.*).

IIa. Die Verstümmelung findet in Can. 985 n. 5 folgende Aussprache: „*Qui seipsos vel alios mutilaverunt.*“ Das Recht des Roder gleicht hier dem alten; darum kann sich die Erklärung an die bisherige Auslegung anschließen. „*Ver-*

stümmelung, mutilatio“ ist nur dann gegeben, wenn ein selbstständig funktionierendes Glied des eigenen oder fremden Leibes abgetrennt oder unbrauchbar gemacht wird, wie eine Hand, ein Fuß, ein Auge, ein Ohr, die Nase, die Geschlechtsorgane (*genitalia, mamillae in femina*). Geschieht es ohne schwere Sünde, so kommt die Irregularität *ex delicto* in Wegfall, freilich kann die *i. ex defectu corporis* (s. oben S. 163) eintreten. Auch die unrichtige Auffassung von Mt 19, 1 „*sunt eunuchi qui seipsos castraverunt propter regnum caelorum*“ durch Selbstentmannung (Origenes bei G. Rauschen: Patrologie² 1906 S. 58) würde die Irregularität herbeiführen, schwere Sünde vorausgesetzt. Freilich hat Papst Klemens III. (1187—91) bei einem Priester auch ohne schwere Sünde den *defectus corporis* angenommen, weshalb er ihn zum „Altardienst“ nicht mehr zuließ c. 4 *De corpore vitiat* (I 20).

IIb. Selbstmordversuch Can. 985 n. 5. Diese Irregularität, vollständig neu, ist in die Worte gefaßt: „*Qui . . . sibi vitam adimere tentaverunt*“ und wird beleuchtet durch Can. 1240 § 1 n. 3 und durch Can. 2350 § 2; hier werden die Strafen ausgesprochen, dort wird die Entziehung des kirchlichen Begräbnisses bestimmt. Für die Irregularität ist es genügend, wenn der Selbstmordversuch tatsächlich geschah unter Begehung einer schweren Sünde Can. 985 n. 5 und Can. 986; das gilt auch für die Strafen, welche aber erst gefällt werden müssen Can. 2350 § 2. Soll aber das Begräbnis entzogen werden, so muß die Tat geschehen sein „mit freier Überlegung, *deliberato consilio*“ Can. 1240 § 1 n. 3. Außer der Irregularität, welche von selbst eintritt, können die Mönche suspendiert und ihrer Seelsorgepfünden und -ämter beraubt werden Can. 2350 § 2. — Tritt durch den Selbstmordversuch eine **Verstümmelung** ein, so kommen noch die Irregularitäten *ex delicto mutilationis* und *ex def. corporis* in Frage.

III. Verbotene Ausübung der Heilkunde durch Mönche mit Todesfolge. Can. 985 n. 6. Schon bisher bestand eine doppelte Irregularität, welche Mönche treffen konnte für unberechtigte Ausübung einer gewissen Arzneikunde: die Irregularität wegen mangelnder Herzensmilde (*ex def. lenitatis*), wenn Majoristen oder Ordensmänner mit feier-

lichen Gelübden die chirurgische Tätigkeit durch Schneiden oder Brennen ausübten (*incidendo vel adurendo*), wenn der Tod auch ohne ihre Schuld eintrat; dann die *Irr. ex del. homicidii casualis-mixti vel mutilationis*. Can. 985 umschreibt die jetzt geltende i. ex delicto in n. 6 mit folgenden Worten: „*Clerici medicam vel chirurgicam artem sibi vetitam exercentes, si exinde mors sequatur.*“

Erläuterung: 1) Diese Irregularität trifft nur „*clerici*“, sowohl der höheren als der niederen Reihen; daher nicht die Laien; sollen Laien getroffen werden, so muß eine freiwillige Tötung oder Verstümmelung (Can. 985 nn. 4 u. 5) geschehen sein. — 2) Es handelt sich um die „*medica vel chirurgica ars*“ d. h. die Ausübung der Heilkunde in den verschiedensten Arten (Allo-, Homöo-, Elektrohomöopathie; Wasser- und Naturheilkunde usw.) sowie der Chirurgie oder Wundarzneikunde, welche hauptsächlich „*per incisionem et adustionem*“ geschah c. 9. Ne clerici (III 50). — 3) Aber nur dann tritt die Irregularität ein, wenn die Heil- und Wundarzneikunde den Klerikern verboten war („*sibi vetitam*“); darum tritt sie nicht ein, wenn ein „*Ap o s t o l i s c h e s J n d u l t*“ die Ausübung erlaubte Can. 139 § 2, oder wenn ein Notfall sie gebot. Ein Notfall ist dann gegeben, wenn bei Abwesenheit eines Berufsarztes oder eines sonst Kundigen der Kleriker handeln muß. — 4) Endlich muß der Tod des Behandelten eintreten, und zwar „*exinde*“, d. h. nicht nur bei dieser Gelegenheit, sondern aus dieser Ursache, aus der Ausübung der Arznei- oder Wundarzneikunde durch den Kleriker. — Selbstverständlich muß bei dem Kleriker eine solche Sünde vorliegen Can. 986.

E. Mißbrauch der Weihegewalt (*abusus ordinis*). Der „*Mißbrauch der Weihegewalt*“ kann wie nach dem bisherigen Rechte, so auch nach dem Kodex in zweifacher Weise geschehen: einmal durch Ausübung einer nicht empfangenen Weihe (Anmaßung einer Weihe, *usurpatio ordinis*), dann durch die Ausübung einer Weihe seitens eines durch Strafen Behinderten (*exercitium ordinis per clericum poena impeditum*). Wir würdigen die beiden Fälle nach dem Kodex und notieren die kleinen Abweichungen vom bisherigen Rechte.

I. „Sunt irregulares ex delicto: qui actum ordinis, clericis in ordine sacro constitutis reservatum, ponunt, vel eo ordine carentes vel . . prohibiti“ Can. 985 n. 7. Mit Irregularität bedroht ist die **Anmaßung einer höheren Weihe**. 1) Nur wer sich die den Majoristen reservierte Weihewalt anmaßt, ist irregulär. Darum trifft die Irregularität nicht Laien oder Kleriker, welche sich die Weihewalt einer niederen Weihe anmaßen, so den Dienst eines Akolythen, eines Exorzisten durch Vornahme der Exorzismen (vgl. jedoch Can. 1151), eines Lektors durch Erteilung der dem Lektor zukommenden Segnungen (Can. 1147 § 4). Auch wird ein Laie z. B. Alumnus des Priesterseminars (ohne Tonsur) nicht irregulär, wenn er die stellvertretende Tätigkeit eines Klerikers als Subdiakon beim Hochamt ausübt; denn diese Stellvertretung ist ja den Minoristen bzw. Tonsuristen eingeräumt, vgl. Dekret der Ritenkongregation vom 10. (14.) März 1906 (ME. 18. 111 nn. 1. 7) unten § 27. Mit der Freiheit von der Irregularität hält freilich die Freiheit von der Sünde nicht gleichen Schritt. — 2) Nach Can. 118 zerfällt die Gewalt in der Kirche in eine Weihe- und in eine Regierungsgewalt. Nur wer eine **Weihewalt** sich anmaßt, z. B. die Weihe der Osterkerze (Nicht-Diakon); die heilige Messe, die sakramentale Absolution, die Spendung der Letzten Ölung (Nicht-Priester); die Erteilung der Weihen, der Firmung (Nicht-Bischof), wird irregulär. Wer die kirchliche Gesetzgebungs-, Richter-, Straf-, Verwaltungsgewalt usurpiert, mag schwer sündigen und bestraft werden, die Irregularität tritt nicht ein. — 3) Der Ausdruck „ponunt“ betont den amtlichen Charakter der Weiheausübung, so in der Amtstracht, soweit diese erforderlich ist, z. B. für den Diakondienst beim Hochamte.

Die Ansicht von **Sollwed in Ph. Hergentröthers „Kirchenrecht“** 2. S. 226 n. 298¹: „Die Spendung dieser Sakramente, nämlich der **feierlichen Taufe** und der heiligen **Kommunion** **extra casum extremae necessitatis** ohne Bevollmächtigung des Pfarrers oder Bischofs hat für den **Diakon Irregularität** zur Folge“, welche **Lehmkuhl** Aug.: Theol. mor.¹² II. n. 1285 teilt, ist unhaltbar; denn der Diakon besitzt nach dem Pontifikale die Gewalt zu **taufen** (Diaconum oportet ministrare ad altare, baptizare et praedicare; cf. Apg 8, 12. 16. 38; 1 Kor 1, 17), eine Gewalt, welche Can. 741 in folgende Worte kleidet: „Außerordentlicher Spender der feierlichen Taufe ist der Diakon, der jedoch seine Gewalt nicht ausüben soll ohne **Erlaubnis** des

Ortsordinarius oder Pfarrer, für deren Gewährung ein rechtmäßiger Grund gefordert ist; ist eine Not vorhanden, so wird die Erlaubnis rechtmäßig präsumiert." St. Alfons fordert in seiner Theol. mor. de baptismo n. 116 gewichtige Gründe: die Menge der Täuflinge; Krankheit oder Zensur des Pfarrers; Beschäftigung mit Beicht hören oder Predigen. Der Diakon hat die Taufgewalt („sua potestate utatur“), also maßt er sie sich nicht an; er hat der Voraussetzung nach die Erlaubnis (licentia) nicht; darum maßt er diese sich an; das ist aber keine Anmaßung einer Weihengewalt, sondern einer Bewilligung. — Wenn der Diakon feierlich tauft, so darf er den Gesamtritus vollziehen, ausgenommen die Salz- und Wasserweihe S. R. C. d. 10. Febr. 1888 n. 3684 Was von der feierlichen Taufe gesagt wurde, bestimmt Can. 845 auch von der Spendung der heiligen Kommunion, nur wird hier statt des rechtmäßigen Grundes ein gewichtiger Grund verlangt; auch diese Bestimmung harmoniert mit dem Römischen Pontifikale, wo die Diakone „comministri et cooperatores corporis et sanguinis Christi“ und „dispensatores mysteriorum Dei“ genannt werden; vgl. Justinus M. in apologia Ia c. 66. Im Notfalle darf und muß der Diakon die heilige Begehrung spenden, und hiebei allein ist es ihm auch gestattet, den Segen mit der Eucharistie zu erteilen Cann. 1147 § 4; 1274 § 2; 845 § 2, und zwar vor dem Weggange vom Kranken und vor der Reposition in der Kirche Rit. Rom. tit. 4 cp. 4. nn. 20, 23. Bei der gewöhnlichen Kommunionverteilung betet der Diakon, angetan mit der stola transversa: „Indulgentiam“ etc. mit gefalteten Händen oder bekreuzt sich selbst und unterläßt den Segen am Schluß S. R. C. d. 14. Aug. 1858 n. 3074 ad 1 und Runz Christian: „Levit. und Assistenten“ (1901) S. 187. — Ob ein Priester, welcher ohne rechtliche oder apostolische Vollmacht die Firmung oder die niederen Weihen erteilt, irregulär wird, wie z. B. Lehmkühl behauptet in Theol. mor. II n. 1285 ad 2, ist nach dem Rodez nicht so klar, vgl. Can. 985 n. 7 mit Can. 782 § 2 und Can. 951 sowie Can. 949; es gilt also Can. 15 „Leges in dubio iuris non urgent, etiam irritantes et inhabilitantes.“

Vergleicht man das bis 19. Mai 1918 geltende Recht mit dem des Rodez, so ergeben sich durch letzteren zwei wichtige Klärungen: a) Das neue Recht trifft auch die Laien, welche sich einen Akt der höheren Weihen anmaßen, während das bisher zweifelhaft war nach Titel De clerico non ordinato ministrante (V 28); b) nur die Anmaßung eines Aktes der höheren Weihen macht nach Can. 985 n. 7 irregulär, während man bisher dies annahm bei jenen Akten auch der niederen Weihen, welche von Laien nicht ausgeübt zu werden pflegen, so bei der Segnung „von Brot und allen neuen Früchten“ (Pontificale in ordinatione lectorum Can. 1147 § 4), so bei der Vornahme von Exorzismen sowie bei der Stellvertretung des Subdiacons. Zu diesen Klärungen

kommen noch die **Strafen**, welche auf Anmaßung gewisser Weiheakte nach dem neuen Rechte gesetzt sind; diese Weiheakte sind: a) erheuchelte Darbringung der heiligen Messe; b) Abnahme einer sakramentalen Beicht; c) andere priesterliche Funktionen; d) widerrechtliche Ertheilung der Firmung. Wer ohne Priesterweihe die Darbringung der heiligen Messe erheuchelt oder eine sakramentale Beicht abnimmt, verfällt der dem Apostolischen Stuhle besonders reservierten Exkommunikation (l. s.); einem Laien soll außerdem sein kirchliches Gehalt oder Amt entzogen werden neben anderen Strafen nach Schwere der Schuld (f. s.); ein Kleriker aber soll abgesetzt werden (f. s.) Can. 2322 n. 1. — Handelt es sich um andere priesterliche Funktionen, so strafe ihn der Ordinarius nach Schwere der Schuld (f. s.) ibi n. 2. — Ein Priester, der es wagt, ohne rechtliche oder apostolische Vollmacht das Sakrament der Firmung zu spenden, werde abgesetzt (f. s.); überschreitet er aber die Grenzen seiner Firmungsvollmacht, so soll er sofort dieser Vollmacht verlustig gehen (l. s.) Cann. 2365; 782.

II. Die zweite Art von Mißbrauch der Weihe (*abusus ordinis*) besteht darin, daß ein durch Strafe behinderter Kleriker einen Akt der höheren Weihen ausübt — „*Qui actum ordinis, clericis in ordine sacro constitutis reservatum ponunt . . . ab eius exercitio poena canonica sive personali, medicinali aut vindicativa, sive locali prohibiti*“ Can. 985 n. 7. Aus dem Texte geht hervor, daß es sich auch hier nur um Akte der höheren Weihen handelt. Darum verfällt ein exkommunizierter Laie, Tonsurist, Minorist oder Majorist niemals der Irregularität, wenn er die *ordines minores* ausübt.

1) Wir beschränken uns auf die Erklärung des zweiten Theiles dieser Irregularität „*ab eius exercitio . . . prohibiti*“. Der Kleriker muß an der Ausübung eines Weiheaktes verhindert sein durch eine der folgenden kirchlichen Strafen: a) durch eine „*poena canonica*“, d. h. eine Strafe, welche der Kodex festgelegt hat als *p. latae sententiae* Can. 2217 § 1 n. 3; b) durch eine „*p. personalis*“, welche eintritt, wenn ein kirchlicher Oberer oder Richter eine Strafe verhängt entweder aus freiem Ermessen Can. 2222 oder in Verhängung einer *p. canonica ferenda e sententiae* Can. 2217 § 1 n. 3; c) durch eine „*p. medicinalis*“ oder Zensur Cann. 2216;

2241 sqq., nämlich durch eine Exkommunikation Can. 2261, durch ein persönliches Interdikt Can. 2275 n. 2 oder durch eine Suspension Can. 2279 § 2 nn. 2—9; d) durch eine „p. vindicativa“ oder eine Sühnestrafe, welche sich auf Weiheakte bezieht Can. 2298; vgl. auch Cann. 2291; 2373; e) durch eine „p. localis“, wie sie das Ortsinterdikt Cann. 2270 sqq. mit sich bringt. — Indes muß man bei diesen Strafen genau beachten, wie durch dieselben ein Akt der höheren Weißen verboten wird. Zuweilen ist die Suspension nicht ein Strafe (poena), sondern nur die Entziehung einer Erlaubnis (licentia), wie nach S. C. EE. et RR. d. 2. Martii 1866 ad V, Cann. 874 sqq.; in diesem Falle tritt die Irregularität nicht ein, auch wenn der so Suspendierte einen den Majoristen reservierten Weiheakt setzt.

2) Auch tritt die Irregularität nicht ein, wenn der durch eine kirchliche Strafe Behinderte von den Gläubigen um die Spendung von Sakramenten und Sakramentalien *ersucht* wird gemäß der Cann. 2261 §§ 2; 3; 2275 n. 2; 2284; dergleichen auch dann nicht, wenn eine schwere Sünde nicht vorliegt Can. 986.

3) Zunächst trifft diese Irregularität die Majoristen; allein wenn eine Strafe die Weihehandlungen schlechthin ausschließt, z. B. die Exkommunikation, so könnte auch ein Nicht-Majorist der Irregularität verfallen, der dann aus doppeltem Grunde irregulär wird propter usurpationem et propter abusum ordinis.

4) Setzt der durch eine kirchliche Strafe Behinderte keinen Akt der höheren Weißen, sondern *empfängt* er eine höhere Weihe, so wird er dadurch nicht irregulär, vgl. das Motuproprio Pius' X. „Gravi iamdiu scandalo“ d. 9. Febr. 1911; ebensowenig wird er irregulär, wenn er einen *Jurisdiktionsakt* ausübt, z. B. als kirchlicher Richter einen Urteilspruch fällt Can. 1573 § 4, als geistlicher Patron auf eine Pfründe präsentiert usw. Freilich wenn mit dem Empfange der Weihe eine Weiheaussübung verbunden ist, so wenn ein exkommunizierter Diakon die Priesterweihe empfängt und dabei mit dem weihenden Bischöfe die Messe mitfeiert (Can. 803), oder wenn mit dem Jurisdiktionsakte ein Akt der Weihe verbunden ist, wie bei Auspendung des Bußsakramentes Can. 872,

so tritt wegen Ausübung des Weiheaktes in der Strafe die Irregularität ein. — Diese Gedanken sind schon im Dekretalenrechte sinnig zusammengefaßt im Titel *De clerico excommunicato, deposito vel interdicto ministrante* (V 27), nur hat der Roder das ministrare eingeschränkt „in actibus ordinum maiorum“.

§ 22. Die Weihehindernisse.

Von den Irregularitäten, welche in der Regel ständige Hindernisse bilden Can. 983, getrennt behandelt der Roder in Can. 987 jene Weihehindernisse, die ihrer Natur nach vorübergehend sind. Die meisten dieser Hindernisse fanden sich schon bisher, freilich in etwas veränderter Form, und zwar als Gebrechen (*defectus*). Can. 987 zählt sieben Fälle auf, die wir jedoch in drei Gruppen zusammenfassen wollen: Mangel der Glaubensfestigkeit, der rechtlichen Freiheit, des guten Rufes.

A. Mangel der Glaubensfestigkeit. Wir haben hier zwei Hindernisse, nämlich bei Neubekehrten und bei Kindern von Apatholiken.

I. Weihehinderniß der Neubekehrten. „*Neophyti, donec, iudicio Ordinarii, sufficienter probati fuerint*“ Can. 987 n. 6. Dieses Weihehinderniß ist apostolischen Ursprungs 1 Tim 3, 6. „Nicht ein Neubekehrter, damit er nicht, vom Dünkel aufgeblasen, dem Gerichte des Teufels anheimfalle.“ Unter „Neubekehrten“ verstand man nur die „Neugepflanzten“, d. i. die durch die Taufe Christo Eingepflanzten, Röm 6, 5; c. 1, D. 48, also nicht die neubekehrten Häretiker, öffentlichen oder geheimen Sünder. Letztere zurückzuhalten ist Sache der Moral und Askese; die Häretiker werden durch Can. 985 n. 1, die öffentlichen Sünder durch Can. 984 n. 5 und Can. 987 n. 7 von den Weihen ferngehalten. Papst Gregor I. dehnte den Begriff „neophyti“ im c. 2. D. 48 auf die „neugebackenen“ Mönche aus. — In Anlehnung an die bisherige Lehre und Praxis trifft das Weihehinderniß n. 6 des Can. 987 nur die „Neugebauten“. Für den „geordneten Aufstieg“ (c. 2 D. 48) der neugeschaffenen Ordensleute hat der Roder anderweitig gesorgt Cann. 975 sqq.; 996 sqq.; 573 sqq. — Will ein „Neu-

befehrter" sich dem Priesterstande widmen, so hat der *Ordinaris* das Urteil über die hinreichende Bewährung zu fällen.

II. Weihenindernis der Söhne von Katholiken.

„Sunt simpliciter impediti filii acatholicorum, quamdiu parentes in suo errore permanent“ Can. 987 n. 1. 1) Auch dieses Hindernis bestand schon vor dem 19. Mai 1918 als Irregularität, welche man jedoch nicht recht zu klassifizieren mußte; ebenso tauchten in älterer und neuerer Zeit Zweifel auf, ob die Irregularität auch für Deutschland gelte, bis die S. C. S. Off. am 4. (5.) Dezember 1890 (mitgeteilt am 14. Dezember 1890) an den Erzbischof von Köln die bekannte Antwort erteilte: „Filios haereticorum ad 1. et 2. gradum per lineam paternam, per maternam vero ad 1. dumtaxat, esse irregulares, etiam in Germania et in aliis locis de quibus petitur.“ Also die Söhne und Enkel (letztere nur väterlicherseits) der Häretiker, auch der gutgläubigen, galten nicht nur in katholischen Ländern, sondern seit obiger Entscheidung auch in gemischten und akatholischen Gebieten als irregulär. — 2) Man beachte nun die bedeutenden Unterschiede zwischen der Zeit vor und nach dem 19. Mai 1918: a) Vorher bestand eine wirkliche Irregularität, jetzt ein einfaches Weihenindernis. b) Vorher waren auch Enkel irregulär, gegenwärtig nur die Söhne. c) Früher kamen nur die Häretiker in Frage, jetzt alle Katholiken. — 3) Verhindert sind die Söhne der Katholiken, also die Söhne akatholischer Eltern, eines akatholischen Vaters oder einer akatholischen Mutter. a) Unter Katholiken sind nicht nur die Häretiker zu verstehen, sondern auch die Schismatiker (Can. 1060) sowie die Ungetauften, Juden, Mohammedaner, Heiden gemäß Can. 1099 § 1 n. 2 und § 2, dagegen nicht Katholiken, welche zwar das Verbrechen der Apostasie, Häresie oder des Schismas begehen Can. 1325 § 2, aber nicht eine eigene Sekte bilden oder sich einer anschließen Cann. 2314 § 1 n. 3; 1065 § 1. b) Nicht nur die Söhne der bewußten Katholiken sind behindert, sondern auch jene der gutgläubigen Schismatiker, Häretiker und Ungetauften; denn Can. 987 n. 1 sagt selbst „quamdiu in suo errore permanent“, wie überhaupt

der Ausdruck „acatholici“ oft von gutgläubigen Katholiken gebraucht wird, z. B. Cann. 1061—1065; 1099; 1258; 2319 usw. — Behindert sind auch die Söhne aus *Mischhen*, selbst wenn alle Vorschriften der Kirche erfüllt wurden. CC. d. 16. Oct. 1919 n. 13. (AAS. 11, 478.) c) Die Behinderung hört von selbst auf, wenn beide Eltern sich vom Irrtum abgewendet haben. Dies ist möglich und gewöhnlich durch die *Bekehrung* zur katholischen Kirche, aber auch durch den *Tod*; denn der Irrtum verschwindet, mag das Schicksal in der Ewigkeit welches nur immer sein *Ja* 2, 19; *Stu*ß: „Geist“ S. 93³. d) Auch der illegitime Sohn eines Katholiken ist behindert, vorausgesetzt daß die Vaterschaft feststeht vgl. Can. 1116. Ist der Vater *unbekannt*, so bedarf der Sohn Dispense nach Can. 984 n. 1 (defectus natalium); ist es zweifelhaft, ob der illegitime Vater katholisch ist, so ist Dispense nach Can. 984 n. 1 notwendig, das *Hinder*nis des Can. 987 n. 1 aber kann der Ordinarius durch Dispense beheben Can. 15.

B. Mangel der kanonischen Freiheit. Die meisten der Hindernisse, welche Can. 987 nn. 2—5 anführt, wurden bisher beim defectus libertatis behandelt. Die rechtliche oder kanonische Freiheit eines Weibekandidaten wird beeinträchtigt: 1) durch das *Eheband*; 2) durch die Last der *Rechen*schaft; 3) durch die *Sklaverei*; 4) durch den *Militärdienst*.

I. Das Eheband als Weibehindernis Can. 987 n. 2 „Viri uxorem habentes“. Wir sahen oben (S. 117), daß *Ehemänner*, welche zwei oder mehrere gültige Ehen schlossen, irregulär sind Can. 984 n. 4. Hier handelt es sich um Männer, welche im fraglichen Augenblick eine *Ehefrau* haben. 1) *Bi*sher galt folgendes Recht: Ein Ehemann konnte geweiht werden, wenn entweder seine Ehe aufgelöst oder für immer der ehelichen Gemeinschaft nach getrennt war (*separatione thori ac mensae perpetua*), oder wenn sein Ehefrau die freiwillige Zustimmung gab und das ewige Keuschheitsgelübde ablegte, und zwar in einem Kloster, wenn das jugendliche Alter eine Gefahr der Unenthaltbarkeit befürchten ließ, sonst in der Welt. Diesem ewigen Keuschheitsgelübde wurde von manchen Kanonisten *ehetrennende* Kraft zugeschrieben, Benedikt XIV. in Syn. l. 13. c. 12. n. 16, dagegen c. 1 De voto (III 15) in 6^o. — 2) Nach dem *de*o *de* x

kann ein Ehemann geweiht werden: a) wenn seine Ehe durch den Tod Can. 1118 oder die feierliche Profess Can. 1119 oder durch die Wiederverheiratung Can. 1126 seiner Ehefrau oder durch päpstliche Dispense Can. 1119 aufgelöst ist; denn er ist nicht mehr „vir uxorem habens“ Can. 987 n. 2; b) wenn seine Ehe durch immerwährende Scheidung von Tisch und Bett getrennt ist (separatione vitae communionis perpetua) Can. 1130; c) sonst nur mit apostolischer Dispense Can. 132 § 3. Hat ein Ehemann ohne diese Voraussetzungen die höheren Weihen empfangen, auch im guten Glauben, so ist ihm die Ausübung dieser Weihen untersagt Can. 132 § 3. Wenn ein Ehemann nach Empfang der höheren Weihen aus seiner Ehefrau Vater wird, so gilt diese Nachkommenschaft vor der Kirche als illegitim Can. 1114.

II. Die Last der Rechenschaftsablegung. „Qui officium vel administrationem gerunt clericis vetitam cuius rationes reddere debeant, donec, deposito officio et administratione atque rationibus redditis, liberi facti sint“ Can. 987 n. 3. Haben Laien oder Kleriker solche Ämter oder Verwaltungen inne, welche Rechenschaftsablegung erfordern und die den Klerikern untersagt sind, so sind beide behindert, solange sie die Ämter innehaben und ihnen die Entlastung nicht erteilt ist. Diese Bestimmung gleicht dem Titel im Dekretalenrechte De obligatis ad ratiocinia ordinandis vel non (I 19). Solche Ämter sind die eines Geschäftsstellvertreters (procurator), eines Geschäftsführers (Syndikus), eines Testamentsvollstreckers, eines Vormünders, eines Vereinsrechners usw. — Bei den Standespflichten des Klerikers werden wir sehen, daß die Kleriker die Erlaubnis des Ordinarius benötigen: a) zur Übernahme von Bürgschaften Can. 137; b) zur Geschäftsführung von Gütern, welche den Laien gehören Can. 139 § 3; c) zur Übernahme von weltlichen Ämtern, welche Rechenschaftsablegung verlangen ibidem. d) Handel- und Geschäftsunternahmen sind den Klerikern schlechthin verboten Can. 142. Ohne Erlaubnis der zuständigen Obern gelten diese Beschäftigungen als „clericis vetita“; darum kommt Can. 987 n. 3 in Frage.

III. Der Sklavenstand: „Servi servitute proprie dicta ante acceptam libertatem“ Can. 987 n. 5. Die eigentliche

„Sklaverei“ wird von Florentinus in l. 4 § 1 D. De statu hom. (5, 1) begrifflich erklärt als „constitutio iuris gentium qua quis dominio alieno contra naturam subicitur“. Welche Verdienste die Kirche sich um Eindämmung der Sklaverei erwarb, haben wir anderswo gezeigt (Zeiter M.: „Eherecht“³ § 21 S. 84); vgl. die beiden Enzykliken Leo's XIII. vom 5. Mai 1888 an die Bischöfe Brasiliens und vom 20. Juni 1888 De libertate humana an die Bischöfe des Erdkreises, wo der weise Papst die geschichtliche Entwicklung und die philosophisch-theologische Würdigung der Frage gibt (ME. V 2 pag. 85—92 und 106—116). Auch das Hindernis des Irrtums im Sklavenstande einer Person ist im Roder geblieben Can. 1083 § 2 n. 2. — Wo obiger Begriff bei der Sklaverei vorhanden ist, da treten die beiden Hindernisse ein. Wir zweifeln nicht, daß auch bei der „S a u s s e s s l a v e r e i“, welche sich in den deutschen Kolonien findet, der Begriff vorhanden ist, freilich in bedeutender Mäßigung. Sklavenraub und Sklavenhandel wird nach Gesetz vom 28. Juli 1895 (RGBl. S. 425) bestraft RStrGB. § 234. — Die Freiheit kann durch Schenkung, Loskauf und Richterspruch erlangt werden. In diesem Falle hört das Hindernis auf.

IV. Der Militärdienst. Schon bisher behaupteten einige Kanonisten, daß die Pflicht zum Militärdienst die Weihesakandidaten ex def. libertatis irregulär mache, so S ä g m ü l l e r: Kirchenrecht³ I § 51 S. 221; G e i g e r K. A.: in „Passauer M. Schr.“ Bd. 26 S. 15 und 29. Der Roder stellt ein Weihehindernis auf mit folgenden Worten: „Qui ad ordinarium militare servitium civili lege adstringuntur, antequam illud expleverint“ Can. 987 n. 5. Die Voraussetzungen dieses Weihehindernisses sind folgende: a) Es muß sich um den o r d e n t l i c h e n Militärdienst (Cann. 121; 141; 188 n. 6; 2379) oder um den „aktiven“ Dienst im Frieden oder im Kriege handeln. b) Dieser Dienst muß vom S t a a t e zur Pflicht gemacht sein. Ist die Dienstpflicht erfüllt, so verschwindet das Weihehindernis. Die CC. dehnte das Hindernis aus auch auf die zum Militärdienst Verpflichteten, wenn sie wegen jugendlichen Alters oder wegen z e i t l i c h e r Untauglichkeit nicht eingezogen sind d. 2. (3.) Iunii 1918 (AAS. 10, 344). Über die Befreiung der Aleriker vom Mili-

tärdienst handelt ausführlicher das privilegium immunitatis. Ist jedoch ein Krieg tatsächlich ausgebrochen, so bindet das Weihhindernis die zum Kriegsdienst Verpflichteten gemäß Dekret der Konsistorialkongregation „Ut ius certum“ vom 2. Januar 1917, wonach ein Minorist zum Subdiakonat überhaupt nicht und ein Majorist zu höheren Weihen nur mit Erlaubnis des Heiligen Stuhles befördert werden darf (AAS. 9, 15—16).

C. Verlust des guten Rufes. Das Gesetzbuch der Kirche bestimmt im Can. 987 n. 7: „Qui infamia facti laborant, dum ipsa, iudicio Ordinarii, perdurat.“ Gegenüber der „infamia iuris“, welche eine irregularitas ex defectu bildet (Can. 984 n. 5), und gegenüber dem bisherigen Rechte entsteht aus der „infamia facti“ nur ein Weihhindernis, nicht mehr eine Irregularität. Dieses Hindernis kann entspringen einem Verbrechen oder Vergehen, aber auch einer unehrenhaften Handlung (vgl. Can. 986), wodurch tatsächlich der gute Ruf bei rechtlich Denkenden (Can. 2147 § 2 n. 3) verlorengeht. Der gute Ruf kann wieder hergestellt werden durch ernste Lebensbesserung oder durch Bekanntwerden der Unschuld. Die Ehrlosigkeit kann aufhören durch Veränderung des Aufenthaltes, vorausgesetzt daß der schlimme Ruf nicht auch an den neuen Ort dringen wird. Das Urteil über das Aufhören dieser Infamie steht dem Ordinarius zu Can. 987 n. 7, dem wir auch jenes über den Eintritt zuschreiben müssen. Wie aus der weltlichen Aberkennung der Ehrenrechte die infamia facti entstehen kann, wurde S. 170 gezeigt.

§ 23. Dispense von Irregularitäten und Weihhindernissen.

In den Cann. 990; 991 sind die Träger der Dispensgewalt, die Art des Dispensgesuches und die Wirkung der Dispense angegeben.

I. Träger der Dispensgewalt sind: die Beichtväter, die Ordinarien und der Heilige Stuhl.

1. Jeder Beichtvater besitzt die Vollmacht, in den geheimen Fällen der Irregularität aus Verbrechen, wenn sie dringender Natur sind, zu dispensieren, aber nur zur Ausübung der Weihe Can. 990 § 2. Der Beichtvater kann die bei

ihm beichtenden Meringer dispensieren ohne Rücksicht darauf, ob die Beichtkinder aus der Pfarrei, Ordensfamilie oder Diözese des Beichtvaters sind Can. 881 § 1. — Diese Vollmacht erstreckt sich nur auf die Irregularitäten aus einem Verbrechen Can. 985, und zwar nur dann, wenn die Fälle geheim sind. Aber auch hier gibt es Ausnahmen, nämlich wenn die Irregularitäten entweder aus freiwilliger Tö t u n g oder aus erfolgreicher A b t r e i b u n g der Leibesfrucht oder aus M i t h i l f e hiezu entspringen Can. 985 n. 4, oder wenn andere Verbrechen vor das r i c h t e r l i c h e Forum gezogen sind Can. 990 § 1. Der Begriff „g e h e i m“ richtet sich hier (im Gegensatz zu Can. 1037) nach Can. 2197 nn. 4; 1. Wenn das Vergehen weder in die Öffentlichkeit gedrungen noch Gefahr läuft, bekannt zu werden, so ist der Fall geheim. Geheim ist eine Irregularität auch dann, wenn zwar ein Teil des Verbrechens bekannt ist, jedoch nicht der andere Teil, welcher die Grundlage für die Irregularität mitbildet. Ein Meringer, durch Lesung verbotener Bücher nach Can. 2318 exkommuniziert, liest die heilige Messe. Geheim ist der Fall nicht nur, wenn Zensur und Messelesen geheim sind, sondern auch, wenn entweder die Zensur geheim ist oder das Messelesen; cf. Can. 985 n. 7. — Der Beichtvater kann nur dann dispensieren, wenn es sich um einen casus u r g e n t i o r handelt, in welchem der Ordinarius nicht mehr erreicht werden kann ohne Gefahr eines großen Schadens oder für den guten Ruf Can. 990 § 2 vgl. Can. 1045 § 3. — Nur zur A u s ü b u n g der bereits empfangenen Weihen kann der Beichtvater die Dispense erteilen, ibi (also für die i. ex delicto occulto superveniens). — Selbstverständlich kann der Beichtvater nicht im äußeren Forum dispensieren, wohl aber im i n n e r e n Forum, und zwar im sakramentalen und n i c h t s a k r a m e n t a l e n Forum. Der Beweis für diese Behauptung ergibt sich: a) für den Ausschluß des äußeren Forum aus Cann. 202 § 3; 1045 § 3; 2197 n. 4; b) für das d o p p e l t e forum internum aus den Cann. 202 § 2; 990 § 2; 1045 § 3 und 1044. Darum kann auch der Beichtvater innerhalb und außerhalb der sakramentalen Beichte dispensieren.

2. Der O r d i n a r i u s kann dispensieren von allen Irregularitäten, welche einem g e h e i m e n Verbrechen entspringen, ausgenommen sind die gleichen wie unter 1. Frei-

sich kann der Ordinarius auch den **A u f s t i e g** zu den oberen Weihen gestatten neben der Erlaubnis zur Ausübung derselben (*super irregularitatibus antecedentibus et supervenientibus*). Die Dispensvollmacht kann der Ordinarius in **e i g e n e r** Person oder durch einen **a n d e r e n** zur Ausführung bringen; sie gilt *pro foro interno sive sacramentali sive non sacr.* — Außer den Vollmachten auf Grund des c. „*Licet*“ Can. 990 § 1 (bisher c. „*Licet*“ 6. sess. 24. Trid. d. r.) kann der Ordinarius noch dispensieren in allen zweifelhaften Irregularitäten, wenn die Tatsache zweifelhaft ist (*in dubio facti*), vorausgesetzt, daß der Papst zu dispensieren pflegt Can. 15. — Auch kann er **e i g e n e** Vollmachten von Rom erlangt haben; vgl. jedoch das Dekret „*Proxima*“ S. C. Cons. d. 25. Apr. 1918 (AAS. 10, 190—92). — Der Begriff „*Ordinarius*“ umfaßt die Residenzbischöfe; die Äbte und Prälaten mit eigenem Gebiete; deren Generalvikare, Administratoren; die Apostolischen Vikare und Präfecten; deren Stellvertreter während der Erledigung, z. B. Kapitelsvikare; die höheren Obern in den exempten, und zwar klerikalen Ordensgenossenschaften, Can. 198.

3. Der **P a p s t** kann auch ohne Grund in den rein kirchenrechtlichen Irregularitäten und Weihenhindernissen dispensieren, dagegen nicht in jenen, welche auf dem bedingten Naturrechte fußen, so gewisse Körper- und Geistesgebrechen (Stummheit, Taubheit, ständiger Irrsinn); vgl. AAS. 13, 436.

Zur Dispense ist notwendig ein „gerechter und vernünftiger Grund“. Wenn der Ordinarius oder Beichtvater ohne einen solchen Grund die Dispense gewährte, wäre dieselbe nicht nur unerlaubt, sondern auch ungültig Can. 84.

II. Das **Dispensgesuch** wird für das **ä u ß e r e** oder das **i n n e r e** Forum abgefaßt. Die Dispensgesuche für das **ä u ß e r e** Forum müssen enthalten: 1) den **W i t t s t e l l e r** nach Namen und Alter; 2) die **I r r e g u l a r i t ä t** oder das **W e i h e h i n d e r n i s** nach Art (*specie*, vgl. Can. 989), bei der freiwilligen Tötung z. aber auch nach der Zahl der verbrecherischen Handlungen („*numero delictorum*“ Cann. 991 § 2 und 989); die **D i s p e n s g r ü n d e**, um so mehr und gewichtiger, je schwieriger das Hindernis

ist; 4) die Empfehlung des Ordinarius. — Die Dispensgesuche für das innere Forum enthalten das gleiche, nur werden für die Person *erdictete* Namen gebraucht.

III. Das Dispensreskript bewirkt entweder die *Dispensation* selbst oder die Gewährung der *Vollmacht* an den Ordinarius. Die Auslegung des Reskriptes richtet sich nach den allgemeinen Grundsätzen der Cann. 36 sqq. (oben S. 51). Doch gelten hierüber folgende besondere Normen:

Wurden im Dispensgesuch Irregularitäten oder Hindernisse *bös willig* verschwiegen (*mala fide*), so erstreckt sich die gegebene (auch allgemeine) Dispense sicher nicht auf die so verschwiegenen Can. 991 § 1; vgl. Can. 42. Das gleiche gilt, wenn *homicidium voluntarium* (hier auch die Zahl der *delicta* Can. 991 § 2), *procuratio abortus*, *cooperatio ad utrumque*, *alia delicta ad forum iudiciale deducta* auch im guten Glauben verschwiegen werden Can. 991 § 1; 990 § 1; 985 n. 4. Wurden dagegen *sonstige* Hindernisse und Irregularitäten im guten Glauben verschwiegen, so gilt eine *allgemeine* Dispense auch für die verschwiegenen Can. 991 § 1. Wenn aber das Dispensreskript überhaupt nur für eine Irregularität oder ein Hindernis gegeben wurde, so geht die Wirkung so weit wie der Wortlaut.

Bei einer ganz allgemeinen Gewährung einer Dispense gilt dieselbe auch für die *höheren* Weihen sowie für die *Benefizien*, auch die *Seelsorgebenefizien*, deren Verleihung nicht im Konsistorium geschieht Can. 991 § 3. Im Konsistorium werden die Benefizien der Patriarchen, Primaten, Metropolitane, Erzbischöfe und Bischöfe (auch Titularbischöfe), Prälaten und Äbte mit eigenem Jurisdiktionsgebiet (*Nullius*) verliehen, vgl. *Sixtus V.* in der Konst. *Immensa* d. 22. Jan. 1587; *Juan B. Ferreres S. J.*, „*La Curia Romana*“ (Madrid 1911) n. 346 pag. 173. Darum genügt eine gewöhnliche Dispense nicht zur Erlangung obiger Würden, wozu noch treten die Kardinalswürde und das Amt eines „höheren Obern in einer klerikalen Ordensgenossenschaft mit Exemption“ Can. 991 § 3. Zu diesen „*Superiores maiores*“ gehören: der Abtprimas; der Abtpräses einer monastischen Kongregation; der Abt eines selbständigen Klosters, wenn solches auch zu einer monasti-

schen Kongregation gehört; die Ordensgeneräle und Provinziale und deren Stellvertreter Can. 488 n. 8.

Die Dispense, welche außer der Beicht im inneren Forum gewährt wird, muß schriftlich abgefaßt werden; dieselbe muß in einem Geheimschreiben der (bischöflichen) Kurie aufliegen Can. 991 § 4. Über das Geheimschreiben bzw. das Geheimarchiv der Kurie handeln Cann. 379 sqq. — Hat der Beichtvater in der Beicht selbst dispensiert, so erfolgt keine Aufzeichnung der Dispense. Hat er aber außer der Beicht in foro interno dispensiert, so ist der Fall mit erdichtetem Namen an das Geheimarchiv des Ordinariates zu senden.

Wenn der Apostolische Stuhl die Dispense in Irregularitäten oder Weihhindernissen gewährt, so ist die Sakramentenkongregation zuständig, vgl. Can. 249; nur für Priester gewährt die Konzilskongregation Dispense in Irregularitäten aus einem Verbrechen; hier tritt die Lebensführung des Klerus in den Vordergrund Can. 250 § 1. Der Kodex enthält hierüber keine ausdrückliche Bestimmung; darum gilt die Entscheidung der Konsistorialkongregation vom 28. Nov. 1911 (ME. 23. 486). — In geheimen Fällen von Verbrechen oder Vergehen dürfte die Pönitentiarie zuständig sein Can. 258 § 1, eine Vollmacht, welche besonders bei homicidium voluntarium, procuratio abortus und cooperatio hierbei praktisch sein wird.

§ 24. Unmittelbare Vorbereitung auf die Weihen.

Da nun die Erfordernisse, einerseits der positiven Eigenschaften, anderseits der Freiheit von gewissen Hindernissen, behandelt sind, erübrigt uns, die unmittelbaren Vorbereitungen auf die Weihen zu würdigen; es sind drei, nämlich: a) das Bittgesuch um die Weihen; b) die Vorlage der Weihezeugnisse; c) die Abhaltung der Weiheexerzitien.

I. Bittgesuch. Zur rechten Zeit vor den Weihen haben die Weihelandidaten sowohl des Welt- als des Ordensklerus dem zuständigen Bischofe oder dessen Stellvertreter ihr Vorhaben mündlich oder schriftlich kundzutun und um die Erteilung der Weihen zu bitten Can. 992; Pont. Rom. I. pag. 5.

II. Weihezeugnisse. a) Ein Kandidat des Weltpriesterstandes benötigt folgende Zeugnisse:

1) Für die erste Tonsur das Tauf- und Firmzeugniß Cann. 777—778; 798—799; sollte ein solches Zeugniß nicht beigebracht werden können, so genügt die Aussage zweier Zeugen oder eines einwandfreien Zeugen oder des mit Vernunftgebrauch Getauften oder Gefirmten Cann. 779; 800; — für die übrigen Weihen das Zeugniß der unmittelbar vorangehenden Weihe Can. 993 n. 1; Can. 1010 § 2.

2) Die Studienzeugnisse gemäß den Anforderungen für die betreffende Weihe (Can. 976, oben S. 147 f.) Can. 993 n. 2;

3) die Sittenzeugnisse des Seminarvorstandes, des „Ephor“, des Pfarrers (Can. 1000) Can. 993 n. 3;

4) die Weihesittenzeugnisse (Testimoniales) für den Aufenthalt außerhalb des Bistums Can. 993 n. 4, davon Näheres unten;

5) die Exerzitienzeugnisse nach Can. 1001 § 4; zuweilen braucht ein Weihekandidat noch folgende weitere Zeugnisse:

6) die Entlasszeugnisse lit. excardinationis („Exeat“), ausgestellt vom eigenen Bischofe Can. 112 (oben S. 135);

7) die Einverleibungszeugnisse lit. incarcerationis, ausgestellt vom neuen Bischof Can. 112 (oben S. 135);

8) die Weiheerlaubnischeine lit. dimissoriae, ausgestellt vom zuständigen Bischof oder Ordensobern zur Weiheerteilung Cann. 955 sqq. (oben S. 137 f.).

b) Ordensleute benötigen, wenn ihr Weiherecht dem der Weltkleriker gleich ist, noch das Zeugniß der höheren Obern (Provinzial, Generalobern) neben den obigen Zeugnissen Can. 993 n. 5; freilich manche Zeugnisse, z. B. des Seminarvorstehers, dürften dadurch ersetzt werden. — Handelt es sich aber um exempte Ordensleute (Can. 964 nn. 1—3), so bedürfen die Weihekandidaten nur (Can. 995 § 2) der Dimissorien, in welchen neben der Ordensprofess und der Zugehörigkeit zu dem Ordenshause die übrigen Erfordernisse bezeugt werden Can. 995 § 1.

III. Die Weihesittenzeugnisse (Testimoniales literae) Cann. 993; 994. Wenn ein Weihekandidat geraume Zeit in einer fremden Diözese verweilte, so benötigt

er des Weihesittenzeugnisses vom Ordinarius dieser fremden Diözese Can. 993 n. 4. Hiefür gelten folgende Normen: 1) *Zeitliche Voraussetzungen*: Der Aufenthalt in der fremden Diözese a) muß sein nach dem *Reifealter* von 14 Jahren Cann. 994 § 1; 88 § 2 (bisher nach dem 7. Lebensjahre); b) muß gedauert haben für *Soldaten* wenigstens drei Monate; für die übrigen wenigstens sechs Monate, und zwar im Zusammenhang, der nicht physisch, sondern moralisch zu fassen ist Can. 994 § 1; c) indes steht es dem ordinierenden Bischofe frei, solche Zeugnisse auch für die Zeit vor dem Reifealter und für kürzeren Aufenthalt zu verlangen ibi § 1. Die bisherige Rechtsnorm findet sich bei *Santi-Weitner*: *Praelectiones*⁴ I. 11 Appendix pag. 156 sqq. — 2) *Ersatz*. Wenn der Ordinarius der fremden Diözese in Ermangelung von Nachrichten ein Zeugnis nicht auszustellen vermag, oder wenn wegen häufigen Aufenthaltswechsels es sehr schwierig ist, alle treffenden Zeugnisse beizubringen, so kann der *Ergänzungs Eid* (iuramentum suppletorium) an Stelle der lit. testimoniales treten Can. 994 § 2 (vgl. Can. 1023) oder auch neben besonders dürftigen Zeugnissen verlangt werden. — 3) *Wiederholung*. Wenn der Weihesandidat nach Ausstellung des Sittenzeugnisses und vor der Erteilung der betreffenden Weihe (Weihen) in einer anderen oder in der gleichen fremden Diözese drei bzw. sechs Monate verweilt, so braucht er neue Testimoniales Can. 994 § 3; ebenso wenn er nach empfangener Weihe bis zur nächsten Weihe die gleiche Zeit auswärtz sich aufhält. — 4) *Für Ordensleute* braucht der ordinierende Bischof die Testimoniales gerade so wie für Weltkleriker, wenn für jene das Weiherecht dieser gilt Can. 964 n. 4; Can. 993; für die *exempten Ordensleute* nicht Can. 964 nn. 1—3; Can. 995 § 2.

Die Normen für die Testimoniales unterscheiden sich vom bisherigen Rechte in zwei Punkten: a) bezüglich der „*Zeit von wann*“: bisher vom vollendeten 7., jetzt vom vollendeten 14. Lebensjahre an; b) bez. des *Ergänzungs Eides*, den die Bischöfe kraft eigener Vollmacht verlangen können, bisher iure delegato. Ein Weihesandidat der Münchener Erzd. Diözese war über drei Monate je in drei bayerischen Diözesen als Soldat in der Garnison, dann im Felde in je zwei belgischen und französischen und als Gefangener ein Jahr lang in einer englischen Diözese; er kommt nach Holland als Austauschgefangener und verweilt in der Erzd. Diözese Utrecht fünf Monate. Er war Soldat in den sieben

ersten Diözesen; er benötigt also nach dem Rechte die Testimonials aus den betreffenden Bistümern. Immerhin kann sich der Ordinarius mit dem Ergänzungsseide zufrieden geben; denn das „nimis difficile“ des Can. 994 § 2 ist hier sicher gegeben, besonders wenn man nicht den einzelnen Fall, sondern die allgemeine Pflicht betrachtet. Für die englische Diözese benötigt er an sich die Testimonials sicher, da ja das Verweilen über sechs Monate reicht, allein für Utrecht scheint die Pflicht zweifelhaft zu sein. Can. 994 § 1 gebraucht den Ausdruck „pro militibus“. Dieser muß enge ausgelegt werden nach Can. 19, also von aktiven Soldaten. Die besonderen Gefahren, welche für die „milites“ einen kürzeren Zeitraum erheischen, fallen für die Kriegs- und Austauschgefangenen weg.

Sehr wichtig sind die Sittenzeugnisse jener Weihelandidaten bzw. Seminaristen, welche aus anderen Seminarien oder aus Ordenshäusern **entlassen** wurden. Das bis zum 19. Mai 1918 geltende Recht, eingeführt durch das Dekret Vetuit der Konzilskongregation vom 22. Dezember 1905, ist sehr streng: Kein entlassener Seminarist durfte in ein anderes Seminar aufgenommen werden ohne Erlaubnis des Apostolischen Stuhles. Die Milde rung des Rode x enthält Can. 1363 § 3: „Die aus Seminarien oder religiösen Genossenschaften (Orden, Kongregationen) Entlassenen dürfen keine Aufnahme finden, wenn nicht der Bischof S i c h e r h e i t erlangt hat, daß sie frei sind von jeder Makel für ihren künftigen Beruf; die Mitteilungen, für deren Wahrheit das Gewissen belastet wird, müssen die betreffenden Obern erteilen“ (Grund der Entlassung, Sitten, Charakter, Anlage).

IV. Die Verkündigungen. Jeder Kandidat einer höheren Weihe muß in seiner Pfarrkirche öffentlich verkündet werden Can. 998; Trid. sess. 23. c. 5. d. r. 1) Also nicht nur die Kandidaten der Subdiaconatsweihe (wie es schon bisher in vielen Diözesen üblich war), sondern auch die der Diaconats- und Priesterweihe sind öffentlich zu verkünden. 2) Ausgenommen sind nur die Ordensleute mit ewigen Gelübden, feierlichen oder einfachen ibi § 1. 3) Die Verkündigungen sollen stattfinden „in paroeiali cuiusque candidati ecclesia“. Weder das Trienter Konzil noch der Rode x bestimmt, ob die Verkündigungen geschehen sollen in der Pfarrkirche der Geburt (originis) oder des Domizils (domicilii). Für beide sprechen Gründe; indes wir entscheiden uns für die Pfarrkirche des Domizils; denn dieses ist nach dem Rode x für das Weiherecht maßgebend Can. 956; auch

bisher wurde es schon so geübt, vgl. z. B. *Rituale Passavien*. 1893 pag. 430. — 4) Innerhalb der Messfeier eines gebotenen Feiertages oder auch sonst, wenn das Volk in größerer Masse zusammenströmt, soll verkündet werden Can. 998 § 2. Wenn die Weihe nicht erteilt wurde, so lebt nach 6 Monaten die Pflicht der Verkündigung wieder auf ibi § 3. Indes kann der Ordinarius aus gerechter Ursache *d i s p e n s i e r e n* in einzelnen oder allen diesen Vorschriften, sie *v e r s c h ä r f e n* (auch in anderen Kirchen) oder sie *e r s e z e n* durch Anschlag an die Kirchentüre während einiger Tage, von denen einer ein Festtag sein muß ibi § 1. — 5) Die Weiheverkündigungen sind gleich den Eheverkündigungen eigentliches *P f a r r e c h t* Can. 462 n. 4. — 6) Alle Gläubigen sind verpflichtet, ihnen bekannte etwaige *W e i h e h i n d e r n i s s e* dem Ordinarius oder Pfarrer vor der Weihe *k u n d z u t u n* Can. 999 „*pro Deo et propter Deum; verumtamen (exiens) memor sit conditionis suae*“, Pont. Rom. in ordinatione presbyteri I pag. 45. — 7) Auch kann der Ordinarius von selbst alle notwendigen und zweckdienlichen *E r k u n d i g u n g e n* und Zeugnisse einholen bei dem Pfarrer der Verkündigungen und bei anderen Can. 1000. Dieses Verkündigungsrecht ist angepaßt der Verkündigungspraxis beim Ehe sakramente Cann. 1019 sqq. Der Zweck derselben ist neben der Aufdeckung von Hindernissen auch die amtliche Bekanntmachung des hochwichtigen Aktes „*in facie ecclesiae*“.

V. Weiheexerzitien. 1) Allen Weiheerteilungen sind *g e i s t l i c h e Ü b u n g e n*, „*E x e r z i t i e n*“ genannt, vor auszuschicken Can. 1001. — 2) Der Ort der Exerzitien ist für die *O r d e n s l e u t e* das eigene oder nach dem Ermessen der Obern ein anderes Kloster; für die *W e l t k l e r i k e r* das Seminar oder nach Anordnung des Bischofs ein anderes der Frömmigkeit oder dem Ordensleben geweihtes Haus ibi § 3. — 3) Die *Z e i t* beträgt für die Tonsur und die niederen Weihen wenigstens drei volle Tage; für die höheren Weihen wenigstens sechs volle Tage; letztere können für die Diakonatsweihe, wenn diese innerhalb eines halben Jahres dem Subdiakonate folgt, vom Ordinarius bis auf drei volle Tage ermäßigt werden ibi § 1. Erfolgt die Erteilung der Weihe nicht, so müssen nach Ablauf eines halben Jahres vom Schluß der Exerzitien an dieselben *w i e d e r*

holt werden; — vor Ablauf der sechs Monate bestimmt die Wiederholung der Ordinaris ibi § 2. 4) Ein Zeugnis des Hausvorstandes; bzw. des höheren Ordensobern meldet dem Bischofe die Abhaltung der Exerzitien ibi § 4.

Die Suspension wegen Nicht-Einhaltung der Exerzitien (Konst. „Ap. Sedis“ d. 12. Oct. 1869 cap. „Suspensiones“ n. 7, cf. Schnei-der Ph.: Fontes Iur. Novissimi 1895 pag. 71) ist in Wegfall gekommen. Wenn der Bischof nach weisem Ermessen von den Interstitien zwischen der Tonsur und den niederen Weihen und zwischen diesen unter sich absieht Can. 978 § 2, so kann er auch von der Abhaltung der dreitägigen Exerzitien für die 2. und 3. Weiheerteilung absehen; er kann also die erste Tonsur am Freitag, das Ostariat und Lektorat am Samstag, das Exorzistat und Akolythat am Sonntag erteilen, vorausgesetzt, daß der Samstag ein Weihesamstag oder ein Duplexfest ist Can. 1006 § 4. Die Exerzitien müssen am Dienstag beginnen und am Sonntag früh endigen. Dem Diakonat sind aber stets wenigstens drei Tage Exerzitien vorauszuschicken Can. 1001 § 1. Vollmachten, welche die Ordinarie vielleicht bisher hatten, sind durch das Dekret der S. C. Consist. d. 25. Apr. 1918 (AAS. 10, 190—92) aufgehoben.

§ 25. Strafen wegen Übertretung der Weihegesetze.

I. Strafen gegen den Spender: 1) Wer ohne päpstlichen Auftrag (mandatum apostolicum) einen Priester zum Bischofe konsekriert (der bischöfliche Konsekrator, die mitkonsekrierenden Bischöfe bzw. Priester), verfällt sofort der Suspension (Can. 2278 § 2), bis der Apostolische Stuhl Dispense gewährt Can. 2370. — 2) Wer einen fremden Weihesamstag ohne Dimissorien (Can. 955): 3) wer einen eigenen Untergebenen ohne Testimonialia (Cann. 993—94) ordiniert; 4) wer zu den höheren Weihen einen Kleriker ohne Weihetitel (Can. 974 § 1 n. 7) befördert; 5) wer einen Ordensmann ordiniert, ohne Diözesanbischof zu sein oder ohne die Gründe des Can. 966 (oben S. 13), der verfällt mit vollendeter Handlung der dem Apostolischen Stuhle reservierten Suspension von Erteilung der Weihen auf ein Jahr Can. 2373; vgl. jedoch Can. 2227 § 2 (Bischöfe?).

II. Strafen gegen die Empfänger. 1) Wer die Bischofsweihe ohne Apostolische Vollmacht empfängt, ist sofort suspendiert (Can. 2278 § 2) Can. 2370. 2) Wer von einem Exkommunizierten, Suspendierten oder Interdizierten p. s. oder wer von einem offenkundigen Apostaten, Häretiker oder Schismatiker eine Weihe

zu empfangen sich *er dreiset*, verfällt der dem Apostolischen Stuhle reservierten *suspensio a divinis* d. h. der Suspension von jedem Akte der Weihengewalt (Can. 2279 § 2 n. 2). War er aber im guten Glauben, so soll er bis zur Dispense der Ausübung der betreffenden Weihe entbehren Can. 2372. 3) Wer ohne gültige *D i m i s s o r i e n*; 4) oder vor dem kanonischen *Alte r*; 5) oder mit *A u s l a s s u n g* von einer oder mehreren Weihen (*p e r s a l t u m*) die Weihen in hinterlistiger Weise (*malitiose*) empfängt, verfällt mit der Tat der Suspension von der empfangenen Weihe Can. 2374. Wer 6) ohne *T e s t i m o n i a l e s* oder 7) behaftet mit einer *Z e n s u r* oder *I r r e g u l a r i t ä t* oder einem *W e i h e h i n d e r n i s s* die Weihen empfängt, ist mit schweren Strafen nach den Umständen zu belegen Can. 2374. — Dazu kommt die Exkommunikation, welche der Weihende Bischof verhängt durch die Verkündigung „*Rvdmus in Christo Pater*“ vor der Weihe Pont. Rom. I. pag. 9.

2. Kapitel. Folgen und Wirkungen der Weiheerteilung.

Ist eine Weihe erteilt, so wird vom Rechte die Pflicht auferlegt, diese Weihe in sicherer Weise zu registrieren; denn es handelt sich ja um den Eintritt in einen *S t a n d* und um einen Akt, der nicht wiederholt werden darf. Aus der Weihe selbst aber erwachsen gewisse Wirkungen: Rechte, Vorrechte und Pflichten.

§ 26. Die schriftliche Bezeugung der erteilten Weihe.

I. Im Ordinariate (Curia) der Weiheerteilung sind nach der Weihe die Namen der einzelnen Geweihten und des Weihespenders, Ort und Tag der Weiheerteilung in ein sorgfältig zu verwahrendes eigenes Buch (*W e i h e m a t r i k e l*) einzutragen; ebenso sollen sämtliche *D o k u m e n t e* der einzelnen Weihen genau aufbewahrt werden Can. 1010 § 1.

In einem anderen besonderen im *Diözesanarchiv* zu bewahrenden Buche sollen jene Weiheerteilungen vermerkt werden, welche ein auswärtiger Bischof (mit Entlassschreiben) an Diözesanclerikern vorgenommen

hat Can. 1010 § 2. Diese Eintragungen geschehen entweder auf Grund der *Formaten* (ibi § 2) oder auf Grund der amtlichen Mitteilung seitens des Weihenden Bischofs.

II. Die einzelnen Geweihten erhalten **amtliche Zeugnisse** (*authentica testimonia*) der empfangenen Weihe, welche man „Weihezeugnisse, Formaten, lit. *formatae* oder *formatae*“ nennt. Eine *Lage* für die Formaten darf nicht gefordert oder gegeben werden, Gregor I. in c. 1 und Innozenz III. c. 39 de *simonia* (V 3); Trid. sess. 21 c. 1. d. r.; Innozenz XII. in der Instr. vom 8. Oktober 1678; Gasparri B.: De s. Ord. II. nn. 1119—21; Hergenröther-Hollwed: *Kirchenrecht*² n. 315 S. 239 (höchstens ein Julius = 0,50 M. durfte vom Kanzler einkassiert werden, Gasparri n. 1121). Der Roder jedoch bestimmt, daß „die Lagen, welche bei Gelegenheit der Spendung von Sakramenten oder Sakramentalien usw. zu leisten sind“, auf den Provinzialkonzilien oder Bischofskonferenzen festzulegen sind, ihre Geltung soll aber erst mit der Bestätigung durch den Apostolischen Stuhl ins Leben treten Can. 1507 § 1.

III. Der **Pfarrer des Taufortes** muß im Taufbuche (Can. 470 § 2) die Weihe des Subdiaconates bei den Bemerkungen anbringen, wenn er vom Ordinarius oder bei exempten Ordensleuten vom höheren Obern die amtliche Nachricht erhalten hat Can. 1011. Gleiche Eintragung findet statt bei der Firmung, Eheschließung und feierlichen Profest Can. 470 § 2, ohne Zweifel auch bei der einfachen Profest der Jesuiten vgl. Can. 1073.

§ 27. Die Wirkung der Weihe im allgemeinen.

I. Die Weihen, soweit sie Sakramente sind, bewirken in **dogmatisch-er** Beziehung: **Gnade** und **Charakter**.

II. **Kirchenrechtlich** bewirkt jede Weihe eine Aussonderung (*clerus*) aus den gewöhnlichen Gläubigen und eine mit jeder Weihe wachsende Befähigung zur Leitung der Gläubigen und zur Besorgung des Gottesdienstes Can. 948. In der Kirche besteht eine doppelte Gewalt: die Weihe- und Leitungsgewalt. Erstere bekommt der Geweihte mit dem betreffenden **Ordo**; zu letzterer erhält er in der Weihe die Befähigung, tatsächlich wird sie ihm aber übertragen

durch die *Sendung* Can. 109. Auf den beiden Säulen der Weihe und Sendung ruht die hierarchische Gewalt in der Kirche, nicht auf der Zustimmung oder Berufung des Volkes oder der weltlichen Macht, Trid. sess. 23 en. 7.

III. Die *Ausdehnung* der Weihewalt des einzelnen Ordo ergibt sich genauer: 1) aus dem Pontificale Romanum; 2) aus den Bestimmungen des Roder über die Sakramente Cann. 731 sqq., über die Sakramentalien Cann. 1144 bis 53, über den Gottesdienst Cann. 1255 sqq., über die Katechese Cann. 1329 sqq. und die Verkündigung des Wortes Gottes Cann. 1337 sqq.

Schon hier seien die Vollmachten behandelt, welche das Pontificale und der Roder den Graden unter dem Priestertum einräumen. 1) Den *Lektoren* wird die Vollmacht im Pont. Rom. (I 17) eingeräumt, „*benedicere panem et omnes fructus novos*“. Diese Vollmacht wird im Can. 1147 § 4 ausdrücklich anerkannt. — 2) Die Gewalt, den *Besessenen*: Getauften und Katechumenen, die Hände aufzulegen (P. R. I 20), welche die *Exorzisten* erhalten, wird im Roder beschränkt und erweitert. Die *Exorzismen* über *Besessene* dürfen nur Priester vornehmen, welche die ausdrückliche Erlaubnis des Ordinarius haben Can. 1151, die *Exorzismen* bei der Taufe, bei Konsekrationen und Segnungen die Spender dieses Sakramentes und dieser Sakramentalien Can. 1153. Erweitert wird die Vollmacht, insofern die *Exorzismen* auch über besessene Katholiken und Erkommunizierte gesprochen werden können Can. 1152. — 3) Alle *Kleriker*, vom Pfarrer berufen, können und müssen in der Katechese dem Pfarrer behilflich sein Can. 1333. — 4) Nur der Ordinarius kann in Einzelfällen den *Klerikern* das Predigen aus einem vernünftigen Grunde erlauben Cann. 1341—42. — 5) Das Dekret der S. R. C. vom 14. März 1906 (ME 18, 110—12) gewährt den *Minoristen* oder auch *Tonsuristen* (saltem tonsura initiatis) eine gewisse Stellvertretung der *Majoristen*. Der *Minorist* oder (in dessen Verhinderung) der *Tonsurierte* kann beim Hochamte die Dienste des Subdiacons übernehmen, wenn er hiezu aus vernünftigem Grunde bestellt wird unter folgenden Bedingungen: a) Er trägt die Kleidung des Subdiacons, jedoch ohne Mantel; b) er vollzieht die Funktionen des Subdiacons; jedoch a) bei der Opferung gießt der *Diakon* das Wasser in den Kelch; β) während des Kanon (infra actionem) darf der Stellvertreter weder den Kelch noch die *Pallaberehren*; γ) nach der Ablution darf der *Kleriker* den Kelch nicht *aströcken*. — Ähnliche Vollmachten hat der *Kleriker-Stellvertreter* bei der Bischofs- oder Prälatenmesse oder beim Hochamt (ohne Leviten), wenn er den assistierenden Kaplan vertritt, S. R. C. d. 14. Mart. 1906 nn. 3—5; *Stuh*: „Geist“ S. 88. Die außerordentlichen Vollmachten des *Diacons* wurden oben hervorgehoben (S. 184 f.; Cann. 845 § 2; 1147 § 4; 1274).

IV. Gewisse *Pflichten* ergeben sich aus der *Weiherteilung*. Die Schlussworte des weihenden Bischofs an die

Ordinierten lauten: „Singuli ad primam Tonsuram, vel ad quattuor minores Ordines promoti, dicite semel septem Psalmos poenitentiales, cum Litanis, Versiculis et Orationibus. — Ad Subdiaconatum, vel Diaconatum, Nocturnum talis diei. — Ad Presbyteratum vero ordinati post primam vestram Missam, tres alias Missas, videlicet, unam de Spiritu Sancto, aliam de beata Maria semper Virgine, tertiam pro fidelibus defunctis dicite, et omnipotentem Deum etiam pro me orate“. Pontif. Rom. p. I. pag. 61 in Ordinatione Presb.

Die Busspsalmen mit der Allerheiligenlitanei finden sich im Brevier nach dem Officium defunctorum. Werden die niederen Weihen getrennt erteilt, wie es sein soll, so müssen die aufgetragenen Gebete jedesmal verrichtet werden. — Die Nocturn kann von dem ordinierenden Bischofe eigens angegeben werden. Wird nur eine Nocturn ohne genauere Bezeichnung auferlegt, so ist darunter zu verstehen die Nocturn der einschlägigen Feria oder die 1. Nocturn des Sonn- oder Festtages, an dem die Weiheerteilung geschah. Dabei genügen „die Psalmen mit den dazu gehörigen Antiphonen, ohne Venite exultemus, Hymnus und Sektionen“, SRC. d. 10. Jul. 1903. Die auferlegten drei Messen sind als Privatvotivmessen an erlaubten Tagen zu lesen, die Applikation ist frei; die Reihenfolge kann auch geändert werden; ein Aufschub aus vernünftigen Gründen ist erlaubt. Statt der Votiv- genügt auch die Festmesse de BMV. Die Missa pro defunctis ist die quotidiana, Schlich-Poliz-Pastoraltheologie¹⁷ § 29 S. 38; Ph. Hartmann, Repertorium¹⁸ S. 581.

§ 28. Die Rechte der Kleriker.

Abgesehen von der Teilnahme an den Gewalten der Weihe und Leitung, welche soeben angedeutet wurden, haben alle Kleriker noch folgende Rechte: der besonderen Kleidung, des Vortrittes, einer eigenen Titulatur.

I. Alle Kleriker haben das Recht, die Tonsur und die klerikale Kleidung zu tragen Can. 136 § 1. Das Recht, die Tonsur zu tragen, ist ausschließlich. Die klerikale Kleidung (nach Anordnung des Ordinarius) dürfen auch die nichttonsurirten Zöglinge der Seminarien sowie jene Weihenandidaten tragen, welche mit Erlaubnis des Ordinarius außerhalb des Seminars leben Can. 972 § 2; endlich innerhalb der Kirche und im kirchlichen Dienste auch außerhalb derselben die dem Kirchendienste rechtmäßig zugeteilten Laien Can. 683, z. B. bei Versetzgängen, Leichenbegängnissen usw. — Dieses Recht der Geistlichen ist

auch geschützt durch das StGB. des Deutschen Reiches § 360 Z. 8: „Wer unbefugt eine Amtskleidung, ein Amtszeichen usw. trägt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft.“

II. Daß die Kleriker in kirchlichen Dingen den Vortritt vor allen Gläubigen haben, ergibt sich aus Can. 119, wornach den Klerikern je nach Weihestufe und Amt Ehrfurcht gebührt. Dieser Vortritt zeigt sich bei Gottesdiensten, Professionen, in den eigenen Kirchenplätzen der Kleriker (Ober- und Unterchor, Presbyterium der Kirchen) c. 1 De vita . . . clericorum (III 1), Schüch = Polz: „Pastoraltheologie“¹⁷ § 194 S. 316; selbst nach dem Tode in der Beerdigung der Leiber. „Die Gräber der Priester und Kleriker sollen womöglich getrennt von jenen der Laien und an einem geeigneteren Platze gelegen sein, und zwar eigene Gräber für die Priester, eigene für die übrigen Kleriker“ Rituale Rom. tit. 6 cp. 1 n. 10; St u h: „Geist“ S. 88.

III. Die Ehrfurcht, welche den Klerikern geziemt Can. 119, führte naturgemäß auch zu einer eigenen Titulatur: Reverendus, multum (admodum) Reverendus, Reverendissimus — „Ehrwürden“ für Kleriker, „Wohlehrwürden“ für Majoristen, „Hochwürden“ für Priester, vgl. Sägmüller J. B.: Kirchenrecht³ I § 55 S. 244; Hollwed: Kirchenrecht² n. 321 S. 242. — Der Geistliche muß gleich weit entfernt sein von persönlicher Selbstüberhebung und Geringschätzung seines kirchlichen Standes, von Titelsucht und Servilität. Wenn das Konzil von Trient in sess. 25. c. 17. d. r. das Bedauern zum Ausdruck brachte, daß „es Bischöfe gebe, welche den Ministern, Beamten und Baronen der Könige in und außer der Kirche den Ehrenplatz einräumten, ja ihnen sogar aufwarteten“ (personaliter illis inserviunt), so gilt das in entsprechendem Verhältnisse von allen Klerikern.

3. Kapitel. Die Privilegien oder Vorrechte der Kleriker.

In Übereinstimmung mit dem bisherigen Rechte hat der Pödex vier Vorrechte oder Privilegien der Kleriker namhaft gemacht in den Cann. 119—122: 1) das Vorrecht der per-

fönlichen Unverletzlichkeit (*privilegium canonis*); 2) das des gefreiten Gerichtsstandes (*pr. fori*); 3) das der Befreiung von verschiedenen persönlichen und dinglichen Lasten (*pr. immunitatis*); 4) die Rechtswohltat des Notbedarfs (*pr. competentiae*).

§ 29. Das Vorrecht der Unverletzlichkeit, *Priv. Canonis*.

I. Dieses Vorrecht hat seinen Namen „*Canonis*“ von dem 15. Kanon des II. Laterankonzils (1139, Arnold von Brescia), welcher beginnt mit den Worten „*Si quis suadente diabolo*“ c. 29 C. 17 q. 4.

II. Das Gesetz des Roderg lautet im Can. 119: „Alle Gläubigen schulden den Klerikern Ehrfurcht nach dem Maße ihrer Weihestufen und Ämter, und darum beflecken sie sich mit dem Vergehen eines Sakrilegs, wenn sie den Klerikern ein tätliches Unrecht zufügen.“ Die Strafen sind in den Cann. 2325, 2343 und 2344 niedergelegt.

1) Zunächst wird eine *tätliche Verletzung* („*iniuria realis*“ Can. 119; „*violentas manus iniicere*“ Can. 2343) gestraft, also ein Ergreifen, Gefangennehmen, Schlagen, Stoßen, Schießen usw.; eine Beleidigung durch Worte oder Gebärden allein genügt nicht.

2) Die Strafe tritt nicht ein, wenn „ein *schweres Vergehen*“ (Can. 2242) fehlt, darum in der Regel nicht a) bei Scherz; b) bei Selbstverteidigung oder Verteidigung der nächsten Angehörigen; c) bei Gefangennahme, wenn in einem Gebiete das *priv. fori* nicht gilt. Nach dem früheren Rechte galt auch „die körperliche Züchtigung“ für Knaben im Klerikalstande als Ausnahme; dieser Grund dürfte jetzt wegfallen (vgl. Can. 976 § 1). Fehlt die „Bösheit“, liegt aber „schwere Sünde“ des Verletzenden vor, so tritt nach dem Roderg die Strafe ein; denn im Text des Can. 2343 fehlt „*Si quis suadente diabolo*“ vgl. Can. 6 n. 3; Konst. Ap. Sedis d. 12. Oct. 1869 Kl. 2 n. 2.

3) **Strafen.** A. Wer Hand anlegt an die Person des Römischen Papstes, zieht sich folgende Strafen zu nach Can. 2343: a) er verfällt der *Exkommunikation l. s.*, die dem Apostolischen Stuhle in ganz besonderer Weise (*specialissimo modo*) vorbehalten ist mit der weiteren

Folge, daß er sofort *excommunicatus vitandus* (Can. 2258) ist, der letzte Rest der Strafe für „*notorii clericorum percussores*“ (Martinus V. in Const. „*Ad evitanda*“ a. 1418); b) er verfällt sofort der kirchlichen Ehrlosigkeit l. s. (*infamia Cann.* 2293 sq.); c) ein Kleriker ist zu degradieren f. s. *Cann.* 2298; 2305. — B. Ist das Verbrechen gegen einen Kardinal oder gegen einen Legaten des Römischen Papstes, zu denen auch die Nuntzien und Internuntzien gehören Can. 267, gerichtet, so treten folgende Strafen ein: a) die Exkommunikation, dem Apostolischen Stuhle besonders (*speciali modo*) vorbehalten l. s.; b) die Infamie l. s. wie oben; c) der Verlust der Pfründen, Ämter, Würden, Zahlungen und einer jeglichen kirchlichen Stellung f. s. *ibi* § 2. — C. Betrifft das Verbrechen einen Patriarchen, Primaten, Erzbischof oder Bischof (auch Titularbischof): die Exkommunikation l. s. wie unter B, *ibi* § 3. D. Wer Hand anlegt an die Person der übrigen Kleriker oder der Ordenspersonen beiderlei Geschlechts (Can. 488 n. 1), ist der dem eigenen Ordinarius reservierten Exkommunikation l. s. verfallen; außerdem kann der Ordinarius den Verbrecher nach seinem Ermessen, wenn notwendig, noch mit anderen Strafen belegen f. s. *ibi* § 4.

III. Angriffe in Wort und Schrift Can. 2344. Es handelt sich hierbei: a) um beleidigende Angriffe gegen den Papst, einen Kardinal, einen Legaten des Römischen Papstes (Cann. 265 sqq.), die Römischen Kongregationen und Gerichtshöfe sowie deren höhere Beamten,¹⁾ endlich gegen den eigenen Ordinarius; b) um Erregung von Feindseligkeiten (*simultates*) oder Gehässigkeiten (*odia*) gegen die Äkten, Dekrete, Entscheidungen und Urteile derselben. c) Beides kann geschehen durch öffentliche Tagesblätter, Predigten (Cann. 1337 sqq.), Broschüren entweder direkt oder indirekt. d) Der Verüßer dieser Vergehen soll vom Ordinarius nicht nur auf Betreiben der Beteiligten (*ad instantiam partis*), sondern auch von Amts wegen angehalten werden (*cenjuren* f. s. nicht ausgeschlossen), Genugtuung zu leisten, ferner

¹⁾ „*Officiales maiores*“ sind diejenigen, welche den „Kongreß“ der einzelnen Behörde ausmachen; *Normae communes* vom 28. Juni 1908 (Seitner: *De Curia Romana* pag. 42).

soll er mit Strafen und Bußen, entsprechend der Schwere der Schuld und des Argernisses, belegt werden f. s. Can. 2344.

IV. Staatliches Recht. Hieher gehört § 196 des Deutschen RStGB.: „Wenn die Beleidigung gegen eine Behörde, einen Beamten, einen Religionsdiener oder ein Mitglied der bewaffneten Macht, während sie in der Ausübung ihres Berufes begriffen sind, oder in Beziehung auf ihren Beruf begangen ist, so haben außer den unmittelbar Beteiligten auch deren amtliche Vorgesetzte das Recht, den Strafantrag zu stellen.“

§ 30. Das Vorrecht des freien Gerichtsstandes. Privilegium fori.

I. Die Kirche beansprucht nach Can. 1553 für sich das ihr eigentümliche und ausschließliche Recht, zu erkennen: 1) in allen Fragen, welche Geistliches oder dem Geistlichen Anhaftendes (spiritualibus adnexa) betreffen, z. B. Gültigkeit der Taufe, Errichtung einer Pfründe; 2) in der Verletzung der Kirchengesetze und in allen Angelegenheiten, welchen der Charakter der Sünde anhaftet (ratio peccati), soweit sie schuldbar und strafwürdig sind vgl. c. 13 De iudiciis (II 1); 3) in allen Streit- und Strafsachen (causae contentiosae, c. criminales) für die das privilegium fori Besizhenden.

II. Die *Aleriker* müssen in allen Streit- und Strafsachen (Can. 1552 § 2) beim kirchlichen Richter belangt werden, wenn nicht für einzelne Orte eine andere rechtmäßige Verfügung getroffen wurde Can. 120 § 1. **Erklärung:**

1) „*Aleriker*“ bedeutet hier a) alle Geweihten von der Tonsur aufwärts Can. 108 § 1; b) alle Ordensleute beiderlei Geschlechts Can. 614; c) alle Mitglieder frommer Genossenschaften ohne Gelübde Can. 680.

2) „*Kirchlicher Richter*“ bedeutet den Richter mit Jurisdiktion im äußeren Forum, vom Ordinarius aufwärts Cann. 1556 sqq. 1572.

3) *Ausnahmen*. „Nisi aliter pro locis particularibus legitime provisum fuerit“ Can. 120 § 1. — a) Das „pro locis particularibus“ deutet an, daß es unrecht

wäre, das *priv. fori* ganz abzuschaffen, namentlich ohne Wissen und ohne den Willen des Apostolischen Stuhles. Syll. Pii IX. 8. 12. 1864 n. 31 (Enchiridion¹² n. 1731). Denn dieses Vorrecht fußt auf göttlicher Anordnung, wornach es unbillig ist, daß die geistlichen Kinder über die geistlichen Väter zu Gericht sitzen; vgl. 1 Kor 6, 1 ff. „Ein Bruder (= Christ) streitet mit einem Bruder bei Gericht, und zwar bei den Ungläubigen“ (6); 1 Tim 5, 19. „Wider einen *προεβύτερος* nimm keine Klage an als nur auf zwei oder drei Zeugen hin.“ — b) Solche *Ausnahmestimmungen* gelten: in Bayern für die bürgerlich-rechtlichen Sachen Konf. (1817) Art. XIIe; in Württemberg für die bürgerlich-rechtlichen und strafrechtlichen Sachen, ja sogar für die bürgerlichen Rechte und Lasten der Kirchen, Pfründen, Zehenten und Baulast, W.-Konf. 8. April 1857; in Baden W.-Konf. 28. VII. 1858; ebenso in Österreich O.-Konf. 18. Aug. 1855 nn. 13. 14; ebenso in den Republiken Colombia, Costa Rica, Ecuador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und San Salvador, Ferreres J. B.: *Institutiones* I n. 266. Als Papst Pius X. durch das *Motuproprio* „*Quantavis diligentia*“ vom 9. Oktober 1911 (AAS. 3. 555) die Strafen für Übertretung des *pr. fori* neuerdings betonte, entstand in Deutschland eine große *Unruhe*,¹⁾ welche beigelegt wurde durch die Erklärung des Prälaten Dr. Heiner (Auditor der Römischen Rota, † 1919), daß das *Motuproprio* „*Quantavis*“ für Deutschland nicht gelte wegen der entgegenstehenden *Gewohnheit*. Diese Gewohnheit wurde ausdrücklich anerkannt für Preußen durch Erklärung des Kardinal-Staatssekretärs Merry del Val gegenüber dem preußischen Gesandten von Mühlberg und für Bayern durch die gleiche Erklärung gegenüber dem bayerischen Gesandten beim Vatikan Georg

¹⁾ Diese Unruhe wurde künstlich geweckt und gefördert; es sei nur erinnert an das am 9. Mai 1914 im Münchener Schauspielhaus aufgeführte Schauspiel „Die Auserwählten“ von Paul L. Fuhmann, welches von der „Bayer. Staatszeitung“ am 11. Mai 1914 Nr. 109 so charakterisiert wurde: „Das Stück zeigt zur wahren dramatischen Kunst keine Beziehung, sondern entpuppt sich durch seine an den Haaren herbeigezogene, einer bestimmten Absicht angepasste Gliederung als Tendenzstück, sogar als ein solches, das auf sehr hinfälliger Grundlage steht.“

Freiherrn von Guttenberg (PMS. 22, 1912 S. 214 und 566).

III. Will jemand, ein Geistlicher oder Laie, einen Kleriker vor dem weltlichen Richter belangen, so bedarf er hiezu der Erlaubnis der kirchlichen Obern. 1) Die Erlaubnis des Heiligen Stuhles ist notwendig, wenn es sich handelt um Kardinäle, Legaten, Bischöfe (auch Titularbischöfe), Äbte oder Prälaten mit eigenem Gebiet (Nullius), Generäle von Orden päpstlichen Rechtes, die höheren Beamten des Römischen Hofes in Angelegenheiten ihres Amtes. — 2) Die Erlaubnis des Ordinarius des Verhandlungsortes bei allen übrigen Klerikern. Diese Erlaubnis soll der Ordinarius namentlich bei Laienklägern ohne gewichtigen Grund nicht versagen, besonders wenn seine Vermittelungsversuche erfolglos blieben Can. 120 § 2—3. Der Angeklagte darf im Notfalle auch ohne diese Erlaubnis zur Abwendung größerer Übel vor Gericht erscheinen mit Verständigung jedoch des betreffenden Obern Can. 120 § 3.

IV. Sünde und Strafe. 1) Wer einen Kleriker vor dem weltlichen Richter belangt ohne Erlaubnis des betr. kirchlichen Obern, sündigt schwer, außer es wäre in dem Lande das pr. fori außer Kraft Can. 120 § 1. 2) In Bayern sündigt ein Geistlicher nur dann schwer, wenn er ohne kirchliche Erlaubnis einen Kleriker in einer Strafsache vor den weltlichen Richter zieht; denn dieses Recht bestand schon vor dem Motuproprio Quantavis (9. X. 1911); vgl. S. C. de Prop. Fide d. 17. V. 1866 und 6. IX. 1886 (ME. 8, 244), Pass. D. B. 16. III. 1905; läßlich, wenn er es tut in Streitsachen. 3) Ist ein Geistlicher Angeklagter (Can. 120 § 3), so hat er dem Ordinarius Anzeige zu erstatten. In manchen Diözesen muß die Anzeige auch erstattet werden, wenn der Geistliche Zeuge, Sachverständiger oder Ankläger gegen einen Laien ist. 4) Die Strafen des Roder sind nach Can. 2341 (vgl. Can. 120) folgende: a) Die dem Apostolischen Stuhle besonders vorbehaltenen Exkommunikation trifft jene, welche sich beifommen lassen (ausus fuerit), vor den weltlichen Richter zu ziehen: Kardinäle, Legaten des Apostolischen Stuhles, die höheren Beamten des Römischen Hofes (oben S. 209) in ihren Amts-

sachen sowie den eigenen Ordinarius (Can. 198); — b) die dem Apostolischen Stuhle einfach vorbehaltenen Exkommunikation, wenn es sich handelt um (andere) Bischöfe (auch Titularbischöfe), Äbte oder Prälaten mit eigenem Gebiet (Nullius) oder die höheren Ordensobern päpstlichen Rechtes (Can. 488 n. 3), nämlich die regierenden Äbte, Ordensgenerale und Ordensprovinziale und deren Stellvertreter (Can. 488 n. 8). — c) Die dem Ordinarius vorbehaltene Suspension vom Amte trifft Geistliche in sonstigen Fällen. — d) Strafen i. s. treffen Laien in sonstigen Fällen (also außer a und b).

V. Anerkennung der Ideen (des priv. fori) von Seiten des Staates und der Andersgläubigen. 1) Die Idee, wie wir sie oben (S. 211) in der Heiligen Schrift festgewurzelt fanden, spricht sich aus auch in den Gesetzen des Staates. In Bayern bestand „der gefreite Gerichtsstand“ der Geistlichen bis 1803 mit ganz geringen Einschränkungen. Die Verfassungsurkunde vom 26. Mai 1818 setzte im Tit. V §§ 5 und 4 fest, daß die Geistlichen in allen Sachen beim nächst höheren Gerichte abgeurteilt werden. In den Jahren 1848 („Strafgerichtsbarkeit“) und 1862 („Bürgerliche Sachen“) wurde aber dieser „höhere Gerichtsstand“ aufgehoben. — Gegenwärtig zielen die Bestimmungen nur auf Verständigung der geistlichen Behörden hin. „Vor der Verhaftung eines Beamten, eines Geistlichen oder Lehrers an öffentlichen Unterrichtsanstalten ist der vorgesetzten Dienstbehörde von dem Gerichtsvollzieher Anzeige zu machen. Die Verhaftung darf erst erfolgen, nachdem die vorgesetzte Behörde für die dienstliche Vertretung des Schuldners gesorgt hat. Die Behörde ist verpflichtet, ohne Verzug die erforderlichen Anordnungen zu treffen und den Gerichtsvollzieher hievon in Kenntnis zu setzen“, Deutsche Zivilprozeßordnung § 910; vgl. RE. §§ 69—70. — 2) Die Einschätzung des pr. fori bei Andersgläubigen zeigt ein Erlaß des protestantischen Oberkonsistoriums München, welchen der „Fränkische Kurier“ am 10. Jan. 1909 Nr. 17 mitteilt: „Der kürzlich zwischen protestantischen Geistlichen verhandelte dreitägige Beleidigungsprozeß in Würzburg, der schließlich mit einem Vergleiche endete, hat dem protestantischen Oberkonsistorium Veranlassung gegeben, an die gesamte Geistlichkeit folgendes Mahnwort zu richten: Trotz wiederholter Mahnungen sei erst nach Durchführung eines an beschämenden Enthüllungen reichen Prozesses der Weg zu einem friedlichen Ausgleich gefunden worden. Es solle den Geistlichen niemals das Recht zur Beschreitung des Zivilrechtes beschränkt oder bestritten werden, niemals aber dürften persönliche Differenzen, Gehässigkeiten oder Feindseligkeiten zwischen Geistlichen und Gemeindegliedern oder gar zwischen Geistlichen unter sich Anlaß zu öffentlichen Gerichtsverhandlungen geben. Der Vorwurf des Scheinchristentums erhalte neue Nahrung, wenn Geistliche Pflichten predigen, die sie selbst nicht hielten.“

§ 31. Das Vorrecht der Freiheit von weltlichen Ämtern und Lasten. Priv. Immunitatis.

I. Quellen: Cann. 121; 139 §§ 2—4 und 141; 188 n. 6.

II. Begründung. Es gibt gewisse Ämter und Dienstleistungen, welche sich mit der Natur des geistlichen Standes nicht vertragen, da sie entweder sich nicht ziemen oder zu sehr in Anspruch nehmen und abziehen. Letzteren Grund hebt Paulus hervor in 2 Tim 2, 4 *Nemo militans Deo, implicat se negotiis saecularibus*; vgl. tit. 50 des 3. Buches der Dekretalen. — Die Immunität der geistlichen Personen beruht nicht nur auf bürgerlichem oder rein kirchlichem Rechte, sondern auf göttlicher Anordnung, Trid. sess. 25. ep. 20 d. r.; Syllabus Pii IX. pp. 30. 32. Was naturgemäß das Recht der heidnischen Römer und anderer Völker bestimmt hatte, wurde auf die Priester und Geistlichen der christlichen Kirche ausgedehnt durch Konstantin I., Justinian I. und Friedrich II.¹⁾

III. Einteilung. Der Kodex kennt eine zweifache Freiheit des Klerus: eine vom Militärdienst Cann. 121; 141; eine andere von gewissen Ämtern und Dienstleistungen Cann. 121; 139. Eine Befreiung von Steuer ist nicht vorgesehen; anders Kaiser Friedrich II. in cit. Authentica zu l. 2.

IV. Die Befreiung des Klerus vom Militärdienst nach dem Kirchenrecht. Can. 121 „Alle Kleriker sind frei vom Militärdienst.“ Besteht jedoch in einem Reiche ein staatlicher Zwang, so gelten folgende Weisungen: „Kleriker sollen sich nicht freiwillig dem Militärdienst widmen, außer um schneller frei zu werden, mit Erlaubnis des Ordinarius; Bürgerkriege und Umsturz der öffentlichen Ordnung dürfen sie in keiner Weise unterstützen.“

Strafen: 1) Ein Minorist, der auf eigene Faust dem Militärdienst sich anschließt, geht dadurch des Klerikalstandes verlustig Can. 141 § 2. — 2) Ein Majorist wird nach Can. 2379 behandelt durch Mahnung, Suspension, Absetzung (*depositio*).

¹⁾ Cod. Theod. De episcopis (16, 2); C. De episc. (1, 3); Nov. 123 c. 5; II. 1. 2 C. De ep. (1, 3) cum Auth. Friderici II.; Grashof D.: „Die Gesetze der röm. Kaiser über die Immunität des Klerus“ im Archiv f. R. R. 97 (1877) 256 ff.

Hat er ein Amt inne, so erledigt sich dasselbe von selbst ohne Richterspruch Can. 188 n. 6.

Die Ausdrücke „servitium militare (Can. 121), militia saecularis“ (Cann. 141; 188), beziehen sich zunächst auf den Dienst mit der Waffe, immerhin treffen aber manche Rücksichten (Inanspruchnahme) auch andere Dienstleistungen (Sanitäts-, Bureau-, Verwaltungsdienste.)

IVa. Der Militärdienst der Geistlichen im Deutschen Reiche. In Bayern war „der geistliche Stand von der Pflicht die Waffen zu tragen ausgenommen“, BU. vom 26. Mai 1818 Tit. IX § 1 II. So blieb es bis zum 1. Januar 1872, RG. Art. 58; Versailleser Vertrag 23. November 1870 Z. III §§ 5 und 6; RG. 24. November 1871. Geistliche mußten von da an ihre aktive Dienstzeit wie alle übrigen ableisten, also meist durch das Einjährig-Freiwilligen-Jahr, während für die spätere Dienstpflicht Erleichterungen bestanden. — Seit 8. Februar 1890 bestand das Reichsgesetz, betreffend die Wehrpflicht der Geistlichen (lex Huene), dessen einziger Paragraph lautet: „Militärpflichtige römisch-katholischer Konfession, welche sich dem Studium der Theologie widmen, werden in Friedenszeiten während der Dauer dieses Studiums bis zum 1. April des siebenten Militärjahres zurückgestellt. Haben dieselben bis zu dem vorbezeichneten Zeitpunkte die Subdiakonatsweihe empfangen, so werden diese Militärpflichtigen der Ersatzreserve überwiesen und bleiben von Übungen befreit“ (R.-G.-Bl. S. 23).¹⁾ Dieses Gesetz galt nur für Friedenszeiten. — Militärpflicht der Geistlichen zur Zeit des Krieges. Das Reichsmilitär-gesetz vom 2. Mai 1874 verfügte: „Personen des Beurlaubtenstandes und der Ersatzreserve, welche ein geistliches Amt in einer mit Korporationsrecht innerhalb des Bundesgebietes bestehenden Religions-gesellschaft bekleiden, werden zum Dienste mit der Waffe nicht herangezogen“ § 65 II. — Im Deutschen Reiche waren nur Kirchen und Kapellen, dagegen nicht die Wohnungen der Geistlichen von der Quartierlast frei, Bundesgesetz vom 25. Juli 1868 und Vollzugsinstruktion zum Quartierleistungsgesetz vom 8. Juli 1875. Auch die Vorspann-Pflicht mußte von den Geistlichen geleistet werden (ausgenommen im Frieden die Berufsdienstpferde) RG. über die Kriegseinstellungen vom 13. Juni 1873.²⁾

Die Kriegsdienstgesetze des Deutschen Reiches im Weltkriege 1914 ff. wurden gegenüber den Geistlichen durchaus milde gehandhabt (im Gegensatz zu Frankreich und Italien). Die leitenden Gesichtspunkte hierfür bietet eine Antwort des Kaisers Wilhelm II. vom 22. September 1914. Im Jahre 1914 haben 26 protestantische rheinische Superintenden ten an den Deutschen Kaiser ein Gesuch um Zulassung der protestantischen Geistlichen zum Dienst mit der Waffe eingereicht. Am 22. September 1914 ließ der Kaiser antworten: „Angeichts der großen Arbeit der

¹⁾ J o l a s = K n o l l: Militärdienstgesetzgebung⁴ 1914 S. 59.

²⁾ G e i g e r, R. R.: Pfarramtsverwaltung¹⁰ I 288 f.

Militärseelsorge und der bedeutungsvollen Aufgaben auf dem Gebiete der Seelsorge für die **Verwundeten** und die **Familien** der im Felde gefallenen und noch kämpfenden Helden vermöge Seine Majestät die erbetene Erlaubnis zum Waffendienst der Geistlichen nicht zu erteilen.“

Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 handelt von der Wehrverfassung, der Wehrmacht und Wehrpflicht in den Art. 6 n. 4; 47; 48; 79; 133; 176; ein Reichswehrgesetz wird in Aussicht gestellt.

V. Die Befreiung des Klerus von gewissen Ämtern und Dienstleistungen. Der Roder spricht diese Immunität mit folgenden Worten aus: „Clerici omnes . . . a muneribus et publicis civilibus officiis a statu clericali alienis immunes sunt“ Can. 121. Demnach wird die Freiheit nur von jenen Ämtern und Dienstleistungen ausgesprochen, welche mit dem geistlichen Stande mehr oder minder **unverträglich** sind. Solche sind angedeutet in Can. 139 §§ 2—4; doch werden dieselben genauer bei den **Pflichten** der Kleriker zur Besprechung kommen. — Sind in einem Lande derartige Dienstleistungen Pflicht eines jeden Bürgers, so lassen sie sich kaum umgehen; sind sie aber freigestellt, so darf der Geistliche dieselben wenigstens ohne Erlaubnis der geistlichen Obern nicht anstreben und ausüben.

Va. Freiheit der Geistlichen von gewissen Dienstleistungen nach staatlichem Rechte. 1) In **Bayern** sind die Geistlichen frei von der Leistung der „**Handdienste**“, wie Sicherheits-, **Kirchen-** oder **Nachtwachen**, Bayer. Gem.-O. v. 29. April 1869 Art. 50, 51, Kreisamtsbl. von Oberbayern 1852 S. 947 (R. G. 7. Juni 1852); RG.O. (Bayer. Kirchengemeindeordnung vom 24. September 1912) Art. 27 II und **Frankf.:** Kommentar II S. 168. — Werden aber die Handdienste bestimmten Personen gegen **Entlohnung** übertragen, so sind die Geistlichen nicht frei von den dadurch erhöhten Gemeindeumlagen. Bayer. G.-O. Art. 52, 43—47. — Dagegen besteht keine Verpflichtung, die Handdienste durch **Dienstboten** besorgen zu lassen, — auch nicht wenn Geistliche **Gemeindebesitz** haben und **Gemeindebürger** sind; — auch nicht, wenn **frühere Pfarrer** die Handdienste leisten ließen.¹⁾ Von den „**Spanndiensten**“ sind die geistlichen Besitzer von Gespannen im allgemeinen nicht befreit RG.O. Art. 27 II. Nur hinsichtlich der zur Ausübung des **Dienstes** notwendigen **Pferde** sind die Geistlichen in Friedenszeiten von der Vorspannleistung zu **militärischen Zwecken** befreit.²⁾

2) **Befreiung der Geistlichen von Staatsämtern.** Geistliche sind frei von folgenden Staatsämtern: a) eines **Standes-**

¹⁾ **Fridl. H.:** Pfründewesen⁴ S. 140, Anm. 44—45.

²⁾ **Geiger R. Aug.:** „Pfarramtsverwaltung“¹⁰ Rp. 11 S. 288 f. **Fridl.:** Pfründewesen⁴ S. 139 f.

beamten oder Stellvertreters desselben Reichsgesetz 6. Februar 1875 („Zivilhegegesetz“) § 3 III mit Verbot;¹⁾ — b) eines Schöffen oder Geschworenen, Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877 in der Fassung vom 20. Mai 1898 § 34 Z. 7 und § 85 II („sollen nicht berufen werden“); — c) eines Vormundes ohne die von den Landesgesetzen erforderliche Erlaubnis, vorausgesetzt daß das Landesgesetz, z. B. Bayerns, eine solche Erlaubnis erheischt BGB. §§ 1784; 1888.²⁾ — d) „Zur Verweigerung des Zeugnisses sind berechtigt: 1.—3. Verlobte, Ehegatten, Verwandte; 4. Geistliche in Ansehen desjenigen, was ihnen bei Ausübung der Seelsorge anvertraut ist; 5. Personen hinsichtlich ihres Amtsgeheimnisses.“ Zivilprozeß-D. § 383. Geistliche dürfen das Zeugnis nicht verweigern, wenn sie von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit e n t b u n d e n sind Z. O. § 385 II. — Verweigern Geistliche ihr Zeugnis n i c h t, so darf die Vernehmung auf Tatsachen nicht gerichtet werden, in Ansehung welcher erhellt, daß ohne Verletzung der Verpflichtung zur Verschwiegenheit ein Zeugnis nicht abgelegt werden kann Z. O. § 383 III. — Das gleiche gilt im S t r a f p r o z e ß; nur gibt es hier keine Ausnahme Strafproz. O. 1. Febr. 1877 § 52 I Z. 1 und II. (wie Z. O. § 385 II). — Hiermit stimmt überein Codex Can. 1757 § 3 n. 2 wenigstens bez. der Kenntnisse aus der Beicht.

3) Unter der G e m e i n d e, der O r t s c h a f t, des B e z i r k e s oder des K l e r i e s sind den Geistlichen, Beamten usw. nach dem Bayer. Staatsgesetze nicht mehr verwehrt; denn Art. 173/103 der beiden Gemeindeordnungen sind aufgehoben, Gesetz über die Selbstverwaltung vom 22. Mai 1919 Art. 2 (R ö s s c h Mag: Das Bayer. Gesetz über Selbstverwaltung, 2. Aufl. 1920 S. 16); dagegen können diese Ämter a b g e l e h n t werden Art. 3 des Selbstverwaltungsgesetzes. Wir sehen darum Geistliche in verschiedenen Staats- und Gemeindestellungen, natürlich mit Erlaubnis des zuständigen Ordinarius.

„Die Befreiung des Klerus von den Staatssteuern ist fast durchwegs aufgehoben“, S ä g m ü l l e r J. B.: Kirchenrecht³ I. 251 § 5.

§ 32. Die Rechtswohltat des Notbedarfes.

Can. 122. Priv. Competentiae Lit.: A. Zipperling:
Das Wesen des beneficium competentiae 1907.

I. „Den Klerikern, welche ihre Gläubiger zufriedenstellen gezwungen sind, muß das zum eigenen Lebensunterhalte Notwendige (nach dem klugen Ermessen des kirch-

¹⁾ Nur dem Expositus von D t t e n g r ü n blieb (1860) die Seelsorge und das Standesamt für das böhmische Dorf N e u m u g l, Bez.-Hauptmannschaft M a r i e n b a d, Regensb. Diöz. Matr. 1916 S. 529.

²⁾ Wenn S ä g m ü l l e r in seinem „Kirchenrecht“³ I § 55 S. 252 die Erlaubnis des Bischofs fordert, so dürfte der Beweis aus den „L a n d e s g e s e t z e n“ schwer sein. In B a y e r n bedürfen die Beamten keiner Genehmigung, sondern nur der Anzeige Beamten-gesetz vom 16. August 1908 Art. 18 II Z. 3. —

lichen Richters) unangetastet bleiben. Dabei bleibt die Verpflichtung bestehen, die Gläubiger möglichst bald zu befriedigen“ Can. 122. Diese Rechtswohltat entstand in Anlehnung an das *beneficium competentiae* der römischen Soldaten ll. 6. 18 D. De re iud. (42, 1) und das c. „Odoardus“ 3. De sol. (III. 23) durch Gewohnheit. — Außer anderen war auch das als Weihetitel bestellte „Wätergut“ geschützt. Dagegen ging das Privileg bei Trug des Klerikers verloren, ebenso wenn der Gläubiger ärmer war als der Schuldner.

II. Die Rechtswohltat des Notbedarfes ist im Deutschen Reiche auch für die Geistlichen geregelt durch die Zivilprozeßordnung (Z. O.) vom 30. Januar 1877, i. d. F. vom 20. Mai 1898 mit Novelle vom 5. Juni 1905 §§ 811 Z. 1—10; 833; 850 Z. 8. Darnach sind von der Pfändung ausgenommen: die zur Ausübung des Berufes erforderlichen Gegenstände sowie anständige Kleidung; die Bücher, welche zum Gebrauche in der Kirche oder Schule oder einer sonstigen Unterrichtsanstalt oder bei der häuslichen Andacht (Brevier, Betrachtungsbuch) bestimmt sind. Das Diensteinkommen oder die Pension bis 1500 Mark (nach den neuesten Lohnpfändungsvorschriften vom 13. Dezember 1917 bis 2000 Mark, vgl. Bayer. Staatszeitung vom 3. März 1918 Nr. 53 S. 4) ist vollständig frei, von der Summe darüber wird der dritte Teil gepfändet. Letzteres gilt auch von dem bei der Pfändung vorhandenen Geldbetrag. — Für Österreich gilt das Gesetz vom 17. Mai 1912 (Archiv f. kath. R. R. Bd. 92 J. 1912 S. 742 ff.).

§ 33. Verlust der Klerikalen Vorrechte.

I. Die Klerikalen Vorrechte gehen nicht verloren: 1) durch einseitige Verfügung der Staatsgewalt, Syll. Pii IX. pp. 30—32; Can. 2334; 2) durch den Verzicht der Kleriker; denn „ein Kleriker kann auf die Standesvorrechte nicht verzichten“ Can. 123.

II. Die Klerikalen Vorrechte gehen verloren: 1) durch die Versetzung eines Geistlichen in den Laikalstand Cann. 123; 211—214; worüber später gehandelt wird; 2) durch die ständige Entziehung des Rechtes, das klerikale Kleid zu tragen Cann. 213; 2304; dieses Recht wird entzogen, wenn ein abgesetzter Geistlicher sich nicht bessert.

III. Die Klerikalen Vorrechte werden wieder erlangt: 1) durch den Erlass der eben genannten Strafe des Can. 2304; 2) durch Wiedezulassung eines Geweihten unter die Zahl der Kleriker Can. 123.

4. Kapitel. Pflichten der Kleriker.

§ 34. Die Pflicht der Selbstheiligung.

An die Spitze der klerikalischen Pflichten stellt der Roder den Can. 124, welcher lautet: „Die Kleriker müssen nach innen und außen ein heiligmäßigeres Leben führen als die Laien, ein leuchtendes Beispiel der Tugend und Rechtsschaffenheit“, da ja die Kleriker in der Kirche Gottes eine Stellung einnehmen, welche von allen Laien Ehrfurcht erheischt Can. 119. Diese größere Heiligkeit wird vor allem erzielt durch die Betätigung der geistlichen Übungen.

I. Es ist Aufgabe der Ordinarien, gewisse **aszetische Übungen** der Kleriker genauer zu regeln, nämlich den *Empfang der Beicht* und das tägliche Gebetsleben Can. 125: Alle Kleriker sollen oft im Bußsakrament ihr Gewissen reinigen ibi n. 1. Täglich sollen sie dem betrachtenden Gebete, dem Besuche des Allerheiligsten, dem Marianischen Rosenkranz und der Gewissenserforschung eine Zeit widmen ibi n. 2. Die zweimalige Beicht im Monate ermöglicht die Gewinnung aller Ablässe (außer den Jubiläumsablässen); ebenso der Empfang der heiligen Kommunion wenigstens fünfmal in der Woche Can. 931 § 3; vgl. Can. 595 (Ordensleute). — Genauer sind die aszetischen Pflichten für die Alumnen des Seminars im Can. 1367 geregelt, nämlich tägliches gemeinsames Morgen- und Abendgebet, tägliche Betrachtung, tägliche Bewohnung beim heiligen Opfer n. 1; wöchentlicher Empfang des Bußsakramentes und oftmaliger andächtiger Empfang der Eucharistie n. 2; wenigstens wöchentlicher Unterricht in geistlichen Dingen mit frommer Exhorte n. 5. Die Alumnen sollen an den Sonn- und Festtagen dem Hochamt und der Vesper anwohnen, den Altardienst leisten und die Zeremonien üben, besonders in der Kathedralkirche, jedoch ohne Gefährdung der Seminardisziplin und der Studien, was der Bischof zu beurteilen hat Can. 1367 n. 3. Dieser Can. 1367 ist aufgebaut auf den Vorschriften des Trid. sess. 23 cp. 18 d. r. und darum auch im Anschluß daran zu erklären. Unter „Festtagen“ sind nur die gebotenen Feiertage (oben S. 92) zu verstehen. Auch müssen nicht gerade *alle* Alumnen immer bewohnen, sondern es kann der Vorschrift durch Abwechslung (*per turnam*) genügt werden. Neben der

„Domkirche“ kommt hauptsächlich die Seminarikirche in Frage, der ja die Vorstände, Professoren und Alumnen des Seminars adskribiert sind SRC. d. 27. Febr. 1847 in Ruremonden. n. 2939, sowie die Hauptkirche des Ortes, wenn das Seminar außerhalb der Bischofsstadt sich befindet. Eine „Gefährdung der Disziplin oder der Studien“ wäre denkbar durch die zu weite Entfernung des Seminars von der Kathedralkirche oder durch besondere Umstände. Vgl. S a n t i - L e i t n e r: Praelectiones⁴ V 5 n. 2 e pag. 56 sqq.

II. Alle Weltpriester müssen wenigstens alle drei Jahre **geistliche Übungen (Exerzitien)** machen, und zwar in einem geistlichen oder Ordenshause nach Anordnung des eigenen Ordinarius, welcher auch die Dauer festsetzt. Ausnahmen sind zulässig in einem besonderen Falle aus gerechter Ursache mit ausdrücklicher Bewilligung des Ordinarius Can. 126; vgl. Can. 595 § 1 n. 1 (jährliche Exerzitien der Ordensleute). Der Ordinarius kann im allgemeinen Dispense gewähren aus gerechtem Grund, z. B. wegen Angstlichkeit, Krankheit; um so mehr kann er auch die Abhaltung in der Wohnung des Priesters bewilligen. Die Exerzitien vor den Weihen werden geregelt durch Can. 1001. Außerdem haben die Alumnen jährlich einige Tage lang allgemeine Exerzitien zu halten Can. 1367 n. 4.

III. **Darbringung des Messopfers.** „Alle Priester sind verpflichtet, mehrmals im Jahre das heilige Opfer zu feiern; der Bischof aber oder der Ordensobere Sorge dafür, daß sie wenigstens alle Sonn- und gebotenen Festtage der Opferfeier obliegen“ Can. 805. Diese Bestimmung des Roder stimmt mit dem bisherigen Rechte überein c. 9. De col. missarum (III 41). Darum ist jeder Priester unter s c h w e r e r Sünde wenigstens viermal im Jahre (zu Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Epiphanie) zur Messfeier verpflichtet. Aufgabe der Bischöfe bzw. Ordensobern ist es, alle Priester im Geiste des Trienter Konzils (sess. 23 c. 14. d. r.) zu veranlassen, daß sie alle Sonn- und Festtage zelebrieren. Freilich sollen dabei S t r a f e n und B e n s u r e n nicht angewendet werden S. C. Conc. d. 25. Febr. 1617, vgl. S a n t i - L e i t n e r: Praelectiones⁴ in III 41 n. 1 pag. 427. — Die S e e l s o r g e r jedoch müssen die Messe feiern, sooft es ihr Amt und die Bedürfnisse der Gläubigen erfordern Trid. c. 1. — Die näheren

Vorschriften über die heiligen Messen werden behandelt in den Cann. 801 sqq.; „Handbuch“ II § 11.

IV. Breviergebet. Die Kleriker der höheren Weihen (Majoristen) sind verpflichtet, täglich die kanonischen Tagzeiten vollständig zu beten nach den approbierten liturgischen Büchern, die für sie gelten, „secundum proprios et probatos liturgicos libros“ Can. 135. Die Pflicht **b e g i n n t** an den Weihesfasttagen (Can. 1006 § 2) nach der Non, an den Weihesfesttagen (Can. 1006 § 3) nach der Terz des Tages der Subdiafonatsweihe Rubr. gen. Missalis XV n. 2; oben S. 130. — Frei von dieser Verpflichtung sind die Majoristen, welche durch ein Reskript des Heiligen Stuhles, durch richterlichen Urteilspruch oder durch die Strafe der Degradation in den Laienstand versetzt worden sind gemäß Cann. 213; 214; 211.

1) Über die Pflicht des Breviergebetes a) in **r e l i g i ö s e n** **G e n o s s e n s c h a f t e n** der Männer oder Frauen sind die Grundsätze niedergelegt im Can. 610; b) für die Inhaber von **B e n e f i z i e n** im Can. 1475.

2) Die approbierten **l i t u r g i s c h e n** **B ü c h e r** für die kanonischen Tagzeiten (Brevier, das heilige Offizium) sind: a) das Brevier (Breviarium Romanum) nach der Reform des Papstes Pius X. **s. A.**, eingeführt 1. Januar 1913 durch die Bulle „Divino afflatu“ vom 1. November 1911; b) das Proprium (Propria Officia) der einzelnen Diözese oder der einzelnen Ordensfamilie; c) das Direktorium (Kalendarium) der betreffenden Diözese oder Ordensfamilie mit den Veränderungen, welche bestimmte Feste einer Kirche (Kirchweihe, Titularfest, Ortspatron, Reliquienfest) für die dort Abskribierten mit sich bringen.

3) Für das **A u f h ö r e n** der Pflicht des Breviergebetes gelten die Grundsätze über das Aufhören der Gesetze überhaupt (physische oder moralische Unmöglichkeit; Dispense). Doch beachte man, daß die Pflicht, die kanonischen Tagzeiten zu beten, **t e i l b a r** ist. Wer also das Brevier zwar nicht ganz, jedoch teilweise beten kann, muß die möglichen Teile beten, Dekret Innozenz' XI. durch das heilige Offizium vom 2. März 1679 bei **D e n z i n g e r - B a n n w a r t**: Ench.¹² n. 1204.

Neben dem (neuesten) Römischen Brevier dürfen nur jene eigenen Breviere noch gebraucht werden, welche schon vor dem 9. Juli 1368

(200 Jahre vor der Bulle *Quod a Nobis*) im Gebrauche waren und seit 1568 nicht mit dem Römischen Breviere vertauscht wurden, was der Bischof oder Ordensobere nur mit Zustimmung seines Kapitels vermag. — Die Benediktiner haben die neue Brevierordnung Pius' X. nicht angenommen; für ihr bisheriges Psalterium wurden die *Rubricae noviter reformatae Breviario Monastico accommodatae* und das Dekret *pro Ordine S. Benedicti* vom 12. Juni 1912 erlassen. Der Prämonstratenserorden schloß sich dem Römischen Psalterium an; vgl. Schüch-Polz: *Pastoraltheologie*¹⁷ (1914), S. 513. — Ein zum Bischof erwählter Ordenspriester betet sofort nach der Präkonisierung das Römische Brevier nach dem Diözesandirektorium; das gleiche tun seine Hausgenossen, welche bisher als Ordensmänner einem eigenen Brevier folgten, vorausgesetzt, daß sie mit dem Bischof das Brevier zu beten pflegen, Decr. Auth. S. R. C. nn. 181; 1599 ad 2. — Die *Indulte*, welche der Heilige Stuhl allgemein oder in Einzelfällen gab, bleiben bestehen; so dürfen Weltpriester (Majoristen), welche Mitglieder des 3. Ordens vom heiligen Franziskus sind, sich, abgesehen von den Spezialfesten der Diözese und Pfarrei bzw. Kirche, der sie adskribiert sind, an das betreffende Ordensdirektorium halten S. R. C. d. 15. Apr. 1904 n. 4132.

Über das Breviergebet der Kriegsteilnehmer erließ die Pönitentiarie zwei Erlasse, den einen am 15. März 1912, den anderen am 17. März 1916; letzterer bestimmt: „Majoristen, welche zur Teilnahme am Kriege gezwungen sind, gelten nur dann als entschuldigt von der Pflicht des Breviergebetes, wenn sie tatsächlich in der Schlachtreihe oder in der Schlachtlinie und auf dem Kampfplatze stehen (*quum actu in acie seu in linea et loco certaminis versantur*); sonst aber haben sie das heilige Offizium in den freien Stunden so gut als möglich zu beten; stellt sich jedoch eine schwere eigene oder fremde Benachteiligung ein, so können und müssen sie (nach Anhörung des Beichtvaters, soweit tunlich) sich richten nach den von den Theologen gegebenen allgemeinen Regeln.“ (AAS. 8, 108; Passauer Monatsschrift 26, 840.)

§ 35. Der kanonische Gehorsam.

Quellen: Cann. 127; 128; 143; 144; 542; 2222.

I. Der Koder stellt folgenden Satz als Grundlage auf: „Alle Kleriker, namentlich aber die Priester, sind in besonderer Weise verpflichtet, ein jeder seinem Ordinarius Ehrfurcht und Gehorsam zu erweisen“ Can. 127. Die Ehrfurcht, welche dem Ordinarius zu zollen ist, ergibt sich aus dessen höherer Stellung in der Hierarchie der Weihe und Jurisdiktion Can. 119. — Der kanonische Gehorsam unterscheidet sich von dem Gehorsam, welchen die Ordensperson dem rechtmäßigen Obern zu leisten hat, vgl. Can. 639; jener wird umschrieben durch das Leitungs- und Aufsichtsrecht der kirchlichen Obern mit Jurisdiktion auch im äußeren

Forum Cann. 329 § 1; 334 § 1. Den kanonischen Gehorsam haben die **P r i e s t e r** in erster Linie zu leisten, einmal wegen der Pflicht des guten Beispiels Can. 124, dann wegen des Gelöbnisses, das sie bei der Priesterweihe dem ordinierenden Bischofe in die Hand versprochen. — Die Ehrfurcht und der Gehorsam gebührt in erhöhtem Maße dem Römischen **P a p s t e** Can. 218. Der kanonische Gehorsam wird vor allem geregelt durch die Kanones des kirchlichen Gesetzbuches, dann durch die besonderen Diözesanvorschriften; in besonderer Weise hat er sich zu betätigen: a) in der Übernahme von Ämtern; b) im Verweilen innerhalb der Diözese; c) beim Eintritt in einen Orden.

II. Die Übernahme von Ämtern. Wird einem Geistlichen von seinem zuständigen Bischofe ein Amt (Stellung, Aufgabe) übertragen, so muß es der Geistliche übernehmen unter folgenden Bedingungen: 1) daß ein notwendiges Bedürfnis der Kirche es erheischt („*Ecclesiae necessitas*“); 2) daß kein rechtmäßiges Hindernis eine Entschuldigung bietet. Das dringende Bedürfnis, dessen Eintreten und dessen zeitliche Ausdehnung hat der Ordinarius zu beurteilen. Wird das Amt übernommen, so muß es treu ausgefüllt werden Can. 128. Ein rechtmäßiges Hindernis kann sowohl in der Person als auch in dem Amte, welches der Geistliche bereits innehat, vorhanden sein. Indes können besondere Gesetze den Priester oder Kleriker verpflichten, eine Stellung oder Aufgabe auch ohne *necessitas* zu übernehmen. Eine solche Bestimmung fand sich z. B. im bayerischen Konkordate Art. III Abs. 3. Die Dignitäre und Kanoniker der Domkirche haben außer dem Chordienst den Erzbischöfen und Bischöfen in der Verwaltung ihrer Bistümer als Räte zu dienen und können ganz frei zu besonderen Aufgaben und Geschäften verwendet werden. Das gleiche gilt von den Amtsverrichtungen der Dombikare.

Ähnliche Vorschriften wie sie hier Can. 128 gibt, bestehen im staatlichen Dienste für staatliche Beamte, Bayer. Beamtengesetz vom 16. August 1908 Art. 19. Ist ein Geistlicher **s t a a t l i c h e r B e a m t e r**, so kann er eine kirchliche Stellung nach dem einschlägigen staatlichen Rechte annehmen, „soweit dies mit der gewissenhaften Erfüllung seiner Pflichten vereinbar ist“. Dabei hat der Geistliche, welcher Staatsbeamter ist, der vorgesetzten Dienstbehörde **A n z e i g e** zu machen, wenn er eine ehrenamtliche Stellung übernimmt; dagegen ist die **E r l a u b n i s** der zu-

ständigen Dienstbehörde erforderlich zur Übernahme eines Nebenamtes oder Nebengeschäftes, womit eine Entlohnung verbunden ist, Bayer. Beamten-gesetz Art. 18. — In entsprechender Weise verlangt auch die Kirche Erlaubnis bzw. Anzeige seitens ihrer Kleriker, wenn sie ein Staats- oder Gemeindeamt zu übernehmen gesonnen sind, wovon weiter unten eigens zu handeln ist.

§ III. Das Verweilen der Kleriker in der Diözese. Wird jemand zum Weltgeistlichen geweiht, so wird er dem Zwecke nach für das Bedürfnis und den Nutzen der Diözese geweiht Can. 969 § 1, ja schon durch den Empfang der ersten Tonsur wird er regelmäßig einer Diözese zugeteilt („adscriptur“) oder inkardiniert Can. 111. Schon daraus ergibt sich ein inniger Zusammenhang des Weltgeistlichen mit der eigenen Diözese; dieses Band wird noch gefestigt durch die Annahme von Pfründen oder Ämtern, welche die Residenzpflicht bewirken. Darum sollen Kleriker, auch wenn sie keine solchen Pfründen oder Ämter innehaben, von der zuständigen Diözese während einer merklichen Zeit ohne die ausdrückliche oder wenigstens stillschweigende („praesumpta“) Erlaubnis des Ordinarius sich nicht entfernen Can. 143. — Ein Kleriker kann mit Erlaubnis seines Ordinarius in eine andere Diözese gehen, und zwar entweder so, daß er der neuen Diözese einverleibt wird Cann. 112 sqq., oder so, daß er seiner Diözese inkardiniert bleibt. In letzterem Falle kann der Kleriker zurückgerufen werden, freilich nur aus einem gerechten Grunde und mit Wahrung der natürlichen Billigkeit Can. 144, welche jeden Schaden an Gesundheit, Vermögen, Ehre usw. möglichst fernzuhalten sucht. — Auch der Ordinarius der fremden Diözese kann aus gerechter Ursache einem fremden Kleriker den weiteren Aufenthalt in seinem Gebiete versagen, außer der fremde Ordinarius hätte dem Kleriker eine Pfründe übertragen Can. 144 vgl. Can. 114. Die „gerechte Ursache“ liegt nicht schon in dem Umstande „des Fremdseins“. — Über das Studium der Kleriker, insbesondere der Priester, an weltlichen Fakultäten erließ die S C Consist. am 30. April 1918 das weiße Dekret „Nemo de sacro clero“ (AAS. 10, 237).

IV. Eintritt eines Weltgeistlichen in einen Orden. Der Eintritt eines Weltgeistlichen (clerici saecularis) kann unerlaubt und ungültig oder bloß unerlaubt sein. — 1) Unerlaubt und ungültig ist der Eintritt eines Klerikers, welcher gemäß einer Einrichtung des Heiligen Stuh-

laß die eidliche Verpflichtung eingeht, sich dem Besten der eigenen Diözese oder der Missionen zu widmen, und zwar solange die eidliche Verpflichtung dauert *Cann.* 542 n. 1 § „*Clerici*“; 981 § 1. — Die Formularien für solche eidliche Verpflichtung finden sich bei *Gasparr* Petrus: *Tractatus canonicus de s. ordinatione* (1894) vol. II pag. 313—15. In den römischen Nationalkollegien (*Germanicum, Anglicanum* usw.) pflegen solche Eide abgelegt zu werden; cf. *Ferreres*: *La Curia Romana* n. 544.¹ — 2) Ist ein Kleriker durch keinen solchen Eid gebunden, so wird er stets gültig ins Noviziat aufgenommen. Dagegen ist die Aufnahme ins Noviziat unerlaubt, wenn Majoristen ohne Wissen des Ortsordinarius zugelassen werden, oder wenn der Ordinaris zwar um die Sache weiß, jedoch Widerspruch erhebt deswegen, weil der Weggang des betreffenden Majoristen zum schweren Nachteil der Seelsorge reicht, ein Nachteil, der sich sonst nicht vermeiden läßt *Can.* 542 n. 2 § „*Clerici*“. Daraus scheint zu folgen, daß Kleriker der niederen Weihen nicht nur gültiger sondern auch erlaubterweise ins Noviziat aufgenommen werden können, doch erfolgt die Exkardinierung erst durch die Ablegung der ewigen Gelübde *Can.* 585. Immerhin wäre es ungeziemend, wenn ein Minorist oder ein einfacher Kleriker „*inconsulto loci Ordinario*“ ins Kloster ginge. Unter dem Ausdrucke „*loci Ordinarius*“ des *Can.* 542 n. 2 ist nicht der Ordinaris des Klosters, sondern der Ordinaris des Majoristen zu verstehen; denn nur dieser kann beurteilen, ob der Weggang desselben eine schwere Schädigung bedeutet.

V. Abgesehen von dem Gehorsam, welchen die Übernahme von Aintern oder Pfründen auflegt, läßt sich die eidliche Verpflichtung des Klerikers zur Obedienz bis ins 5. Jahrhundert nachweisen c. 3 *De maiestate* (I 33, Schreiben *Leos I.*). Näheres über die Geschichte und Literatur bei *Sägmüller J. B.*: *Kirchenrecht*³ I 284 ff; *Gasparr* P.: *De s. ordinatione* II n. 1070.

§ 36. Vervollkommnung der theologischen Wissenschaft.

I. Wie wir schon früher sahen, ist ein gewisses Maß von Fachkenntnissen für die einzelnen Weihgrade vorgeschrieben; vgl. *Cann.* 974 § 1 n. 4; 976 sq.; 996 sq. Dabei darf der

Geweihte, darf namentlich der Priester nicht stehenbleiben, er muß sich in der heiligen Wissenschaft vervollkommen, wozu ihm die Cann. 129—131 sowie 2376 und 2377 Anweisung und Ansporn geben.

II. Nach der Priesterweihe dürfen die Geistlichen das Studium, besonders das theologische, nicht vernachlässigen; dabei müssen sie in den theologischen Fächern der echten von den Vätern ererbten und von der Kirche allgemein angenommenen Lehre folgen, „indem sie die verwerflichen Wortneuerungen und die Gegensätze der fälschlich so genannten Wissenschaft vermeiden“ Can. 129; 1 Tim 6, 28. Daß hier der Kodex den katholischen Klerus in apostolischen Worten vor dem „Modernismus“ warnt, ergeben die ersten Sätze der Enz. „Pascendi“ vom 8. Sept. 1907. Freilich liegt im Can. 129 der positive Hinweis auf die Lehre des Aquinaten, den Leo XIII. in seiner herrlichen Konst. „Aeterni Patris“ vom 4. Aug. 1879 als Meister der Philosophie und Theologie allen Forschenden dringendst empfohlen hat; vgl. das Ap. Schreiben „Optimum sane“ d. 29. Juni 1921 (AAS. 13, 423, Röl.).

III. „Nach Ablauf ihrer Studienlaufbahn haben sich alle Priester, auch wenn sie schon eine Pfarr- oder Kanonikalspürinde besitzen (und wenn sie an weltlichen Fakultäten die Studien betreiben, Dekret Nemo d. 30. Apr. 1918, AAS. 10, 237), wenigstens drei Jahre lang in den verschiedenen theologischen Fächern einer **jährlichen Prüfung** zu unterziehen. Gegenstand und Art der Prüfung werden zur gelegenen Zeit vom Ordinarius bestimmt. Derselbe kann aus rechtmäßigem Grunde auch Befreiung eintreten lassen“ Can. 130 § 1. „Bei Verleihung von kirchlichen Ämtern und Pfründen sollen die Besseren in den Prüfungen bei sonst gleichen Voraussetzungen bevorzugt werden“ Can. 130 § 2. Die Studienlaufbahn umfaßt zwei Jahre Philosophie und vier Jahre Theologie Can. 1365 nach Vollendung der klassischen Studien Can. 1364. Da die Priesterweihe in der Mitte des vierten theologischen Kurses erteilt werden kann Can. 976 § 2, so erstreckt sich die Fortbildungszeit regelmäßig auf dreieinhalb Jahre nach der Priesterweihe. Die theologischen Fächer, in welchen schriftlich und (oder) mündlich geprüft werden kann, sind Dogmatik, Moral, Studium der Heiligen Schrift, Kirchengeschichte, Kirchenrecht, Liturgie, Geistliche Beredsamkeit und Kirchen-

gesang Can. 1365 § 2, außerdem noch Pastoraltheologie mit praktischen Übungen ibi § 3. In vielen Diözesen sind bisher schon Prüfungen vorgeschrieben gewesen, meist in Anlehnung an die Verlängerung der Beichtjurisdiction und über drei Jahre hinaus. Die wissenschaftlichen Voraussetzungen für das *Beichtvateramt* in den Cann. 877 sqq., desgleichen jene für das *Pfarramt* im Can. 459 § 3 und § 4 werden bei Behandlung dieser Ämter genauer dargelegt.

Wer die im Can. 130 vorgeschriebenen jährlichen Prüfungen, ohne dispensiert oder verhindert zu sein, unterläßt, kann vom Ordinarius mit entsprechenden *Strafen* hiezu angehalten werden Can. 2376.

IV. Konferenzen. In der Bischofsstadt und in jedem Landdefanate sollen öfters im Jahre an Tagen, welche der Ordinarius bestimmt, Zusammenkünfte (*conventus*) abgehalten werden, „*collationes*“ oder „Konferenzen“ genannt, über Fragen der *Moral* und *Liturgie*; diesen können nach dem klugen Ermessen des Ordinarius andere wissenschaftliche und asketische Übungen angereicht werden Can. 131 § 1. — Stößt die Abhaltung der Zusammenkünfte auf Schwierigkeiten, so ist die Lösung der Fragen *schriftlich* einzusenden nach den vom Ordinarius zu treffenden Normen Can. 131 § 2. — Abgesehen von einer vorgängigen und ausdrücklichen Befreiung des Ortsordinarius sind folgende Priester zur Teilnahme an den Zusammenkünften bzw. zur schriftlichen Lösung und Einsendung der Fälle verpflichtet: a) alle Weltpriester; b) die Ordenspriester mit Seelsorge, auch die exempten; c) die übrigen Ordenspriester mit bischöflicher Beichtjurisdiction, außer sie haben Konferenzen in den Ordenshäusern Can. 131 § 3. Priester, welche hartnäckig die „Konferenzen“ vernachlässigen, können vom Ordinarius nach dessen weisem Ermessen bestraft werden. Sind es Ordenspriester ohne Seelsorgeamt, so suspendiere er sie vom Beichtthören der Weltleute Can. 2377.

Die Pastorkonferenzen, namentlich durch die Tätigkeit des heiligen Karl Borromäus in Blüte gebracht, wurden von den römischen Päpsten eindringlich empfohlen und von vielen Bischöfen ihrem Klerus zur Pflicht gemacht. Wenn auch der Rodez keine eigentliche Pflicht aufstellt („*conventus habeantur*“), so sieht man aus den Kanones 131 und 2377,

daß der Kirche die Abhaltung dieser Konferenz eine Herzensangelegenheit ist. Sind die „Konferenzen“ in einem Bistume oder in einem Missionsgebiete eingerichtet, so waren von jeher alle Weltpriester und alle eigentlichen Seelsorger („*curam animarum gerentes*“) aus dem Ordensstande verpflichtet; die übrigen Ordenspriester waren nur dann gehalten, wenn sie Beichtjurisdiktion vom Ordinarius hatten und der eigenen Konferenzen in der Ordensfamilie entbehrten; vgl. die Konstitutionen „*Firmandis*“ Benedikts XIV. vom 6. November 1744 (A.-L. App. pag. 132) und „*Romanos Pontifices*“ Leo's XIII. vom 8. Mai 1881.

§ 37. Der Zölibat der Geistlichen.

I. Quellen und Literatur. 1. **Quellen.** Cann. 132; 133 (*praeceptum*); — 213; 214 (*ad laicalem statum redacti*); — 949; 984—87 (*irregularitates*); — 1043—45 (*dispensatio*); — 1993—98 (*processus*); — 2325; 2358 sq.; 2388 (*poenae*). — *Pontificale Romanum*: De ordinatione subdiaconi. — 2. **Die Literatur** für und gegen das Zölibatsgesetz der katholischen Kirche ist ungemein reichhaltig. Wir nennen nur die wichtigsten Werke für den Zölibat: F. A. Zaccaria 1774; 1785; J. A. Möhler 1839; Ludwig Clarus 1841 (der erst 1855 katholisch gewordene preussische Regierungsrat W. Volk schrieb das Werk „Der Zölibat“ als Protestant); A. Roskovanh 1861 f.; A. J. Heffele 1864; Rupert Mittermüller O. S. B. 1866; J. Ernst 1878; Fr. Laurin 1880; J. Freisen 1886 und 1888; A. Scharnagl 1908; M. Bierbaum 1910; M. Meßler 1912; J. Gspann: „Warum Zölibat unserer Priester?“ 1918; Jos. Fischer: „Ehe und Jungfräulichkeit im Neuen Testament“ (Münster 1910); M. Leitner: „Eherecht“³ § 4 S. 9 ff.; § 29 S. 134 ff.; Scholl, Dr. Kaspar: „Jungfräulichkeit, ein christliches Lebensideal“ (1917); von a k a t h o l i s c h e r Seite seien erwähnt als einschlägige Werke: „Die sexuelle Hygiene“ von Seved Ribbing (deutsch von Dr. Rehher über 50. Tausend) und „Die jungfräuliche Frau“ von Miriam Eck (pseudonym Berlin 1903). — Gegen den Zölibat schrieben: Anton und Augustin Theiner: Die Geschichte der erzwungenen Ehe-

losigkeit usw. 1892 ff.; J. Fr. Schulte: Der Zwangszölibat und dessen Aufhebung 1876; F. Heigl: Das Zölibat 1902; Paul Hoensbroech in dem Buche: „Das Papsttum in seiner sozialkulturellen Wirksamkeit“, Bd. 2 „Die ultramontane Moral“ 1902 S. 497 ff.: Werke, welche Sägmüller J. B.: Kirchenrecht³ I § 57 in verdienter Weise brandmarkt. Neuere „Schmähschriftchen“ aus modernistischer Werkstätte sind nicht einmal mit des Verfassers Namen gedeckt.

II. Das jetzt im Abendlande geltende Recht. Der Zölibat in der abendländischen Kirche besteht darin, daß ein Geistlicher der höheren Weihen zur vollständigen Enthaltensamkeit kraft der Tugend der Religion verpflichtet ist Can. 132. — 1) Dieser Kanon hat nur das Recht der abendländischen Kirche ausgesprochen; in den unierten Kirchen des Morgenlandes herrscht ein verschiedenartiges Recht, wie wir sehen werden; dasselbe bleibt unangetastet Can. 1. — 2) Unter den „höheren Weihen“ versteht man seit Innozenz III. die Weihen des Priesters, Diacons und Subdiacons Can. 949. Wegen dieser Bedeutung des Subdiaconates hält der Bischof nach dem Pontifikale folgende hochbedeutsame Ansprache: „Geliebte Söhne, Kandidaten des Subdiaconates, immer und immer wieder müßt ihr aufmerksam erwägen, welche Bürde ihr heute aus freien Stücken (ultro) erstrebet. Bis jetzt ja seid ihr frei, und es ist euch erlaubt, nach Gutdünken zum weltlichen Stande (vota saecularia) überzugehen. Wenn ihr aber diese Weihe übernehmt, so könnt ihr fürderhin nicht mehr von eurem Vorhaben (proposito) zurücktreten, sondern ihr gehört dem ständigen Dienste Gottes an, dessen Dienst herrschen bedeutet, und ihr müßt die Keuschheit mit seiner Hilfe beobachten und zum Kirchendienst stets bereit sein. Darum bedenket es, solange noch Zeit ist, — und wenn ihr bei eurem heiligen Vorhaben beharren wollt, im Namen des Herrn, tretet herzu!“ —

Kleriker der niederen Weihen (Minoristen) können zwar heiraten, allein durch die Verheirathung gehen sie des Klerikalstandes verlustig, außer diese Ehe war nützlich wegen Zwang oder schwerer Furcht auf seiten des Klerikers Cann. 132 § 2; 213; 2304 § 2; 1087. Solche Minoristen verlieren demnach sofort ihre Benefizien und die Kleri-

kalprivilegien, während letztere bisher nicht immer verloren-gingen.

Wenn Heinrich H a n s j a k o b in seinen „Somnigen Tagen“ (1906), S. 78 f.; 244 von einer „Aufhebung des Zölibates“ für die Fürstbischöfe L e o p o l d I. von Passau (1598—1625) und dessen Sohn S i g m u n d von Augsburg (1639—65) mit seinen bekannten Ausfällen redet, so beruht das auf U n k e u n t n i s s der Geschichte. Ersterer, geb. 1586, wurde zwar 1598 Fürstbischof von Passau, 1607 auch von Straßburg, vermählte sich 1626 mit Claudia von Medici und starb 1632 (K r i d l. H.: Das ehem. Domstift Passau, 1922, S. 204), aber er war n i e m a l s Majorist (H a n s j.: Germania sacra I 666). Das gleiche gilt für seinen Sohn Franz Sigmund, geb. 1630, Bischof von Augsburg (1646), Trient und Gurk, welcher per procuratorem eine Pfalzgräfin von Sulzbach ehelichte, aber bereits, ohne seine Gemahlin gesehen zu haben, am 25. Februar 1665 einem Schlagfluß erlag. Bedauerlich, aber in den Umständen der Zeit begründet, war die Erhebung von Kindern auf fürstbischöfliche Stühle, die Vereinigung mehrerer Bistümer in e i n e r Hand und die Regierung der Diözesen durch Laienfürsten (die übrigens gute Eigenschaften hatten), aber der Zölibat kommt dabei gar nicht in Frage.

3) „V o l l s t ä n d i g e E n t h a l t s a m k e i t“ bedeutet ein Doppeltes: a) Die Majoristen können weder g ü l t i g e r noch e r l a u b t e r w e i s e eine Ehe schließen (Can. 1072); b) jede Sünde, welche sie gegen das sechste Gebot begehen, ist Sakrileg Can. 132 § 1. Diese doppelte Seite des Zölibates spricht Can. 132 § 1 in folgenden Worten aus: Maioristae „a nuptiis arcentur (Can. 1072) et servandae castitatis obligatione ita tenentur, ut contra eandem peccantes sacrilegii quoque rei sint“ (salvo Can. 214). Klar ist die Verpflichtung: „den Majoristen ist die Eheschließung unerlaubt und unmöglich, und jede Verfündigung gegen das sechste Gebot ist auch Sakrileg“, aber in der Darlegung des n ä h e r e n Verpflichtungsgrundes gingen die Ansichten bisher auseinander. Die einen sagten: „Der unmittelbare Verpflichtungsgrund zum Zölibat ist das K i r c h e n g e s e z“; die anderen behaupteten: „Das Kirchengesetz ist zwar entfernterer Verpflichtungsgrund, allein unmittelbar verpflichtet das N e u s c h h e i t s g e l ü b d e, welches von jenem Gesetze auferlegt wird.“ Wir haben uns für die erstere Ansicht ausgesprochen, z. B. im Eherecht² S. 188 ff. Der Roder spricht offenbar zugunsten der Verpflichtung durch das b l o ß e Kirchengesetz; denn alle Kanones, besonders die Cann. 213 bis 14; 1993—98, sprechen niemals von der Auflage eines Gelübdes, sondern stets nur von der „obligatio caelibatus“, eine

Verpflichtung, welche jener des Breviergebetes vollständig gleichgestellt wird. Geradeso drückt sich das Pontifikale aus. Wenn die Römischen Päpste Bonifaz VIII., Johann XXII. und Benedikt XIV. die Übernahme der Zölibatsverpflichtung „votum“ nannten, so bietet das keine Schwierigkeit; denn „votum“ bedeutet auch den selbstgewählten Stand, z. B. „vota saecularia“ (in Ordinatione subdiaconi), „vota nuptiarum“ (II. 2. 4. C. De sponsalibus 5, 1). Dazu kommt, daß der „ordo sacer“ nicht die Wirkung hat, eine nicht vollzogene Ehe dem Bande nach zu lösen, eine Wirkung, welche er haben müßte, wäre die Übernahme einer höheren Weihe ein „votum“ im eigentlichen Sinne. — Alle Sünden eines Majoristen gegen die Keuschheit sind Sakrilegien, also auch die reinen Gedankensünden. Das ist deswegen, weil eben das Kirchengelot wegen der Heiligkeit der Person den ganzen Menschen erfaßt.

4) G r a d u n d A u f h ö r e n d e r V e r p f l i c h t u n g. Die Majoristen der verschiedenen Grade (Subdiakone, Diakone, Priester, Bischöfe) sind zwar alle zum Zölibat verpflichtet, indes nicht alle im gleichen Grade. Je höher die Weihe, desto strenger die Verpflichtung. Das ergibt sich: a) aus der mit den Weihen wachsenden Heiligkeit der Person, welche Christum immer vollkommener zur Darstellung bringt; b) aus der größeren Schwierigkeit, Dispense zu erlangen. Verhältnismäßig am wenigsten schwierig ist die Dispense für Subdiakone; denn dieser Ordo gehört erst seit Anfang des 13. Jahrhunderts zu den höheren Weihen. Fester schon ist das Band für Diakone; doch fehlen Dispensbeispiele nicht. Dispense konnte kraft der Dekrete von 1888 (S. C. Inq.) und 1909 (S. C. de Sacr.) in dringender Todesgefahr auch von Ordinarien, Pfarrern und Beichtvätern gewährt werden, eine Verfügung, welche in Cann. 1043 bis 44 bestätigt wurde. Ja Can. 1045 gewährt die Dispensvollmacht auch im „verwickelten Falle“: den Ordinarien im mer, den nach Can. 1044 bevollmächtigten Priestern nur in einem g e h e i m e n Falle. — Wenn St. Alfonsus behauptet (in Theol. mor.: sac. ordinis n. 808 am Ende): „DD. tantum in casu urgentissimo concedunt Pontifici in hoc dispensare cum solis ministris, sed non cum sacerdotibus“, so stehen dieser Behauptung die geschichtlichen Tatsachen

entgegen, daß Julius III. verheirateten Priestern Englands 1554 und Pius VII. jenen Frankreichs 1801 Dispense gewährten in der Weise, daß sie ihre „Ehe“ fortsetzen konnten mit Aufgabe aller geistlichen Funktionen. In den Dispensvollmachten der Cann. 1043—45 ist der „s. presbyteratus ordo“ ausdrücklich ausgenommen, wie schon 1888 und 1909. — Bezüglich der B i s c h ö f e läßt sich kein geschichtliches Beispiel nachweisen (auch nicht für die morgenländische Kirche), daß der Heilige Stuhl einen Bischof dispensiert hätte. Ist doch die vollständige Enthaltksamkeit des Bischofs a p o s t o l i s c h e s Gebot Tit 1, 8 („ἐγκρατῆ“), vgl. mit 1 Kor 7, 9; Tob 6, 18; Weish 8, 21; — G. M. L e f f e b u r e: Recueil des inscriptions d’Egypte (1907) n. 413; C. M. R a u f m a n n: Epigraphie S. 254.

S y n e s i o s von Kyrene, Bischof von Ptolemais, soll sich 410 die Fortsetzung des ehelichen Verkehrs bei der Bischofsweihe ausbehalten haben mit Erfolg; die Sache ist geschichtlich nicht geklärt, jedenfalls war Rom unbeteiligt. J o h n B u t l e r, Bischof von Cork, wurde, da er 1787 eine Dispense nicht erhalten konnte, protestantisch und „heiratete“ eine protestantische Verwandte, M. B e l l e s h e i m: Geschichte der katholischen Kirche in Irland (1891), S. 184. T a l l e h r a n d, ehemaliger Bischof von Autun, erhielt niemals die Erlaubnis zur „Ehe“ mit Madame Grant, sondern nur für den habitus laicalis; vgl. L e i t n e r M.: Eherecht³ S. 140.

III. Enthaltksamkeitspflicht der vor der Subdiaconatsweihe Berehelichten.

1) Ein Verheirateter kann in den geistlichen Stand nicht eintreten und weder die niederen noch die höheren Weihen empfangen, solange er eine Gattin hat — „Viri uxorem habentes sunt simpliciter impediti“ Can. 987 n. 2. Das Hindernis hört auf: a) durch den Tod Can. 1118; b) durch päpstliche Auflösung oder feierliche Profess Can. 1119; c) durch Wiederverheiratung der Frau kraft des Paulinischen Privilegs Can. 1126; d) durch die beständige Lösung der ehelichen Gemeinschaft (Trennung von Tisch und Bett, separatio perpetua) Cann. 1129—31; e) durch päpstliche Dispense Can. 132 § 3. — Ist die Ehe nicht gelöst oder beständig getrennt, so kann der Ehemann sich die Weihen nicht geben lassen, auch nicht mit Zustimmung seiner Gattin und mit deren Keuschheitsgelübde (in einem Orden oder in der Welt). Würde er trotzdem die höheren Weihen auf sich nehmen, so

ist ihm, auch wenn er im guten Glauben war, die Ausübung der empfangenen Weihen verboten Can. 132 § 3. Er braucht immer die Dispense des Apostolischen Stuhles ibi. In dem Dispensreskript wird ihm jedenfalls genau angegeben, welche Aufgaben seine Ehefrau zu erfüllen hat.

2) Hat ein Verheirateter die höheren Weihen empfangen, so sind seine Verpflichtungen denen der unverheirateten Majoristen gleich Can. 132 § 1, ausgenommen, daß er keine Sünde gegen das sechste Gebot begeht, wenn er mit seiner Gattin geschlechtlichen Verkehr pflegt (in den Fällen der Cann. 1129—31; 132 § 3). Doch ist dieser Verkehr sakrilegisch (Can. 132 § 1), und die aus diesem Umgange entsprossenen Kinder gelten vor der Kirche als unrechtmäßige Can. 1114.

IV. Der Zölibat in der morgenländischen unierten Kirche. Hier gelten folgende Sätze: 1) Bischöfe dürfen weder heiraten noch den ehelichen Verkehr fortsetzen, wenn sie als Ehemänner Bischöfe wurden. 2) Priester und Diakone (bei den Italo-Gräken auch die Subdiakone) dürfen nicht heiraten oder nicht wieder heiraten. — 3) Priester und Diakone (bei Italo-Gräken auch Subdiakone) dürfen die vor den höheren Weihen eingegangene Ehe durch geschlechtlichen Verkehr vollziehen, jedoch nicht in den Tagen unmittelbar vor Darbringung des heiligen Opfers, Benedikt XIV. in der Konstitution „Etsi Pastoralis“ d. 26. Maii 1742 n. 28. 4) Für die Vereinigten Staaten von Nordamerika hatte die S. C. de Prop. F. in mehreren Dekreten (1890—92) angeordnet, daß die Priester des ruthenischen oder eines anderen morgenländischen Ritus „caelibes vel saltem vidui absque liberis“ seien. Denselben Grundsatz stellt die Apostolische Konstitution „Ea semper“ d. 14. Jan. 1907 (ASS. 43, 3) auf und wendet die Prop.-R. nochmal für Kanada an am 18. August 1913 (ME. 25, 308 sq.). Aber das vom russischen Gelde mächtig unterstützte Schisma nahm gerade diese Anordnung zur Zielscheibe ihrer Angriffe auf die katholische Union in Amerika und zum Förderungsmittel der Losreißung von Rom. Darum unterließen die beiden nächsten Dekrete vom 17. August 1914 (für die Ruthenen in Nordamerika ME. 26, 391 f.) und vom 27. März 1916 (für die Ruthenen Südamerika S. AAS. 8,

105—07) die Betonung der Zölibatspflicht; vgl. ME. 26, 392 n. 4.

V. Strafen für die Übertretungen des Zölibatsgesetzes. Die wichtigsten dieser Übertretungen und deren Strafen sind folgende:

1) **Häretische Lehren.** Als Häretiker sind dem Kirchenbanne (der dem Apostolischen Stuhle besonders vorbehaltenen Exkommunikation Can. 2314 §§ 1, 2) verfallen diejenigen, welche behaupten: „Majoristen (oder Ordensleute mit feierlicher Profess) können eine gültige Ehe schließen“ oder das Zölibatsgebot „sei nichts anderes als eine Verwerfung der Ehe und eine Ehe können alle jene eingehen, welche fühlen, daß sie die Gabe der Keuschheit, auch wenn sie dieselbe gelobten, nicht haben“ Trid. sess. 24 cn. 9.

2) **Eheattentat.** Der dem Apostolischen Stuhle einfach vorbehaltenen Exkommunikation verfallen Majoristen (und Ordensleute mit feierlicher Profess), welche sich beikommen lassen („praesumentes“), eine Ehe, auch in einer bürgerlichen Form, zu schließen, sowie die Personen, welche mit jenen Majoristen (oder Ordensleuten) eine Ehe attentieren Can. 2388 § 1. Bisher war die Exkommunikation nur dem Ordinarius reserviert, Konstitution Ap. Sedis d. 12. Oct. 1869 cl. III n. 1. Außerdem droht den Majoristen neben anderen (Can. 2325) die höchste Kirchenstrafe der Degradation (Can. 2305), wenn sie in einer vorgesezten Frist die Mahnungen ihres Ordinarius in den Wind schlagen Can. 2388 § 1. — Endlich erledigen sich sofort und ohne jeden Erklärungspruch alle Ämter durch Eingehung einer Ehe, auch der bloßen „Zivilhe“ ibi et Can. 188 n. 5.

3) **Konfubinät.** Der Ordinarius hat nach den Cann. 2176—81 zunächst den Kleriker zu mahnen Can. 2176. Tritt eine Besserung nicht ein, so soll er solche Kleriker von den gottesdienstlichen Berrichtungen (Can. 2279 n. 2) suspendieren (suspensio a divinis), einen Pfarrer außerdem sofort seiner Pfarrei (Cann. 192 § 2; 1576 § 1 n. 1), einen Benefiziaten ohne Seelsorge seines Benefiziums in allmählicher Verschärfung der Strafen nach acht Monaten Cann. 2177; 2359 § 1 verlustig erklären.

4) **Andere Verfehlungen.** Bei Verfehlungen *cum minoribus infra aetatem 16 annorum*, bei *adulterium*, *stuprum*, *bestialitas*, *sodomia*, *lenocinium*, *incestus cum consanguineis aut affinibus in primo gradu* kann der *Ordinarius* stufenweise vorgehen mit Suspension, Exkommunikation, Entziehung der Ämter, Pfründen und Würden und in schwersten Fällen mit Deposition (Can. 2303) Can. 2359 § 2. — Nach dem Strafgesetzbuch des Deutschen Reiches werden die meisten dieser Verfehlungen und noch andere mit verschiedenen Strafen belegt RStGB. §§ 171—184; 235; 237; 48; 361^a, welche wegen der Nichtgeltung des *priv. fori* für Deutschland (oben S. 211 f.) eine um so größere Bedeutung in der Kirche erhalten. — Andere gewöhnliche Verfehlungen (außer den des Can. 2359 § 2) können mit Ermessungsstrafen belegt werden bis zur Amtsentziehung, namentlich bei Seelsorgern Can. 2359 § 3. — Für die verwaltungsmäßige Entfernung der Pfarrer kommt in Frage Can. 2147 § 2 nn. 3—4.

5) **Irregularität.** Ein Majorist, welcher eine Ehe (auch durch den bürgerlichen Akt) attentiert, wird irregulär aus einem Verbrechen Can. 985 n. 3 (früher *bigamia similitudinaria*); er kann irregulär werden, wenn er trotz dieses Attentates, welches Exkommunikation bewirkt, Weihesaktionen ausübt Can. 2388 § 1; 985 n. 7 oder wenn er seinen guten Leumund rechtlich (Can. 2359 § 2 I) oder tatsächlich verliert Can. 984 n. 5; 987 n. 7 (*infamia*).

6) **Entziehung der Jurisdiktion.** Der Priester hat außer der Todesgefahr keine Jurisdiktion bezüglich jener Sünden gegen das sechste Gebot, welche eine andere Person vor oder nach seiner Subdiaconatsweihe mit ihm begangen hat Can. 884; 2367.

Anerkennung des Zölibatsgesetzes durch den Staat (in Bayern).

1. Das Vorgehen der Kirche gegen unsittliche Priester wurde in Bayern auch vom Staate anerkannt, Konkordat (1817) XIIId; RE. §§ 38—42. Gegen Konkubinarier kann auch auf Grund des Polizeistrafgesetzbuches Art. 50a selbständig vorgegangen werden. — Ein Allerhöchster Erlaß vom 8. April 1852 bestimmt: „Erkenntnisse der geistlichen Gerichte bedürfen der königlichen Bestätigung nicht. . . . Übrigens ist in Fällen, wo ein Priester suspendiert oder entlassen wird, der Kreisregierung und dem Titeltitelgeber Mitteilung zu machen.“ — Das rechtskräftig ge-

wordene Urteil der *Amtsentsetzung* eines beprüfunden Geistlichen (mit den Entscheidungsgründen) ist von dem betreffenden Ordinariate dem Kultusministerium ungesäumt vorzulegen durch die Kreisregierung, M.-E. 19. Juni 1828, damit bei Zwangsvollstreckung den Unterbehörden Anweisung gegeben werden kann.

2. Schließt ein Geistlicher im *Deutschen Reich* eine bürgerliche Ehe, so ist dieselbe vor dem Staate gültig und erlaubt, Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 § 39, aber gegen den Geistlichen kann als Übertreter der Kirchengesetze von der Kirche auch strafrechtlich vorgegangen werden, was auch der Staat anerkennen muß gemäß BGB. § 1588 „Die kirchlichen Verpflichtungen in Ansehung der Ehe werden durch die Vorschriften dieses Abschnittes (über die „bürgerliche Ehe“ §§ 1297 bis 1587) nicht berührt. — In *Österreich* gilt noch § 63 des A. b. G. B.: „Geistliche, welche die höheren Weihen empfangen haben, . . . können keine gültigen Eheverträge schließen“; doch fehlen nicht Dispensen in einzelnen Kronländern.

VI. Aufhören der Zölibatspflicht. Die Zölibatspflicht kann aufhören vor allem, wie oben gezeigt wurde, durch *Dispense*, welche für Priester nur der Apostolische Stuhl erteilt; für Diafone und Subdiafone in gewissen Notlagen auch der Ordinarius, und sogar auch ein Priester Cann. 1043 bis 45. — Die Zölibatspflicht kann aufhören durch Urteil des kirchlichen Richters wegen Fehlens gewisser Voraussetzungen. Diesen zweiten Fall haben wir hier genauer zu behandeln.

1) *Voraussetzungen.* Die mit den höheren Weihen verbundenen Verpflichtungen (des Zölibats und Breviers) können angefochten werden: a) wegen Ungültigkeit der Weihe; b) wegen gewisser Hindernisse, welche die geistige Freiheit des Empfängers beeinflussen. Ist die Subdiafonatsweihe ungültig und wurde keine höhere Weihe empfangen, so hören mit der Ungültigkeitserklärung auch die Verpflichtungen von selbst auf; „accessorium naturam sequi congruit principalis“ reg. 42 iur. in 6°. War die Priesterweihe ungültig, die Subdiafonatsweihe (und Diafonatsweihe) gültig, so ist der Grad der Verpflichtung eben der geringere dieser Weihe(n). — Die *Hindernisse*, welche die Freiheit beim Empfange der höheren Weihen beeinflussen können, sind folgende: a) Mangel des Reifealters von 14 Jahren; β) Unkenntnis der Verpflichtungen; γ) Zwang und schwere Furcht. — Die Behinderung eines Weihelikandidaten ist sicher gegeben beim Weiheempfang vor dem *Bernunftgebrauch*

Can. 12; für den Empfang vor dem Reifealter (pubertas) bezeugt das Hindernis Benedikt XIV. in der Konstitution „Eo quamvis“ d. 4. Maii 1745 §§ 20—25. — In gleicher Weise ist eine Behinderung gegeben, wenn ein Weibekandidat die Obliegenheiten unverschuldeterweise nicht kennt; vgl. Can. 104. Solche Unkenntnis wird ja selten vorkommen, aber ausgeschlossen ist sie nicht. Am häufigsten dürfte die Behinderung durch Zwang und Furcht eintreten, weshalb der Kodex auch nur diesen Fall berücksichtigt Can. 214.

2) **Vorgehen.** Hat ein Kleriker vor dem Reifealter eine höhere Weihe empfangen, so muß er nach Vollendung des 16. Lebensjahres gefragt werden. Lautet die Antwort bejahend, so ist der Majorist fortan endgültig gebunden; lautet sie verneinend, so ist er frei von den Verpflichtungen, aber auch das Recht, die Weihen auszuüben, geht verloren, Konstitution Eo quamvis § 28. — Hat ein Kleriker höhere Weihen unter dem Einfluß von Unkenntnis, Zwang oder schwerer Furcht empfangen, so kann er die betr. Weihe nach Entfernung des Hindernisses entweder ausdrücklich oder stillschweigend gutheißen durch Ausübung der Weihe(n) mit der Absicht, dadurch sich den Verpflichtungen zu unterwerfen Can. 214 § 1. Hat er dies getan, so kann er später die Verpflichtungen nicht mehr bestreiten. — Hat er die Verpflichtungen aber nicht gutgeheißen und will er derselben erledigt sein, so muß er den in den Cann. 1993—98 beschriebenen **Prozeß** anstrengen, nach dessen für ihn günstigem Ausgange er in den **Laiestand** zurückversetzt wird Can. 214.

I. Prozeß auf Ungültigkeit der Weihen. Das Gesuch des Klerikers muß an den Apostolischen Stuhl gesandt werden, und zwar an die Kongregation des Heiligen Offiziums, wenn die Gültigkeit der Weihe angefochten wird wegen eines Wesensfehlers im Weiheritus („ob defectum substantialem sacri ritus“), sonst an die Sakramentenkongregation Cann. 1993; 247, § 1; 249 § 1. — **Ankläger** kann hier sein sowohl der Kleriker, um dessen Weihegültigkeit es sich handelt, als auch der Ordinarius, dem der Kleriker unterstellt ist, und der Ordinarius des Weihortes Can. 1994 § 1. — Die Römische Kongregation bestimmt, ob auf dem Gerichts- oder Verwaltungsweg vorzugehen ist Can. 1993 § 1. Im letzteren Falle entscheidet die Kongregation selbst die Frage nach vorausgegangenem Informativprozeß bei der zuständigen Kurie ibi § 3. Im ersteren Falle verweist das heilige Offizium die Angelegenheit an den Gerichtshof der Diözese,

wo die Weihe stattfand; die Sakramentenkongregation an den Gerichtshof der Diözese, zu welcher der Kleriker zur Zeit der Weihe gehörte ibi § 2.

II. Prozeß auf Aufhebung der Pflichten. Auch hier geht das Gesuch an den Heiligen Stuhl, und zwar stets an die Sakramentenkongregation Can. 1993 § 1. Nur der Kleriker allein kann ein Nichtigkeitsurteil der Verpflichtungen sich erholen Can. 1994 § 2, also nicht der Ordinarius. Aus den Worten „*declarationem nullitatis onerum*“ ergibt sich, daß die Verpflichtungen der höheren Weihen, unter dem Einflusse schwerer Furcht übernommen, nicht nur anfechtbar (Can. 103 § 2), sondern nichtig sind, gleichwie die Eheschließung Can. 1087, der Noviziateintritt Can. 542 n. 1, das Gelübde Can. 1307 § 3 und die Ordensprofeß Can. 572 § 1 n. 4. — Auch wenn der Prozeß die Gültigkeit der Weihe nicht betrifft, sondern nur die Kraft der Doppelpflicht, so hat der Kleriker vorsichtshalber die Ausübung der Weihen zu unterlassen Can. 1997.

III. Gemeinsames für beide Prozesse. Wird auf dem Verwaltungsweg vorgegangen („*disciplinae tramite*“), so schiebt die Kongregation die Angelegenheit zurück an den zuständigen Ordinarius, welcher in eigener Person oder durch seinen Stellvertreter („*iudex instructor*“) mit Beziehung des Defensor vinculi und eines Aktuars (aber ohne Richterkollegium) den Informativprozeß führt. Ohne den Prozeß zu veröffentlichen oder ein Urteil zu fällen, sendet der Richter am Schluß alle Akten an den Apostolischen Stuhl zugleich mit den beiden geschriebenen Gutachten des Bischofs und des Weheanwalts (Defensor vinculi) Cann. 1995; 1966; 1985. — Wird dagegen der Gerichtsweg beschritten, so führt den Prozeß das zuständige Diözesengericht Can. 1993 § 2, und zwar ein Kollegium von drei Richtern Cann. 1995; 1576 § 1 n. 1. Das Verfahren richtet sich nach dem bei Ehenichtigkeitsprozessen; ein Weheanwalt muß beigezogen werden mit allen entsprechenden Rechten und Pflichten des Eheanwalts Cann. 1937—69. Am Schluß fällt das Richterkollegium das Urteil „*Constat de nullitate onerum ex sacra ordinatione*“ oder „*Non constat*“ etc. Im letzteren Falle kann der Kleriker Berufung ergreifen; im ersteren muß es der Weheanwalt tun Can. 1998 § 2. Für die Berufung gelten dieselben Instanzen wie beim Ehenichtigkeitsprozeß Cann. 1594—1601; 1993 § 2. Erst wenn wenigstens zwei gleichlautende Urteile für die Nichtigkeit der Verpflichtungen bzw. für die Ungültigkeit der Weihe vorhanden sind und der Defensor nicht weiter Berufung ergreift, kann sich der Kleriker frei von den Verpflichtungen betrachten Can. 1998 § 1, muß aber auch die Wehefunktionen aufgeben Can. 1997; 214 § 1. — Der Prozeß des Priesters *Andrea Arena* aus *Cercola* endigte nach vier Jahren mit Urteil der Sakramentenkongregation, daß die Verpflichtungen aus den höheren Weihen nichtig seien, *Salzburger KZ.* 7. Aug. 1913.

VII. Geschichte des Zölibats. Der Zölibat hat seine Spuren auch in der Heidenwelt (*Eduard Westermarck*: *Geschichte der menschlichen Ehe*² 1902 S. 136, 148 bis 151, 542) und trotz der Hochschätzung der Ehe im Judentum (ebendort S. 151). Die Römer konnten sich bekanntlich das

Feuer der Besta von niemand anderem behütet denken als von jungfräulichen Priesterinnen; vgl. Miriam G d S. 50 ff. Im Alten Testamente war es den Priestern untersagt, während des Opferdienstes den geschlechtlichen Verkehr zu pflegen (Lv 22, 4); denn ein Mann galt nach diesem Verkehr als gesetzlich unrein bis zum Abend Lv 15, 16. — Der göttliche Heiland, geboren aus der Jungfrau, führte als der ewige Hohepriester ein jungfräuliches Leben (Hbr 7, 3; Joh 4, 7) und stellte die Grundsätze von dem Vorzuge der Enthaltensamkeitstugend vor dem Eheleben an drei Stellen auf: a) Mt 19, 10 ff (den Vorzug der Jungfräulichkeit fassen nicht alle); b) Mt 19, 27—29 (großartiger Lohn für den Verzicht auf die Familie); c) Mt 22, 30 (Enthaltensamkeit macht engelgleich). — Von den Aposteln war sicher S i m o n P e t r u s verheiratet (Mt 8, 14; Mk 1, 30; Lk 4, 38, ebenso Philippus der Diakon Apg 6, 5; 8, 5—40; 21, 8—9); aber nach der Berufung lebten alle Apostel enthaltsam nach dem vom Herrn bestätigten Zeugnisse des Petrus: „Siehe, wir haben a l l e s verlassen und sind dir nachgefolgt“ Mt 19, 27 und 29. Für die Ordination eines Bischofs, Priesters und Diacons stellt P a u l u s ein Enthaltensamkeitsgesetz auf betr. der Vergangenheit („nur e i n e s Weibes Mann“ 1 Tim 3, 2. 12; Tit 1, 5—7); aus der Analogie mit den Witwen (1 Tim 5, 3—12; 1 Kor 7, 8—9) möchte man auf die eheliche Enthaltensamkeit schließen, welche wenigstens für den episcopus (presbyter) in Tit 1, 8. 5 gefordert wurde. — Nach dem Beispiele Christi und der Apostel lebten sehr viele Bischöfe, Priester und Diacone in Jungfräulichkeit oder ehelicher Enthaltensamkeit, K a u f m a n n G. M., Epigraphik S. 254. Die ersten schriftlichen Bestimmungen begegnen uns anfangs des 4. Jahrhunderts; cc. 8. 9. 14. 15 D. 28. Im Abendlande bestimmte das Konzil von E l v i r a (306), daß der Gebrauch der Ehe bei Bischöfen, Priestern und Diaconen zu unterbleiben habe unter Strafe der Absetzung. Das Konzil von Nizäa (325) schloß sich dieser Bestimmung nicht ausdrücklich an; immerhin gab es weise Verordnungen über die Aufnahme von Frauen in das Haus der Majoristen c. 16 D. 32, so daß das Auftreten des Paphnutius, eines Bekennerbischofs aus der Oberthebais, zugunsten des commercium conjugatorum etwas unwahrscheinlich erscheint. — Tatsächlich bildete sich im M o r g e n l a n d e die

jetzt bestehende Praxis aus (oben S. 233). Im Abendlande dagegen war das Dekret von Elvira maßgebend cc. 2—4 D. 82 und wurde, freilich unter schweren Kämpfen (Gregor VII.), in die Germanenwelt eingeführt. Auf dem zweiten Laterankonzil (1139) erfolgte der letzte Schritt zur Befestigung des Zölibatsgesetzes durch die Aufstellung des trennenden Ehehindernisses der Weihe c. 40 C. 27 q. 1 § 7. Unter Innozenz III. wurde das Subdiakonats endgültig unter die höheren Weihen eingereiht. Dem Zölibatsgesetze entstanden bis auf unsere Tage stets neue Gegner in den Neuerern des 16. Jahrhunderts, im Josephinismus, in den Ultrakatholiken und teilweise in den Modernisten (Memmingers Verlagsanstalt Würzburg 1910 ff.).

VIII. Einwände gegen den Zölibat und deren Widerlegung.

1. **Einwand.** Die Celosigkeit ist eine Schädigung der leiblichen und geistigen Gesundheit („Enthaltensamkeitsstörungen“). — A. Erfahrung und Vernunft sprechen dafür, daß die keusche Celosigkeit keinen schädlichen Einfluß auf Geist und Körper hervorbringt. Der protestantische Arzt und Professor Dr. Seved Ribbing schreibt in seiner „sexuellen Hygiene“ (40.—50. Tausend) S. 67: „Die Geschichte enthält keine Zeile, aus der der Untergang eines Volkes oder Geschlechtes durch Keuschheit hervorginge, dagegen viele lehrreiche Kapitel, welche das Gegenteil predigen.“ Ebenso urteilt der protestantische Professor und Leibarzt Fr. A. Mah in Heidelberg (Leitner M.: Eherecht S. 11). Ebenso Dr. med. G. Vorberg-München: „Das Geschlechtsleben im Weltkrieg“ 1918 S. 8 ff. — Maximilian Harden schreibt in seiner „Zukunft“ am 30. Juli 1910, Nr. 44: „Wollen wir aber heute noch leugnen, daß die Kultur den Päpsten und ihrer Klerisei Unerseßliches verdankt? Noch tun, als seien die Mönche, deren mancher an ein Gemälde, eine Abschrift, das Schnitzwerk einer Orgel ein langes Zellenleben wandte, Tagediebe gewesen? Als sei der Zölibat, die Erfindung seinsten Pöschologie, eitel Lüge und Heuchelei? . . . Roms Priesterschaft, weil von Tausenden da und dort einer in schwerem Erleben gestrauchelt ist, nur des Spottes und Hohnes wert?“ Man denke an den Obersten Senat der katholischen Kirche, das Kardinalskollegium, in welchem hochbetagte Männer Hervorragendes an Geist und Charakterstärke leisten.

2. **Einwand.** Die Celosigkeit ist eine Gefährdung der Sittlichkeit; denn wer dem Natürlichen aus dem Wege geht, wird zur Ausschweifung und Unnatur kommen. — A. Wäre dieser Satz wahr, dann wäre es entsetzlich um die Menschheit bestellt; denn Zweidrittel der Menschen sind nicht in der Ehe. Aber dieser Satz ist widersinnig; widersinnig ist es, die Notwendigkeit der Befriedigung des Geschlechtstriebes auf gleiche Stufe zu stellen mit der Notwendigkeit des Essens, Trinkens oder Schlafens, wie Luther es getan (Bebel: „Die Frau“²⁶, S. 94). J. J. Rousseau erklärt: „Cette nécessité est chimérique, et connu seulement

des gens de mauvaise vie“ (Leitner M.: Eherecht³, § 4). — Ribbing bezeugt seine Erfahrung mit den Worten: „Tausende werden geboren, verbringen ihr Leben und sterben und werden, obwohl das Böse sich immer in ihrer Nähe befindet, davon doch nicht mehr angesteckt, als ob es keine Sünde gäbe.“ — Eine protestantische Dame, welche unter dem Namen „Miriam Eck“ das Büchlein „Die jungfräuliche Frau“ (Berlin 1899) veröffentlichte, tritt obigem Einwand mit klarer Folgerichtigkeit entgegen: „Es leben viele, viele Menschen, die entweder gar nicht heiraten könnten oder sehr spät erst in der Lage sind, eine Ehe einzugehen, in einem Alter, wo der Tumult im Blute anfängt, zahmer zu werden. Es gibt Ehegatten, die jahrelang getrennt sind durch Krankheit oder zeitweilige örtliche Entfernung. Mutet man ihnen, den weniger durch ihren ganz besonderen Verursachung durchgeistigten, die Entsagung zu, wenn man sie dem Priester, als zu schwer, nicht auferlegen will? Dann ist das ganze System eine Lüge — wenn es nicht auserwählte Menschen geben soll, die durch ihr Beispiel dieses System zu vertreten imstande sind“ S. 78—79; 88—89.

3. Einwand. Die Ehelosigkeit ist eine Beeinträchtigung und Schädigung des Gemeinwohles. — A. Dieser Einwand wird gegenstandslos, da man Übervölkerung und Konkurrenzkampf fürchtet. Sollte aber wirklich eine Beeinträchtigung vorliegen, so wird diese mehr als wettgemacht durch das Eintreten für die idealen Güter der Menschheit (Tilly, Newton, Achtermann u. a.). „Die Virginität ist ein der höchsten Idee gebrachtes Opfer,“ Miriam Eck, S. 80. „Wie das Vorhandensein des Geschlechtstriebes eine mächtige natürliche Entwicklungskraft darstellt, so ist doch dessen zeitweilige (auch des sen abjolute) Beherrschung eine moralische Kulturkraft von außerordentlicher Bedeutung“, Sebed Ribbing, S. 47. — Der Mensch ist nicht nur Leib, sondern auch Geist. 1 Kor 6, 17.

4. Einwand. Es ist Gottes Gebot: „Wachset und mehret euch und erfüllet die Erde“ Gn 1, 28 (Stammeltern) und 8, 17; 9, 1 (Noe). — A. Es ist Gegen. Und ist es Gebot, so gilt es der Menschheit oder jenen, zu denen es gesagt wurde, nicht den Einzelmenschen (viele können das Gebot gar nicht erfüllen, z. B. die impotentes, steriles, amentes).

5. Einwand. „Besser ist heiraten als gebrannt werden“ 1 Kor 7, 9. A. Gewiß ist es besser, aber nur für die, welche gebrannt werden. Darum mahnt der Bischof die Kandidaten der Subdiaconatsweihe: „Hactenus licet vobis ad saecularia vota transire.“ Daß es auch solche gibt, welche enthaltenam leben, ergibt sich aus dem Zusammenhang der Stelle 1 Kor 7, 7. 8. Auch bedeutet „gebrannt werden, uri, πυροδοῦν“ hier und an allen Stellen der Heiligen Schrift nicht „vom Feuer bedroht sein“, sondern „vom Feuer verbrannt sein“.

6. Einwand. Paulus verlangt 1 Tim 3, 2 ff; Tit 1, 5 ff als Bischöfe, Priester oder Diakone verheiratete Männer, welche ihre Kinder gut erziehen. — A. Der Völkerapostel wünscht zwar Unverheiratete 1 Kor 7, 7. 8, aber in Anbetracht der Zeitumstände (Judentum, Heidentum) läßt er Verheiratete zu unter den Bedingungen, daß sie nur einmal verheiratet waren und ihre Kinder gut erzogen haben (Tit 1, 6). Übrigens verlangt Paulus vom episcopus (presbyter) die

Enthaltsamkeit Tit 1, 8. 7. 5. So hat es auch die Kirche durch alle Jahrhunderte gehalten: sie hat auch Verheiratete zugelassen. Vgl. Kaufmann C. M.: Epigraphik, S. 254 ff. Darum war es möglich, daß sogar der Sohn eines Papstes (nicht unmittelbar) wieder Papst wurde, so St. Silverius (536—40), Sohn des heiligen Hormisdas (514—23); ebenso hatte Papst Gregor der Große (590—604) St. Felix III. (483—92) zum Ahnen (atavum). Auch in unseren Tagen fehlen Beispiele verheiratet gewesener Priester nicht.

7. E i n w a n d. Paulus fragt im 1 Kor 9, 5: „Haben wir nicht die Befugnis, eine Frau, und zwar eine Schwester, mitzuführen, wie auch die übrigen Apostel und die Brüder des Herrn und Kephas?“, damit andeutend, daß einerseits die Apostel, unter ihnen auch die Verwandten des Herrn, ja sogar Petrus verheiratet lebten, und Paulus und Barnabas die Befugnis hätten, verheiratet zu sein. — A. Diese Auslegung ist unhaltbar; denn a) der Ausdruck: „eine Frau, und zwar eine Schwester, mitzuführen“ oder „eine christliche Frauensperson mitzuführen“, kann an sich vernünftigerweise unmöglich als „Verheiratetsein“ ausgelegt werden, da ja in dem *περιάγειν* schon das Willkürliche, nicht das Pflichtgemäße des Gattenrechtes liegt. b) Paulus redet von Vorteilen, die ihm kraft seines Apostelamtes zukommen. Die lohnenden Vorteile würden aber beim Mitführen der Gattin (und der Kinder) ins Gegenteil sich kehren. Es handelt sich hier vielmehr um christliche Frauenspersonen, welche nach jüdischer Sitte mit ihrem Vermögen und ihren Besorgungen den Lehrern (hier den Aposteln) Dienste leisteten, wie das auch der Herr selbst geschehen ließ (Mt 8, 2. 3; Mt 27, 55; Mt 15, 40) und auch Paulus (Röm 16, 1—4). c) Auch würde das „Verheiratetsein“ der Apostel sehr wenig übereinstimmen mit dem Zeugnisse des Petrus bei 1 Kor 9, 28: „Ecoe nos dimisimus o m n i a (etiam uxorem v. 29), et secuti sumus te“, da doch das Lukasevangelium erst nach dem 1. Korintherbrief verfaßt ist. Aus 1 Kor 9, 5 geht also gerade das Gegenteil hervor von dem, was der Einwand sagt.

8. E i n w a n d. Hat nicht die Kirche ihre Befugnisse überschritten, indem sie das zur Pflicht macht, was Christus freigibt? — A. C h r i s t u s hat zu seinen Aposteln nur solche gemacht, welche die volle Enthaltsamkeit übten, mochten sie früher verheiratet gewesen sein oder nicht (Mt 19, 27—29). Paulus verlangt vom *ἐπίσκοπος* (gleich *πρεσβύτερος* Tit 1, 5, oben S. 122) die volle Enthaltsamkeit (Tit 1, 8). Das bildet mindestens eine *ordinatio divina* (nicht *ius divinum*) für die Zölibatspflicht der Kirche. Wo immer die Kirche in der Lage ist, e n t h a l t s a m e Bischöfe, Priester und Diakone zu erlangen, da betont die Kirche die Pflicht der Enthaltsamkeit aus den weitesten Gründen.

IX. Gründe für den Zölibat. Es sind hauptsächlich drei Gründe, welche man für den Zölibat anführt: Die Darbringung des heiligen Opfers; die Leitung der Seelen; die Freiheit der Kirche.

1) Darbringung des heiligsten Opfers. Schon oben (S. 238) lernten wir die Gefinnungen der Heiden

und Juden kennen, welche wenigstens zeitweilige Keuschheit, oft auch immerwährende für ihre Priester verlangten. Wir fügen noch hinzu das Gebot der zwölf Tafeln bei den Römern: „Ad divos adeunto caste!“ Von den Israeliten sei noch erwähnt: durch E n t h a l t s a m k e i t mußten sie sich würdig machen, zum „Berg des Herrn“ heranzutreten Ex 19, 15. David durfte die Schaubrote nur genießen, da er mit seinen Begleitern e n t h a l t s a m gewesen war 3 Kg 21, 4. 5. — Auch die morgenländischen Priester müssen vor der Messfeier E n t h a l t s a m k e i t üben. — Den Grundgedanken dieser Vorschriften spricht der scharfsinnige L e i b n i z (1646 bis 1716) aus in seinem systema theologicum (ed. Haas, Tübingae 1860) 187: „Mens solutior est ad coelestium rerum contemplationem, et animo ac corpore integro ac mundo a libidine et carnali affectu purius digniusque sancta tractantur.“ — Auch Miriam E d hat diesen Gedanken richtig erfaßt: „Der Protestantismus ist ein Feind des Zölibats, und das ist sein größter Fehler. Der Protestantismus ist eine Religion, die ihr ausgesprochenes Gewicht auf die Ehe legt (leider auch nicht mehr, vgl. Ehescheidung usw.); darin liegt seine Gefahr. Luther hat es ehrlich und gerade gemeint, als er derzeitiger römischer Verlogenheit und Heuchelei offen entgegentrat, als er ihr die Maske von der Stirne riß, aber er riß zu jach, er riß nicht nur die abscheuliche Maske der Mißbräuche (so urteilt die Protestantin), er riß viele von den reinsten und besten Gedanken, die hinter dieser Stirne wohnten, mit herab, so den Zölibat der P r i e s t e r und Priesterinnen, den selbst die heidnischen Religionen aufrechterhielten. Luther riß das Unkraut aus, aber er riß viel Weizen und fast alle Blumen mit.“

2) Die Leitung der Seelen. Das Wort des Herrn „Lehret alle Völker — taufet sie — lehret sie alles halten“ (Mt 28, 19) gilt nicht nur den Aposteln, sondern auch ihren Nachfolgern, Bischöfen, Priestern, Diakonen. Es handelt sich hier um die erhabenste Lehre und höchste Aufgabe. Solche Glaubens- und Sittenlehre muß aber in erster Linie durch das Beispiel (Apg 1, 1; 1 Kor 4, 16; 11, 1; Phlp 3, 17 usw.), dann erst durch das Wort gelehrt werden. Nun aber leben Zweidrittel der Menschen (60—66 Prozent) außerhalb der Ehe, freiwillig oder unfreiwillig. Wer soll sie führen durch

die Macht des Beispiels und der eigenen Erfahrung? Wer soll die Verheirateten in ihrer ehelichen Treue bewahren, wenn nicht der Priester? In feiner Weise hat das Fr. Nießsche in „Fröhliche Wissenschaft“ (Leipzig 1887) S. 295 zum Ausdruck gebracht: „Luther gab dem Priester das Weib zurück, aber Dreiviertel der Ehrfurcht, deren das Volk, vor allem das Weib aus dem Volke, fähig ist, ruht auf dem Glauben, daß ein Ausnahmemensch in diesem Punkte auch in anderen Punkten eine Ausnahme sein wird. . . . Hier gerade hat der Volksglaube an etwas Uebermenschliches im Menschen . . . seinen feinsten und verhänglichsten Anwalt. Luther mußte dem Priester, nachdem er ihm das Weib gegeben hatte, die Ohrenbeichte nehmen — das war psychologisch richtig; aber damit war im Grunde der christliche Priester selbst abgeschafft, dessen tiefste Nützlichkeit immer gewesen ist, ein heiliges Ohr, ein verschwiegener Brunnen, ein Grab für Geheimnisse zu sein.“ Freilich die Protestanten haben kein Priestertum auch aus dem Grunde, weil sie kein Opfer haben. Aber sie wollen auch kein Priestertum haben; sie haben mit dem Inhalt auch den Namen abgelegt; ihre Pastoren sind nichts anderes als Gemeindeglieder für religiösen Unterricht und gewisse liturgische Handlungen (Alexios von Malzew: „Liturgikon“ Berlin 1902 S. 439). Hierin folgen ihnen die „Altkatholiken“ nach (von Malzew ebendort); darum (oder besser schon vorher) haben „die Altkatholiken den Hauptbestandteil der Abzesse, den Priesterzölibat, sehr zu ihrem Schaden — als eine Neuerung Gregors VII. — aus ihrer Liste gestrichen“ (Miriam Eck: „Die jungfräuliche Frau“ S. 60). — Dieselbe Verfasserin berührt noch eine andere große Schwierigkeit, welche sich aus der „Verheiratung von Seelsorgern“ ergibt, nämlich den furchtbaren Konflikt zwischen der Pflicht einerseits und Weib und Kind anderseits, wie das Henrik Ibsen erschütternd in seinem dramatischen Gedichte „Brand“ (1866) zeigt (S. 99).

Man wendet ein: „Die Morgenländer wirken heute noch segensreich trotz Ehe.“ Daß die morgenländischen Priester und Diakone segensreich wirkten und wirken können trotz der Ehe, soll nicht geleugnet werden; denn was haben verheiratete gute Laien auch auf dem Gebiete der Religion

(man denke an die großen katholischen Parlamentarier zur Zeit des Kulturkampfes) Herrliches gewirkt! Und könnte die Kirche die verheirateten Priester im Morgenlande dulden, wenn sie ohne Segen wirkten? Indes bedenke man die Stagnation der morgenländischen Kirche und das Urteil, welches Ferd. Walter, der bekannte Jurist (1794 bis 1879) in seinem „Kirchenrecht“ (1822, 14. Aufl. 1871) in § 214 fällt: „In der morgenländischen Kirche sind zwar die Priester regelmäßig verheiratet; allein ebendasselbst hat sich der Mönchsstand in der öffentlichen Meinung weit über sie erhoben und dieser hat ausschließlich das Vertrauen im Beichtstuhl und die wissenschaftliche Befähigung an sich gezogen.“

3) Freiheit der Kirche. „Non potest Ecclesia liberari a potestate laicorum, nisi liberentur clerici ab uxori-bus“, dieser dem Papste Gregor VII. zugeschriebene Ausspruch enthält offenbar eine wichtige Wahrheit. Denn die Sorge für die Familie verwickelt den Priester ins Zeitliche, „er ist geteilt“ 1 Kor 7, 33; sie benimmt ihm die apostolische Freiheit, jenen Mächtigen den notwendigen Widerstand zu leisten, welche Gottes und der Kirche Gebote übertreten (Thomas von Canterbury); sie sucht die geistlichen Stellen erblich zu machen („Nepotismus“ in Potenz).

Die politische Revolution, welche im November 1918 anhub, brachte in manchen Gebieten auch die Zölibatsfrage in den Vordergrund, so namentlich beim tschechischen Klerus. Die Gründe der zölibatsfeindlichen Strömung in der Tschechei gibt Peter S i n t h e r S. J. in der ZS. 1920 S. 454 scharfsichtig an: „Allzu vielen aus ihnen war die Theologie bloßes Brotstudium; ohne reines Vorleben, ohne inneren Beruf, durch die jahrzehntelange Masaryk-Propaganda an den Gymnasien schon im Glauben angekränkt, wenn sie nicht gar schon an allem Schiffbruch gelitten, traten allzu viele in das Heiligtum des Priesterstandes ein. Ohne tiefen, inneren Halt, durch radikalen Nationalismus den Idealen des Priestertums entfremdet, oblagen viele nur mit innerem Widerstreben, handwerksmäßig und geschäftsmäßig gerade nur noch den unausweichlichsten Aufgaben ihres Berufes. Für das entsagungsvolle Ideal des Priestertums, für die beglückende Arbeit am Reiche Gottes fehlte jeder Sinn, der Weltförmigkeit nahm ihre Stelle ein und so erklärte sich der fanatische Sturm dieser untreuen Diener des Heiligtums gegen die Perle des katholischen Priestertums, gegen den Zölibat: das Weib wurde der Inhalt ihrer sog. Reformen“. — Dagegen erklärt der Stellvertreter Christi: „Laut und eindringlich sollen die Bischöfe verkünden: Der Apostolische Stuhl kennt keine Frage des priesterlichen Zölibats; denn dieses Enthaltensgesetz gilt ihm als besonderer Schmutz der Lateinischen Kirche

und als Hauptquelle ihrer unversegblichen Schaffenskraft" Benedikt XV. in dem Schreiben „*Multiplices*“ vom 12. März 1919 an Kardinal C e r n o c h, an Erzbischof Franciscus Rordac von Prag; S. *Officii Decretum* d. 15. Jan. 1920 (AAS. XI, 122; XII 37; 57; 68); Allokution des Papstes Benedikt XV. vom 16. Dezember 1920 (AAS. XII, 585—587).

Die Erfüllung des Zölibatsgesetzes ist physiologisch möglich. Die keusche Enthaltſamkeit ist für die Religion des Christentums, die Religion der übernatürlichen Ideale, psychologisch gefordert. „Der jungfräuliche Hohepriester Jesus Christus wird würdig nur durch jungfräuliche Priester dargestellt. Deshalb können wir uns nicht verwundern, daß die Idee des Zölibates so außerordentlich früh am Horizonte der kirchlichen Entwicklung aufstieg (schon der Ausdruck *presbyteri*, verbunden mit 1 Tim 4, 12, gibt zu denken, sowie Tit 1, 8), und daß namhafte Gelehrte den Zölibat auf apostolische Anordnung zurückführen“, P. Gregor von S o l t u m O. S. B. in einem geistreichen Aufſaße der „*Passauer Monatsſchr.*“ Bd. 21 (1910) S. 96. — Zu den erwähnten namhaften Gelehrten gehört vor allem Gustav B i c k e l l: „Der Zölibat eine apostolische Anordnung“ (*Innsbrucker Theol. Zeitschrift*. Bd. 2, 1878 S. 26 ff.); dagegen schrieb Fr. K. J u n k: „Der Zölibat keine apostolische Anordnung“ (*Tübinger Quartalschrift* Bd. 6, 1879 S. 208 ff.). Es ſo lgte Bickell mit „Der Zölibat doch eine apostolische Anordnung“ (*Innsbrucker Zeitschrift* Bd. 3, 1879 S. 792 ff.); demgegen J u n k „Der Zölibat noch lange keine apostolische Anordnung“ (*Tübinger Aft.* 1880 S. 202 ff.). Die Mittel zur Bewahrung der Reinheit behandelt die Wiſſeſe, indes gibt auch der Koder die wichtigsten Maßnahmen an.

§ 38. Der Verkehr der Kleriker mit den Frauen.

Ein Hauptmittel, die Zölibatspflicht getreu zu beobachten, ist die Flucht der Gelegenheit. Schon das Konzil von N i z ä a (325) hat Vorschriften erlassen, welche das Zusammenwohnen und den Verkehr der Kleriker mit dem weiblichen Geschlechte ordnen c. 16. D. 32.

I. **Quellen.** Cann. 133; 2176—81. — Cf. c. 16. D. 32; cc. 1. 2. 9. De coh. cler. et mulierum (III 2).

II. In Übereinstimmung mit den alten Quellen regelt der Koder das Zusammenwohnen (*cohabitatio*) der Kleriker

mit Frauenspersonen sowie den **Verkehr** derselben (*frequentatio*). Die Bestimmungen des Kodex sind fast wörtlich aus dem Kanon des Nizänum und aus den Dekretalen Gregors IX. herübergenommen, müssen darum nach dem alten Recht auch erklärt werden Can. 6 n. 2.

1. Das Zusammenwohnen. Kleriker sollen nicht Frauenspersonen im Haushalte führen, auf welche ein Verdacht fallen könnte Can. 133 § 1. Diese Möglichkeit ist eine zweifache: eine allgemeine und eine besondere. Ein Verdacht im allgemeinen ist nicht vorhanden bei nahen Verwandten („in quibus naturale foedus nihil mali permittit suspicari“), wie bei der „Mutter, Schwester, Vaterschwester (*amita*) und dergleichen, oder bei Personen, in welchen sich bewährte Sittenreinheit mit einem vorgerückten Alter verbindet“ Can. 133 § 2. Die Kanonisten haben den Ausdruck „Verwandte“ genauer erklärt, indem sie das „*mulieres huiusmodi*“ auch von der Mutterschwester (*matertera*), von den Nichten (*filiabus fratris vel sororis*) sowie überhaupt von Blutsverwandten auch des zweiten Grades auffaßten und von Verschwägerten des ersten Grades auslegten; vgl. Guilelmus Sebastianelli (decanus S. Rotae): *Praelectiones* (1896) n. 21 pag. 18. Derselbe Verfasser nimmt das vorgerückte Alter mit vierzig Jahren an; ebenso Schmalzgrueber *Com. in III* 2 n. 1; Hergenröther-Hollweck² n. 329⁴; Sägmüller³ I § 56 S. 257. Man halte sich an die Diözesanvorschriften.

Im besonderen Falle kann aber ein Verdacht auch auf eine der soeben genannten Personen fallen, wie das c. 1. D. 34 beweist. Ob nun dies der Fall ist, darüber steht das Urteil dem Ortsordinarius zu, der auch das Recht hat, hierin ein Verbot zu erlassen Can. 133 § 3. Seine Prüfung muß dahin gehen, ob das Zusammenwohnen mit einer solchen Person zum Argernisse gereicht oder eine Gefahr der Unenthaltbarkeit bedeutet *ibi*.

2. Der häufige Verkehr. Außer dem Zusammenwohnen regelt der Can. 133 §§ 1—3 auch das frequentare, *frequentatio*, welches den häufigen Besuch der Kleriker bei Frauenzimmern oder umgekehrt bedeutet. Was oben vom Zusammenwohnen gesagt wurde, gilt entsprechend hier.

Die „frequentia“ wird genauer umschrieben entweder durch ein Diözesengesetz oder durch das vernünftige Ermessen des Richters; unter Umständen könnte auch bei zweimaligem Besuche eine „Häufigkeit“ vorhanden sein, *Santi-Deitner*: *Praelectiones*⁴ III 1 n. 14. Besonders streng war der häufige Verkehr (frequentia) der Kleriker, namentlich der Ordensmänner, bei Klosterfrauen (Ordensschwestern) verboten; vgl. die Verbote von *Sixtus V.* vom 7. Mai 1590, von *Urban VIII.* vom 19. November 1623 und von *Klemens IX.* vom 11. Mai 1669 (*ibi* n. 15). Eine besondere Vorschrift enthält der Kodex nicht, so daß nach den allgemeinen Grundsätzen zu verfahren ist. Kommen exempte Ordensleute in Frage, so unterliegen sie der Aufsicht und Bestrafung der Ordensobern; nur nach *Can. 616* kann der *Ordinarius* vorgehen.

III. Das Vorgehen gegen ungehorsame Kleriker. Ganz allgemein sagt *Can. 133 § 4*: „*Contumaces praesumuntur concubinari*“. Wenn also Kleriker das Zusammenwohnen oder den Verkehr nicht aufgeben trotz der *Abmahnungen* des *Ordinarius* (*Cann. 2176; 2242 § 2; 2233 § 2*), so gelten sie als *Konkubinierer*, deren Bestrafung nach den *Cann. 2176—81* genau geregelt ist. Leistet der Kleriker keinen Gehorsam und gibt er auch keine Antwort, so kann der *Ordinarius*, wenn er der Möglichkeit zu antworten von seiten des Klerikers sicher ist, ihn mit folgenden Strafen belegen: a) mit der *suspensio a divinis* *Cann. 2177 n. 1; 2359 § 1; 2279 § 1 n. 2*; b) mit der Entziehung eines *Teiles des Pfründeeinkommens* *Cann. 2359 § 1; 2177 n. 3*; c) mit der Entziehung der Pfründe selbst *Can. 2177 n. 3*, welche aber bei Pfarrern schon vor der Entziehung des Einkommens erfolgen kann *Can. 2177 n. 2*. — Leistet er keinen Gehorsam, führt er aber Entschuldigungsgründe an, so kann der *Ordinarius* nach Anhörung von zwei Examinatoren (*Cann. 385 sqq.*) sich mit den Gründen beruhigen oder sie als hinfällig oder wenigstens unzureichend erkennen; in letzterem Falle wird eine Frist zur Folgeleistung formell festgesetzt *Cann. 2178—79*. Im Falle des Ungehorsams wird ein entfernbarer Pfarrer sofort seiner Pfründe enthoben, ein nicht entfernbarer Pfarrer dagegen erst nach einem wiederholten nutzlosen Mahnvorgehen *Cann. 2180—81*.

§ 39. Das gemeinsame Leben der Kleriker.

I. Im innigen Zusammenhang mit dem Zölibat und dessen Gut steht die „Pflege des gemeinsamen Lebens“. Von ihr sagt der Kodex im Can. 134 „*Consuetudo vitae communis inter clericos laudanda ac suadenda est, eaque, ubi viget, quantum fieri potest, servanda.*“

Das „gemeinsame Leben“ der Kleriker schlug seine Wurzeln schon frühzeitig (St. Augustin); ein besonderer Förderer desselben war der heilige Bischof *Chrodegang* von Metz (gest. 766), welcher eine der Benediktinerregel nachgebildete Lebensform entwarf (in 34 Kapiteln, später 86) vgl. c. 3 C. 12 q. 1; c. 34 D. 5 de cons.; c. 9 De vita (III 1). Freilich hielt sich die kanonische Lebensweise nicht lange, aber immer erstanden wieder Männer, welche für dieselbe eintraten und sie förderten, so Papst *Alexander II.* auf dem Konzil von Rom 1063 in c. 6 D. 32; — *Gerhoh*, Propst von Reichersberg bei Passau (1093—1169), besonders in den Diözesen Regensburg (u. a. als Pfarrer von Cham), Salzburg und Passau; — der ehrwürdige Diener Gottes *Bartholomäus Holzhauser* (1613—58), welcher in Tittmoning 1640 die nach ihm benannten *Bartholomiten* gründete, die jedoch Ende des 18. Jahrhunderts sich auflösten. Versuche unter *Leo XIII.* und *Pius X.*, die Bartholomäische Lebensweise wieder zu beleben (u. a. von Bischof *Emanuel* von Rotteler), auch allerneueste blieben ohne Erfolg. — Ein ähnliches Ziel verfolgten die „*Fraterherren*“, d. h. die von *Gerhard Groot* zu Deventer Ende des 14. Jahrhunderts gegründeten „*Brüder vom gemeinsamen Leben*, *Gerhardiner*“ (auch „*Kollationenbrüder*, *Kappen-* oder *Kugelherren*“).

II. Der Kodex behandelt solche „*Vereinigungen ohne Gelübde*“ ganz allgemein in den Cann. 673—81. Eine „*Vereinigung von Männern und Frauen zum gemeinsamen Leben ohne Gelübde*“ hat wie die Ordensgenossenschaften das gemeinsame Leben und steht wie diese unter der Leitung von *Obern* nach den bestätigten *Konstitutionen*. Da sie der drei

Gelübde entbehrt, ist sie keine religio, „Ordensgenossenschaft“ im eigentlichen Sinne Can. 673 § 1. — Es gibt klerikale und laikale Verbrüderungen; solche des päpstlichen und des Diözesanrechtes Cann. 673 § 2; 488 nn. 3. 4. — Alle Verfassungs- und Verwaltungsverhältnisse der „Verbrüderungsgesellschaft“, ihrer Provinzen und Häuser werden geregelt durch die Konstitutionen, in deren Ermangelung oder Ergänzung durch die Normen des Roder über die religiösen Genossenschaften, so die Errichtung und Aufhebung; die Leitung; der Erwerb und die Verwaltung von zeitlichen Gütern; die Aufnahme von Kandidaten; die allgemeinen Pflichten; der Übertritt von der Verbrüderung zu einer anderen bzw. zu einer Ordensgenossenschaft; der Austritt und die Entlassung Cann. 674—81. Indes sind folgende Bestimmungen eigens geregelt, der Natur der Sache entsprechend. Was die Mitglieder (sodales) im Namen der Verbrüderung erwerben, fällt dieser zu, das übrige den einzelnen Mitgliedern, was sie auch nach den Konstitutionen verwalten Can. 676 § 3. — Die Studien betreiben die geistlichen Verbrüderungen entweder nach den besonderen Normen, welche der Apostolische Stuhl ihnen gab, oder nach den Vorschriften für Weltkleriker; das gleiche gilt auch vom Empfang der Weihen Can. 678; ebenso von den klerikalen Pflichten Can. 679 § 1. Die Klausur bestimmen die Konstitutionen; sie steht unter der Aufsicht des Ortsordinarius Can. 679 § 2. Auch die Laienverbrüderungen nehmen teil an den klerikalen Privilegien (oben S. 210) Can. 680.

Die bekannteste Vereinigung von Laien, und zwar von Frauen und Jungfrauen, ist der religiöse Frauenverein der Beghinen (Beguinen, Begutten), deren Mitglieder ohne Ordensgelübde in einem Beghinenhof (Beguinage) ein gemeinsames Leben führen. Benannt entweder nach der heiligen Begga (gest. 691) oder wahrscheinlich nach dem Priester Lambert le Bégun (Beghe = der Stammher, gest. 1187), verbreiteten sie sich über Belgien, Holland, Frankreich und Deutschland (besonders am Rhein). Das Konzil von Vienne (1312) hob sie auf, Johann XXII. gestattete jedoch ihren Fortbestand (200000 Mitglieder). Heutzutage bestehen noch Beghinenhöfe: 2 in Holland, 15 in Belgien und einige in Frankreich. Die männliche Abzweigung (Begharden, Beguini, Bizochen, Bollarden) geriet bald auf häretische Abwege und löste sich auf.

§ 40. Die klerikale Tracht.

I. **Quellen:** Cann. 136; 123; 188 n. 7; 213 § 1; 1576 § 1 n. 2; 2298 n. 11; 2300; 2304—05; 2378. — Trid. sess. 14 c. 6 d. r.; sess. 22 c. 1 d. r.

„Klerikale Tracht“ begreift in sich zunächst die bürgerliche Kleidung der Kleriker, dann das Tragen der tonsur, die Pflege des Haares und Bartes, ferner das Tragen eines Ringes und von Waffen.

II. **Die klerikale Kleidung.** Die geistliche Gewandung muß sein *stans et decoratus*, also geziemend für die Würde des Klerikers und ihn heraushebend aus den Laien; darum ist sie wie eine Pflicht so auch ein Recht (oben S. 203). Eine eigene klerikale Kleidung in Farbe und Schnitt hat sich erst nach und nach entwickelt; sie zu schützen vor den verschiedensten Auswüchsen, darüber haben wir eine Unzahl von Synodalbeschlüssen und Verordnungen. Während das Trienter Konzil den Bischöfen die näheren Weisungen und Bestimmungen überließ, forderte Papst Sixtus V. unter Strafe der von selbst eintretenden Entziehung der Pfründe das Tragen des Talar, Konstitution „Cum Sacrosanctum“ d. 9. Jan. 1589, die er jedoch drei Wochen später selbst etwas milderte in der Konstitution „Pastoralis“ d. 31. Jan. 1589. Indes die Sixtinischen Vorschriften vermochten sich nicht zu halten, so daß Papst Benedikt XIV. die tridentinische Anweisung als bewährte Regel angeben konnte, Institutiones eccl. nn. 21. 34. 71 und De synodo dioec. l. 11. c. 8. n. 4. Über die Entwicklung der geistlichen Gewandung geben dankenswerte Aufschlüsse: Jos. Wilpert: Die Gewandung der Christen in den 1. Jahrh. 1898; J. M. B. Clauß: Rabat und Chorrock 1904; Jos. Braun S. J.: Die liturgische Gewandung im Okzident und Orient 1907 S. 765 ff.; vgl. auch dessen „Handbuch der Paramentik“ (1912); Achelis: Das Christentum in den ersten drei Jahrh. II 72.

1. **Die Kleidung des Klerikers bei liturgischen Akten.** Die Gewandung, welche der Priester (sowie gleich ihm jeder Kleriker) bei den liturgischen Akten trägt, wird vorgeschrieben im Missale und Rituale. Hören wir den Ritus servandus in celebratione missae I n. 2: „Accedit ad paramenta.. calceatus

pedibus, et indutus vestibus sibi convenientibus, quarum exterior saltem talum pedis attingat“. Bei der Darbringung der heiligen Messe muß der Priester *b e s c h u h t* sein und den Talar tragen Can. 811 § 1. Man beachte, derselbe soll *w e n i g s t e n s* bis an die Knöchel reichen *i b i*. Die gleichen Vorschriften gelten für die amtierenden Majoristen und sonstigen Kleriker, ja auch für Laien, wenn sie die Stelle der Kleriker vertreten Can. 683. — Was von der Kleidung bei der Messfeier gilt, das trifft entsprechend zu bei der Spendung der heiligen Sakramente und den liturgischen Funktionen, z. B. des Chorgebetes, des kirchlichen Begräbnisses *Rituale Romanum* tit. I nn. 7. 8; *K u n z* Chr.: „Die liturgischen Funktionen des Celebranten“ (1904) § 12 S. 24; *H e r g e n r ö t h e r* = *H o l l w e d*: *Kirchenrecht*² n. 325 S. 246 (letzterer gestattet statt des Talars in Ausnahmefällen die Benützung eines Talarsturzes); *S ä g m ü l l e r* J. B.: *Kirchenrecht*³ I § 56 S. 255. Die von den Ordinarien in Übereinstimmung mit den liturgischen Büchern erlassenen Vorschriften werden vom Apostolischen Stuhle voll und ganz anerkannt; vgl. *R i c h t e r* = *S c h u l t e*: *Tridentinum ad sess. 14 c. 1 d. r. nn. 1. 2* (pag. 92).

2. Die gewöhnliche Kleidung der Kleriker. „Omnes clerici decentem habitum ecclesiasticum, secundum legitimas locorum consuetudines et Ordinarii loci praescripta, deferant“ Can. 136 § 1. Demnach sind maßgebend die rechtmäßigen Ortsgewohnheiten und die Vorschriften des Ortsordinarius. Während in den südlichen Ländern der Talar in der Regel getragen wird, kennt man in den nördlichen Gebieten ein mehr kürzeres talarähnliches Kleid (Talarrock, Soutanelle); doch empfiehlt sich für die Ausübung der Seelsorge in Katechese, Krankenbesuchen usw. das Tragen des Talars, namentlich am Wohnorte des Geistlichen. Die Diözesanvorschriften können hierüber Genaues festsetzen.

3. Die *T o n s u r* (tonsura seu corona clericalis) haben die Kleriker zu tragen, außer es schufen eingebürgerte Völkern eine andere Übung Can. 136 § 1. Die klerikale Tonsur muß demnach immer getragen werden; doch entschuldigen a) allgemeine Volksgebräuche, z. B. Zopf der Chinesen; b) augenblickliche Gründe, so Haarkrankheiten (herpes ton-

surans), Einziehung des Klerikers zum Militär, dessen Strafgefangenschaft usw. Mit *Erlaubnis* des Ordinarius kann ein Kleriker sich die tonsur verwachsen lassen aus *gerechter Ursache*, z. B. wegen Reisen in Gebieten der Un- und Irrgläubigen vgl. Can. 188 n. 7.

4. *Pflege des Haares*. „Capillorum simplicem cultum adhibeant“ Can. 136 § 1. Damit deutet der Kodex an, daß zwei Extreme in der Pflege des Haares zu vermeiden sind: einerseits eine Verabsäumung jeglicher Haarpflege, also eine Verwilderung (cultus), andererseits eine Verweichlichung, eine weibische Puschucht (simplex cultus). Unsere Zeit ist ja in diesem Punkte vernünftiger: das Kunsthaar der Perücke des Barock und Rokoko ist verschwunden, die Schminke und Haarfärbemittel sind wenigstens bei Männern zurückgetreten. Freilich muß zuweilen die Perücke aus Gesundheitsrücksichten getragen werden. Das kann während des heiligen Messopfers und bei Behandlung und Tragen des Allerheiligsten nur geschehen mit *päpstlicher Erlaubnis*, *Benedikt XIV.* in Inst. 96 und die S. R. C. in verschiedenen Entscheidungen bei *Runz Chr.*: „Die liturgischen Vorschriften des Belebanten“ § 12 S. 25. Das gleiche gilt vom Tragen eines Käppchens (pileolus) Can. 811 § 2; vgl. *Runz* S. 25, 217. Manche verlangen für das Tragen der Perücke außerhalb der liturgischen Funktionen die *Erlaubnis* des Ordinarius; mit Recht, wie *Benedikt XIV.* nachweist in Syn. dioec. l. 11. c. 9. n. 5.

5. *Tragen des Bartes*. In der *morgenländischen Kirche* wird der Bart getragen, in der *abendländischen*, abgesehen von einzelnen Ordensfamilien, z. B. der Kapuziner, dagegen nicht. Der Kodex enthält hierüber kein Wort. Das Verbot des Barttragens beruht auf dem *Gewohnheitsrecht*; indes war die Praxis zu verschiedenen Zeiten verschieden. „Wie die erhaltenen ältesten Medaillen und Münzen beweisen, ist bis 1153 mit alleiniger Ausnahme *Leos III.* Vollbart üblich. Von 1153 bis 1523 pflegten die Päpste den Bart zu rasieren. Von 1523 bis 1700 trugen sie Bart mit wechselndem Schnitt. Seit 1700 verschwindet der Bart wieder ganz“, *Hergentröther-Hollweck: Kirchenrech.*² n. 325¹ S. 247. Freilich bemerkt *Ndoric Rahna* (1595—1671) in den *Annales eccl.* zum Jahre 1503 § 10:

„Ciaconius in eius vita (Iulii II.): Primus omnium Pontificum contra maiorem consuetudinem barbam prolixam aluit, ut maiorem intuentibus reverentiam incuteret; idque reliqui post eum Romani Pontifices probasse usu videntur“; cf. Sandini A.: Vitae Pont. Rom. (1739) pag. 501. — Seit 1700 wird die Bartlosigkeit der Kleriker beobachtet, ja gegenüber dem Versuche süddeutscher Geistlicher, das Barttragen einzuführen, von Rom aus als die „moderna et vigens ecclesiae Latinae disciplina“ betont, Schreiben des Münchener Nuntius im Auftrage Pius' IX. vom 4. Mai 1863, vgl. Archiv f. kath. RR. X. (1863) 93 ff.; Hergenröther-Hollwede: Kirchenrecht² S. 256; Laurentius Jos.: Institutiones³ n. 108⁵; Sägmüller J. B.: Kirchenrecht³ I § 56 S. 256. — Dementgegen ist nach dem Kodex das Barttragen gemeinrechtlich nicht verboten; U. Stutz schreibt in seinem „Geist des C. I. Can.“ S. 136 dieses schweigende Übergehen des Verbotes einer „Rede des Bischofs Martin von Baderborn zugunsten des Barttragens“ zu; vgl. Theodor Granderath und Konrad Kirch: Geschichte des Vatikanischen Konzils, 3 Bände (1903—06) II S. 195 f. Selbstverständlich gilt das „capillorum simplicem cultum adhibeant“ auch für die Pflege des Bartes. Auf die Anfrage der Fuldaer Bischofskonferenz gab die SCC. d. 10. Jan. 1920 folgenden Bescheid: a) Durch den Kodex ist dem Weltklerus nicht schlechthin die Freiheit zugesprochen, den Bart zu tragen. b) Den Bischöfen steht die Befugnis zu, das bisher geltende Bartverbot für ihre Diözesen aufrechtzuerhalten. Die Antwort der Konzilskongregation wurde vom Papste ausdrücklich bestätigt (AAS. 12, 43 ss.). Die auf der Konferenz zu Fulda vereinigten Bischöfe hatten am 23. August 1919 bereits erklärt, daß das Verbot des Barttragens bleiben soll (Archiv 1919 S. 67 n. 48). Wissenschaftlich wurde die Bartfrage eingehend besprochen von Heinrich Bremer S. I. in der ZNS. 1919 S. 224—234; 571—578.

6. Tragen eines Ringes. „Einen Ring sollen Kleriker nicht tragen, außer es kommt ihnen dies von Rechts wegen oder durch Apostolisches Privileg zu“ Can. 136 § 2. Wir müssen auch hier wieder unterscheiden: das Tragen eines Ringes während der heiligen Liturgie, besonders der Messfeier, und außerhalb derselben. — Während

der heiligen Messe ist das Ringtragen erlaubt (außer dem Papste) den Kardinälen, Bischöfen, den benedizierten Äbten Can. 811 § 2 und den Äbten und Prälaten mit eigenem Gebiete (Nullius) auch außerhalb ihres Gebietes Can. 325, endlich den insulierten Prälaten, vgl. Pontificale Rom. tit. „De consecratione el. in episcopum“ et tit. „De bened. ab-batis“; nach Motuproprio „Inter multiplices“ Pius' X. vom 21. Februar 1905 den *Protonotarii Participantes etiam in Missis privatis* n. 4; — den *Proton. Ap. Supranumerarii Pontificalia agentes* n. 27; in *Vesp. sollemnibus* n. 28; non in *Missis privatis* n. 31; — den *Proton. Ap. ad instar* wie die *Proton. Ap. Supranum.* nn. 47—49. — Außerhalb der Liturgie (extra sacras functiones) haben die Befugnis des Ringtragens (abgesehen von den soeben genannten Prälaten) die Doktoren, welche ihren Grad ordnungsgemäß erlangt haben (rite creati) an einer vom Papst errichteten oder bestätigten Universität oder Fakultät oder durch die Verleihung der Studienkongregation S. C. Stud. d. 19. Dec. 1903 (ME. 15, 497); der Ring darf mit einem Stein versehen sein (annulus cum gemma) Cann. 1377—78.

Neben dem Ringe steht den Doktoren noch das Recht zu, außer den heiligen Amtshandlungen das Doktorbiret zu tragen, d. h. ein Biret, ausgezeichnet durch vier Flügel (cornua, cornicula) Can. 1378, namentlich bei der Predigt des Wortes Gottes. Wenn Sägmüller das Recht des Ringes und des Doktorbirets nur auf die Doktoren in der Theologie und im Kirchenrechte beschränkt (Kirchenrecht³ I S. 256), so trifft diese Beschränkung wenigstens seit dem 19. Mai 1918 nicht mehr zu; Can. 1378 macht keine Ausnahme, redet freilich in erster Linie von Merikern. — „Prälaten, Dignitäre“ (Hergenröther-Hollwed: Kirchenrecht³, S. 247) oder „Kathedralkanoniker“ (Sägmüller, Kirchenrecht³ I S. 256) haben an sich, wenn sie nicht zu obengenannten insulierten Prälaten oder Doktoren gehören, kein Recht auf das Ringtragen. Auch ein Gewohnheitsrecht kann nicht geltend gemacht werden, da ja z. B. in Bayern die Auszeichnung des violetten Talars und des Kapitelskreuzes der Metropolitankirche München und Freising erst am 2. Oktober 1821 gewährt wurde. (Schneider Ph.: Part. Kirchenrechtsquellen 1898, S. 17, 43.)

7. Das Waffentragen. Neigung und Ehrsucht führten manche Meriker, auch der höchsten Grade, im Mittelalter zum Tragen und ausgiebigen Gebrauch der Waffen. Päpste (c. 1 C. 23 q. 8) und Konzilien (c. 6 ibi) mahnten davon ab. Schon der heilige Bonifazius berichtet an Papst

Sacerdotes, Episcopi quidam „pugnant in exercitu armati et effundunt propria manu sanguinem humanum sive paganorum sive christianorum“. Darum nahm Gregor IX. folgenden Konzilsbeschluß aus dem 10. Jahrhundert in seine Dekretalen auf: „Clerici arma portantes (et usurarii) excommunicantur“ c. 2 De vita (III 1). Damit war das öffentliche Waffentragen verboten; der naturrechtlich erlaubte Gebrauch der Waffen zur Selbstverteidigung (c. 6. De sent. exc. V 11 in 6^o) wird nicht untersagt. Diese Gedanken hat der Roder im Can. 138 ausgesprochen mit den Worten: „Clerici . . . arma ne gestent, nisi quando iusta timendi causa subsit.“ Daraus ergibt sich folgendes: Kleriker sollen keine Waffen tragen weder zum Kampfe (im Kriege) noch zur Zierde. Dagegen haben sie das Recht, wenn ein gerechter Grund, Gefahren zu besorgen, vorhanden ist, Waffen vorzubereiten und selbe auch zu tragen.

III. Folgen der Ablegung der geistlichen Tracht. Wenn Kleriker entgegen den Vorschriften des Can. 136, wie wir sie oben dargelegt haben, die geistliche Tracht (Kleid und Tonsur) nicht tragen, so sollen sie in allem Ernste *g e m a h n t* werden (*graviter moneantur*) Can. 2379. — Wenn von dieser Mahnung an ein Monat nutzlos verstrichen ist, so ist die weitere Behandlung der Minoristen verschieden von jener der Majoristen. *Minoristen* begeben sich mit der freiwilligen grundlosen Vernachlässigung der geistlichen Tracht mit Ablauf jener monatlichen Frist des geistlichen Standes (*ipso iure e statu clericali decidunt*) Can. 136 § 3; ihre Ämter sind sofort ohne jede weitere Erklärung damit erledigt Can. 188 n. 7.

Letztere Wirkung tritt auch für die *Majoristen* sofort ein. Von den empfangenen höheren Weihen sind sie zu suspendieren f. s. Wenn sie aber offenkundig zu einer dem geistlichen Stande fremden Lebensweise übergetreten sind, tritt nochmalige Mahnung ein. Wird auch diese in den Wind geschlagen, so erfolgt drei Monate nach der letzten Mahnung die *A b s e t z u n g* f. s. (*deponantur*) Can. 2379. — Die Minoristen verlieren mit der Versetzung in den Laikalstand (Cann. 136 § 3; 2378) die klerikalen Privilegien Can. 123 und das Recht, die geistliche Kleidung zu tragen Can. 213 § 1; die Majoristen aber nicht, selbst nicht nach der Absetzung (*depositio*) Can. 2303.

IV. Die Entziehung der geistlichen Tracht. Diese Strafe kann eine zweifache sein: eine einstweilige (interimistische) oder eine endgültige. Wenn ein Kleriker schweres Argerniß gibt und er trotz Mahnung in anderer Weise nicht gebessert werden kann, so kann ihm einstweilen (interim) das Recht der klerikalen Tracht abgesprochen werden, eine Strafe, welche das Verbot des kirchlichen Dienstes und den Verlust der klerikalen Privilegien auf die gleiche Dauer mit sich führt Can. 2300. — Die Entziehung der klerikalen Tracht ist eine beständige, wenn der Ordinarius dieselbe auf Grund des Can. 2304 ausgesprochen hat. Er kann sie aussprechen, wenn ein abgesetzter Kleriker sich nicht bessert und fortgesetzt Argerniß gibt ibi § 1; doch muß der Ordinarius das Urteil fällen lassen durch ein Collegium von fünf Richtern Can. 1576 § 1 n. 2, wobei er selbst besser der Tätigkeit sich enthält Can. 1578. Mit der endgültigen Entziehung der klerikalen Tracht zessieren nach Can. 2304 § 2 die klerikalen Privilegien und das subsidium caritativum (Unterhaltsbeitrag des Can. 2303 § 2). Wenn ein der klerikalen Tracht beraubter Kleriker hartnäckig bleibt, so verfällt er der Degradation f. s. Can. 2305. — Wird diese schwerste Strafe über einen Kleriker ausgesprochen wegen eines mit Degradation bedrohten Verbrechens, so ist damit stets die Entziehung der geistlichen Tracht verbunden Can. 2305 § 1.

§ 41. Standeswidrige Beschäftigungen der Kleriker.

Es gibt Beschäftigungen oder Unterhaltungen, welche dem Klerikalstande entgegen sind, doch sind die Gründe der Standeswidrigkeit nicht die gleichen. Bald ziehen sie den Geistlichen zu sehr in die Dinge dieser Welt 2 Tim 2, 4; tit. No clerici (III 50), bald bedeuten sie eine Gefahr für seinen Beruf, seine Herzensmilde, seine Reinheit, seine Uneigennützigkeit. Der Index teilt die Beschäftigungen in zwei Klassen: in standesunwürdige und standeswidrige.

I. „Kleriker sollen sich aller standesunwürdigen Beschäftigungen und Belustigungen gänzlich enthalten, ab iis omnibus quae statum suum dedecent“ Can. 138. Zu diesen gehören:

1) „Clerici indecoras artes ne exercoant“ Can. 138. Demnach sind alle unanständigen, unehrbaren, unehrenhaften Künste, Handwerke oder auch Ränkespiele verboten.

Zunächst meint Can. 138 gewiß nur Berufsarten, welche ja für Weltleute ganz geziemend, ja notwendig sein können, aber wir gehen nicht fehl, wenn wir „*indecoras artes*“ auf die Art und Weise des Handelns ausdehnen, auf das Ränkevolle im Verkehr mit den Mitmenschen. Zu den „*indecoras artes*“ dürften gehören das Theaterspiel, insbesondere jene Seite, welche man als Komödiantentum, Hanswurstiade oder ähnlich bezeichnet. Unter den Berufsarten betrachtete Papst Gregor I. das „Zöllnerhandwerk“, welches in Pacht genommen war, als ungeziemend, dagegen nicht den Beruf als Fischer Hom. 24 in Evangelia (fer. IV. post Pascha); Papst Clemens V. verbot auf dem Konzil von Vienne (1311) insbesondere die Berufe der Scharfrichter (Can. 984 n. 7), der Fleischer und Wirte Clem. 1 De vita (III 1). Selbstverständlich schließt Can. 138 jedes unehrenhafte Gebaren in Forderung der Gebühren, der Verträge, Vermietungen aus. — Der Betrieb einer Wirtschaft kann (z. B. im Gebirge) zuweilen notwendig sein; der Ordinarius hat den Fall zu beurteilen.¹⁾

2) „*Clerici aleatorii ludis, pecunia exposita, ne vacent*“ Can. 138. Man beachte die beiden Ausdrücke „*pecunia exposita*“ und „*vacent*“. An sich kann jedes Spiel, welches von Berufsarbeiten abzieht, moralisch unerlaubt sein, namentlich wenn es zur Leidenschaft wird. Allein das Kirchenrecht verbietet zunächst das „Würfelspiel und jedes Glücksspiel“; denn „*aleatorius ludus*“ heißt auch jedes Hazardspiel, gerade so wie das persisch-arabische „*az-zar*“, also jedes Spiel, welches hauptsächlich auf dem Zufall beruht. Indes nicht jedes Glücksspiel ist verboten, sondern das Glücksspiel um Geld, und zwar nur jenes, dem man sich hingibt, sich widmet (*vacat*). Das Kartenspiel als Hazardspiel um Geld gehört hierher; wird dasselbe mit Maß und ohne Argernis betrieben, so kann es erlaubt sein, Benedikt XIV. in Syn. I. 11. c. 10 nn. 1 sqq.

3) „*Clerici venationi ne indulgeant, clamorosam autem nunquam exerceant*“ Can. 138; cc. 1. 2 De clerico venatore (V 24); Trid. sess. 24 c. 12 d. r.; Benedikt XIV. in Syn. I. 11 c. 10 nn. 8. 9. Der Roder hat den alten Unter-

¹⁾ Das bayerische Beamtengeſetz vom 16. Auguſt 1908 verlangt bei Nebenämtern oder Nebengeſchäften der Beamten entweder Anzei- ge oder Erlaubnis der vorgeſetzten Dienſtbehörden; Erlaubnis er- heiſcht eine gewinnbringende Nebenbeſchäftigung Art. 18.

Schied zwischen *venatio clamorosa* und *quieta* beibehalten. Die „lärmende Jagd“ (v. cl. oder *saltuosa*) geschieht mit einem Aufgebot von Waffen, Treibern, Hunden, meist zur Erjagung größerer Tiere (Treib-, Hez-, Parforcejagden). Die Teilnahme an der lärmenden Jagd ist stets verboten. Die ruhige Jagd kann erlaubt sein unter folgenden Bedingungen: a) daß sie nie zur Leidenschaft oder Gewohnheit wird („ne indulgeant“); b) daß der Seelsorge kein Abtrag geschieht, was beim Vorhandensein von nur einem Seelsorger in einem Bezirk leicht der Fall sein könnte (Versehänge); c) daß kein partikularrechtliches Verbot besteht, vgl. *Instructio Eystettensis*⁵ 571 n. 5. Derartige Verbote dürften auch nach dem 19. Mai 1918 fortbestehen, da sie nicht „leges Codici oppositae“ sind Can. 6. n. 1.

4) „Clerici tabernas aliaque similia loca sine necessitate aut alia iusta causa ab Ordinario loci probata ne ingrediantur“ Can. 138. Das Wirtshausverbot der Kirche, aus den vernünftigsten Gründen gegeben, reicht in der kirchlichen Gesetzgebung sehr weit hinauf Tit 1, 7. 8; cc. 2. 4 D. 44; c. 15 De vita (III 1). Gründe sind: Gefahr der Zerstreuung, Zeitvergeudung, Spielwut, Trunksucht, Ausgelassenheit. Der Priester lernt oft nicht die Leute, sondern diese ihn von seiner menschlichen Seite kennen. Freilich machen die heutigen Verhältnisse den Wirtshausbesuch zuweilen notwendig (auf Reisen), öfter aber auch rätlich. Erscheint das Betreten der Wirtshäuser nur rätlich, nicht notwendig, dann muß der Ortsordinarius diese Umstände billigen.

5) „Spectaculis, choreis et pompis quae eos (clericos) dedecent, vel quibus clericos interesse scandalo sit, praesertim in publicis theatris, ne intersint“ Can. 140. Das Verbot des Can. 140 lautet also: Kleriker sollen Schauspielen, Tanzbelustigungen (Bällen, Balletten) und Aufzügen (Maskeraden) nicht beimohnen, welche gegen den klerikalen Anstand verstoßen, oder deren Besuch durch Kleriker zum Argernisse gereicht, namentlich nicht in öffentlichen Theatern. Das Verbot reicht in das graue Altertum zurück c. 3 D. 23; c. 19 D. 34; Trid. sess. 22 c. 1 d. r. Das Gesetz des Roder ist gewiß nicht zu streng. Wird der klerikale Anstand nicht verletzt und bereitet der Besuch seitens des Klerus kein Argernis, so ist die passive Teilnahme nicht gerade verboten, anders

die *acti v e b g l.* c. 1 *De vita* (III 1) in 6°. *Benedikt XIV.* behandelt in seiner klaren Weise die Frage in *Syn. dioec.* l. 11 c. 10 n. 11, wo er sich u. a. auf den heiligen Franz von Sales berufen kann, der jene Priester mit sofortiger Suspendierung bestrafte, qui „eo sceleris deveniebant ut choreas nedum spectare, sed et ducere auderent“. Wie berechtigt gerade heutzutage das Verbot der Kirche ist, weiß jeder, welcher auch nur oberflächlich das Theatertreiben kennt. In Rom ist jede Teilnahme an kinematographischen Darstellungen (Kinos) stets verboten, also auch wenn fromme Gegenstände dargestellt werden, Kardinalvikariatsverlaß 25. V. 1918 (AAS. X. 300).

II. Standeswidrige Beschäftigungen der Geistlichen.

Die Beschäftigungen, welche in den folgenden Abschnitten aufgezählt werden, sind an sich des geistlichen Standes nicht unwürdig, aber sie ziehen den Kleriker ab von seinem Berufe und bereiten ihm manche Gefahren *Can.* 139 § 1.

1) Die Bürgerschaftleistung. „*A fideiubendo, etiam de bonis propriis, clericus prohibetur, inconsulto loci Ordinario*“ *Can.* 137. Man unterscheidet verschiedene Güter des Geistlichen: sein Privatvermögen; sein Vatergut oder Privatvermögen, welches den Weihetitel ausmacht; das Einkommen aus seinem Pfründevermögen und endlich das Pfründevermögen selbst. Daß ein Geistlicher das Pfründevermögen nicht durch Bürgerschaft belasten kann, liegt auf der Hand; es wäre eine Art Veräußerung (*alienatio*) von Kirchengut (*Cann.* 534; 1530—34; 2347). Aber auch die *bona superflua* des Pfründeereinkommens (*Can.* 1473) oder das Weihetitelvermögen (*Can.* 979 § 2) darf er nicht belasten. Es bleibt also das reine Privatvermögen. Allein schon die Gefahr einer Verwicklung in irdische Handel muß den Kleriker vorsichtig machen *tit. No clerici* (III 50). Mit weiser Mäßigung verlangt der Kodex nur, daß Kleriker niemals Bürgen seien ohne Erlaubnis des Ortsordinarius (*inconsulto loci Ordinario*). Das Ordinariat von *P a s s a u* hat am 5. Febr. 1916 (*WOB.* S. 12) allen Diözesanpriestern die Übernahme von Bürgschaften untersagt, sei es für Verwandte oder andere Personen, sei es für Vereine und Institute, ohne die ausdrückliche, schriftlich eingeholte und erteilte Erlaubnis des Ordinarius.

2) Die Ausübung der Heilkunde und Wundheilkunde. „*Clerici, sine apostolico indulto*

medicinam vel chirurgiam ne exerceant“ Can. 139 § 2; cf. Can. 985 n. 6. Wir sahen schon oben, wie die Ausübung dieser Künste für Kleriker bei Todesfolge Irregularität bewirken kann. Nach dem Dekretalenrechte war nicht nur die Ausübung, sondern auch das Studium der Medizin verboten cc. 3 et 10 Ne clericus (III 50). Will ein Kleriker die Arzneikunde oder die Wundheilkunde ausüben, so bedarf er hierzu *stets* des *Apostolischen Indultes*. Dieses Indult wird aber nicht gegeben ohne einen gewichtigen Grund, z. B. für Missionsgebiete, für Gegenden, wo ein Arzt entweder gar nicht oder nur sehr schwer zu haben ist, und nicht ohne die Voraussetzung der entsprechenden *Fachkenntnisse*. Leichter wird die Dispense gegeben für Nichtseelsorger und für solche, welche nicht auf die Entlohnung aus dem ärztlichen Beruf angewiesen sind; vgl. *Santi-Leitner*: Praelectiones⁴ III 50 n. 1 pag. 459. Die Gründe, warum die Kirche dieses Verbot erließ, liegen auf der Hand: Abziehung vom eigentlichen Beruf (Mt 6, 25), Gefahren der Beeinträchtigung des Berufsarztes, der Sittlichkeit, der Gewinnsucht. — Dieses Verbot hindert nicht, daß in einem wahren *Nothfalle* ein Kundiger helfen kann und soll und ein Laie in der Arzneikunst unschädliche Mittel anwenden darf.

3) *Weltliche Ämter und Berufe*. Der Roderer zählt im Can. 139 verschiedene dieser Berufsarten auf: Kleriker sollen nicht ausüben: a) das Amt eines öffentlichen *Notars* (tabelliones seu publicos notarios ne agant) außer bei der kirchlichen Kurie, vgl. Cann. 372—73; 1621—25; 1645 § 3; 1755 § 2 n. 1; 1773 § 1; 1811; 1874 § 5; 2142—44, ja in criminalibus clericorum muß der Notar ein *Priester* sein Can. 373 § 3. b) „*Öffentliche Ämter, welche die Ausübung laikalcr Gewalt oder Geschäftsführung mit sich bringen, sollen sie nicht annehmen*“ Can. 139 § 2. Daß Geistliche zuweilen auch zu höchsten Ämtern im Staate herangezogen werden, beweisen die Tatsachen der neuesten Zeit. So wurde der Erzbischof von S. Domingo auf der Insel *Haiti* 1912 zum Präsidenten dieser Republik gewählt, lehnte aber die Wahl, auch auf den Rat des Papstes Pius X., ab. Der Apostolische Protonotar Wilhelm Hubert *Molen*s wurde von der Königin *Wilhelmine* der Niederlande im Juli 1918 mit der Bildung des Kabinetts betraut, lehnte

aber gleichfalls ab. Immerhin sind die Bischöfe von *U r g e l* ständige Schutzherrn (neben Frankreich) der Republik *A n d o r r a*; vgl. § 31 am Schluß. — c) „*V e r m ö g e n s v e r w a l t u n g e n* oder weltliche Stellungen mit notwendiger *R e c h e n s c h a f t s a b l e g u n g* können von Klerikern *n i c h t o h n e E r l a u b n i s* des Ordinarius übernommen werden“ Can. 139 § 3. Der Grund liegt auf der Hand: Freiheit des Geistlichen vom Geschäftsbetrieb, von Gewinnsucht und von den Fährlichkeiten der Geldgeschäfte. Die Irregularität *ex defectu libertatis* des früheren Rechtes ist übergegangen in das gleiche kanonische Hindernis Can. 987 n. 3. Bekanntlich hat die Konsistorialkongregation unterm 18. November 1910 das Dekret „*Docente Apostolo*“ erlassen (ME. 22, 436), wornach die Übernahme der Stellen eines Vorsitzenden, Leiters, Sekretärs oder Kassiers von Darlehenskassenvereinen und ähnlichen Vereinen nur dann erlaubt war, wenn die Erlaubnis des Apostolischen Stuhles vorlag. Nunmehr genügt die Erlaubnis des eigenen Ordinarius Can. 139 § 3.

d) Can. 139 § 3 umgrenzt auch die Tätigkeit des Klerikers als *Prozeßstellvertreter*s oder *Anwaltes*s („*procuratoris aut advocati munus*“). Vor dem kirchlichen Gerichtshofe ist diese Tätigkeit erlaubt, vgl. Cann. 1655 sqq. — In bürgerlichen Sachen des weltlichen Gerichtes kann der Geistliche auftreten, wenn es sich um seine eigene Sache handelt oder um die seiner Kirche; handelt es sich aber um Strafsachen, bei welchen eine schwere persönliche Strafe auf dem Spiele steht, so soll sich der Kleriker fernhalten, ja selbst das *B e u g n i s* verweigern, wo er kann Can. 139 § 3. Das bisherige Recht gestattete auch noch die Vertretung und Verteidigung der nahen Verwandten und der Armen c. 1 C. 87; c. 1 *Ne clericus* (III 50); gegenwärtig bedarf es hierzu der Erlaubnis.

e) Can. 142 verbietet den Klerikern alle *H a n d e l s u n d K a u f m a n n s g e s c h ä f t e* in eigener Person oder durch andere zum eigenen Nutzen oder dem anderer. Es ist kein Handel (*negotiatio aut mercatura*), wenn ein Geistlicher die Früchte seiner Benefizialgüter vorteilhaft veräußert; im Gegenteil, er ist dies sogar schuldig c. 11 D. 88. Das bisherige Recht war enthalten in c. 6 *Ne clericus* (III 50); Trid. sess. 22 c. 1 d. r.; *P i u s* IV. in der Konstitution *Deus* d. 3. Nov. 1560; *B e n e d i k t* XIV. in der Konstitution *Apostolicae*

servitutis d. 25. Febr. 1741; K l e m e n s XIII. in der Konstitution Cum primum d. 17. Sept. 1759. Aus diesen Quellen erhellt, daß insbesondere die Bank- und Wechselgeschäfte, also in erster Linie die Börsenspiele den Klerikern untersagt sind. Über die Beteiligung der Geistlichen an Aktiengesellschaften u. ä. wurde im Archiv für kath. RR. Bd. 49, 218 ff. und Bd. 50, 65 ff. für und gegen geschrieben (Hirschel-Dioste); vgl. auch Ferreres Iuan: Institutiones I n. 305, der sich für die mildere Ansicht entscheidet, freilich unter ausgiebigen Vorsichtsmaßregeln, und die reiche Literatur dortselbst. — Die Exkommunikation über Missionäre in Asien und Amerika, welche sich mit Handelschaft abgaben, sowie über deren Vorgesetzte, welche es nicht verhinderten (Santi-Leitner: Praelectiones⁴ III 50 n. 3 pag. 460), ist im Roder nicht erneuert. Dagegen können Kleriker oder Ordensleute (religiosi), welche durch Ausübung von Kaufmanns- oder Handelsgeschäften gegen Can. 142 sich verfehlen, vom Ordinarius (Can. 198 § 1) mit angemessenen Strafen belegt werden Can. 2380.

Ein ganz besonderes Verbot trifft den Handel mit Meßstipendien Cann. 827; 840 § 1. Wer sich dagegen verfehlt, kann vom Ordinarius nach der Größe der Schuld mit Strafen belegt werden, und zwar bei Geistlichen bis zur Suspension oder bis zur Entziehung der Pfründe oder des kirchlichen Amtes, bei Laien bis zur Exkommunikation Can. 2324. Damit sind die bisherigen Strafen latae sententiae (suspensio, inhabilitas ad ordines maiores, excommunicatio) verschwunden; vgl. Santi-Leitner: Praelectiones⁴ V 3 pag. 44. 245.

f) Standesvereinigungen der Geistlichen. Verboten sind, wie oben gezeigt wurde (S. 105), jene Vereinigungen, welche „sich der rechtmäßigen Obhut der Kirche zu entziehen suchen“, abgesehen von den „geheimen, (ausdrücklich) verbotenen, aufrührerischen und verdächtigen Vereinen“ Can. 684, wie bei Laien so bei Klerikern. Verboten sind ferner jene Vereine der Geistlichen, welche die kirchliche Organisation der Bistümer usw. untergraben, und auch jene Diözesanvereine, denen die Machtbefugnis und Obhut der Bischöfe nicht zur Seite steht; vgl. die Apostolischen Schreiben „Quandoquidem“ vom 3. Jan. 1920 und „Cumin catholicae“ vom 29. Jan. 1920 an den Prager Erzbischof Franziskus

Rordac (AAS. 12, 33—35; 57—58), worin die Auflösung des interdiözesanen Vereins „Jednota“ gebilligt und die Diözesanorganisationen nur dann als zurecht bestehend erklärt werden, wenn sie der Jurisdiktion der Bischöfe unterworfen sind.

§ 42. Über die Beteiligung des Klerus an politischen Fragen.

An sich würde auch diese Frage unter die unmittelbar vorher (§ 34) erörterten Beschäftigungen fallen, allein der Gegenstand verlangt ob seiner Wichtigkeit eine eigene Behandlung. Papst Leo XIII. hat sich wiederholt über diese Frage geäußert, Enz. „*Diuturnum illud*“ d. 29. Jun. 1881; Schreiben „*Novum argumentum*“ d. 1. Jan. 1883 (Irland); Enz. „*Pergrata*“ d. 14. Sept. 1886 (Portugal); Enz. „*In mezzo*“ d. 16. Febr. 1892 (Frankreich) und zu wiederholten Malen; ähnlich P. Benedikt XV. in seinen Schreiben vom 10. Febr. 1921 an die Bischöfe Belgiens u. vom 16. Juli 1921 an den Episkopat Polens (AAS. 13, 424—26). Das Plenarkonzil A.-L. 1899 enthält die wichtigsten Gesichtspunkte in Nr. 656. Bischof Johannes von St. Pölten stellt die Grundsätze meisterhaft zusammen in seiner Diözesansynode 1908 (*Constitutiones et Acta Syn. dioec. Sanhippolytanae primae* 1908) S. 305—07. Aus der zahlreichen Literatur, wie sie u. a. Sägmüller J. B., *RR*³ I S. 263—65, angibt, seien folgende Abhandlungen hervorgehoben: Jos. Hergentröther: „Über die Beteiligung des Klerus an politischen Fragen“ im „Archiv“ Bd. 15 (1866) S. 67 ff. und „Stellung des Klerus z. d. polit. Bew. der Gegenwart“ im „Katholik“ 1874 I 216 ff.; Fr. Heinert: „Der Syllabus“ S. 145 ff.; „Ausschluß der Geistlichen von den polit. Wahlen“ im „Archiv“ Bd. 84 (1904) 107 ff.; Georg von Hertling: „Politik und Weltanschauung“ in „Hist.-pol. Bl.“ Bd. 145 (1910) 12 ff. und „Archiv“ Bd. 92 (1912) 555 ff. — Außerdem noch Santi-Leitner: *Praelectiones*⁴ III 50 n. 4 pag. 461 sqq.

I. Der Geistliche kann als **Geistlicher** nur von jenen Grundsätzen geleitet sein, von denen die Kirche geleitet ist, nämlich daß „er, unbeirrt von aller Verschiedenheit und Wandelbarkeit der Regierungsformen (Monarchie, Oligarchie, Republik usw.) sowie von allem Parteigetriebe (Kapitalisten, Industrie, Gewerbe, Handwerk, Agrarier usw.),

einzig und allein die Ehre Gottes, das Wachstum der Religion und das Heil der Seelen im Auge hat". Der Geistliche darf also in der Ausübung seines Amtes durch *re i n p o l i t i s c h e* Rücksichten in keiner Weise geleitet werden. — Sobald aber eine Frage aufhört, rein politisch zu sein, und sie einen *r e l i g i ö s - s i t t l i c h e n* Charakter angenommen hat, kann und muß (nach Umständen) der Geistliche ihr in Predigt und Seelsorge nahetreten, z. B. der Wahlpflicht der Katholiken. Immerhin muß der Geistliche es als erste Pflicht betrachten, die richtigen Grundsätze zu zeigen und die irrtümlichen Anschauungen zu bekämpfen, die Personen aber nur im äußersten Notfalle hereinzuziehen; vgl. den *S y l l a b u s* Pius' IX. propp. 39—55.

II. Der Geistliche, insofern er **Staatsbürger** ist, darf und muß seine politischen Rechte nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des Staates, der Gesellschaft und der Kirche gebrauchen und darf sich diese Rechte in keiner Weise verkümmern lassen. Immerhin müssen hierbei folgende Gesichtspunkte beobachtet werden: 1) Niemals darf die Ausübung dieser Rechte gegen das *g ö t t l i c h e* oder *k i r c h l i c h e* Recht verstoßen. 2) Die Art der Ausübung muß stets der Würde des geistlichen Standes entsprechen, so daß die Geistlichen hierin den Laien ein Beispiel der Ehrenhaftigkeit und Bescheidenheit geben Can. 124.

III. Die Anteilnahme der Geistlichen an den Körperschaften der Volksvertretung ist entweder *v e r f a s s u n g s g e m ä ß* durch die Gesetze eines Landes geregelt — so gehörten die Erzbischöfe von München und Bamberg der bayerischen Reichsratskammer; jener von Freiburg der badischen I. Kammer an; die sechs österreichischen Erzbischöfe hatten Stimme im Herrenhaus und Landtag — oder beruht auf dem Vertrauen des *H e r r s c h e r s* oder des *V o l k e s* durch die Wahl in jene Körperschaft. Über letztere Möglichkeit gibt der Roder nähere Anweisung im Can. 139 § 4. „Das Amt von Senatoren (Mitgliedern der I. Kammer) oder von Abgeordneten („*oratorum legibus ferendis, quos d e p u t a t o s* vocant, munus“) sollen Kleriker weder anstreben noch annehmen ohne Erlaubnis des *A p o s t o l i s c h e n S t u h l e s* in Gegenden, wo ein päpstliches Verbot besteht (wie in Italien); ohne Erlaubnis des *e i g e n e n* Ordinarius und jenes des *W a h l o r t e s* in den übrigen Gebieten.“ Ist das

Amt eines Senators mit einem Bischofsstuhle immer verbunden, so wird die Sache ein für allemal geregelt. Ist dagegen das Amt an ein Mitglied eines Kollegiums gebunden, dessen Wahl jedoch z. B. dem Landesfürsten zusteht, so hat ein Bischof die Erlaubnis des Heiligen Stuhles, ein Priester die Erlaubnis seines Ordinarius zu erhalten, mindestens aber hat der Ernannte Anzeige an die betreffenden Obern zu erstatten, schon wegen der Residenzpflicht Can. 338 § 2. Würden Bischöfe (Weibsbischöfe) als *Abgeordnete* gewählt, so bedürften sie jedenfalls der Erlaubnis des Apostolischen Stuhles. *Ordensleute* benötigen außer der Erlaubnis des Ortsordinarius des Wahlortes (Can. 198 § 2) die ihres höheren Ordensobern (ibi § 1).

Unter Anwendung obiger Prinzipien werden folgende Tatsachen erklärt, ja selbstverständlich: 1. daß die preussische Regierung in den Jahren 1848—49 die Geistlichen aufforderte, ihre Gemeinden über die Pflichten hinsichtlich der Wahl der Volksvertreter zu belehren, und daß Em. Freiherr von Ketteler als Pfarrer von Hoppsten (Westfalen) dieser Aufforderung entsprach durch die Predigt vom 21. Januar 1849: „Die Wahlen zur preussischen Landesversammlung“; 2. daß die bayerischen Bischöfe mit der Bitte, bzw. mit der väterlichen Mahnung an die katholischen Lehrer Bayerns herantraten, „es möchte dahin gewirkt werden, daß entweder der Abonnementszwang auf die *Bayerische Lehrerzeitung* beseitigt werde, oder daß wenigstens alle Angriffe auf Religion und kirchliche Autorität in diesem Fachblatte unterbleiben“, Schreiben der bayerischen Bischöfe vom 20. April 1911. — Der Antrag des bayerischen Reichsrates Ernst Graf von Mohl vom 16. Juni 1904 wollte, daß „eine Änderung des Wahlgesetzes dahin vorzunehmen sei, daß das Wahlrecht der Geistlichen aller Konfessionen *ausgeschlossen* oder *beschränkt* werde“ (vgl. desselben Broschüre: „Das Wahlrecht des Klerus 1905“ und F. Friedrich: „Das politische Wahlrecht der Geistlichen 1906“). — Dieser Antrag will also ein *Unsaumnissegesetz*; verstößt gegen die *Gerechtigkeit* (gleiche Pflichten, gleiche Rechte) und die *Klugheit*; denn es ist unklug, Männer von der Gesetzgebung fernzuhalten, welche durch die Ehrenhaftigkeit der Gesinnung, durch die reiche, in unmittelbarer Berührung mit dem Volke gesammelte Erfahrung sowie durch Fachkenntnisse in Kirchen-, Schul- und Armensachen eine vortreffliche Mitarbeit verbürgen.

§ 43. Die Zurückversetzung der Kleriker in den Laienstand.

Quellen: Cann. 211—214; 132 § 3; 136 § 3; 141 § 2; 648; 669 § 2; 2304; 2305; 2379.

I. Es gibt keine **dogmatische** Zurückversetzung eines Klerikers in den Laienstand; denn „die heilige Weihe, einmal gültig empfangen, wird niemals ungültig (hinfällig)“ Can.

211 § 1. Decr. pro Armenis 22. XI. 1439 (Enchiridion¹² n. 695); Trid. sess. 7 cn. 9; sess 23 cp. 4 und cn. 4; vgl. S ä g m ü l l e r J. B.: Kirchenrecht³ I § 50 S. 201, der jedoch behauptet: „Ob die Weihen häretischer, schismatischer und simonistischer Bischöfe gültig seien, darüber schwankte die Theorie und Praxis bis in das 13. Jahrhundert“ (mit Angabe reicher Literatur). Immerhin wären nicht die Ausdrücke „*irritae ordinationes*“ maßgebend (z. B. c. 1. De schismaticis V 8), sondern die Wiederholung der Weihe an bereits Geweihte, wie sie zuweilen vorgekommen sein mag; vgl. S a n t i - L e i t n e r: Praelectiones⁴ I 13 n. 4 pag. 164.

II. **Kirchenrechtlich** ist die Rückversetzung eines Klerikers, sowohl eines Minoristen als eines Majoristen, in den Laienstand (L a i s i e r u n g) m ö g l i c h.

III. Die Zurückversetzung eines **Majoristen** geschieht nach Can. 211 § 1 auf dreifachem Wege: a) durch Reskript des Apostolischen Stuhles; b) durch Dekret oder durch Richterspruch nach Can. 214; c) endlich durch die Strafe der Degradation. Für Subdiakone und Diakone besteht noch eine vierte Möglichkeit: die Dispense auf Grund der Cann. 1043 ff.

1) Die Reskripte des Apostolischen Stuhles können aus verschiedenen Anlässen erwirkt sein, wie sie auch in verschiedenem Umfange gegeben werden. Ein solches erhielt L a l e n r a n d, ehemaliger Bischof von Autun, aber nicht für den Zölibat, vgl. S a n t i - L e i t n e r: Praelectiones⁴ IV 6 n. 6 pag. 208, ebenso wurde durch Reskript des heiligen Off. vom 12. Juli 1916 der Priester A. C. der Diözese Nicastro (Kalabrien) in den Laienstand versetzt „*firma lege castitatis*“ (PMS. Bd. 27, 1916, S. 227.)

2) Das Dekret oder die richterliche Entscheidung haben folgende Voraussetzung: Ein Kleriker hat die höhere Weihe (Subdiakonat) oder die höheren Weihen unter dem Einfluß schwerer Furcht empfangen und hat später nach Aufhören der Furcht niemals diese Weihe(n) und ihre Pflichten mit bewußter Absicht gutgeheißen Can. 214 § 1. — Das Bittgesuch des Majoristen muß zunächst (Can. 1993 § 1) an den heiligen Stuhl eingeschickt werden, wo die Sakramentenkongregation bestimmt, ob die Sache auf gerichtlichem oder auf verwaltungsrechtlichem Wege auszutragen ist Can. 1993 § 1.

In ersterem Falle wird die Angelegenheit an den z. B. der Weihe zuständigen Ordinarius zurückgeschickt ibi § 2; im zweiten Falle entscheidet die römische Kongregation selbst, nach Einlauf des bei der zuständigen bischöflichen Kurie gefertigten Informativprozesses ibi § 3. Während des Prozesses hat sich der Majorist der Ausübung seiner Weihen zu enthalten Can. 1997. — Zwei gleichlautende Entscheidungen sind für alle Fälle notwendig Can. 1998 § 1, weshalb der Defensor vinculi (Can. 1996) Berufung einlegen muß, wenn das Urteil für das Vorhandensein schwerer Furcht lautete Cann. 1986—89 und 1594 sqq. — Ein Dekret wird erlassen bei der Sakramentenkongregation, während ein Urteil im Prozesse gefällt wird. — Entsprechende Vorschriften gelten, wenn die Gültigkeit der Weihe in Frage kommt, nur ist hier das heilige Offizium zuständig Can. 1993 § 1 und kann neben dem Kleriker auch der Ordinarius des Klerikers oder des Weiheortes Klage einreichen Can. 1994 § 1; vgl. S. 236—38.

3) Mit der Degradation ist stets die Versetzung in den Laienstand verbunden Can. 2305 § 1. Diese Strafe kann nur verhängt werden entweder wegen eines Verbrechens, auf das die Degradation im Rechte verhängt ist, oder wegen der Unverbesserlichkeit eines bereits abgesetzten und des geistlichen Gewandes beraubten Klerikers ibi § 2.

4) Nach Cann. 1043—45 kann Subdiaconen und Diaconen in ganz außerordentlichen Fällen Dispense zur Verehelichung gewährt werden; vgl. Can. 132 § 2.

IV. Ein Minorist kann in den Laienstand versetzt werden:

1) nach eigenem freien Willen mit vorgängiger Anzeige an den Ortsordinarius Can. 211 § 2;

2) durch Dekret des Ordinarius aus rechtmäßiger Ursache ibi;

3) in folgenden vom Rechte benannten Fällen (ibi):

a) durch freiwillige Verehelichung Can. 132 § 2;

b) durch unbegründete Aufgabe der klerikalen Tracht Can. 136 § 3; der Verlust des klerikalen Standes tritt ein nach einem Monat von der Mahnung des Ordinarius an Can. 2379;

c) durch freiwilligen Eintritt ins Heer Can. 141 § 2;

d) durch Entlassung eines Ordensklerikers aus einer religiösen Genossenschaft Cann. 648; 669 § 2.

e) durch die Strafe der Degradation Can. 2305 § 1, wahrscheinlich auch schon durch die Entziehung der klerikalen Tracht Can. 2304, vgl. mit Can. 136 § 3.

V. Wirkungen. Die Kleriker verlieren sofort alle Ämter, Pfründen, Rechte und Vorrechte des Klerikalstandes Can. 213 § 1. Die Zölibatspflicht bleibt ibi § 2; vgl. jedoch oben III, 4.

VI. Die Wiederaufnahme solcher Kleriker in den geistlichen Stand geschieht: a) bei Minoristen mit Erlaubnis des Ordinarius; b) bei Majoristen nur mit jener des Apostolischen Stuhles Can. 212.

Anhang zu C. 86–88.

A) Das Reichsgesetz über die religiöse Kindererziehung (= r. R.) vom 15. Juli 1921 hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Über die religiöse Erziehung eines Kindes bestimmt die freie Einigung der Eltern, soweit ihnen das Recht und die Pflicht zusteht, für die Person des Kindes zu sorgen. Die Einigung ist jederzeit widerruflich und wird durch den Tod eines Ehegatten gelöst.

§ 2. I) Besteht eine solche Einigung nicht oder nicht mehr, so gelten auch für die religiöse Erziehung die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über das Recht und die Pflicht, für die Person des Kindes zu sorgen. — II) Es kann jedoch während bestehender Ehe von keinem Elternteil ohne die Zustimmung des anderen bestimmt werden, daß das Kind in einem anderen als dem zur Zeit der Eheschließung gemeinsamen Bekenntnis oder in einem anderen Bekenntnis als bisher erzogen oder daß ein Kind vom Religionsunterricht abgemeldet werden soll. — III) Wird die Zustimmung nicht erteilt, so kann die Vermittlung oder Entscheidung des Vormundschaftsgerichts beantragt werden. Für die Entscheidung sind, auch so weit ein Mißbrauch im Sinne des § 1666 des BGB. nicht vorliegt, die Zwecke der Erziehung maßgebend. Vor der Entscheidung sind die Ehegatten sowie erforderlichenfalls Verwandte, Verschwägerter und die Lehrer des Kindes zu hören, wenn es ohne erhebliche Verzögerung oder unverhältnismäßige Kosten geschehen kann. Der § 1847 Abs. 2 des BGB. findet entsprechende Anwendung. Das Kind ist zu hören, wenn es das zehnte Jahr vollendet hat.

§ 3. I) Steht dem Vater oder der Mutter das Recht und die Pflicht, für die Person des Kindes zu sorgen, neben einem dem Kinde bestellten Vormund oder Pfleger zu, so geht bei einer Meinungsverschiedenheit über die Bestimmung des religiösen Bekenntnisses, in dem das Kind erzogen werden soll, die Meinung des Vaters oder der Mutter vor, es sei denn, daß dem Vater oder der Mutter das Recht der religiösen Erziehung auf Grund des § 1666 des BGB. entzogen ist. — II) Steht die Sorge für die Person eines Kindes einem Vormund oder Pfleger allein zu, so hat dieser auch über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen. Er

bedarf dazu der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Vor der Genehmigung sind die Eltern sowie erforderlichenfalls Verwandte, Ver-
schwägerter und die Lehrer des Kindes zu hören, wenn es ohne erhebliche
Verzögerung oder unverhältnismäßige Kosten geschehen kann. Der
§ 1847 Abs. 2 des BGB. findet entsprechende Anwendung. Auch ist das
Kind zu hören, wenn es das 10. Lebensjahr vollendet hat. Weder der
Vormund noch der Pfleger können eine schon erfolgte Bestimmung über
die religiöse Erziehung ändern.

§ 4. Verträge über die religiöse Erziehung eines Kindes sind ohne
bürgerliche Wirkung.

§ 5. Nach der Vollendung des 14. Lebensjahres steht dem Kinde
die Entscheidung darüber zu, zu welchem religiösen Bekenntnis es sich
halten will. Hat das Kind das 12. Lebensjahr vollendet, so kann es nicht
gegen seinen Willen in einem anderen Bekenntnis als bisher erzogen
werden.

§ 6. Die vorstehenden Bestimmungen finden auf die Erziehung der
Kinder in einer nicht bekenntnismäßigen Weltanschauung entsprechende
Anwendung.

§ 7. Für Streitigkeiten aus diesem Gesetz ist das Vormundschafts-
gericht zuständig. Ein Einschreiten von Amts wegen findet dabei nicht
statt, es sei denn, daß die Voraussetzungen des § 1666 des BGB. vorliegen.

§ 8. Alle diesem Gesetz entgegenstehenden Bestimmungen der
Landesgesetze sowie Art. 134 des Einführungsgesetzes zum BGB. werden
aufgehoben.

§ 9. Verträge über religiöse Erziehung bleiben in Kraft, soweit sie
vor Verkündung des Gesetzes abgeschlossen sind. Auf Antrag der Eltern
oder des überlebenden Elternteils wird ein bestehender Vertrag durch
Beschuß des Vormundschaftsgerichts aufgehoben.

§ 10. Wenn beide Eltern vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes
verstorben sind und über die religiöse Erziehung in einem bestimmten
Bekenntnis nachweisbar einig waren, so kann der Vormund bestimmen,
daß sein Mündel in diesem Bekenntnis erzogen wird. Er bedarf zu dieser
Bestimmung der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts.

§ 11. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1922 in Kraft. Der Reichs-
präsident ist jedoch ermächtigt, das Gesetz für ein Land im Einvernehmen
mit der Landesregierung zu einem früheren Zeitpunkt in Kraft zu setzen.

B) Daraus ergibt sich für S. 86 „B) W a h l d e s G l a u b e n s -
b e k e n n t n i s s e s“ folgende Änderung: 1) Das Alter wurde durch
das Reichsgesetz vom 15. Juli 1921 § 5 auf das vollendete 14. Lebens-
jahr herabgesetzt, auch in Bayern.

C) Das neue Gesetz über die r. R. soll in vier Punkten zusammen-
gefaßt werden: Begriff der r. E.; Träger des Bestimmungsrechtes; Zu-
ständigkeit bei Streitigkeiten; Übergangsbestimmungen. S. 87 C) wird
fast vollständig geändert.

1) B e g r i f f. Unter r. E. versteht man nicht nur die Erziehung
in einem bestimmten Bekenntnis, sondern auch die E. „in einer nicht-
bekenntnismäßigen Weltanschauung“ (§ 6).

2) T r ä g e r d e s B e s t i m m u n g s r e c h t s: a) das Kind
allein; b) das Kind mit den Erziehungsberechtigten; c) die Eltern gemein-

jam; d) ein Elternteil allein; e) ein Elternteil mit dem Vormund oder Pfleger; f) der Vormund (Pfleger) mit dem Vormundschaftsgericht. — Ein religiöser Akt, wie Kommunion, hat keinen bestimmenden Einfluß mehr.

Zu a) „Nach Vollendung des 14. Lebensjahres steht dem Kinde die Entscheidung darüber zu, zu welchem religiösen Bekenntnis es sich halten will“ (vgl. § 6).

Zu b) „Hat das Kind das 12. Lebensjahr vollendet, so kann es nicht gegen seinen Willen in einem anderen Bekenntnis als bisher erzogen werden“ (§ 5). Freilich kann auch das Kind ohne den Willen seiner Erziehungsberechtigten sich einem neuen Bekenntnis nicht anschließen.

Zu c) „Über die r. E. eines Kindes bestimmt die freie Einigung der Eltern, soweit ihnen das Recht und die Pflicht zusteht, für die Person des Kindes zu sorgen“ (§ 1; BGB. §§ 1627; 1634). „Verträge über die r. E. eines Kindes sind ohne bürgerliche Wirkung“ (§ 4), doch können sie gewisse religiöse Wirkungen haben oder wenigstens als Einigung gelten. — Ob die Eltern in einer ungemischten, in einer gemischten oder in gar keiner Ehe (BGB. 1736) leben, tut nichts zur Sache, wenn sie nur das Recht und die Pflicht der Sorge für das Kind haben. — Diese „Einigung ist jederzeit widerruflich“ durch die Zustimmung beider; sie wird durch den Tod eines Gatten gelöst. — Ist keine solche Einigung vorhanden, oder nicht mehr vorhanden, so gelten die Grundsätze des BGB. über die a l l g e m e i n e Erziehung (§§ 1631 ff.; 1684 ff.) hier auch für die r. E.; demnach ist der Wille der Eltern bzw. bei Meinungsverschiedenheit der des Vaters maßgebend, jedoch mit folgenden Ausnahmen: α) das Kind muß in dem zur Zeit der Eheschließung g e m e i n s a m e n Bekenntnis der Eltern, β) in dem der b i s h e r i g e n r. E. erzogen werden; γ) es darf vom Religionsunterricht nicht (einseitig) abgemeldet werden (§ 2). — Wird die Zustimmung (von dem einen Elternteil) nicht gegeben, so kann die Vermittlung oder Entscheidung des Vormundschaftsgerichtes beantragt werden. Für die Entscheidung sind, sofern nicht ein Mißbrauch im Sinne des § 1666 BGB. vorliegt, die Z w e c k e d e r E r z i e h u n g maßgebend. Vor der Entscheidung sind die Beteiligten zu hören § 3. — Die bayer. Bischofskonferenz vom 7. Sept. 1921 verlangt eine vereidigte Einigung (Münchener Diözesanbl. 1921, Nr. 13).

Zu d) Steht nach dem T o d e des einen Ehegatten oder s o n s t dem andern a l l e i n das Recht und die Pflicht zu, für die Person des Kindes zu sorgen, so verfügt er frei auch über die r. E. des Kindes.

Zu e) Steht die r. E. n e b e n einem Elternteile n o c h einem Vormunde oder Pfleger zu, „so geht die Meinung des Vaters oder der Mutter vor, es sei denn, daß dem Vater oder der Mutter das Recht der r. E. auf Grund des § 1666 BGB. entzogen ist“ (Gefährdung des geistigen oder leiblichen Wohles des Kindes u. ä.).

Zu f) „Weder der Vormund noch der Pfleger können eine schon erfolgte Bestimmung über die r. E. ändern“; — s o n s t bedürfen sie der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes, welches die Beteiligten (BGB. § 1847 II) einzuvernehmen hat § 3.

3) Z u s t ä n d i g k e i t. „Für Streitigkeiten aus diesem Gesetze (über die r. E.) ist das Vormundschaftsgericht zuständig. Ein Einschreiten

von Amts wegen findet dabei nicht statt, es sei denn, daß die Voraussetzungen des § 1666 BGB. vorliegen.“ Da die Verwaltungsbehörden in B a y e r n mit dem 1. Januar 1922 nicht mehr zuständig sein werden, so folgt daraus, daß auch die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofes hier aufgehört hat. Die Beschwerde von einer Entscheidung des Vormundschaftsgerichts richtet sich demnach an das Landgericht als allgemeines Beschwerdegericht der Amtsgerichte.

4) **Übergangsbestimmungen.** a) „Verträge über r. E. bleiben in Kraft, soweit sie vor Verkündung dieses Gesetzes abgeschlossen sind. Auf Antrag der Eltern oder des überlebenden Elternteils wird ein bestehender Vertrag durch Beschluß des Vormundschaftsgerichtes aufgehoben“ § 9. — b) „Wenn beide Eltern vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes verstorben sind und über die r. E. in einem bestimmten Bekenntnisse nachweisbar einig waren, so kann der Vormund bestimmen, daß sein Mündel in diesem Bekenntnisse erzogen wird. Er bedarf zu dieser Bestimmung der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes“ § 10. — c) In Preußen ist das Gesetz über r. R. bereits am 1. Okt. 1921 rechtskräftig geworden.

D) Zu Seite 88: Preussisches Gesetz (30. Nov. 1920) über den Austritt aus den Religionsgesellschaften öffentlichen Rechts.

§ 1. 1. Wer aus einer Religionsgesellschaft öffentlichen Rechts mit bürgerlichen Wirkung austreten will, hat den Austritt bei dem Amtsgerichte seines Wohnsitzes zu erklären. Die Erklärung muß zu Protokoll des Gerichtsschreibers erfolgen oder als Einzelerklärung in öffentlich beglaubigter Form eingereicht werden; Ehegatten sowie Eltern und Kinder können den Austritt in derselben Urkunde erklären; bei der Erklärung findet eine Vertretung kraft Vollmacht nicht statt.

2. Die rechtlichen Wirkungen der Austrittserklärung treten einen Monat nach dem Eingange der Erklärung bei dem Amtsgericht ein; bis dahin kann die Erklärung in der im Abs. 1 vorgeschriebenen Form zurückgenommen werden.

3. Das Amtsgericht hat von der Abgabe und der etwaigen Zurücknahme der Austrittserklärung unverzüglich den Vorstand der Religionsgemeinschaft, der der Erklärende angehört, zu benachrichtigen und demnächst dem Ausgetretenen eine Bescheinigung über den vollzogenen Austritt zu erteilen.

§ 2. 1. Die Austrittserklärung bewirkt die dauernde Befreiung des Ausgetretenen von allen Leistungen, die auf der persönlichen Zugehörigkeit zu der Religionsgesellschaft beruhen. Die Befreiung tritt ein mit dem Ende des laufenden Steuerjahres, jedoch nicht vor Ablauf von drei Monaten nach Abgabe der Erklärung.

2. Leistungen, die nicht auf der persönlichen Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft beruhen, insbesondere Leistungen, die entweder kraft besonderen Rechtstitels auf bestimmten Grundstücken haften oder von allen Grundstücken des Bezirkes oder von allen Grundstücken einer gewissen Klasse in dem Bezirk ohne Unterschied des Besitzers zu entrichten sind, werden durch die Austrittserklärung nicht berührt.

§ 3. Für das Verfahren werden Gerichtskosten nicht erhoben; zu der Beglaubigung der Erklärungen und zu der Bescheinigung über den Austritt wird kein Stempel berechnet.

Handbuch des katholischen Kirchenrechts

Auf Grund des neuen Kodex
vom 28. Juni 1917

herausgegeben von

PRÄLAT DR. MARTIN LEITNER

o. Hochschulprofessor für Kirchenrecht und Grundzüge
des bayerischen Staats- und Verwaltungsrechts,
Defensor vinculi des Bischöflichen
Ordinariates Passau

*

Dritte Lieferung
Das Ordensrecht

*

Zweite Auflage



1 9 2 2

Verlag Josef Kösel & Friedrich Pustet, Komm.-Ges.
Verlagsabteilung Regensburg

Imprimatur.

Ratisbonæ, die 30. Sept. 1922

Dr. Scheglmann

Vic. Gen

Druck von Josef Köfel & Friedrich Pustet, Kommandit-Gesellschaft
Zweigniederlassung Regensburg

Printed in Germany

III. Das Ordensrecht.

§ 1. Begriff; Einteilung; Rangstellung.

I. Der **Ordensstand** im weiteren Sinne ist „jene ständige Form des gemeinsamen Lebens, durch welche Gläubige, abgesehen von den gemeinsamen Geboten, auch die Beobachtung der evangelischen Räte in den Gelübden des Gehorsams, der Keuschheit und der Armut auf sich nehmen“ Can. 487.

Erläuterung: 1) Der Ordensstand ist ein **Stand** („stabilis modus“), wie ihn nur Gott einsetzen und die Kirche genauer regeln konnte. Derselbe erfaßt den Christen nicht zeitweilig, sondern ständig, vgl. Can. 488 n. 1. — 2) Dieser Stand schließt „das gemeinsame Leben“ („in communi vivendi“) in sich, so daß Gesellschaften, welche des gemeinsamen Lebens vollständig entbehren, zu den Ordensgenossenschaften nicht gerechnet werden können. Ist jedoch das „gemeinsame Leben“ trotz Vorherrschens des „Einsiedlerlebens“ gewahrt, so wäre einem solchen Institute der Charakter einer Ordensgenossenschaft nicht abzuspochen, wie den Kartäusern, Kamaldulensern, der Eremitenverbrüderung. — 3) Wer diese „ständige Form des gemeinsamen Lebens“ ergreift, der nimmt die evangelischen Räte auf sich in den Gelübden des Gehorsams, der Keuschheit und der Armut, so daß sein Leben fortan nicht nur durch die Gebote Gottes und der Kirche („communia praecepta“) geregelt ist, sondern auch durch die evangelischen Räte, welche er sich selbst aufgelegt hat in dem dreifachen Gelübde. Durch die Beobachtung des dreifachen Gelübdes strebt er in erster Linie nach der Vollkommenheit Can. 488 n. 1, obwohl vielleicht noch andere Werke gelobt werden, z. B. Gefangenenbefreiung.

II. Der Ordensstand in seinem **Wesen** ist göttlicher Einsetzung. Des Christen Leben muß frei sein von der dreifachen Begierlichkeit: der Begierlichkeit des Fleisches, der Begierlichkeit der Augen und der Hoffart des Lebens 1 Joh 2, 16. Jeder Christ muß darum ein Leben der Keuschheit, der Armut und des Gehorsams führen in der Beobachtung der Gebote Gottes Mt 19, 17 ff. Indes hat der Herr des öfteren betont, daß es Jünger gebe, welche diese Grundtugenden in ihrer **Vollkommenheit** befolgen Mt 19, 12

(Jungfräulichkeit); 19, 21 (Armut und Gehorsam). Und als Petrus beteuern konnte: „Siehe, wir haben alles verlassen und sind dir gefolgt“ Mt 19, 27, so fand das die allgemeine Billigung und Belohnung des göttlichen Lehrmeisters. — Bereits in der apostolischen Zeit gab es Männer und Frauen, welche die evangelischen Räte befolgten, und zwar mit Ablegung eines Gelübdes, dessen Übertretung die Verdammung herbeiführt 1 Tim 5, 11. 12. So hat also Christus die Ordensgenossenschaften in ihrem Wesen entworfen und eingesetzt; die Kirche aber hat die einzelnen Genossenschaften in ihrer Verfassung und Ausgestaltung geprüft und durch ihre Bestätigung ins Leben gerufen. Darum kann das Ordenswesen in der Kirche niemals erlöschen. Die einzelne Ordensgenossenschaft aber kann in der Kirche wachsen und abnehmen, entstehen und vergehen. Weil der Ordensstand göttlicher Einsetzung ist und die höchste Entwicklung des Christentums darstellt, darum sagt Can. 487: „Der Ordensstand . . . muß von allen in Ehren gehalten werden.“ Gegenteilige Ansichten des Joh. Wicleff wurden auf dem Konzil von Konstanz am 22. Febr. 1418 feierlich verurteilt, so die errores 31. 34. 35.; vgl. Die interrogatio 30. Wicleffitis et Hussitis proponenda (D.-B. 680). Auch Pius IX. und Leo XIII. verurteilten falsche Ansichten über Orden und Gelübde; vgl. D.-B. nn. 1697; 1973.

III. Einteilung. A. Der allgemeine Name für eine Ordensgenossenschaft ist „religio“. Die Begriffsbestimmung hiefür lautet nach Can. 488 n. 1: „Religiöse Genossenschaft ist eine von der rechtmäßigen kirchlichen Gewalt bestätigte Gesellschaft, in welcher die Mitglieder nach den der Gesellschaft eigenen Gesetzen öffentliche Gelübde, entweder ewige, oder zeitliche mit Wiederholungspflicht nach Ablauf der Frist, ablegen und so nach der evangelischen Vollkommenheit streben.“

1) Werden feierliche oder rechtsförmliche Gelübde in der Gesellschaft abgelegt, so nennt man sie einen „Orden, ordo“; sonst „religiöse Kongregation“ oder eine „Kongregation“ schlechthin, mögen die einfachen Gelübde ewig oder zeitlich sein. Can 488 n. 1 (Natur der Gelübde).

2) Man unterscheidet „religiöse Genossenschaften des päpstlichen Rechtes oder des Diözesanrechtes“

(*religiones iuris pontificii, iuris dioecesani*), je nachdem sie vom Apostolischen Stuhle die Bestätigung (*approbationem*) oder wenigstens das Belobigungsdekret (*decretum laudis*) erhalten haben, oder nur vom Ordinarius errichtet wurden (Can. 492) ohne jenes Dekret Can. 488 n. 3.

3) Wurde eine religiöse Genossenschaft mit feierlichen oder einfachen Gelübden der bischöflichen Jurisdiktion entzogen, so heißt sie *exempt*; sonst *nicht exempt* Can. 488 n. 2. Von den Kongregationen sind u. a. die der Passionisten und Redemptoristen exempt.

4) *Klerikale oder laikale Genossenschaft*; eine wichtige (Can. 618 § 2 n. 2) durch den Kodex geklärte Unterscheidung. Eine religiöse Genossenschaft, deren Mitglieder zum großen Teile Priester sind, nennt man eine *religio clericalis*, sonst eine *r. laicalis* Can. 488 n. 4.

„*Religio cuius plerique sodales sacerdotio augentur*“ besagt, daß es auf die Gesamtheit der Genossenschaft ankommt. Der Ausdruck „*plerique*“ kann wohl „die meisten“ bedeuten, allein sowohl im späteren klassischen Latein als auch im Latein der Pandekten bedeutet er eine „bedeutende Anzahl“, „sehr viele“, auch „viele“. Vgl. l. 3 pr. D. 6, 2; l. 34 pr. D. 18, 1; l. 32 § 10 D. 24, 1. Wenn auch in manchen Orden usw. die Zahl der Laienbrüder stärker wäre als die der Priester, so kann man diesen Orden noch zu den „*religiones clericales*“ rechnen, vorausgesetzt, daß nach der Ordensverfassung viele Mitglieder Priester sind. Ein Laienorden ist der des heiligen Johann von Gott („Barmherzige Brüder“); eine Laiengenossenschaft sind die Alexianer oder Celliten, vgl. S. Benedicti Regula n. 62; CdR. a. 2 p. 285.

5) „Selbständige Klöster“ (*monasteria sui iuris* Can. 488 nn. 2. 8; 494 § 1) finden sich bei den Mönchsorden. Schließen sich mehrere selbständige Klöster zu einer Verbindung unter einem Obern zusammen, so nennt man das eine „*Congregatio monastica*“ Can. 488 n. 2; so haben wir eine Kongregation der Benediktiner von Monte Cassino, von England, von Ungarn, von Bayern usw. Letztere wurde errichtet durch Papst Innozenz XI. 1684 und neu errichtet 1858; die Beuroner Kongregation entstand 1868; die von St. Ottilien 1913. Die übrigen Orden und Kongregationen haben eine Zentralverfassung (General, Provinzial).

6) Hinsichtlich der gelobten *Armut* teilt man die Orden (nicht die Kongregationen) ein: in *Bettelorden* (*ordines mendicantes*) und *Nicht-Bettelorden* (*o. non-mendi-*

cantes); ersteren bietet der ungewisse Bettelertrag („*incerta mendicitas*“ c. 1 De rel. dom. in 6 III 17 § 1) den Unterhalt, letztere genießen auch sonstige Erträgnisse. Der sel. Papst Gregor X. zählt a. a. O. § 2 vier Bettelorden auf: Predigerbrüder (Dominikaner), Minoriten, Augustiner-Eremiten und Karmeliten. Freilich hat das Tridentinum auch den Mendikanten den Besitz der unbeweglichen Güter eingeräumt, mit Ausnahme der Kapuziner und der Franziskaner-Observanten sess. 25 de reg. ep. 3. Darum unterscheidet Can. 582 besitzfähige und besitzunfähige Orden. Auch kennt der Kodex wirklich Bettelorden („*mendicantes nomine et re*“ Cann. 621 § 1; 622 § 3) und Bettelorden nur dem Namen nach.

Das päpstliche Jahrbuch („*Annuario pontificio*“) zählt folgende Mendikantenorden auf: Die Predigerbrüder; den Orden des heiligen Franziskus im weitesten Umfang; die Augustiner-Barfüßer; die Karmeliter (beschuhte und unbeschuhte); dann die Mercedarier; Serviten; Minimi; Hieronymiten; Barmherzigen Brüder des hl. Johann von Gott; unbeschuhten Trinitarier und den Orden der Buße (gegr. 1752). — Inwiefern die Gesellschaft Jesu zu den Bettelorden gehört, darüber geben Aufschluß Biederlack-Führer S. J.: De Religiosis pag. 19.

Losgeschäft von der Welt in dem dreifachen Gelübde (Can. 487), entsteht der Kirche Gottes eine Schar vergeistigter Menschen, welche in der Beschauung (*vita contemplativa*) oder in der Tätigkeit (*vita activa*) oder in beiden den Besitz Gottes, die eigene Bervollkommnung und die Veredlung der Menschheit anstreben. Der hl. Thomas von Aquin erteilt nach dem Vorgehen der Kirchenväter dem aus Beschauung und Tätigkeit gemischten Leben die Palme Sum. theol. 2. 2 q. 182 a 1. — „Das orientalische Mönchtum war seit jeher mehr zu einer kontemplativen Lebensweise geneigt. Jedoch ist auch das werktätige aktive Element in dem christlichen Leben und Streben nicht zu unterschätzen, besonders in Zeiten des Kampfes zwischen Gut und Böse, der Notwendigkeit der Verkörperung der christlichen Liebe mitten im Toben des sozialen Unrechts und des moralischen Elends.“ Stef. Zankow: „Die Verwaltung der bulgarischen orthodoxen Kirche“ (1920) S. 103 f. Der Wunsch Zankows geht auf regere Beteiligung des Mönchtums an den Aufgaben der Zeit.

B. Organismus der Genossenschaften. Can. 488 nn. 5—8. 1) Die Niederlassung einer religiösen Genossenschaft heißt „Haus, domus“, und zwar „domus religiosa“ ganz allgemein für die Niederlassung jeder religiösen Genossenschaft. Handelt es sich um die Niederlassung eines Ordens, so redet man von einem „Ordenshaus, domus regularis“ Can. 488 n. 5.

2) „*Domus formata*“, d. h. ein ausgeprägtes Ordenshaus ist dann gegeben, wenn das Ordenshaus im weiteren Sinne (d. religiosa) wenigstens sechs Professoren enthält, von denen in klerikalen Genossenschaften mindestens vier Priester sein müssen; sonst gilt das Haus als *domus non-formata*.

3) „*Ordensprovinz*“ (*provincia*) wird gebildet durch die Verbindung mehrerer Ordenshäuser derselben religiösen Genossenschaft unter sich unter einem Obern (dem „*Provinzial*“, *Superior provincialis*“ Can. 488 n. 8) Can. 488 n. 6.

C. Mitglieder und Obern. 1) Die Mitglieder der Genossenschaften heißen *religiosi*, wenn sie Professoren einer religiösen Genossenschaft sind; *religiosi votorum simplicium*, wenn sie in einer Kongregation; *regulares*, wenn sie in einem Orden Profess abgelegt haben Can. 488 n. 7. Vor der Profess heißen die aufgenommenen Mitglieder „*novitii*“, *Novizen*“ Cann. 542 sqq.; vor der Aufnahme ins Noviziat muß das „*Postulat*“ gemacht werden; die Angehörigen desselben heißen „*Postulantes*“ Can. 541; „*Adspirantes*“ Can. 544; oder „*Candidati*“ Can. 2411.

2) Bei weiblichen Religiösen unterscheidet man „*sorores*“, Schwestern, *Ordensschwestern*“, d. i. weibliche Religiösen mit einfachen Gelübden, und „*moniales*“, Nonnen, *Ordensfrauen*, *Klosterfrauen*“, weibliche Religiösen mit feierlichen Gelübden. Dieser Name „*moniales*“, früher „*sanctimoniales*“ kommt nicht nur Klosterfrauen zu, welche tatsächlich feierliche Gelübde ablegen, („*regulares mulieres*“ Can. 597 § 1) sondern auch Ordensfrauen mit einfachen Gelübden, die jedoch nach der Ordensverfassung feierliche sein sollten. Eine solche Praxis beruht auf Anordnung des Apostolischen Stuhles Can. 488 n. 7.

Freilich wird der Begriff „*moniales*“ im Rodez zuweilen nur von Klosterfrauen mit feierlichen Gelübden gefaßt, nämlich wenn die Natur der Sache oder der Zusammenhang dies erheischt ibi; vgl. Cann. 506 § 2; 582; 600; 602; 1309.

Der Apostolische Stuhl hat für einige Gegenden in Frauenorden einfache Gelübde angeordnet wegen der Schwierigkeit die Klausur zu

beobachten oder aus anderen Gründen, so in Frankreich, Belgien, Mexiko und den Vereinigten Staaten Nordamerikas, mit Ausnahme der 4 Salesianischen Klöster Georgetown, Baltimore, Mobile und St. Louis nach dem Dekret der S. C. EE. et RR. (Bizzarri A. Card.: Collectanea pag. 456, 721; Ferreres J. B.: Theol. mor.¹¹ II n. 243). Kraft des Apostolischen Breves vom 22. Sept. 1847 erhielten die Bischöfe Bayerns die Vollmacht, einfache Gelübde statt der feierlichen in den Frauenklöstern anlegen zu lassen. Die Bischöfe haben davon Gebrauch gemacht; indes behauptet P. Dr. Theobald Schiller O. Cist., daß in dem Zisterzienserinnenkloster Oberschönenfeld und in dem Dominikanerinnenkloster Wettenhausen auch jetzt noch feierliche Gelübde abgelegt werden. Vgl. P M S. Bd. 23 S. 485 f. — Die Religionskongregation erklärte am 13. (22.) Mai 1919 (AAS. XI 240), daß der Kodex das Abhängigkeitsverhältnis der Klosterfrauen (mit einfachen Gelübden) in Frankreich und Belgien von den Bischöfen nicht geändert habe; diese haben jedoch selbstverständlich kein Recht, in den Regeln und Konstitutionen Abänderungen zu treffen. Wir dürfen diese Erklärung auch auf gleichgeartete Frauenklöster Bayerns und Nordamerikas anwenden. In diesen Frauenklöstern (mit einfachen Gelübden) besteht keine päpstliche Klausur Can. 507 § 1 CC. d. 1. Mart. 1921 n. 4 (AAS. 13, 177, 199.). — Das Gelübde, in ein solches Kloster zu treten, ist dem Apostolischen Stuhle nicht reserviert. Can. 1508. S. Poen. d. 2. Jan. 1836 (Gury Ratisbonensis Theol. mor. II n. 180). — Die Pflicht der privaten Abtutung des Brevers besteht dort nicht. S. Poen. d. 26. Nov. 1852; Can. 610, § 3.

3) Ordensobern. Unter den Begriff „Höhere Obern, Superiores maiores“ fallen der Abbas Primas (Abtprimas), der Abbas Superior Congregationis monasticae (Abtpräses einer monastischen Kongregation), der Abt eines selbständigen, wenn auch zu einer monastischen Kongregation gehörenden Klosters; der oberste Leiter einer religiösen Genossenschaft (General, Generalmagister, Generalminister, Generalprior, Generalsuperior, Rektor major usw.); der Provinzoberer; deren Stellvertreter und die Obern mit Gewalt wie ein Provinzial (ad instar Provincialium) Can. 488 n. 8. — Eine besondere Auszeichnung genießen die „Supremi religionum iuris pontificii Superiores“, die Generalobern der Genossenschaften päpstlichen Rechtes Can. 120 § 2, insofern eine Anklage gegen sie beim weltlichen Richter nur mit päpstlicher Erlaubnis statthaft ist. In weiblichen Ordensgenossenschaften gilt die Generaloberin (Superiorissa generalis) eines Ordens oder einer Kongregation als „Superior maior“, ebenso die Provinzoberin (Superiorissa provincialis). Doch scheinen die „Äbtissinnen“ oder

„Priorinnen“ der weiblichen Klöster den Titel „Superiores maiores“ nicht beanspruchen zu können; denn ihre Klöster sind nicht „selbständig, sui iuris“, sondern abhängig vom Ortsordinarius oder vom Ordensobern oder von beiden Can. 500 § 2; 512 § 2 n. 1; 533 § 1 n. 1 et alibi.

Unter Generalabt, „Abbas generalis“ versteht man gegenwärtig gewöhnlich „den obersten Leiter einer Abzweigung der Regulierten Chorherren“; so ist Norbert Schachinger, Prälat von Schlägl (N.-Österr.), Generalabt der Prämonstratenser (AAS. X 320). Noch im Jahre 1896 aber wurde der „Generalabt“ der bayerischen Benediktiner von Rom bevollmächtigt, die Altersdispense für die Priesterweihe eines Benediktinerklerikers zu erteilen. Nach den Entscheidungen III—V der „Römischen Kongregation zur Vorbereitung des Vatikanischen Konzils“ vom 24. Mai 1868 bedeutete damals „Abbas generalis“ soviel als gegenwärtig „Abtpräses“, d. h. Abbas Superior Congregationis monasticae; vgl. Eug. Cecconi, „Geschichte der allgemeinen Kirchenversammlung im Vatikan“, übersetzt von Molitor, (Regensburg, Pustet 1873) S. 121 und 118. Diese Bezeichnung gilt jetzt noch in Österreich für den Abtpräses einer monastischen Kongregation; vgl. „Einziger Instruktion über die Orden“ S. 2.

IV. Verhältnis des Ordensrechtes zum Kodex.

1) Can. 489 unterscheidet im partikulären Rechte der Orden und religiösen Genossenschaften zweierlei Bestimmungen: solche, welche den Kanones des kirchlichen Gesetzbuches entgegenstehen, und solche, die nicht entgegenstehen. Letztere Bestimmungen in der heiligen Regel und in den Konstitutionen behalten ihre Geltung, erstere sind abgeschafft. Darum hat auch die Kongregation der Ordensleute am 26. Juni 1918 (AAS. X 200) angeordnet, daß in den religiösen Genossenschaften päpstlichen Rechtes nicht nur die abgeschafften Stellen gestrichen bzw. verbessert werden, sondern daß das Verbesserungswerk samt einigen Exemplaren der Konstitutionen zugleich mit dem in Can. 510 geforderten Berichte an die heilige Kongregation eingesandt werde. Die Ordinarien sollen die obersten Vorsteher der männlichen und weiblichen Orden und päpstlichen Kongregationen auf diese Pflicht aufmerksam machen. — Daraus ergibt sich, daß bei religiösen Genossenschaften des Diözesanrechtes wenigstens der Ordinarius des Mutterhauses berechtigt ist, sich die verbesserten Konstitutionen vorlegen zu lassen, um die Übereinstimmung der heiligen Regel und der Konstitutionen mit dem Kodex zu prüfen.

Alle weiblichen Genossenschaften päpstlichen Rechtes erhielten von der Religiosenkongregation kraft des Dekrets vom 29. (31.) März 1919 (AAS. 11, 239), die Auflage, alle Bücher, welche ihre neben den Konstitutionen bestehenden *Gebäude, Gewohnheiten* usw., sowie ihre gemeinsamen *Gebete* enthalten, an die hl. Kongregation innerhalb eines Jahres einzuschicken. — Ein weiteres Dekret derselben Kongregation vom 26. Okt. 1921 regelt genauer die Einforderungspflicht der Konstitutionen (AAS. 13, 538). Einzufordern sind nur 2 Exemplare der vom Ap. Stuhle gebilligten Konstitutionen (Satzungen oder wie sie sonst heißen), nachdem sie vom Orden (Kongregation, Kloster) durch Verbesserung und Beifügung dem Kodexrechte angepaßt sind (I—III). Wollen bei dieser Gelegenheit Änderungen vorgenommen werden, die der Kodex nicht verlangt, so geschehe das a) in einer eigenen Eingabe, in welcher der alte und auch der neue (gewünschte) Text vollständig wiedergegeben wird; b) nach Einvernehmen und Zustimmung des Generalkapitels, wenn es sich um sachliche und wichtige, oder des Generalrates, wenn es sich um unwichtige oder bloß textliche Veränderungen oder um außer Gewohnheit gekommene Bräuche handelt (IV). Häuser oder Klöster derselben Genossenschaft dürfen nur einen Verbesserungstext annehmen, den entweder die Häuser selbst ausgearbeitet haben oder die Religiosenkongregation (V). Daraus ergibt sich, daß in der Regel der schon verbesserte Text eingeschickt werden muß, eine etwaige Ausnahme sehen wir einzig in V. Die Textesverbesserung muß von der *Genossenschaft* vorgenommen werden, die sich jedoch hierbei der Hilfe Sachverständiger bedienen kann und im Notfall auch muß. Sind die notwendigen Anträge zusammengestellt, so kann ein Kapitelbeschuß sie durchbesprechen und billigen, doch ist das nicht geboten, wie bei freiwillig gewünschten Anträgen.

2) *Gebraucht der Kodex für Ordensleute das männliche Geschlecht*, so gelten die Rechtsnormen gleichwertig auch für die weiblichen Religiösen, außer der Zusammenhang oder die Natur der Sache verlangt offenbar das Gegenteil Can. 490. Für die meisten Bestimmungen des Kodex trifft die Gleichstellung zu; bei manchen, z. B. bei den Klausurgesetzen, bestehen eigene Kanones für die männlichen, eigene für die weiblichen Ordensleute („contextus sermonis“). Redet der Kodex von der Beförderung der Religiösen zu klerikalen Ämtern und Würden, so können „ex rei natura“ nur die männlichen Ordensleute gemeint sein; vgl. Cann. 488 n. 8; 503; 518—20 usw.

V. Rangstellung der Ordenspersonen. Can. 491 ordnet die Rangstellung der Ordensleute (im weitesten Sinne) nach drei Gesichtspunkten: Verhältnis der Religiösen zu den Laien; unter sich; zum Weltklerus.

1) Die Religiösen haben den Vorrang vor den L a i e n Can. 491 § 1; cfr. Cann. 614; 119—123 (Klerikalprivilegien).

2) Für die Religiösen unter sich gelten folgende Regeln: a) Die Klerikalorden (i. w. S.) gehen vor den Laienorden (i. w. S.). b) Die Reihenfolge ist sonst folgende: Regularkanoniker; Mönche; sonstige Ordensleute (regulares); Mitglieder der Kongregationen, und zwar zunächst jene des päpstlichen Rechtes, dann die des Diözesanrechtes. c) Innerhalb derselben Rangstufe gelten die Grundsätze des Can. 106 n. 5; vgl. Handbuch I² S. 78.

3) Der Weltklerus hat den Vortritt vor den L a i e n immer Cann. 491 § 2; 107; 682; 683; — ebenso vor den L a i e n o r d e n i. w. S. Can. 491 § 2. Das gleiche gilt für die klerikalen Orden i. w. S., ausgenommen in deren K i r c h e n i b i, zu denen auch deren öffentliche und halböffentliche Oratorien gerechnet werden dürfen Cann. 1191; 1193. Indes hat das D o m k a p i t e l und ein K o l l e g i a t k a p i t e l überall den Vortritt Can. 491 § 2, also auch in den Kirchen der Ordensleute.

Man beachte, daß Can. 491 nur den Vorrang der Genossenschaften als solcher regelt, nicht den der einzelnen Mitglieder derselben; letzteres geschieht durch Can. 106. Für den Vorrang des einzelnen Mitgliedes sind maßgebend zunächst die gesetzlichen Konstitutionen der betreffenden Ordensfamilie; dann die rechtmäßige Gewohnheit; endlich das gemeine Recht Can. 106 n. 5. Die N o r m a e secundum quas S. C. EE. et RR. (jetzt S. C. Religiosorum) procedere solet in approbandis novis institutis votorum simplicium (in 325 Artikeln vom 28. Juni 1901) geben im Artikel 34 folgende Rangordnung an: 1. Der Generalobere, seine Assistenten, die Generaloffizialen; — die Lokalobern, entsprechend der Zeit ihres Amtsantrittes. 2. Die Professoren der ewigen Gelübde. 3. Die Professoren der zeitweiligen Gelübde nach dem Tage ihrer Profess. 4. Die Chornovizen nach der Zeit ihrer Einkleidung. 5. Die Chorpostulanten nach der Zeit ihres Eintritts. 6. Die Laienbrüder. 7. Laienbrüdernovizen. 8. Laienbrüderpostulanten nach der Zeit ihrer Profess, bzw. Einkleidung, bzw. Eintritts. Dieselbe Ordnung gilt für weibliche Genossenschaften, vgl. B a s t i e n - E l s n e r: Kirchenrechtliches Handbuch für die religiösen Genossenschaften mit einfachen Gelübden (1911) n. 59.

§ 2. Das rechtliche Entstehen und Vergehen der religiösen Genossenschaften.

Eine religiöse Genossenschaft kann rechtlich nur entstehen durch die Bestätigung (approbatio) der rechtmäßigen kirchlichen Gewalt Can. 488 n. 1. Diese Gewalt ist nach Can. 492

§ 1 entweder die b i s c h ö f l i c h e oder p ä p s t l i c h e Gewalt. Die von der bischöflichen Gewalt bestätigten Genossenschaften heißen *Religiones iuris dioecesani*; die anderen *r. iuris pontificii* Can. 488 n. 3. Den Werdegang einer religiösen Genossenschaft beschreiben die *Normae* d. 6. Mart. 1921 (AAS. 13, 312 sq.).

A. Die religiösen Genossenschaften des Diözesanrechts.

I. Entstehen. Wenn durch die Anregung eines Mannes (Ordensstifter, z. B. St. Benedikt; St. Franziskus Ser.) oder einer Frau (Ordensstifterin, St. Birgitta) oder von mehreren Personen zugleich (Stifter der Serviten, des Ordens der Heimsuchung) ein frommer Verein ins Leben gerufen wurde, der das Wesen des Ordensstandes umfaßt, so ist diese Vereinigung zunächst *P r i v a t s a c h e*. Sie wird eine *i u r i d i s c h e* Person in der Kirche durch die schriftliche Bestätigung der Kirchengewalt, also zunächst des Bischofs. Erstreckt sich diese Bestätigung auch auf die Verleihung des Charakters einer Ordensgenossenschaft und werden hiebei die rechtlichen Förmlichkeiten eingehalten, so wird die Neugründung zu einer *religio* oder genauer zu einer *Congregatio religiosa* Can. 492 § 1, vgl. Cann. 99; 100.

1) Die Bischöfe können also Ordenskongregationen (*Congregationes religiosae*) errichten, jedoch mit Einhaltung folgender Bedingungen:

a) Der B i s c h o f ist es, welcher das Dekret der Errichtung auszufertigen hat, nicht der Kapitelvikar oder Generalvikar Cann. 492 § 1; 100 § 1.

b) Zur Errichtung ist notwendig das E i n v e r n e h m e n d e s H e i l i g e n S t u h l e s („ne condant . . . inconsulta Sede Apostolica“) Can. 492 § 1, ja die Bischöfe sollen auch derartige Unternehmungen nicht zulassen ohne dieses Einvernehmen („neve condi sinant“) ibi. Diese Vorschrift besteht erst seit dem Motuproprio „Dei providentis“ vom 16. Juli 1906 (ME. 18, 211), in welchem Pius X. außerdem auch folgende Weisungen gab: Der Ordinarius, welcher die Gründungsangelegenheit dem Apostolischen Stuhle berichtet, hat auch anzugeben: den Namen und Beweggrund des Stifters; den Zweck; Namen oder Titel der Genossenschaft; die genaue Beschaffenheit des Gewandes der Novizen und Professoren; die finanzielle Sicherung des Institutes; etwaiges

Vorhandensein ähnlicher Unternehmungen in der Diözese und deren Aufgaben. Die Weisungen, welche der Heilige Stuhl erteilt, sind unumstößliche Gesetze auch für die Zukunft. Die Konstitutionen der Neugründung darf der Ordinarius nur billigen auf Grund der Normae vom 28. Juni 1901, zit. *Motuproprio* II—IV.

c) Handelt es sich bei der Neugründung um *Tertiaren* mit gemeinsamem Leben („Regulartertiaren“), so muß der Drittorden vom obersten Leiter des 1. Ordens letzterem Orden angegliedert werden Can. 492 § 1.

2) Solange die Diözesankongregation, mag sie im Laufe der Zeit sich auch in mehrere Diözesen verbreiten, eines päpstlichen Bestätigungsaktes entbehrt, bleibt sie Diözesankongregation, der Jurisdiktion der Ordinarien nach Maßgabe des Rechtes vollständig unterworfen Cann. 492 § 2; 488 n. 3. Demnach ändert die Ausbreitung des Institutes nichts an der rechtlichen Natur desselben: es bleibt Diözesaninstitut. Darum bleibt es der bischöflichen Jurisdiktion ganz unterworfen, und zwar der Jurisdiktion nicht nur des Ordinarius des Mutterhauses, sondern auch der Ordinarien der übrigen Häuser. Indes ist diese Unterwerfung keine willkürliche, sondern eine durch das Recht geregelte („ad normam iuris“), wie wir bei Gründung und Leitung der einzelnen Ordenshäuser genauer sehen werden. — Diözesaninstitut bleibt die Kongregation bis zum ersten Bestätigungsakt seitens des Apostolischen Stuhles; dieser erste Akt besteht in dem *Belobigungsdekrete* des Institutes Cann. 488 n. 3; 492 § 2. Es genügt noch nicht die Prüfung des Institutes und der Konstitutionen in Rom, auch nicht die Belobigung des Zweckes und der Absicht des Stifters oder des Zweckes und des Zieles der Kongregation, Normae aa. 1—3; *Bastien-Elfner* nn. 60 ff. C. 42, sondern das Institut selbst (oder die Konstitutionen a. a. O. n. 61) muß belobt werden.

3) Besitzt ein Institut wenigstens bischöfliche Bestätigung, so hat es ein ausschließliches Besitzrecht sowohl auf seinen Namen (Titel) als auf seine Ordenstracht, so daß weder Nichtmitglieder noch andere (neue) Ordensgenossenschaften den einen oder die andere zu führen berechtigt sind Can. 492 § 3. Sowohl Name (Titel) als auch Gewandung (Ordenstracht)

müssen in der bischöflichen Bestätigung einbegriffen sein, *Motuproprio Dei providentis* v. 16. Juli 1906 n. II.

Nicht selten wurde die Einführung religiöser Orden oder Kongregationen, sowie die Errichtung von Häusern derselben, durch die staatlichen Gesetzgebungen oder Verordnungen erschwert. Darum betonen viele Konfordate die Freiheit in diesem Punkte; so die Konfordate von Baden, Bayern, Costarica, Ecuador, Guatemala, Haiti, Nicaragua, Österreich, San Salvador und Württemberg usw. Wenn auch das spanische Konfordat nur drei religiöse Genossenschaften nennt (Kfdt. 1851 art. 29), so gilt doch die freie Zulassung für alle, *M a u r a* in der Kongreßsitzung am 16. Juli 1901 (Ferreeres: *Institutiones* I nn. 805—807). Für die Gründung und den Bestand religiöser Genossenschaften (*religiones*) innerhalb des Deutschen Reiches kommen folgende Artikel der Deutschen Verfassung in Betracht: „Art. 124. Vereinsfreiheit. Alle Deutschen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden. Das Recht kann nicht durch Vorbeugungsmaßregeln beschränkt werden. Für religiöse Vereine und Gesellschaften gelten dieselben Bestimmungen. — Der Erwerb der Rechtsfähigkeit steht jedem Verein gemäß den Vorschriften des bürgerlichen Rechts frei. Er darf einem Verein nicht aus dem Grund versagt werden, daß er einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt“. — Art. 138 II: „Das Eigentum und andere Rechte der Religionsgesellschaften und religiösen Vereine an ihren für Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und sonstigen Vermögen werden gewährleistet“. Dazu kommt noch § 18 der Bayer. Verfassung vom 14. August 1919, welcher den Art. 137 der Reichsverfassung näher erklärt: „I. Die Vereinigung der Religionsgenossen zu gemeinsamer Hausandacht oder zu ö. Kultushandlungen, zu Religionsgesellschaften, Religionsgemeinden oder geistlichen Gesellschaften ist innerhalb der Schranken des Gesetzes freigegeben. — Bestehende Religionsgesellschaften, Religionsgemeinden oder geistliche Gesellschaften, dann ihre Anstalten, Stiftungen oder sonstigen Einrichtungen bleiben rechtsfähig, soweit sie es bisher waren, neue können die Rechtsfähigkeit nach Maßgabe des geltenden Rechtes erwerben. Ihr Eigentum und ihre anderen Rechte sowie ihr Bekenntnisgepräge werden gewährleistet. — III. Religionsgesellschaften, Religionsgemeinden und geistlichen Gesellschaften wird die selbständige Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten... innerhalb der Schranken des Gesetzes gewährleistet“.

II. Veränderung. Wurde eine Diözesankongregation ohne Dazwischenkunft des Apostolischen Stuhles (vor 1906) gegründet, und entfaltet sie ihre Tätigkeit nur in der Gründungsdiozese, so kann der zuständige Diözesanbischof Änderungen in den Konstitutionen vornehmen Can. 495 § 2, freilich keine derart wesentlichen, welche einer Aufhebung der Kongregationen gleichkämen Can. 493. Das gleiche hat Geltung, wenn die Kongregation über mehrere Diözesen sich

verbreitet hat, doch kann die Veränderung nur mit Zustimmung der einzelnen beteiligten Ordinarien vorgenommen werden Can. 495 § 2. — Wurde jedoch die Diözesankongregation nach Einvernehmen des Apostolischen Stuhles gegründet, so bleiben die von der Kongregation der Ordensleute festgesetzten Normen bestehen, das übrige kann der Ordinarius, bzw. können die Ordinarien ändern wie oben Cann. 495 § 2; 492 § 1.

III. Die Auflösung einer Diözesankongregation kann geschehen: 1) durch Aussterben der Mitglieder; 2) durch Verschmelzung mit einem anderen Orden oder einer anderen Kongregation; 3) durch Aufhebung.

Jede religiöse Genossenschaft ist eine juridische Person, darum ist sie ihrer Natur nach *b e s t ä n d i g* dauernd. Sie erlischt nur dann, wenn seit dem Aufhören (Tod, Austritt) des letzten Mitgliedes 100 Jahre verflossen sind Can. 102. — Die Verschmelzung einer Kongregation mit einem Orden oder einer anderen Kongregation kommt hier einer Aufhebung gleich. Darum ist wie die Aufhebung, so auch die Verschmelzung selbst einer Diözesankongregation ein Reservat des Apostolischen Stuhles oder eines Allgemeinen Konzils. Denn Can. 493 bestimmt: „Jede religiöse Genossenschaft, auch des bloßen Diözesanrechtes, kann, einmal gesetzmäßig begründet, auch wenn sie nur aus *e i n e m* Hause besteht, nur vom Heiligen Stuhle aufgehoben werden; dieser ist es auch, welcher die Vermögensfrage regelt, wobei stets der Wille der Spender ausschlaggebend bleibt“. Bekannt ist die *A u f h e b u n g* des Templerordens durch Papst Clemens V. 1312 und des Jesuitenordens durch Papst Clemens XIV. in dem Breve „Dominus ac Redemptor“ vom 21. Juli 1773. — Eine *V e r s c h m e l z u n g* von Orden hat Leo XIII. bewirkt durch die Bulle Felicitate quadam vom 4. Oktober 1897 (ME. X 1 pag. 196—201), worin er die Reformati (Reformaten, riformati), die Alcantarini (Excalceati, Alfantariner) und die Recollecti (Rekollekten) zu einer Familie des „Ordo Fratrum Minorum“ vereinigte, während die „Conventuales“ (Minoriten) und Kapuziner selbständig blieben.

Wird eine Kongregation aufgelöst (das gleiche gilt bei Orden), so hat der Apostolische Stuhl genauer zu bestimmen, welches die Verwendung des liegenden und beweglichen

Vermögens dieser Kongregation ist; jedenfalls muß aus dem Vermögen für die gewesenen Mitglieder entsprechend ihrer Bedürftigkeit Sorge getragen werden. Außerdem ist der Wille der Geber und Wohltäter („salva offerentium voluntate“) tunlichst zu berücksichtigen.

Die Kongregation von M a l l e r s d o r f („Mallersdorfer Schwestern“) wurde am 2. März 1855 durch den Pfarrer Dr. Joseph M a r d i n i von Pirmasens ins Leben gerufen und am 24. April 1869 durch Bischof Ignatius von Senefrey nach Mallersdorf versetzt; sie zählt 1922 gegen 3000 Mitglieder in Bayern, Baden, Deutschösterreich und Rumänien. „Die Schwestern folgen der III. Regel des heiligen Franziskus als ihrem Grundgesetze.“ Die bischöfliche Approbation erfolgte am 10. März 1857 durch den Ordinarius von Speier. Ein päpstliches Belobigungsdekret ist noch nicht vorhanden. Wir haben demnach hier eine Diözesankongregation. Wäre sie nach dem 15. Juli 1906 zu bestätigen gewesen, so hätten die drei obigen Erfordernisse beobachtet werden müssen: a) Befragung und Erlaubnis des Apostolischen Stuhles; b) Bestätigung durch den Diözesanbischof; c) Angliederung des regularen Drittordens an den I. Orden durch einen der drei Generäle der Fratres minores (Franziskaner), der Minoriten (Konventualen) oder der Kapuziner. Diese Aggregation erfolgte durch den General der Franziskaner. Trotz der Verbreitung in mehr als 10 Bistümern bleibt die Genossenschaft eine „Diözesankongregation, der Jurisdiktion der Ordinarien nach Maßgabe des Rechtes vollständig unterworfen“ Can. 492 § 2. Eine Aufhebung der genannten Kongregation ist nur möglich durch den Apostolischen Stuhl Can. 493.

B. Errichtung von päpstlichen Kongregationen und Orden. Zwar ist die oberste Gewalt des Apostolischen Stuhles schon bei Gründung von Diözesankongregationen (seit 1906) nicht unbeteiligt, allein diese Mitwirkung ist keine eigentlich bestimmende, sondern Richtung gebende. Mit großer Weisheit will der Apostolische Stuhl, daß sich die Kongregationen zuerst unter der bischöflichen Aufsicht und Gewalt betätigen und erproben, um erst dann in den Kreis der Gesamtkirche einzutreten. Über die Bestätigung einer Kongregation durch den Papst und über die Erhebung einer Kongregation in die Reihe der Orden, enthält der Kodex nur Andeutungen, z. B. in den Cann. 488 n. 3; 492. Der Heilige Stuhl hat uns in die Praxis des Bestätigungsvergehens einen Einblick gewährt durch die N o r m a e d. 28. Iunii 1901, welche in ihrem ersten Teile das Dekret der Religiosenkongregation vom 6. März 1921 dem Kodex anpaßte (AAS. 13, 312—319); Commentarium pro Religiosis (Romae 1921) S. 193—200, vgl. den Elenchus q u a e s t i o n u m, welchen das Dekret der S. C. EE. et RR. „In approbandis“

d. 16. Iulii 1906 für den Bericht der Ordensobern nach Rom aufgestellt hat (ME. 18, 250—256; Bastien-Elfner S. 404—412).

1) Hat eine Diözesankongregation sich hinreichend verbreitet, hat sie Früchte getragen und ihre Satzungen durch die Erfahrung erprobt; besitzt sie die notwendigen Mittel zu einem gedeihlichen Bestande und Aufschwunge, so liegt es in ihrem Interesse, die Bestätigung des Apostolischen Stuhles nachzusuchen, ja es ist mindestens geziemend, wenn nicht Pflicht (A—L. n. 324) diesen Schritt zu tun. — Bei dem Gesuche um Bestätigung müssen die notwendigen *Sch r i f t-
st ü c k e* abgefaßt bzw. beigelegt werden, welche bei jedem weiteren Schritte der Approbation zu erneuern sind Normae aa. 4. 6. 18. 19. Das an den Papst selbst gerichtete Gesuch, vom Generalobern und dessen Assistenten zu unterzeichnen, enthält die Bitte um Gutheißung der Kongregation und der Konstitutionen. Diesem Gesuch werden sechs Aktenstücke beigegeben: a) der geschichtliche Überblick über die Entwicklung des Institutes; b) Bericht über den Personenstand; c) Bericht über den klösterlichen Geist (Ordensdisziplin); d) Bericht über die wirtschaftliche Lage; e) Bericht über die Vorstufen zur Profess (Noviziat, Postulat); f) endlich der amtliche Text der vom Bischof genehmigten Satzungen, in lateinischer, italienischer oder französischer Sprache verfaßt und gedruckt in mehreren Exemplaren. Sehr wichtig sind die Gutachten und Empfehlungsschreiben jener Ordinarien, in deren Diözesen Häuser der Kongregation sich befinden. Diese müssen unmittelbar an die Religiosenkongregation eingesandt werden, S. C. EE. et RR. d. 22. Iunii 1900 (Bastien-Elfner n. 29). Selbstverständlich nimmt das Gutachten, welches der Ordinarius des Mutterhauses ausstellt, den ersten Platz ein.

2) Ist das Gesuch in Rom geprüft worden mit gutem Erfolg, so erteilt die Religiosenkongregation das *B e l o b i-
g u n g s d e k r e t* (decretum laudis), welches bewirkt, daß das Institut aus einer Diözesankongregation eine solche des *p ä p s t l i c h e n* Rechtes wird Cann. 488 n. 3; 492 § 2. Indes muß man dieses Dekret, welches das *I n s t i t u t* als solches belobt, genau unterscheiden von der Belobigung, welche nur der *A b s i c h t* des Gründers und dem *B w e c k e* des Insti-

tutes gilt; letzteres Belobigungsdekret hat mehr einen Privatcharakter und ist darum ohne obige Rechtswirkung. Dadurch, daß das Institut das decretum laudis erhält, wird es der Jurisdiktion der Ordinarien durchaus nicht entzogen, dagegen wird die Vollmacht, das Institut und dessen Konstitutionen zu ändern, dem Apostolischen Stuhle reserviert, causa est propter appositionem manus Pontificis affecta, vgl. S a n t i - L e i t n e r: Praelectiones⁴ III 5 n. 54. — Hat sich im Verlauf der Zeit das Institut neuerdings erprobt und wurden die Winke der heiligen Kongregation, welche sie vor und beim Belobigungsdekrete zu geben pflegt, genau befolgt, so wird die B e s t ä t i g u n g der K o n g r e g a t i o n selbst erteilt durch das decretum approbationis instituti; damit sind aber noch nicht die K o n s t i t u t i o n e n des Institutes gebilligt. Diese Billigung erfolgt erst später, und zwar zunächst für eine bestimmte Zeit (7—10 Jahre), dann endgültig durch das decretum approbationis constitutionum. Nicht immer hält der Apostolische Stuhl diese Reihenfolge der Bestätigung (Belobigungsdekret, Bestätigung des Institutes, Bestätigung der Konstitutionen) ein. Hat die Diözesankongregation bereits große Verbreitung gefunden und herrliche Früchte gezeitigt, so unterbleiben manche Vorstufen, namentlich wenn die Satzungen im Geiste der Normae abgefaßt sind; so geschah es mit den Schwestern der heiligen Familie (Bordeaux) am 14. Dezember 1903 (Joseph J a n s e n Obl. M. I.: Ordensrecht 1911 S. 21). Um die päpstliche Approbation leichter zu erlangen, sollen sich die Stifter und Generalobern, sowie die Ordinarien, welche die bischöfliche Bestätigung zu geben haben, bemühen, im Geiste der Normae nn. 8—16 alles Unpassende vom Institute und dessen Regeln ferne zu halten: Der Zweck des Institutes muß klar und bestimmt, das Institut selbst soll in seinen Einkünften hinreichend gesichert sein. Nur ungern wird die Bestätigung gegeben für Institute, welche Kranke ohne Unterschied des Geschlechtes in deren Wohnungen bei Tag und Nacht pflegen oder die Haushaltsführung in den Familien der Arbeiter und Armen übernehmen. Wären Beschäftigungen, wie „in ihren Häusern Spitäler oder Erholungsheime für Weltleute ohne Unterschied des Geschlechtes oder für Priester zu haben, die Pflege des Haushaltes in Wohnungen der Geist-

lichen, in Alerikal- oder in Knabenseminarien zu übernehmen, den Unterricht in Knaben- oder gemischten Schulen zu erteilen, die Pflege von Wiegenskindern oder die Geburtshilfe usw. auszuüben" (Jansen S. 20, Bastien-Elfner S. 49; 412), wären also solche Beschäftigungen Hauptzweck einer weiblichen Kongregation, so dürfte sie die päpstliche Bestätigung vergeblich erwarten.

Die Konstitutionen selbst als das Gesetzbuch der betreffenden Kongregation sind ähnlich wie der Roder in klarer, kurzer und geordneter Sprache abzufassen; in fortlaufenden Artikeln (Paragraphen oder Nummern) soll über Zweck, Mitglieder und Lebensweise des Institutes, über die Leitung, Verwaltung und Unterverteilung Aufschluß gegeben werden. Alle Abschweifungen in die Gebiete der Asketik und Mystik, der Liturgik und Rubrikistik, in Dogmen und Moral; alle Ausschmückungen mit Schrift-, Konzilien- und Väterstellen haben zu unterbleiben. Vorschriften über die Verwaltung des Beichtvateramtes gehören nicht dorthin. — Die Konstitutionen mußten im Anhang fünf päpstliche Erlasse teils in der Muttersprache, teils lateinisch aufweisen: a) über die Gewissenseröffnung, geregelt durch das Dekret der S. C. EE. et RR. „Quemadmodum“ vom 17. Dezember 1890 (Muttersprache); b) über das Almosensammeln, geregelt durch das Dekret derselben Kongr. „Singulari quidem“ vom 27. März 1896 (Muttersprache); c) über die oftmalige heilige Kommunion, nahegelegt durch die Konzilskongr. im Dekrete Sacra Tridentina synodus d. 20. Dec. 1905 (Muttersprache); d) über die Testimonialien der Ordenskandidaten durch das Dekret des S. C. super Statu Regularium vom 25. Januar 1848 „Romani Pontifices“; e) über das Verhältnis der Ordensmänner zu den heiligen Weihen im Dekret der S. C. EE. et RR. vom 4. November 1892 „Auctis admodum“ (lateinisch). Es erscheint fraglich, ob diese Dekrete nach Veröffentlichung des Roder noch den Konstitutionen angereicht werden müssen, da dieses Gesetzbuch nicht unwesentliche Veränderungen in diesen Erlassen herbeiführte.

Die bisherigen Ausführungen erstreckten sich nur auf Kongregationen. Was eine Kongregation nach den Normae erreichen kann, gipfelt in der endgültigen Bestätigung des

Institutes und der Konstitutionen durch die Religiosenkongregation. Indes kann der Apostolische Stuhl einer Kongregation päpstlichen Rechtes die *Ereption* verleihen; solches geschah gegenüber der Kongregation des allerheiligsten Erlösers (C. Ss. Redemptoris, Redemptoristen), vgl. Bizzarri in Collectanea pag. 478; 798: Santi-Weitner: Praelectiones⁴ III 36 n. 13 pag. 357. Noch mehr, eine religiöse Kongregation kann mit oder ohne Nachsuchen in die eigentlichen *Ordene* eingereiht werden. Merkwürdig war die Erhebung des Instituts der *Heimsuchung* (Salesianerinnen) zur Würde eines Ordens. Der heilige Stifter Franz von Sales hatte die Absicht, eine Kongregation zu gründen, welche Marias und Marthas Tätigkeit umfassen sollte ohne Klausur, ohne feierliche Gelübde. Die Kongregation entstand 1610, aber bereits 1618 wurde sie von Papst Paul V. als Orden bestätigt; vgl. M. Hamon: Vie de S. François de Sales (1896) II 77 sqq. Eine derartige Umwandlung ist auch jetzt nicht ausgeschlossen.

§ 3. Errichtung, Veränderung und Aufhebung von Ordenshäusern.

I. Errichtung von Ordenshäusern. Das kirchliche Gesetzbuch behandelt in markigen Sätzen die Voraussetzung, die Rechtsform und die Wirkung einer solchen Errichtung. Der Ausdruck „Ordenshaus“ ist im weitesten Sinne zu verstehen von dem „Hause einer jeden religiösen Genossenschaft“.

1) **Voraussetzung.** Soll ein Ordenshaus (auch das erste) errichtet werden, so muß nach vorausgehendem Urteile für die Wohnung und den Unterhalt der Mitglieder in entsprechender Weise gesorgt sein, sei es durch die aus dem Hause fließenden Einkünfte (Berufstätigkeit der Mitglieder, Betrieb von Ackerbau und Viehzucht, Vermietung usw.), sei es durch die üblichen Almosen, sei es in anderer Weise Can. 496. Vom Almosen sammeln der Ordensleute i. w. S. wird unten genauer gehandelt werden; vgl. Cann. 621—24. Nicht nur die Religiösen selbst haben die Voraussetzung der genügenden Wohnung und des ausreichenden Unterhalts zu prüfen, sondern auch jene kirchlichen Obern, welche die Bestätigung zu geben haben: Ordinarius und Apostolischer Stuhl.

2) **Rechtsformen.** Die Errichtung eines Ordenshauses i. w. S. erheischt die Beobachtung gewisser Rechtsformen: Zuweilen ist die Begutachtung des Apostolischen Stuhles und die schriftliche Zustimmung des Ortsordinarius notwendig, zuweilen genügt die Erlaubnis des Ordinarius, Can. 497. — Die Begutachtung des Apostolischen Stuhles und der schriftlich gegebene Konsens des Ortsordinarius sind notwendig zur Errichtung a) eines jeden Ordenshauses im Gebiete der Propagandakongregation; b) eines jeden exempten Ordenshauses (sive formata sive non formata); c) eines jeden Frauenklosters auch im Gebiete der ordentlichen Hierarchie. — Zum Gebiete der Propagandakongregation gehören nicht mehr Großbritannien, Holland und Luxemburg, Vereinigte Staaten, Kanada und Neufundland Can. 252 § 3; Pius X. in der Konst. „Sapienti consilio“ d. 29. Junii 1908 § 1 n. 6. Abgesehen von den Gebieten ohne ordentliche Hierarchie gehören noch Japan und Ostindien zum Jurisdiktionsbereich der S. C. de P. F. (Leitner M.: De Curia Romana pag. 19). — Wir sahen oben bereits, daß neben den eigentlichen Orden auch Kongregationen exempt sein können, sowie daß unter den Begriff „monasterium monialium“ die Ordenshäuser der Frauenorden sowohl mit feierlichen als mit einfachen Gelübden fallen gemäß Can. 488 n. 7. — Sonst genügt die Erlaubnis des Ordinarius allein, also bei Errichtung von allen Häusern der Genossenschaften des Diözesanrechtes, dann bei jenen des päpstlichen Rechtes, welche der Exemption entbehren Can. 497. Wird ein Ordenshaus vom gleichen Orden neu errichtet, so fragt es sich, ob das frühere Ordenshaus rechtlich erloschen war durch Aufhebung seitens der zuständigen Gewalt oder durch den Umlauf von 100 Jahren seitens des tatsächlichen Aufhörens des Ordenshauses im letzten Mitgliede Can. 102 §§ 1 u. 2. Wenn es erloschen, so bedarf es der Neuerrichtung nach Can. 497 § 1; sonst muß die Wiederrichtung angezeigt werden. Will eine Genossenschaft bischöflichen Rechts in einer vom Mutterhause fremden Diözese ein Haus (oder mehrere) errichten, so ist hierzu notwendig die Zustimmung der beiden Ordinarien: sowohl des Mutterhauses (domus princeps) als auch des neu zu gründenden Hauses. Der Ordinarius des

Ausgangsortes soll die Zustimmung ohne schwerwiegenden Grund nicht verweigern Can. 495 § 1.

Da ein Ordenshaus zu den **k o l l e g i a l e n** Personen des Kirchenrechts gehört, so muß dasselbe wenigstens mit **d r e i** physischen Personen errichtet werden Cann. 99; 100 § 2.

3) **W i r k u n g.** Can. 497 § 2. Die rechtmäßige Errichtung bewirkt a) für **a l l e** Ordenshäuser, daß die der Genossenschaft zukommende Tätigkeit dort kann entfaltet werden, unter den Bedingungen jedoch, welche bei der Erlaubniserteilung beigelegt wurden; b) außerdem für die **k l e r i k a l e n** Genossenschaften das Recht, eine dem Ordenshause anstoßende Kirche oder öffentliche Kapelle zu haben, für deren Errichtung an einem bestimmten Platze jedoch stets die Erlaubnis des Ordinarius notwendig ist Can. 1162 § 4, sowie das Recht, den Gottesdienst zu halten mit Beobachtung der rechtlichen Normen Can. 497 § 2. c) Werden von Ordensleuten Schulen, Hospize oder ähnlich geartete Häuser, **g e t r e n n t** vom Ordenshause, auch einem exempten, errichtet, so ist notwendig und genügt die besondere schriftliche Erlaubnis des Ordinarius Can. 497 § 3, und zwar des Ordinarius loci Cann. 1489 sqq. d) Die im Ordenshaus oder in der anstoßenden Kirche von Religiösen zu errichtenden **B e r e i n e** bedürfen einer eigenen Bestätigung des Ortsordinarius nicht mehr, wenn sie der Genossenschaft eigen sind Can. 686 § 3. — Die Errichtung eines Noviziatshauses (Can. 554) wird später behandelt werden.

II. Veränderung. Für jede Umwandlung eines Ordenshauses sind die gleichen Förmlichkeiten (Can. 497 § 1) erforderlich wie für die Neuerrichtung, ausgenommen sind jedoch Umgestaltungen, welche ohne Verletzung der Gründungsbestimmungen auf die innere Leitung und die Klosterzucht abzielen Can. 497 § 4.

III. Aufhebung Can. 498. Der Roder unterscheidet: exempte und nicht exempte Ordenshäuser; unter letzteren Ordenshäuser des päpstlichen und bischöflichen Rechtes. — a) Kein Ordenshaus einer **e x e m p t e n** Ordensgenossenschaft, ob formiert oder nicht formiert, kann anders aufgehoben werden als durch Verfügung des Apostolischen Stuhles. b) Ein **n i c h t e x e m p t e s** Ordenshaus **p ä p s t l i c h e n** Rechtes wird aufgehoben durch den Generaloberen mit Zu-

stimmung des Ordinarius. c) Ein Ordenshaus b i s c h ö f l i c h e n Rechts kann aufgehoben werden schon durch die Verfügung des Ortsordinarius nach Anhörung des (obersten) Kongregationsobern. d) Ist jedoch das fragliche Ordenshaus das e i n z i g e der Kongregation, so kommt die Aufhebung des Ordenshauses einer Aufhebung der Kongregation gleich, so daß nur der Apostolische Stuhl zuständig ist Can. 493. — In den Fällen b) und c) steht jedoch der R e f u r s an den Heiligen Stuhl offen mit a u f s c h i e b e n d e r Wirkung.

§ 4. Ordensprovinzen.

I. Die Ordensprovinzen sind j u r i d i s c h e P e r s o n e n in der Kirche, befähigt (wenn die Konstitutionen nicht anders bestimmen), zeitliche Güter zu erwerben, zu besitzen, zu veräußern und nach den Konstitutionen zu verwalten Cann. 531 bis 534. Eine Ordensprovinz ist die Vereinigung mehrerer Ordenshäuser derselben Genossenschaft unter sich unter einem gemeinsamen Obern Can. 488 n. 6.

II. In einer Genossenschaft des p ä p s t l i c h e n Rechts ist es ausschließlich der Apostolische Stuhl, welcher die religiöse Genossenschaft in Provinzen teilt, bestehende Provinzen entweder zu einer oder weniger (als bisher) vereint oder ihnen andere Grenzen gibt, welcher neue gründet und die bestehenden aufhebt Can. 494 § 1. Ist eine Provinz aufgehoben, so geschieht die Verfügung über das Vermögen der Provinz zunächst gemäß den Konstitutionen; enthalten diese keine Bestimmungen hierüber, nach den Beschlüssen des Generalkapitels (Can. 501) oder, außer der Zeit des Kapitels, nach den Beschlüssen des höchsten Ordensobern (Ordensgenerals) und seiner Räte (Can. 516) Can. 494 § 2.

III. In ähnlicher Weise wie die Organisation der Ordensprovinzen steht dem Apostolischen Stuhle ausschließlich das Recht zu über die m o n a s t i s c h e n Kongregationen. Er kann selbständige Klöster von einer monastischen Kongregation trennen und einer anderen zuweisen Can. 494 § 1.

IV. Über die Organisation von Ordensprovinzen des b i s c h ö f l i c h e n Rechts enthält der Kodex keine besondere Bestimmung. Ist die Genossenschaft nur in e i n e r Diözese verbreitet, so kann man sagen: die Errichtung von Provinzen ist nicht praktisch. Hat sie sich aber bereits über verschiedene

Bistümer verbreitet, so wäre eine Provinzeinteilung nicht von der Hand zu weisen. Wurde die Kongregation schon vor 1906 errichtet ohne Zutun des Heiligen Stuhles, so müßte die Provinzeinteilung geschehen mit Beteiligung aller zuständigen Bischöfe, also des Ordinarius, in dessen Diözese das Mutterhaus liegt, und der Ordinarien, über deren Sprengel die neue Provinz sich verbreitet. Wurde dagegen eine Genossenschaft erst nach 1906 errichtet, so müssen bei der etwa notwendigen Provinzeinteilung die vor der Bestätigung gegebenen Richtlinien des Apostolischen Stuhles genau berücksichtigt werden Can. 495 § 2.

§ 5. Die Ordensobern und Ordenskapitel.

I. Es gibt **ordentliche** und **außerordentliche** Ordensobern. Zu den **ordentlichen** Ordensobern gehören: der Papst; der Generalobere; der Provinzobere; deren Stellvertreter; der Klosterobere (Lokalobere). — **Außerordentliche** Ordensobern sind der Kardinalprotektor, der Ortsordinarius und der männliche Ordensobere gegenüber den Frauenorden. Außer den **Obern** finden sich noch verschiedene **Ämter** in den religiösen Genossenschaften. Der Kodex zählt u. a. folgende auf: Visitatoren, Räte, Vermögensverwalter, Generalprokuratoren, Beichtväter und Kapläne, Aspiranten- und Novizenmeister. Von den letzten vier wird besonders zu reden sein.

II. Der **Papst** ist ein wahrer Ordensoberer. Alle Ordensleute (religiosi) des ganzen Erdkreises schulden ihm, als ihrem höchsten Obern, den Ordensgehorsam neben dem allgemeinen Gehorsam, zu dem alle getauften Laien und Geistlichen verpflichtet sind. Die Ordenskleriker stehen auch wie die Weltgeistlichen unter dem „kanonischen Gehorsam“ (Can. 127). Dieses enge Band zwischen dem Apostolischen Stuhl und den Ordensfamilien und Ordensmitgliedern zeigt sich in vielen Verfügungen des Kodex, wie in den Cann. 510 (Bericht nach Rom); 517 (Generalprokurator); 597 (päpstliche Klausur); 611 (Verkehr mit Rom); 626 § 1 (Erlangung von Ämtern und Pfründen außerhalb des Ordens); 632 (Übertritt in einen andern Orden); 638 (Exklaustration und Säkularisation) usw., vgl. U. St u k: „Geist des Codex I. C.“ S. 246 ff.; vgl. unten § 30.

III. Die eigentlichen Ordensobern. Can. 501 § 1 „Superiores et Capitula, ad normam constitutionum et iuris communis, potestatem habent dominativam in subditos; in religione autem clericali exempta, habent iurisdictionem ecclesiasticam tam pro foro interno quam pro externo“. Dieser inhaltsschwere Satz bedarf einer genauen Erklärung. Wer diese „Obern und Kapitel“ sind, erfahren wir aus dem Rodeg nicht unmittelbar. Doch geben zerstreute Bemerkungen im „Gesetzbuch“ der Kirche uns das Recht, die Obern in General-, Provinzial- und Lokalobern zu teilen Can. 501—505; 488 n. 8 u. a. In jeder religiösen Genossenschaft gibt es einen Generalobern und mindestens einen Lokalobern, der sich mit dem Generalobern decken kann; meistens sind mehrere Lokalobern vorhanden. Provinzobern (Superiores provinciales) setzen die Abtheilung der Genossenschaft in Provinzen voraus Can. 494.

Es gibt Rechte und Pflichten, welche den Obern ganz allgemein zukommen, und solche, welche nur für bestimmte Obern bestehen.

1) Alle Ordensobern haben gegenüber ihren Untergebenen die haus herrliche Gewalt (potestas dominativa). Dieser Satz gilt von allen Ordensobern ohne Ausnahme, also von den höheren und niederen, von den exempten und nicht exempten, von jenen des päpstlichen und bischöflichen Rechtes, endlich von männlichen und weiblichen Obern Can. 490. Diese Gewalt wird umgrenzt durch die Konstitutionen und das gemeine Recht Can. 501, wodurch auch hier die Willkür ausgeschlossen bleibt.

Aus der „haus herrlichen Gewalt“ fließen folgende Rechte (ME. 16, 33—35): a) für die Beobachtung der heiligen Regel und der Konstitutionen zu sorgen; b) Normen aufzustellen gemäß der heiligen Regel und der Konstitutionen; c) gegen die Übertreter vorzugehen warnend, mahnend, unterstützend und strafend; d) neue Mitglieder aufzunehmen nach den Statuten der Genossenschaft (Can. 543); e) unverbesserliche oder hartnäckige Übertreter zu entlassen nach dem gemeinen und dem besonderen (Ordens-) Rechte (Cann. 646 sqq.); f) das Vermögen des Institutes zu verwalten (Cann. 531 sqq.) und es zu veräußern innerhalb der Grenzen des gleichen Rechtes (Cann. 534; 1530 sqq.);

g) neue Häuser zu eröffnen mit Einhaltung der Rechtsformen (Can. 497); h) Dispensen von der Beobachtung der Ordenssatzungen zu gewähren aus gerechten Gründen, wie sie die Konstitutionen zulassen; i) einfache Gelübde zu irritieren auf Grund der Gehorsamsgelübde (Can. 1312). — Ist ein Laienorden *exempt*, z. B. jener der „Barmherzigen Brüder“, so stehen den Obern folgende Rechte zu: a) die Sorge für die Errichtung von Ordenskirchen (*Superiores maiores cum consensu Ordinarii loci* Can. 1162 § 4); die Sorge für die Erhaltung, Ausschmückung, gottesdienstliche Verwendung der Kirchen (Gottesdienstordnung Can. 1178); b) die Ausstellung von Dimissorien für die Weihesakandidaten des Ordens (nur die *Superiores maiores* Can. 964 n. 2); c) der Vorschlag eines Beichtvaters oder Predigers für den Konvent, der die Jurisdiktion vom Ortsordinarius erhält, Can. 875 § 2; die Erlaubniserteilung oder Erlaubnisentziehung zum Beicht hören und anderen geistlichen Funktionen gegenüber dem Ordenspriester Cann. 874 § 1; 1338 § 3. Diese Entziehung ist keine Suspension, darum tritt bei Weiheausübung keine Irregularität ein S. C. EE. et RR. d. 2. Mart. 1866 (Santi-Leitner: *Praelectiones* III 37 n. 12).

2) Dagegen besitzen *Jurisdiktion im inneren und äußeren Rechtsbereich*, d. h. die eigentliche Leitungsgewalt der Kirche, nur die Obern einer geistlichen und *exempten* Genossenschaft (*religio clericalis exempta*) Can. 501, also eines geistlichen Männerordens und einer exempten geistlichen Männerkongregation. Umschrieben wird auch hier die Jurisdiktionsgewalt durch die betreffenden Konstitutionen und das gemeine Recht Cann. 501; 873 § 2; 875 § 1. Nur die Äbte (aller Grade Can. 488 n. 8) und die General- und Provinzialobern in der geistlichen exempten Genossenschaft gelten als Ordinarien (nicht *Ordinarii loci*) Can. 198. Nur diese sind berufene Richter für die Religiösen geistlicher exempter Genossenschaften unter sich Can. 1579 § 1, (Strafgewalt Cann. 2220 sqq; Verwaltung Can. 822 § 4; 1191 sqq.), so daß man ganz allgemein sagen kann, die Lokalobern (abgesehen von den Äbten) entbehren nach den Konstitutionen und nach dem gemeinen Recht der Jurisdiktion im äußeren Forum.

Ausgenommen von der Jurisdiktion jeglicher Ordensobern sind die Angelegenheiten, welche vor das *Forum des heiligen Offiziums* gehören Can. 501 § 2; 247 § 2; 1555 § 1. Zu diesen Angelegenheiten werden gezählt: *haeresis* Can. 2314 § 2, *sollicitatio* Can. 904; 2368; *violatio sigilli* Can. 2369; *inquisitio circa nomen complicitis* Can. 888 § 2, sowie die übrigen Verbrechen, welche jemanden der Häresie verdächtig machen, vgl. Bastien-Elfner: „Ordenshandbuch“ 1911 n. 412; Ferreres J. B. „La Curia Romana“ 1911 n. 313. Als der General des Kapuzinerordens die Anfrage stellte, ob in einem Privileg seines Ordens, gegeben am 3. Juli 1625, mit einbegriffen sei die Behandlung der *sollicitatio* in außerordentlichen Fällen, lautete die Antwort des heiligen Offizium vom 23. Januar 1901: „*Negative et privilegium de quo sermo, non existere*“ (Anal. Eccl. vol. 9 pag. 154). Bald darauf veröffentlichte dieselbe heilige Kongregation am 15. (17.) Mai 1901 das Dekret „*Uti pluries*“, worin den Ordensobern in den *causae ad S. Officium spectantes* jede gerichtliche Tätigkeit wie Anzeigen entgegennehmen, Zeugen und Angeschuldigte verhören, Gerichtsverhandlungen pflegen, Urteile fällen usw. verboten, dagegen eingeschärft wird, daß jedes Vergehen dieser Art ohne weiteres dem heiligen Offizium oder den Ortsordinarien anzuzeigen ist, Ferreres c. l. pag. 151 sq. ME. 14 pag. 5.

3) In allen klerikalen Genossenschaften hat der Obere das Recht und Pflicht, den Mitgliedern und Hausgenossen die heiligen Sterbsakramente zu reichen Can. 514; ebenso das Recht (und die Pflicht), die exempten Personen von den Fast- oder Fastengeboten Can. 1245 § 3 und von Privatgelüben zu dispensieren § 1313 n. 2.

4) Gemeinsame Pflichten aller Ordensobern. Folgende Pflichten werden im Roderx besonders betont: die Residenzpflicht; die Pflicht der Verbreitung der für Ordensleute notwendigen Kenntnisse; die Vermeidung bloßer Ehrentitel; die Pflicht, Räte zu bestellen.

a) Residenzpflicht. Jeder Obere hat in seinem Hause zu verweilen. Diese Residenz darf er nicht verlassen, wenn nicht die Konstitutionen es erlauben oder vorschreiben Can. 508, wie zum Zwecke der Visitation, zum Besuche der

Kapitel. Die besonderen Strafen, welche Can. 2381 für die Verletzung der Residenzpflicht vorsieht, treffen die Ordensobern nicht, dagegen ist im Can. 2389 vorgesehen, daß Ordensoberer, welche die Pflicht des gemeinsamen Lebens übertreten, mit Strafe f. s. belegt werden können bis zur Entziehung des Amtes. — Die wichtigste Residenz ist die des Generalobern; sein Wohnsitz kann bei Genossenschaften päpstlichen Rechtes nicht anderswohin verlegt werden ohne Erlaubnis des Apostolischen Stuhles *Normae* n. 253; *Vizarrri*: Coll. p. 784 IX 7; vgl. Can. 517 (Generalprofurator).

b) Die Ordensobern haben die Pflicht, unter den Ordensmitgliedern die notwendigen Kenntnisse zu verbreiten und praktisch durchzuführen Can. 509. Zu diesem Wissenswerten gehören die Dekrete des Apostolischen Stuhles, welche die Ordensgenossen betreffen *ibi* § 1. Obige Vorschrift bezieht sich in erster Linie auf die Kenntnis des Ordensrechts, welches das neue „Gesetzbuch“ der Kirche bietet. Mit der Kenntnis geht Hand in Hand die Durchführung (*executio*) der Vorschriften *ibi* § 1. Da die Lokalobern in stets unmittelbarer Verbindung mit den Mitgliedern leben, wird ihnen eine Doppelpflicht eigens eingeschärft: 1) Wenigstens einmal im Jahre, an bestimmten Tagen, sind die eigenen Konstitutionen öffentlich zu verlesen; ebenso die Dekrete, deren öffentliche Verlesung der Apostolische Stuhl vorschreiben wird *ibi* § 2 n. 1. 2) Wenigstens zweimal im Monat soll für die Laienbrüder und Hausgenossen (*familiares*) ein der Fassungsgebe angepaßter katechetischer Unterricht erteilt und ein religiöser Vortrag an alle Hausgenossen gehalten werden, namentlich in Laiengenossenschaften *ibi* § 2 n. 2. Während des Noviziats der Laienbrüder soll der katechetische Unterricht besonders eifrig betrieben werden; der Vortrag (*collatio*) hat in jeder Woche stattzufinden Can. 565 § 2. — Aus dem Wortlaut des Can. 509 § 2 n. 1 („*quae publice legenda S. Sedes praescribet*“) scheint hervorzugehen, daß die Verlesungsgebote, welche vor dem 19. Mai 1918 bestanden (Janßen: „Ordensrecht“ S. 50, 77, 83), in Wegfall gekommen sind.

c) Ehrentitel. In den Orden und Kongregationen soll schlichte Wahrheit in besonderer Weise gepflegt werden

mit Ausschluß des Jagens nach bloßem S c h e i n; vgl. Breve Leo's XIII. „Illud est proprium“ d. 21. Jan. 1894 (ME. III. 2 pag. 5 sq.). Darum verbietet Can. 515 alle bloßen „E h r e n t i t e l“ und d u l d e t nur die Führung der Bezeichnung früher innegehabter Ämter. „Keine Ehrentitel wie Würden und Ämter sind verboten; dagegen wird g e d u l d e t, daß die Titel höherer Ämter, welche Religiosen tatsächlich in der eigenen Genossenschaft innehatten, beibehalten werden“. „Höhere Ämter“ (officia maiora) dürften im Anschluß an Can. 488 n. 8 folgende sein: die Ämter eines Abtes, eines Generals und Provinzials, sowie jene ihrer Räte, Definitoren, Assistenten Can. 516, Sekretäre Can. 503 und Ökonomen Can. 516 §§ 2—4, endlich des Generalprokurators Can. 517.

Papst Benedikt XV. verlieh am 21. März 1921 (AAS. 13, 194) dem ehemaligen Abte von Emmaus-Prag Alban S c h a c h l e i t e r O. S. B. wegen seiner Verdienste um die Verteidigung des katholischen Glaubens und um die hl. Liturgie den Titel eines „Abtes von Spanheim-Sponheim“, welches Wirkungsstätte des berühmten Abtes Johannes Trithemius (1483—1550) war.

d) R ä t e (consilarii). Die Ordensobern sind verpflichtet, in jenen Angelegenheiten, für welche die Ordenskonstitutionen und die Kanones des Rodericus dies erfordern, die Räte beizuziehen entweder mit beschließender oder beratender Stimme, wie eben jene Rechtsnormen es erheischen Can. 516 § 1. Genauer bestimmt dieser Kanon die verpflichteten Obern; es sind der Generalobere, der Abtprimas, der Provinzialobere und wenigstens der Lokalobere eines formierten Hauses. Der Abtpräses einer monastischen Kongregation (Abbas Superior) ist hier nicht erwähnt; die Äbte dagegen gehören hieher. Für den Lokalobern eines nicht formierten Hauses wird die Bestellung eines „Rates“ gewünscht, aber nicht geboten. W i e die „Räte“ zu bestellen sind, wird nicht gesagt; Can. 516 gebraucht den allgemeinen Ausdruck „habeant suos consiliarios“ Superiores. Dieselben können gewählt, bestellt oder als geborene Mitglieder bestimmt sein; alles richtet sich hier nach den Konstitutionen der einzelnen Genossenschaft. Ebenso setzen dieselben Konstitutionen die Fälle fest, in welcher Z u s t i m m u n g (consensus) und jene, in welcher nur die A n h ö r u n g (consilium) der Berater notwendig ist. Indes verlangen auch die Kanones des kirchlichen Gesetzbuches

balb Zustimmung, balb Befragung der Ratsmitglieder. Ein lehrreiches Beispiel bietet Can. 575 § 2: „Die Abstimmung des Rates oder Kapitels für die erste zeitliche Profess ist b i n d e n d, für die folgende ewige Profess (feierliche oder einfache) ist bloß aufklärend oder beratend (suffragium deliberativum, s. consultivum).“

IV. Die einzelnen Ordensobern. Der Roder unterscheidet h ö h e r e und n i e d e r e Obern. Zu den höheren Obern gehören: der Abt eines selbständigen Klosters, der Abtpräses und der Abtprimas; der General- und Provinzialobere, deren Vertreter und der Obere mit Gewalt wie ein Provinzial Can. 488 n. 8. Die Kirche hält es für notwendig zu betonen, daß der Abtprimas nicht jegliche Macht und Jurisdiktion des Generalobern und der Abtpräses nicht die gleiche Gewalt wie der Provinzialobere besitzt. Vielmehr wird die Gewalt und Jurisdiktion des Abtprimas und Abtpräses bemessen nach den eigenen Konstitutionen und den besonderen Dekreten des hl. Stuhles. Doch bleiben die Prozeßvorschriften der Cann. 655 (Zusammensetzung des Gerichts für Entlassung von Religiosen) und 1594 § 4 (Berufung vom Abteigericht) aufrechterhalten.

1) Die höheren Ordensobern in den exempten Priestergenossenschaften nehmen teil an den Rechten der Ordinarien (Ordinarii) Can. 198 § 1, doch sind sie nicht „Ordinarii loci seu locorum“ ibi § 2. — Sie haben das Recht, Sekretäre oder Notare (notarios) zu bestellen, freilich nur für kirchliche Anliegen ihres Ordens oder ihrer Kongregation Can. 503. Damit sind weltliche Geschäfte ausgeschlossen, auch die eigenen, sowie kirchliche Dinge der Laien, der Weltgeistlichen oder eines anderen Ordens. — Die höheren Obern sollen für eine bestimmte Zeit bestellt werden (wie auf sechs, auf zwölf Jahre), außer die Konstitutionen bestimmen anders Can. 505; so wird im Jesuitenorden der General auf Lebenszeit gewählt. Lauten die Konstitutionen nicht auf Lebensdauer, so können selbst die Stifter (Stifterinnen) nur kraft eines Ap. Indultes auf Lebensdauer gewählt werden SCRelig. d. 6. Mart. 1922 (AAS 14, 163). — Alle „Maiores religionum Superiores“ haben das Recht und die Pflicht, die Ordenshäuser zu visitieren Can. 511. — Über die

Bestellung der höheren Obern sagt Can. 506 § 1 „ganz“ allgemein: „Bevor es zur Wahl des höheren Obern im Männerorden i. w. S. kommt, müssen alle Kapitulare einzeln den Schwur ablegen, nur die zu erwählen, welche sie vor Gott glauben wählen zu müssen“ (quos secundum Deum eligendos esse existimaverint). Damit will der Kodex jedoch nicht sagen, daß alle höheren Obern gewählt werden müssen. So werden z. B. im Jesuitenorden die Provinziale vom General ernannt.

Werden in weiblichen Genossenschaften die Generaloberinnen oder Äbtissinnen auf Lebensdauer nach den Konstitutionen bestellt, so hat es dabei sein Bewenden. Dabei ist aber zu bemerken, daß in Italien die Äbtissinnen oder sonstigen Vorsteherinnen der Klosterfrauen nur auf 3 Jahre gewählt werden dürfen gemäß der Konst. „Exposcit debitum“ Gregors XIII. vom 1. Januar 1583, welche nach dem Auftrag Benedikts XV. in den Satzungen der Frauenklöster beizubehalten ist, Instr. SC Rel. d. 9. Martii 1920 (AAS. 12, 305). Dieselbe Anweisung bestimmt, daß bei der dritten Wahl (2. Wiederwahl) ein und derselben Vorsteherin die Zweidrittelstimmenmehrheit noch kein Recht auf die Würde (ius ad rem) verleiht, sondern daß es im Ermessen des Apostolischen Stuhles liegt, diese 3. Wahl zu bestätigen (aus einem gewichtigen äußeren Grund) oder abzulehnen. Natürlich wird dieser Grund im engen Kreis des geschlossenen Klosters leichter gegeben sein als bei einer Kongregation.

2) Der Generalobere. „Der höchste Leiter der Genossenschaft besitzt die Gewalt über alle Provinzen, Häuser und Mitglieder derselben, auszuüben gemäß den Konstitutionen“ Can. 502. Der Generalobere ist darum nicht unumschränkter Herr über den Orden oder die Kongregation, sondern er ist gebunden an die Kanones des kirchlichen Gesetzbuches und an die Konstitutionen seiner Genossenschaft; daher kann er die Konstitutionen weder authentisch erklären noch sie abändern (Jansen: „Ordenshandbuch“ S. 112). Über die Art seiner Bestellung enthält der Kodex nur einige Erfordernisse auf Seiten der Person des Kandidaten. Derselbe soll ehelicher Geburt und mindestens vierzig Jahre alt sein. Seit der ersten Profess müssen wenigstens zehn Jahre verflossen sein. Verlangen die Konstitutionen des Ordens oder der Kongregation ein höheres Alter und weitere Bedingungen, so bleiben solche Bestimmungen in voller Kraft Can. 504.

Sämtliche höhere Obern „müssen aus einer rechtmäßigen Ehe geboren sein“, darum genügt nicht: a) Die feierliche Profess c. 1 De filiis presb. (I 17); b) die Legitimierung durch einen dem Apostolischen Stuhle

untergeordneten Obern Can. 1051; c) die Legitimierung durch nachfolgende Ehe, wenigstens wahrscheinlich Cann. 504; 331 § 1 n. 1: 1117. Da es genügt die Dispense für den Empfang der höheren Weihen, außer es handelt sich um die höheren Obern einer ex mpten Klerikalgenossenschaft Can. 991 § 3. Bei Legitimierungsreskripten des Apostolischen Stuhles kommt es auf den Wortlaut an.

Jeder Generaloberer (ebenso der Abtprimas und Abtpräses oder „Generalabt“) einer Genossenschaft päpstlichen Rechtes muß an den Heiligen Stuhl Bericht erstatten (relatio).

a) Der Bericht muß wenigstens alle fünf Jahre gemacht werden oder öfter, wenn die nach dem 19. Mai 1918 überprüften oder bestätigten Konstitutionen dies vorschreiben. Die Fünfjahresberichte wurden durch das Dekret der Religiosenkongregation vom 8. März 1922 genauer umschrieben und zur Beobachtung vom 1. Jan. 1923 an in folgender Weise geordnet: A) Religiöse Genossenschaften der Männer. Im 1. Jahre haben Bericht zu erstatten: die Regularkanoniker, die Mönche, die Ritterorden; — im 2. Jahre: die Bettelorden (Mendikanten); — im 3. die Regularkleriker; — im 4. die klerikalen und laikalen Kongregationen mit einfachen Gelübden; — im 5. die männlichen Genossenschaften ohne Gelübde oder mit Privatgelübden; die nach der Art der Religiösen leben. — B) Von den weiblichen Genossenschaften haben die Kongregationen den Bericht einzusenden nach dem Maßstabe des Ortes, wo das Mutterhaus liegt bzw. wo die Generaloberin ihre amtliche Residenz hat: im 1. Jahre aus den Häusern in Italien, Spanien und Portugal; — im 2. aus jenen Frankreichs, Belgiens, Hollands, Englands und Irlands; — im 3. aus den übrigen Gebieten Europas (also auch Deutschland); — im 4. aus ganz Amerika; — im 5. aus den übrigen Gebieten des Erdkreises; in diesem Jahre trifft auch der Bericht der weiblichen Gesellschaften ohne Gelübde oder nur mit Privatgelübden. — Der Bericht ist jenen geschenkt (für das 1. Mal), welche bereits in den Jahren 1918—22 einen solchen eingeschickt haben.

b) „De statu religionis“ soll berichtet werden. Die heilige Kongregation der Bischöfe und Ordensleute hat diesen Gegenstand in dem Dekrete „In approbandis seu commendandis“ vom 16. Juli 1906 in drei Abschnitte zergliedert: I. De Personis (De admissis = Postulantibus; de Novitiis; de Professis; de egressis et dimissis); II. De Rebus (De domibus; de bonis); III. De Disciplina (De vita religiosa; de observantia quarundam specialium legum; de operibus Instituti). Diese Abschnitte, welchen sechs Fragen als „Praemittenda“ vorangehen, werden in 92 Fragen, das Ganze also in 98 Fragen behandelt. Der Text dieses Dekrets (im ME. 18. 251—56, sowie bei Bastien-Elfner: „Ordenshandbuch“ n. 575 S. 404 bis 412 in deutscher Übersetzung) wurde von der Religiosenkongregation den Vorschriften des Index angepaßt (AAS. 14, 162). Die Vorlage ist so gründlich und eingehend, daß kaum eine Lücke bleiben kann, wenn die Berichterstattung die Fragen gewissenhaft beantwortet. — Genossenschaften oder Gesellschaften, welche bisher zu keinem Berichte verpflichtet waren, sollen einen gewissenhaften, erschöpfenden Bericht einschicken, aus dem der Apostolische Stuhl sich

ein klares Bild von dem sittlichen Stand und dem religiösen Leben des betreffenden Institutes machen kann. Der erste Bericht muß namentlich auch die geschichtlichen Notizen über die Gründung, päpstliche Bestätigung, über den gegenwärtigen Stand der Leitung, die Natur der Gelübde, die Wechselfälle, besonders in der Beobachtung der Regel und deren Ursachen enthalten; soweit das decretum S. C. Relig. d. 8. Mart. 1922 (AAS. 14, 191—163).

c) Der protokollarische Bericht (documentum) muß unterzeichnet sein vom Generalobern und von seinem Räte Can. 510, d. i. von den Generalräten oder Generalassistenten nach reiflicher Prüfung, Dekret „In approbandis“ am Schluß. Jeder Generalrat hat das Recht, in einem Geheimschreiben Dinge von Bedeutung, welche der „Bericht“ nicht brachte, zu melden, doch hat er dafür die ganze Verantwortung zu tragen. Stammt der Bericht von der Generaloberin eines weiblichen Ordens oder einer weiblichen Kongregation, so gelten die gleichen Vorschriften, nur muß der „Bericht“ unterzeichnet werden auch vom Ordinarius des Residenzortes des Generaloberin und ihres Generalrates Can. 510. — Bei der auf den 19. Ma 1918 folgenden Berichterstattung müssen auch die Abänderungen in den Konstitutionen miteingefordert werden, welche der Roder notwendig machte, zugleich mit mehreren gedruckten Exemplaren der Konstitutionen. S. C. de Religiosis d. 26. Iunii 1918 (AAS. X. 290).

3) Der Provinzialoberer. Sein Wirkungskreis ist begrenzt durch die Schranken der Provinz und die Bestimmungen der Konstitutionen Can. 502. Die Erfordernisse, welche das Recht für den Generalobern verlangt Can. 504, gelten mit der Milderung, daß der Provinzial wenigstens dreißig Jahre alt sein muß.

4) Der Lokaloberer. Abgesehen von den Äbten der selbständigen Klöster (Can. 488 n. 8) gehören die Lokaloberen zu den niederen Obern (Superiores minores) Can. 505. Ihr Wirkungskreis ist das Einzelkloster und die dazu gehörigen Ordensmitglieder und Hausgenossen Can. 502. Die persönlichen Eigenschaften der Lokalobern werden nicht durch den Roder, sondern durch die Konstitutionen bestimmt Can. 504. Sehr wichtig erscheint das Kapitel vom Wechsel der Lokalobern. Die Lokalobern sollen höchstens auf drei Jahre bestellt werden; nach Ablauf des Trienniums können sie auf weitere drei Jahre genommen werden, wenn nicht die Konstitutionen entgegenstehen; ein drittes Mal ist die Bestellung in demselben Hause unstatthaft Can. 505. Diese Vorschrift gilt auch für die Leiter von Schulen, für die Vorstände von Spitälern und anderen Häusern, in denen Werke der Frömmigkeit und christlichen Wohltätigkeit geübt werden, vorausgesetzt, daß diese Vorstände zugleich Ordensobern

mit klösterlicher Gewalt über andere Ordensgenossen sind. Entscheidung der Roderkommission vom 2.—3. Juni 1918 n. II (AAS. X 344). Dieser Wechselvorschrift sind nicht unterworfen Direktoren von Gymnasien, Seminar- oder Konviktsdirektoren, unter denen Mitbrüder wirken als untergeordnete Mitglieder der Vorstandschaft, des Lehrerkollegiums oder als Beamte oder Bedienstete der Anstalt, wenn das Ordensleben unter den eigentlichen Klosterobern steht. — Zu den Obern im beschränkten Sinne (gegenüber den Novizen und dem Sozjus) gehört auch der *Novizenmeister* Cann. 559 § 2; 561; 564 § 1; 565 § 1. Der dreijährige Wechsel gilt auch für *weibliche Lokaloberinnen* Can. 490. (vgl. oben n. IV).

5) *Aufhören der Amtsgewalt auf seiten der Ordensobern i. w. S.* Abgesehen vom *Ablauf* der Amtszeit (*lapsus temporis*) kann die Gewalt eines Ordensobern i. w. S. erlöschen: a) durch den *Tod*; b) durch *Verzicht*, außer es bestünde ein ausdrückliches Verbot Can. 184; CBB. n. 121; c) durch *Versetzung* (*translatio*) Cann. 193—195; 632 (*transitus ad aliam religionem*); 626 (*promotio ad episcopatum vel cardinalatum*); d) durch *Entfernung* (*amotio vel remotio*) Cann. 183 § 1; 2350 § 2; e) durch *Entziehung* oder *Aburteilung* (*privatio*); f) durch *Versetzung in den Stand eines Weltgeistlichen* oder eines *Laien* (*saecularizatio*; *reductio in statum laicalem*) Cann. 638 sqq.; 646 sq.

Die Entziehung eines kirchlichen Amtes erfolgt entweder mit der *Tat* (*ipso facto*) oder durch den Spruch des kirchlichen Richters (*per sententiam iudicis*).

1) Die Amtsentziehung tritt mit der *Tat* ein: a) wenn ein Ordensoberer i. w. S. neben seinem gegenwärtigen Amte ein früheres unvereinbares beibehält Can. 2396; b) wenn er der Strafe eines *excommunicatus vitandus* verfällt Can. 2266; . — Die Amtsentziehung muß vom kirchlichen Richter, wenn das Vergehen klar bewiesen ist, ausgesprochen werden: a) nach Can. 2314 § 1 n. 2 (*apostasia a fide, haeresis usv.*); b) 2331 § 2 (*conspirantes contra Rom. Pontificem eiusque delegatos*); c) Cann. 2343 § 1; 2354 § 2; 2359 §§ 2—3 (schwerere Vergehen gegen die Gebote IV—VII); d) 2340 § 2 (hartnäckiges Verbleiben in der Suspension über 7 Monate); e) Can. 2368 (*confessarii sollicitantes*); f) Anmaßung von Kirchengütern Can. 2345—46; g) Can. 2381 n. 2 (Verletzung der Residenzpflicht). — Die Amtsentziehung kann erfolgen gemäß den Cann. 2324; 2336; 2355; 2359 § 3; 2394 n. 2; 2401—2405 wegen verschiedener Vergehen. — Die aufgeführten Fälle berühren die Entziehung

von kirchlichen Ämtern im allgemeinen, indes kennt der Roder auch solche Ämter, welche nur den Religiösen entzogen werden können. Die Obern männlicher Genossenschaften können auch mit Amtsentziehung bestraft werden: a) wenn sie einen Untauglichen oder einen Bittsteller ohne die notwendigen Zeugnisse zum Noviziat oder zur Profess zulassen Can. 2411; b) wenn sie die Visitation zu vereiteln suchen im Sinne des Can. 2413 § 2. Beide Punkte gelten auch für die Obern weiblicher Genossenschaften Cann. 490; 2413 § 1. Außerdem sind hier zwei weitere Fälle vorgesehen: a) die rechtswidrige Verwendung der Aussteuer und die Vernachlässigung der Benachrichtigung des Ortsordinarius Can. 2412; b) die Beeinträchtigung der Beichtfreiheit Can. 2414. — Zwar wird die Säkularisierung (Can. 640) und die sofortige Entlassung (Can. 646) bei Obern selten praktisch werden, indessen sind solche Vorkommnisse auch hier nicht ganz ausgeschlossen.

V. Die außerordentlichen Ordensobern. Wie wir oben sahen, gibt es drei außerordentliche Ordensobern: den Kardinalprotektor, den Ortsordinarius und die männlichen Ordensobern gegenüber den Frauenorden.

1) Der Kardinalprotektor besitzt in der Regel keine Jurisdiktion gegenüber der religiösen Genossenschaft oder den einzelnen Mitgliedern derselben. Er kann sich in das innere Ordensleben und in die Vermögensverwaltung nicht einmischen, vielmehr ist seine Aufgabe nur, das Beste der Genossenschaft durch Rat und Schutz zu fördern. Jurisdiktion besitzt er nur, wenn in besonderen Fällen das ausdrücklich bestimmt wurde Can. 499 § 2, vgl. aber Can. 611.

Die Gewalt der Kardinalprotektoren war früher sehr bedeutend. Nach und nach durch die S. C. EE. et RR. geschwächt, erhielt sie fast das Vernichtungsurteil durch die Konst. Innozenz XII. „Christi fidelium“ d. 16. Febr. 1694 (Bull. Rom. IX 344). — Gewöhnlich wird nur ein *Surintendant* Kardinal Protektor, indes fehlen Beispiele nicht, daß auswärtig residierende Kardinäle die Protektionswürde erlangen. — Dem Kardinalprotektor kommen auch gewisse Ehrenrechte zu (Empfang; Anbringung des Wappens). — Alle Männerorden (ausgenommen die Jesuiten) und alle Frauenorden und Kongregationen, zuweilen sogar jene bischöflichen Rechtes, haben einen Kardinalprotektor; die Männerkongregationen erhalten einen auf Bitten; vgl. Jansen: „Ordensrecht“ S. 25.

2) Der Ortsordinarius. „Die Religiösen sind auch dem Ortsordinarius unterworfen, mit Ausnahme jener,

welche vom Apostolischen Stuhle das Vorrecht der Exemption erlangt haben, wobei jedoch die Gewalt, welche das Recht den Ortsordinarien auch gegenüber diesen einräumt, stets gewahrt bleibt" Can. 500 § 1. „Jene Klosterfrauen, welche satzungsgemäß unter der Jurisdiktion der Ordensleute stehen, sind dem Ortsordinarius nur in den vom Rechte ausdrücklich festgelegten Fällen untertan" ibi § 2.

Nach Can. 500 §§ 1 u. 2 müssen wir m ä n n l i c h e und w e i b l i c h e Religiosen unterscheiden; unter den männlichen Religiosen scheiden die E x e m p t e n von den Nicht-Exempten aus. Dies vorausgesetzt, sind folgende Sätze maßgebend: a) Am meisten sind der bischöflichen Jurisdiktion unterworfen die weiblichen Genossenschaften b i s c h ö f l i c h e n Rechts und die männlichen Genossenschaften gleichen Grades mit L a i e n c h a r a k t e r. Ausgeschlossen ist nur jene w e s e n t l i c h e Änderung der Regel und Konstitutionen, welche einer Aufhebung gleichkäme Cann. 497 § 4; 493. Für den Empfang der Sterbesakramente kann ihnen der Ordinarium an Stelle des Pfarrers einen Kaplan (Offiziator, Kurator) bestimmen Cann. 514 § 3; 464 § 2. b) Die männlichen Genossenschaften, auch bischöflichen Rechts, besitzen bereits erweiterte Befugnisse, wenn sie k l e r i k a l e n Charakter haben. Ihre Obern haben nach Can. 514 § 1 das Recht und die Pflicht, ihren Untergebenen die Sterbesakramente zu spenden. Unter „Untergebenen" versteht der gleiche Can. 514 § 1 „die erkrankten Professoren, Novizen oder jene anderen Personen, welche auf Grund des Dienstes, der Erziehung, der Beherbergung oder der Erkrankung Tag und Nacht im Ordenshause zubringen" (familiares). Der Oberer kann die heiligen Sterbesakramente, also „die Eucharistische Begzehrung und die Letzte Ölung in eigener Person oder auch durch andere" spenden (ibi), darum kann er diese Sakramente auch sich selbst spenden lassen. Hinsichtlich der heiligen Beicht hat es keine Schwierigkeit Cann. 875 § 1; 882; auch für die Spendung des „Apostolischen Segens zur Gewinnung des vollkommenen Ablasses im Tode" ist ausgiebig gesorgt Can. 468 § 2. c) Noch einen Schritt unabhängiger sind die Genossenschaften p ä p s t l i c h e n Rechts. Hier steht es dem Ortsordinarius nicht zu: die Konstitutionen zu ändern, die Vermögensverwaltung zu beaufsichtigen, sowie sich einzu-

mengen in die innere Leitung und die klösterliche Zucht außer in bestimmten Fällen Can. 618 § 2. Freilich besitzt er größere Vollmachten über Laiengenossenschaften päpstlichen Rechts ibi. d) Des höchsten Grades der Unabhängigkeit erfreuen sich die e x e m p t e n Ordensleute Cann. 500 § 1; 615 sqq. Näheres über das Privileg der Exemption unten; vgl. auch S t u b: „Geist des Codex I. C.“ S. 274; B a s t i e n - E l f n e r: „Ordenshandbuch“ n. 304. — e) Die Frauenklöster unterstehen vielfach der Gewalt des Ortsordinarius, besonders dann, wenn sie den Regularen nicht untergeben sind.

3) Der Regularoberer gegen über den i h m unterstehenden Frauenklöstern. Das Trienter Konzil hat (sess. 25 cp. 9 de reg.) bestimmt, daß die Frauenklöster, welche schon bis zum 3./4. Dezember 1563 von den Regularen geleitet worden waren, auch in Zukunft ihrer Fürsorge und Obhut anvertraut bleiben sollten. Das gleiche bestimmt der Kodex in Can. 500 § 2. Nur ein b e s o n d e r e s A p o s t o l i s c h e s I n d u l t kann die Erlaubnis gewähren, daß eine Genossenschaft von Männern religiöse Frauenkongregationen in Abhängigkeit besitze oder daß sie eine ihr besonders anvertraute Seelsorge und Leitung der weiblichen Religiösen beibehalte Can. 500 § 3. In dieser Verfügung springen sofort zwei Verschiedenheiten in die Augen: Einmal die Ausdrücke „moniales“ und „superiores regulares“ einerseits (ibi § 2), die Worte „virorum religio“ und „religiosae Congregationes mulierum“ anderseits (ibi § 3); dann ein b e s t e h e n d e s und ein n e u z u s c h a f f e n d e s Recht. Darum gilt: a) Eigentliche Klosterfrauen, welche gemäß Forderung der Konstitutionen der Jurisdiktion der Obern des Männerordens unterstehen, bleiben ihnen untertan, ausgenommen die Fälle, in welchen der Kodex zugunsten des Ortsordinarius ausdrücklich anders verfügt, z. B. Can. 603 § 1 (clausura monialium); Can. 876 (Weichtjurisdiktion für Klosterfrauen). b) Eine sonstige Unterwerfung von Ordensschwestern (oder Klosterfrauen) unter männliche Religiösen von Orden oder Kongregationen kann nur ein b e s o n d e r e s Apostolisches Indult gewähren Can. 500 § 3. — Die Abhängigkeit der Klosterfrauen von den männlichen Ordensobern bestimmen die Konstitutionen und der Kodex, z. B. Cann. 533; 535 usw.

§ 6. Die Ämter in den Religiösen Genossenschaften.

In den Ordensgenossenschaften und einzelnen Konventen gibt es verschiedene Ämter, welche der Kodex teils behandelt (wegen ihrer Wichtigkeit), teils der Ordnung durch die Konstitutionen überläßt. Im kirchlichen Gesetzbuche werden folgende erwähnt und behandelt: a) das Amt eines Visitators (Can. 513); b) eines Rats (Can. 516 § 1); c) eines Beichtvaters; d) eines Kaplans Cann. 518 sqq.; e) eines Abspirantenmeisters Can. 540 § 1; f) eines Novizenmeisters Cann. 559 sqq.; endlich g) eines Notars; h) eines Vermögensverwalters (Can. 516) und i) eines Generalprokurators (Can. 517); von den drei letztern muß hier ausführlicher gehandelt werden. Die übrigen Amtspersonen lernen wir genauer kennen bei Darlegung ihrer Aufgaben. In manchen religiösen Genossenschaften finden sich die Ämter eines Sakristans und Pförtners (*Bastien-Elfner*: „Ordenshandbuch“ nn. 44 550); ferner eines Bibliothekars, Gastmeisters, Krankenbesorger (Infirmarius), eines Küsters und Zeremoniars.

I. Der Notar (Sekretär). Der Abtprimas, der Abtpräses, jeder Abt eines selbständigen Klosters, ferner in exempten Alerikalgenossenschaften der General- und Provinzialoberer und deren Stellvertreter oder die Obern mit Gewalt wie ein Provinzial (Can. 488 n. 8) haben allein das Recht, einen Notar (Sekretär) in den kirchlichen Angelegenheiten ihrer Ordensgenossenschaft aufzustellen. Die Rechte und Pflichten dieser Beamten richten sich entsprechend nach den Rechten und Pflichten der kirchlichen Notare im allgemeinen, vgl. Cann. 373 (Aufstellung); 1621—25; 2144 (Pflichten); 374; 1585; 1645; 1755; 1773; 1811; 1874; 2142 (Aufgaben und Rechte.) — Ihre Entfernung kann verfügt werden vom Ordensobern, der sie aufgestellt hat, seinem Nachfolger, seinem Vorgesetzten, sowie während der Erledigung der Abtei vom Kapitel, nicht aber vom Kapitelvikar (Administrator) Can. 373 § 5.

II. Der Vermögensverwalter („oeconomus“). „Für die Verwaltung der zeitlichen Güter sollen Verwalter aufgestellt werden, und zwar ein Generalverwalter (oeconomus generalis) für das Vermögen des gesamten Ordens (der Genossenschaft); ein Provinzialverwalter für das der Provinz; ein Lokalverwalter (Klosterökonom, Klosterschaffner) für das

einzelne Ordenshaus Can. 516 § 2. — Bestimmen die Konstitutionen nichts über die Bestellung des Verwalters, so wird er vom General, Provinzial oder Abt bestellt mit Zustimmung des betreffenden Rates Can. 516 § 4. Ist der Lokalobere nicht „Superior maior“, so wird der Lokalökonom vom Provinzial mit Zustimmung seiner Räte gewählt. — Die Vereinigung des Verwalteramtes mit der Würde eines General- oder Provinzobern ist unstatthaft; mit der Stellung eines Lokalobern im Falle der Not erlaubt Can. 516 § 3; letzteres gilt besonders dann, wenn über dem Lokalobern ein Provinz- oder Generalobere steht. Dadurch wurde das Dekret der S. C. EE. et RR. d. 16. Jul. 1906 n. 50 bezüglich der Lokalobern gemildert. — Die verschiedenen Verwalter üben ihr Amt aus unter der Aufsicht der betreffenden Obern Can. 516 § 2. In dem Generalatshause befindet sich der Vermögensschrank mit drei verschiedenen Schlüsseln verschlossen, von denen der eine in den Händen des Generals, der zweite beim ersten Generalrat und der dritte beim Generalverwalter sich befindet. Der Generalökonom hat die Buchführung über Einnahmen und Ausgaben und muß jedes Halbjahr Rechenschaft ablegen vor dem Generalrate Normae 286—90. Gleiches gilt für die Provinz- und Lokalverwalter. — Die Veräußerung von Klostergütern ohne die entsprechenden Rechtsformen (sollemnitates) ist dem Klosterökonom unter sagt. Überschreitet der Wert die Summe von 1000 Lire nicht, so treffen ihn Strafen f. s. durch den zuständigen Obern. Wenn der Wert die Summe von 1000 Lire übersteigt, so kann der Ökonom außer anderen Strafen f. s. mit Absetzung und Unfähigkeit zu anderen Ämtern belangt werden; außerdem tritt die niemandem vorbehaltene Exkommunikation ein, wenn bei einer Veräußerung von 30 000 Lire und darüber die päpstliche Erlaubnis nicht vorlag Can. 2347; vgl. unten das Kapitel „Veräußerung der Klostergüter“.

III. Der Generalprocurator. „Jede Männergenossenschaft päpstlichen Rechts soll einen Generalprocurator haben. Seine Bestellung erfolgt gemäß den Konstitutionen. Er hat die Aufgabe, die Angelegenheiten seiner Genossenschaft beim Heiligen Stuhle zu vertreten“ Can. 517 § 1. Sein Amt hört auf: a) nach Ablauf der in den Konstitutionen bestimmten Zeit; b) durch Abberufung durch den Obern unter der Zeit,

welche nur nach Einvernehmen mit dem Apostolischen Stuhl statthaft ist ibi § 2. — Das Amt des Generalprokurators bemißt sich nach den Grundsätzen, welche in den Normae communes vom 20. Juni 1908 cp. IX sect. II nn. 3—16 niedergelegt sind (Leitner: De Curia Romana 1909 pag. 48). Die Kongregation der Ordensleute pflegt vor Behandlung einer Frage den Generalprokurator des betreffenden Ordens oder der betreffenden Kongregation um sein mündliches oder schriftliches Gutachten zu ersuchen, Ferreres I. B.: „La Curia Romana“ 1911 n. 502. — Ist der Prokurator zufällig nicht in Rom, wo er seinen ordentlichen Sitz hat (S. C. Relig. d. 4. Iun. 1920, AAS. 12, 301), sondern in der Provinz, aus welcher er stammt, so hat er das Recht, sich an den Wahlen der Delegierten für das General- oder Provinzialkapitel zu beteiligen, sowie an den Abstimmungen des Ordenshauses, wo er sich von Amte wegen aufhält. Gleiches gilt für die Generalassistenten S. C. EE. et RR. d. 15. Ian. 1907 (ME. 19, 10—11).

§ 7. Die Obern in Frauenklöstern und Frauenkongregationen.

Im allgemeinen gelten die Bestimmungen des Roder, welche im vorausgehenden für die männlichen Genossenschaften geltend gemacht wurden, auch für die weiblichen Can. 490. Doch haben wir schon oben (bei den außerordentlichen „Ordensobern“) gesehen, daß die weiblichen Orden dem Ordinarius mehr unterworfen sind als die männlichen, selbst im Falle, daß Klosterfrauen unter den Regularen ihres Ordens stehen Can. 500 § 2. Auch unterstehen weibliche Kongregationen ohne besonderes Apostolisches Indult den männlichen Ordensgenossen überhaupt nicht ibi § 3. Außerdem seien hier die besonderen Rechtsnormen eigens hervorgehoben.

I. Die **Vorstherin** in einem **Kloster** (Can. 488 n. 7) muß ehelicher Geburt sein. Von ihrer ersten Profess müssen mindestens zehn Jahre verflossen sein. Sie muß das 40. Lebensjahr vollendet haben. Schreiben die Konstitutionen ein höheres Alter vor oder verlangen sie noch weitere Vorzüge, so hat es dabei sein Bewenden Can. 504.

II. Über die **Wahl** der Oberin in Frauenklöstern und in Kongregationen handelt Can. 506. Das Kapitel über die

Wahlen in religiösen Genossenschaften wird eigens behandelt.

III. Der Bericht an den Apostolischen Stuhl über den Bestand einer weiblichen Genossenschaft päpstlichen Rechts muß unterzeichnet sein von der Generaloberin und ihrem Generalat, außerdem noch vom Ortsordinarius des Generalates Can. 510.

IV. Über die **Visitation** in weiblichen Genossenschaften wird in einem eigenen Paragraphen die Rede sein Cann. 512 sqq.

V. „Das Recht und die Pflicht, in einem **Frauenkloster** die **Sterbesakramente** zu spenden, hat der ordentliche Beichtvater oder sein Stellvertreter“ Can. 514 § 2. Verweisend auf unsere obigen Ausführungen (S. 306) betonen wir folgende Punkte. Zu den Personen, welchen die heiligen Sterbesakramente (Wegzehrung und Letzte Ölung) vom ordentlichen Beichtvater zu spenden sind, gehören die Professen, Novizen und Postulantinnen, sowie alle Hausgenossen, welche Tag und Nacht im Frauenkloster zubringen zum Zwecke des Dienstes, der Erziehung, der Herberge und der Krankenpflege Can. 514 § 1. Von der Bestellung des ordentlichen Beichtvaters handeln die Cann. 525 sqq.; 876. — Sein Stellvertreter dürfte in Rücksicht auf Can. 524 § 1 der außerordentliche Beichtvater sein; freilich ist ein besonderer Stellvertreter nicht ausgeschlossen. — Den Mitgliedern weiblicher Ordenskongregationen spendet der Ortspfarrer die Sterbesakramente oder der vom Ordinarius an Stelle des Pfarrers aufgestellte Kaplan Cann. 514 § 3; 464 § 2. — Das **Beerdigungsrecht** für Klosterfrauen kommt dem Kaplan (Offiziator) derselben zu; für Mitglieder von weiblichen Kongregationen dem Pfarrer Cann. 1230 § 5; 514 § 4. Näheres wird später dargelegt werden.

§ 8. Die Rechte der Kapitel.

Die Einrichtung, Zusammensetzung und Verfassung der **Kapitel** bestimmt sich nur in sehr geringem Maße nach dem **Kodex** (Cann. 501; 506; 526; 575 § 2); hier sind vielmehr die Konstitutionen der einzelnen Genossenschaften maßgebend. Wir fassen hier nur das allgemeine ins Auge und fügen daran die Bestimmungen des **Kodex**.

I. Das Kapitel ist die gesetzmäßige Versammlung der Religiösen zur Kenntniznahme, Beratung und Entscheidung der Angelegenheiten des Ordens oder der Kongregation. Man unterscheidet **Lokal-, Provinzial- und Generalkapitel**, je nachdem die gesetzmäßige Versammlung eines **Hause**s (Klosters, Konvents), einer **Provinz** oder der **Gesamten** **genossenschaft** zusammentritt. Nach dem hauptsächlichsten Zwecke teilt man die Kapitel in **Wahl- und Geschäfts**kapitel. Beide, namentlich das erstere, können **ordentliche** (gewöhnliche) sein, z. B. alle drei, sechs, zwölf Jahre, oder **außerordentliche**; letztere finden statt bei außergewöhnlichen Ereignissen, z. B. Erledigung der Stelle eines Generalobern vor der regelmäßigen Zeit durch Tod, Absetzung, Verzicht. Aus einer Antwort der S. C. EE. et RR. vom 5. Mai 1905 in einer causa Missionariorum Filiorum Immaculati Cordis BMV. ad I sehen wir, daß die Wahl eines Generalobern außer der satzungsgemäßen Zeit (wegen Tod oder Absetzung usw. des Vorgängers) in einem **außerordentlichen** Kapitel geschieht, so daß die obersten Beamten des Generalobern (die Räte, der Sekretär, der Minister und Prokurator) bis zum nächsten ordentlichen Kapitel im Amte bleiben (ME. 17, 196—98). Die näheren Rechtsverhältnisse der Kapitel können eingesehen werden bei Jos. Jansen: „Ordensrecht“ 1911, S. 103—08; Bastien-Elfner: „Ordenshandbuch“ 1911 nn. 413 ff.; Biederlack Jos. S. J. — Führieh Maximilianus: De Religiosis (1919) n. 26 sq.

II. **Mitglieder der Kapitel** sind die Professoren, und zwar bei den General- und Provinzialkapiteln nur einige durch die Konstitutionen oder durch die Wahl berufene Professoren. Wichtiger ist die Frage bei den Lokalkapiteln, zu welcher sich **alle** stimmberechtigten Mitglieder des Hauses einfinden. Es gibt Ordensgenossenschaften, in welchen Professoren mit ewigen und feierlichen, mit ewigen und einfachen, und mit zeitlichen Gelübden sich finden, z. B. in der Bayerischen Benediktinerkongregation. Dann gibt es solche mit Professmitgliedern der feierlichen (ewigen) und zeitlichen Gelübde. Endlich gibt es Kongregationen mit ewigen einfachen und mit zeitlichen Gelübden. — Die Konstitutionen bestimmen, welche Professoren in dem betreffenden Kapitel

stimmberechtigt sind. Folgende Richtpunkte sind zu beachten:

1) Die einfachen Profess en (mit zeitlichen Gelübden) Can. 574 haben kein Stimmrecht, außer die Konstitutionen räumen es ausdrücklich ein, wie a) bei der Zulassung zum Noviziat und bei dessen Fortsetzung; b) in der österreichischen und schweizerisch-deutschen Kongregation der Zisterzienser Mönche und Nonnen bei der Zulassung zur einfachen Profess; c) bei Veräußerungen von Ordensgut, S. C. EE. et RR. d. 20. Februar 1905 (ME. 17, 251—52); d) dieselben Nonnen mit einfacher Profess haben auch das (aktive) Recht der Abtissinwahl ibi. — Die einfachen Profess en aber sind stets ausgeschlossen vom passiven Wahlrecht und von der Abstimmung für die feierliche Profess. Schon oben wurde betont: „Die Abstimmung des (Rates oder) Kapitels für die erste zeitliche Profess ist eine bestimmende (beschließende, suffragium deliberativum); für die folgende ewige, feierliche oder einfache Profess ist sie nur beratend (s. consultivum tantum)“ Can. 575 § 2. Letztere Abstimmung gilt nicht nur dann, wenn die endgültige Profess unmittelbar auf die Abstimmung folgt, sondern auch wenn sie durch den Obern hinausgeschoben wird (Can. 574 § 2) S. C. EE. et RR. d. 18. Aug. 1905 (ME. 17, 353—54). Wird aus einem wichtigen Grund in Rom um Dispense gebeten, daß das Professmitglied vor Ablauf des Trienniums zur ewigen Profess zugelassen werde, dann hat der Obere das Kapitel vor der Dispenseinholung um Rat zu fragen, wobei die Abstimmung im Dispensgesuch anzuführen ist S. C. EE. et RR. d. 26. Ian. 1903 (ME. 16, 104). Nach eingetrossener Dispense ist eine weitere Beratung (suffragium) des Kapitels nicht gefordert ibi.

2) Bei Abstimmung über die etwaige Verlängerung der Beichtjurisdiktion des ordentlichen Beichtvaters (drei Jahre; Verlängerung bis zu sechs, im äußersten Falle bis zu neun Jahren) haben alle weiblichen Religiösen Stimmberechtigung, auch jene mit zeitlicher Profess; die Abstimmung ist eine geheime. Can. 526.

III. Die Gewalt der Kapitel. Die Kapitel können eine doppelte Gewalt besitzen: eine häusliche und eine kirchentliche Gewalt (potestas dominativa; —

iurisdictio ecclesiastica). Eine hausväterliche oder hausherrliche Gewalt besitzen sie nur, soweit ihnen die Konstitutionen oder das gemeine Recht eine solche einräumen Can. 501 § 1. Der Roder räumt denselben eine besondere potestas dominativa nicht ein. — Eine kirchenaamtliche Gewalt (iurisdictio ecclesiastica), also eine Gesetzgebungs-, Richter- und Strafgewalt, besitzen nur jene Ordensgenossenschaften, welche den klerikalen Charakter (Can. 488 n. 4) und die Exemption (Can. 488 n. 2) besitzen Can. 501 § 1. Abgesehen von der indirekten Bestimmung im Can. 501 § 3, daß der Abtprimas nicht die volle Gewalt eines Generals und der Generalabt (Abtpräses) nicht jene des Provinzials hat, enthält der Roder keine genauere Regelung der Jurisdiktionsgewalt der Kapitel; vgl. Cann. 8 sqq.; 1579; 2220. Darum muß die Jurisdiktionsgewalt der Kapitel aus den einzelnen Konstitutionen entnommen werden. Über das bisherige Recht schreibt Jos. Jansen in seinem „Ordensrecht“ S. 104 (2. A. S. 237): „Innerhalb des allgemeinen Rechts und der Partikularkonstitutionen kann das Generalkapitel Gesetze, Dekrete oder Statuten erlassen, welche selbst den General verpflichten“, auch ohne Bestätigung des Apostolischen Stuhles. — „Bei den Kongregationen mit einfachen Gelübden haben jedoch diese Dekrete oder Statuten der Generalkapitel an und für sich nur Rechtskraft und Geltung bis zum nächstfolgenden Kapitel; damit sie längere Zeit hindurch Geltung haben, muß das folgende Kapitel diese Bestimmungen wenigstens stillschweigend bestätigen“; vgl. A. Vermeersch S. J.: De Rel. Periodica T. 5 p. 43 (Supplementa). Ein ähnliches Recht gilt in der bayerischen Benediktinerkongregation: „Novi recessus (Kapitelabschiede), qui in Capitulo per suffragantium partem absolute maiorem decreti sunt, ab omnibus diligenter observari debent . . . Proximo autem Capitulo Generali (post triennium) hi recessus iterum proponuntur, et ubi primum ab hoc approbati sunt, vim legis obtinent in perpetuum“ CBB. (1905) n. 141; similiter editio a. 1922. Selbstverständlich dürfen die neuen Bestimmungen der Konstitutionen des Ordens oder der Kongregation nicht entgegen sein. Würde das Kapitel dennoch wegen eines gewichtigen Grundes solch gegenteilige Dekrete

beschließen, so könnten diese Gesetzeskraft nur durch Bestätigung des Apostolischen Stuhles erlangen, oder bei Kongregationen eines bischöflichen Rechtes nur durch Bestätigung der zuständigen Bischöfe bzw. des zuständigen Bischofs; in letzterem Falle jedoch vorausgesetzt, daß die römischen Rechtspunkte nicht berührt werden.

§ 9. Wahl der Obern.

In den Orden und Kongregationen der heiligen Kirche findet sich ein ausgeprägter demokratischer Zug, mehr vielleicht als in den übrigen Institutionen der Kirche und mit Recht. Denn wer kraft des Gehorsamsgelübdes über den Willen der Untergebenen eine außerordentliche Macht besitzt, muß das Vertrauen dieser Untergebenen in besonderer Weise besitzen. Das geforderte Vertrauen offenbart sich aber durch das Recht der *Wahl*. Die Untergebenen haben einen Einfluß auf die Wahl aller oder der höheren Obern, mindestens aber der Generalobern, je nach den Konstitutionen der Genossenschaft. Da die Wahl im Ordensrechte eine so hervorragende Rolle spielt, so sollen die Grundsätze des Kodex über die Wahl gleich hier behandelt werden.

I. Für das **Wahlrecht** des Ordenskapitels i. w. S. sind maßgebend die einschlägigen Kanones des neuen Kodex, hauptsächlich Cann. 506—07; 160—82, sowie jene Konstitutionen der Genossenschaften, welche mit dem Kodex nicht in Widerspruch stehen Can. 507. Vom Kodex abweichende Bestimmungen treten außer Kraft. In den Konstitutionen einer weiblichen Kongregation, 7. Kapitel § 1, z. B. heißt es: „Der Bischof (des Mutterhauses) kann bei der Wahl auch die eine oder andere Schwester von der Befähigung zu einem Amte gewählt zu werden, ausschließen.“ Diese Bestimmung kann nicht aufrechterhalten werden; der Bischof hat nach Can. 506 § 4 nur das Recht, eine geschehene Wahl zu bestätigen oder zu verwerfen, wie das Gewissen es ihm auflegt.

II. **Zeit zur Wahl.** Hat ein Kollegium, also hier eine Ordensfamilie, das Recht, ein erledigtes Kirchenamt durch Wahl zu besetzen, so darf die Wahl niemals über *drei Monate* verschoben werden, gerechnet vom Tag der erlangten Kenntnis, daß das Amt sich erledigt hat Can. 161. Die Stellen von Ordensobern in den männlichen und weib-

lichen Genossenschaften sind „Kirchenämter, officia“, mindestens im weiteren Sinne Can. 145 § 1; im engeren Sinne dann, wenn mit dieser Stelle irgend eine Teilnahme an der kirchlichen Weihe- oder Regierungsgewalt verbunden ist ibi. Diese Voraussetzung trifft zu bei den klerikalen Männergenossenschaften (Can. 514), bei den exempten laicalen Männerorden; zuweilen bei Frauenklöstern, wenigstens in früherer Zeit, so bei der Abtissin de las Huelgas in B u r g o s und jener (O. S. B.) in C o n v e r s a n o (Apulien); vgl. S a n t i - L e i t n e r: Praelectiones⁴ I 33 n. 9; V 18 n. 5; Paul L a u r a i n: „De l'intervention des Laïques, des Diares et des Abesses dans l'administration de la pénitence“. — Die Zeit von drei Monaten ist wohl bei allen Kloster- und Kongregationsobern einzuhalten, obwohl das R e c h t eine kürzere Zeit fordern (z. B. Can. 432 § 1) oder eine längere Zeit gestatten kann Can. 161. — Das Vierteljahr zur Wahl wird berechnet nicht vom Tage der Erledigung an, sondern vom Tage der R e n n t n i s der Erledigung an, ist also tempus utile Can. 35.

„Verstreicht die Frist ohne Erfolg, so wird das Kirchamt von jenem Kirchenobern frei besetzt, dem das Recht zusteht, entweder die Wahl zu bestätigen oder als Nächstberechtigter für die Besetzung zu sorgen“ Can. 161. Man beachte: Innerhalb der drei Monate muß nicht nur gewählt, sondern mit E r f o l g gewählt worden sein. In Anbetracht des Can. 101 § 1 n. 1 dürften erfolglose Wahlen nach gegenwärtigem Rechte äußerst selten sein. Denn während im ersten und zweiten Wahlgange absolute Stimmenmehrheit entscheidet, gibt im dritten Skrutinium bereits die relative Mehrheit den Entscheid, und bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden, oder wenn dieser die Entscheidung nicht geben will, der Vorrang, begründet durch die Zeit der Weihe, dann der ersten Profess, endlich der Geburt; cfr. Statuta Congr. Benedictino-Bavaricae 1922 n. 117. — Das E r g ä n z u n g s r e c h t (ius devolutionis) bei erfolglosen Wahlen hat der zuständige kirchliche Obere. Die Zuständigkeit ist verschieden. Bedarf die Wahl der B e s t ä t i g u n g, wie das bei ständigen Ordensämtern wohl meist der Fall sein dürfte, so ergänzt der kirchliche Obere, welcher das Bestätigungsrecht der Wahl hat (ius confirmandae electionis), das

Versäumnis der Wähler. Ist eine Bestätigung im Rechte nicht vorgesehen, z. B. bei der Wahl des Kapitelsvikars (Can. 432), eines Administrators (Statuta Congr. B. B. n. 112), so tritt der zunächst besetzungsberechtigte kirchliche Obere (cum iure „successive providendi“) zur Ergänzung ein Can. 161 (z. B. der Metropolit bei der Kapitelsvikarwahl Can. 432 § 2). Das gleiche Ergänzungsrecht tritt ein, wenn das Wahlkollegium des Wahlrechtes zur Strafe beraubt wird Cann. 178; 2391 § 1.

Wie sonst, so kann auch bei der Wahl zu einem Kirchenamte einerseits durch ein Zuwenig, anderseits durch ein Zuviel gefehlt werden. Die Wahl muß innerhalb eines Vierteljahres nach der Erledigung des Amtes geschehen; indes darf die Wahlhandlung nicht vor der Erledigung eines Lebenslänglichen Amtes stattfinden. Würden auch nur die Wähler vor der Erledigung einberufen, so wäre dieser Akt ohne jede rechtliche Wirkung Cann. 162 § 5; 2395.

III. Einberufung der Wähler. Can. 162 behandelt zunächst die Art der Einberufung und dann den Mangel der Nichteinberufung.

1) Der Vorstand des Kollegiums soll zunächst eine Vorbesprechung mit den Wählern halten über Art, Ort und Zeit der Wahl, damit er vernünftige Wünsche derselben berücksichtigen kann; alsdann berufe er alle Kollegiumsmitglieder, welche wahlberechtigt sind. Muß die Einberufung persönlich sein, reicht also ein Anschlag (convocatio edictalis) nicht hin, so genügt zur Gültigkeit die Berufung am Ort des Domizils, des Quasidomizils oder des Aufenthaltes. Alles übrige wird genauer bestimmt durch die Konstitutionen oder die rechtmäßigen Gewohnheiten Can. 162 § 1. „Collegii praeses, Vorstand des Kollegiums“ ist hier, wenn die Konstitutionen nicht anders bestimmen, nicht der Vorsitzende der eigentlichen Wahlhandlung, sondern der Obere der Genossenschaft, Provinz oder des Klosters, oder wenn gerade diese Stelle zu besetzen ist, dessen Vorgesetzter oder Vikar (Administrator). Während in der bayerischen Benediktinerkongregation der Abtpräses den Tag der Wahl ansagt (Statuta C. B. B. n. 113), obliegt die weitere Vorbereitung dem Administrator.

2) Die Einberufung und die Wahl selbst ist ohne weiteres ungültig, wenn mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten nicht vorschriftsmäßig geladen wurde; außer es

haben sich alle Nichtgeladenen bei der Wahl eingefunden Can. 162 §§ 3 u. 4. Wurden weniger als ein Drittel nicht geladen, so gilt die Wahl Can. 162 § 2; sie kann auch nicht mehr angefochten werden, wenn die Nichtgeladenen sich tatsächlich an der Wahl beteiligten, oder wenn sie die Anfechtungsfrist von drei Tagen, gerechnet vom Tage der Kenntnis der Wahl, ungenützt verstreichen ließen. Wurde dagegen auch nur ein Wahlberechtigter in der Einladung übergangen und beteiligte er sich nicht an der Wahl, so muß auf seine rechtzeitige Klage hin der zuständige Obere die Wahl für nichtig erklären, auch nach der Bestätigung derselben Can. 162 § 2. Der „competens Superior“ ist entweder der vom Recht oder den Konstitutionen bestimmte, z. B. Can. 432 § 2 (Kapitelvikar); Can. 506 § 4 (Diözesankongregationen) oder der nächstberechtigte Vorgesetzte der erledigten Stelle, z. B. die Religiosenkongregation bei Generalwahlen. Das „Triduum, der Zeitraum von drei Tagen“ wird berechnet nach Can. 34 § 3 n. 1, d. h. der Tag der Wahl wird nicht mitgerechnet, so daß eine am 19. Januar stattgehabte Wahl am 20., 21. und 22. Januar angefochten werden kann.

IV. Persönliche Anwesenheit der Wahlberechtigten. Wahlberechtigt sind nur die am Wahltag und am Wahlorte persönlich Anwesenden. Darum ist ausgeschlossen nach dem gemeinen Rechte die Wahl: a) durch einen Brief; b) durch einen Stellvertreter. Sonderrechte bleiben bestehen Can. 163. Sind Wähler zwar im Hause der Wahl anwesend, aber durch Krankheit verhindert, der Wahlhandlung selbst beizuwohnen, so holen die Stimmzähler (scrutatores) die schriftliche Abstimmung der verhinderten Wähler, außer es wäre durch Sonderbestimmungen oder rechtmäßige Gewohnheiten anders verfügt Can. 168. Das allgemeine Recht läßt demnach die nicht im Wahllokale Anwesenden nur in einem Falle zu, wenn nämlich die Wähler im Gebäude der Wahl anwesend sind und eine Krankheit (infirma valetudo) sie am Erscheinen im Wahllokale selbst behindert. Das Partikularrecht der Konstitutionen kann weitherziger sein. Hat ein Wahlberechtigter mehrere Rechtstitel zur Abstimmung im eigenen Namen, so kann er doch nur eine einzige Stimme ab-

geben Can. 164. Nichtmitglieder des Wahlkörpers können zur Abstimmung nicht zugelassen werden, abgesehen von gesetzlich erworbenen Privilegien, sonst ist die Wahl sofort ungültig Can. 165. Die gleiche Ungültigkeit trifft zu, wenn Laien sich in eine kirchliche Wahl gegen die kanonische Freiheit in irgend einer Form einmischen Can. 166. Man beachte den Unterschied zwischen Can. 165 und Can. 166. Mischen sich unberechtigte Geistliche in die Wahl ein, ohne zu wählen, so ist die Wahl nicht ungültig. Die Freiheit der kirchlichen Wahl wird im allgemeinen durch Strafen f. s. geschützt Can. 2390 § 1. Wenn aber Laien oder die Inhaber der weltlichen Macht ungesetzlich gegen die kirchliche Freiheit sich in die Wahl einzumischen wagen, welche ein Kollegium von Klerikern oder Religiosen zu vollziehen hat, so werden Wähler und Gewählte mit Strafen bedroht: Wähler, welche diese Einmischung veranlassen oder freiwillig zulassen, mit Entziehung des Wahlrechtes für diesen Fall l. s.; Gewählte, welche der auf sie gefallenen Wahl wissentlich zustimmen, mit Unfähigkeit zur Bekleidung des fraglichen Amtes oder Benefiziums l. s. Can. 2390 § 2.

In den Statuten der bayerischen Benediktiner-Kongregation heißt es in n. 116: *Elector pro alio Electore legitime impedito Procurator constitutus „ex suo iudicio duo vota consentanea fert“*. Dieses Partikularrecht bleibt bestehen; denn die Wahl durch einen Stellvertreter ist zwar nach dem gemeinen Recht verboten, doch ist das Sonderrecht im Can. 163 ausdrücklich anerkannt. Auch darf er zwei (gleichlautende) Stimmen abgeben, da er die eine im eigenen, die andere im Namen des Mitbruders abgibt; nur „im eigenen Namen“ darf er nicht zwei Stimmen abgeben. — Die Bestimmung in den Statuten der Mellersdorfer Kongregation Kap. 7 Nr. 2: „Fene Schwestern . . ., die zur Wahl persönlich nicht erscheinen können, schicken ihre verschlossenen Stimmzettel an den bischöflichen Kommissär,“ bleibt aufrechterhalten wegen der „lex peculiaris“ des Can. 163. — In vier „alt-preussischen“ Diözesen haben außer den eigentlichen Domherren auch noch andere Geistliche, die „Ehrendomherren“, das Recht der Bischofswahl. Das wird im Röder aufrechterhalten durch die Worte „salvis privilegiis legitime quaesitis“ Can. 165.

V. Eigenschaften der Wähler. Abgesehen von den Eigenschaften der „Mitgliedschaft“ und der „Anwesenheit“, welche soeben behandelt wurden, betont Can. 167 gewisse Ausschlüsse. „Von der Stimmabgabe sind ausgeschlossen: 1) Personen, unfähig einer menschlichen (vernünftigen) Handlung; 2) Personen vor dem Reife-

alter (impuberes); 3) der Zensur oder rechtlichen Ehrlosigkeit Verfallene p. s.; 4) Personen, welche sich einer häretischen oder schismatischen Sekte anschlossen oder ihr öffentlich anhängen; 5) die des Stimmrechtes Entbehrenden entweder auf Grund eines rechtskräftigen Urteilspruches oder nach Bestimmung des gemeinen oder besonderen Rechtes", Can. 167 § 1. Würde eine solche Person zugelassen, so ist die Stimme stets ungültig; die Wahl aber nur dann, wenn nach Abzug dieser ungültigen Stimme der Gewählte die geforderte Mehrheit der Stimmen nicht erreicht hat oder wenn ein Exkommunizierter p. s. zugelassen wurde Can. 167 § 2.

Erläuterung. 1) Der zweite Ausschließungsgrund („impuberes“) fällt bei den Religiösen stets fort; denn das Professalter beträgt sechzehn oder einundzwanzig Jahre Can. 573. Wer im Augenblick der Wahl eine vernünftige Handlung zu setzen vermag, darf zugelassen werden, denn ausgeschlossen sind nur die „incapaces actus humani“, mag er auch sonst etwas geisteschwach sein. — Nicht die Zensur (Exkommunikation, Suspension, Interdikt) oder die rechtliche Ehrlosigkeit allein sind Ausschließungsgründe; es muß vielmehr durch ein Urteil der Erklärung oder Verhängung die Strafe auch ausgesprochen sein. Nur die wissentliche Zulassung eines Exkommunizierten p. s. macht Stimme und Wahl ungültig. Wann die rechtliche Ehrlosigkeit eintritt, wurde eingehend dargelegt bei der Irregularität „Qui infamia iuris notantur“ (oben 2. B.² S. 170, § 20 E. n. 1.). — „Der Anschluß an eine häretische oder schismatische Sekte und die öffentliche Zugehörigkeit zu derselben“ bewirken zwar sowohl die dem Apostolischen Stuhle besonders vorbehaltenen Exkommunikation Can. 2314 § 1 n. 1 u. § 2 und die sofort eintretende Ehrlosigkeit ibi § 1 n. 3, allein sie führen die Wahlunfähigkeit schon vor dem Erklärungspruch herbei Can. 167 § 1 n. 4.

2) Ein vielumfassender Ausschließungsgrund ist der fünfte des Can. 167: „Carentes voce activa sive ob legitimam iudicis sententiam sive ex iure communi aut particulari“. Das Wahlrecht oder Stimmrecht kann entzogen werden durch rechtmäßigen Richterspruch: a) Ordensleuten i. w. S., welche Umtriebe machen (conspirantes) gegen die Autorität oder Befehle des Papstes, seines Legaten (Mun-

tius) oder des eigenen Ordinarius (Can. 198 § 1); ebenso Religiosen, welche ihre Untergebenen zum Ungehorsam gegen jene aufstacheln Can. 2331 § 2; b) Religiosen, welche die Freiheit der Kirche durch Verordnungen verletzen; die kirchliche Jurisdiktion hindern und zu diesem Behufe an die Laiengewalt sich wenden (Can. 2334); welche der Freimaurerei oder ähnlichen Gesellschaften sich anschließen (Can. 2335) gemäß Can. 2336 § 1; c) Religiosen, welche Frauenspersonen jeglichen Alters in die Klausur der Ordensmänner einführen oder zulassen Can. 2342 n. 2; d) Religiosen, welche Erlasse des Apostolischen Stuhles im weitesten Sinne verfälschen oder fälschen und von solchen Erlässen Gebrauch machen Can. 2360; e) allen, welche des Verbrechens der sollicitatio (Can. 904) sich schuldig machen Can. 2368 § 1; f) Religiosen, welche das in ihren Konstitutionen vorgeschriebene „gemeinsame Leben“ in einer bedeutenden Sache übertreten Can. 2389 (Can. 2256 § 2).

Das Wahl- oder Stimmrecht (*vox activa*) geht sofort nach dem allgemeinen Rechte (*ex iure communi*) verloren: a) einem Religiosen mit ewigen Gelübden, welcher seine Genossenschaft eigenmächtig verlassen hat mit der Absicht, nicht zurückzukehren (*apostata a religione*), und zwar für immer Can. 2385; 644 § 1; b) allen Wählern, welche die ungesetzliche Einmischung von Laien oder der weltlichen Gewalt veranlaßten oder freiwillig zuließen, in dem vorliegenden Falle Can. 2390 § 2; c) einem Kollegium, das offensichtlich einen Unwürdigen gewählt hat, für diesmal Can. 2391 § 1; d) allen, welche bei kirchlichen Ämtern, Pfründen und Würden das Vergehen der Simonie begangen haben Can. 2392 n. 2; 729, für immer; e) jenen Wählern, welche mit Vernachlässigung der kirchlichen Bestätigung oder Einsetzung sich unterfangen, dem Gewählten das Amt usw. auch zu verleihen, für diesen Fall Can. 2393; f) jenen Kapiteln, Klöstern oder andern Personen, welche Erwählte, Vorgeschlagene oder Benannte zu dem betreffenden Amte usw. zulassen vor Überreichung der Bestätigungs- oder Einsetzungsurkunde, nach dem Ermessen des Apostolischen Stuhles Can. 2394 n. 3. Außerdem entbehren des Stimmrechtes und der Wählbarkeit: g) die Professoren mit zeitlichen Gelübden, außer die Konstitutionen bestimmen ausdrücklich anders Can. 578 n. 3; h) die

Exclaustrierten (exclaustrati) auf die Dauer ihres Indultes Can. 639; i) die Säkularisierten (saecularizati) gemäß Cann. 640 § 1 n. 1; 639; k) wenn die Wähler bei der Postulation die Frist der Absendung versäumen für diesen Fall Can. 181 § 2; l) für Religiösen nach Aufgabe der Kardinals- oder Bischofswürde Can. 629 § 2.

Um die Ausschließungsgründe uns nochmal zu vergegenwärtigen, sollen in lateinischen Schlagwörtern die Fälle angedeutet werden. I. Carentes voce activa ob legitimam iudicis sententiam: 1) Can. 2331 § 2 Conspirantes; 2) Can. 2336 § 1 iurisdictionem impediens; 2a) sectae massonicae adhaerentes; 3) Can. 2342 n. 2 clausuram regularium violantes; 4) Can. 2360 falsarii; 5) Can. 2368 § 1 sollicitantes; 6) Can. 2389 vitam communem violantes. II. Carentes voce activa ex iure communi: a) Can. 2385 apostatae a religione; b) Can. 2390 § 2 laicorum immixtionem admittentes; c) Can. 2391 § 1 indignum eligentes; d) Can. 2392 n. 2 simoniam perpetrantes; e) Can. 2393 neglegentes confirmationem sive institutionem; f) Can. 2394 n. 3 neglegentes litteras confirmationis etc.; g) Can. 578 n. 3 professi votorum temporalium; h.) Can. 639 exclaustrati; i) Can. 640 § 1 n. 1 saecularizati; k) Can. 181 § 2 postulantes tempus neglegentes; l) Can. 629 § 2 religiosi dimisso Cardinalatu vel Episcopatu.

Dazu kommen noch die Ausschließungsgründe der Konstitutionen eines jeden Ordens und einer jeden Kongregation „carentes voce activa ex iure particulari“. So wird z. B. bei den Kapuzinern der bayerischen Ordensprovinz „festgesetzt, daß die Priester bei der Wahl des Discreten, der zum Provinzialkapitel zur Erwählung der Obern entsandt wird, weder das aktive noch das passive Stimmrecht haben sollen, wenn sie nicht die feierliche Profess abgelegt und ihre Studienlaufbahn vorschriftsmäßig vollendet haben; ferner daß sowohl die Kleriker, obschon sie nicht Subdiacone sind, als auch die Laienbrüder an besagter Wahl mit aktiver Stimme teilnehmen können, wenn nur die Kleriker die Studien vollendet und die Laienbrüder die feierliche Profess abgelegt und die einen wie die andern das zwölfte Ordensjahr vollendet haben“ (Pius X. Rescript. 17. Februar 1909), vgl. „Regel und Testament des heiligen Vaters Franziskus samt den Konstitutionen der Mindern Brüder Kapuziner“ (Innsbruck 1901) n. 132. Die Notwendigkeit der feierlichen Profess ist für Orden auch eine Forderung des Rodes Cann. 578 n. 3; 574. Die Zurücklegung des zwölften Ordensjahres ist eine besondere Forderung des Partikularrechtes; das Ordensalter wird gezählt von der ersten Profess nach Can. 578 n. 3.

VI. Eigenschaften der Wahl. Can. 169 zählt folgende Eigenschaften der Abstimmung auf. „Suffragium est nulum, nisi fuerit 1) liberum, 2) secretum, certum, absolutum, determinatum“ Can. 169 § 1.

1) Die kirchliche Wahl muß frei sein „von Zwang, schwerer Furcht und Täuschung (Betrug, Überlistung)“ ibi n. 1. Diese Begriffe werden dargelegt in Can. 103 (L. I^o S. 76). Zur Ungültigkeit der Wahl genügt es, wenn indirekt vorgegangen wurde, sowie wenn die Wahl einer bestimmten Person oder mehrerer (disiunctive) durch Zwang, Furcht oder Betrug erreicht wurde Can. 169 § 1 n. 1. — Wurde z. B. ein Wähler durch schwere Furcht bestimmt, den Ambrosius oder von sechs Wählbaren den Ambrosius oder Augustinus zu wählen, und er wählt in beiden Fällen den Ambrosius, so ist die Stimme des Wählers \S ungültig, die Gesamtwahl aber nur dann, wenn Ambrosius durch die Stimme des X die geforderte Mehrzahl der Stimmen erhielt Can. 101 § 1 n. 1. „Alle (Ordensleute) sollen sich hüten vor jedem direkten oder indirekten Stimmenerwerb („suffragiorum procuratio“, Stimmenfang, Stimmenkauf) zugunsten der eigenen Person oder anderer“ Can. 507. Würde durch solches Vorgehen die kirchliche Wahlfreiheit bedroht, so könnte mit Strafen f. s. gegen Übertreter vorgegangen werden Can. 2390 § 1. Was durch Can. 507 zunächst den Ordensleuten i. w. S. eingeschränkt wurde, gilt allgemein bei den kirchlichen Wahlen.

2) Die kirchliche Wahl muß geheim sein Can. 169; 171 §§ 1 et 2; Trid. sess. 25 De regul. c. 6. Sind in den Statuten des Ordens, der Kongregation, des Kapitels usw. keine besonderen Vorschriften hierüber erlassen, so muß für die Geheimhaltung das Naturrecht beobachtet werden; einzelne Bestimmungen finden sich im Abschnitt über die Stimmzähler (scrutatores Can. 171).

3) Die Stimmabgabe muß bestimmt und genau umgrenzt sein (suffragium certum, determinatum). Diese beiden Ausdrücke sind verwandt; vgl. Dekret Ne temere Kap. De matrimonio n. VI. Vereingt man beide, so muß sowohl die zu wählende Person klar umschrieben sein als auch die Wahlhandlung. Darum muß die Stimme besagen, a) daß gewählt wird, nicht postuliert; b) daß das Amt, welches

erledigt ist, genau umschrieben wird; z. B. daß der erste Provinzialdefinitor gewählt wird, also mit genauer Bezeichnung des Amtes, wenn mehrere Wahlen in Frage sind; c) daß jetzt gewählt wird, nicht daß man für künftige Wahlen Vorschläge macht. d) Die Person muß genau umschrieben sein, so daß eine Verwechselung mit anderen ausgeschlossen ist. Werden für ein Amt zwei zugleich gewählt, so ist die Wahl ungültig Konst. „Vacante“ n. 63. Genügt der Name nicht, so muß der Stand beigefügt werden; und sollte auch diese Bezeichnung nicht ausreichen, so muß durch das Domizil oder das Alter abgeholfen werden. Der Roder gibt ein Beispiel bei der Papstwahl: „Eligo in Summum Pontificem R. D. meum D. Card. Baronium“ Konst. „Vacante Sede Apostolica“ d. 25. Dec. 1904 n. 64. Wir haben hier die Wahl (eligo), das erledigte Amt (in Summum Pontificem), den Gewählten (Cardinalem Baronium) „certo et determinate“ ausgedrückt. Wären zwei Brüder oder zwei Gleichnamige im Kardinalskolleg, so müßte durch einen Beisatz (Vornamen, Alter usw.) der Erlesene kenntlich gemacht werden, z. B. „Eligo in Summum Pontificem R. D. meum D. Seraphinum Cardinalem Vanutelli“.

4) Endlich muß ein „suffragium absolutum“ abgegeben werden, d. h. eine Stimme, ein Wahlzettel ohne Bedingungen Can. 169 § 1 n. 2. Werden der Abstimmung selbst (suffragio) Bedingungen beigefügt, so ist die Stimme null und nichtig Can. 169 § 1. Werden jedoch die Bedingungen vor der Wahl an die Abstimmung geknüpft, so gelten sie als nicht beigefügt ibi § 2; Konst. „Vacante“ n. 83.

VII. Die Arten der Abstimmung. Bekannt ist die alte Einteilung des Wahlaktes: „Electio fieri potest: 1) per inspirationem; 2) per compromissum; 3) per scrutinium“, Innocenz III. auf dem 4. Laterankonzil in c. 42 De electione I 6; Santi = Leitner: Praelectiones⁴ in I 6 nn. 16 sqq. Diese dreifache Form der Abstimmung wird bei der Papstwahl noch aufrechterhalten Konst. „Vacante“ nn. 55—57; sonst ist im Roder die „Inspiration“ oder „Quasi-inspiration“ als Wahlart verschwunden; darum gilt Can. 6 n. 6. Es bleiben noch das scrutinium und das compromissum.

1) Die Wahl durch Abstimmung der Wähler ist die gewöhnliche Wahlform. Die Wahl geschieht durch einen Wahl-

gang (scrutinium) oder, wenn notwendig, deren mehrere. Früher hieß „scrutinium“ die Weiheprüfung, vgl. De scrutinio in ordine faciendo (I 12); jetzt bedeutet das Wort soviel wie Wahlgang Can. 171 § 4; Konst. Vacante n. 57. Bei jeder gewöhnlichen Wahl kann man wie bei der Papstwahl ein antescrutinium, scrutinium, postscrutinium unterscheiden. Das antescrutinium besteht in den die Wahl vorbereitenden Akten, also in der Aufstellung und Vereidigung der Stimmsammler (scrutatores). „Vor der Wahl werden in geheimer Abstimmung mindestens zwei Stimmsammler, scrutatores, (und ein Sekretär, actuarius Can. 171 § 5) aus dem Wahlkörper aufgestellt, wenn solche nicht auf Grund der Konstitutionen bereits vorhanden sind. Die Scrutatores leisten gleich dem Vorsitzenden, falls auch er aus den Wählern ist, den Eid der treuen Amtsführung und der Beobachtung des Stillschweigens über die Wahlvorgänge, auch nach geschehener Wahl“ Can. 171 § 1. Den Vorsitz in M ä n n e r k l ö s t e r n und M ä n n e r k o n g r e g a t i o n e n führt der von den Konstitutionen Bestimmte, so bei der Abtwahl in der bayerischen Benediktinerkongregation der Abtpräses (ohne Stimme) Statuta BBC. n. 113. — Bei der V o r s t e h e r i n w a h l in F r a u e n k l ö s t e r n oder bei der G e n e r a l o b e r i n w a h l in Frauenkongregationen führt der Ordinarius des von der Generaloberin bestimmten (SCRelig. d. 2 Jul. 1921 ad I. AAS. 13, 482) Wahlortes oder sein Bevollmächtigter (ohne Stimme) den Vorsitz. In Frauenklöstern jedoch, welche den Obern des betreffenden Männerordens unterworfen sind, führt der Ordensobere den Vorsitz, aber nur dann, wenn der Ortsordinarius trotz rechtzeitiger Einladung mit Angabe von Tag und Stunde der Wahl weder in eigener Person noch durch einen Stellvertreter anwesend ist Can. 506 §§ 2 et 4 CC. d. 24. Nov. 1920 (AAS. 12, 575). Dabei werden zwei Priester beigezogen als Wahlscrutatores, wozu aber die ordentlichen Beichtväter der Nonnen nicht genommen werden sollen Can. 506 §§ 2 et 3. — Die Klausur darf von den beteiligten Priestern (praeses, scrutatores) nicht betreten werden ibi § 2.

Scrutinium et postscrutinium. Die Scrutatores haben folgende Aufgaben: a) sie

sorgen dafür, daß die Stimmen geheim, sorgfältig, einzeln und nach dem Vorrang von jedem Wähler abgegeben werden; b) sie prüfen vor dem Wahlvorsitzenden den eigenen Konstitutionen oder rechtmäßigen Gewohnheiten gemäß die gesammelten Stimmen zuerst nach ihrer Zahl (ob die Zahl der Stimmen jener der Wähler entspricht), dann nach ihrem Inhalt und verkünden laut, wie viele Stimmen ein jeder erhalten hat; c) sie sorgen dafür, daß die Wahlzettel nach dem Wahlgang, oder wenn in einer Sitzung mehrere Wahlgänge stattfinden, am Schluß der Sitzung verbrannt werden; d) sie unterschreiben mit dem Vorsitzenden und dem Sekretär das genau geführte Wahlprotokoll, welches in dem Archiv des Kollegs sorgfältig aufzubewahren ist Can. 171 §§ 2. 4.—5. — Übertrifft die Zahl der Wahlstimmen jene der Wähler, so ist die Wahl nichtig ibi § 3.

Meist sind Wahlvorschriften in den Konstitutionen vorgesehen. Ist das nicht der Fall, so kann man sich mit großem Nutzen an die Richtpunkte der Papstwahl halten. Freilich müssen bei den klösterlichen und den übrigen Wahlen die Skrutatoren das leisten, was im päpstlichen Konklave die „Scrutatores, Infirmarii, Recognitores“ einzeln zu tun haben. Für die im Wahllokale Anwesenden kann auf einem Altare oder einem erhöhten Platze ein Wahlgefäß (calix) aufgestellt werden; die Stimmzettel der Kranken sollen in einer verschlossenen Wahlurne herbeigeht werden. Ist der Sammelakt geschehen, so werden die Stimmzettel durcheinandergewürfelt, dann gezählt, wenn die Zählung stimmt, geöffnet und verkündet, wobei ein Skrutator und der Aktuar die Stimmlisten führen. Unter den Ausdrücken des Can. 171 § 2 „suffragia secreto, diligenter, singillatim et servato praecedentiae ordine ferantur“ fällt „diligenter“ auf. Offenbar will das Wort sagen, daß die etwaigen Wahlvorschriften gut beobachtet werden ohne Zeitversäumnis und mit gewissenhafter Behandlung des Stimmzettels. Die „Vorrangsordnung“ soll eingehalten werden, so daß die dem Range nach am höchsten Stehenden den Wahlakt beginnen: der Vorsitzende, wenn er wahlberechtigt; hernach gleich die Skrutatoren, namentlich wenn Verhinderte außerhalb des Wahllokales im Hause sind, vgl. Konst. Vacante n. 69 § „Ne autem“, hierauf die der Würde nach zunächst Verufenen. — Zwar enthält der Koder keine besondere Vorschrift, immerhin kann auch der Sekretär vereidigt werden, „daß er sein Amt gewissenhaft verwalte und das Stillschweigen bewahre“ Can. 171 §§ 5. 1.

2) Die Wahl durch die in einer Übereinkunft bestimmten Wähler. Die Übereinkunft heißt *compromissum*; jene durch die Übereinkunft bestimmten Wähler heißen *compromissarii*; vgl. l. 41. D. De receptis (4, 8) et l. 4 D. De tutoribus (26, 5), wo die Aufstellung

von *compromissarii iudices* oder Schiedsrichtern berührt wird. Im allgemeinen ist der Kompromiß oder die Wahlübereinkunft im Rechte erlaubt, auch bei der Papstwahl Konst. Vacante n. 56, doch kann sie auch partikularrechtlich oder für ein bestimmtes Amt verboten sein Can. 172 § 1. — Die Wahlübereinkunft kommt zustande, wenn die Wähler einmütig und schriftlich auf einen oder mehrere Schiedswähler, Mitglieder oder Nichtmitglieder des Wahlkörpers, sich einen, welche tauglich sein müssen (Can. 167), damit diese in vorliegendem Falle im Namen aller Wähler das Wahlrecht ausüben ibi § 1. Bei der Papstwahl müssen die Schiedswähler Mitglieder des Kardinalskollegiums sein, Konst. „Vacante“ n. 56, wo sich ein Formular für ein Kompromiß findet. Handelt es sich um ein klerikales Kollegium (Can. 488 n. 4), so müssen die Schiedswähler Priester sein, sonst ist die Wahl ungültig Can. 172 § 2. — Der Wahlübereinkunft können Bedingungen beigelegt werden. Verstößen diese gegen das gemeine Recht, so gelten sie als nicht beigelegt; verstoßen sie nicht gegen dasselbe, so müssen sie unter Strafe der Wahllosigkeit beobachtet werden ibi § 3, außer die Bedingungen würden ausdrücklich nur zur Erlaubtheit beigelegt werden. Wurden Bedingungen nicht beigelegt, so muß das gemeine Recht beobachtet werden, d. h. das Recht, welches die Wähler gebunden hätte, also das Recht des Rodes und der Konstitutionen.

„Der Kompromiß hört auf, so daß das Wahlrecht zu den gewöhnlichen Wählern zurückkehrt: 1) durch den Widerruf der Übereinkunft seitens des Wahlkörpers, solange die Wahlhandlung unberührt ist (*re integra*); 2) durch Nichttritt oder Nichtbeobachtung einer dem Kompromiß beigelegten Wesensbedingung; 3) durch den Vollzug einer nichtigen Wahl“ Can. 173.

Der Widerruf des Kompromisses ist möglich „*re integra*“. Wann ist das gegeben? Bevor die Schiedswähler die Wahlverhandlungen (*tractatus*) beginnen, gilt die Wahlhandlung als unberührt c. 30 De electione (I 6); Konst. Vacante n. 56. Die Einladung des Hauptes der Kompromißwähler zum Wahlakte dürfte die „*res integra*“ noch nicht beseitigen. — Wurde die in der Übereinkunft festgesetzte Zeit, z. B. von drei Tagen, drei Stunden usw., versäumt, oder wurden die wesentlichen Bedingungen nicht eingehalten, wie einhellige Wahl oder Wahl durch Zweidrittelmehrheit Konst. Vacante n. 56, so ist das Kompromiß erloschen; ebenso durch den Wahlakt der Schiedswähler, wenn die Wahl

nichtig ist Can. 173 n. 3. War die Wahl erfolgreich, so kann sie weder von den Schiedswählern noch von den eigentlichen Wählern angefochten werden; darum sagt die Konst. Vacante n. 56: „Electus per huiusmodi viam compromissi, est canonicus et verus Papa.“ Wenn aber die Schiedswahl weder erfolgreich noch nichtig war, sondern erfolglos, z. B. wenn keine geforderte Mehrheit erzielt wurde, so entscheidet der Wortlaut der Übereinkunft. Sah diese nur einen Wahlgang vor, so ist die Vollmacht der compromissarii erloschen, sonst nicht Can. 173 § 3.

VIII. **Wählbarkeit** (*vox passiva*). Wie bei allen kirchlichen Wahlen, so können auch bei den klösterlichen Wahlen einer Person Hindernisse entgegenstehen, welche die Wahl ungültig oder wenigstens unerlaubt machen. Der Wahlkandidat kann untauglich oder auch unwürdig sein. Jene Hindernisse vermögen und pflegen gehoben zu werden oder nicht. Leider hat der Roderer selbst eine Zusammenstellung der Wählbarkeits Eigenschaften nicht gegeben; sie müssen also zusammengestellt werden.

1) Niemand darf sich selbst die Stimme geben weder im Skrutinium noch im Kompromiß, auch nicht wenn nur ein Schiedswähler aufgestellt wurde, oder beim Akzept d. h. durch Beitritt zu den Stimmen anderer. Eine solche Selbstwahlstimme wäre ungültig Cann. 170; 172 § 4; Konst. Vacante n. 75.

2) Als unwürdig zur kirchlichen Wahl gelten nach dem gemeinen Rechte folgende Personen:

a) alle *Bensurierten* p. s. Cann. 167 n. 3; 2265—83;

b) alle *Ehrlosen* (*infamia iuris*) p. s. Cann. 167 n. 3; 2294 § 1; ebenso die *Ehrlosen* (*infamia facti*), welche zurückgewiesen werden müssen Can. 2294 § 2:

c) alle, welche sich einer *häretischen* oder *schismatischen* Sekte anschlossen oder ihr öffentlich anhängen Cann. 167 n. 4; 2314 § 1 n. 3; reg. 35. iur. in 6;

d) die *Ordensapostaten* Can. 2385;

e) alle, welche durch *Richterspruch* wegen eines Verbrechens oder Vergehens der *Wählbarkeit* beraubt wurden (*voce passiva*) Cann. 167 n. 5; a) 2331 § 2 „conspirantes“; b) 2336 § 1 mit Berufung auf 2334 (*contra libertatem ecclesiae*); 2335 (*secta massonica*); c) 2342 n. 2 (*admittentes mulieres ad clausuram*); d) 2360 § 2 (*falsarii*); e) 2368 § 1 (*sollicitantes*); f) 2389 (*vitam communem violantes*); diese Fälle wurden oben (S. 322) genauer dargelegt;

f) jene Geistlichen oder Weihenandidaten, welche eine *irregularitas ex delicto* sich zuzogen Cann. 985; 968 § 2, da sie aus eigener Schuld die Weihen nicht ausüben können.

Das Kollegium, welches wissentlich einen Unwürdigen wählt, geht für dieses Mal des Wahlrechtes verlustig Can. 2391 § 1.

3) Als untauglich (*inhabiles, inepti*) zu kirchlichen Wahlen werden im Rodez angesehen:

a) die Professoren mit nur zeitlichen Gelübden, außer die Konstitutionen bestimmen anders, gemäß Can. 578 n. 3; 574;

b) die Religiösen mit zeitlicher Erlaubnis zum Verweilen außerhalb des Klosters (*exclaustrati*) Can. 639 und jene mit der gleichen beständigen Erlaubnis (*saecularizati*) Can. 640 § 3 n. 1;

c) die Ordensapostaten (*apostatae a religione*), auch nach ihrer Rückkehr ins Kloster Can. 2385;

d) jene, bei deren Wahl Simonie zu ihren Gunsten, auch ohne ihr Wissen, vorkam in dem betreffenden Falle; jedoch nicht jene, welche Widerspruch dagegen erhoben oder welche durch Simonie beeinträchtigt werden sollten Cann. 729; 2392;

e) jene Geistlichen und Weihenandidaten, denen eine *irregularitas ex defectu* Can. 984 oder ein Weihenhindernis im Wege steht Cann. 987; 968 § 2.

f) Religiösen, welche nach ihrer Abtänkung vom Kardinalate oder Episkopate zu ihrer Genossenschaft zurückgekehrt sind Can. 629 § 2.

4) Als untauglich für die Wahl zu höheren Ämtern in den Orden und Kongregationen gelten folgende:

a) alle nicht aus einer rechtmäßigen Ehe Geborenen (*illegitimi*); — b) die Religiösen mit weniger als 10 Jahre seit der ersten Profess; — c) alle unter 30 Jahre alten Religiösen, ein Erfordernis, welches sich für die obersten Leiter der Religiösen und für die Oberinnen von Nonnenklöstern auf vollendete 40 Jahre erhöht Cann. 504; 488 nn. 8. 7; 984 n. 1.

Trotzdem die feierlichen Gelübde den *defectus natalium legitimorum* beseitigen Can. 984 n. 1, erstreckt sich diese Wirkung nicht auf die Würde der *Superiores maiores* Can. 488 n. 8. Auch die päpstliche

Dispense reicht nicht zur Erlangung des Amtes eines höheren Obern in exempten Klerikalgenossenschaften Can. 991 § 3. — Der Roder läßt — abgesehen von dem Sonderrecht der Konstitutionen — die normgebende Zählung gelten nicht von der Einkleidung, nicht von der feierlichen Profess, sondern von der ersten Profess an Can. 578 n. 3. — Unter den „Oberinnen in Nonnenklöstern“, Äbtissinnen, Priorinnen usw. sind auch die Oberinnen der Frauenklöster mit einfachen ewigen Gelübden (C. 277) zu verstehen Can. 488 n. 7.

Zu diesen Ausschließungsgründen des gemeinen Rechts kommen noch die Ausschließungsgründe bzw. Erfordernisse des Sonderrechts der betreffenden Ordensfamilie. So kann für klerikale Genossenschaften der Empfang der Priesterweihe als Voraussetzung gefordert sein. Manchmal wird die Zugehörigkeit zu einem Kloster, zu einer bestimmten Kongregation verlangt, vgl. Statuta CBB. n. 114. Zuweilen werden die nächsten Verwandten als unmittelbare Nachfolger oder als untergebene Vorgesetzte ausgeschlossen, z. B. eine Klosterfrau als unmittelbare Nachfolgerin ihrer leiblichen Schwester im Amte einer Generaloberin oder Provinzoberin, Bastien-Elfner: „Ordenshandbuch“ n. 432^a.

IX. Die Postulierung (*postulatio*) Cann. 179—182; 507 § 3. Weder Unwürdige noch Untaugliche sollen gewählt werden. Indes hat das Kirchenrecht seit alter Zeit einen Weg offen gelassen, um rechtlich Untaugliche, welche jedoch durch Würdigkeit sich empfehlen, zu kirchlichen Ämtern gelangen zu lassen; vgl. den Titel *De postulatione praelatorum* (I 5).

1) Für alle Religiösen besteht folgende besondere Vorschrift: „Die Postulierung kann nur in einem außerordentlichen Falle zugelassen werden, wenn die Konstitutionen nicht entgegen sind“ Can. 507 § 3.

2) Die Postulierung kann, vorausgesetzt, daß sie das Sonderrecht nicht ausschließt, statthaben, wenn einer Person, welche für die Wahl in Frage kommt, ein dispensierbares Hindernis entgegensteht. Das Hindernis ist dispensierbar, wenn eine Dispense möglich ist und gegeben zu werden pflegt Can. 179 § 1. Postulieren dagegen die Wähler eine Person mit einem undispensierbaren (im obigen Sinne) Hindernisse wissentlich, so verlieren sie das Wahlrecht für dieses Mal an den berechtigten Obern Can. 182 § 1. Demnach

kann die Postulierung weder stattfinden für jemanden, der würdig und tauglich ist, noch für einen, der unwürdig ist, Santi-*Leitner*: Praelectiones⁴ I 5 n. 7.

3) Die Postulierung ist demnach die an den zuständigen Vorgesetzten gerichtete Bitte der Wähler um Bestätigung des Postulierten nach Beseitigung des Hindernisses. Nur die „Wähler“ postulieren, die Schiedswähler (*compromissarii*) nur dann, wenn ihr Auftrag oder die Übereinkunft ein solches Recht ausdrücklich enthält *Can. 179 § 2.* — Soll die Bittwahl gültig sein, so muß die absolute Mehrheit für sie eintreten und im Zusammentreffen mit der eigentlichen Wahl wenigstens *zweidrittel* der Stimmen *Can. 180 § 1.* Die Wähler drücken die Postulierung aus mit dem Worte „Postulo; ich stelle die Bitte; ich postuliere“ o. ä. Ist das Hindernis zweifelhaft, so gebrauchen sie die Worte „Eligo vel postulo; Ich wähle oder postuliere“ o. ä., wobei „Eligo“ bei Nichtvorhandensein des Hindernisses, „Postulo“ bei Vorhandensein desselben gilt *Can. 180 § 2.* — Die Postulierung muß wenigstens innerhalb acht Tagen an den zuständigen Obern geschickt werden *Can. 181 § 1*, wobei der Postulations-tag nicht gezählt wird *Can. 34 § 3 n. 3.* Wird innerhalb der vorgeschriebenen Frist die „Bittwahl“ nicht abgeschickt, so ist sie sofort nichtig und die Wähler verlieren für dieses Mal jedes Wahl- und Bittwahlrecht, außer sie beweisen das Vorhandensein eines rechtmäßigen Hindernisses *Cann. 181 n. 2; 35.* — *Zuständig* ist der Obere, welcher das Recht besitzt, die Wahl zu bestätigen und das Hindernis zu beseitigen, sonst der Papst oder ein anderer Vorgesetzter mit jener Dispens-gewalt *Can. 181.* (Siehe S. 516).

4) Die Wirkung der Postulierung ist verschieden je nach den beteiligten Personen. a) Die Wähler sind verpflichtet zur Absendung der Bittwahl an den zuständigen Obern, wie wir soeben sahen *Can. 181 §§ 1. 2.* Bis zur Absendung können sie von dem Postulierten zurücktreten. Ist jedoch die Postulierung dem zuständigen Obern in Vorschlag gebracht, so ist ein Widerruf nur mit Zustimmung dieses Obern möglich *Can. 181 § 4; c. 4 De postulatione (I 5).* — b) Der zuständige Obere ist durch die Postulierung nicht gebunden; er kann sie frei annehmen und zurückweisen *Can. 181 § 3.* Weist der Obere die Bittwahl zurück, so erhalten die Wähler ihr Wahl-

recht, wenn das fragliche Hindernis dispensierbar war; wenn nicht, so steht die Besetzung des Amtes dem zuständigen Obern zu Can. 182 § 1. Wird die Postulation zugelassen, so tritt der Postulierte in die Rechte des Gewählten ein Can. 182 § 2; 175. — c) Der Postulierte selbst erlangt erst durch seine Zustimmung zu der ihm mitgeteilten Annahme der Postulierung durch den zuständigen Obern ein Recht auf das Amt (*ius ad rem*) ibidem, ein Recht, welches hier sofort in das *ius in re* übergeht, wie Can. 182 § 3 ausdrücklich betont: „*Si eam acceptet, plenum ius in officio eidem statim acquiritur*“.

In einer Abtei einer Benediktinerkongregation ist die Abtwürde erledigt. Am 21. März ist die Wahl anberaumt; der Abtpräses erscheint im Kapitelsaal, wo bereits die dreißig Stimmberechtigten versammelt sind. Nach den liturgischen und rechtlichen Vorbereitungen schritt man zur Wahl, welche folgendes Resultat ergibt: P. Benedikt erhielt 14 Stimmen, P. Maurus 12 und P. Placidus 4. Es kommt zum zweiten Wahlgang: P. Benedikt erhält 18 Stimmen, P. Maurus 12. Da wendet einer der Wähler ein: P. Benedikt zählt erst 29 Jahre und der Roder erfordert 30; wir können also diesen Vater nur postulieren. Im dritten Wahlgang lautet ein 20 faches „Postulo“ für P. Benedikt; 10 Eligo-Stimmen gehören dem P. Maurus. Der Abtpräses erklärt: „Da ich von der kanonischen Vorschrift des Alters (Can. 504) nicht dispensieren kann, bringe ich heute noch die Angelegenheit nach Rom.“ Wie sind die drei Wahlgänge zu beurteilen? Im 1. Wahlgange scheint P. Maurus gewählt zu sein. P. Benedikt konnte nicht gewählt, sondern nur postuliert werden. Da seine Anhänger nicht mit „Postulo“, sondern mit „Eligo“ stimmten, dürften die 14 Stimmen ungültig sein c. 1 *De postulatione* (I 5) in 6°; Wernz Fr. X.: *Ius decretalium* vol. II n. 396. Die Gesamtzahl der gültigen Stimmen beträgt 16; darum hat P. Maurus eine Dreiviertelmehrheit. Aber auch abgesehen von der Gültigkeit der 14 Stimmen, war P. Maurus gewählt; denn wenn „Wahl“ und „Bittwahl“ konfundieren, genügte es, daß der Gewählte eine Stimme über den 3. Teil der Gesamtstimmen besaß c. 40 *De electione* (I 6); Ven. S. D. Innocentii XI. *decisio in Colonien*. d. 20. Sept. 1688. — Vom zweiten Wahlgange gilt das gleiche wie vom ersten, abgesehen von der Ungültigkeit des 2. Wahlganges, da hier bereits ein Gewählter vorhanden ist. — Das gleiche gilt vom 3. Wahlgange. Abgesehen davon würde die Postulation des P. Benedikt zurecht bestehen. Bis zum 29. März können die Kapitularen von der Postulation zurücktreten; wenn nicht, so muß die Bitte an den Apostolischen Stuhl gerichtet werden, *ut admittatur postulatio*. Diese Zulassung muß dem Postulierten mitgeteilt werden, der innerhalb 8 Tagen seine Annahme (*acceptatio*) fundum muß. Die Annahme bewirkt *ius in re* Can. 182 § 3. (Siehe S. 516).

Eine besondere Bestimmung enthält der Roder für die Obernwahlen in Männerorden und Männerkongregationen.

Handelt es sich um die Wahl zu dem Amt eines *höheren* Obern (Can. 488 n. 8), so muß jeder einzelne der Wähler folgenden *Eid* leisten: *In nomine Dei. Amen. Iureiurando promitto me electurum quem secundum Deum eligendum esse existimavero* Can. 506 § 1. „Im Namen Gottes. Amen. Ich verspreche unter einem Eidschwure, daß ich denjenigen erwählen werde, welcher nach meiner Anschauung vor Gott gewählt werden muß.“ Darin liegt nicht nur die Würdigkeit und Tauglichkeit schlechthin ausgesprochen, sondern die persönliche Erkenntnis, daß der fragliche Ordensmann vor allen anderen für das Amt würdig und tauglich ist, vgl. Kapuziner-Konstitutionen (1910) n. 130. Ganz ähnlich lautet der Eid, welchen die Kardinäle vor der Papstwahl abzulegen haben: „*Testor Christum Dominum, qui me iudicaturus est, me eligere, quem secundum Deum iudico eligi debere*“, Konst. „*Vacante*“ n. 67. — Weder die Klosterfrauen noch die Ordensschwestern haben einen Eid bei der Wahl der Oberinnen abzulegen, wenn auch die sonstige Verpflichtung im Gewissen eine gleiche ist. — Der Vorsitzende leistet den Eid dann, wenn er selbst mitwählen darf; jedenfalls soll jeder Vorsitzende die Wähler über die Bedeutung des Eides aufklären. Dem Eidschwure soll die Anrufung des Namens Gottes vorausgeschickt werden Cann. 1622 § 1; 1874 § 1. Priester leisten ihn mit Berührung der Brust, Nichtpriester mit Berührung des Evangeliums Can. 1622.

X. Annahme der Wahl (*acceptatio electionis*). In drei Punkten (Voraussetzungen; Annahme selbst; Wirkungen der Annahme) soll der Gegenstand genauer dargelegt werden.

1) **Gewählt** ist ein kirchlicher Oberer, wenn er jene Stimmenzahl erhalten hat, die für das betreffende Amt durch gemeines oder partikuläres Recht eigens vorgeschrieben ist, z. B. der Papst-Wahlkandidat durch Zweidrittelmehrheit der Stimmen, Konst. „*Vacante*“ n. 57; — oder wenn er im ersten bzw. zweiten Wahlgang die absolute Mehrheit oder im dritten Wahlgang die relative Mehrheit der Stimmen erhielt; — oder endlich wenn bei Stimmengleichheit der Vorsitzende oder das Weihe-, Profess- und zuletzt das Lebensalter entscheidet Cann. 174; 101 § 1 n. 1. Der Vorsitzende des Wahlkollegiums hat den Gewählten als solchen bekanntzu-

geben („proclametur“) Can. 174. — *Postuliert* ist jener, welcher die absolute Mehrheit der Stimmen erhielt, wenn beim Scrutinium ausschließlich postuliert wurde. Wurde aber postuliert und gewählt, so muß der Postulierte wenigstens Zweidrittel der Stimmen haben oder der Gewählte eine Stimme wenigstens über ein Drittel. Bei der Postulation scheint die relative Mehrheit (Can. 101 § 1 n. 1) nicht zu gelten nach dem Wortlaut des Can. 180 § 1; anders P. Maximilian Brandtz, O. F. M.: „Kirchliches Rechtsbuch für die religiösen Laiengenossenschaften“ (Baderborn, F. Schöningh 1918) n. 179 S. 190; wohl mit Unrecht, da eine Verweisung auf Can. 101 fehlt und das Wort „imo“ im Can. 180 § 1 die absolute Mehrheit ausdrückt.

2) Nach geschעהener gültiger Wahl ist dem Erwählten sofort Mitteilung zu machen (*electio intimanda est*) Can. 175. Derselbe kann die Wahl annehmen oder zurückweisen Can. 175; 176. Die Zurückweisung kann eine zweifache sein, eine ausdrückliche und eine stillschweigende. Wenn der Gewählte die Wahl zurückweist, so verliert er jedes Recht aus der vorhergehenden Wahl; das Wahlkollegium muß innerhalb eines Monats von der Kenntnis der Ablehnung an (Can. 35) zu einer Neuwahl schreiten. Dabei kann der Gewählte, welcher die Ablehnung bereute, wieder gewählt werden Can. 176 § 1. Die Zurückweisung der Wahl ist eine stillschweigende, wenn der Gewählte acht Tage (Can. 35) ohne Antwort auf die Mitteilung der Wahl verstreichen läßt Can. 175.

3) Die Wirkungen der Annahme sind positiver und negativer Natur. a) Nimmt der Gewählte die Wahl an und bedarf es keiner Bestätigung, so erlangt er sofort das volle Recht auf das Amt und im Amte Can. 176 § 2; z. B. der neugewählte Papst Konst. „Vacante“ n. 88; der neugewählte Kapitular nach Ablegung des Glaubensbekenntnisses Can. 438. — Bedarf es jedoch einer Bestätigung, so erwirbt er durch die Annahme nur ein Recht auf das Amt (*ius ad rem*) Can. 176 § 2, so daß er vom zuständigen Obern bestätigt werden muß, wenn ihm nicht ein kanonisches Hindernis entgegensteht. Dieses Hindernis kann entweder im gemeinen oder partikulären Kirchenrechte liegen; vgl. Can. 149; 153; 1463. — b) Vor der Erlangung der Be-

stätigung darf der Erwählte unter dem Vorwande der *geschehenen Wahl* in keiner Weise in die Verwaltung des Amtes sich einmischen, weder in geistlichen noch in zeitlichen Dingen; alle etwaigen Akte sind null und nichtig Can. 176 § 3. Diese Einmischung wurde schon bisher mit schweren Strafen bedroht, so in der Konst. „*Romanus Pontifex*“ d. 28. Aug. 1873 bezüglich der Einmischung in das bischöfliche Amt; vgl. *Santi-Leitner: Praelectiones* I 6 n. 43; V pag. 245. — Der Kodex faßt im Can. 2394 verschiedene Fälle ins Auge, darunter auch den vorliegenden. „Wer (zu einer Pfründe), zu einem Amte oder einer Würde kirchlichen Charakters gewählt, sich in den Besitz, die Leitung oder die Verwaltung derselben eindrängt, ohne die notwendigen Bestätigungsschreiben erhalten und den hiezu Berechtigten vorgezeigt zu haben, soll: 1) sofort für dieselben unfähig sein; außerdem werde er von seinem Ordinarius mit entsprechenden Strafen belegt; 2) er werde genötigt durch Androhung (*monitione praemissa*) und Verhängung der Amtsentziehung, ja sogar der Absetzung, von der angemessenen Stelle abzulassen; 3) die Kapitel aber, Klostergemeinden und andere Berechtigte, welche Erwählte vor der Überreichung der Bestätigungsschreiben zum Amte zulassen, verfallen sofort (*ipso facto*) der Suspension vom Wahlrecht nach Gutdünken des Apostolischen Stuhles“ Can. 2394.

Wenn auch der *Postulierte* kein Recht darauf hat, daß ihm seine Bittwahl mitgeteilt wird, so dürfte sich diese Mitteilung doch empfehlen, um im Falle der Ablehnung unnötige Mühen und Kosten zu ersparen. Wenn *Brandys* in seinem „*Rechtsbuch*“ n. 175 S. 184 meint: „Wohl können die Konstitutionen der einzelnen Ordensgemeinschaften eine kürzere Frist (als 8 Tage) für die Erklärung der Annahme einer Wahl von seiten ihrer Proseßmitglieder vorschreiben, ja sogar denselben die Übernahme eines Amtes, für welches sie rechtmäßig erwählt wurden und durch das sie dem allgemeinen Wohle der Genossenschaft nach ihren Kräften dienen sollen, zur Pflicht machen“, so dürfte diese Ansicht unhaltbar sein. Denn Can. 507 § 1 sagt ausdrücklich: „Für die Wahlen, welche von Ordenskapiteln i. w. S. geschehen, muß das gemeine Recht der Cann. 160—182 beobachtet werden; außerdem die Konstitutionen, welche dem allgemeinen Rechte nicht entgegen sind.“ Das gemeine Recht gestattet 8 Tage zur Überlegung Can. 175, demnach können die Konstitutionen nicht 5 oder 3 Tage festsetzen. Derselbe Can. 175 räumt dem Gewählten auch das Recht ein nach freiem Ermessen zu erklären, ob er zustimme oder ablehne; darum kann der Obere dieses Recht nicht beschränken. Es würde dadurch dem Obern eine Befugnis eingeräumt, auf die Besetzung der Ordensämter einen

Einfluß auszuüben, welchen das Recht nicht kennt. Freilich der klar ausgesprochene Wille des zuständigen Obern mag dem Erwählten ein Fingerzeig für den Willen Gottes sein; eine Rechtsnorm ist er nicht. In diesem Sinne haben auch die beiden Päpste Leo XIII. und Pius X. ihre künftigen Nachfolger gemahnt: „Electum vero heredem et Successorem Nostrum rogamus, ne muneris arduitate deterritus ab eodem subeundo se retrahat, at potius divinae voluntatis consilio humiliter se subiiciat,“ Konst. „Vacante“ n. 86.

XI. Bestätigung der Wahl (*confirmatio electionis*). Bei der freien Verleihung eines Amtes erteilt der Verleiher das Recht auf das Amt und das Recht im Amte (*ius ad rem et ius in re*); letzteres Recht (*ius in re*) bekommt der Nominierte oder Vorgeschlagene durch die Amtseinfetzung (*institutio tituli collativa*) endlich der Gewählte durch die Bestätigung (*confirmatio*).

1) Es gibt Ämter, auch in den Klöstern, welche eine Bestätigung nicht benötigen. Der Gewählte tritt sofort in sein volles Recht ein Can. 176 § 2; 177 § 1; ein solches Amt ist das des *Administrators* während der Erledigung des Abtstuhles, vgl. Statuta CBB. n. 112.

2) Die meisten Ämter bedürfen jedoch der Bestätigung, auf daß der zu solchen Ämtern Gewählte sein volles Recht erlange. Würden darum Wähler dem Gewählten das erledigte Amt zu übertragen sich unterstehen mit *Übergehung* jenes Obern, dem das *Bestätigungsrecht* zusteht, so wären sie sofort in diesem Falle ihres Rechtes verlustig gegangen Can. 2393.

3) Der Gewählte selbst muß, wenn die Wahl der Bestätigung bedarf, um diese beim zuständigen Obern einkommen. Sobald er Kenntnis von der Wahl erlangt hat, kann er in eigener Person oder durch einen anderen das Gesuch einreichen, darf jedoch die Zeit von acht Tagen (Can. 35) nicht überschreiten. Denn sonst verliert er jegliches aus der Wahl fließende Recht, außer er kann den Beweis eines rechtmäßigen Hindernisses erbringen Can. 177 § 1. Weil es heißt, der Gewählte kann sein Gesuch durch einen *anderen* einreichen, darum bleiben die Bestimmungen in manchen Ordenskonstitutionen aufrechterhalten. So erwirkt bei der bayerischen Benediktinerkongregation der Abtpräses die Bestätigung des Neugewählten vom Heiligen Stuhl, Statuta CBB. nn. 113. 117. So schreiben die Patres Definitoren

im Kapuzinerorden im Namen des Kapitels um die Bestätigung des Neugewählten an den Pater General, „Konstitutionen der M. Br. Kapuziner“ n. 141; denn selbstverständlich geschieht das im Namen auch des Erwählten Can. 117 § 1, freilich darf die Frist nicht übersehen werden.

4) Der zuständige Obere hat die Tauglichkeit des Gewählten und die Rechtmäßigkeit der Wahl zu prüfen. Steht das Bestätigungsrecht dem Ordinarius (Can. 198 § 1) zu, so hat der Ordinarius, also bei Ordensämtern der Exempten der Provinzial, der General oder der Apostolische Stuhl, bei Ordensämtern der Nichtexempten der Ortsordinarius bzw. der Apostolische Stuhl den Gewählten zu prüfen (auch durch ein Examen) Can. 149, ob er die vom allgemeinen Rechte oder von den Konstitutionen geforderten Eigenschaften besitze Can. 153 § 1. Die Erfordernisse für die Rechtmäßigkeit der Wahl wurden in den vorausgehenden Abschnitten dargelegt. Ward die Person tauglich und die Wahl ohne Anstand befunden, so muß der Obere die Bestätigung erteilen Can. 177 § 2. Indes hat der Kodex hier eine Ausnahme zugelassen im Can. 506 § 4: „In weiblichen Kongregationen des Diözesanrechtes kommt es dem Ordinarius des Wahlortes (nicht des Mutterhauses, wenn dieses nicht Wahlort ist) zu, die vollzogene Wahl zu bestätigen oder aufzuheben, wie sein Gewissen es gebietet“; S. C. Relig. d. 2. Iul. 1921 ad II (AAS. 13, 482). — Handelt es sich um weibliche Orden oder Kongregationen des päpstlichen Rechts, so kann der Ortsordinarius oder sonstige Vorsitzende nur nach den Konstitutionen vorgehen; ebenso bei allen männlichen Orden oder Kongregationen. Es liegt auf der Hand, daß der Diözesanbischof oder sein besonders bevollmächtigter Stellvertreter die Wahl aufheben kann, wenn die Wahl nicht rechtmäßig war oder die Person untauglich erscheint. Indes der Text des Can. 506 § 4 geht hier weiter. Nicht die rechtliche Tauglichkeit wird als Norm aufgestellt, sondern das Gewissen des Ordinarius. Sollte aber die Gewählte oder das Wahlkollegium in der Aufhebung der Wahl eine Beschwerde sehen, so stünde beiden der Rekurs zum Apostolischen Stuhle offen; vgl. Cann. 2186—94.

5) Die Bestätigung muß „schriftlich gegeben werden“ Can. 177 § 3. Ob die Gültigkeit der Bestätigung von der

schriftlichen Abfassung abhängt, ist nicht gesagt. Jedenfalls ist es ein Gebot. Darum muß die Bestätigung, schließt sie sich unmittelbar dem Wahllatte an, wenigstens im Wahlprotokoll schriftlich niedergelegt werden.

6) **Besitzergreifung.** Sobald die Bestätigung erteilt ist, erlangt der Gewählte das volle Recht (*ius in re*) außer die gesetzlichen Normen lauten anders Can. 177 § 4. Zuweilen schreibt nämlich das gemeine oder partikuläre Recht vor, daß zum vollen Besitz der Amtsgewalt die besondere Weihe oder die Einführung in das betreffende Amt notwendig sei. Die **Besitznahme** des Amtes (*possessio capienda*) und die **Abtweihe** (nach kirchlicher Vorschrift oder gemäß den Konstitutionen) ist notwendig für die Abte mit eigenem Gebiete (*Abbatibus nullius*) Cann. 322; 334 § 3. Die Besitzergreifung geschieht durch Vorweis des Apostolischen Schreibens gegenüber dem Kapitel und vor dessen Sekretär oder dem Kanzler der Abteifurie Can. 334 § 3, vgl. Can. 2394. Für die **regierenden Abte** (*Abbatibus de regimine*) ist zur Erlangung aller Rechte erfordert die **Abtweihe** Cann. 625; 964 n. 1 (Weiheerteilung); 325 (Privilegien). Sollte in den Konstitutionen eine Besitzergreifung zur Handhabung der Rechte vorgeschrieben sein, so wird dies durch Can. 177 § 4 bestätigt. — Immer ist für die neu bestellten **Obern** einer Mönchsgenossenschaft die Ablegung des Glaubensbekenntnisses (Antimodernisteneid, AAS. 10, 136) vor dem Kapitel oder dem Obern (Stellvertreter), von dem die Ernennung ausging, vorgeschrieben Can. 1406 n. 9. — Wer wissentlich die Verleihung eines nicht erledigten Amtes annimmt und sich in gleicher Weise in dessen Besitz setzt, ist sofort unfähig, dieses später zu gelangen neben anderen Strafen f. s. Can. 2395.

XII. Über eine etwaige **Wiedewahl** nach Ablauf der Amtszeit wurde bereits oben gehandelt § 5 S. 300 f.

§ 10. Die kanonische Visitation.

Quellen: Cann. 511—513; 600 n. 1; 1382; 2413; 343—346; 1491; 1509 n. 7. Soll in einer Gesellschaft der gute Geist gewahrt bleiben, so bedarf es nicht nur guter Gesetze, sondern der Obere muß auch die Gelegenheit ergreifen, sich vom Stande der ihm anvertrauten Familie zu

überzeugen; denn nur so wird er am persönlichsten und am besten in die Lage versetzt, Fortschritt und Rückschritt seiner Untergebenen zu beurteilen, das Gute zu fördern und das Schädliche abzustellen. Ist doch gerade der Name „episcopus“ diesem Ziele hauptsächlich angepaßt. Im folgenden soll vom Ziel, Inhaber, Gegenstand, dann von der Zeit und Art der kanonischen Visitation die Rede sein.

I. Zweck der Visitation. Die Visitation eines Klosters oder Institutes kann einen genau begrenzten Zweck haben, z. B. Einführung einer bestimmten Reform, Abstellung eines Mißbrauches, sei es bei der Gemeinde oder bei einzelnen. Das ist die außerordentliche Visitation Statuta CBB. n. 150. — Will sich dagegen der Obere von dem allgemeinen Stand der Ordensfamilie und der einzelnen in aszetischer, sittlicher, geistiger und körperlicher Beziehung ein klares Bild verschaffen, so wird er eine ordentliche Visitation unternehmen. Die Gedanken, welche Can. 343 § 1 für die bischöfliche Visitation der Diözese angibt, können entsprechend auf die klösterliche Visitation angewendet werden.

II. Inhaber des Visitationsrechtes. „Die höheren von den Konstitutionen hiezu bestimmten Obern der Genossenschaften sollen . . . alle untergebenen Häuser in eigener Person und im Falle eines Hindernisses durch andere visitieren“ Can. 511. Unter den höheren Obern (Can. 488 n. 8) haben nur jene das Visitationsrecht, welche die Konstitutionen hiezu bestimmen, so z. B. in der bayerischen Benediktinerkongregation der Abtpräses und die beiden Abbates-Visitatores (Statuta CBB. n. 149), wenigstens zunächst. Alle Häuser, nicht nur die Provinzen, sollen visitiert werden, und zwar vom Visitator selbst oder im Verhinderungsfalle (wegen zu großer Ausdehnung des Gebietes, wegen Alter, Kränklichkeit usw. des Visitators) durch einen andern, der jedoch der Provinz, der Familie, dem Kloster durch seine gegenwärtige oder vergangene Stellung nicht nahe steht; vgl. „Konstitutionen der M. Br. Kapuziner“ n. 194.

Der Ortsordinarius hat das Recht bzw. die Pflicht einer vollständigen oder einer teilweisen Visitation, welche er in eigener Person oder durch einen anderen vornehmen kann.

1) Ein vollständiges Visitationsrecht hat er a) gegenüber den Klöstern der Ordensfrauen, die ihm oder dem Apostolischen Stuhle unmittelbar unterworfen sind; b) gegenüber den Männern und Frauen einer Kongregation des Diözesanrechts Can. 512 § 1 nn. 1. 2. Die Aufgaben und Rechte, welche sonst der Ordensobere (Superior maior) bei der Visitation hat, besitzt hier der Ortsordinarius; c) ausnahmsweise gegenüber den Frauenklöstern, die unter den Ordensmännern stehen Can. 512 § 2 n. 1 (vgl. 2).

2) Ein teilweises Visitationsrecht steht dem Ortsordinarius zu a) gegenüber den Frauenklöstern, welche unter den Ordensmännern stehen bezüglich des Klausurgebietes, aber auch bezüglich aller Visitationsfragen, wenn der Ordensobere seit fünf Jahren keine Visitation hielt Can. 512 § 2 n. 1; — b) gegenüber den einzelnen Häusern einer klerikalen Kongregation des päpstlichen Rechtes, selbst wenn sie exempt ist, bezüglich der Kirche, der Sakristei, des öffentlichen Oratoriums, des Beichtstuhles ibi n. 2; — c) gegenüber den einzelnen Häusern einer Laienkongregation des päpstlichen Rechtes in bezug auf die gleichen Gegenstände, aber auch hinsichtlich der inneren Klosterzucht, nämlich ob das Klosterleben gemäß den Konstitutionen blühe, ob das Glaubens- und Sittenleben Schaden gelitten, ob Fehler gegen die Klausur (Cann. 604; 599) vorliegen, ob die heiligen Sakramente in vorschriftsmäßiger Häufigkeit empfangen werden Cann. 618 § 2 n. 2; 512 § 2 n. 3; — d) gegenüber den Häusern verschiedener weiblicher Ordensgenossenschaften und gegenüber den einzelnen Religiösen in der Frage der Vermögensverwaltung Cann. 533 bis 535; 512 § 3. (Näheres bei diesem Kapitel).

Der Grund, warum das Visitationsrecht des Ortsordinarius auf die gottesdienstlichen Gebäude der klerikalen Kongregationen, selbst der exempten, ausgedehnt wird, dürfte darin liegen, daß die Gebäude auch dem Nutzen und Gebrauche der Gläubigen dienen. Darum wird nur „das öffentliche Oratorium“ (Can. 1188 § 2 n. 1) genannt, nicht „das halböffentliche“ (ibi n. 2), welches zum ausschließlichen Gebrauche der Kongregationsmitglieder und Hausgenossen dient. Der Beichtstuhl (sedes ad sacramentum poenitentiae) wird eigens hervorgehoben, weil derselbe sich auch außerhalb der Kirche befinden kann, z. B. in einer eigenen Beichtkapelle. In der Kirche hebt das Pontificale Romanum

p. III pag. 125 folgende Visitationsobjekte hervor: „Ss. Eucharistia [Baptisterium, s. Olea], s. Reliquiae, Altaria, Capellae, s. Imagines (Can. 1279), jedenfalls auch die Kanzel, die Stühle, die Orgel. In der Sakristei sind die Paramente, Gefäße, liturgische Bücher die wichtigsten Gegenstände der Besichtigung; vgl. Can. 1261 § 2.

3) Der Ortsordinarius besitzt ferner ein Visitationsrecht gegenüber jedem Orden und jeder Kongregation bezüglich aller Schulen, Betsäle, Erholungsstätten, Schutzheime („scholas quaslibet, oratoria, recreatoria, patronatus etc.“). Indes ist hier das Visitationsrecht wenigstens gegenüber den Exempten beschränkt auf die religiös-sittliche Erziehung mit Unterricht; nur die inneren Schulen für die Professoren einer exempten Ordensgenossenschaft sind frei von der bischöflichen Visitation Cann. 1382; 497 § 3. — Dazu kommen die verschiedenen Anstalten mit religiösem oder karitativem Zwecke. Spitäler, Waisenhäuser und ähnliche Anstalten zur Betätigung der Religion oder der geistlichen und leiblichen Barmherzigkeit kann und muß der Ortsordinarius visitieren, auch wenn sie juridische Personen und irgendwie exempt sind Cann. 1491 § 1; 1489 § 1. Freilich das Visitationsrecht hat bei den Kongregationsanstalten des Diözesanrechts die weiteste Ausdehnung, während dasselbe bei einem Ordenshause i. w. S. des päpstlichen Rechts, auch einem exempten (Can. 1491 § 1), sich nur erstreckt auf Religionsunterricht, Sittlichkeit, Übungen der Frömmigkeit und Verwaltung der heiligen Sakramente Can. 1491 § 2.

III. Gegenstand der Visitation. Die Ordensobern haben das Recht und die Pflicht, ihre Visitation auf alles zu erstrecken, was dem Zweck der Visitation entspricht. Ausgenommen sind die zum heiligen Offizium gehörigen Angelegenheiten Can. 501 § 2 (oben S. 297), sowie jene, welche vom Rechte dem Ortsordinarius eingeräumt werden Cann. 512; 1382; 1491. — Von den Personen, welche der Visitation unterliegen, kommen für die Ordensobern in Frage nicht nur die Professoren, Novizen und Postulanten, sondern auch die Hausgenossen auf Grund des Dienstes, der Erziehung, der Unterkunft oder der Krankheit, gemäß Can. 514 § 1, und auch hier wieder, soweit sie nicht der bischöflichen Visitation unterstehen.

Der Gegenstand der bischöflichen Visitation ist genau umgrenzt durch jene Schranken, welche wir oben

beim Inhaber der Visitationsgewalt gezogen haben Can. 512; 1382; 1491; dazu kommt Can. 1261 § 2 (Gottesdienst).

„Der Visitator hat das Recht und die Pflicht, die Religiösen, je nach Bedarf über die Visitationsgegenstände zu befragen und Untersuchung anzustellen; alle Religiösen aber haben die Pflicht, der Wahrheit gemäß zu antworten; auch ist es Obern (dieser Religiösen) nicht erlaubt, sie in irgend einer Form von dieser Pflicht abzuwenden zu machen oder den Visationszweck in anderer Weise zu verhinderen“ Can. 513 § 1. Der vorletzte Kanon des Rodeg hat die Freiheit der weiblichen und männlichen Religiösen in diesem Punkte geschützt: Oberinnen sollen vom Visitator für unfähig erklärt werden, Ämter auszuüben, welche mit der Leitung anderer (Schwestern) betraut sind und mit Enthebung vom Oberinamte, das sie innehaben, bestraft werden: a) wenn sie nach Ankündigung der Visitation Ordensschwestern ohne Zustimmung des Visitators in ein anderes Haus versetzen; b) wenn sie in eigener Person oder durch andere („per alios“, also nicht nur per alias) direkt oder indirekt die Mitschwestern bestimmen, daß sie auf die Fragen des Visitators schweigen oder die Wahrheit in irgend einer Form verstellen oder nicht aufrichtig darlegen; c) wenn sie wegen der dem Visitator erteilten Antworten unter irgend einem Vorwande lästig fallen. Wenn nicht vorgeordnete Schwestern in den Punkten b) und c) sich verfehlen, trifft sie wenigstens die erste Strafe „inhabiles ad officia assequenda quae aliarum regimen secumferunt, a Visitatore declarentur“; „sie sollen vom Visitator zu Leitungsämtern für unfähig erklärt werden“ Can. 2413 § 1. Diese Bestimmung gilt dem Wortlaute nach für Klosterfrauen (moniales) und sonstige weibliche Religiösen (sorores) Can. 488 nn. 7. 1.; sie gilt aber auch für männliche Religiösen Can. 2413 § 2. Der Rodeg deutet hier an, daß derartige Mißbräuche vielleicht bei den religiosae mehr zu fürchten sind wegen ihres durch Furcht und Ehrfurcht mehr beeinflussbaren Charakters. Da im Can. 2413 kein Unterschied gemacht wird, ist das Wort „Visitator“ im weitesten Sinne zu gebrauchen vom Ordensobern Can. 511, vom Ortsordinarius Can. 512 und von ihren Stellvertretern.

IV. Zeit der Visitation. 1) Die Ordensobern haben die Visitation vorzunehmen, wann und sooft sie die *Constitutionen* vorschreiben, bzw. gestatten. Die *Normae* aa. 254 ff. sehen die Pflicht einer dreijährigen Visitation vor, indes kann sie noch öfter auferlegt sein, *Vastien-Elfner* n. 463. — 2) Die Ortsordinarien haben wenigstens alle fünf Jahre die vollständigen oder teilweisen Visitationen vorzunehmen Can. 512; CC. d. 24. Nov. 1920 ad II (AAS. 12, 575 II).

V. Form der Visitation. 1) Was dem Gegenstande und dem Zwecke nach zur Visitation gehört, wird in „*väterlicher Form*“ erledigt Cann. 345; 513 § 2. Darum gibt es von den Vorschriften und Dekreten der Visitation *keinen* *aufschiebenden* Refurs (*recursus in suspensivo*; cfr. Cann. 647 § 2 n. 4; 2243 § 2; 2287), sondern nur einen *überweisenden* Refurs (*recursus in devolutivo*) cit. Cann. 345; 513 § 2. Gehört jedoch ein Vorgehen weder zum Gegenstand noch zum Zweck der Visitation, so muß der Visitator, wenn er sonst Jurisdiktion besitzt, den gewöhnlichen *Gerichtsweg* beschreiten. Tut er es, und zwar auch in Visitationsfragen, so steht dem Verurteilten die Berufung (*appellatio*) oder die Beschwerde mit aufschiebender Wirkung (*recursus in suspensivo*) offen *ibidem*.

2) Der Bischof hat das Recht, zwei Kanoniker aus dem Dom- oder einem Kollegiatkapitel nach Belieben sich als Begleiter und Helfer bei der Visitation zu erwählen Can. 343 § 2. Solange sie dieser Aufgabe obliegen, sind sie vom Chöre dispensiert, so daß sie sämtlicher Einkünfte teilhaftig werden, nämlich der Pfründeeinkünfte und „täglichen Verteilungen“; nur die „Verteilungen, welche den wirklich Anwesenden“ („*Distributiones inter praesentes*“) zugedacht sind, fallen weg Can. 420 § 1 n. 12 u. § 2. Das gleiche gilt, sooft ein Kanonikus an Stelle des Bischofs die kanonische Visitation vornimmt *ibi*. Übt der Ordensobere sein Visitationsrecht aus, so soll er auf der Reise immer von einem anderen Mitglied seiner Genossenschaft begleitet sein. Dies gilt auch, wenn an Stelle des Generalobern ein Vertreter die Visitation vornimmt. Den Vertreter kann der Generalobere frei aus dem Generalrate wählen, außerhalb des Generalrates mit Beziehung dieses Rates. Die Wahl muß auf einen

Professen mit ewigen Gelübden fallen, *B a s t i e n = E l f n e r* n. 463.

3) Wird ein Frauenkloster visitiert, so darf der Visitator (Ortsordinarius; Regularobere; Stellvertreter) die *K l a u*sur zwar betreten, aber nur zum Zwecke der Besichtigung. Dabei muß er wenigstens von *e i n e m* Kleriker oder Religiösen reifen Alters begleitet sein Can. 600 n. 1.

4) Wie jede Visitation, so soll auch die Klostervisitation mit Sorgfalt geschehen, freilich ohne unnötigen *A u f e n t*halt und ohne unnötige Belastung mit Ausschluß jedes Geschenkbittens und Geschenkannehmens. Regel für die Zahlungs- und Reisekosten soll die rechtmäßige Ortsgewöhnheit sein Can. 346.

Für so wichtig hält die heilige Kirche die kanonische Visitation, daß sie im Can. 1509 n. 7 jede *B e r j ä h r u n g* gegen das Visitationsrecht für unmöglich erklärt — jedoch in dem Sinne, daß die Untergebenen überhaupt keiner Visitation unterliegen. Darum wäre eine Verjährung zugunsten des einen oder anderen Obern nicht ausgeschlossen.

§ II. Die Beichtväter der Ordensleute i. w. S.

Q u e l l e n: Cann. 518—530; 566; 595 § 1 n. 3; 871 bis 892; 2414.

Der Roderer behandelt im Abschnitt „De confessariis“ nacheinander das Beichtvateramt in Männerklöstern (klerikalen und laikalen); dann in Frauenklöstern und Häusern der Schwesternkongregationen; endlich die Gewissensrechenschaft.

I. Die Beichtväter in den Häusern einer klerikalen Genossenschaft. In diesen Häusern „sollen mehrere Priester, entsprechend der Zahl der Mitglieder, als Beichtväter aufgestellt werden, versehen mit der vorgeschriebenen *A p p r o*bation und mit der Gewalt, auch von den in der *e x e m p*ten Genossenschaft reservierten Sünden zu absolvieren“ Can. 518 § 1. Im Can. 595 § 1 n. 3 wird vorgeschrieben: „Die Obern haben dafür zu sorgen, daß alle Religiösen wenigstens einmal in der Woche zum heiligen Bußsakrament hinzutreten.“ Darum müssen genügend viele Beichtväter aus der Zahl der geeigneten Patres aufgestellt werden. Jedes Mitglied wählt sich daraus seinen ordentlichen Beichtvater, welcher zur Osterzeit gegenüber dem Klosterobern be-

zeugt, daß der Ordensgenosse regelmäßig jede Woche zum Beichten kam; vgl. Statuta nn. 73. 74. — Es erübrigt noch, die beiden Begriffe „Approbation“ und „reservierte Sünden“ näher zu erklären.

1) Die Approbation der Ordensbeichtväter wird im Rodez gemäß Cann. 873 sqq. genauer geregelt. a) Die Obern der exempten Religiosen besitzen für ihre Untergebenen ordentliche Jurisdiktion nach Maßgabe der Konstitutionen Can. 873 § 2. Indes sollen die Ordensobern ohne schwerwiegenden Grund das Beichtvateramt („per modum habitus“) bei ihren Untergebenen nicht ausüben; freilich wenn diese freiwillig und aus eigenem Antriebe das eine oder andere Mal um die heilige Beicht bitten, so steht nichts im Wege, daß die Oberen mit Beobachtung der rechtlichen Vorschriften ihre Untergebenen zur Beichte zulassen Can. 518 § 2. Ferner sei es aber von den Ordensobern (i. w. S.), daß sie die Untergebenen durch Zwang, Furcht, aufdringlichen Rat oder sonstwie zum Beichtbekenntnis bei ihnen bestimmen ibi § 3. Untergebene sind nicht nur die Professoren der Genossenschaft, sondern auch die Novizen und Hausgenossen (Can. 514 § 1) nach Can. 875 § 1. Der Obere einer exempten Genossenschaft kann nach den Konstitutionen die Approbation zur Aufnahme der Beichten seiner Untergebenen (Cann. 514 § 1; 875 § 1) den Priestern derselben Genossenschaft geben und soll dies tun entsprechend der Zahl der Mitglieder Can. 518 § 1; er kann sie auch Weltpriestern und Priestern einer anderen Genossenschaft geben Can. 875 § 1. Die Approbation besteht aus zwei Teilen: der Tauglichkeitserklärung (approbatio i. e. S.) Can. 877 § 1; und der Gewalterteilung (iurisdictio); S anti = Leitner: Praelectiones⁴ III 37 n. 9. Ordensobern dürfen (wie die Ortsordinarien) die Jurisdiktion, d. h. die Erlaubnis zum Beicht hören nicht gewähren, wenn sie sich nicht von der Tauglichkeit des betreffenden Priesters überzeugt haben, entweder durch eine Prüfung (examen) oder durch die anderswo geschöpfte Kenntnis des theologischen Wissens Can. 877 § 1. — Ein exempter Ordenspriester kann für seine Mitbrüder die Approbation i. w. S. auch von dem Ordinarius jenes Ortes erhalten, in dessen Gebiet er Beichten abzunehmen hat Cann. 874; 877 § 1. Freilich zur

erlaubten Benutzung bedarf er wenigstens der *p r ä s u m i e r t e n* Zustimmung seines Obern, außer im Falle des Can. 519. In der Regel sollen die Ortsordinarien die Jurisdiktion zum Beicht hören als dauernde Vollmacht (*habitualiter*) jenen Religiosen nicht erteilen, welche von ihren Obern nicht vorgeschlagen werden; werden sie aber vorgeschlagen und als würdig befunden (Can. 877), so sollen die Ortsordinarien die Beichtjurisdiktion ohne schwerwiegenden Grund nicht vorweigern Can. 874 § 2.

b) Priester einer nicht exempten Kongregation erhalten die Approbation i. w. S. auch für ihre Ordensgenossen von dem *O r d i n a r i u s* jenes *O r t e s*, an welchem die Beichtgewalt ausgeübt wird Cann. 873 § 2; 874; 875 § 1; 877. Die obigen Regeln gelten hier entsprechend.

c) Zum Beicht hören der Weltleute und der Ordensleute anderer Orden und Kongregationen gibt die Approbation i. w. S. der Ortsordinarius Can. 874 § 1; zum Beicht hören der Ordensmänner einer exempten Genossenschaft auch der Obere dieser Genossenschaft Can. 875 § 1.

2) Die Reservation der Sünden in religiösen Genossenschaften. a) Nur die exempten klerikalen Genossenschaften haben das Recht, bestimmte Sünden dem Urteile der höheren Obern vorzubehalten, und zwar entweder auf Grund der reservierten *S ü n d e* oder auf Grund der auf die Sünde gesetzten reservierten *B e n s u r* Cann. 893; 2220; 896. Im exempten Orden bzw. in der exempten Kongregation sind mit diesem Rechte ausgerüstet einmal der *G e n e r a l o b e r e*, dann der *A b t* eines selbständigen Klosters, beide jedoch nicht allein, sondern in Verbindung mit ihrem Rat (Can. 516 § 1) Can. 896. b) Papst Clemens VIII. verfügte in der Konst. „Sanctissimus Dominus“ vom 26. Mai 1593, daß die Reserverate hauptsächlich und in erster Linie aus den elf von ihm aufgezählten Fällen genommen werden. Da der Roder von dieser Konstitution keine Erwähnung tut, so hört ihre verpflichtende Kraft auf Can. 6 n. 6, immerhin können die Clementinischen Fälle Richtpunkte bleiben. Doch dürfen die genau umgrenzten Reserverate jedenfalls die Zahl vier nicht übersteigen und müssen beseitigt werden, wenn der Zweck erreicht ist Can. 897. — c) Von den reservierten Fällen kann

absolvieren: *a*) der Obere, welcher reserviert hat, oder jener Obere, dem er die Absolution reserviert hat; *β*) die im Kloster aufgestellten Beichtväter Can. 518 § 1; *γ*) die vom Ortsordinarius approbierten Beichtväter auf Grund des Can. 519.

3) Die Beichtväter der Novizen, Postulanten und Hausgenossen. Was im bisherigen von den Beichtvätern der Professoren ausgeführt wurde, gilt entsprechend für die Novizen, Postulanten und Hausgenossen (letztere im Sinne des Can. 514 § 1). Papst Klemens VIII. bestimmte in der Konst. „Cum ad regularem“ vom 19. März 1603, daß die Novizen gewöhnlich bei ihrem Novizenmeister beichten. Das heilige Offizium verbot im Dekrete vom 5. Juli 1899 für Rom die Beichte der Untergebenen bei ihren Vorgesetzten (*confessiones alumnorum in eadem domo degentium apud Superiores*), hielt jedoch am 23. (25.) Aug. 1899 für die eigentlichen Orden die früheren Apostolischen Konstitutionen aufrecht, während es die religiösen Kongregationen am 20. (22.) Dez. 1899 ausdrücklich jenem Gesetze unterwarf (ME. XI 202, 289, 485). Der Roder hat nun das Dekret vom 5. Juli 1899 „Huic supremae“ in zweifacher Weise ausgedehnt: auf die eigentlichen Orden und auf den katholischen Erdbereich durch Can. 891: „Der Novizenmeister und sein Gehilfe, der Vorstand eines Seminars oder Kollegs dürfen die sakramentalen Beichten ihrer im nämlichen Hause mit ihnen weilenden Zöglinge nicht hören, außer wenn diese Zöglinge aus einer schwerwiegenden und dringlichen Ursache in Einzelfällen freiwillig die Bitte darum stellen.“ Dieses Verbot gilt, wie wir aus dem Worte „eiusque socius“ erschließen können, nicht nur für die Leiter des Seminars oder Kollegs, sondern auch für die übrigen Vorstände, wenn nur die Ausdrücke „Vorgesetzte, Zöglinge (*alumni*), im selben Haus weilen oder wohnen (*commorantes in eadem domo*)“ zutreffen, also für die Vizerektoren, Subregenten, Präsekte, Assistenten usw. Dagegen gilt Can. 891 nicht für den Spiritual und die Seminarprofessoren, vorausgesetzt, daß diese keine eigentlichen Vorgesetzten (*Superiores*) sind. Kardinal Benari ging jedenfalls zu weit, wenn er das Dekret „Huic Supremae“ auch auf die Bischöfe und Generalvikare (ME. XI 202, 322) ausdehnte; denn

nur sehr wenige ihrer Untergebenen verweilen mit diesen im nämlichen Hause; vgl. jedoch Can. 524 § 1 (unten IV n. 5 d). Da der Roder die Beichten der Novizen bei ihrem Novizenmeister und dessen Gehilfen beseitigte, mußte anderweitig Fürsorge getroffen werden und das geschah im Can. 566 § 2 für die männlichen Novizen: a) Für die Novizen gilt Can. 519 gerade so wie für die Professoren (davon unten). b) Der Zahl der Novizen entsprechend sollen mehrere **ordentliche** Beichtväter aufgestellt werden (auch **einer**); der Novizenmeister und dessen Sozius sind ausgeschlossen (Can. 891). c) Um den Novizen Beichtgelegenheit zu gewähren, sollen die ordentlichen Beichtväter entweder im Noviziathause wohnen (klerikale Genossenschaften; vgl. Can. 554 § 3 „musterhafte Religiösen“) oder wenigstens oft dasselbe besuchen (laikale Genossenschaften). d) Außer den ordentlichen Beichtvätern sollen den Novizen noch **außerordentliche** gegeben werden, solche, welche die Novizen in besonderen Fällen frei aussuchen können, was der Novizenmeister nicht ungnädig aufnehmen darf, und solche, bei welchen sich alle Novizen wenigstens viermal im Jahre stellen müssen, um zu beichten oder wenigstens um dessen Segen zu empfangen Can. 566 § 2 nn. 1—4; vgl. Can. 521 § 1. e) Der Novize ist nicht durch Gelübde zum Gehorsam verpflichtet, wohl aber auf Grund der Pflicht, die Mittel zum Ziele anzuwenden Can. 561 § 2.

II. Die Beichtväter in den männlichen Laiengenossenschaften. Wie wir früher sahen, gibt es exempte Laienorden und nicht exempte Laienkongregationen Can. 488 nn. 4. 2. Wenn auch für beide Genossenschaften die Bestimmungen fast gleich sind, so wird doch eine gesonderte Behandlung größere Klarheit bringen.

1) **Beichtväter in exempten Laienorden.** Der Ordensobere wählt die Priester, welche in einer exempten Laiengenossenschaft Beichtväter sein sollen, aus (designat) Can. 529 und schlägt sie vor (proponit) Can. 875 § 2. Dieser Priester oder diese Priester erhalten alsdann die Approbation (Tauglichkeitserklärung und Jurisdiktion) von dem Ordinarius, in dessen Bistum das Kloster liegt Cann. 875 § 2; 877 § 1.

2) **Beichtväter für männliche Laienkongregationen (ohne Exemption).** Die Or-

densobern bitten um die Aufstellung von Beichtvätern; der Ortsordinarius besorgt selbst die Auswahl, die Prüfung und die Erteilung der Jurisdiktion Can. 529; 874 § 1. Es liegt auf der Hand, daß er berechnigte Wünsche der Religiösen nach Ltnlichkeit berücksichtigt.

3) **Gemeinsame Vorschriften.** In allen laikaln Genossenschaften sollen Beichtväter bestellt werden: ein ordentlicher und ein außerordentlicher Can. 528. An diese haben sich die Mitglieder regelmäÙig zu halten, und zwar zunächst an den ordentlichen. Indes kann es manchmal Bedürfnis eines Ordensmannes sein, bei einem anderen Priester zu beichten. Ist der Ordensmann auswärtz, so kann er seinem Verlangen genügen nach Anweisung des Can. 519. Ist er im Kloster, so wende er sich mit dem Ersuchen an den Oberrn, welcher ihm den besondern Beichtvater zu gewähren hat, ohne nach dem Grunde zu fragen und ohne über die Bitte ein Unbehagen zu zeigen Can. 528.

III. Die außerordentliche Beichtgelegenheit für männliche Religiösen. „Wenn auch die Konstitutionen, welche die Beicht zu bestimmten Zeiten (alle acht Tage Can. 595 § 1 n. 3) vorschreiben oder bei bestimmten Beichtvätern nahelegen, aufrechterhalten bleiben, so kann ein Religiöser, auch einer exempten Ordensfamilie, zur Beruhigung seines Gewissens bei einem vom Ortsordinarius approbierten Beichtvater beichten, auch wenn dieser nicht zu den Ordensbeichtvätern gehört; und diese Beicht ist, da jedes gegenteilige Privileg widerrufen ist, gültig und erlaubt; ein solcher Beichtvater kann den Religiösen auch von den in der Genossenschaft reservierten Sünden und Zensuren absolvieren“ Can. 519.

Erläuterung des Can. 519. a) Dieser Kanon bezieht sich nicht auf die weiblichen Religiösen, für diese ist gesorgt durch Can. 522; hier gilt also Can. 490 nicht. — b) Es bleibt für die männlichen Religiösen anerkannte Regel, daß sie zur regelmäÙigen Zeit und bei den gewöhnlichen für sie aufgestellten Beichtvätern ihre Beichte ablegen. Will aber ein Religiöser bei einem für diese Religiösen nicht approbierten Beichtvater zur Beichte gehen, so muß er einen vernünftigen Grund haben: die „Beruhigung seines Gewissens“. Hierüber entscheidet jedoch nicht der Obere (Can. 528), nicht der ordentliche oder außerordentliche Beichtvater, sondern der

betreffende Pönitent und der gewählte Beichtvater. Der gewählte Beichtvater hat nicht nötig, vom Obern des Religiösen sich eine Erlaubnis zu erbitten, noch zu fragen, ob der Religiöse es getan, sondern er prüft nur, ob der Religiöse aus gutem Beweggrund zu ihm geht. — c) Eine weitere Voraussetzung ist, daß der gewählte Priester die Approbation i. w. S. vom Ordinarius des Beichtortes besitzt. Der Religiöse kann — außer der Todesgefahr — demnach nicht beichten bei einem Priester, der jeder Approbation entbehrt, noch auch bei einem Priester, der zwar Approbation von einem Ordinarius besitzt, aber nicht vom Ordinarius des Beichtortes (Ordinarius loci). Dieser vom Ortsordinarius approbierte Priester kann jenem Ritus angehören wie der Religiöse, aber auch einem anderen, wenn er nur mit Rom uniert ist, S. C. de Religiosis d. 3. Maii 1914 ad 1 (ME. 26. 117—18.) Ein unierter Basilianermönch kann in Wien bei einem Weltpriester oder Ordenspriester des lateinischen Ritus beichten, wenn nur letztere vom Ordinarius in Wien approbiert sind. Ebenso können Ordensmänner des lateinischen Ritus bei einem mit erzbischöflicher Approbation versehenen Mechitaristenpater in Wien gültig und erlaubt beichten. — d) Die Rechtswohltat des Can. 519 gilt nicht nur für Professoren, sondern auch für Novizen S. C. de Religiosis in Romana et aliarum d. 3. Maii 1914 ad 2. — e) Der gewählte Beichtvater kann den Religiösen von allen reservierten Sünden und Zensuren seiner Genossenschaft absolvieren. Ist der betreffende Pönitent Mitglied einer exempten Genossenschaft, so kommen außer den Reservaten im eigenen Orden und jenem des Can. 894 sehr wahrscheinlich auch die bischöflichen Reservate des gewählten Beichtvaters (vgl. Petrus Valtas im CdR. III. 69—77) in Frage. Ist der Religiöse Mitglied einer nicht exempten Kongregation, so kommen außer dem päpstlichen nur die bischöflichen Reservate der Diözese seines Konventes in Frage. Hier richtet sich die Absolution nach den Grundsätzen über die Reservation überhaupt Cann. 893 sqq. Die Reservation hört auf gemäß Can. 500, also namentlich dann, wenn die Vollmacht ohne schweren Nachteil für den Pönitent oder ohne Gefahr der Verletzung des Beichtsigills vom zuständigen Obern nicht erbeten werden kann Can. 900

n. 2. — Bestehen eigene Zensuren in der exempten Ordensfamilie, so kann die Absolution hievon auf Grund des Can. 519 gegeben werden; für die übrigen Zensuren und ihre Absolvierung gelten die allgemeinen Grundsätze der Cann. 2252 (Todesgefahr); 2254 (dringlicher Fall).

Die Beicht bei einem vom Ortsordinarius approbierten Priester, der nicht ordentlicher oder außerordentlicher Beichtvater ist, wird gemäß Can. 519 gültig und erlaubt abgelegt „revocato quolibet contrario privilegio“, also ohne Rücksicht auf irgend ein gegenteiliges Privileg, welches durch Can. 519 widerrufen ist. Nach Can. 4 sind darum alle gegenteiligen Privilegien widerrufen. Diese Privilegien waren zugunsten der Orden und exempten Kongregationen; für die Mitglieder selbst waren sie ja eher eine Last, denn ein Privileg, da die Beichtsfreiheit beschränkt war. Würde noch irgend ein Zweifel bestehen, ob auch die einer besonderen Erwähnung bedürftenden Privilegien abgeschafft sind, so wird dieser Zweifel verscheucht durch die Klauseln des Dekrets „In audientia“ vom 5. August 1913. Die Schlußformel dieses Dekretes, welches den Inhalt des Can. 519 zuerst zum Gesetze machte, lautet: „Allen Obern und Vorstehern eines jeden Ordens, einer jeden Kongregation oder eines jeden Institutes befiehlt Seine Heiligkeit (Papst Pius X.), daß sie die Normen dieses Dekretes getreu in Kraft des heiligen Gehorsams beobachten, wobei nicht im Wege stehen sollen alle Apostolischen Konstitutionen und Verordnungen, alle Privilegien, auch die in wirksamster Form verliehenen, noch sonstige gegenteilige Verfügungen, auch wenn sie beim Widerruf der Art, ja sogar dem Einzelfall nach erwähnt werden müßten“ (ME. 25, 357).

Das bisherige Recht war nicht einheitlich, immerhin wurde folgendes als Regel beobachtet: „Die Regularen können gültigerweise nur mit Erlaubnis ihres Oberen einem Priester außerhalb ihres eigenen Ordens beichten,“ Jansen „Ordensrecht“ S. 78. Für die Reisen der Religiösen wurden nach und nach Milderungen eingeführt, z. B. für die Kapuziner durch Leo XIII. in der Audienz vom 5. April 1897, die dem Generalprokurator des Kapuzinerordens gewährt wurde (ME. X 1 pag. 50). Die Konstitutionen derselben Kapuziner lauten in n. 117: „Wir erklären, daß die Beichten der Mitbrüder, die sie bei Beichtvätern ablegen, die nicht unserem Orden angehören, unerlaubt und ungültig sind, außer wenn die Brüder mit Erlaubnis der Obern


außerhalb des Klosters sich befinden.“ Etwas milder waren die **Dominikaner**: „Wo wenigstens vier Ordensbeichtväter zu haben sind, entbehrt die Beicht, ohne Erlaubnis des Ordensmagisters außerhalb des Ordens abgelegt, nicht nur der Erlaubtheit, sondern auch der Gültigkeit“ (Const. FF. Praedicatorum n. 101 apud **Pruemmer**: *Ius regularium speciale* (1907) n. 146 pag. 164). Mögen die Konstitutionen der einzelnen Orden so oder anders lauten, der vom Ortsordinarius approbierte Beichtvater kann alle männlichen Ordensleute zur heiligen Beicht zulassen ohne eine weitere Frage stellen zu müssen, er kann sie von allen Sünden, und allen in der Genossenschaft des betreffenden Religiösen reservierten Sünden und Zensuren absolvieren.

IV. Die Beichtväter der Klosterfrauen und Ordensschwestern.

Quellen: Cann. 520—527; 876; 239 n. 1; 2414. Zunächst muß der allgemeine Grundsatz des Can. 876 an die Spitze gestellt werden: Zur Abnahme der Beichten irgendwelcher Klosterfrauen, Ordensschwestern und deren Novizen genügt nicht die gewöhnliche Beichtjurisdiktion, sondern es bedarf einer besonderen Approbation Can. 876 § 1, welche der Ordinarius des Ordens- oder Schwestern- oder Noviziatshauses erteilt Cann. 876 § 2; 525; und zwar in der Regel ganz **f r e i**; nur wenn die Klosterfrauen unter einem Regularobern stehen, so schlägt dieser die Beichtväter vor, während der Ortsordinarius die Approbation erteilt und die etwaige Säumigkeit des Ordensobern ergänzt Can. 525. — Wenn ein Welt- oder Ordenspriester, gleichviel welche Würde und welches Amt er bekleidet, Klosterfrauen, Ordensschwestern und deren Novizen beichthört und absolviert, so ist dieses Vorgehen ohne besondere Jurisdiktion nicht nur unerlaubt, sondern auch ungültig; indes gibt es Ausnahmen. a) Kardinäle können auf dem ganzen Erdbreise alle Personen absolvieren, auch die Ordenspersonen beiderlei Geschlechts Can. 239 § 1. b) Zur Beruhigung des Gewissens kann die Religiöse bei jedem vom Ortsordinarius approbierten Beichtvater beichten Can. 522; ebenso in schwerer Krankheit Can. 523. — Jedes entgegenstehende Sonderrecht oder Sonderprivileg ist widerrufen Can. 876. — Es steht also fest folgender Satz: Jeder ordentliche oder außerordentliche Beichtvater von Klosterfrauen i. w. S. bedarf für sein Amt der besonderen Approbation des Ortsordinarius.

Der Hochwürdigste Bischof J o h a n n e s (Dr. Gföllner) von Linz hatte bei der Religiosenkongregation in Rom angefragt: „Muß der Ordinarius einen ordentlichen Beichtvater bestellen auch für ganz kleine Schwestern-Kommunitäten, wie sie in der Diözese Linz sich finden, nämlich Kommunitäten von zwei, drei, höchstens vier Schwestern, der Kindererziehung, der Krankenpflege oder anderen Werken der Nächstenliebe dienend, ohne Klausur, ohne eigenes Oratorium, oftmals versehen nach dem Willen der Generaloberin?“ Hierauf antwortete die S. C. de Religiosis am 3. Juli 1916: „Ad tertium: Obligationem non adesse nominandi Confessarium ordinarium pro Sororibus, si earum Communitas sex saltem Sororum numerum non attingat“ (Linz. Quartalsschrift 1916 S. 898; Passauer M. Schr. Bb. 27 [1917] S. 330). Diese Antwort wurde bis jetzt in den Acta A. S. nicht veröffentlicht. Besteht nun diese Erleichterung nach dem Inkrafttreten des Roder (19. Mai 1918) für Linz noch fort? Daß diese Verfügung für andere Gebiete nicht galt, ergibt sich aus der Nichtaufnahme der Erklärung in die A A S., vgl. Can. 17 § 2. P. M. B r a n d h s nimmt den F o r t b e s t a n d obiger Erleichterung im Bistum Linz, ja sogar in der katholischen Welt, ohne weiteres an, „Kirchliches Rechtsbuch“ S. 151. Indes scheint uns die gegenteilige Ansicht die richtige zu sein. Die Erklärung der heiligen Kongregation vom 3. Juli 1916 war eine authentische Interpretation des Dekrets „Cum de sacramentalibus“ d. 3. Febr. 1913 n. 1, und zwar eine b e s c h r ä n k t e Erklärung (interpretatio „coarctans“). Diese muß und mußte schon vor dem 19. Mai 1918 promulgiert werden, soll sie Gesetzeskraft erlangen Can. 17 § 2. Das geschah nicht. Also galt die Antwort nur für Linz. Für diese Diözese bildete sie ein S o n d e r r e c h t oder S o n d e r p r i v i l e g. Die Sonderrechte und Sonderprivilegien wurden jedoch durch Can. 876 § 1 aufgehoben „Revocata qualibet contraria particulari lege seu privilegio“. Also besteht die Erleichterung auch für Linz nicht mehr weiter. Diese Ansicht erhielt ihre Bestätigung durch die Religiosenkongregation vom 18. Nov. 1918 (Würzburger Diözesanbl. 1918 Nr. 40) u. v. 10. Jan. 1920 (Acta Olomucen. 1920, 77; Archiv 1920, 47) und durch CC. d. 16. Jan. 1921 (Luxemburger BD. 18. Mai 1921; LQS. 1921 S. 631).

1) Der ordentliche Beichtvater der weiblichen Religiösen. „Für jedes einzelne Haus der weiblichen Religiösen soll nur ein ordentlicher Beichtvater aufgestellt werden, der die sakramentalen Beichten der gesamten Hausgenossenschaft (Kommunität) entgegennimmt“ Can. 520 § 1.

 Erläuterung: a) Die Bestimmung gilt für Klosterfrauen, für Schwestern mit Gelübden (Can. 488 n. 7), für die Novizen beider Can. 566 § 1; aber auch für Frauenspersonen, welche ohne Gelübde ein gemeinsames Leben führen Can. 675. Bezüglich der Häuser der Klosterfrauen besteht kein Zweifel, auch

nicht bezüglich der Schwesternhäuser mit sechs und mehr Mitgliedern (darunter auch Novizen), also für alle domus sororum formatae Can. 488 n. 5. Indes besteht die Pflicht auch für die Schwesternhäuser mit fünf und weniger Mitgliedern (domus non formatae), da das Gesetz einen Unterschied nicht kennt Can. 520 § 1; 876 § 1 und etwaige Sonderrechte beseitigt wurden Can. 876 § 1, wie wir soeben sahen. — b) Grundregel ist: Nur ein ordentlicher Beichtvater für jede Hausgenossenschaft. Mit Weisheit ist das so geordnet, daß nämlich ein Geist die Kommunität leite und nicht Eigenbrödeleien entstehen; vgl. 1 Kor 1, 10—16. Doch läßt der Kodex Ausnahmen zu: a) wegen der Beschaffenheit der Kommunität; b) wegen des Bedürfnisses der einzelnen Ordensperson. „Ein zweiter ordentlicher Beichtvater oder auch mehrere können gegeben werden wegen der großen Zahl der weiblichen Religiösen (wie hundert und mehr) oder wegen einer anderen gerechten Ursache“ Can. 520 § 1. Die „gerechte Ursache“ hat der Ortsordinarius zu prüfen Can. 876 § 2. „Verschiedenheit der Muttersprache (Brandys S. 151); Abteilungen der weiblichen Religiösen nach ihrem Stande (Professen; Novizen), nach ihrer Berufstätigkeit (KinderSchwestern; Krankenschwestern, namentlich für Anstehende)“ können gerechte Ursachen sein, vorausgesetzt, daß die einzelnen Abteilungen noch entsprechend groß sind. — „Wenn eine Ordensschwester (religiosa) irgend einen besonderen Beichtvater oder geistlichen Führer erbittet zur Beruhigung ihrer Seele und zu größerem Fortschritte auf dem Wege zu Gott, so gewähre ihn der Ordinarius ohne Schwierigkeit; freilich muß er wachen, daß aus dieser Gewährung Mißstände sich nicht einschleichen; sind solche bereits vorhanden, so entfernt er sie mit Vorsicht und Klugheit, die Freiheit des Gewissens während“ Can. 520 § 2. Diese außergewöhnliche Gnade wurde wörtlich herübergenommen von dem Dekrete „Cum de sacramentalibus“ d. 3. Febr. 1913 n. 5. Der Ordinarius hat diesen Ausnahmefall zu beurteilen. Vor allem muß die Bitte begründet sein. Es genügt einer der beiden Gründe des Can. 520 § 2 „Beruhigung der eigenen Seele“ und „größerer Fortschritt auf dem Wege zu Gott“, wenn auch Brandys S. 151 beide vereinigt wissen will. Man be-

achte den Text im Roder; die beiden Gründe sind durch einen Beistrich getrennt, und dann ist im ersten Grunde stets der zweite naturgemäß enthalten Gal 5, 22; Eph 5, 9. Darum ist „der größere Fortschritt“ allein ein hinreichender Grund. Daß Mißbräuche sich bei solcher Ausnahmestellung einer gottgeweihten Jungfrau oder Frau leicht einstellen können, auf Seiten der Bevorzugten und auch der übrigen Mitschwestern, wer möchte es in Abrede stellen? Der Ordinarius hat zu wachen bei der Visitation oder bei der Untersuchung, wenn Klagen einlaufen. Stellen sich aber die Mißbräuche klar heraus, so gehe er mit kluger Vorsicht zu Werke, belehrend, mahnend, strafend. Sind die Mißstände nur wahrscheinlich, so hat die Gewissensfreiheit die Borderhand (ME. 25, 22 e). — Noch besser als der Ordinarius kann der gewählte Beichtvater im Beichtstuhle vorgehen. Wenn dieser Beichtvater entdeckt, daß keiner der obengenannten Gründe vorhanden ist, so schicke er solche Religiösen mit Klugheit fort, Dekret „Cum de sacramentalibus“ d. 3. Febr. 1913 n. 13, d. h. ohne jegliche Gefahr für das Beichtsigill Cann. 889; 890. Man beachte: Der besonders bewilligte Beichtvater („Confessarius specialis“) ist ein ordentlicher Beichtvater der einzelnen Klosterfrau oder Schwester, welcher die Rechte und Pflichten wie der ordentliche Kommunitätsbeichtvater hat, der aber guttut, sich zurückzuziehen, wenn keiner der beiden Gründe mehr obwaltet.

2) Die außerordentlichen Beichtväter der weiblichen Religiösen. Nach Can. 521 gibt es zwei Klassen von außerordentlichen Beichtvätern für jede Kommunität der weiblichen Religiösen: ein außerordentlicher Beichtvater, der jährlich öfters kommen muß; und andere außerordentliche Beichtväter, welche nach Bedürfnis aufgesucht werden können.

a) „Jeder Kommunität von weiblichen Religiösen soll ein außerordentlicher Beichtvater gegeben werden, welcher wenigstens viermal im Jahre in das Ordens- oder Schwesternhaus zu kommen hat und vor dem alle Nonnen und Schwestern zu erscheinen haben, um wenigstens den Segen zu empfangen“ Can. 521 § 1; vgl. Can. 566 n. 4. Alle Religiösen müssen sich bei diesem außerordentlichen Beichtvater stellen, demnach auch die Religiösen mit Sonderbeicht-

vätern. Durch diese Vorschrift soll die Freiheit dem ordentlichen Beichtvater, den Obern, den Mitschwestern gegenüber gewahrt bleiben. Will eine nicht beichten, so kann sie sich mit dem Segen begnügen.

b) Einige Priester sollen von den Ortsordinarien für die einzelnen Häuser als außerordentliche Beichtväter ernannt werden ohne die obige Verpflichtung, damit die weiblichen Religiösen in Einzelfällen leicht sie auffuchen können, ohne daß ein Besuch an den Ordinarius jedesmal notwendig ist Can. 521 § 2, vgl. Can. 566 n. 3. Keine Oberin darf, wenn die untergebene Klosterfrau, Schwester oder Novizin um einen der außerordentlichen Beichtväter (Can. 521 §§ 1 u. 2) ersucht, „nach dem Grunde des Ersuchens fragen weder in eigener Person noch durch andere, weder direkt noch indirekt; keine Oberin darf dem Ersuchen gegenüber durch Wort oder Handlung sich abweisend verhalten; keine Oberin darf über ein solches Ersuchen ihr Unbehagen zeigen“ Can. 521 § 3, vgl. Can. 566 n. 3. Die Folgen, welche für eine Oberin (Vorsteherin usw.) aus einem Zuwiderhandeln gegen Can. 521 § 3 entstehen können, werden wir weiter unten behandeln.

3) Die Freiheit von der Beichtvaterpflicht. Das neue kirchliche Gesetzbuch kennt zwei Fälle, in welchen die Klosterfrau, Ordensschwester oder Novizin frei ist von der Pflicht, beim ordentlichen oder außerordentlichen Klosterfrauenbeichtvater (i. w. S.) die Beichte abzulegen: den Fall der Gewissensberuhigung und den schwerer Krankheit Cann. 522; 523.

„Wenn eine Ordensschwester (religiosa) zur Beruhigung ihres Gewissens einen vom Ortsordinarius für Frauen approbierten Beichtvater aufsucht, so ist die in irgend einer Kirche oder einem öffentlichen oder halböffentlichen Oratorium abgelegte Beicht gültig und erlaubt; denn jedes gegenteilige Privileg ist widerrufen“ Can. 522; vgl. Can. 519. „Die Oberin (Vorsteherin) darf es nicht verbieten, ja nicht einmal hierüber Fragen stellen; die Religiösen sind nicht gehalten, der Oberin etwas zu melden“ Can. 522. Das Dekret der Religiösenkongregation „Cum de sacramentalibus“ v. 3. Febr. 1913 n. 14 hat nur mehr Auslegungsbedeutung Can. 6 nn. 2. 3. 1. 6; anders CdR a. 2. pag. 46.

Abgesehen von den Erläuterungen, welche wir oben zu Can. 519 gaben, sind noch folgende Punkte zu beachten: a) „Religiosa aliqua“ bedeutet jede Klosterfrau, Schwester, Novizin von den Orden und Kongregationen mit oder ohne Gelübde Can. 566 § 1; 675.

b) Der gewählte Beichtvater muß notwendig für *Frauen* s

ersonen (pro mulieribus) approbiert sein. Der Koder selbst macht zwar keine Einschränkung in der Approbation der Priester für Frauen s

ersonen Can. 905, allein der kirchliche Obere kann die delegierte Jurisdiktion beschränken Can. 878 § 1, also auch hinsichtlich des *G*e*s*c*h*e*c*t*e*s der Personen. Tatsächlich werden in Rom und anderswo nur bejahrtere Priester für die Beichten der Frauen s

ersonen approbiert, was die Cann. 522; 523 voraussetzen.

c) Die Beichten der weiblichen Religiösen sind abzulegen in einer *K*irche oder in einem ö*f*fentli*c*hen bzw. h*a*lbö*f*fentli*c*hen *D*ratorium (Can. 1188 sqq.). Man hat behauptet, diese Bedingung sei zur *G*ültig*e*it der Beichten gefordert. Dem ist n*ic*ht so. Denn mit diesen Worten wollte nur das allgemeine Gebot der Cann. 908—910 eingeschränkt werden. Wir haben hierüber Klarheit erhalten durch die Antwort des S. C. Religiosorum v. 3. Juli 1916 ad I. Der Ordinarius von Linz hatte in Rom angefragt, ob das Wort „in qualibet ecclesia vel oratorio, etiam semipublico“ in dem Dekrete „Cum de sacramentalibus“ d. 3. Febr. 1913 die Gültigkeit oder nur die Erlaubtheit der Beichten betreffe. Die Antwort hierauf lautete: Ad primum: Verbum »liceat« Numeri 14 Decreti „Cum de sacramentalibus“ neque respicit validitatem confessionum neque continet prohibitionem, confessionem peragendi in alio decenti loco — (Pass. M. Schr. 27 [1917] 330 vgl. Can. 17 § 2). Der gewöhnliche Ort also zur Abnahme der Frauenbeichten ist die Kirche oder das (halb-) öffentliche Dratorium, und zwar der mit einem ganz engen Gitter versehene Beichtstuhl; doch können Krankheiten und andere Nöten eine Ausnahme zulassen Cann. 909; 910 § 1. Indes ist der Ort n*e*m*a*ls ein Erfordernis der Gültigkeit. In diesem Punkte hat auch die Entscheidung III der CC. vom 25. Nov. 1920 (AAS. 12, 573) nichts geändert; sie lautet: „Can. 522 ita est intelligendus, ut confessiones, quas ad suae conscientiae tranquillitatem religiosae peragunt apud confessarium ab Ordinario loci pro mulieribus approbatum, licitae et validae sint, dummodo fiant in ecclesia vel oratorio etiam semipublico, aut in loco ad audiendas confessiones mulierum legitime destinato“. Die CC. hat das „an einem anderen g*e*zi*e*menden Ort“ näher erklärt mit einem „Ort, der r*e*c*h*t*m*ä*ß*ig für Frauenbeichten bestimmt ist“; diese „rechtmäßige Bestimmung“ kann für längere Zeit oder für das Bedürfnis eines Notfalles erfolgen. Über die nicht an diesen (3) Orten abgelegten Beichten sagt das CC. nichts, es bleibt demnach bei Can. 908—910, vgl. Maroto Philippus in CdR. a. 2. pag. 36 sq. Über die reiche Literatur vgl. S. Goheneche CMF. im Commentarium de Religiosis 1921 (a. 2.) pag. 335—338; 20—24.

d) Hat die Schwester in einer Kirche usw. gebeichtet, so besteht keine Verpflichtung, der Oberin hiervon Anzeige zu machen Can. 522.

e) Die Voraussetzung, daß die *O*rdens*s*chwester a*u*ßerhalb d*e*s*e*ig*e*n*e*n*s* H*a*u*s*e*s* sei, Dekret „Cum de sacramentalibus“ n. 14 ist gefallen. Es können also Klosterfrauen, Ordensschwestern oder

Novizinnen auch in ihrem Hause, ja auch in ihrer Kirche und Kapelle oder in ihrem Beichtzimmer, von dem Privileg des Can. 522 Gebrauch machen. — f) Wenn aber männliche (Can. 519) oder weibliche Religiösen (Can. 522) zu einem einfach approbierten Beichtvater gehen, jedoch nicht getrieben von dem edlen Beweggrund „der Gewissensruhe“, sondern aus einem anderen natürlichen, ja vielleicht unedlen Grunde; ist da die Beicht unerlaubt oder gar ungültig? War der Pönitent im Augenblick der Beicht an sich oder durch die Bemühung des Beichtvaters so d i s p o n i e r t, daß er die Ruhe „des Gewissens“ suchte, dann halten wir die Beicht und die Absolution für erlaubt und gültig. War aber das Beichtkind nicht so disponiert, so durfte der Beichtvater daselbe nicht absolvieren, sondern mußte es in kluger Weise fortschicken, Dekret Cum de sacramentalibus n. 13; vgl. Can. 876 § 1. — Zur „Beruhigung des Gewissens“ dient die Beicht, wenn sie nach begründeter Voraussetzung Sünden oder Gefahren zur Sünde ferne hält oder im Guten fördert, wenn sie Zweifel löst über Sünden, Versuchungen, Pflichten; wenn sie Seelenruhe und Andacht oder Vertrauen einflößt wegen der Wissenschaft, Erfahrung oder Festigkeit des gewählten Beichtvaters; wenn sie die Erfüllung der Beichtpflicht (Cann. 595 § 1 n. 3) ermöglicht oder größeren Eifer im Kommunizieren vermittelt, CdR. a. II pag. 18, 46. — Welche Erfordernisse zur G ü l t i g k e i t der Beichte gehören, darüber herrscht große Meinungsverschiedenheit. Alle sind einig in der Forderung, daß der gewählte Beichtvater vom Ortsordinarius für Frauenspersonen approbiert sei. Aber das genügt nicht, wie Can. 876 beweist. Darum fordern manche den hl. Ort („in qualibet ecclesia“ etc.), andere das A u f s u c h e n („adeat“), wieder andere den Zweck der „Gewissensberuhigung“. Daß der Ort nicht eine Bedingung der Gültigkeit ist, zeigt uns die A. der Religiösenkongregation vom 3. Juli 1916 ad I (oben). Aber auch das Auffuchen, „adire“ allein kann die Jurisdiktion nicht geben, es würde ja die Beichtvatergewalt von der W i l l k ü r einer Frauensperson abhängen. Das Auffuchen muß geregelt sein durch den edlen Z w e c k. Freilich sprechen sich gewichtige Autoren (G o n e n e c h e, C r e u s e n - B e r m e e r s c h u. a.) gegen die Herbeiziehung des Zwecks aus CdR 1921, pag. 16 sq., indes sind die ablehnenden Gründe nicht durchaus stichhaltig. Wenn auch der Gesetzgeber nicht imstande ist, das Vorhandensein zu beurteilen, so doch der Richter in der hl. Beicht selbst. Indes wäre eine gesetzgeberische Erklärung sehr erwünscht, vgl. CdR a. 2, pag. 335 sq.

Was bei Klosterfrauen i. w. S. zur „Beruhigung des Gewissens“ gilt, das gilt ganz allgemein für s c h w e r k r a n k e weibliche Religiösen, auch wenn eine Todesgefahr (Can. 882) ferne ist: Jeder für weibliche Personen approbierte Beichtvater kann solche Ordenspersonen während der schweren Krankheit beicht hören, so oft letztere es wünschen, was die Oberin weder mittelbar noch unmittelbar verhindern kann Can. 523.

4) Die Strafen für Beschränkung der B e i c h t f r e i h e i t werden im letzten Kanon des kirchlichen

Gesetzbuches also ausgesprochen: „Eine Oberin, welche den Cann. 521 § 3; 522; 523 entgegenhandelt, soll vom Ortsordinarius gemahnt werden; fehlt sie wiederum, so soll sie von demselben durch Entlassung vom Amte bestraft werden, doch soll die Religiosenkongregation auf der Stelle hievon verständigt werden“ Can. 2414. Die hier angegebenen Strafen müssen erst gefällt werden (f. s.), wie die kanonische Mahnung (Can. 2306), so die Amtsentsetzung Can. 2298 n. 6. Der Roder hat die Bestimmung des Dekretes „Cum de sacramentalibus“ n. 11 etwas gemildert; nach diesem Dekret mußte bereits vor der Absetzung der schuldigen Oberin die Religiosenkongregation einvernommen werden. Aber auch so erfieht man, wie der Apostolische Stuhl das Ansehen nicht nur der höheren Oberinnen schützt, da er eine Verständigung des Apostolischen Stuhles selbst bei Absetzung von Lokaloberinnen (auch des bischöflichen Rechts) nicht ausschließt. — Es können zuweilen schwer zu beurteilende Fälle vorkommen. Eine Schwester sucht einen gewöhnlichen Beichtvater auf „zur Beruhigung ihres Gewissens“. Aber die Mitschwester, unter ihnen die Oberin, wissen, daß „diese Seelennot eine e i n g e b i l d e t e oder wegen Skrupel u. ä. bloß s c h e i n b a r e ist“ (S. C. EE. et RR. d. 17. Aug. 1891 ad 2, ME. VII. 2 pag. 76; 16, 389). Ja noch mehr; die Vorsteherin verweigert das Auffuchen eines a u ß e r g e w ö h n l i c h e n Beichtvaters nicht aus inneren, sondern aus ä u ß e r e n Gründen („ex motivis, uti aiunt, e x t e r n i s“), z. B. propter defectum confessarii notabilem. Verfällt sie auch in d i e s e m Falle den Strafen des Can. 2414? Die heilige Kongregation der Bischöfe und Ordensleute antwortete am 5. August 1904 (ME. 16, 389) auf die Frage, ob die Oberin den außergewöhnlichen Beichtvater verweigern kann: „N e i n; aber wenn wahrhaft gewichtige Gründe vorhanden sind, so lege die Vorsteherin sie dem Ordinarius vor, dessen Urteil für sie bindend ist.“ Da die Strafen f. s. sind, so können diese Umstände berücksichtigt werden. Der Ordinarius selbst beseitige mit kluger Vorsicht die Mißstände mit Wahrung der Gewissensfreiheit Can. 520 § 2.

5) E i g e n s c h a f t e n d e r K l o s t e r f r a u e n - b e i c h t v ä t e r. Die im Can. 524 betonten Eigenschaften betreffen den Stand, die Tugend, das Alter und die Freiheit

der Klosterfrauenbeichtväter. Die einzelnen Eigenschaften sollen im folgenden dargelegt werden.

a) Zu ordentlichen und außerordentlichen Beichtvätern der weiblichen Religiösen können unterschiedslos bestellt werden: Weltpriester und Ordenspriester, letztere mit Zustimmung ihrer Obern Can. 524 § 1. Durch diesen Kanon wurden die früheren Beschränkungen aufgehoben, wonach Ordenspriester nicht Klosterfrauenbeichtväter sein konnten in den dem Ordinarius unterworfenen Häusern, und wonach der ordentliche Beichtvater in den einem männlichen Orden unterworfenen Frauenklöstern ein Priester dieses Ordens sein sollte, S a n t i = L e i t n e r: Praelectiones⁴ III 37 n. 22 pag. 386 sqq. Freilich jene Bestimmung, wonach nicht alle ordentlichen und außerordentlichen Beichtväter eines Klosters demselben Orden angehören sollen (B e n e d i k t XIV. in Konst. „Pastoralis curae“ d. 5. Aug. 1748), dürfte wenigstens ein guter Rat bleiben.

b) Zwei Tugenden sollen alle Klosterfrauenbeichtväter i. w. S. im hervorragenden Grade schmücken: die Sittenreinheit und Klugheit („morum integritate ac prudentia praestantes“). Priester, denen „die Blüten des Gartens Gottes“ anvertraut sind, müssen „Vorbilder der Herde aus der Seelentiefe sein“ 1 Petr 5, 3. Die Klugheit fordert, daß solche Beichtväter einerseits den weiblichen Charakter kennen, anderseits eine in gesunder Abseife gefestigte Führung bieten.

c) Das von Can. 524 § 1 vorgeschriebene Alter ist vierzig Jahre. In Städten und größeren Orten kann dieser Forderung genügt werden, doch ist das nicht überall möglich. Darum hat derselbe Kanon den Ordinarien die Vollmacht eingeräumt, aus gerechten Gründen auch jüngere zu nehmen. Doch muß jenes Alter stets als Ideal aufgefaßt werden. Schwierig gestaltet sich die Frage nur wegen der verschiedenen Ämter, welche nicht selten mit dem des ordentlichen Beichtvaters verknüpft sind.

d) Ämter dürfen wohl mit dem Beichtvateramt verknüpft sein, aber nicht solche, welche „eine Gewalt gegenüber den weiblichen Religiösen einräumen“ Can. 524 § 1. Ist der Beichtvater S a t e c h e t in den von Klosterfrauen geleiteten Schulen oder Erziehungsanstalten oder sonstiger

Fachlehrer, ist er **Kaplan** des Klosters, oder **Verwalter** des Oekonomiebetriebes, so sind das **Amter**, welche an sich keine Gewalt gegenüber den Klosterfrauen usw. einräumen. Hat aber der Beichtvater die weiblichen Religiösen als **Vorstand** (**Inspektor**, **Superior**) des Hauses zu leiten, ihnen **Befehle** zu erteilen usw., so ist er vom Beichtvateramt ausgeschlossen. Seit dem 5. Juli 1899 (Dekret des heiligen Offiziums „Huic Supremae“ ME. 11, 202) ist es das unausgesetzte Streben des Apostolischen Stuhles, die **Vorstandschafft** im Gewissensbereich (Beichtvateramt) von der **Vorstandschafft** im äußeren Forum, im Interesse der Freiheit der Beichtenden zu trennen. Darauf zielen ab — auch die **Cann. 518, 891** und auch **Can. 524 §§ 1 und 3**. Dieser letzte Paragraph ordnet an, daß sich „sowohl die ordentlichen als auch die außerordentlichen Beichtväter in keiner Weise einmischen in die innere oder äußere Leitung der **R o m m u n i t ä t**“. Der Beichtvater ist für die **e i n z e l n e Seele** da; ihr gilt seine Sorge, seine Hilfe, seine Tätigkeit. Eine anderweitige Einmischung bedeutet Anmaßung, fördert die **Zwietracht** und bietet Gefahren für den Beruf **Cann. 889; 890**.

6) **Wechselder Klosterfrauenbeichtväter** **Cann. 524 § 2; 526**. a) Der **a u ß e r o r d e n t l i c h e** Beichtvater kann ohne Zeitbegrenzung bestellt werden; derselbe kann ohne weiteres das Amt eines **o r d e n t l i c h e n** Beichtvaters antreten **Can. 524 § 2**. b) Der ordentliche Beichtvater **s o l l** auf drei Jahre bestellt werden, damit eine gewisse Stetigkeit in die geistliche Leitung gebracht werde; immerhin wäre die Bestellung auf kürzere Zeit, z. B. auf zwei Jahre (**PP. Cassinenses et Dominicani** nach **Lucidi Angelo: „De visitatione ss. liminum“³ II n. 148 pag. 187**) nicht ausgeschlossen. Nach Verlauf dieser drei Jahre darf er weder ordentlicher Beichtvater bleiben **Can. 526**, noch außerordentlicher werden **Can. 524 § 2**; indes nach Umlauf eines Jahres kann er wieder beides werden **ibi**. Freilich hat der Ordinarius unter gewissen Umständen die Vollmacht, das Beichtvateramt desselben Priesters auf weitere, ja sogar auf nochmal weitere drei Jahre zu verlängern („**ad alterum, imo etiam ad tertium triennium**“). Die Umstände sind folgende: Abgesehen von der Tauglichkeit des betreffenden Beichtvaters, welche vorausgesetzt wird **Can. 527**, kann der

Ordinarius die Verlängerung eintreten lassen entweder wegen einer *N o t l a g e* oder auf *A n s u c h e n* der Religiösen hin. Die *N o t l a g e* ist vorhanden, wenn der Ordinarius wegen Mangel an hierzu geeigneten Priestern eine andere Vorsorge nicht treffen kann. Nur jenes *A n s u c h e n* der Religiösen ist hinreichend, welches beruht auf der durch *g e h e i m e* Abstimmung erlangten Stimmenmehrheit *a l l e r* Religiösen, d. h. nicht nur jener, welche sonst ein Stimmrecht haben, sondern aller Beichtfinder, also auch der Chorfrauen und Schwestern mit zeitlichen Gelübden Can. 526. Wünschen die nicht zustimmenden Religiösen im 2. oder 3. Triennium einen eigenen Beichtvater, so muß er ihnen gegeben werden Can. 526. Damit ist das frühere Recht beseitigt, welches für die Verlängerung der Beichtjurisdiction des ordentlichen Beichtvaters auf weitere drei Jahre Zweidrittel, auf nochmal drei Jahre (6—9) Jahre die Gesamtheit der Stimmen verlangte. Freilich blieben die Religiösen, welche gegen die Verlängerung gestimmt hatten, meist unberücksichtigt.

7) *Entfernung der Klosterfrauenbeichtväter.* Aus schwerwiegendem Grunde kann der *Ortsordinarius* (Cann. 198 § 2; 876 § 2) den ordentlichen wie den außerordentlichen Beichtvater der Religiösen entfernen. Den Grund der Entfernung muß er nur dem Apostolischen Stuhl auf Befragen angeben. Dies gilt auch, wenn das fragliche Frauenkloster den Regularen unterworfen ist, und wenn der Beichtvater dem Ordensstande angehört; freilich dem Regularobern hat der Ortsordinarius Anzeige zu erstatten, wenn die Ordensfrauen den Regularen unterworfen sind Can. 527, begreiflich, da ja der Ordensobere das Vorschlagsrecht besitzt Can. 525. Fühlt sich durch das Vorgehen des Ortsordinarius ein Teil beschwert (der Beichtvater, die Regularobern, das Frauenkloster oder Schwesternhaus), so steht nur der Refurs an den Apostolischen Stuhl offen, und zwar ohne aufschiebende Wirkung Cann. 527; 880.

V. Gewissensrechenchaft. Das Dekret „*Quemadmodum*“ der S. C. EE. et RR. d. 17. Dec. 1890 hat in sämtlichen Laikalgenossenschaften die „Gewissensrechenchaft, Gewissenseröffnung, *conscientiae manifestatio*“ verboten und abgeschafft, insoweit sie durch Regeln, Konstitutionen, Ge-

wohnheiten oder Vorschriften der Obern geboten war (ME. VII. 1 pag. 6—7). Der Roder geht noch einen Schritt weiter, indem er im Can. 530 bestimmt: „§ 1. Alle Ordensobern i. w. S. erhalten das strenge Verbot, ihre Untergebenen in irgend einer Form anzuleiten, bei ihnen die Gewissensrechnung abzulegen. — § 2. Doch ist es den Untergebenen nicht verwehrt, aus ganz freien Stücken ihr Herz den Obern zu eröffnen; ja es empfiehlt sich, daß sie mit kindlichem Vertrauen die Oberen aufsuchen, denen sie, wenn sie Priester sind, auch die Zweifel und Ängsten ihres Gewissens darlegen können.“ Aus Can. 530 folgt demnach: a) Eine gebotene Gewissensrechnung gibt es in keiner weiblichen und männlichen Genossenschaft mehr, auch nicht in einer Priesterkongregation oder in einem Priesterorden; im Gegenteil jedes Hinwirken auf eine solche durch die Obern ist verboten. Auch der Novizemeister ist gegenüber den Novizen Oberer Can. 559—565; anders Ferreres J.B.: Theol. mor.¹¹ II 630. b) Dieses Verbot berührt nicht nur die Gewissensrechnung bei untergebenen Professan, sondern bei sämtlichen Untergebenen („personas sibi subditas“), also bei Novizen, Postulanten und Hausgenossen Can. 514. c) Die ganz freiwillige Gewissenseröffnung ist nicht unbefugt, ja im allgemeinen empfohlen. Handelt es sich aber um Gewissenszweifel und Skrupeln, welche mit Sünden zusammenhängen, so sind diese nur den Priestern vorzulegen, dürfen also auch nur den priesterlichen Vorgesetzten vorgebracht werden. Die übrigen Obern sollen die Untergebenen in diesen Angelegenheiten an die Priester verweisen.

§ 12. Die Kapläne der Ordensleute.

Der Roder überschreibt das 2. Kapitel des Tit. X Buch II mit den Worten „De confessariis et cappellanis, von den Beichtvätern und Kaplänen“, macht aber nur eine Andeutung von den Aufgaben der Kapläne im Can. 529, dazu wird im Can. 479 § 2 betont: „Hinsichtlich der Kapläne der weiblichen Religiösen, der Mitglieder einer laicalen Männergenossenschaft, einer Bruderschaft oder einer sonstigen rechtmäßigen kirchlichen Vereinigung sollen die Vorschriften der einschlägigen Kanones beobachtet werden.“ Wir können demnach hier die

klerikalen Männerorden und Kongregationen, ob sie exempt sind oder nicht, ausscheiden. Es bleiben demnach zu behandeln übrig die Kapläne der exempten Klosterfrauen und exempten laikaln Männerorden; dann der übrigen (nicht klerikalen) Kongregationen, sofern sie der Ordinarius mit Exemption von der Pfarrgewalt ausgezeichnet hat. „Der Bischof kann aus einem gerechten und wichtigen Grunde nicht exempte Ordensfamilien i. w. S. . . . innerhalb der Pfarrei von der Pfarrseelsorge ausnehmen“ Can. 464 § 2; wie weit, hängt gleichfalls vom Willen des Diözesanbischofs ab. Sind Religiosenhäuser weder durch das gemeine Recht noch durch bischöfliche Verfügung ausgenommen, so unterstehen sie der Pfarrgewalt. Immerhin hat die Pfarrgeistlichkeit kein Recht, sich in das innere Ordensleben oder in die Verwaltung einzumengen, vgl. Can. 618; hierüber machen jene, denen die Konstitutionen das Recht hiezu einräumen. Auch ist eine eigene Jurisdiktion notwendig, um ordentlicher oder außerordentlicher Beichtvater auch der nicht exempten Religiosen sein zu können Cann. 876; 528. — Im ganzen und großen gleicht die Stellung dieser Kapläne (Kuraten, Offiziatores usw.) jener der Kirchenvorstände (ecclesiarum rectores) Cann. 479—86; im einzelnen bleibt folgendes zu bemerken.

I. Vom Ordinarius (Bischof) muß dem Ordenshause eine **Kirche** zur Mitbenützung oder zur ausschließlichen Benützung angewiesen werden Cann. 497; 1162. Das gleiche gilt für die öffentlichen **Kapellen** oder **Oratorien** Can. 1191 und nach Can. 1192 für die halb-öffentlichen Kapellen (oratoria semipublica). An dieser Kirche ist ein Priester als eigentlicher **Kaplan** aufzustellen, natürlich auch mit einem hinreichenden Einkommen, welches das Ordenshaus zu bestreiten hat vgl. Can. 1495 § 2, namentlich wenn er sonst einer Pfründe oder einer Stellung entbehrt. Ist das Haus nicht exempt, so bestellt den Kaplan der Ortsordinarius ganz frei; freilich wird er auch den gerechten Wünschen der Religiosen Rechnung tragen. Ist das Ordenshaus exempt, so schlägt der Obere den Kaplan vor, welchen der Ortsordinarius, wenn tauglich befunden, bestätigt und mit Vollmachten versieht Cann. 529; 875 § 2. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Beichtvater zugleich das Amt des Kaplans, Kuraten, Offiziators usw. versieht.

II. In der Kirche oder Kapelle darf das **Allerheiligste** aufbewahrt werden, vorausgesetzt daß ein Priester da ist, der für das Allerheiligste Sorge trägt durch Beobachtung der liturgischen Vorschriften (Tabernakel, Ewiges Licht, Erneuerung der Gestalten) und wenigstens einmal in der Woche daselbst die heilige Messe feiert Can. 1265 § 1 n. 2. In dieser Kirche oder Kapelle darf aus gerechtem Grund das Allerheiligste privatim d. h. in der Pyxis (Speisefelch) auch ohne Erlaubnis des Ordinarius ausgesetzt werden Can. 1274 § 1. Die öffentliche Aussetzung dagegen darf nur in Kirchen stattfinden während des Hochamts und der Vesper der Fronleichnamsoctab; sonst auch in exempten Kirchen nur mit Erlaubnis des Ordinarius.

In den Oratorien der Religiösen und der „piaedomus“, wo das Allerheiligste aufbewahrt wird, darf in der heiligen Weihnacht (nach Ablauf des 24. Dezember) ein Priester die drei heiligen Messen darbringen oder nur eine (mit Einhaltung der Vorschriften), welche auch zur Erfüllung der Feiertagspflicht genügt, und die heilige Kommunion spenden jenen, die darum ersuchen Can. 821 § 3. Am Gründonnerstag haben die exempten Religiösen das Recht auf die **Konventmesse**, Can. 862; S. R. C. in Comen. d. 9. Dec. 1899 (D. Au. n. 4049 ad 2), wahrscheinlich auch die Religiösen, welche, wenn auch nicht exempt, eine eigene Kirche (Oratorium) und einen eigenen Offiziator (Kaplan) haben. Der Grund der letzten Annahme liegt in dem Hinweis auf das Dekret vom 31. August 1839 (n. 2799). Dort heißt es: „Die Obern zelebrieren im Oratorium, um den Religiösen die heilige Kommunion zu reichen; und wenn ein Oratorium fehlt, so geschehe es in den Kirchen bei verschlossenen Türen“ (ME. 12, 34—35).

Haben Personen mit gemeinsamem Leben nur eine Hauskapelle, wo sie der Sonntagspflicht genügen, so können von allen Angehörigen des Hauses in dieser Kapelle alle jene **Ablässe** gewonnen werden, für deren Gewinnung der Besuch einer bestimmten Kirche nicht vorgeschrieben ist Can. 929; S. Off. d. 41. Jan. 1909 (ME. 21, 6).

Die **Osterkommunion** kann von den Religiösen in der eigenen Kirche verrichtet werden; für die Exempten ist dies auch der zuständige Ort Can. 859 § 3.

Die Sterbesakramente (Wegzehrung und Letzte Ölung) werden in allen klerikalen Genossenschaften, also auch in den nicht exempten, vom Obern oder seinem Stellvertreter gespendet, und zwar, wie wir oben sahen, den Professen, Novizen und Hausgenossen Can. 514 § 1; — in den exempten Laienorden von dem aufgestellten Kuraten (Kaplan) Can. 529, vgl. mit Can. 514 § 3; dasselbe gilt von den nicht exempten Laienkongregationen, welche der Bischof von der Pfarrgewalt ausgenommen hat Cann. 514 § 3; 464 § 2; sonst vom Pfarrer oder dessen Stellvertreter Can. 514 § 3. — In den Frauenklöstern hat der ordentliche Beichtvater Recht und Pflicht, die Sterbesakramente den Nonnen, Novizen, Postulantinnen zu spenden oder sein Stellvertreter Can. 514 § 2. Diesen Priestern ist aus dem genannten Anlaß die Vollmacht eingeräumt, freilich unter den üblichen Vorsichtsmaßregeln, die Klausur zu betreten, um den Kranken die heiligen Sakramente zu reichen und den Sterbenden beizustehen Can. 600 n. 2. Die Religiosenkongregation hat am 1. September 1912 ein Dekret erlassen (ME. 24, 398), welches die Krankenkomunion der Nonnen mit päpstlicher Klausur regelt: Ist der Beichtvater und auch sein Stellvertreter (der Kaplan) nicht zu haben, so darf ein dritter Priester, auch ein Ordenspriester sogar ohne Sozus, mit Erlaubnis des Bischofs den kranken Ordensfrauen die heilige Kommunion bringen, welche nicht imstande sind, an das Kommuniongitter zu kommen. Vom Eingang in die Klausur bis wieder zum Ausgang haben den Priester, wenn möglich, vier bejahrte Klosterfrauen zu begleiten, wenn er die heilige Eucharistie zu der (den) Kranken und von da in die Kirche wieder zurückbringt, wie das Rituale es für Krankenkommunionen vorschreibt. Um die Lage zu erleichtern kann der Bischof auch die Äbtissin oder Vorsteherin mit der Vollmacht betrauen, dem fraglichen Priester im Namen des Oberhirten den Eintritt zu gestatten. Der Beichtvater, sein Stellvertreter, sowie der soeben genannte dritte Priester spenden demnach nicht nur die Sterbesakramente, sondern auch die Krankenkomunion (Andachtskomunion) allen jenen Klosterfrauen, welche an das Kommuniongitter nicht zu kommen vermögen. — Der von schwerkranken

Klosterfrauen oder Schwestern nach Can. 523 herbeigerufene Priester hat an sich nur das Recht zur Spendung des Bußsakramentes und der „Generalabsolution“ (Can. 468 § 2), doch kann er für Wegzehrung und hl. Ölung als Stellvertreter bestellt werden Cann. 514 §§ 2 und 4, 600 n. 2. — Ein Betreten der Klausur zu kirchlichen Segnungen, z. B. am Karfreitag, Epiphanie, ist für den Beichtvater usw. nicht statthaft S. R. C. d. 4. Sept. 1596 (ME. 15, 323).

Sind die übrigen weiblichen Religiösen nach Can. 464 § 2 von der Pfarrgewalt *exempt*, so gelten obige Rechte und Pflichten entsprechend; sind sie nicht exempt, so unterstehen sie der Pfarrgewalt bezüglich der Sterbsakramente wie die gewöhnlichen Gläubigen Can. 514 § 3.

„Wer tatsächlich den Kranken beisteht, mag er der Pfarrer sein, der Beichtvater, der Kaplan oder irgend ein anderer Priester, hat die Vollmacht, den Kranken den Apostolischen Segen mit vollkommenem Ablass im Augenblick des Todes („Generalabsolution“) zu erteilen nach der in den liturgischen Büchern angegebenen Form; einen Segen, den man zu spenden ja nicht veräume“ Can. 468 § 2. Die Formel des A. S. findet sich abgesehen von den Diözesan- und Ordensritualien im Römischen Rituale tit. V. cp. 6 nn. 1—8; S. R. C. d. 9. Aug. 1922 ad c. 6. n. 7. (AAS. 14, 506).

III. Liturgische Funktionen. Wo die Pflicht des Chorgebetes besteht (unten § 21 n. 3), da muß auch (in weiblichen Genossenschaften wenn möglich) die dem Tagesoffizium entsprechende heilige Messe alltäglich den Rubriken entsprechend gelesen werden (*Konventmesse*) Can. 610 § 2. In der betreffenden Klosterkirche oder Ordenskapelle hat darum der Kaplan, auch wenn er Weltpriester ist oder einem anderen Orden (Kongregation) angehört, sich nach dem Kalendarium der Ordenskirche bzw. Ordenskapelle zu richten. Über die liturgische Feier der Konventmesse vgl. „Additiones et Variationes in Rubricis Missalis“ I n. 1; IV 6; Franz Brehm: „Die Neuerungen im Missale“ S. 9, 13, 157.

Die Gottesdienste und liturgischen Funktionen während des Kirchenjahres obliegen dem Kaplan (Offiziator) nach dem berühmten Dekrete der Ritenkongregation vom 10. Dezember 1703 — 12. Januar 1704 (D. Auth.

n. 2123), wenn entweder die Kirche oder Kapelle von der Pfarrgewalt exempt oder wenn der Priester wenigstens als Kirchenvorstand aufgestellt ist Can. 1193. Darum kommen dem Kaplan zu u. a. die Weihe und Verteilung der Kerzen, Asche, Palmen; die Weihe des Feuers, des Samens, der Eier ibi nn. 6 und 7. Sonst kommen diese Funktionen der Pfarrgeistlichkeit zu; auch kann der Ordinarius bei der Verleihung der Exemption Can. 464 § 2 gewisse Funktionen ausdrücklich ausnehmen Can. 1183.

Die **Eheschließung** „sollen die Ordinarien in den Kirchen bzw. Kapellen der Seminarien oder weiblichen Genossenschaften nicht erlauben, außer wenn die Not dazu zwingt und dann mit Anwendung der geeigneten Vorsichtsmaßregeln“ Can. 1109 § 2. Der Notfall ist nur dann gegeben, wenn eine weitere Kirche usw. an dem Orte nicht vorhanden ist oder wenn die andere(n) Kirche(n) unbrauchbar oder unzugänglich ist (sind). Die verwandtschaftlichen Beziehungen der Brautleute zu den weiblichen Religiösen sind keine „urgens necessitas“. Gibt der Ordinarius die Erlaubnis, dann soll die Zeit so gewählt werden, daß die Schwestern von der Kirche ferne sind; vgl. Cann. 712 § 3; 1225; 1264 § 2.

IV. Verkündung des Wortes Gottes. 1) Handelt es sich um klerikale Männerorden oder Kongregationen mit **Exemption**, so erteilt der Obere die Predigtvollmacht für Predigten, Vorträge, Unterweisungen, welche nur an die Mitglieder (Can. 514 § 1) gehalten werden Can. 1338 § 1. Der Obere kann auch Weltgeistliche oder Ordensgeistliche aus anderen Genossenschaften damit betrauen, vorausgesetzt, daß sie von ihrem Ordinarius oder Obern für tauglich erklärt worden sind ibi. Richtet sich aber das Wort Gottes auch an **andere**, so ist die Predigtvollmacht des Ortsordinarius vonnöten; das gleiche trifft zu bei Predigten oder Vorträgen an **exempte Klosterfrauen**; sind diese den Regularen unterworfen, so muß noch die Erlaubnis des zuständigen Ordensobern dazu kommen Can. 1338 § 2. Ganz dasselbe gilt für Predigten (Vorträge usw.) an **Ordensbrüder** eines exempten Laienordens oder einer exempten Laienkongregation — Vollmacht des Ortsordinarius, Erlaubnis des Obern Cann. 1338 § 3; 529. Entsprechend gelten diese Grundsätze für Predigten und Vorträge, welche Welt- oder Ordensgeistliche (i. w. S.) vor Religiösen halten, die der

Ordinarius entweder von der Pfarrgewalt ausgenommen hat Can. 464 § 2, oder deren Kapläne den Charakter eines Kirchenvorstandes besitzen Cann. 479 sqq.; S. R. C. d. 12. Ian. 1704 n. 18. Wenn der Ortsordinarius Vorschriften gab über kurze Vorträge homiletischer oder katechetischer Natur, welche an den gebotenen Feiertagen in der heiligen Messe an die Gläubigen zu halten sind, so binden diese Vorschriften nicht nur die Weltpriester, sondern auch die (exempten) Ordenspriester in ihren Kirchen Can. 1345. Die Vorschriften des Roder über Predigten, Vorträge, Unterweisungen gelten nur von den förmlichen Predigten usw., welche von Geistlichen (Can. 1342) in der Kirche oder Kapelle abgehalten werden. Handelt es sich aber um Vorträge, Belehrungen, Konferenzen, welche der häuslichen Gewalt entspringen, nicht der kirchlichen Jurisdiktion Can. 501 § 1, so bedarf es der Vollmacht des Ortsordinarius nicht; vgl. Brandh's n. 139 S. 136. — Der katechetische Unterricht bzw. die Vervollkommnung des katechetischen Wissens muß in den Ordenshäusern eifrig gepflegt werden Can. 509 § 2 n. 2 (oben § 5 III n. 4 b). Insbesondere müssen die Laiennovizen der Männerorden oder Kongregationen, sowie sämtliche weibliche Novizen (außer jenen mit höherer Bildung) in der christlichen Glaubens- und Sittenlehre fleißig geschult werden Cann. 565 § 2; 490. — Auch für die Abhaltung der Katechese in der Klosterkirche kann eine Verpflichtung eintreten, vorausgesetzt, daß das klösterliche Leben keinen Schaden leidet, wenn die Ordensobern, auch die exempten, vom Ortsordinarius zur notwendigen Aushilfe in der Katechese ersucht werden Can. 1334. Diese Verpflichtung tritt nicht ein, wenn die Ordensgeistlichen bereits anderweitig in Anspruch genommen sind. Auch sollen in den Kirchen oder Kapellen der Klosterfrauen und Schwestern Knaben im Katechismus nicht unterrichtet werden, wenigstens nicht größere; vgl. Cann. 712 § 3; 1225.

V. Das Begräbniß. Wir sehen hier ab von den exempten Orden und Kongregationen mit klösterlichem Charakter; für diese gelten die Cann. 514 § 4; 1221; 1230 § 3; ebenso für die klösterlichen Genossenschaften, welche der Ortsordinarius von der Pfarrgewalt ausgenommen hat Can. 464 § 2. Der Ordensobere oder sein Bevollmächtigter vollzieht die ganze

Leichenfeier (Erhebung, Begleitung und Exsequien). Für exempte Laiengenossenschaften geschieht die Beerdigungsfeier durch den Kaplan Cann. 514 § 4; 1230 § 5. Dasselbe Recht gilt für deren Novizen und Diener Can. 1221 § 3. — Ist eine klerikale Genossenschaft in keiner Weise exempt, so kommt das Recht der Erhebung des Leichnams und dessen Begleitung bis zur beerdigenden Kirche dem Ordensobern zu Can. 1221 § 1; das Recht der Exsequien aber dem Pfarrer Can. 1230 § 4. Bei nicht exempten Laiengenossenschaften gilt das gleiche, nur tritt an die Stelle des Laienobern der Kaplan (Kurat) Can. 1221 § 1. In unseren Gegenden kämen also die Aussegnung dem geistlichen Obern bzw. Kaplan, die Abhaltung der Beerdigung und des Gottesdienstes dem Pfarrer zu.

Bei Klosterfrauen und Exempten (Can. 464 § 2) Schwestern hat der Kaplan (Offiziator usw.) das Recht und die Pflicht, die Professen kirchlich zu beerdigen; sonst der Pfarrer Can. 1230 § 5. Gleiches gilt hinsichtlich der Novizen und der im Kloster ständig wohnenden Dienerinnen Cann. 1221; 1224 n. 2, doch steht diesen die Wahl der Begräbniskirche frei, ibi.

§ 13. Besitz und Verwaltung des Ordensvermögens.

Als 3. Kapitel in der „Leitung der religiösen Genossenschaften“ tritt uns im Roderx entgegen „Das Vermögen und dessen Verwaltung“. Manche Punkte werden uns erst später begegnen, wenn vom Gelübde der Armut die Rede sein wird; hier beschäftigt uns zunächst nicht das Vermögen der natürlichen Personen, sondern jenes der juridischen Personen des Ordens (der Kongregation, der Provinz, des Klosters oder Hauses). Folgende Schlagwörter kennzeichnen den Inhalt des dritten Kapitels: Eigentum und Besitz; Verwaltung; Anlegung; Veräußerung; Rechenschaftsablegung; Haftpflicht.

I. Eigentum und Besitz der religiösen Genossenschaften an zeitlichen Gütern. Die Orden, Kongregationen, deren Provinzen und Häuser sind fähig, zeitliche Güter (Vermögen) mit ständigen oder gestifteten Einkünften zu erwerben und zu besitzen Can. 531. Diese Besitzfähigkeit ergibt sich aus jener der katholischen

Kirche Can. 1495 § 1, welche gewissen moralischen Personen (Kollegien, Kapiteln, Häusern) in ihrem Gebiete die juristische Persönlichkeit und damit das Erwerbs-, Besitz- und Verwaltungsrecht verleihen kann Cann. 100 § 1; 1495 § 2. — Indes gibt es religiöse Genossenschaften, bei denen die Besitzfähigkeit durch ihre Regeln und Konstitutionen entweder ganz ausgeschlossen oder wenigstens beschränkt ist Can. 531. Das Trienter Konzil nennt die „domus fratrum S. Francisci Capucinorum et eorum qui Minorum de observantia vocantur“, also der Kapuziner und Observanten, sess. 25 c. 3 de reg.; wie wir oben (§. 285) gesehen, wurden die drei Familien der Observanten von Leo XIII. 1897 zu der einen Familie der Fratres minores verschmolzen.

Die Erwerbsfähigkeit vom Eigentum unterliegt bei religiösen Genossenschaften nicht selten einer Beschränkung durch staatliche Gesetze; man nennt die diesbezüglichen Gesetze „Amortisationsgesetze“ (Gesetze betr. die „tote Hand“, *leges relate ad manum mortuam*). In Deutschland gehören hieher die Artikel 84—86 und 88 des EG. zum BGB. Auf Grund dieser Artikel machte das Bayerische AG. (Ausführungsgesetz) zum BGB. vom 9. Juni 1899 folgende Einschränkungen: 1) Geistliche Gesellschaften bedürfen der landesherrlichen Genehmigung a) stets, wenn Schenkungen oder Zuwendungen von Todeswegen; b) bei unbeweglichen Vermögen, wenn Erwerbungen den Wert von 10 000 Mark übersteigen. 2) Die landesherrliche Genehmigung ist notwendig für ausländische juristische Personen, die religiöse oder wohltätige Zwecke oder Zwecke des Unterrichts oder der Erziehung verfolgen, nur mit der Verschärfung, daß diese Genehmigung stets beim Erwerb des Eigentums an einem Grundstücke, sonst beim Überschreiten der Summe von 5000 Mark erforderlich ist. „Die Vorschriften der Art. 7, 8 (inländische geistliche Gesellschaften) erstrecken sich nicht auf die Englischen Fräulein in Bayern“ Art. 9 des AG. z. BGB. — Während das Reichsgericht am 4. Jan. 1904 anerkannte, daß die „Bruderschaften“ nicht zu den „geistlichen Gesellschaften“ gehören, entschied das Bayr. Oberste Landesgericht am 3. Juni 1904, daß die „Marianischen Kongregationen“ im Sinne des § 76c RE. „geistliche Gesellschaften“ seien. — Am 11. August 1919 trat die neue Verfassung des Deutschen Reiches in Kraft. In dem Art. 124 derselben werden die „religiösen Vereine und Gesellschaften“ hinsichtlich der „Bildung und des Erwerbes der Rechtsfähigkeit“ allen übrigen Vereinen gleich gestellt. Deshalb erscheint es mehr als fraglich, ob die „Amortisationsgesetze“, welche nicht für alle juristischen Personen gelten, für die geistlichen Gesellschaften noch bestehen; vgl. Art. 137 III.

Die einzelnen Ordenspersonen, auch jene mit dem strengsten Armutsgeklübbe, unterliegen staatlicherseits keinen Einschränkungen mehr. Alle früheren Landesgesetze, welche die Ordenspersonen für vermögensunfähig erklärten, mit der Ablegung der Gelübde den bürgerlichen Tod

verbinden oder einzelnen kirchenrechtlichen Bestimmungen über Vermögensunsfähigkeit der Religiösen staatliche Anerkennung gewähren, sind aufgehoben, Geiger R. Aug.: Pfarramtsverwaltung¹⁰ I (1910) S. 99. — In Österreich wurden die alten Amortisationsgesetze durch das Konkordat Art. 29 und 35 aufgehoben. Das „Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger“, Art. 6 läßt prinzipiell Amortisationsgesetze zu, Haring J. B.: „Kirchenrecht“¹² § 193 n. III.

II. Die Verwaltung des Ordensvermögens in der Genossenschaft, in der Provinz, im Ordenshause (i. w. S.) vollzieht sich nach den Konstitutionen Can. 532 § 1. Die Ausgaben und die rechtlichen Geschäfte der gewöhnlichen Verwaltung machen gültigerweise zunächst die zuständigen Obern, dann jene Ordensbeamten, welche die Konstitutionen hiefür aufstellen im Rahmen ihres Berufes Can. 532 § 2. Welche Ausgaben und Rechtsgeschäfte die Obern ohne und mit Zustimmung des Rates machen können, bestimmen die Konstitutionen. Zu den Beamten, welchen die Vermögensverwaltung übertragen wird, gehören vor allem die Ökonomen Can. 516 § 2, Verwalter, Schaffner, cellerarii oder wie sie sonst genannt werden. Wenn auch die Obern und Schaffner in dem genau vorgezeichneten Wirkungskreis frei schalten können, so müssen sie doch genaue Rechenschaft über ihre Vermögensverwaltung ablegen; vgl. Statuta CBB. n. 44. — Eine weise Regel legt allen (besonders geistlichen) Dienstherren, also auch den Klosterschaffnern Can. 1524 auf: „Beim Arbeitsvertrag müssen die Arbeitgeber a) den Arbeitern (Knechten, Mägden, Tagelöhnern, Handwerksleuten) eine anständige und gerechte Entlohnung anweisen; b) für die Ausübung der Frömmigkeit ihnen Zeit und Anlaß geben; c) sie von der Sorge für ihr Hauswesen oder vom Sinn für Sparsamkeit in keiner Weise abwendig machen; d) keine Überforderung stellen mit Berücksichtigung der Kräfte, des Alters und Geschlechtes,“ vgl. Leo XIII. in der Enzyklika „Rerum novarum“ d. 15. Maii 1891; Brandys: „Rechtssbuch“ n. 193 S. 210.

III. Die Vermögensanlage. Das Ordensvermögen darf nicht nur, sondern muß nutzbringend angelegt werden. Wie die Anlage geschieht, wird den Vorschriften der Konstitutionen und dem klugen Ermessen der verantwortlichen Beamten überlassen. Oberster Grundsatz sei: Das Ver-

mögen soll sicher angelegt werden. Wird das Barvermögen auf Hypotheken ausgeliehen oder in Papieren der Staaten, der Gemeinden, der Handels- und IndustriegeSELLSCHAFTEN angelegt, so beachte man bei ersteren, daß die Grundstücke oder Gebäude nicht über die Hälfte mit Hypotheken durch die Neuanlage belastet werden und bei letzteren, daß die Pfandbriefe, Wertpapiere usw. für mündelicher erklärt wurden. Jede gewagte Spekulation bedeutet hier einen Mißbrauch der Amtsgewalt.

1) Erste Norm für die Vermögensanlage bilden die Konstitutionen Can. 533 § 1. Eine päpstliche Bewilligung ist hier nicht vorgeschrieben.

2) Die Zustimmung des Ortsordinarius muß in folgenden Fällen, und zwar vor der Anlage eingeholt werden: a) für jede Geldanlage bei Nonnenklöstern und bei weiblichen Genossenschaften des Diözesanrechts; b) für die Anlage des Mitgiftgeldes der Professen (Can. 549) in den weiblichen Kongregationen des päpstlichen Rechtes; c) für die Anlage jeder einem Ordenshause zugeordneten oder vermachten Stiftung zum Zwecke des Gottesdienstes oder der Wohltätigkeit, welche sich an der Stätte des Ordenshauses betätigen soll, in den Häusern der männlichen und weiblichen Kongregationen; d) für die Anlage des einer Pfarrei oder Mission gegebenen Geldes oder des in Hinblick auf eine Pfarrei oder Mission Religiösen gegebenen Geldes von jedem Religiösen, auch dem eigentlichen Regularen Can. 533 § 1 nn. 1—4. Die gleichen Vorschriften gelten bei Veränderung der Geldanlage ibi § 2.

Bei Frauenklöstern wird für jede Vermögensanlage neben der Zustimmung des Ortsordinarius gefordert die Zustimmung des Regularobern, wenn das Kloster den männlichen Ordensoberen unterworfen ist Can. 533 § 1 n. 1. Den Konsens muß erholen in den Fällen a) und b) die Oberin; im Falle c) der Obere oder die Oberin; im Falle d) der Religiöse ibi § 1 nn. 1—4.

Die exempten Männerorden, auch die laicalen, kommen nur in Frage bei Punkt d. Wenn ein Ordensmitglied das für die Missionen gegebene Geld nicht selbst anlegt, sondern dasselbe sofort dem Missionsvorsteher zusendet, so fällt die Anlage weg und darum die Notwendigkeit der Zustimmung. Wie jede Anlage, so bedarf auch die Veränderung

der Anlage im Falle des Can. 533 der Zustimmung des Ortsordinarius (und des Regularobers bei n. 1). Diese ist notwendig, nicht nur wenn die Anlageart eine *verschiedene* ist, z. B. statt der Hypothekausleihe der Ankauf in Wertpapieren, sondern auch wenn sie die *gleiche* ist, z. B. statt des einen Wertpapiers ein anderes (Bahr. Hypothek- und Wechselbank statt Vereinsbank). Wenn dagegen ein Papier ausgelöst und ein Papier derselben Art sofort eingekauft wird, z. B. Süddeutsche Bodenkreditbank zu 4 vom Hundert, so scheint uns zwar eine Anzeige, aber nicht die Zustimmung notwendig, da man diese Veränderung nicht vermeiden kann. Auf alle Fälle muß sich die Verwaltung bemühen, das Vermögen noch fruchtbringender oder wenigstens gleichgut anzulegen, vgl. Can. 1539 § 2.

IV. Die Vermögensveräußerung Cann. 534; 1530 bis 1534; 2347. Wie im alten Recht, so gilt auch im neuen Recht ganz allgemein der Grundsatz: Die *Veräußerung von Kirchenvermögen ohne Rechtsform ist unerlaubt*; vgl. den Titel *De rebus Ecclesiae alienandis vel non* (III 13). Um klar in der Sache voranzugehen, müssen die Ausdrücke „Veräußern, Kirchenvermögen, Rechtsform“ genauer erklärt werden.

1. a) Die „*Veräußerung, alienatio*“ umfaßt nicht nur die Übertragung des vollen Eigentumsrechts, sondern auch die Übertragung des Gebrauchs (*usus*) und Nießbrauchs (*ususfructus*), ja jeder Belastung (Can. 1533), z. B. durch Hypotheken; auch die Verpachtung, wenigstens auf länger als neun Jahre Can. 1541 § 2 nn. 1, 2. — b) Unter „*Vermögen* (*bona temporalia*)“ versteht man alle Dinge, welche einer irdischen Wertung fähig sind; darum sind alle *rein geistlichen* Dinge, wie Gnaden, Sakramente, Reliquien usw. als nicht unter das Vermögen fallend zu betrachten Can. 1497 § 2. Man unterscheidet unter den Vermögensgegenständen solche, welche sich *α)* aufbewahren und erhalten lassen oder nicht (*quae servando servari non possunt*); *β)* kostbare und nicht kostbare (*res pretiosae*.) *Kostbar* kann ein Gegenstand sein an sich „*materiae causa*“ (Edelsteine, Perlen) oder durch sein Altertum „*historiae*“ (Dokumente, Bücher, Glasgemälde), durch die Feinheit der Arbeit oder den Namen des Künstlers „*artis*“ Can. 1497 § 2 (Gemälde, Statuen, Gefäße, Paramente). Es muß sich um „*Kirchenvermögen*“ handeln, d. h. um körperlichen (beweglichen und unbeweglichen) oder unkörperlichen Besitz (Rechte) der Gesamtkirche, des Apostolischen Stuhles oder einer in

der Kirche bestehenden juridischen Person Can. 1497, also hier der religiösen Genossenschaften, ihrer Provinzen, Häuser und Institute. — c) Zur „Rechtsform“ der Veräußerung i. w. S. gehören folgende drei Erfordernisse: *α)* die von zuverlässigen Sachverständigen schriftlich abgefaßte Schätzung; *β)* ein entsprechender Grund, nämlich dringliches Bedürfnis, offenkundiger Nutzen der Kirche oder Pflichtgefühl gegen Gott, Vaterland und Mitmenschen (*pietas*); *γ)* die Erlaubnis des rechtmäßigen Obern, ohne welche die Veräußerung ungültig ist Can. 1530 § 1. Sache des Obern ist es, in weiser Vorsicht etwaigem Schaden seiner Kirche vorzubeugen ibi § 2. — d) Darum hat die veräußernde moralische Person wie der Obere folgende Regeln im Auge zu behalten: *α)* Eine Veräußerung unter dem Schätzwerte ist unstatthaft; *β)* die Veräußerung geschehe in öffentlicher Preisbietung (Versteigerung) oder wenigstens nach geeigneter Bekanntmachung, womöglich, an den Höchstbietenden; *γ)* der erlöste Betrag werde sicher und nutzbringend für die Kirche, hier für die religiöse Genossenschaft, angelegt Can. 1531.¹⁾

2. Regeln für die Veräußerung: *a)* Die vorhergehende Apostolische Genehmigung (*beneplacitum apostolicum*) ist notwendig: *α)* für alle Kostbarkeiten (*res pretiosae*) des Hauses, der Provinz, der Kongregation oder des Ordens; *β)* für alle bewegliche oder unbewegliche Habe, deren Wert die Summe von 30 000 Franken oder Lire übersteigt; *γ)* für die Übernahme von Schulden und Verpflichtungen in der Höhe von mehr als 30 000 Franken oder Lire. Liegt die Apostolische Genehmigung nicht vor, so ist der Vertrag null und nichtig. — *b)* Bis zu Summen von 30 000 Franken genügt und wird gefordert die schriftliche Erlaubnis des Obern gemäß der Vorschrift der Konstitution, der jedoch die Zustimmung seines Kapitels oder Rates in geheimer Abstimmung zu erhalten hat. Han-

¹⁾ Vortreffliche Fingerzeige zur Beurteilung, Verwahrung und Behandlung der wissenschaftlichen und künstlerischen Werte einer Kirche, eines Klosters, eines Institutes usw. bietet das Buch von Paul Bretschneider, Pfarrerverweser in Wartha, betitelt: „Der Pfarrer als Pfleger der wissenschaftlichen und künstlerischen Werte seines Amts-bereichs“ (Breslau, Franz Görlich 1918), empfohlen durch Fürstbischof Dr. Adolf Bertram (seit 15. Dez. 1919 Kardinal) in Breslau.

beht es sich um **Klosterfrauen**, so muß außerdem noch vorliegen die schriftliche Erlaubnis des Ortsordinarius und im Fall des Can. 500 § 2 des Ordensobern. Bei den **Schwestern** des **Diözesanrechts** genügt neben der Erfüllung der Konstitutionsvorschriften die schriftliche Erlaubnis des Ortsordinarius Can. 534 § 1. Für die Konstitutionen aller Orden und Kongregationen empfiehlt sich der im Can. 1532 gemachte Unterschied zwischen Veräußerungen (Belastungen, Aufnahmen von Schulden) bis 1000 Franken (Lire) und jenen von über 1000 bis 30 000 Franken.

Bei der Eingabe um die Zustimmung für die Aufnahme von Schulden oder Verpflichtungen müssen alle **früheren Schulden oder Verpflichtungen** des religiösen Institutes, welche noch nicht abgetragen sind, unter Strafe der Ungültigkeit der Erlaubnis namhaft gemacht werden Can. 534 § 2.

Die Summe von 30 000 Franken (Lire) ist Vorschrift des Kodex; darum kann nicht ohne weiteres an die Stelle der Franken oder Lire die deutsche Mark gesetzt werden (**Brandh** § S. 214); der Unterschied ist doch ein bedeutender und folgerichtig müßte man die Summe auf 30 000 Dollar ausdehnen. Dagegen kann man die gegenwärtige Valuta wohl in Betracht ziehen; den 30 000 Mark kämen (z. B. im Sept. 1922) einer Summe von 450 Lire gleich; vgl. **Vermeersch** A.; Epitome I 520. — Haben Bischöfe besondere Vollmachten, nach welchen sie auch Veräußerungen über 30 000 Franken erlauben können, so dürfen sie dieselben auch den Frauenklöstern und Schwesterninstituten gegenüber gebrauchen S. C. de Prof. Fid. d. 15. Jan. 1903 (ME. 15, 69).

3. **Schenkungen** aus dem Vermögen des Hauses, der Provinz, der religiösen Genossenschaft sind nur erlaubt als Almosen oder aus gerechter Ursache mit Erlaubnis des Obern und nach Vorschrift der Konstitutionen Can. 537. Die gerechte Ursache ist Betätigung der Dankbarkeit (causa remunerationis); die Unterstützung eines Werkes der Frömmigkeit (pietatis) oder der christlichen Nächstenliebe (christianae caritatis) Can. 1535. Manche Schriftsteller zählten die „**Annahme von Geschenken an Ordensleute**“ unter die dem Apostolischen Stuhle reservierten Fälle. Diese Reservation ist, wenn sie wirklich bestand (**Santi-Weitner**: Praelectiones⁴ I 31 n. 180), dem Kodex unbekannt Can. 894.

V. **Die Rechenschaftsablage** wird geregelt zunächst durch die **Konstitutionen**. So haben die Generalobern der männlichen und weiblichen Genossenschaften päpstlichen

Rechtes ihre Rechenschaft gegenüber dem Generalkapitel und dem Apostolischen Stuhle zu betätigen Can. 510. Die untergeordneten Obern haben die gleiche Pflicht vor ihrem Kapitel und dem vorgesetzten Obern; die Schaffner aber vor dem Obern und dessen Kapitel, bzw. vor dem Kapitel allein. Außerdem bestimmt Can. 535 noch folgendes:

a) In jedem, auch dem exempten *Frauenkloster*, welches den Regularen nicht unterworfen ist, muß die Vorsteherin einmal im Jahre oder nach den Konstitutionen auch öfter dem *Ortsordinarius* kostenlos Rechenschaft ablegen, wozu der Ordinaris die Vorlage der Rechnungen und Bücher verlangen kann Can. 535 § 1 n. 1. Wenn die Rechenschaftsablage den Beifall des Ordinarius nicht findet, so kann er die entsprechenden Besserungsmittel anwenden, indem er, wenn notwendig, auch zur Entfernung der Schaffnerin sowie der übrigen Verwalter schreitet Can. 535 § 2. — Ist das Frauenkloster den Regularen *untergeben*, so gilt das gleiche Recht, nur mit der weiteren Bestimmung, daß die Rechenschaftsablage *auch* gegenüber dem Ordensobern geschehe (CC. d. 24. Nov. 1920 ad VI, AAS. 12, 575) und daß der Ortsordinarius nur im Falle der Vernachlässigung seitens des Ordensobern vorgehen kann, während dieser in Anwendung geeigneter Mittel sonst die Zuständigkeit besitzt Can. 535 § 1 nn. 1. 2.

b) In den *weiblichen* Genossenschaften des *Diözesanrechts* hat der Ortsordinarius das gleiche Recht wie in den einem männlichen Orden nicht unterworfenen Frauenklöstern Can. 535 § 3 n. 1. u. § 1 nn. 1. 2; — ebenso in den *männlichen* Genossenschaften des Diözesanrechts *ibidem*.

c) In den Genossenschaften des *päpstlichen* Rechts steht dem Ortsordinarius die Forderung der Rechenschaftsablage im allgemeinen *nicht* zu Can. 618 § 2 n. 1, doch ist es Pflicht und Recht des Ordinarius, den Rechenschaftsbericht über die *Mitgift* der weiblichen Professin bei Gelegenheit der Visitation und, wenn er es sonst für notwendig hält, sich vorlegen zu lassen Cann. 535 § 2; 533 § 1 n. 2; 549.

d) In allen Kongregationen muß dem Ortsordinarius die Rechenschaft über die Gottesdienst-, Wohltätigkeits-, Pfarr- und Missionsstiftungen, Legate und Schenkungen vorgelegt werden Cann. 535 § 3 n. 2; 533 § 1 nn. 3, 4.

VI. Die **Haftpflicht** der religiösen Genossenschaften und ihrer Mitglieder Can. 536. Für eingegangene Schulden und Verpflichtungen haftet: a) die *moralische* Person (Genossenschaft, Provinz, Haus), wenn sie a) auf *eigene* Verantwortung handelte; β) mit Zustimmung der *Obern* Can. 536 § 1; γ) wenn ein *Ordensmann* (regularis) mit Erlaubnis des Obern handelte oder ein Religiöser mit einfachem Gelübde mit Erlaubnis des Obern für die Genossenschaft tätig war; im letzteren Fall trifft die Verantwortung die *moralische* Person, welcher der zustimmende Obere angehört Can. 536 § 2, also wenn der Lokalobere das Haus, wenn der Provinzial die Provinz, wenn der Generalobere die Genossenschaft. — Für Schulden und Verpflichtungen haftet: b) die *natürliche* Person: a) wenn ein Religiöser ohne jegliche Erlaubnis des Obern handelte Can. 536 § 3; β) wenn ein Religiöser einfachen Gelübdes zwar mit Erlaubnis des Obern handelte, aber nicht im Interesse der Genossenschaft Can. 536 § 2.

Die Möglichkeit muß stets unangetastet bleiben, daß die Klage immer erhoben werden kann gegen jenen, in dessen Besitz etwas überging infolge des eingegangenen Vertrages Can. 536 § 4. Hätte z. B. ein Mitglied einer Kongregation eine Druckereimaschine gekauft, und wäre diese in den Besitz der Kongregation übergegangen (des Hauses oder der Provinz), so müßte der Gläubiger des Religiösen sich wegen der Schulden zunächst an diesen halten, vorausgesetzt, daß er mit Erlaubnis der Obern, aber nicht im Interesse des Hauses handelte Can. 536 § 2. Indes könnte der Gläubiger gegen die Genossenschaft (Haus, Provinz) auf Herausgabe der Maschine klagen ibi § 4.

Die Ordensobern i. w. S. dürfen die Aufnahme von Schulden nicht erlauben, wenn nicht Sicherheit gegeben ist, daß aus den gewöhnlichen Einkünften der Zins für die Schuldsumme bezahlt und zugleich die Kapitalsumme in nicht zu ferner Zeit auf dem Wege der rechtmäßigen Tilgung (amortizatio) zurückerstattet werden kann Can. 536 § 5; vgl. auch Can. 534.

Die Grundsätze, welche hier für die männlichen Ordenspersonen aufgestellt wurden, gelten entsprechend für die weiblichen Can. 490, freilich mag namentlich bei den

eigentlichen Klosterfrauen wegen der Abgeschlossenheit der Fall seltener vorkommen.

Die Theorie wird wirkungsvoll beleuchtet durch eine Entscheidung der Religiosenkongregation vom 18. August 1914 (ME. 27, 153—63). Eine Spezialkommission von drei Kardinälen (G. de Lai, P. Gasparri B. P o m p i l i) hat den ihr vorgelegten Fall eingehend untersucht und geprüft und die Entscheidung getroffen nach den jetzt im Kodex niedergelegten Prinzipien. Im Jahre 1898 gründete P. Ventura (ein erdichteter Name) von der Ordensprovinz B. eine Zeitschrift, deren erste Nummer mit dem Segen des Provinzials erschien. Am 5. Sept. 1901 unterschrieb das Provinzkapitel B. folgende Urkunde: „Die Zeitschrift B. soll dem P. Ventura mit s e i e r l i c h e n Gelübden anvertraut sein; mit der Verpflichtung der jährlichen Vermögensrechnung gegenüber dem Provinziale und seinem Käte. Die Provinz ist frei von jeder Zahlungsverantwortung im Falle der Verschuldung; der Vermögenszuwachs kommt dem Vermögen des Blattes zugute. Vertreter des Blattes ist P. V., der während dieser Amtsführung von der Tagesordnung des Hauses dispensiert ist.“ Man brauchte Geld; darum wandte sich P. V. u. a. an das Fräulein N. mit bedeutendem Vermögen. Diese Dame veräußerte ihren Besitz oder belastete ihn wenigstens, getröstet durch die Versicherung, daß ihre Kapitalien sicher und fruchtbringend angelegt seien, und daß auf alle Fälle die Druckerei ihr Eigentum werde und ihre Ansprüche decke. Die Sache ging schief. Die Provinz lehnte gegen den Befehl des P. General die Verantwortung und Haftung ab. Der Apostolische Stuhl, angerufen durch Fräulein N., entschied durch die oben genannten Kommission: „Die Ordensprovinz von B. ist verpflichtet, die von P. V. gemachten Schulden gegenüber dem Fräulein N. zu tilgen.“ Es nützte der Provinz die Berufung auf die Erklärung vom 5. September 1901, „Die Provinz ist frei von jeder Zahlungsverantwortung im Falle der Verschuldung“, nichts, weil sie damit dem allgemeinen Rechte entgegen handelte, das Can. 536 § 2 in klarster Weise nunmehr zum Ausdruck gebracht hat. — Es ist deswegen Pflicht der Religiösen, der Weltgeistlichen und Laien, sich klarzumachen, wer die Haftpflicht trägt, wenn eine Ordensperson Schulden oder Verpflichtungen übernehmen will.

VII. Strafen für Vergehen in der klösterlichen Vermögensverwaltung, besonders hinsichtlich der Veräußerung Can. 2347. Abgesehen von den Rechtsfolgen der Richtigkeit des Vertrages, der Rückerstattungspflicht und der Pflicht, etwaigen Schaden gutzumachen, sind auf die Übertretung der Cann. 534 § 1 (Ordensgüter) und 1532 (geistliches Vermögen) folgende Strafen gesetzt: 1) Strafen f. s. bei unrechtmäßiger Veräußerung bis zu 1000 Franken; 2) Verlust f. s. der innegehabten Rechte und Ämter (Patronatsrecht, Verwaltungsamt); in religiösen Genossen-

schaften Verlust des Amtes eines Oberen oder Schaffners und Unfähigkeit f. s. zu den übrigen Ämtern nebst anderen entsprechenden Strafen f. s. bei unrechtmäßiger Veräußerung von über 1000—30 000 Franken; (der Ordinarius und alle Beamten, Pfründeinhaber, Würdenträger und Stelleninhaber an der betreffenden Kirche sind bedroht mit Geldstrafen bis zum Doppelten des Schadens zugunsten der Kirche oder des guten Werkes; die übrigen Kleriker mit Suspension f. s.); 3) die niemandem vorbehaltenen E x k o m m u n i k a t i o n bei wissentlicher Außerachtlassung der Apostolischen Genehmigung für alle durch Hingabe, Annahme oder Zustimmung Schuldigen Can. 2347 nn. 1—3.

Man beachte, daß durch die Kanones des Rodey die durchweg strengeren Normen der Instruktion „Inter ea“ vom 30. Juli 1909 beseitigt sind gemäß Can. 6 nn. 1 u. 6.

Der Eintritt in den Ordensstand.

Das dichterische Wort „Drum prüfe, wer sich ewig bindet, — Wie sich das Herz zum Herzen findet!“ wird wohl tausendmal besser und genauer bei der geistlichen Vermählung befolgt denn bei der zeitlichen und irdischen. Die Kirche sendet den ewigen Gelübden nicht nur z e i t l i c h e voraus, sondern auch ein N o v i z i a t und ein P o s t u l a t. Das sind die drei Vorhallen, durch welche man zum ewigen Bunde mit Gott schreitet. „Jeder Katholik kann“, so bestimmt Can. 538, „in eine religiöse Genossenschaft zugelassen werden“ unter drei Voraussetzungen, nämlich „daß er frei ist von jedem gesetzlichen Hindernisse, daß die rechte Absicht ihn leitet und daß seine Schultern für die Lasten des Ordensstandes geschaffen sind“. Die gesetzlichen Hindernisse werden in den folgenden Abschnitten dargelegt. Die rechte Absicht spiegelt sich zwar auch in den äußeren Handlungen, immerhin gehört sie mehr dem Gewissensbereich an. „Lasten“ endlich legt jede Genossenschaft auf, indes fordert der eine Orden (Kongregation) mehr, der andere weniger. Mit Recht fordert darum z. B. der Orden der „Barmherzigen Brüder“ für seinen Kandidaten „die nötige Gesundheit für den schweren Ordensberuf“. Wir handeln im folgenden I. vom Postulate; II. vom Noviziate; III. von der Profess.

§ 14. Das Postulat.

Quellen: Cann. 539—41; 544—52; 570; 2411.

Werden Männer oder Frauen in eine religiöse Genossenschaft aufgenommen, so erhalten sie alsbald ein eigenes Kleid Can. 540 § 2 und werden damit unter die Postulanten, Aspiranten oder Kandidaten (Cann. 544; 2411) eingereiht.

I. Notwendigkeit des Postulates Can. 539 § 1. Ein Postulat ist vorgeschrieben a) für alle weiblichen Kandidatinnen eines Ordens oder einer Kongregation mit ewigen Gelübden; b) für alle angehenden Laienbrüder der männlichen Orden und Kongregationen mit ewigen Gelübden. Werden in einer Genossenschaft nur zeitliche Gelübde abgelegt, so bestimmen die Konstitutionen die Notwendigkeit und Zeitdauer des Postulates Can. 539 § 1. Ordenskandidaten, welche Kleriker sind oder für Kleriker bestimmt sind, müssen eine Postulatszeit nicht bestehen; der Grund ist, daß sie anderweitig geprüft werden und ohnedies durch die Vorbereitung auf den geistlichen Beruf in Anspruch genommen sind.

II. Zeitdauer des Postulates. Das Postulat muß wenigstens sechs Monate dauern; der höhere Obere (Abt, Provinzial, General; Äbtissin, Provinzial-, Generaloberin Can. 488 n. 8; 490) kann die Probezeit verlängern, jedoch nicht über weitere sechs Monate hinaus Can. 539 §§ 1 und 2. War bisher in den Konstitutionen ein längeres Postulat gefordert oder ermöglicht, so müssen die Konstitutionen nach dem Roder verbessert werden Can. 489. Indes könnte man Konstitutionen kaum tadeln, welche eine Zeit von sechs bis zwölf Monaten fordern, da Can. 539 § 1 von wenigstens sechs Monaten redet; vgl. „Emendationes“ 1918 ad Statuta CBB. n. 90. Wäre aus einem besonderen Grunde, z. B. zeitweilige Krankheit, Erreichung der Volljährigkeit, Ausbildung in einem Berufe, eine Verlängerung der Probezeit über ein Jahr ratsam, so müßte der Apostolische Stuhl um Dispens angegangen werden. — Eine Kürzung der Zeit unter sechs Monate ist unerlaubt, aber nicht ungültig Can. 542; 555; 11; Ferreres J. B.: Inst. can. I n. 849; Biederlaß-Führich: De Religiosis n. 63.

Angesehene Gewährsmänner, wie Blat: *De personis*² n. 606; Brandys² n. 17; Creusen: *Religieux et Religieuses*² n. 106; Ferreres: *Las Religiosas*⁵ n. 389 et *Institutiones can.* I. n. 849 et *Theol. mor.*¹¹ II n. 181; Larraona Arc. in *CdR.* a. 3, 14; Jansen: *Ordensrecht*² S. 100; Prado Germanus: *Manual Canonico de Religiosas* n. 115; Vermeersch A.: *Epitome In.* 519; Vila Martinez: *Manual de Preladas* n. 14, treten für die auf mehr als 1 Jahr betragende Dauer des Postulats ein, vorausgesetzt, daß die Konstitutionen eine solche Dauer vorsehen; indes verweist Can. 530 in § 1 auf die Konstitutionen nur bei Genossenschaften mit zeitlichen Gelübden und kennt im § 2 nur eine Verlängerung auf ein „weiteres Semester, aliud semestre“; vgl. Augustine Chas.: *A Commentary* p. 203; Biederlack-Führich: *De Religiosis* n. 62; Fanfani L.: *De iure relig.* n. 158; Pruemmer Dom.: *Manuale IE. Q.* 203; Santamaria Pena Frid.: *Legislación* p. 83.

III. Ort des Postulats Can. 540 § 1. Das Postulat muß gemacht werden entweder im Noviziats Hause oder in einem anderen Hause der Genossenschaft, wo das Ordensleben in gewissenhafter Blüte steht. Handelt es sich um eine Abtei oder ein Frauenkloster, so soll eben der für die Novizen oder der für die Postulanten bestimmte Teil hiefür auch benützt werden.

IV. Besondere Vorschriften für das Postulat.

1) An der Spitze des Postulats steht eine erprobte Ordensperson (Postulantenmeister; Postulatmeisterin), oder es werde eine erprobte Ordensperson nach Bedürfnis mit der besonderen Sorge für die Postulanten betraut Can. 540 § 1.
2) Die Aufnahme in die Kandidatur kann nach den Konstitutionen oder Gewohnheiten mit gewissen Gebeten und Gebräuchen geschehen. Der Kodex redet nur von der Anlegung eines bescheidenen Kleides, welches von dem der Novizen verschieden ist Can. 540 § 2. Die weltliche Kleidung kann, vorausgesetzt, daß sie bescheiden ist, in Schnitt und Farbe, weitergetragen werden, vielleicht mit einem besonderen Postulantenabzeichen, z. B. Häubchen bei weiblichen Personen; dunkles Kleid mit Ledergürtel bei männlichen Kandidaten („Emendationes“ n. 90). Die Benennung geschieht durch den Taufnamen (ibi) oder Schreibnamen mit Voransetzung des Postulanten, Kandidaten usw.

V. Zweck des Postulats. Ein Doppelzweck schwebt dem Postulate vor: der Postulant soll die Genossenschaft in den ihn erwartenden Aufgaben näher kennenlernen; die Obern und Mitglieder der Genossenschaft sollen sich Er-

fahrung sammeln über die Würdigkeit und Tauglichkeit des Kandidaten, vgl. Can. 543. Die verhältnismäßig kurze Zeit würde kaum hinreichen, den Lebenslauf der Kandidaten zu prüfen, und darum hat das kirchliche Gesetzbuch **Zeugnisse** vorgegeschrieben. Zeugnisse sind notwendig entweder für alle Postulanten oder nur für die männlichen oder nur für die weiblichen. Von diesen Zeugnissen soll in einem eigenen Paragraphen gehandelt werden.

Ein weiterer Zweck des Postulates für die weiblichen Genossenschaften ist, daß sie, die Aspirantinnen, die geforderte **Aussteuer** (Mitgift) beibringen; auch dieser Gegenstand erfordert eine eigene Besprechung.

VI. Abschluß des Postulates Cann. 541; 552. Als würdigen Abschluß der Probezeit betont der Roder im Can. 541: a) Vor Beginn des Noviziates haben die Postulanten wenigstens durch volle acht Tage geistliche **Übungen** (**Exerzitien**) zu machen. Auch sollen sie eine **Lebensbeicht** ablegen nach dem weisen Ermessen des Beichtvaters.

b) Für die weiblichen Postulantinnen ist außerdem noch eine **Gejinnungsprüfung** durch den Ordinarius des Postulatshauses vorgegeschrieben. Wenigstens zwei Monate vor der **Einkleidung** und jeder **Profes** (zeitlicher, ewiger; einfacher, feierlicher) muß die Oberin, auch die einer exempten Genossenschaft, den Ortsordinarius benachrichtigen, daß demnächst eine Einkleidung oder Professeier stattfindet Can. 552 § 1. Der Ortsordinarius oder in seiner Abwesenheit oder Verhinderung sein Bevollmächtigter hat wenigstens dreißig Tage vor der Einkleidung oder jeder Profes ohne die Klausur zu betreten sorgfältig und unentgeltlich den Willen der Aspirantin zu erforschen, vor allem ob sie unter Zwang oder Überredung diesen Schritt tue (vgl. Can. 2352 Exkommunikation bedroht die Zwingenden). Stellt sich die edle und freie Absicht klar heraus, dann kann die Einkleidung oder Profes ohne Hindernis erfolgen Can. 552 § 2.

1) Die bischöfliche Willenserforschung ist geboten vor der Zulassung zum Noviziat, vor der **ersten** zeitlichen und vor der ewigen (einfachen oder feierlichen) Profes, nicht vor der Wiederholung der zeitlichen Profes bei jährlichen Gelübdeablegungen (Can. 574), SCRel. d. 19. Jan. 1909 (AAS. I, 232; ME. 21, 15); Larraona Arc. CMF. in CdR II, 116.

2) Die Fragen, welche der Ortsordinarius oder sein Stellvertreter an die Kandidatinnen des Noviziates, der ersten zeitlichen oder der ewigen Profess zu richten hat, sind folgende (nach Can. 552 § 2 und Trident. sess. 25. c. 17): a) Tun Sie frei diesen Schritt, ohne Zwang, ohne Überredung („num ea coacta seductave sit“)? — b) Verstehen Sie, was Sie vorhaben („an sciat quid agat“)? — c) Welche Absicht befeelt Sie bei diesem Vorhaben; suchen Sie dabei Gott und das Heil Ihrer Seele („de pia et libera voluntate“)? Weitere Fragen braucht der Ortsordinarius oder sein Vertreter nicht zu stellen; ja er hat hiezu gar keine Berechtigung; denn P. Pius V. hat andere Fragen verboten, wie aus seinen Konstitutionen „Etsi mendicantium“ d. 16. Maii 1567 und „Ex supernae“ d. 16. Aug. 1567 erhellt. Freilich wenn dem Ortsordinarius in den Konstitutionen einer Diözesankongregation noch andere Rechte eingeräumt sind, so ist das eine Sache für sich, Bulle „Conditae a Christo“ d. 8. Dec. 1900 § 1 n. VII.

c) In den Nonnenklöstern sind die Aspirantinnen während des Postulats an das Klausurgeßetz gebunden Can. 540 § 3, so daß sie nur in jenen Fällen die Klausur verlassen können, in denen es auch den Novizen und Professinnen freisteht; sonst ist die Erlaubnis des Apostolischen Stuhles notwendig S. C. de Religiosis d. 7. Nov. 1916 (AAS. 8, 446). Werden in Nonnenklöstern feierliche Gelübde nicht abgelegt, so besteht auch keine päpstliche Klausur (Bayern, Frankreich usw.); darum sind die Postulantinnen nur der für ihr Kloster geltenden Klausur unterworfen. (Näheres beim Kapitel „Klausur“).

§ 15. Zeugnisse für die Klosterkandidaten.

I. Für alle Postulanten sind notwendig die Zeugnisse über den Empfang der heiligen Taufe und der heiligen Firmung Can. 544 § 1; vgl. Can. 993 n. 1. Wurde die Firmung in die Firmungsmatrikel des Taufortes eingetragen, so genügt ein Zeugnis über den Empfang beider Sakramente Cann. 798; 470 § 2.

II. Für alle männlichen Postulanten sind notwendig Sitten- oder Leumundszeugnisse des Ordinarius, abgesehen von den privaten Erkundigungen der zuständigen Obern. Für frühere Seminaristen, Postulanten, Novizen; für Aleriker; endlich für ehemalige Religiösen sind besondere Bestimmungen getroffen.

1) Die Leumundszeugnisse des Ortsordinarius (litterae testimoniales). a) Ähnlich wie für die Weihesakandidaten (Can. 994), werden für die männ-

lichen Klosterkandidaten Sittenzeugnisse gefordert. Jedes entgegenstehende Privileg ist beseitigt Can. 544 § 2. Der Ordinarius des Geburtsortes hat ein Zeugnis auszustellen über Geburt, Taufe des Postulanten, Lage der Eltern, wenn letzteres möglich ist Cann. 545 § 4; 542 n. 2 „Fili“. Über die Sitten muß er Zeugnis geben, wenn der Postulant noch über das vierzehnte Lebensjahr in der Geburtsdiözese verweilte; verließ der Postulant (mit seinen Eltern) vor dem Vernunftgebrauch die Geburtsdiözese, so ist die Verpflichtung durch das Zeugnis über Geburt und Taufe erschöpft; blieb er bis zum Reifealter (vierzehntes Jahr), so werden Bemerkungen über die Führung erwünscht sein.

Andere Ordinarien haben ein Sittenzeugnis nur dann auszustellen, wenn der Postulant nach dem vierzehnten Lebensjahr über ein volles Jahr im Zusammenhang in ihrer Diözese verweilte Can. 544 § 2; vgl. Can. 994. Macht der Aufenthalt in einem Bistum in getrennten Zeiträumen über ein ganzes Jahr aus, so sind Sittenzeugnisse nicht erforderlich. Man beachte die größere Strenge bei Weihesakandidaten, für welche ein Halb-, ja ein Vierteljahr schon Voraussetzung für die Testimoniales ist. Waren Postulanten beim Militär, so bedürfen sie nur dann ein Leumundzeugnis des Ortsordinarius, wenn sie länger als ein Jahr (im moralischen Zusammenhang) in seiner Diözese verweilten. Man beachte: Das Leumundzeugnis hat der Ortsordinarius auszustellen, nicht der Armeebischof. Freilich wenn in den Sonderbestimmungen eines Landes dem Feldpropst (Armeebischof) dieses Recht eingeräumt wurde, so hat dieser, nicht der Ortsordinarius, die Testimoniales auszustellen Can. 451 § 3. Die Anordnung Pius IX. vom 3. (Janzen S. 49) oder 5. (Brandh S. 12) November 1852 war kein „Sonderrecht peculiare praescriptum“, sondern allgemeines Recht, scheint darum mit Inkrafttreten des neuen Rechtes gefallen zu sein Can. 6 nn. 1 u. 6; vgl. S. C. de disciplina Regularium d. 27. Nov. 1892 (ME. VII^a pag. 243). Dagegen fordert das Dekret „Redeuntibus“ der Konsistorialkongr. vom 25. Oktober 1918 (AAS. X 481—86) ohne Unterschied ein Zeugnis vom Feldpropst oder wenigstens vom Militärgeistlichen für alle aus dem Kriegsdienst (1914 ff.) zurückkehrenden Ordenspriester n. 4,

Ordenskleriker n. 13 und Laienbrüder n. 15, eine Anordnung, welche eben der ungeheure Krieg notwendig machte.

b) *Ausfertigung des Reumundzeugnisses.* Die Bitte um das Sittenzeugniß müssen die Postulanten in eigener Person (Can. 544 § 2) oder durch ihre Vorgesetzten (Can. 545 § 1) an die Ordinarien stellen. Diese aber haben einen Zeitraum von drei Monaten zur Verfügung zur genauen Erkundigung, auch durch vertrauliche Anfragen, und Ausfertigung, in deren Verlauf sie die Testimonialia unentgeltlich ausstellen, versiegeln und den Obern (nicht den Postulanten) aushändigen können Can. 545 §§ 1 u. 4. — Haben die Ordinarien gewichtige Gründe, keine Antwort zu erteilen, so sollen sie die Gründe hiefür dem Apostolischen Stuhle darlegen ibi § 2. — Ist es den Ordinarien unmöglich, sachdienliche Nachrichten zu erlangen, so muß der Ordensobere durch andere gewissenhafte Nachforschung und deren glaubwürdige Beantwortung nachzuhelfen suchen ibi § 3. Ist auch dies unmöglich, oder hat der Postulant so viele Diözesen durchstreift, daß die Beibringung der Sittenzeugnisse mindestens sehr schwierig wird, dann darf gewiß auch hier durch den Ergänzungsseid eine gewisse Sicherheit geschaffen werden, vgl. Can. 994 § 2. — Gibt der Ordinarius keine Antwort, so hat der Ordensobere den Heiligen Stuhl hiervon zu verständigen Can. 545 § 3.

c) *Inhalt des Reumundzeugnisses.* Der Ordinarius muß, eingedenk der schweren Gewissenspflicht betreffend die Wahrheit der Aussagen, berichten (soweit es ihm möglich ist): über Geburt (Ordinarius originis), Sitten, Anlage, Lebenslauf, Ruf, Stand, Kenntnisse des Postulanten; ob er einer gerichtlichen Untersuchung sich unterziehen mußte (wegen eines Verbrechens oder Vergehens Can. 1939 § 1), ob er in eine (öffentliche) *Censur*, *Irregularität* oder ein anderes kanonisches *Hindernis* verstrickt war; ob die *Familie* des Postulanten seiner Hilfe bedürfe, endlich warum er aus dem Seminar, Kolleg, Postulat oder Noviziat entlassen wurde, bzw. warum er es freiwillig verließ Can. 545 § 4. — Es dürfte sich empfehlen, gemäß Can. 545 § 4 in den Ordinariaten einen *Fragebogen* anzulegen, der an die Seelsorger geschickt und ausgefüllt, dann von den Ordinarien bestätigt und versiegelt an

die höheren Klosterobern (Can. 543) übersandt wird. Um den Pfarrämtern und den übrigen Seelsorgern die Aufgabe des Berichtes zu erleichtern, soll der Postulant angehalten werden, seine Adresse (besonders in Städten) genau anzugeben.

2) Zeugnisse für ehemalige Anstaltszöglinge und Klosterkandidaten. a) Wenn hier von Anstaltszöglingen die Rede ist, so sind einerseits nur kirchliche Anstalten gemeint, welche eine höhere Bildung vermitteln, also Seminarien, Konvikte und Kollegien, dagegen nicht Waisenhäuser, Anstalten mit Elementar- oder Berufsfortbildung u. ä., anderseits betrifft es nur Zöglinge, welche vom vollendeten vierzehnten Lebensjahr an sich dort aufhielten Can. 544 §§ 3. 2 („praeterea“). Unter Klosterkandidaten sind nur die eigentlichen Postulanten und Novizen gemeint; denn der Text sagt „qui in Seminario, collegio vel alius religionis postulatu vel novitiatu fuerunt“ Can. 544 § 3; vgl. das Dekret „Ecclesia Christi“ der Religiosenkongregation vom 7. September 1909 und die Erklärungen derselben Kongregation vom 5. April 1910 (ME. 22, 117). Darum bedürfen Aspiranten, welche früher an einer höheren weltlichen Lehranstalt (Gymnasium, Real-, Präparandenschule, Lehrerseminar) waren, nicht des Zeugnisses der Vorstände (Can. 544 § 3), sondern nur des Ortsordinarius ibi § 2; ebenso die Kandidaten einer anderen Genossenschaft, welche noch nicht im Postulate waren. Wer bereits Profess in einem anderen Orden oder einer anderen Kongregation abgelegt hatte oder noch an dieselbe gebunden ist, kann ohne besondere Bewilligung des Apostolischen Stuhles in andere Genossenschaften überhaupt nicht aufgenommen werden, mag er nun entlassen oder freiwillig ausgetreten sein oder die Gelübde nicht erneuert haben Can. 542 n. 1 „Qui obstringuntur“.

b) Die Zöglinge der kirchlichen Seminarien bedürfen eines besonderen Zeugnisses des Seminarvorstandes; jene der kirchlichen Kollegien benötigen das gleiche vom Oberen des Kollegiums; die Vorstände beider Anstalten können dasselbe nur ausstellen nach Anhörung des Ortsordinarius Can. 544 § 3. Ehemalige Postulanten und Novizen bekommen ihr Sittenzeugnis nur von den

höheren Ordensoberen (Äbte, Provinziale und deren Vorgesetzten) ibi. In den Zeugnissen, welche die kirchlichen Anstalts- und Klostervorstände ausstellen, muß hervorgehoben werden, aus welchem Grunde die Zöglinge oder Kandidaten entlassen wurden oder freiwillig ausgetreten sind Can. 545 § 4. Alle diese Zeugnisse müssen mit einem Eidschwur bekräftigt sein Can. 545 § 1, dessen Verweigerung auch mit kirchlichen Strafen (bis zur Amtsentsetzung) geahndet werden kann. Läßt sich ein vereidigtes Zeugnis nicht erreichen, so geht die Sache an die Religiosenkongregation, SCRelig. d. 21. Nov. 1919 (AAS. 12, 17).

Die Eidesformel, welche am Schluß des Zeugnisses anzuwenden ist, kann also lauten: In nomine Dei. Amen. Ego N. N., Seminarii episcopalis in civitate N. Rector, testificor ac iuro omnia in hoc testimonio exposita secundum veritatem me esse testatum. Sic me Deus adiuvet — oder in deutscher Sprache: Im heiligsten Namen Gottes. Amen. Ich M. Alberta, Generaloberin der Kongregation von der heiligen Familie, schwöre zu Gott, daß die im obigen Zeugnisse gemachten Aussagen nach bestem Wissen und Gewissen geschehen sind. So wahr mir Gott helfe. (Folgt Siegel und Unterschrift.)

3) Zeugnisse für die Zulassung von Klerikern. Für die Aufnahme von Klerikern müssen mehrere Punkte beachtet werden. Es gibt Kleriker, deren Aufnahme in eine religiöse Genossenschaft ungültig ist Can. 542 n. 1 „Clerici qui ex instituto“; es sind jene, die sich eidlich für den Dienst der Diözese oder der Missionen verpflichtet haben (oben S. 225). Bei anderen Klerikern, welche Majoristen sind, kann die Aufnahme unerlaubt sein Can. 542 n. 2 „Clerici in sacris“. Wenn nun unbehinderte oder durch Dispens frei gewordene Kleriker Ordenskandidaten werden, so müssen sie das Weihezeugnis, wenigstens der letzten Weihe beibringen Can. 544 § 4. Außerdem brauchen sie nur das Zeugnis des Seminarvorstandes usw., wenn sie entlassen wurden oder frei austraten Can. 544 §§ 4 u. 3. Brachten sie jedoch nach der bezeugten Weihe über ein Jahr (im Zusammenhang) in einer fremden Diözese zu, so sind hierüber die Testimonialia notwendig wie oben (Can. 544 § 2). Wollen diese Ordenskandidaten (im Orden) noch weitere Weihen empfangen, so brauchen sie Weihetestimonialia (über ein Halb- oder Vierteljahr) dann nicht, wenn der Orden (oder die Kongregation)

exempt ist; sonst bedürfen sie der Weisheitszeugnisse wie Weltkleriker.

4) Zeugnisse bei Ordenswechsel. „Geht ein Professreligiöse kraft eines Apostolischen Indults zu einer anderen Genossenschaft über, so genügt das Zeugnis des höheren Oberen (Can. 488 n. 8) der früheren Genossenschaft“ Cann. 544 § 5; 632—36.

Außer diesen amtlichen Zeugnissen können die aufnehmenden Obern auch private Nachforschungen anstellen, wenn es ihnen notwendig oder nützlich erscheint Can. 544 § 6.

III. Zeugnisse für weibliche Kandidatinnen. Die Kirche ist milder in der Aufnahme der Postulantinnen; sie verlangt nur genaue Nachforschung über Anlage und Lebensführung Can. 544 § 7. Freilich war die Kandidatin bereits in einem kirchlichen Kolleg oder in einem Postulat oder Noviziat, so werden die Zeugnisse gefordert wie bei den männlichen Kandidaten Can. 544 §§ 7 und 3.

In einer Kongregation bischöflichen Rechts sind folgende Zeugnisse gefordert: 1) Ein Zeugnis des Seelsorgers oder Beichtvaters „über den jungfräulichen, sittenreinen und arbeitsamen Lebenswandel und über untrügliche Zeichen einer aufrichtigen gesunden Frömmigkeit“; 2) ein Taufschein; 3) ein Heimatschein; 4) „ein ärztliches Zeugnis über den bisherigen Gesundheitszustand“ (Regel, Kap. III §§ 2 und 3). Diese Forderungen sind vernünftig. Indes sollte das Wort „des Beichtvaters“ ganz gestrichen werden; denn kennt der Beichtvater die Kandidatin als Seelsorger des äußeren Bereichs, so genügt das Wort „Seelsorger“; kennt er sie aber nur als Beichtvater, dann kann er kein Zeugnis ablegen Cann. 889; 890. — Neben dem „Taufzeugnis“ ist das „Firmungszeugnis“ notwendig Can. 544 § 1. — Der „Heimatschein“ hat seit 1. Januar 1916 auch in Bayern keine Bedeutung, dagegen dürfte zuweilen ein „Staatsangehörigkeitszeugnis“ von Bedeutung sein, auch „Heimatschein“ (für den Aufenthalt im Ausland) genannt, vgl. Jakob Wöber: „Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz“ (1914) S. 93. — „Ein ärztliches Zeugnis“ besagt, daß die Kandidatin nach Vertrauen den Arzt sich wählen kann.

IV. Allgemeine Vorschriften. 1) Strenge Schweigepflicht bindet alle, welche von den Ordinarien, Seminarvorständen, Klosterobern usw. vertrauliche Nachrichten erhalten, bezüglich des Inhaltes und auch der Personen, welche die Nachrichten lieferten Can. 546. 2) Ordensobere i. w. S., auch weibliche, welche ohne die im Can

544 geforderten Zeugnisse Postulanten zum Noviziate oder Novizen zur Profess zulassen, sollen nach dem Grade der Verschuldung g e s t r a f t werden, auch mit Amtsentziehung Can. 2411. 3) Die gleiche S t r a f e bedroht die Oberinnen, auch die exempten, welche die B e n a c h r i c h t i g u n g des Ortsordinarius über die demnächstige Einkleidung oder Profess unterlassen Can. 2412 n. 2.

§ 16. Die Aussteuer der weiblichen Religiösen.

Quellen: Cann. 547—51; 512 § 3; 533 § 2; 535 § 2; 570; 2412 § 1.

I. **Geschichte.** Das Tridenter Konzil weiß nichts von einer Aussteuer der Klosterfrauen, sondern will, daß dem Kloster nur das für Nahrung und Kleidung des Novizen Notwendige mitgegeben oder geliefert werde; weitere Schenkungen vom Vermögen des Kandidaten oder Novizen bedeuteten eine Beeinträchtigung der Freiheit. Doch schließt das Tridentinum die Mitgift, welche vor dem Ableben der Ordensperson nicht dem Klostervermögen verfällt, nicht gerade aus Trid. sess. 25 de reg. c. 16. Nach der Mitte des 17. Jahrhunderts (1680—1683) wurde die Erlaubtheit der klösterlichen Aussteuer bereits anerkannt, Richter-Schulte: Tridentinum nn. 6 u. 5 cit. loco pag. 417; Benedictus XIV.: De syn. dioec. l. 11 c. 6 n. 1. Der gelehrte Papst konnte sich auf die heiligen Thomas von Aquin (S. Th. 2. 2. q. 100 a. 3 ad 4), Bonaventura (Apologeticum contra adversarios FF. Minorum q. 18), Rahm und Antonin u. a. stützen ibi nn. 1. 2. Das gegenwärtige Recht sorgt für das Fortkommen der Frauenklöster und schützt die Freiheit der Klosterfrauen.

II. **Pflicht der Aussteuer** Can. 547. Die Aussteuer (Mitgift, dos) muß in Frauenklöstern beigebracht werden, wenn und soviel die Konstitutionen festsetzen oder rechtmäßige Gewohnheiten bestimmen Can. 547 § 1; in Frauenkongregationen richtet sich die Aussteuer nach den Konstitutionen ibi § 3. Die Postulantin hat vor der Einkleidung (Can. 553) die Mitgift dem Kloster zu übergeben; jedenfalls muß die Übergabe sichergestellt werden in einer nach dem bürgerlichen Rechte gültigen Form ibi § 2. In manchen Genossenschaften ist es üblich, daß ein Teil vor

der Einkleidung geleistet wird, der andere vor Ablegung der (ersten) Profess. Wenn für letzteren Teil die Sicherheit nach dem einschlägigen bürgerlichen Gesetze geboten ist, so kann diese Form gebilligt werden. Ist die Beibringung einer Mitgift in einer religiösen Genossenschaft tatsächlich vorge-schrieben, als pflichtmäßig, so kann der ganze oder teilweise Erlass (condonatio) nur durch die Kirchenobern gewährt werden, und zwar durch den Apostolischen Stuhl bei Genossenschaften päpstlichen Rechtes, durch den Ortsordinarius bei jenen des Diözesanrechtes Can. 547 § 4.

Als Mitgift kann und soll neben Bargeld eine gewisse Ausstattung in Bett, Weißzeug und Kleidungsstücken beigebracht werden. Die Gegenstände werden beim Eintritt taxiert und in ein eigenes Geschäftsbuch (Effektenbuch) eingetragen, damit im Falle des Austrittes oder Todes vor der Profess die genaue Rückerstattung erfolgen kann. — Es ist zweckmäßig, daß in neuen Konstitutionen die Möglichkeit für die Klosterobern offen bleibt, die Mitgift zu erlassen, namentlich für solche Kandidatinnen, deren wissenschaftliche oder berufliche Ausbildung ohnedies ein Vermögen für das Institut bedeutet. Zudem wäre die Auflage einer eigenen Mitgift neben der Berufsausbildung eine doppelte Belastung gegenüber den anderen.

III. Anlage und Verwaltung der Aussteuer. 1) Oberster Grundsatz für die klösterliche Aussteuer bleibt der: Solange die Klosterfrau oder Schwester lebt, muß die Mitgift derselben unangetastet und unvermischt bleiben, damit ein freier Austritt immer möglich ist Trid. sess. 25 d. reg. c. 16. Darum darf die Aussteuer der Ordensperson vor dem Tode derselben in keiner Weise für das Kloster usw. verwendet werden, auch nicht zu Bauten oder zur Tilgung von Schulden Can. 549. — Nach der ersten Profess (Can. 574) ist die Mitgift in Darlehensforderungen (nomina) anzulegen Can. 549. Diese „Forderungen“ müssen „sicher, erlaubt und fruchtbringend“ sein. Die Anlage geschieht durch die „Oberin mit ihrem Rat“; außerdem wird die Zustimmung des Ortsordinarius stets, die Zustimmung des Regularobern im Falle der Abhängigkeit des Klosters von den Regularen gefordert Can. 549.

2) Die Verwaltung der einzelnen Aussteuer muß im Kloster oder im Mutterhause der Genossenschaft oder Provinz, wo die General- oder Provinzialoberin zu weilen pflegt, mit Vorsicht und Gewissenhaftigkeit betätigt werden Can. 550 § 1. Recht und Pflicht der Ortsordinarien

ist es, der Aufbewahrung, Anlage und Verwaltung dieses Aussteuervermögens seine ewige Wachsamkeit zu widmen, besonders verlange er Rechenschaft hierüber bei Gelegenheit der Visitation Can. 550 § 2; 512 § 3; 533 § 2; 535 § 2.

3) Wenn Oberinnen auch exempter Klöster sich beikommen lassen, die Aussteuerbeträge der aufgenommenen Religiösen oder Novizen in irgendeiner Form für das Haus, die Provinz oder die Genossenschaft zu verwenden, so können sie nach der Schwere der Schuld bestraft werden f. s., selbst mit Amtsentsetzung Can. 2412 § 1.

Die Mitgift soll fruchtbringend angelegt werden, aber zugleich auch sicher. Alle Wertpapiere, welche der Staat für mündelicher erklärt hatte, konnten hiezu verwendet werden. Ähnliches galt für gleichgesicherte Sparkassensbücher auf den Namen der betreffenden Mitgift. Doch ist es gegenwärtig schwer, eine durchaus sichere Anlage zu finden; vielleicht wäre die hypothekarische noch die beste. Jedenfalls muß die Oberin mit ihren Ratsmitgliedern auch die finanzielle Umgestaltung der Jetztzeit mit Gewissenhaftigkeit verfolgen. Doppelt notwendig ist die wachsame Sorge des Ordinarius. — Da die Gefahr einer Säkularisation nicht gerade fern liegt, so bieten die obigen Vorschriften einen gewissen Schutz, da ja das Mitgiftvermögen nicht Klostervermögen ist, sondern kirchlich und bürgerlich jeder einzelnen Klosterfrau, Schwester oder Novizin gehört. Nur die fälligen Zinsen fließen dem Kloster-, Provinz- oder Genossenschaftsvermögen zu.

IV. Rückerstattung der Mitgift. 1) Die Mitgift einer Professin ist ihr auszuhändigen, sobald sie die Genossenschaft verläßt Can. 551 § 1. a) Die ganze „Mitgift“ ist auszuhändigen, aber nicht die fällig gewordenen Zinsen oder Kapitalsfrüchte. b) „Professin“ bedeutet hier nicht nur eine Klosterfrau mit feierlichen Gelübden, sondern auch jede Klosterfrau oder Schwester mit einfachen (ewigen oder zeitlichen) Gelübden, ja auch jede Novizin oder Postulantin, vgl. Can. 547 § 1. c) Die Rückerstattung der Mitgift erfolgt beim „Austritt“; ob die Religiöse mit oder ohne Dispens die Genossenschaft verließ, aus eigenem Antrieb oder entlassen von den Vorgesetzten, ist ganz gleich („quavis de causa“). d) Da die Kapitalsfrüchte dem Kloster usw. verbleiben, so muß das Kloster die etwaigen Stückzinsen, welche noch nicht fällig sind, herausbezahlen. Wären z. B. am 1. April 300 Mark Zinsen seit Oktober fällig und die Schwester tritt am 1. Februar aus, so hat sie Anspruch auf 100 Mark.

Handelt es sich um den Austritt einer *Postulantin* oder *Novizin*, so bekommt sie alle *Sabseeligkeiten* zurück, die nicht aufgebraucht sind Can. 570 § 2. Für *Nahrung* und *Kleidung* während der *Postulat-* und *Noviziatzeit* kann nur dann etwas angerechnet werden, wenn in den Konstitutionen oder in einem ausdrücklichen Vertrage hierüber eine Bestimmung vorliegt ibi § 1. Die Bestimmung des Can. 570 gilt auch für *männliche* Postulanten und Novizen.

2) Beim *Wechsel* der religiösen Genossenschaft oder des Klosters gelten folgende Normen für die Verwendung der *Mitgift*: a) Tritt eine Professin kraft *Apostolischen Indults* (Cann. 632—36) zu einer anderen religiösen Genossenschaft über, so gebühren der neuen Genossenschaft zunächst die *Kapitalsfrüchte*, sowie etwaige *Auslagen* für *Nahrung* und *Kleidung* während des *Noviziates* (Can. 570 § 1); nach *Ablegung* der *Profesß* wird die *Aussteuer* an die neue Genossenschaft übertragen Can. 559 § 2. b) Beim *Übertritt* von einem Kloster in ein anderes desselben Ordens wird die *Mitgift* am Tag des *Eintrittes* dem neuen Kloster übergeben ibi.

„Der neuen Genossenschaft gebühren beim *Übertritt* von einer anderen Genossenschaft außer den *Kapitalsfrüchten* die *etwaigen* *Auslagen* für *Nahrung* und *Kleidung* während des *Noviziates*“ (Can. 570 § 1) nur dann, wenn die Konstitutionen oder ausdrückliche Verträge solche *Bezahlung* festgesetzt haben und insoweit diese *Auslagen* über die *Kapitalsfrüchte* hinausgehen. Jedenfalls hat das frühere Haus usw. nicht zu zahlen, sondern es müssen andere Quellen gesucht werden, wenn nicht die neue Genossenschaft die *Bezahlung* erläßt; vgl. S. Goyeneche CMF. in CdR a. 2. pag. 121—23.

V. Heimfall der Mitgift an das Kloster oder die Genossenschaft. „Die *Mitgift* fällt unwiderruflich dem Kloster oder der Genossenschaft zu, wenn eine Religiöse nach den ewigen oder auch nach den zeitlichen Gelübden stirbt“ Can. 548. Stirbt eine *Novizin* vor *Ablauf* des *Noviziates*, aber nach *Ablegung* der den Dominikanerinnen (Konst. „Summi Sacerdotii“ Pius' V. vom 23. August 1570) und allen Orden und Kongregationen (Dekretum „Spirituali consolationi“ vom 10. September 1912, ME. 24, 396—98) durch *Privileg* bewilligten *Profesß*, so gilt eine solche Professin auch bezüglich der *Mitgift* als *Novizin*, d. h. das Kloster

bzw. die Kongregation erwirbt die Mitgliedschaft nicht, Dekret vom 10. September 1912 n. 5 A. — Weitere Fragen über die Erwerbsfähigkeit des Religiösen werden später behandelt beim Gelübde der klösterlichen Armut.

§ 17. Die Zulassung zum Noviziate.

I. Das Recht der Zulassung zum Noviziate und zu den folgenden Professablegungen (zeitliche, ewige; einfache, feierliche) steht beim höheren Obern (Can. 488 n. 8) nach Abstimmung des Rates (Can. 516 § 1) oder des Kapitels (Can. 501 § 1), wie es die besonderen Konstitutionen einer jeden Genossenschaft vorschreiben Can. 543. Die Mitglieder der zeitlichen Gelübde entbehren des Stimmrechts, wenn nicht die Konstitutionen ausdrücklich anders bestimmen Can. 578 n. 3. Das Stimmrecht muß gebraucht werden nach bestem Wissen und Gewissen; doch scheidet bereits der R o d e r Kandidaten aus, deren Zulassung entweder ungültig oder wenigstens unerlaubt wäre. Natürlich können die K o n s t i t u t i o n e n der einzelnen Genossenschaft außerdem weitere Erfordernisse festsetzen Can. 542. Hören wir nun die Ausschließungsgründe dieses Kanon.

II. „Ungültig werden zum Noviziat zugelassen: Postulanten

- a) welche einer akatholischen Sekte anhängen;
- b) die das für das Noviziat geforderte Alter (das vollendete 15. Jahr Can. 555 § 1 n. 1) nicht haben;
- c) wenn Zwang, schwere Furcht oder Täuschung die Eintretenden oder den aufnehmenden Obern beeinflusst; (der Zwang auf Eintretende ist mit der niemandem reservierten Exkommunikation bestraft Can. 2352);
- d) Ehegatten während der Ehe;
- e) wenn das Band einer Ordenprofess sie verpflichtet oder verpflichtete;
- f) wenn schwere Strafe sie bedroht wegen eines schweren Vergehens, dessen sie angeklagt sind oder angeklagt werden können;
- g) Residenz- oder Titularbischofe, auch wenn sie vom Papste nur ernannt sind;
- h) Mönche, welche kraft einer Anordnung des Heiligen Stuhles eidlich sich verpflichteten, zum Wohle ihrer Diözese

oder der Mission tätig zu sein, solange die eidliche Verpflichtung dauert“ Can. 542 n. 1.

Außerdem gilt entsprechend Can. 968 § 1: Vestem religiosam in religione virorum (mulierum) valide recipit solus vir baptizatus (sola femina baptizata) exclusis hermaphroditis S. C. Conc. d. 22. Nov. 1721 (Richter-Schulte: Trid. sess. 25 c. 17 de reg. n. 4 pag. 421).

Von den acht Ausschließungsgründen, welche Can. 542 n. 1 aufzählt, beziehen sich die meisten auf die kanonische Freiheit: Alter (Überlegungsfreiheit), Zwang, Furcht und Täuschung (innere Freiheit); Mangel der Standesfreiheit (wegen Ehe, Profess, Bischof- und Priesterstand). Die zwei neuen Hindernisse entsprechen den Irregularitäten (keine Neubekehrten, keine Diffamierten). — Nun zur Erläuterung: 1) Der Satz „Die einer akatholischen Sekte anhängen“ begreift in sich die ehemaligen Häretiker und Schismatiker (Cann. 1060; 1099; 1149; 1152; 1258; 2319 usw.), doch nicht die gutgläubigen, wie die CC. vom 16. Okt. 1919 ad 7 entschied (AAS. 11, 477), gemäß unseren Ausführungen in der 1. Auflage dieser Lieferung (S. 372). — 2) Über „Zwang, schwere Furcht, Täuschung“ siehe Can. 103 § 2. — 3) „Ehegatten“ sind vom Noviziate ausgeschlossen, „solange die Ehe dauert“, d. h. solange sie nicht gelöst oder auf Lebensdauer getrennt ist, vgl. Can. 987 n. 2. — 4) „Professoren, wirkliche und ehemalige“ sind (ohne päpstliche Dispens) im Gegensatz zu den Novizen, welche genaue Zeugnisse bedürfen, ausgeschlossen, auch wenn die Gelübde nur zeitliche und in der gleichen Genossenschaft abgelegt waren; indes scheint uns die Ungültigkeit der Zulassung nur dann unzweifelhaft zu sein, wenn die Voraussetzungen des Can. 556 § 1 entsprechend zutreffen; vgl. auch Can. 633 § 1 und 2; CdR. a. III, 9—14. — 5) Wenn ein „großes Verbrechen oder Vergehen“ vorliegt, so kommt es nicht darauf an, wo die Klage geschah, oder möglich ist, ob beim geistlichen oder beim weltlichen Gericht. — 6) Kein zum Bischof vom Heiligen Vater Ernannter (designatus) kann Ordensmann werden ohne die besondere Erlaubnis des Papstes. Die designatio geschieht durch die Präkonisierung im Konsistorium oder durch eine Bulle oder eine Breve. — Über die durch Eid gebundenen Kleriker vgl. Leitner: Handbuch² S. 224.

„Gültig, aber **unerlaubt** werden zum Noviziate zugelassen:

a) **Majoristen** ohne Befragen oder bei Widerspruch des Ortsordinarius, weil ihr Weggang der Seelsorge zum großen sonst unabwendbaren Schaden gereicht;

b) mit **Schulden Belastete**, wenn sie zahlungsunfähig sind;

c) zur **Rechenenschaft** Verpflichtete oder in andere weltliche **Händel** Verwickelte, wenn die religiöse

Genossenschaft Streitigkeiten und Belästigungen fürchten kann;

d) Kinder, welche ihren nächsten Angehörigen, nämlich Vater oder Mutter, Großvater oder Großmutter, helfen müssen, weil sie schwere Not drückt; und wiederum diese Verwandten, wenn sie Nachkommen zu ernähren oder zu erziehen haben;

e) Kandidaten, wenn sie vom Priestertum, für das sie in der Genossenschaft bestimmt sind, durch Irregularität oder andere kanonische Hindernisse ferngehalten werden (Handbuch I² § 20 ff);

f) Angehörige eines morgenländischen Ritus, welche in Genossenschaften des lateinischen Ritus ohne die schriftliche Erlaubnis der heiligen Kongregation für die Orientalische Kirche (Can. 257) aufgenommen werden Can. 542 n. 2;

g) Jene Kandidaten, welche den Vorschriften der Cann. 539—541 (Postulat) nicht genügten Can. 542, 555 und 11.

Drei der Ausschließungsgründe, welche die Einfleischung unerlaubt machen, sind zu würdigen. Kinder sind vom Klostereintritt nur dann zurückgehalten, wenn Eltern oder Großeltern in schwerer Not sind und die betreffenden Kinder nur in der Welt helfen können. Dieser Grund gilt also nicht als Gebot bei Seitenverwandten, auch nicht bei Brüdern und Schwestern; gilt nicht, wenn Eltern in keiner Not oder nur in geringer Not sind, oder wenn die Ordenskandidaten überhaupt nicht helfen können oder ebensogut im Kloster zu helfen vermögen. Haben die Eltern (Großeltern) der Ernährungs- und Erziehungspflicht genügt, was bei geistes- und körperkräftigen Kindern mindestens mit der Volljährigkeit eintritt, so besteht für sie kein Hindernis. — Jene Weibekandidaten, welche Aussicht haben, die feierlichen Gelübde abzulegen, können erlaubterweise auch dann in einen Orden aufgenommen werden, wenn sie außerehelicher Abstammung sind Can. 984 n. 1; — ebenso jene, deren Behinderung von selbst (nicht durch Dispense) vor Erteilung der Tonsur nach sicherer Voraussicht verschwunden sein wird. — Sind Orientalen bereits vor dem 19. Mai 1918 im guten Glauben zu lateinischen Genossenschaften zugelassen worden, so kann man die Sache beruhen lassen. Für eine nunmehrige Aufnahme bedarf es der Erlaubnis der Orientalenkongregation. In der Bittschrift muß der Fall mit allen seinen Umständen dargelegt werden mit Angabe des Tauf- und Familiennamens, des Alters, des Ritus und der Diözese des Kandidaten. Handelt es sich um Männer, so muß hervorgehoben werden, ob das Institut einfache oder feierliche Gelübde hat, ob es sich um eine Klerikal- oder eine Laiengenossenschaft handelt S. C. de Prop. F. pro Neg. Rituum Orientalium d. 15. Jun. 1912 (ME. 24, 306). Die Beurteilung der Frage, welchem Ritus jemand angehört, hängt vom Can. 98 ab.

§ 18. Das Noviziat.

„Noviziat“ ist jene Zeit, welche vom Ordenskandidaten im Noviziats Hause als Probezeit zugebracht wird von der Einkleidung oder einer dieser gleichwertigen Handlung an (in der Regel) bis zur Profess.

I. Beginn des Noviziates. Das Noviziat beginnt mit der Einkleidung (Annahme des Novizengewandes, *susceptio habitus*) Can. 553; 540 § 2. Dieses Kleid ist verschieden von dem der Postulanten und oft auch von dem der Professoren. Während des ganzen Noviziates soll das vorgeschriebene Novizenkleid getragen werden, außer es verlangen die besonderen Ortsumstände etwas anderes Can. 557. Daraus ergibt sich, daß das Tragen des Novizenkleides während des Noviziates zwar Pflicht, aber nicht Erfordernis der Gültigkeit ist, vgl. Can. 555. — Ja Konstitutionen können sogar bestimmen, daß das Noviziat nicht durch die Einkleidung, sondern in anderer Form seinen Anfang nehme Can. 553. Wenn das Trienter Konzil in sess. 25 de reg. c. 15 redet „von der Annahme des Ordenskleides“, so spricht es eben von dem gewöhnlichen und läßt außer Betracht jene Regularkleriker, welche eines eigentlichen Ordenskleides entbehren, z. B. die Barnabiten, die Jesuiten, Wernz Tr. X.: Ius deer. vol. 3 n. 635 not. 252; Prümmer: Ius reg. spec. D. 39.

II. Als wesentliche Erfordernisse des Noviziates werden vom Can. 555 bezeichnet: 1) die Vollendung des fünfzehnten Lebensjahres; 2) die Dauer eines ganzen Jahres im Zusammenhang; 3) das Verweilen im Noviziats Hause.

1) Das Noviziat muß ein ganzes Jahr ohne Unterbrechung dauern Can. 555 § 1 n. 2. Wird in den Konstitutionen eine längere Zeit für das Noviziat gefordert, so ist diese nur dann zur Gültigkeit notwendig, wenn die Konstitutionen dies ausdrücklich fordern ibi § 2. Wenn Konstitutionen bestimmen, daß das Noviziat zwar 2—3 Jahre dauere, daß aber das zweite bzw. dritte Jahr außer dem Noviziats Hause zugebracht werden könne, oder daß die zwei bis drei Jahre abgekürzt werden können, so ist das ein Zeichen, daß das zweite (dritte) Jahr zur Gültigkeit nicht erforderlich ist. Dagegen hat das

Tridentinum (sess. 25 d. reg. c. 16) bezüglich der Gesellschaft Jesu selbst eine Ausnahme gemacht; dort sind zwei Jahre Noviziat.

Eine Anweisung der Religiosenkongregation, bestätigt und mit verpflichtender Kraft ausgerufen durch P. Benedikt XV. am 3. Nov. 1921 (AAS. 13, 539), gibt uns genauere Aufschlüsse über die Bedeutung des 2. Noviziatjahres. Da dieses 2. Jahr jenen Instituten zugewilligt wurde, deren Mitglieder wegen ihres engeren Verkehrs mit der Welt einer festeren Grundlage benötigen, so muß der Hauptzweck dieser weiteren Probezeit die Vertiefung des geistlichen Lebens sein (Can. 565). Nebenbei können und sollen die Novizen in diesem 2. Jahre in die äußere Tätigkeit der Genossenschaft eingeführt werden, nicht selbständig, sondern unter der wachsamten Leitung eines bewährten Professoren. Eine Verwendung außerhalb des Noviziatshauses kann nur ausnahmsweise geschehen aus einem gewichtigen Grunde.

Wenn ein ganzes Jahr (annus integer) gefordert ist, so bedeutet dies, daß im nächsten Jahre der nämliche Monatstag verflossen sein muß Can. 34 § 3 n. 3. Wurde die Einkleidung gehalten am 15. Oktober 1922, so kann am 16. Oktober 1923 zu jeder Stunde die Profess abgelegt werden.

Das Noviziatjahr muß ununterbrochen sein (annus continuus). Das Noviziat wird unterbrochen durch dreierlei Vorgänge:

a) wenn der Novize, vom Obern entlassen, das Haus verlassen hat;

b) wenn der Novize ohne Erlaubnis des Obern das Haus verlassen hat mit dem Willen, nicht mehr zurückzuführen;

c) wenn er über dreißig Tage außerhalb des Hauses verblieb, ohne Unterschied des Grundes; in letzterem Falle ist es gleich, ob die dreißig Tage im Zusammenhange oder getrennt auswärts zugebracht wurden, ob der Obere die Erlaubnis gab oder nicht, ob der Wille zur Rückkehr vorhanden war oder nicht Can. 556 § 1. Blieb der Novize über fünfzehn zusammenhängende oder durch Zwischenräume getrennte Tage, aber nicht über dreißig Tage, entweder mit Erlaubnis der Obern oder durch Gewalt gezwungen außerhalb der Klostermauern, immerhin aber unter dem Gehorsam des Obern, so müssen diese Tage ergänzt werden; das genügt auch. Bei einem Zeitraum von einer bis fünfzehn Tage währenden Abwesenheit (unter den gleichen Bedingungen) kann die Ergänzung der Abwesen-

heittage vom Obern vorgeschrieben werden oder nicht; das Noviziat ist stets gültig Can. 556 § 2. Freilich die Obern sollen die Erlaubnis zum Verweilen außerhalb der Noviziatsumfriedung nur aus einer rechtmäßigen, und zwar gewichtigen Ursache erteilen ibi § 3. — Wenn ein Novize von den Obern in ein anderes Noviziat derselben Genossenschaft versetzt wird, so tritt dadurch keine Unterbrechung ein ibi § 4.

Mit der gesetzmäßigen Entlassung (Can. 271 § 1; unten n. VI. 1) muß sich das Verlassen des Hauses verbinden. Bleibt der Novize trotz der Entlassung noch einige Tage im Noviziat und nimmt ihn der Obere wieder zu Gnaden an, so tritt keine Unterbrechung ein. — Verbleibt ein Novize über dreißig Tage außer dem Hause, so ist das Noviziat stets unterbrochen. Verbleibt er nur dreißig Tage oder weniger außerhalb des Hauses, so kommt es auf seine Absicht an. Hatte er den Willen, nicht mehr zurückzukehren, und offenbarte er denselben in irgend einer Form nach außen, so ist das Noviziat unterbrochen. Blieb jedoch die Absicht des Novizen, nicht mehr zurückzukehren, ganz geheim, so erscheint uns die Unterbrechung nicht sicher, vgl. Can. 11; 586 § 2; 644 § 2. Hier handelt es sich um ein äußeres Kirchengefetz, nicht um Vorschriften des Gewissenbereiches; darum fallen rein innere Akte nicht unter Can. 556 § 1 („non reversurus“). Deshalb gilt Can. 15, wonach Gesetze, auch ungültig oder unfähig machende, in einem Gesetzeszweifel nicht verpflichten. — Verließ ein Novize das Haus ohne Erlaubnis der Obern, aber mit dem Willen, wieder zurückzukehren (reversurus), so ist für einen solchen fugitivus a novitiatu (vgl. Can. 644 § 3) das Noviziat nicht unterbrochen, außer bei mehr als 30 tägiger Abwesenheit, Can. 556 § 1; 11; S. C. Relig. d. 3. Maii 1914 n. 2, doch müssen die Tage des auswärtigen Aufenthalts stets nachgeholt werden Can. 556 § 2. — Die Berechnung der fünfzehn oder dreißig Tage geschieht nach Can. 34 § 2, also von Zeitpunkt zu Zeitpunkt. Wenn jemand am 1. Mai das Kloster um 12 Uhr mittags verließ, und zwar mit Erlaubnis des Obern, und er kehrt am 31. Mai um 10 Uhr vormittags zurück, so müssen die dreißig Tage nur ergänzt werden; kehrt er um 10 Uhr nachts zurück, so ist das Noviziat unterbrochen; auch dann, wenn er wegen Zugveräumung oder Verspätung nicht früher eintreffen konnte. —

Beachtenswert ist die Frage einer Unterbrechung durch militärische Übungen. Dauert die Übung über dreißig Tage, so liegt stets Unterbrechung vor. Dauert sie dreißig Tage und weniger, so müssen die Abwesenheitstage ergänzt werden; die Ergänzungszeit kann vom Obern bei fünfzehn und weniger Tagen erlassen werden. Das Reskript der Religiosenkongregation vom 3. Mai 1914 (AAS. 6, 230; ME. 26, 66; PMS. 24 [1914] S. 717), wonach vor der Zulassung des Soldaten-Novizen zur Profess wenigstens dreißig Tage verflossen sein müssen, hat, weil im Roder nicht erwähnt (Can. 6 n. 6), seine verpflichtende Kraft verloren.

Das Noviziat muß ein ganzes Jahr ohne Unterbrechung dauern Can. 555 § 1 n. 2. Damit scheint die Mög-

lichkeit gefallen zu sein, daß ein Novize vor Ablauf des ganzen Jahres in schwerer Krankheit die Profess ablege. Die Dominikanerinnen hatten durch den heiligen Papst P i u s V. in der Konstitution Summi Sacerdotii vom 23. August 1570 das Privileg erhalten, daß ihre Novizinnen vor Ablauf des Noviziates in Todeskrankheit die Profess ablegen durften. Abgesehen von der *communicatio privilegiorum*, welche jetzt durch Can. 613 § 1 beseitigt ist, dehnte Papst P i u s X. durch das Dekret „*Spirituali consolationi*“ vom 3. September 1912 (AAS. 4, 489; ME. 24, 396—98) dieses Privileg auf alle Orden, Kongregationen und Institute mit gemeinsamem Leben (auch ohne Gelübde) aus; vgl. die Geschichte der „Sterbendenprofess“ in der *ZNSt.* 1921 S. 493 (P. Philipp Hofmeister O. S. B. — Abtei Mersheim). Obwohl nun diese Profess „im Angesichte des Todes“ nur Wirkungen hatte für Erteilung der geistlichen Gnaden, für die der Kodex bereits ohne Profess in ausgiebiger Weise gesorgt hat Can. 567 § 1, so hängt der Fortbestand dieses Gnadenerweises von der Frage ab, ob das Dekret „*Spirituali consolationi*“ ein Gesetz oder Privileg ist. Ist es ein Gesetz, so verschwand es mit dem Inkrafttreten des Kodex Can. 6 nn. 1 u. 6; ist es aber ein Privileg, so besteht es noch zurecht, vgl. Cann. 4; 71 u. 60 § 2; 72—78. Papst Pius X. nannte es ausdrücklich „*privilegium*“; also mag es bestehen bleiben. Wird nun diese Profess in der Todesgefahr abgelegt, so treten die Rechtsfolgen der geregelten Profess nicht ein, also a) kein Erwerb der Mitgift; b) Freiheit des Austritts und der Entlassung wie bei Novizen; c) Notwendigkeit, das ganze Noviziat durchzumachen; d) Notwendigkeit einer späteren Profess oder Weihe oder Gelobung; Dekret „*Spirituali consolationi*“ am Schluß (ME. 24, 398).

2) Das Noviziat (wenigstens das eigentliche) muß durchgemacht werden im Noviziats Hause Can. 555 § 1 n. 3. Dieses muß errichtet werden gemäß den Konstitutionen. Handelt es sich um das Noviziatshaus einer Genossenschaft päpstlichen Rechts, so wird päpstliche Bewilligung benötigt Can. 554 § 1 neben der schriftlichen Zustimmung des Ortsordinarius, falls es sich um ein selbstständiges Haus handelt Can. 497 § 1. Die selbstständigen Klöster haben das Noviziat im eigenen Kloster, freilich getrennt vom

Konvente der Professoren (Statuta CBB. n. 98). — In jeder *O r d e n s p r o v i n z* kann ein Noviziat errichtet werden, zwei oder mehrere nur dann, wenn zu einem gewichtigen Grunde das besondere Apostolische Indult hinzutritt Can. 554 § 2. Daraus scheint hervorzugehen, daß in einer in Provinzen nicht abgetheilten Genossenschaft mehrere Häuser leichter errichtet werden können. — In das Noviziats- und Studienhaus sollen die Obern nur Religiösen schicken, die musterhaft sind im Eifer für klösterliche Gewissenhaftigkeit (*regularis observantiae studio*) Cann. 554 § 3; 540 § 1.

Ist das Noviziat nicht in einem eigenen Hause errichtet, sondern in einem Kloster neben dem Konvente der Professoren, so muß eine bestmögliche *T r e n n u n g* zwischen beiden Abteilungen durchgeführt werden, so zwar, daß der Verkehr zwischen Professoren und Novizen nur aus besonderen Gründen und mit Erlaubnis des Obern oder des Novizenmeisters stattfinden darf Can. 564 § 1.

„In unmittelbarer Nähe des Mutter- und Noviziatshauses liegt, von diesem nur durch eine schmale Straße getrennt, das städtische Krankenhaus, in dem Schwestern derselben Diözesangenossenschaft tätig sind. Kann nun dieses Krankenhaus mit dem Mutterhause zusammen als ein Noviziat gelten, durch welches den Anforderungen des Can. 555 § 1 n. 3 (*in domo novitatus*) genügt wird?“ Man kann auch das Krankenhaus als Teil des Novizialhauses betrachten unter folgenden Voraussetzungen: 1) daß die Errichtung beider Gebäude mit Erlaubnis des Ordinarius als die eines Ordenshauses i. w. S. geschah Can. 497 § 1; 2) daß nur eine Oberin beiden Abteilungen vorsteht Can. 508; 3) daß die Trennung zwischen Professoren und Novizen in beiden Gebäuden möglichst durchgeführt ist Can. 564 § 1.

Sind in einer Genossenschaft zwei *K l a s s e n* von Mitgliedern: Kleriker und Laienbrüder; Chorfrauen und Schwestern usw., so muß den einzelnen Klassen im Noviziate eine eigene Abteilung zugewiesen werden ibi § 2. Würde nun das Noviziat der einen Klasse in der Abteilung der anderen Klasse (Ort und Übungen) durchgemacht, so hätte es für die erstere Klasse keine Geltung Can. 558. Hätte z. B. ein talentierter Jüngling das Noviziat in der Klasse der Laienbrüder durchgemacht, so müßte er, um später Kleriker zu werden, das Noviziat für die Kleriker eigens machen, wenn nicht vom Heiligen Stuhl eine gewisse Dispens gewährt würde. Zur Beurteilung, ob tatsächlich verschiedene Klassen derselben Genossenschaften vorhanden sind, müssen die Kon-

stitutionen herangezogen werden. — Das Dekret der Religiosenkongregation „Sacrosancta“ vom 1. Januar 1911 (ME. 23, 7—14) über die Aufnahme, das Noviziat und die Profess der *Ordensbrüder* ist, soweit es rechtliche Bestimmungen enthielt, durch den Kodex außer Kraft gesetzt worden Can. 6 nn. 1 u. 6, SCRelig. d. 6. Oct. 1919 (AAS. 11, 420).

III. Der Novizenmeister. In markigen Zügen entwirft der Kodex in den Cann. 559—65 die einzig wichtige Stellung und Aufgabe des Novizenmeisters und seines Gehilfen. Die angeführten Kanones und die folgenden Ausführungen gelten in gleicher Weise für die männlichen und weiblichen Genossenschaften Can. 490.

1) **Eigenschaften.** Die Ausbildung der Novizen muß geleitet werden von dem *Meister* (Novizenmeister, Magister), einem Mann, durch Alter erfahren und Tugenden erprobt. Fünfunddreißig Jahre des menschlichen und zehn Jahre des Ordenslebens (von der ersten Profess an) muß der Ausgewählte wenigstens zurückgelegt haben; handelt es sich um eine klerikale Genossenschaft, so muß er Priester sein. Klugheit, Nächstenliebe, Frömmigkeit und religiöse Pünktlichkeit muß er in hervorragendem Maße (*conspiciuus*) besitzen Can. 559 § 1. Kein Amt, keine Aufgabe darf ihn drücken, die ihn in der Sorge und Leitung der Novizen stören könnte ibi § 3.

Can. 559 § 3 ist herübergenommen aus der Konstitution *Placemus* VIII. „Cum ad regularem“ d. 19. Mart. 1603 § 9 (*Lucidi Angelus: De visitatione ss. liminum, Romae 1883, III. 437*), darum auszulegen nach dem alten Recht Can. 6 n. 2. Hat sich in einem Orden oder in einer Kongregation eine rechtmäßige Praxis gebildet, so bleibt es dabei. Sonst können folgende Gesichtspunkte als Richtschnur dienen: Dem Novizenmeister und seinem Genossen sollen nicht aufgelegt werden „Würden und Bürden“: a) welche die Residenzpflicht derselben (vgl. Can. 508) gefährden, z. B. das Amt eines Visitators; b) welche einen freieren Überblick über die Genossenschaft, Provinz, Niederlassung erheischen, wie die Ämter eines General- oder Provinzialobern, eines Abtes, ja auch eines sonstigen Lokalobern, wenn das Haus groß ist; c) welche in geistliche oder zeitliche Sorgen verwickeln, wie die Ämter eines Seelsorgers, Predigers, Beichtvaters oder Vermögensverwalters (*oeconomus*) usw.; vgl. *Arcadius Larraona* in *CdR. a. II. pag. 293 sq.*

2) **Der Gehilfe** (*socius magistri*). Stellt sich ein Bedürfnis wegen der Zahl der Novizen oder aus einem sonstigen rechtmäßigen Grunde heraus, so soll dem Novizen-

meister ein Gehilfe (Sozius) beigegeben werden, der in den Noviziatsangelegenheiten jenem unmittelbar unterstellt, mindestens dreißig Jahre alt und Profest seit fünf Jahren (erste Profest) ist; die Tugenden und Eigenschaften seien ähnlich denen des Meisters Can. 559 § 2.

3) Bestellung und Amtsdauer. Der Novizenmeister und sein Gehilfe werden gemäß den Konstitutionen auserlesen. Geschieht die Bestellung auf eine bestimmte Zeit, so sollen sie während derselben ohne schwerwiegenden Grund nicht entfernt werden. Einer Wiederwahl steht nichts im Wege Can. 560. Man beachte den Unterschied zwischen diesem Amte und den übrigen Klosterämtern (Can. 505), der wohl begründet ist. Schon die Notwendigkeit der Erfahrung erheischt eine längere Dauer; dazu kommt, daß seine Untergebenen ständig sich ablösen.

4) Rechtliche Stellung des Meisters und der Novizen. Einzig dem Novizenmeister kommt das Recht und Amt zu, sich der Ausbildung der Novizen anzunehmen und das Noviziat zu leiten, so daß niemand in diese Geschäfte sich einmischen darf, unter keinem Vorwand, mit einziger Ausnahme der von den Konstitutionen hierzu bestimmten Obern und Visitatoren. — In klösterlichen Fragen des Gesamthauses untersteht der Novizenmeister dem Obern des Hauses; gerade so wie die Novizen Can. 561 § 1. Letzteres ist erfordert durch die Hausordnung. — Der Novize untersteht der Gewalt des Novizenmeisters und der Ordensobern (i. w. S.) und muß ihnen Gehorsam leisten ibi § 2. Die Novizen sollen in ihrer Ausbildung einerseits ungestört sein, anderseits aber doch wieder ein gutgehendes Glied im Räderwerk der Hausordnung; vgl. CdR. a II pag. 298 (Larraona). — Der Gehorsam, welchen die Novizen zu leisten haben, entspringt nicht dem Gelübde, sondern dem stillschweigenden Ausbildungsvertrag und der Verpflichtung die Mittel zum Ziele anzuwenden.

5) Aufgaben des Novizenmeisters und Noviziates. a) Eine schwere Verpflichtung belastet den Novizenmeister, alle Mühe aufzuwenden, daß die ihm anvertrauten Zöglinge im Ordensleben den Konstitutionen gemäß nicht nur unterrichtet, sondern emsig geübt werden;

Can. 565 gibt die näheren Anweisungen nach Can. 562. — b) Das Noviziatjahr muß unter der Führung des Novizenmeisters dieses Ziel anstreben, daß die Seele des Novizen erfüllt werde vom Eifer für die Regel und Konstitutionen (oder gebildet werde durch das Studium der Regeln und Konstitutionen), daß sie verklärt werde in Betrachtung und anhaltendem Gebete, daß sie erlerne, was die heiligen Gelübde und Tugenden betrifft, daß sie zur rechten Zeit sich übe in der Ausrottung der lasterhaften Reime, in der Zügelung der Gemütsbewegungen und in der Erwerbung der Tugenden Can. 565 § 1. Hier muß sich theoretische Aufklärung mit der Anhaltung zur praktischen Übung verbinden; vgl. Watterott Ignaz, O. M. I.: „Ordensleitung“ (1916). — Die Laiennovizen (überhaupt die Novizen ohne höhere religiöse Bildung) sollen außerdem eifrig in der christlichen Religionslehre unterrichtet werden; wenigstens einmal in der Woche soll eine besondere Konferenz für sie gehalten werden ibi § 2; vgl. Can. 509 § 2 n. 2, S. 282. Nebenbeschäftigungen, wie Abhalten von Predigten, Beicht hören, Ausübung der äußeren Ordensämter, sollen während des Noviziatjahres von den Novizen ferne bleiben; dem Berufsstudium in Literatur, Wissenschaft und Kunst sollten sie nicht obliegen (*neve dedita opera studiis vacant litterarum, scientiarum aut artium*). Demnach ist nicht jede wissenschaftliche Beschäftigung ausgeschlossen; nur die eigentliche Berufsbeschäftigung. Im Gegenteil dürfte ein Studium, welches dem Noviziatzwecke dient (Heilige Schrift, Väter, Kenntnis der einschlägigen Partien des Roder, Liturgie usw.), die Novizen vom Müßiggange abhalten und im Ordensgeiste fördern. — Für Laienbrüder (wie alle Mitglieder mit mehr körperlicher Arbeit) gelten folgende Regeln: a) während des Noviziates dürfen sie niemals die Hauptstelle in einem Berufszweige (Sakristei, Krankenpflege, Küche, Garten usw.) einnehmen, als „*primarii officiales*“; b) sie müssen im Berufe tätig sein; c) sie dürfen durch die Berufsarbeiten von den Noviziatübungen nicht abgezogen werden Can. 565 § 3. Wichtig ist, daß die Berufsvorstände in den männlichen und weiblichen Genossenschaften den Novizen durch Beispiel und Wort zum Berufe Anleitung geben, aber auch von ihnen alle Gefahren der

Laueheit fernhalten (Cann. 564; 540), auch die Gefahr, daß durch übermäßige Arbeit die Aufgabe des Noviziates überwuchert werde.

IV. Sakramente, Privilegien und andere Gnaden der Novizen.

1) Über die **Beichtväter** der Novizen in weiblichen und männlichen Genossenschaften (Can. 566 §§ 1 und 2) wurde bereits oben (S. 347) gehandelt.

2) Die **Beförderung zu Weihen** soll während des Noviziates unterbleiben Can. 567 § 2; die Erteilung auch der Tonsur oder niederen Weihen an Novizen durch ihren Abt wäre ungültig Can. 964 n. 1. Dispense müßte vom Apostolischen Stuhle erbeten werden.

3) Die Novizen nehmen teil an allen **Privilegien** und **geistlichen Gnaden** ihrer Genossenschaft; werden sie vom Tode hinweggerafft, so haben sie auf die den Professoren gebührende **Gebetshilfe** (suffragia) Anspruch Can. 567; 514; 1221; freilich bleibt den Novizen das Recht, ihre Begräbniskirche zu wählen Can. 1221 § 1. Durch den Can. 567 § 1 wird die „Profess in der Todesgefahr“ fast gegenstandslos, Dekret „*Spirituali consolationi*“ d. 10. Sept. 1912 n. 4, indes gehen Privilegien nicht dadurch verloren, daß sie ihres Inhaltes beraubt werden, vgl. Can. 77.

V. **Vermögensrechtliche Fragen.** Der Kodex ordnet in den Cann. 568—70 vermögensrechtliche Fragen, welche während des Noviziates und für dasselbe zu regeln sind.

1) Wenn ein Novize im Verlaufe des Noviziats auf seine eigenen Pfründen oder Güter **Verzicht** leistet oder dieselben belastet (verpfändet), so ist ein solcher **Verzicht** oder eine solche **Belastung** nicht nur unerlaubt, sondern sofort **ungültig** Can. 568. Ein Grund hiefür ist in Can. 1484 angegeben; er hat ja bei etwaigem Austritt keine Bürgschaft für ein standesgemäßes Leben und ist darum in der Freiheit beschränkt. Dagegen sorgt der Kodex selbst für die Erledigung der Benefizien; denn „die **Pfarrpfründen** erledigen sich ein Jahr nach Ablegung jeder Profess, die übrigen **Pfründen** nach drei Jahren“ Can. 584.

2) Die **Verwaltung**, der **Gebrauch** und die **Nutznießung** des **Vermögens** eines **Novizen** wird in Can. 569 § 1 so geregelt, daß der Novize

vor den einfachen Gelübden (zeitlichen oder immerwährenden) für die ganze Zeit seiner Verpflichtung durch die einfachen Gelübde die Vermögensverwaltung einer beliebigen Person überlassen muß, sowie daß er über die Verwendung und Nutznießung (*usus et ususfructus*) frei verfüge, wenn nicht die Konstitutionen etwas anderes bestimmen Can. 569 § 1; CC. 5. Ian. 1919 (Archiv 99, 60) n. 33. Vielleicht wäre es am besten, wenn jeder Novize diese Überlassung bzw. Verfügung träte einige Wochen vor der ersten Profess, ob er nun Güter hat oder nicht, jedenfalls empfiehlt es sich, die Fassung möglichst weit zu machen. Wäre aber das nicht geschehen, so könnten die Akte der Verwaltungsüberlassung oder Verfügung über Brauch und Nießbrauch, wenn notwendig, auch von einem einfachen Professe gemacht werden ibi § 2. Ja dieser Professe könnte auch später nochmal eine Änderung vornehmen, vorausgesetzt, daß die Änderung, wenigstens betreff eines bedeutenden Vermögensteiles, nicht zugunsten der religiösen Genossenschaft geschieht, in folgenden Fällen: a) wenn die Konstitutionen es gestatten; b) sonst mit Erlaubnis des Generalobern, oder c) mit Erlaubnis des Ortsordinarius und des Ordensoberen bei Frauenklöstern, welche den Regularen unterstehen, endlich mit Erlaubnis des Ortsordinarius allein bei sonstigen Frauenklöstern, niemals aus eigener Willkür Can. 580 § 3. Durch den Weggang (infolge freiwilligen Austritts oder Entlassung) von der Genossenschaft verliert der Akt der Verwaltungsüberlassung oder der Verfügung über Brauch und Nießbrauch seine Kraft ibi.

3) Der Novize einer religiösen Kongregation soll vor der Profess der zeitlichen Gelübde LQS 1920 III (73) S. 336 ein Testament machen über sein gegenwärtiges oder etwa zu erwartendes Vermögen Can. 569 § 3. Daß er ein Testament mache, ist Pflicht; wie er es tut, ist frei („libere condit“) ibi. Dieses Testament kann von den Professoren der Kongregation nur geändert werden a) mit Erlaubnis des Heiligen Stuhles oder b) mit der Erlaubnis des höheren Ordensoberen (General, Provinzial, Abt), wenn die Sache drängt, so daß ein Refurs nach Rom nicht möglich ist; oder c) mit Erlaubnis des Lokalobern, wenn auch der höhere Obere nicht erreicht werden kann Can. 583 n. 2. Derselbe

Kanon bestimmt, daß durch „Schenkungen unter Lebenden“ das Eigentumsrecht am Vermögen von Professoren mit einfachen Gelübden nicht abgegeben werden kann ibi n. 1. Bewahren ja solche Professoren, wenn die Konstitutionen nicht anders verfügen, das Eigentumsrecht an ihrem Vermögen und die Fähigkeit, andere Güter zu erwerben, im Rahmen des Can. 569, welchen wir soeben dargelegt haben Can. 580 § 1. Was jedoch der Religiöse durch seine (körperliche oder geistige) Arbeit erwirbt, erwirbt er seinem Orden, seiner Kongregation; ebenso was er auch ohne seine Betätigung erhält in Rücksicht auf seine Genossenschaft ibi § 2.

Wir haben im vorausgehenden bereits in das Leben der Professoren hinübergegriffen wegen der einheitlichen Behandlung des Gegenstandes, indes wurden die Orden mit feierlichen Gelübden nicht berührt. Vor der einfachen Professur soll also geregelt werden: a) die Verwaltung des Eigentums an liegendem und beweglichem Hab und Gut durch Überlassung (cessio); b) der Brauch und Nießbrauch desselben durch Verfügung (dispositio); c) das Eigentumsrecht an demselben durch Testament. Die Aussteuer (Mitgift, dos) der Frauenklöster und Schwesternkongregationen ist eine Frage für sich (oben S. 390). In diesen Akten ist der Novize und im Falle der Cönn. 569 § 2 und 580 auch der einfache Professe vollständig frei, wenn nicht die Konstitutionen einschränkende Bestimmungen betreff der Verfügung enthalten (Can. 569 § 1). Um den Rechtsgeschäften größere Sicherheit zu geben, sollen dieselben, namentlich das Testament, in bürgerlich rechtlicher Form abgefaßt werden.

Bezüglich der Testamente im Deutschen Reich gelten folgende Vorschriften des BGB.: 1) Wer geschäftsunfähig ist, wer im Zustande der Bewußtlosigkeit oder vorübergehender Geistesstörung sich befindet, die Entmündigten und die Minderjährigen unter sechzehn Jahren, sind unfähig, ein Testament zu errichten. 2) Es gibt zwei Arten von gewöhnlichen Testamenten: öffentliche und private. Das öffentliche Testament vor dem Richter oder (in Bayern nur) vor dem Notar wird errichtet entweder dadurch, daß der Erblasser dem Richter oder Notar mündlich seinen Willen erklärt oder daß er diesem Beamteten eine Schrift mit der mündlichen Erklärung übergibt, daß diese Schrift seinen letzten Willen enthält. — Das Privattestament wird errichtet durch eine von dem Erblasser unter Angabe des Ortes und des Tages eigenhändig geschriebene und unterschriebene Erklärung BGB. § 2231 Z. 2. — Unter den außerordentlichen Testamenten (Dorf testament; Testament in abgesperrten Orten; Testament an Bord eines Schiffes) hat für unseren Fall das Dorf testament praktische Bedeutung. Das Dorf testament wird im Notfall errichtet, nämlich, wenn zu besorgen ist, daß man den Richter oder Notar nicht mehr erreichen kann, vor dem Bürgermeister (Vorsteher) und zwei Zeugen BGB. § 2249. Lebte der Erblasser drei Monate nach der Errichtung des Rottestamentes noch, so ist es erloschen BGB. § 2252

Die eben genannten Rechtsgeschäfte (*cessio, dispositio, testamentum*) kann der Novize (Professe) *f r e i* ordnen, ohne Beeinflussung anderer Personen, also auch der Vorgesetzten oder Mitbrüder bzw. Mitschwestern, nur die Konstitutionen haben einen gewissen Einfluß Can. 569 § 1. Die fragliche Ordensperson ist auch *f r e i* in der Anordnung, *w e m* sie die Rechte übertragen will, also ihren Anverwandten, Vormündern, aber auch der Genossenschaft, wenn diese will, nur nicht sich selbst Can. 579. Tritt die Ordensperson aus, so verlieren die Verfügungen des Can. 569 § 1 ihre Kraft; das Testament aber kann jederzeit (nach dem Austritt) abgeändert werden. Es ist Aufgabe des Novizenmeisters (der Novizenmeisterin), die Untergebenen über ihre Pflichten zu belehren, jeder Beeinflussung sich jedoch zu enthalten, vgl. *Brandh s* S. 35; *WGS.* 1920 S. 336—347 (P. Dr. W. *Rijdsman* C. SS. R. — *Wittem* in *Holland*).

4) Tritt der Novize (Postulant) aus, so kann für Nahrung und Kleidung nur dann ein *E r s a t z* verlangt werden, wenn das die Konstitutionen oder ein *a u s d r ü c k l i c h e r V e r t r a g* so bestimmen Can. 570 § 1. Mitgebrachte Gegenstände (Wäsche, Bett, Kleider usw.) werden, wenn sie nicht aufgebraucht wurden, beim Weggange des Novizen diesem *a u s g e h ä n d i g t* ibi § 2.

VI. Die Entscheidung. 1) Während des Noviziates kann der Novize die Genossenschaft *f r e i v e r l a s s e n*; in gleicher Weise kann er von den Obern oder vom Kapitel, auch ohne Angabe eines Grundes *e n t l a s s e n* werden, freilich die Obern oder Kapitel müssen einen rechtmäßigen Grund den Konstitutionen gemäß haben Can. 571 § 1. Das Vorhandensein einer Entlassungsursache ist wichtig; denn die Handlungsweise der Obern muß vor Gott und der heiligen Kirche gerechtfertigt erscheinen Can. 538. Möglicherweise könnte der entlassene Novize den Rekurs ergreifen, vgl. Can. 647, freilich ohne aufschiebende Wirkung. Dann spielen die Gründe eine bedeutende Rolle, wenn der entlassene Novize in einen anderen Orden (Kongregation) um Aufnahme nachsucht Cann. 544 § 3; 545 §§ 1 u. 4 oder um Aufnahme in ein Seminar bittet Can. 1363 § 3.

2) Geht das Noviziat zu *E n d e*, so eröffnet sich eine dreifache Möglichkeit: a) *Z u l a s s u n g* zur Profess, wenn der Novize tauglich befunden wird; b) wenn nicht, *E n t l a s s u n g*; c) bleiben Zweifel hinsichtlich der Tauglichkeit, *V e r l ä n g e r u n g* des Noviziates auf höchstens weitere sechs Monate, verfügbar von den höheren Obern Can. 571

§ 2; vgl. Can. 539 § 2. Im Falle der Zulassung des Novizen zur heiligen Profess hat der Novize wenigstens volle acht Tage geistliche Übungen (*Exercitien*) der Ablegung der Gelübde vorangehen zu lassen ibi § 3, vgl. Can. 541. Ordensobern i. w. S., welche einen untauglichen oder zweifelhaft tauglichen Novizen zur Profess zulassen, ziehen sich Strafen f. s. zu, die Amtsentsetzung nicht ausgeschlossen Can. 2411. Verschießt bei einem zweifelhaft Tauglichen die weitere Probezeit bis sechs Monate ohne einen deutlichen Erfolg, so ist der Novize zu entlassen; dies ergibt sich aus Can. 571 § 2 in Verbindung mit Can. 2411. Hat das Kapitel für die Tauglichkeit des Novizen gestimmt, so ist der Klosterobere nicht strafbar, wenn er den Novizen, welchen er persönlich für untauglich ansieht, zur Profess zuläßt, da die Abstimmung des Kapitels oder Rats vor der ersten (zeitlichen) Profess *entscheidend* ist Can. 575 § 2. Beruhte die besondere Kenntniss des Obern ausnahmsweise auf dem Beichtgerichte, so kommt sie überhaupt nicht in Betracht Cann. 889; 890; beruhte sie aber auf mitteilbarem Wissen, so mußte sie der Obere dem Kapitel oder Rat schon vor der Abstimmung, wenn möglich, mitteilen.

Ist nach *Vollendung* des Noviziates ein Aufschub der Profess aus einem äußeren Grunde notwendig, z. B. wegen militärischer Dienstleistung, oder einer Revolution, wegen eines Naturereignisses, wie ein Brandunglück, Erdbeben, Explosion usw., so darf ein zeitweiliger Aufschub der Profess vom höheren Obern wenigstens bis sechs Monate verfügt werden. Das päpstliche *Indult*, welches *Brands* S. 36 für jeden außer dem Novizen liegenden Grund verlangt, dürfte wohl nur bei einer Verlängerung über sechs Monate notwendig sein, ein Fall, der nur selten eintritt.

Kirchenrechtlich gelten in Hinsicht auf den *Militärdienst* für alle männlichen Klerikernovizen die gleichen Rechte und Pflichten wie für die Kleriker Cann. 614; 121; 141. Religiösen, welche für den *Presterstand* bestimmt sind, können zur Einleitung solange erlaubterweise nicht zugelassen werden, bis sie vom ordentlichen Militärdienst frei sind Cann. 542 n. 2 „*Ad sacerdotium*“; 987 n. 5. Für angehende *Laienbrüder* ist im Kodex nichts Besonderes bestimmt. Die Religiosenkongregation hatte am 1. Jan. 1911 ein eingehendes Dekret „*Inter reliquas*“ (ME. 22, 530) erlassen mit Erläuterungen v. 1. Febr. 1912 (ME. 24, 59) über die Rechtsverhältnisse der militärpflichtigen Ordens-

kandidaten, Novizen und Professoren. Im Kobler geschah von dem Dekrete keine Erwähnung. Indes hat die Religiosenkongregation durch Verordnung v. 15. Juli 1919 obiges Dekret mit Bestätigung des Hl. Vaters aufrecht erhalten und bestimmt, daß die Novizen, solange sie militärpflichtig sind, nur zeitliche Gelübde ablegen dürfen, dauernd bis zum Beginn des Militärdienstes. Diese Gelübde hören auf entweder mit dem wirklichen Beginn des Militärdienstes oder mit der vollständigen Untauglichkeitserklärung. — Während des Militärdienstes bleibt der Religiöse, wenn auch von den Gelübden gelöst, doch Mitglied der Genossenschaft, der Gewalt und Ob Sorge seiner Obern unterstellt, ungehindert in seinem Austritt, aber auch entlassungsfähig, falls rechtmäßige und vernünftige Gründe dies nahelegen, gemäß Can. 637. Beim Austritt sind die Obern zu verständigen durch eine schriftlich oder vor Zeugen abgegebene Erklärung, welche vorsichtshalber im Archiv des Klosters oder Instituts aufzubewahren ist. Fanden seit dem 19. Mai 1918 Professablegungen gegen die Vorschrift des Dekretes „Inter reliquas“ statt, so können dieselben von den Obern saniert werden, wenn nur der Konsens des Religiösen in einem im Archiv aufzubewahrenden Schriftstück kundgegeben wurde (AAS. 11, 321—23). In einem Institute mit nur einjährigen Gelübden gilt genau das Gleiche, nur dürfen die Gelübde auf ein ganzes Jahr abgelegt werden, Erlaß der Religiosenkongregation v. 30. Nov. 1919 (AAS. 12, 73).

Wurde ein Novize nach B o l l e n d u n g des Noviziates e n t l a s s e n, und meldet er sich bei den Obern zur Wiederaufnahme, so kommt alles auf den Grund der Entlassung an. War kein rechtmäßiger Grund da oder beruhte derselbe auf u n r i c h t i g e n Voraussetzungen, so kann der Novize nach Einwilligung des Kapitels oder Rates nach kurzer Vorbereitung zur Gelübdeablegung zugelassen werden. Erscheint der Grund hinreichend zur weiteren P r ü f u n g aber nicht zur Entlassung, so kann von den höheren Obern die Entlassung in eine weitere Prüfung verwandelt werden. — Bleibt aber der Entlassungsgrund in seiner ganzen Kraft b e s t e h e n, so erscheint eine Wiederaufnahme unzulässig. SCRel. d. 7. Sept. 1909 ad 4 (ME. 21, 366). — Ist seit der Zeit der Entlassung und Entfernung ein Zeitraum von mehr als 30 Tagen verflossen, so kann es zu einer Verlängerung des Noviziates nicht kommen, sondern dasselbe muß von vorne begonnen werden, wenn nicht der Heilige Stuhl Dispense gewährt. Noviziatjahr und Verlängerung wachsen zu einem Noviziat zusammen, so daß die Grundsätze für die Unterbrechung des Noviziates auch hier gelten. — Die gleichen Aufstellungen treffen zu, wenn der Novize nach V o l l e n d u n g des Noviziates, aber vor der Profess freiwillig a u s t r i t t. Im günstigsten Falle kann ihm von den höheren Obern eine weitere Prüfungszeit aufgelegt werden, da der Austritt eine Unbeständigkeit des Geistes offenbart; vgl. Cann. 571; 575; 556; 647 § 2 n. 4; CdR. a. II. pag. 79—81 (Petrus B o l t a s).

§ 19. Die heilige Profess.

Q u e l l e n: Cann. 572—586; 115; 188 n. 1; 542 n. 1; 552; 633—637; 640; 647—648; 964; 982; 984 n. 1; 985 n. 3; 1058; 1073; 1119; 1315; 2352; 2388; 2411; 2412 n. 2.

Überblick. Nach dem neuen Ordensrecht gibt es mehrere Arten von Gelübdeablegung oder Profess: Profess mit zeitlichen Gelübden und mit ewigen Gelübden. Die zeitlichen Gelübde können in einer Genossenschaft selbständige sein, d. h. solche, denen nie ewige Gelübde folgen; die Formel lautet „Solange ich in der Kongregation lebe“ oder ähnlich; sie sind aber zumeist un selbständige, nämlich solche, welche die ewigen Gelübde vorbereiten (Can. 574). Die ewigen Gelübde sind entweder einfache oder feierliche (sollemnia), letztere werden nur in den eigentlichen Orden abgelegt, doch werden in manchen Frauenklöstern (Frankreich, Bayern, Vereinigte Staaten) nur einfache abgelegt, vgl. Can. 488 nn. 2 u. 7. — Die vorbereitenden zeitlichen Gelübde wurden zuerst für die eigentlichen Männerorden eingeführt, und zwar als einfache ewige durch Papst Pius IX. im Dekrete Neminem der S. C. de Statu Regularium vom 19. März 1857 und in der Konstitution Ad Universalis Ecclesiae vom 7. Februar 1862. Diese Neuerung wurde durch das Dekret „Perpensis“ der S. C. EE. et RR. vom 3. Mai 1902 auf die Frauenorden ausgedehnt. Der Kodex erweitert diese Dekrete im Can. 574, indem er die vorbereitenden Gelübde auf alle Genossenschaften mit ewigen Gelübden (nicht mit zeitlichen selbständigen Gelübden CC. d. 1. Mart. 1921 n. 1, AAS. 13, 177) überträgt, also auch die mit ewigen einfachen Gelübden, und bestimmt, daß diese vorbereitenden Gelübde nur zeitliche (dreijährige, einjährige) sein sollen. Dies vorausgeschickt, wenden wir uns zu den einzelnen Arten.

A. Zeitliche Gelübde. I. Erfordernisse zur Gültigkeit: 1) das gesetzmäßige Alter des vollendeten sechzehnten Lebensjahres (Can. 573); 2) die Zulassung durch den rechtmäßigen Obern nach den Konstitutionen mit Zustimmung des Rates oder Kapitels (Can. 575 § 2) und bei weiblichen Religiosen nach der Prüfungstätigkeit des Ordinarius Can. 552; 3) die Vollendung des gültigen Noviziates (Cann. 542 n. 1; 555); 4) die Freiheit der Profess von Zwang, schwerer Furcht oder Überlistung; der Zwang ist mit Exkommunikation bestraft Can. 2352; 5) die

ausdrückliche Ableistung der Profess; 6) die Entgegennahme der Profess seitens des rechtmäßigen Obern oder seines Stellvertreters nach den Konstitutionen Can. 572 § 1.

Zu 2). Oberinnen, welche gemäß Can. 552 den Ortsordinarius schwer schuldbarerweise von der demnächst stattfindenden Profess zu benachrichtigen unterlassen, sind mit Strafen f. s. bedroht Can. 2412 § 2. Indes ist die Wichtigkeit der Zulassung zur Profess (zum Noviziat) bei Unterlassungen der Verständigung des Ortsordinarius oder bei begründetem Widerspruch desselben nicht klar ausgesprochen Cann. 572 § 1 n. 12; 542 n. 1; 552 § 2, vorausgesetzt, daß die Novizinnen (Postulantinnen) tatsächlich unbeeinflusst sind von Furcht oder Trug (Cann. 572 § 1 n. 4; 542 n. 1 Abs. 3); darum gilt Can. 19. Freilich hat der zuständige Bischof in Diözesangenossenschaften das Recht, die Zulassung selbst auszusprechen; er ist hier rechtmäßiger Oberer. Bulle „Conditae“ d. 8. Dez. 1900 § 1 n. 7.

Zu 5). Die Profess muß ausdrücklich abgelegt werden im Gegensatz zur stillschweigenden Profess (*professio tacita*), welche seit den Dekreten Pius IX. von 1848, 1857 und 1858 für die Männerorden und seit dem Dekrete „Perpensis“ vom 3. Mai 1902 auch für die Frauenorden als abgeschafft gilt, Santi-Leitner: *Praelectiones*⁴ III 31 nn. 14—15. Bei Ablegung der Profess soll der in den Konstitutionen vorgeschriebene Ritus beobachtet werden Can. 576 § 1. Die Professformel besage mit kurzen, klaren Worten, daß der Professablegende sich Gott weihe durch Ablegung der drei Gelübde der Armut, der Keuschheit und des Gehorsams, gemäß den Satzungen der Genossenschaft, auf die bestimmte Zeit (z. B. von drei Jahren) S. C. Relig. d. 10. Juli 1919 (AAS. 11, 323). Wird bei der endgültigen (feierlichen oder einfachen) Profess ein viertes Gelübde abgelegt, so umfaßt auch diese vorbereitende Profess dieses vierte Gelübde, z. B. bei den Jesuiten, Barmherzigen Brüdern usw. (Führich M.: *De Religiosis* n. 95 §. 5.). — Zur Gültigkeit gehört gerade nicht, daß die Professformel geschrieben oder gedruckt abgelesen werde. Immerhin soll die Urkunde der Professablegung, vom Professenden selbst und wenigstens von dem, der sie entgegennahm, unterschrieben und im Genossenschaftsarchiv aufbewahrt werden Can. 576 § 2.

Zu 6). Es ist ein Unterschied zwischen Can. 572 n. 2 „zur Profess zulassen“ und n. 6 „die Profess entgegennehmen“, ersteres geht der Profess voran, letzteres folgt der Ablegung unmittelbar nach. Diese „Entgegennahme“ (*receptio*) ist der Abschluß des Vertrages zwischen dem Professmitglied und der Genossenschaft. Wenn die Entgegennahme den Konstitutionen gemäß durch den Bischof (Stellvertreter) geschieht, so gilt er als der gesetzmäßige Bevollmächtigte der Kongregation CC. d. 1. Mart. 1921 III ad 1 (AAS. 13, 178, CdR. a. II pag. 161 sq.).

II. Erneuerung der zeitlichen Gelübde. Ist die Zeit, für welche die Profess abgelegt wurde, verstrichen, stellen sich ferner keine Hindernisse entgegen (Can. 575 § 1), und können die ewigen Gelübde noch nicht abgelegt werden,

so müssen die Gelübde unverweilt erneuert werden Can. 577 § 1. Auch für die Erneuerung gelten die Erfordernisse der Gelübdeablegung Can. 572 § 1. Während aber eine Verzögerung der Erneuerung nicht statthaft ist, da gelübde-lose Mitglieder in der Genossenschaft nicht sein sollen, ist eine frühere Vornahme (*anticipatio*) der Erneuerung erlaubt, wenn die Obern hiefür einen rechtmäßigen Grund haben und die Zeit eines Monats nicht überschritten wird Can. 577 § 2. Werden die Gelübde jährlich an einem beweglichen Feste erneuert, z. B. am Freitag „Sieben Schmerzen“ (vor Palmsonntag), so entstehen Schwierigkeiten nur dann, wenn in einem Jahre das Fest früher als im folgenden Jahre trifft Can. 577 § 1, allein man kann hier sagen, daß die Bestimmungen der Konstitutionen sich dem liturgischen Jahre anpassen Can. 31.

III. Wirkungen der vorbereitenden zeitlichen Gelübde (Can. 574): 1) Die Profess en dieser Gelübde genießen die gleichen Ablässe, Privilegien und geistlichen Gnaden wie ihre Mitbrüder oder Mitschwester n in den ewigen (feierlichen oder einfachen) Gelübden; die gleiche Gebets-hilfe (*suffragia*) nach dem Tode ist ihr Anteil Can. 578 n. 1, vgl. Can. 567 § 1 (Novizen). — 2) Die gleichen Pflichten liegen ihnen ob, auch bezüglich des gemeinsamen Chorgebetes (Can. 610 § 1). Zum privaten Breviergebete sind sie nur dann verpflichtet: a) wenn es sich um Majoristen (Can. 949) handelt; oder b) wenn die Sakungen es ausdrücklich vorschreiben Can. 578 n. 2; vgl. CBB. n. 29. — 3) Die Profess en der vorbereitenden Gelübde (Can. 574) entbehren des Wahlrechtes und der Wählbarkeit (des aktiven und passiven Wahlrechtes), außer die Konstitutionen bestimmen ausdrücklich anders. Indes wird die für das doppelte Wahlrecht vorgeschriebene Zeit, wenn die Sakungen hierüber schweigen, von der ersten Profeseß an gerechnet Can. 578 n. 3. Das Recht hat selbst den weiblichen Profess en mit zeitlichen Gelübden ein Wahlrecht eingeräumt in der Verlängerung der Jurisdiktion des ordentlichen Beichtvaters (Can. 526). Die Konstitutionen können ausdrücklich das aktive Wahlrecht oder Abstimmungsrecht den zeitlichen Profess en einräumen gegenüber den Delegierten zum General- oder Provinzial-

kapitel Normae a. 217 und in der Frage der Aufnahme ins Noviziat und zu der *zeitlichen* Profess Can. 575 § 2. Ob die Konstitutionen dies getan haben, ist eine Tatsachenfrage. — Wie für die Wählbarkeit, so ist die *erste* Profess Norm auch für Ämter; dies ergibt sich u. a. aus Can. 504 (der höhere Obere muß wenigstens zehn Jahre Professur sein); aus Can. 559 (ebenso der Novizenmeister; fünf Jahre der Sozus).

Die Wirkungen der *selbständigen* zeitlichen Profess bemessen sich nach den Konstitutionen der betreffenden Kongregation. Die übrigen Wirkungen der *drei* zeitlichen Gelübde werden der Einheitlichkeit wegen bei den ewigen gewürdigt. (Siehe S. 516).

B. Die ewigen Gelübde. I. Die Erfordernisse zur Gültigkeit sind die gleichen wie bei den zeitlichen, nämlich: 1) das Alter des vollendeten einundzwanzigsten Lebensjahres (Cann. 573; 88; 975); 2) die Zulassung durch den Obern nach Anhörung (ohne Zustimmung) des Rates oder Kapitels (Can. 575 § 2); und bei weiblichen Religiösen nach der Prüfungstätigkeit des Ordinarius Can. 552 (oben S. 383); 3) die Vollendung des Noviziates und der dreijährigen Probezeit in einfachen Gelübden (Can. 574); 4) 5) 6) die Freiheit, die Ausdrücklichkeit; die Entgegennahme wie oben S. 411 f.

Die höheren Altersforderungen bei Laienbrüdern, welche das Dekret „Sacrosancta“ vom 1. Januar 1911 (ME. 23, 7—14) festsetzte, fallen weg nach Can. 6 nn. 1 und 6; SCRel. d. 6. Oct. 1919 (AAS. 11, 420).

Die Probezeit der vorbereitenden Gelübde muß gemäß Cann. 572 § 2; 574; 575 näher dargelegt werden. In jedem Männer- und Frauenorden, in jeder Kongregation mit ewigen Gelübden muß der Novize nach Vollendung des Noviziates im Noviziats Hause (Can. 554) vor den ewigen Gelübden eine Profess mit einfachen, und zwar zeitlichen Gelübden ablegen Can. 574 § 1. Die Zeit, auf welche diese einfache Profess abzulegen ist, erstreckt sich regelmäßig auf drei Jahre; ausnahmsweise a) auf mehr Jahre, wenn der Novize nach drei Jahren das einundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben wird (also höchstens auf fünf Jahre Cann. 555 § 1 n. 1; 573);

b) auf ein Jahr, wenn die Konstitutionen jährliche Professablegungen vorsehen Can. 574 § 1. Hier haben wir den großen Gegensatz zu dem bisherigen Rechte. Pius IX. und Leo XIII. verlangten vor den feierlichen oder endgültigen einfachen Gelübden einfache, aber ewige Gelübde, welche nach drei Jahren erneuert wurden (Santi-
Zeitner: Praelectiones⁴ III 31 nn. 21 sqq.); der Kodex dagegen schreibt zeitliche Gelübde vor. — Nur in einem Falle fallen die vorbereitenden zeitlichen Gelübde ganz fort: beim Übergang von einer Genossenschaft zu einer anderen Can. 634; begreiflich, denn der Über tretende hat ja die Probeprofesszeit bereits durchgemacht in der ersten Genossenschaft.

Ist die drei- oder mehrjährige Probezeit vorüber, so eröffnen sich dem einfachen Professan drei Aussichten: a) die Ablegung der ewigen Gelübde, welche je nach den Ordenssätzen feierliche (Can. 488 n. 2) oder einfache sein können Can. 575 § 1; b) die Verlängerung der Probezeit auf die vom Obern bestimmte Frist, welche jedoch drei (weitere) Jahre nicht überschreiten darf, und die Erneuerung der einfachen Profess auf diese Zeit Can. 574 § 2; c) der Weggang von der Genossenschaft entweder durch freiwilligen Austritt oder durch Entlassung seitens der Obern (Cann. 575 § 1; 637; 647—48). — In-
des schon während der Probezeit kann ein solcher Professe vom rechtmäßigen Obern entlassen werden auf Grund des Can. 647, wenn er für die Ablegung der ewigen Gelübde nicht würdig erscheint Can. 575 § 1.

II. Wirkungen der ewigen, insbesondere der feierlichen Profess. Der Ritus und die Beurkundung der ewigen Profess wird durch die Konstitutionen geregelt Can. 576. Für die Profess der Klosterfrauen (Moniales) gelten nicht mehr die Entscheidungen der S. C. EE. et RR. d. 18. Jul. 1902 ad I et d. 15. Jan. 1903 ad I et II, sondern die Anweisung (Mens) der Religiosenkongregation vom 10. Juli 1919 (AAS. 11, 323); sie lautet: „Für die feierliche Profess sind vorbehalten alle jene Gebräuche und Zeremonien, welche sich auf die Ständigkeit des Lebensstandes beziehen; für die zeitliche Profess genügt die Entgegennahme durch den rechtmäßigen Obern (Stellvertreter) ge-

mäß den Konstitutionen nach Can. 572 § 1 n. 6." Entsprechend gilt die Anweisung auch für andere weibliche und männliche Religiösen. Wurde die feierliche Profess abgelegt, so muß der sie entgegennehmende Obere den Pfarrer des Taufortes benachrichtigen, daß der Ordensmann A oder die Ordensfrau B im Kloster N die feierliche Profess abgelegt hat Cann. 576 § 2; 470 § 2. Die Vorschrift muß natürlich auch auf jene einfachen ewigen Gelübde ausgedehnt werden, welche an der e h e t r e n n e n d e n Wirkung der feierlichen teilnehmen Can. 1073, also auf die einfachen ewigen Gelübde der Jesuiten.

Formular: An das katholische Pfarramt Kirchdorf. Frater clericus Martinus Stark, natus d. 21. Maii 1894 Hof, parociae Kirchdorf, d. 16. Oct. 1919 in conventu nostro vota sollemnia est professus. In fidem

Altahae d. 17. Oct. 1919.

† Benedictus, Abbas.

Die Wirkungen der ewigen Profess beziehen sich: 1) auf das G e l ü b d e selbst; 2) auf das Sakrament der W e i h e und die damit verwandten Gebiete; 3) auf einen neuen Ordenseintritt; 4) auf das Sakrament der E h e; 5) auf S t r a f e n .

1) Wirkungen der Profess auf dem Gebiete der G e l ü b d e . Jede einfache Profess, zeitliche wie ewige, macht die den Gelübden entgegengesetzten Akte unerlaubt, nicht ungültig, außer es ist letzteres ausdrücklich vorgesehen, z. B. bei der einfachen ewigen Profess im Jesuitenorden Can. 1073; die feierliche Profess dagegen macht die Akte unerlaubt und wenn sie verungültigungsfähig sind, auch u n g ü l t i g Can. 579. Ein Ordensmann mit feierlichen Gelübden, welcher gegen den Ordensgehorsam die Sakramente der Taufe, der Eucharistie, der Letzten Ölung vollzieht und spendet, handelt immer gültig, weil diese Akte nicht „irritabiles“ sind; spendet er aber seinen Mitbrüdern die Absolution gegen den Gehorsam, so kann diese auch ungültig sein, wenn er vom Ortsordinarius keine Jurisdiktion besitzt, und der Obere seine Jurisdiktion ihm entziehen wollte. Bezüglich des A r m u t s g e l ü b d e s wird Näheres noch dargelegt. Die Rechtsverhältnisse, betreffend die Mitgift, die Verwaltungsüberlassung, die Verfügung über Brauch und Nießbrauch des Vermögens und

über Testamente der einfachen Professoren haben wir bereits kennengelernt (oben S. 390 und 405 ff.). — Wer feierliche Profess ablegen will, kann gültigerweise auf sein Hab und Gut nicht eher Verzicht leisten als in den sechzig Tagen unmittelbar vor der feierlichen Profess (abgesehen von besonderen Indulten des Apostolischen Stuhles). Auf alles Vermögen, das er augenblicklich besitzt, muß er unter der Bedingung der nachfolgenden Profess verzichten, und zwar zugunsten dessen, welchen er frei bestimmt Can. 581 § 1. Folgt die Profess tatsächlich nach, dann wird der Verzicht vor Gott und der Kirche rechtskräftig; indes müssen die notwendigen Schritte getan werden, um ihn auch nach dem bürgerlichen Rechte sicherzustellen ibi § 2.

Abgesehen von besonderen Indulten des Apostolischen Stuhles, fallen nach der feierlichen Profess (anders bei der einfachen, auch ewigen Profess Can. 580 § 1) alle Güter, welche dem Regularen in irgend einer Form zukommen, in einem erwerbsfähigen Orden dem Orden, der Provinz, dem Hause zu je nach den Konstitutionen; in einem erwerbsunfähigen Orden gehen sie in das Eigentum des Heiligen Stuhles über Can. 582.

Acht Entscheidungen der Religiosenkongregation, von Papst Pius XI. bestätigt am 25. Febr. und veröffentlicht am 16. März 1922, geben Aufschluß über die „Gelder, welche Religiosen ob des geleisteten Kriegsdienstes zufallen“ (AAS. 14, 196—97). Der Inhalt ist kurz folgender: Dem Orden bzw. der Kongregation fließen alle Gelder zu, welche auf Grund des Militärdienstes z. B. des Krieges zuzamen oder zukommen: a) den Professoren feierlicher Gelübde (I); b) den Professoren einfacher Gelübde, deren Konstitutionen den weiteren Erwerb zeitlicher Güter ausschließen, vorausgesetzt, daß sie während des Kriegsdienstes an Gelübde gebunden waren (III). Indes können die durch feierliche Gelübde Gebundenen, welchen ein Ap. Indult die Erwerbsfähigkeit auch nach der Profess gewährte, die oben genannten Einkünfte sich zu eigen machen, aber nur dann, wenn die Zustimmung und ausdrückliche Erlaubnis ihres höheren Obern nicht fehlt (II). Die weiteren Antworten (IV—VII) betreffen den Sold, die Unterhaltsbeiträge („pensiones vitalitiae“), die finanziellen Vorteile wegen Kriegsauszeichnungen („emolumenta pecuniaria ob decus militare in bello reportatum“) und die Ehrengeschenke bei Beendigung des Krieges („sollemne publicae gratitudinis signum“). Alle diese Einkünfte gehören der Genossenschaft bei Mitgliedern, welche z. B. des Krieges durch die Gelübde gebunden waren. Haben jedoch die Gelübde während der Kriegszeit aufgehört, so kommt beim Sold ein Ausgleich desselben (compensatio) der Genossenschaft zugute. War eine Bindung durch Gelübde nicht oder nicht

mehr vorhanden, so gehören die Einkünfte dem Ordensmitgliede (i. w. S.) indes mit der Verpflichtung, die „*pensio vitalitia*“ dem Institute zu überlassen, solange die Person in der Genossenschaft bleibt. Geschaß von einem Religiösen eine den vorausgehenden Bestimmungen entgegengesetzte Verwendung, so ist er zum Ersatz (ad „*restitutionem*“) verpflichtet, wenn er nicht auf Grund einer ausdrücklichen oder wenigstens vernünftigerweise vorausgesetzten Erlaubnis des Obern so handelte (VIII). — In den acht Antworten ist der Fall nicht berührt, daß ein Religiöser derartige Einkünfte jezt bezieht, während er z. B. des Krieges an Gelübde überhaupt nicht oder nicht mehr gebunden war. Hier kommen vor allem der Unterhaltsbeitrag („*pensio vitalitia*“) und die Kriegsordenspension („*emolumenta pecuniaria ob decus militare*“) in Frage. Eine Regelung war hier nicht notwendig, da der Roder in den Cann. 582 und 580 genügend Vorsorge trifft. Bei feierlichen Professoren fließen diese Einkünfte dem Orden zu; bei Professoren mit einfachen Gelübden wird die Angelegenheit geregelt durch die Konstitutionen.

Die vor der Ordensprofess i. w. S. abgelegten Gelübde bleiben in der Schwebe, solange der Gelobende in der Genossenschaft verbleibt Can. 1315. Wurden irgendwelche Gelübde vor oder nach dem Postulate und Noviziate von einer Person abgelegt, so werden dieselben durch die Profess (zeitweilige oder ewige; einfache oder feierliche) nicht beseitigt, sondern in den Wirkungen aufgehoben (*suspenduntur*). Tritt der Professe aus der Genossenschaft rechtskräftig aus, so leben sie wieder auf. Freilich muß hierbei Can. 1311 wohl beachtet werden, in welchem die Möglichkeiten des g ä n z l i c h e n Aufhörens der Gelübde dargelegt werden, wie „durch wesentliche Änderung des gelobten Gegenstandes, durch Aufhören der Bedingung, an die das Gelübde geknüpft wurde, oder des Endzweckes, durch Irritation, Dispens und Umwandlung“. — Gegen Professoren Privatgelübde ab, welche wirklich ein besseres Gut (*bonum melius*) zum Gegenstande haben, so können die Obern diese Gelübde auch ohne Grund verungültigen (*irritare*); tun sie es ohne rechtmäßigen Grund, so handeln die Obern u n e r l a u b t Can. 1312 § 1. Irritierte Gelübde leben nie mehr auf. Gegen dagegen Postulanten oder Novizen Privatgelübde ab, so können hier die Obern, weil jene keine Untergebenen im eigentlichen Sinne sind Cann. 593; 501 § 1, die Gelübde nicht direkt irritieren, sondern in Rücksicht auf den gelobten Gegenstand nur aufheben, solange die Erfüllung des Gelübdes den Obern, z. B. in der Hausordnung, einen Eintrag tut Can. 1312 § 2.

Eine Jungfrau hat in der Welt gelobt, allabendlich von 9—10 Uhr Anbetungsstunde zu halten; sie trat in ein Frauenkloster, wurde Postulantin, Novizin, Professin mit zeitlichen, endlich mit ewigen Gelübden. Nach zehn Jahren Klosterleben erhielt sie vom Apostolischen Stuhl die Erlaubnis zur Rückkehr in die Welt. Das Privatgelübde dauerte fort im Postulate und Noviziate, doch konnte die Oberin das Gelübde indirekt irritieren (suspendere) wegen der Störung der Tagesordnung und wegen Übermüdung der Postulantin und Novizin. Mit der ersten Profess erlosch die Verpflichtung und mit dem Austritt aus dem Kloster lebte sie wieder auf. Sollte der Person die Erfüllung Beschwerde machen, so kann der Ordinarius dispensieren, oder das Gelobte in ein leichteres Werk umwandeln Cann. 1313; 1314; 1309.

Die Ablegung der Profess hindert an sich nicht die Teilnahme an kirchlichen Vereinigungen (associationes), freilich mit Ausschluß jener, welche die Beobachtung der Regel und Konstitutionen unmöglich machen oder erschweren Can. 693 § 4. Die Teilnahme an weltlichen Drittorden wird aufgehoben, solange die Ordensgelübde dauern Can. 704.

2) Wirkungen der Profess in bezug auf das **Weihesakrament** und auf die verwandten Gebiete.

a) Die zeitliche Profess verleiht einem Ordensabt die Vollmacht, Tonsur und niedere Weihen an seine Untergebenen zu erteilen; und anderen Ordensobern die Vollmacht, die Dimissorien für diese Weihen auszustellen Can. 964 nn. 1 u. 3. Die ewige Profess in einer exempten Genossenschaft gewährt den Obern das Recht, die Dimissorien auch für die höheren Weihen auszustellen Can. 964 nn. 1 und 2.

b) Nur die feierliche Profess verleiht den Weihetitel der „Armut“ (titulus paupertatis) Can. 982 § 1; die einfache ewige Profess gewährt den von den Konstitutionen vorgesehenen Titel des „gemeinsamen Tafelgutes, der Kongregation u. ä.“ ibi § 2.

c) Mit der ewigen (feierlichen oder einfachen) Profess verliert der Religiöse ohne weiteres seine eigene Diözese, die er in der Welt hatte Cann. 115; 585; 641.

d) Schon die erste Profess bewirkt, daß die Pfarrrpfründe des Gelobenden nach Verlauf eines Jahres, jede andere Pfründe nach Verlauf von drei Jahren, jedes kirchliche Amt augenblicklich mit der Profess sich erledigen, auch ohne Erklärungspruch Cann. 584; 188.

e) Jede Profess bewirkt im Falle einer Eheanmaßung (auch durch den bürgerlichen Akt) die Irregularität jenes Mannes, der sein eigenes Gelübde bricht oder zum Brechen desselben durch eine Klosterfrau oder Schwester mitwirkt Can. 985 n. 3.

3) Die Wirkung der Profess auf einen neuen **Ordenseintritt** ist die, daß die Aufnahme ins Noviziat (wahrscheinlich schon ins Postulat Can. 538) ungültig ist, wenn der Ordenskandidat durch zeitliche oder ewige Profess gebunden ist oder gebunden war Can. 542 n. 1.

4) Wirkung der Profess auf die **Ehe**:
a) Jede Profess (also auch die zeitliche) ist ein verbiethendes Ehehindernis Can. 1058 § 1.

b) Jede feierliche Profess ist ein verbiethendes und trennendes Ehehindernis Can. 1073, solange dieselbe besteht Can. 640 § 1 n. 2. Von den einfachen Gelübden haben ehentrennende Wirkung nur jene, denen der Apostolische Stuhl diese Wirkung eigens verliehen hat Cann. 1073; 1058 § 2; so die nach dem zweijährigen Noviziate abgelegten einfachen Gelübde in der Gesellschaft Jesu, Gregor XIII. in der Konstitution Ascendente Domino vom 25. Mai 1584.

c) Nur die feierliche Ordensprofess bewirkt die Auflösung (dissolutio) einer nicht vollzogenen Ehe, wenn auch der andere Ehepart noch ungetauft ist Can. 1119.

Wenn Ordensmänner oder Ordensfrauen nach dem feierlichen Gelübde der Keuschheit eine Ehe, auch eine „Zivilehe“, einzugehen sich erdreisten, verfallen sie samt der beteiligten Person der dem Apostolischen Stuhle einfach vorbehaltenen Exkommunikation Can. 2388 § 1. — Die gleiche, jedoch dem Ordinarius reservierte Strafe trifft Religiösen mit einfachen ewigen Gelübden, welche sich des gleichen Vergehens schuldig machen ibi § 2. Die Strafe tritt ein, wenn schwere Sünde und Kenntniß der Strafe (oder ignorantia affectata) vorliegen, selbst wenn die eingegangene Ehe gültig ist.

III. Das Aufhören der Ordensgelübde. 1) Die zeitlichen Ordensgelübde hören auf a) mit Ablauf

der Zeit Cann. 575 § 1; 577 § 1; — b) durch die Entlassung Cann. 575 § 1; 647; 648.

2) Die ewigen Gelübde hören an sich nicht auf durch die Entlassung Can. 669 § 1, sondern nur durch das Dazwischentreten des Apostolischen Stuhles a) auf Grund der Konstitutionen; b) auf Grund eines Indultes seitens des Heiligen Stuhles Can. 669 § 1; c) infolge der Säkularisierung Can. 640; d) infolge einer Dispens, namentlich vom Keuschheitsgelübde nach Cann. 1040; 1043—45; 1308—09, 1313; hier pflegt jedoch das Gelübde nach dem Tode des Gatten, welchen eine Ordensperson ehelichte, wieder aufzuleben. Wenn Laienbrüder im Weltkriege 1914—18 teilnahmen und sich nicht gut führten, so sollen die Obern sie entlassen, wodurch sie, wenn sie durch keine feierlichen Gelübde gebunden waren, aller Gelübde ledig werden, auch des Keuschheitsgelübdes. Waren sie aber durch feierliche Gelübde gebunden, so hat sich die Religiosenkongregation die Entscheidung vorbehalten; bis dahin sollen sie bei Verwandten leben oder im Kloster, jedoch getrennt von den übrigen, S. C. Cons. decr. „Redeuntibus“ d. 25. Oct. 1918 (AAS. X 481—86 n. 3).

3) Die feierlichen Gelübde hören auf, ähnlich wie die ewigen; freilich in den Konstitutionen dürfte hier kaum eine Entlassung mit vollständiger Enthebung vorgesehen sein. — Die feierlichen Gelübde werden in einfache verwandelt, wenn der Apostolische Stuhl gestattet, daß ein Ordensmann oder eine Ordensfrau mit feierlichen Gelübden in einer Kongregation nach dem Noviziate die einfachen ewigen Gelübde ablegt Can. 636; doch kann ausnahmsweise auch anders verfügt werden ibi.

IV. **Schicksal der ungültigen Profess** Cann. 572; 586; 2387. Wir sahen, daß die vorbereitende Profess nichtig sein kann aus sechs Gründen, die ewige dagegen aus den gleichen Gründen, zu denen außerdem die Notwendigkeit der Probeprofesszeit kommt Can. 572. Die Nichtigkeit kann her vorgehen aus einem äußeren oder einem inneren Hindernis; die Hindernisse des Can. 572 sind zumeist äußere, nur „Zwang oder schwere Furcht oder Überlistung“ (n. 4) können innerlich sein und auch äußerlich. Die

Nichtigkeit kann ferner klar vorliegen oder zweifelhaft sein Can. 586 § 3; 2387. Daraus ergeben sich folgende Regeln:

1) *Zustimmung des Professoren.* a) Ist die Profess nichtig wegen eines rein innerlichen (geheimen) Fehlers, so kann die Gültigkeit dadurch hergestellt werden, daß der Professe nach Beseitigung des Hindernisses den Konsens leistet, vorausgesetzt, daß von seiten der Genossenschaft der Konsens (Can. 572 § 1 n. 6) nicht widerrufen wurde Can. 586 § 2; vgl. Can. 1136. b) Eine solche Gültigmachung der Profess genügt nicht, wenn der wesentliche Fehler ein äußerlicher (öffentlicher) war. In diesem Falle müssen entweder die Bedingungen nochmal gesetzt werden (Beseitigung des Hindernisses, erneute Ablegung der Profess), oder der Apostolische Stuhl muß ein *Sanierungsrescript* gewähren Can. 586 § 1. Lag aber das Hindernis auch in mangelndem Konsens, so muß nach der Sanierung der Konsens erneuert werden; denn zum Gelübde gehört notwendig die Freiheit des Willens Can. 1307 § 1.

2) *Ablehnende Haltung.* a) Ist der Nichtigkeitsgrund an sich klar, so kann der Religiöse doch nicht sofort entlassen werden, sondern es muß durch einen Profess die Nichtigkeit der Gelübdeablegung feststehen Can. 2387 („nulla fuerit declarata professio“). Die Nichtigkeit der Profess mußte nach dem bisherigen Rechte in einem *Doppelprozeß* beim Ortsordinarius und beim zuständigen Ordensobern durchgeführt werden gemäß Tridentinum sess. 25 de reg. c. 19 und Benedikt XIV. in der Konstitution „Si datam“ vom 4. März 1748. Der Kodex schweigt hierüber. Darum gilt Can. 586 § 3. b) An dieser Stelle heißt es: „Wenn schwerwiegende Gründe gegen die Gültigkeit der Ordensprofess i. w. S. sprechen und der Religiöse sich weigert, vor-sichtshalber (ad cautelam) die Profess zu erneuern oder ihre Sanierung zu erbitten, so soll die Angelegenheit vor den Apostolischen Stuhl gebracht werden.“ Wir haben hier also einen zweifelhaften Fall. Für alle Fälle gilt: Wenn der Professe gegen die Erneuerung oder Sanierung der Gelübdeablegung ist, so muß stets der Apostolische Stuhl angegangen werden, ob nun die Nichtigkeitsgründe eine moralische Gewißheit oder nur eine große Wahrscheinlichkeit bieten. Der Apostolische Stuhl wird das Weitere

anordnen wahrscheinlich in Anlehnung an Cann. 1993—98. Für die *Ordensgerichte* gelten Cann. 1579 (Instanz I) und 1594 § 4 (Instanz II).

3) Wenn die Profess eines Ordenskleriker wegen einer von ihm zugelassenen Täuschung für nichtig erklärt wurde, so soll er, wenn Minorist, vom klerikalen Stande ausgeschlossen werden f. s.; ist er Majorist, so bleibt er ohne weiteres suspendiert, bis der Heilige Stuhl anders beschließt Can. 2387.

§ 20. Der Studienbetrieb in den klerikalen Genossenschaften.

Großartiges haben von jeher die Orden und Kongregationen auch auf dem Gebiet der Wissenschaften und Künste geleistet; nicht nur die Kirche, auch die Welt ist ihnen dafür zu immerwährendem Danke verpflichtet. Gregor der Große, Beda Ben., Anselm, Bernhard, Gratian; Albert der Große, Thomas von Aquin, Rahmund von Pennafort; Anton von Padua, Bonaventura, Duns Scotus; Bellarmin, Canisius, Suarez; Alfons usw. waren Leuchten der Wissenschaft. Daß die Kunst in den Klöstern nicht nur eifrige Gönner, sondern gottbegnadigte Jünger fand, beweisen die Namen Fra Angelico (Fiesole), Fra Giovanni, Fra Bartolomeo usw. Dieses Streben nach dem Wahren, Guten und Schönen blüht auch heutzutage noch fort in den religiösen Genossenschaften; der Roderx umgab das Forschen und Schaffen der Religiösen mit schützenden Schranken in den Cann. 587—591.

I. Ort der Ausbildung. 1) Jede klerikale Genossenschaft soll ihre *Studienniederlassungen* haben, anerkannt von dem Generalkapitel oder den Obern (Generalobern) Can. 587 § 1. Die Professoren, welche im Studienhause wohnen, sollen den Studierenden *Muster und Vorbild* sein Cann. 554 § 3; 587 § 1. Das *gemeinsame Leben* soll dort in schönster Blüte stehen Cann. 487; 587 § 2; 594. Wenn nicht, so können die Studenten zu den Weihen nicht befördert werden Cann. 587 § 2; 995 § 1. 2) Hat eine Genossenschaft oder Provinz kein eigenes passendes Studienhaus, so muß eines hergestellt werden Can. 587 § 1. Ist das unmöglich oder ist der Zugang zu diesem Studienhause nach dem Urteile der Obern schwer, so kommen als Ersatz folgende Studienorte in Betracht, vorausgesetzt, daß der Betrieb ein geordneter ist: a) das Studienhaus einer anderen

Provinz oder einer anderen Genossenschaft; b) die höheren Schulen des bischöflichen Seminars; c) eine öffentliche katholische Hochschule (athenaeum) Can. 587 § 3. In der Reihenfolge der Aufzählung liegt es, wenn die übrigen Bedingungen die gleichen sind (ceteris paribus), eine gewisse Wahrung dieser Ordnung einzuhalten.

Halten Religiösen sich studienhalber fern vom Ordenshause auf, so dürfen sie nicht in Privathäusern wohnen, sondern sie müssen ihren Aufenthalt in einem Hause der eigenen Genossenschaft suchen oder, wenn dies unmöglich, in einer Anstalt anderer Männerreligiösen, oder im Seminare oder endlich in einem geistlichen Hause mit priesterlichen Vorständen (auch Majoristen), welches die kirchlichen Obern gutgeheißen haben Can. 587 § 4. Über den Besuch der weltlichen Universitäten hat die Konsistorialkongregation am 30. April 1918 das Dekret „Nemo de sacro“ (AAS. X 237) erlassen, welches neben den Welt- auch die Ordenskleriker betrifft. Nur Priester, welche durch ihr Talent und ihre sittliche Führung dem geistlichen Stande zur Ehre gereichen, dürfen dorthin entsandt werden, und zwar zum Bedürfnis und Nutzen der Diözese oder Ordensfamilie (künftige Lehrer). Diese sind in den ersten fünf Priesterjahren nicht frei von den im Can. 590 vorgeschriebenen Studien und Prüfungen. Nach Vollendung ihrer Studien müssen sie ihren Obern wieder zur Verfügung stehen.

II. Die geistliche Leitung der Studierenden. Während der ganzen Studienzeit befinden sich die Ordensleute unter der besonderen Ob Sorge eines Studienpräfecten oder Spiritualdirektors (Magister spiritus), der warnend, belehrend und ermunternd ihre Herzen bildet für das Ordensleben Can. 588 § 1. Was oben vom Novizenmeister gesagt wurde, gilt hier vom Spiritualdirektor ibi § 2. Auch die Obern sollen emsig wachen, daß die Pflichten, welche für alle Religiösen gelten, im Studienhause in ihrer Vollkommenheit beobachtet werden ibi § 3.

III. Der Studiengang. Nach Vollendung der klassischen Studien haben die Religiösen sich dem Studium der Philosophie wenigstens zwei Jahre und dem der Theologie als treue Anhänger der Lehre des heiligen Thomas Can.

1366 § 2 wenigstens vier Jahre eifrig zu widmen, gemäß den Instruktionen des Apostolischen Stuhles Can. 589 § 1. Die Erklärungen des Heiligen Stuhles betonen bei dem vierjährigen theologischen Studium namentlich, daß es durch Häufung der Stunden und Auslassung der Ferien nicht in drei Jahre zusammengezogen werden kann, sondern daß es notwendig 45 Monate umfassen muß, SC Relig. declarationes d. 7. Sept. 1909 n. III (ME. 21, 367), ferner daß auch die Gesellschaften ohne Gelübde (mit dem bloßen Versprechen der Beharrlichkeit), wie die Eudisten eingegriffen seien, SC Relig. responsa d. 30. Maii 1910 (ME. 23, 262).

Bei den Studien können Hindernisse ferngehalten und Erleichterungen gewährt werden: Lehrer und Schüler sollen von solchen Klosterämtern frei sein, welche vom Studium ablenken und den Schulbetrieb hindern; gewisse Pflichten der Kommunität, selbst das Chorgebet, besonders in nächtlichen Stunden, können erlassen werden, sooft es zur Förderung in den Studien notwendig erscheint, und zwar in einzelnen Fällen von Provinzial- und Lokalobern, sonst vom Generalobern Can. 589 § 2; vgl. Can. 421 § 1 n. 2.

IV. Fortsetzung der Studien in Prüfungen und Konferenzen. Ordenspriester sollen wenigstens fünf Jahre lang alljährlich von gelehrten und charakterfesten Vätern in verschiedenen Zweigen der Theologie, welche vorher rechtzeitig abgegrenzt wurden, geprüft werden. Ausgenommen sind nur: a) die Dozenten (Lektoren) der heiligen Theologie, des Kirchenrechts und der scholastischen Philosophie; b) sonst nur jene Ordenspriester, welche die höheren Obern wegen eines gewichtigen Grundes davon befreit haben Can. 590; vgl. die etwas mildere Vorschrift für Weltpriester Can. 130. — Wenigstens in jedem ausgeprägten Ordenshause (domus formata Can. 488 n. 5) soll mindestens einmal im Monate eine Konferenz (Can. 131) gehalten werden zur Lösung von Fällen der Moralthologie und Liturgie; angefügt kann werden ein Vortrag über Dogmatik und verwandte Disziplinen, wenn der Obere es für gut findet. Zur Anwesenheit sind verpflichtet a) Professklarer, welche Theologie studieren; b) jene, welche nach Vollendung

ihrer Studien im Hause wohnen, außer die Konstitutionen bestimmen anders Can. 591. Ordenspriester, welche an weltlichen Universitäten weltliche oder auch geistliche Fächer studieren, sind zur Teilnahme an den Konferenzen verpflichtet S. C. Cons. d. 30. Apr. 1918 n. 3 (AAS. X 237). An den Konferenzen der Weltpriester müssen sich beteiligen: a) die Ordenspriester mit Seelsorge, auch die exempten; b) die Ordenspriester mit bischöflicher Weichtjurisdiktion, außer letztere haben Konferenzen in ihren Ordenshäusern Can. 131 § 3. Werden darum z. B. in nicht ausgeprägten Ordenshäusern (mit drei oder weniger Priestern) Konferenzen nicht gehalten, so müssen die mit bischöflicher Weichtjurisdiktion versehenen Väter an den Weltpriesterkonferenzen sich beteiligen, wenn sie nicht ohnehin als Seelsorger hiezu verpflichtet sind. Wenn Ordenspriester mit bischöflicher Weichtjurisdiktion sich an gar keiner Konferenz beteiligen, so kann ihnen die Weichtjurisdiktion für Weltleute entzogen werden Can. 2377.

§ 21. Die Pflichten der Religiösen.

In den Cann. 592—612 behandelt das kirchliche Gesetzbuch die wichtigsten Pflichten der Ordensleute i. w. S.; freilich finden sich solche auch zerstreut angegeben sowohl im Ordensrecht als auch in sonstigen Traktaten, wir heben hervor die Abschnitte über die Sakramente, die kirchlichen Ämter, die Strafen und Zensuren. In dem oben angeführten Abschnitte werden zuerst die **a l l g e m e i n e n** Pflichten behandelt; dann das gemeinsame Leben; die asketischen Pflichten; die Klausur; die Beziehungen der Religiösen zur Seelsorge.

I. Allgemeine Pflichten der Religiösen. 1) „Alle Religiösen, Obere wie Untergebene, ohne Ausnahme müssen nicht nur ihre Gelübde treu und vollkommen beobachten, sondern auch ihr Leben nach den Regeln und Konstitutionen einrichten und so nach der religiösen Vollkommenheit streben“ Cann. 593; 487; 488 n. 1. Wenn die evangelischen **R ä t e** durch die heilige Profess übernommen sind, so sind sie für die Ordenspersonen nicht mehr Räte, sondern wirkliche Gesetze. Ebenso haben die Konstitutionen den Charakter von Gesetzen, welche zur Übernahme der Strafe seitens

der Obern verpflichten. Gewöhnlich verpflichten auch die Konstitutionen nicht kraft des gelobten Gehorsams, doch kann der Obere eine Satzung unter dem Gehorsam vorschreiben; doch soll das nicht allgemein, nicht ohne Grund und nicht zu häufig geschehen. Eine Sünde kann auch eintreten bei Verletzung der Konstitutionen durch *Verachtung*, S. Thomas in Summa Theol. 2. 2 q. 186 a. 2; a. 9 ad 3; Bastien-Elfner: „Handbuch“ (1911) n. 190 S. 106.

2) Die allgemeinen Pflichten der Kleriker, welche die Cann. 124—42 behandeln, verbinden auch die Religiösen, soweit der Wortlaut und die Natur des Gegenstandes dies zuläßt Can. 592. Soweit also die Kanones 124—142 nicht Weltkleriker allein ins Auge fassen, z. B. Cann. 128; 135, oder soweit die eigenen Pflichten der Ordensleute jene der Kleriker nicht überholen (Cann. 130 u. 590), soweit endlich die Natur der Sache nur für Ordenskleriker paßt, nicht für Ordensbrüder oder weibliche Religiösen, wie Can. 129 oder für Weltkleriker allein, sind alle Religiösen, männliche und weibliche, diesen Vorschriften unterworfen; namentlich gilt das von den *standeswidrigen* Beschäftigungen der Kleriker Cann. 138 sqq.

II. 1) „**Das gemeinsame Leben** soll in jeder religiösen Genossenschaft von allen genau beobachtet werden, auch in Sachen der Nahrung, Kleidung und Einrichtung“ Can. 594 § 1. Wie sehr die Kirche das „gemeinsame Leben“ schätzt, ergibt sich a) daraus, daß sie es auch den *Weltklerikern* ans Herz legt Can. 134; b) daß sie die Ordensstudenten dann von den Weihen ausschließt, wenn im Studienhaus das gemeinsame Leben nicht in Blüte steht Can. 587 § 2; c) daß sie die Religiösen, welche die Vorschriften des gemeinsamen Lebens in einer wichtigen Sache verletzen, mit dem Verluste des doppelten Wahlrechtes bedroht und Obere mit Entziehung ihres Amtes Can. 2389 (Strafen f. s.). Wenn das Ideal der ersten Kirche, Apg 2, 44; 4, 32 ff., sich nicht in den religiösen Genossenschaften erreichen läßt, dann wird man es anderswo vergeblich suchen.

2) „Was nur immer von den Religiösen, auch von den Obern, gemäß Can. 580 § 2 (Erwerb durch eigene Betätigung oder in Hinsicht auf die Genossenschaft) und Can. 582 § 1

(Erwerb nach der feierlichen Profess) erworben wird, muß unter das Vermögen des Hauses, der Provinz oder der Genossenschaft aufgenommen werden, und jegliche Geldsumme und alle Wertpapiere sind in der gemeinsamen Kasse zu hinterlegen" Can. 594 § 2.

3) „Die Einrichtung (supellex) der Religiösen entspreche jener Armut, zu welcher sie sich in der Profess (Can. 582) bekannt haben" Can. 594 § 3. Mit diesem Kanon ist offenbar das *Sondereigentum* (peculium) der Religiösen aufgehoben, nicht nur das *unabhängige* (peculium independens), sondern auch das *abhängige* (p. dependens sc. a voluntate Superiorum), vgl. Wernz Fr. K.: „Ius decretalium" III. n. 650 IV; Bastien-Elfner: „Ordenshandbuch" nn. 243 ff. Freilich wäre einer Genossenschaft ein Privileg eingeräumt worden (nach dem Tridentinum sess. 25 de reg. c. 2 kaum glaublich), oder bestände eine hundertjährige und unvordenkliche Gewohnheit zugunsten des unvollkommenen Sondereigentums, so wäre das Privileg an sich nicht beseitigt und die Ordinarien (Can. 198 § 1) könnten eine solche Gewohnheit dulden, wenn sie eine Beseitigung für schwierig halten würden Can. 5.

Can. 594 gebraucht im § 2 den Ausdruck „tituli". Im Can. 1539 § 2 ist die Rede von „tituli ad latorem". Das sind Rechtstitel, Schuldscheine, welche den Überbringer (lator) zur Entgegennahme der geschuldeten Summe berechtigen; also Pfandbrief, Obligationen, Wertpapiere. — Wichtig ist die Frage, was man nicht als erwerbsfähig betrachten kann. Welche Dinge können nicht erworben und mit dem Vermögen des Klosters der Genossenschaft usw. nicht vermischt werden? „Leben; Gesundheit (S. C. EE. et RR. d. 23. Iulii 1860 apud Bizzarri: Coll. p. 786 X 10); der Gebrauch der Glieder, der geistigen Fähigkeiten oder Talente; die übernatürlichen Gaben, die Manuskripte; die Reliquien" (abgesehen von kostbaren Be ältern), antworten Bastien-Elfner n. 229 S. 128. Allein bezüglich der *handschriftlichen Aufzeichnungen* (Manuskripte) ist seither eine andere Entscheidung des Apostolischen Stuhles erfolgt. Bereits am 2. Juni 1911 (bestätigt von Papst Pius X. am 11., veröffentlicht am 15. Juni 1911) betonte die Religionskongregation: Das auch für Ordensleute mit einfachen Gelbden notwendige *Ordensimprimatur* kann nicht in der Weise umgangen werden, daß der Buchdrucker das Manuskript eines Religiösen ohne Angabe des Verfassers (anonym) mit dem Imprimatur des *Ortsordinarius* veröffentlicht (AAS. III 270). Dann folgte am 11. (13.) Juli 1913 die prinzipielle Entscheidung derselben Kongregation: „Religiösen der feierlichen und einfachen Gelübde, welche unter der Herrschaft dieser Gelübde ein Manuskript ausgearbeitet haben, besitzen nicht das

Eigentumsrecht über dasselbe, so daß sie es weder verschenken noch sonstwie veräußern können“ (ME. 25, 264). Damit ist das fäufliche Eigentumsrecht verneint, das persönliche, die Unterstützung des Geistes bezweckende jedoch nicht; vgl. J. B. R a u s C. Ss. R.: „Der hl. Alfons von Vigouri, Die Manuskriptenfrage usw.“ in ZDS. 1921 S. 356.—368.

Das Gelübde der heiligen A r m u t berührt in manchen Orden nicht nur die Mitglieder, sondern auch den Orden als solchen (Can. 582 n. 2). Dabei ist zu beachten, daß die Natur dieses Ordens den Bau des Hauses, ja selbst den Bau der Klosterkirche beeinflussen kann; indes dürfen die Rubriken des Missale oder Rituale und die entsprechenden Dekrete und CC. des Apostolischen Stuhles niemals durch die Konstitutionen des Ordens in den Hintergrund gedrängt werden, wie das die Antworten beweisen, welche die Ritenkongregation auf 17 Zweifel des Kapuzinerprocurators am 17. Dezember 1888 gab (Decr. Auth. 3697 in Ord. Min. Capuccinorum S. Francisci, ME. VII 1 p. 53—54). Haben aber diese Orden ein besonderes P r i v i l e g, so wird es aufrechterhalten; so dürfen die PP. Kapuziner einen Tabernakel aus Holz bei erhalten, der künstlich geschnitzt ist (ohne Vergoldung oder kostbare Bemalung) gemäß der Bewilligung der S. C. EE. et RR. d. 13. Jul. 1649 (D. Auth. 3697 ad 13), auch werden Reliquienbehälter aus Holz geduldet (ibi ad 14).

III. Die asketischen Übungen. Die wichtigsten asketischen Übungen der Religiosen werden im Can. 595 niedergelegt; dieser lautet: „Die Oberen sollen dafür sorgen, daß alle Religiosen: 1) jährlich den geistlichen Übungen obliegen; 2) daß sie, wenn nicht rechtmäßig verhindert, täglich dem heiligen Opfer beizuhören; dem betrachtenden Gebete sich widmen und eifrig andere Werke der Frömmigkeit ausüben, wie sie die Regeln und Konstitutionen vorschreiben; 3) daß sie dem Bußsakramente sich mindestens einmal in der Woche nahen“ Can. 595 § 1.

Die entsprechenden Pflichten der Weltkleriker werden in den Cann. 125 und 126, die der Zöglinge des Seminars im Can. 1367 behandelt. Aus dem Vergleich zwischen den einschlägigen Bestimmungen ergibt sich, daß bei den Religiosen die Exerzitien bezüglich des Ortes (im Kloster liegt wohl am nächsten), der Dauer (mindestens drei volle Tage) und der Art (gemeinsam oder der einzelnen für sich) nichts Genaueres bestimmt ist; das bestimmen die Konstitutionen oder bei deren Schweigen die Obern. Die anderen Übungen sind hauptsächlich das mündliche Gebet, die geistliche Lesung, die Besuchung des Allerheiligsten, der Marianische Rosenkranz und die Gewissenserforschung Cann. 125; 1367.

Was den Empfang des heiligen A l t a r s a k r a m e n t e s betrifft, so haben die Obern das Recht und die Pflicht, denselben zu f ö r d e r n, aber auch, wenn nötig, zu v e r h i n d e r n. Die Obern können und sollen den häufigen,

ja den täglichen Empfang der Eucharistie fördern; anderseits soll der häufige, ja tägliche Empfang allen Religiösen mit guter Seelenverfassung *f r e i* stehen Can. 595 § 2. Ist diese Seelenverfassung nicht vorhanden, so kann der Obere auch die heilige Kommunion verbieten; freilich nur in zwei Fällen: „Wenn seit der letzten Beicht ein Religiöser der Kommunität zum schweren Argernisse gereichte oder wenn ein Religiöser eine schwere äußere Schuld beging, so kann der Obere den Gang zum Tisch des Herrn verbieten, allein nur bis zur nächsten Beicht des fraglichen Religiösen“ Can. 595 § 2. Der Obere besitzt *k e i n w e i t e r e s* Einschränkungsverbot. Wie man sieht, kommt das Gewissen der Religiösen hier nicht in Frage, sondern nur der äußere Rechtsbereich. Die Kirche nimmt an, daß mit dem Hinzutritt zum Bußsakrament das Argernis genügend gesühnt ist; vgl. Can. 2251. Die näheren Bestimmungen über die Häufigkeit der heiligen Kommunion enthält Can. 863, der sich auf die Apostolischen Dekrete beruft, unter denen wir das Tridentinum sess. 13 c. 8; sess. 22 c. 6 und namentlich die Erlasse des Papstes *P i u s X.* hervorheben: Dekret der Konzilskongregation vom 20. Dezember 1905 „*Sacra Tridentina Synodus*“; die Antworten vom 15. September 1906 in *Romana et aliarum*, und die Enzyklika *Editae semper* d. 26. Maii 1910. Aus diesen geht hervor, daß der *B e i c h t v a t e r* es ist, welcher die häufige, ja tägliche Kommunion gewähren kann und soll, wenn ein Katholik „im Stande der Gnade ist und in edler Absicht zum heiligen Tisch hinzutritt“, also nicht „aus bloßer Gewohnheit, aus Eitelkeit oder aus menschlichen Rücksichten“ (Dekret 1905 nn. 1 u. 2).

Geben die Regeln oder Konstitutionen der Genossenschaften mit feierlichen oder einfachen Gelübden oder auch deren Kalendarien (Direktorien) bestimmte Tage für die heilige Kommunion an, so haben diese Normen keine verpflichtende Kraft, sie sind nur Fingerzeige Can. 595 § 4.

IV. Das Ordenskleid. „Die Religiösen sollen alle das ihrer Genossenschaft eigentümliche Kleid (Ordenskleid, Habit) tragen innerhalb und außerhalb des Hauses, außer es entschuldigt eine gewichtige Ursache, welche der höhere Obere (Can. 488 n. 8) oder im Drange der Not auch der Lokalobere beurteilt“ Can. 596. Das Ordenskleid ist nicht nur für die

Regularen, sondern auch für die Mitglieder der Kongregationen etwas *Charakteristisches* Can. 492 § 3. Allein es gibt sogar Orden, welche des eigentlichen Ordenskleides entbehren, wie die Jesuiten, Pruemmer: *Ius regularium*, Q. 127 pag. 142. Für diese gelten dann die Vorschriften des Can. 136, auch für deren Laienbrüder Can. 592. Das Ordenskleid ist ein *Ehrenkleid*; darum dürfen die entlassenen Religiösen dasselbe, solange sie entlassen sind, nicht mehr tragen Cann. 648; 653; 668; 670; die „*Erfklaustrierten*“ und „*Säkularisierten*“ müssen wenigstens die äußere Form des Ordenskleides ablegen Cann. 639; 640 § 1. — Die Pflicht, das Ordenskleid zu tragen, ist eine schwere; denn nur ein *schwerwiegender* Grund entschuldigt von dieser Pflicht, und diesen muß der Obere beurteilen nach Can. 596. Früher war die sündhafte Ablegung des Ordenskleides bei Regularen mit dem *Kirchenbanne* bestraft (*excommunicatio nemini reservata*) c. 2 *Ne clericis* (III 24) in 6^o, ein Zeichen, daß es sich um eine schwere Pflicht handelt. Die Strafe ist verschwunden; das schwere Verbot ist geblieben, gleich für Mitglieder wie der Orden, so der Kongregationen. — Entschuldigungsgründe können ein für allemal vorliegen, wie Schlafengehen, Anwendung von Heilverordnungen oder Bäder; sie können außerordentliche sein, z. B. Reisen durch Gebiete der Un- und Irrgläubigen, Verfolgungen usw.

V. Beziehung der Religiösen zur Seelsorge. Wenn auch der Ordensklerus zunächst und unmittelbar die eigene Vervollkommnung anstrebt, so wird er gerade dadurch besonders geeignet, am Heile anderer näher oder entfernter mitzuwirken. Es liegt im Interesse der beiden Klassen der geistlichen Personen, daß die Grenzen ihrer Wirksamkeit genau geschieden sind; immerhin werden die Ordinarien und Seelsorger die Hilfe der Ordensleute mit Dank entgegennehmen. Der Kodex bestimmt in Can. 608 folgendes:

1) „Die Obern sollen Sorge tragen, daß die ihnen untergebenen Religiösen, welche sie hiefür auswählen, ihre Dienste den Ordinarien oder Pfarrern gerne zur Verfügung stellen (unbeschadet natürlich der Ordensdisziplin), wenn sie von jenen, namentlich in der Diözese der klösterlichen Niederlassung, für die Bedürfnisse des Volkes in Anspruch ge-

nommen werden. — Anderseits sollen auch die Ortsordinarien und Pfarrer gerne sich der Hilfe der Religiösen bedienen, besonders der in dem betreffenden Bistum sich aufhaltenden Religiösen, und zwar in der Seelsorge und namentlich bei Verwaltung des Bußsakramentes" Can. 608 §§ 1 u. 2. Bekanntlich leisten die Religiösen „innerhalb und außerhalb ihrer Kirchen und öffentlichen Kapellen" (ibi § 1) hervorragende Dienste, vorzüglich im Beichtstuhl und Predigtamte; dazu kommt die Abhaltung der Missionen, Exerzitien, des vierzigstündigen Gebetes. Diese Mithilfe kann beansprucht werden auf dem Gebiete der *Katechese*. Vorausgesetzt, daß das Ordensleben keinen Schaden leidet, können die Ordensobern, auch die exempten, verpflichtet sein, sich oder ihre Untergebenen in den Dienst des katechetischen Unterrichtes zu stellen, wenn der Ortsordinarius diese Hilfe der Religiösen für notwendig hält Can. 1334.

2) Die Ordenskirche zugleich Pfarrkirche. Hier können verschiedene Fälle vorkommen: a) Ein und dieselbe Kirche ist Ordenskirche und zugleich Pfarrkirche (Filialkirche), bedient von Weltpriestern; beide Zwecke sind also unabhängig voneinander. b) Ein und dieselbe Kirche ist Ordenskirche und Pfarrkirche, in welcher ein Religiöser desselben Ordens oder derselben Kongregation die Pfarrrechte ausübt vgl. Cann. 452; 1423 § 2, falls es den Religiösen nach ihren Satzungen gestattet ist, Pfarrseelsorge zu betreiben. Der Unterschied beider Fälle bezieht sich hauptsächlich auf die Besetzung der Pfarreien und die Entfernung der Pfarramtinhaber. Für das geordnete und friedliche Zusammenwirken des Konvents und des Pfarrvorstandes sind maßgebend die Can. 609 § 1 u. 415: „Wenn eine Kirche, bei welcher eine klösterliche Kommunität ihren Sitz hat, zugleich Pfarrkirche ist", so gilt die Zuständigkeitsverteilung des Can. 415. Dem Pfarrvorstand kommen folgende Rechte und Aufgaben zu: Pfarrmesse; Predigt; Katechese; Pfarrbücher und Zeugnisse hieraus; die eigentlichen Pfarrrechte, wie Taufe, Sterbesakramente, Trauung usw. (nach Can. 462); Begräbniß, ausgenommen die Professoren, Novizen, Hausgenossen des Konventes; die Funktionen, welche in anderen Pfarreien üblich sind; die karitative Tätigkeit für die Pfarr-

finder Can. 415 § 2. Dagegen gehört der Religiosenkomunität (Konvent) zu: die schützende Sorge für das Altarsakrament, wobei jedoch ein Tabernakelschlüssel dem Pfarrer zukommt; die Wachsamkeit über die Beobachtung der liturgischen Gesetze; die Obsorge für die Kirche und die Verwaltung des Kirchenvermögens ibi § 3. Streitfragen zwischen der Ordensfamilie und dem Pfarrvorstand entscheidet der Ortsordinarius, der insbesondere dafür sorgen muß, daß für Christenlehre und Evangeliumserklärung eine für das Volk passende Stunde gewählt wird ibi § 4. Die Ordensmitglieder haben die Liebespflicht, in der Seelsorge auszuweichen, wenn sie vom Ortsordinarius darum ersucht werden und das Ordensleben dadurch keinen Schaden leidet Cann. 415 § 5; 608.

„In den Kirchen der weiblichen Religiösen mit feierlichen oder einfachen Gelübden kann eine Pfarrei nicht errichtet werden“ Can. 609 § 2; 1109 § 2. Das gilt natürlich auch von anderen Seelsorgestellen, vgl. Can. 712 § 3.

Das Zusammentreffen der Ordens- und Pfarrfunktionen Cann. 415 § 4; 609 § 3; 612; 1345. Das neue Gesetzbuch der Kirche sieht mit Angstlichkeit darauf, daß namentlich die katechetische Belehrung (Christenlehre) und die Erklärung des Evangeliums durch klösterliche Funktionen nicht gestört werde. Schon die Ordensobern i. w. S. sollen wachen, daß die Feier des Gottesdienstes in den Ordenskirchen dem katechetischen Unterrichte und der Erklärung des Evangeliums in der Pfarrkirche keinen Eintrag tue Can. 609 § 3; dem Ortsordinarius obliegt die gleiche Sorge, sowie das Entscheidungsrecht in Streitfällen Cann. 415 § 4; 609 § 3, ja seine diesbezüglichen Anordnungen müssen auch in den exempten Ordenskirchen durch Katechese und Evangeliumserklärung befolgt werden Can. 1345. — Wenn der Ortsordinarius wegen eines öffentlichen Grundes Glockengeläute, Gebete oder gottesdienstliche Feiern (sacra sollemnia) ansagt, so sind alle Religiösen, auch die exempten, zum Gehorsam verpflichtet, mit Aufrechterhaltung jedoch der Konstitutionen und Privilegien einer jeden Gemeinschaft Can. 612.

3) Chorgebet und Konventmesse. Zum Chorgebet sind verpflichtet die Majoristen Can. 135, die Mitglieder eines Chorkapitels (chorales) Can. 413, die Benefiziaten Can. 1475 § 1, endlich gewisse Ordensleute Can. 610. — Bei den männlichen und weiblichen Religiösen wird das Chorgebet zunächst bestimmt durch die Konstitutionen. Ist in einer Genossenschaft diese Verpflichtung zum gemeinsamen Breviergebet vorhanden, so tritt sie nur dann ein, wenn wenigstens vier Verpflichtete da und nicht rechtmäßig verhindert sind, oder auch weniger nach den Ordenssätzen Can. 610 § 1; vgl. CdR. a. II, 361—63 (Arc. Larrona). In den verpflichteten religiösen Genossenschaften müssen die Professoren mit feierlichen Gelübden, welche dem Chore ferne waren, die kanonischen Tagzeiten privatim beten, ausgenommen sind die Laienbrüder ibi § 3.

Die Jesuiten sind zum Chorgebet, d. h. zum gemeinsamen Breviergebet, nicht verpflichtet. Die Dominikaner haben das Chorgebet zu verrichten, wenn wenigstens drei „Klerikerbrüder“ da sind, Constitutiones FF. Praedicatorum n. 69 (Pruemmer: Ius reg. Q. 131). Die Statuten der bayerischen Benediktiner enthalten in n. 28 den Satz: „Im Chore werden die kanonischen Tagzeiten niemals unterlassen“. Zum Chorgebet sind die zeitlichen Professoren wie die Professoren mit feierlichen Gelübden verpflichtet, Statuta CBB. n. 29. Daß in einer Abtei der Benediktiner das Chorgebet niemals unterlassen wird, ist begreiflich; für andere Häuser (kleine Priorate, Pfarrhöfe) gilt natürlich die Vierzahl des Can. 610. Die Novizen sind zum Chorgebet an sich nicht verpflichtet Can. 593; darum kommen sie bei Berechnung der Vierzahl der Verpflichteten nicht in Betracht Can. 610. Freilich kann ihnen das Breviergebet vom Novizenmeister oder Obern aufgetragen werden Can. 561 § 2. Über die liturgischen Bücher für das Chor- und Breviergebet vgl. Handbuch I² S. 221. — Zum privaten Breviergebete sind nicht verpflichtet: a) die Professoren mit einfachen Gelübden; b) die Laienbrüder auch mit feierlichen Gelübden Can. 610 § 3.

„Die dem Tagesoffizium entsprechende Messe muß nach den Rubriken täglich gefeiert werden in den Genossenschaften der Männer, aber auch, soweit es möglich ist, in jenen der Frauen“ Can. 610 § 2 (Konventmesse). Diese Konventmesse in den Klöstern entspricht der Konventmesse in den Kapiteln Cann. 413 sqq., freilich mit einigen Erleichterungen für die Klöster. Auch die Konventmesse der Religiösen besitzt wie die der Kapitel gewisse Privi-

Legien: a) sie läßt zwei Meßdiener zu; b) es dürfen mehr als zwei Kerzen brennen; c) die Leoninischen Gebete nach der Messe fallen aus; d) sie gleichen bezüglich der Commemoration von festa simplicia, den Ämtern vgl. S. R. C. d. 17. Dec. 1888 ad 7 (ME. VII 1 p. 53); d. 19. Jan. 1906 (ME. 18, 55). Über die genaueren Vorschriften gibt Aufschluß Franz Brehm: „Die Neuerungen im Missale“ (Pustet 1920) S. 14, 20, 27 ff.

§ 22. Die Klausur der Religiösen.

Quellen: Cann. 597—667; 611; 179 § 2; 488 n. 7; 504 § 3; 2342.

Die Klausur i. w. S. umfaßt nicht nur die Mitglieder der Orden, sondern auch die der Kongregationen, ja sogar der Vereinigungen mit gemeinsamem Leben. Durch die Klausur i. w. S. wird ferner geregelt der Zutritt zu den Ordensleuten, aber auch deren Ausgang, endlich der mündliche und schriftliche Verkehr. Wir behandeln im folgenden die Klausur der Ordensmänner; dann der Ordensfrauen; endlich der Kongregationsmitglieder; diesem Kapitel reihen sich an allgemein geltende Vorschriften.

A. Die Klausur der Ordensmänner. „In den kanonisch errichteten Häusern der Ordensmänner . . ., auch in den nicht ausgeprägten (also mit weniger als sechs Mitgliedern, bzw. mit weniger als vier Priestern), muß die päpstliche Klausur beobachtet werden“ Can. 597 § 1. Es gibt in den Regularklöstern Räume, welche zur strengen Klausur gehören, und solche mit gemäßigter Klausur.

1) „Unter dem Gesetze der (strengen) päpstlichen Klausur steht das ganze Haus, soweit es die Ordensfamilie bewohnt, mit den dem Zugange der Religiösen vorbehaltenen Gärten und Rasenplätzen“ Can. 597 § 2. „Die der Klausur unterworfenen Teile sollen deutlich als solche bezeichnet sein. Es ist Sache der höheren Obern (Can. 488 n. 8) oder des Generalkapitels gemäß den Konstitutionen die Grenzen der Klausur genau zu umschreiben oder aus rechtmäßigen Gründen zu ändern“ Can. 597 § 3. Vom Gesetze der Klausur sind frei: die öffentliche Kirche mit der angrenzenden Sakristei; die etwaige Abteilung für die Gäste; endlich das Sprechzimmer, welches

nach Möglichkeit bei der Haustüre (Pforte) anzubringen ist ibi § 2.

In die Regularenklausur dürfen unter keinem Vorwande zugelassen werden **Frauen** ohne Rücksicht auf Alter, Geburt und Stand Can. 598 § 1. Das gilt demnach auch von **ungetauften Frauen**, von **Frauenspersonen** ohne **Bernunftgebrauch** und **Mädchen** unter sieben Jahren Can. 12. Eine einzige Ausnahme besteht für die **Gattinnen** jener, welche die oberste politische Herrschaft augenblicklich innehaben, mit Gefolge Can. 598 § 2.

Früher lautete die Ausnahme „*Imperatrices, Reginae, earumque Filiae cum sua decenti comitiva*“ (vgl. Santi-Leitner: Praelectiones⁴ III 35 nn. 29 et 24). Der Roder hat die Ausnahme beschränkt durch Hingewerfung der „*Töchter*“; er hat sie erweitert, indem keine „*Fürsten*“ im Texte genannt werden, so daß also auch **Frauen** des „*Präsidenten* von *Republiken*“ zugelassen werden können, wenn auch **Kardinal Gasparri** in seinem Index zum Roder v. „*Principes*“ nur **Fürsten** im Auge zu haben scheint. Ohne Zweifel darf die Regularenklausur betreten werden von „*Fürstinnen*, welche die oberste politische Herrschaft selbst innehaben“; man denke an Kaiserin **Maria Theresia** (1740—80) oder an Königin **Victoria** von England (1837—1901) und gegenwärtig an Königin **Wilhelmina** der Niederlande (seit 1890 bzw. 1898). Die Ehegatten („*Prinzgemahl*“) nehmen bei **Frauenklöstern** (Can. 600 n. 3) teil am Privileg ihrer regierenden Gemahlinnen. — Der Ausdruck „mit Gefolge“ entspricht dem alten Rechte, darf also nach Can. 6 n. 3 nicht vom umstehenden Volke (außer es besitzt ein Herrscher ein besonderes Privileg, wie der König von Spanien CdR a. II, 48), sondern muß von „*einem anständigem Gefolge*“ ausgelegt werden. — Für den Besuch der Frauen bei den **Camaldolensern** (*Eremiti Camaldolesi di Monte Corona*) gelten die Normen der Religiosenkongregation vom 29. Dezember 1909 (ME. 22, 13—14).

2) Eine gemäßigte Klausur besteht für jene Teile der Regularenhäuser, in welchen sie Konvikte für innere und äußere Böglinge eröffnen oder eine anderweitige Ordensstätigkeit ausüben (Krankenpflege; Unterkunft für Wanderer, Geisteschwache, Kinder usw.). Der Teil des Hauses, welcher ausschließlich der **Wohnung** der Religiösen dient, soll, soweit es möglich ist, von den übrigen Räumen getrennt sein; er unterliegt der strengen päpstlichen Klausur. Aber auch in dem anderen Teil des Klostergebäudes steht der Zugang den **weiblichen** Personen nicht vollständig frei offen, vielmehr dürfen sie nur

aus einem entsprechenden Grunde vom Oberrn zugelassen werden Can. 599 § 2.

3) Strafen. a) Die dem Papste einfach vorbehaltenen Exkommunikation l. s. trifft: α) die Frauenpersonen, welche die (päpstliche) Klausur der Ordensmänner verletzen, natürlich schwerfündhasterweise und mit Kenntniß der kirchlichen Strafe; β) die Vorgesetzten und andere, wer immer sie sein mögen, welche Frauenpersonen ohne Unterschied des Alters einführen oder zulassen Can. 2342 n. 2. Diese „anderen, wer immer sie sind“, können auch Personen außer dem Kloster sein, Männer und Frauen, und im Kloster Professoren, Novizen und Hausgenossen Can. 514 § 1. b) Außerdem sind Religiösen (dieses Klosters oder eines anderen), welche sich obiger Einführung oder Zulassung schuldig machen, mit Amtsaussetzung bedroht, sowie mit Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts f. s. Can. 2342 n. 2. Die Postulanten und Novizen werden natürlich von der zweiten Strafe f. s. nicht getroffen; vgl. auch Can. 488. n. 7.

B. Die Klausur der Klosterfrauen. Die „Klausur“ umfaßt hier ein Doppeltes: die Absonderung von Außenstehenden und den Ausgang der Klosterinsassen. Unter „Klosterfrauen“ versteht man hier nur die Nonnen mit feierlichen Gelübden und die Insassen von Frauenklöstern, in welchen auch feierliche Gelübde abgelegt werden Cann. 597 § 1; 488 n. 7. Darum unterstehen die bayerischen, französischen usw. Frauenklöster ohne feierliche Gelübde nicht dem Gesetze der päpstlichen Klausur kraft eines noch geltenden päpstlichen Indultes C. C. d. 1. Mart. 1921 n. III ad 2 (AAS. 13, 178). Was von der genauen Bestimmung der Klausur bei den Männerklöstern gesagt wurde, gilt hier mit der Betonung, daß es Recht und Pflicht des Bischofs (Episcopi, nicht Ordinarii) ist, die Grenzen der Klausur in Frauenklöstern genau zu bestimmen Can. 597 § 3.

I. Eintritt in die Klausur der Frauenklöster. „In die Klausur der Ordensfrauen darf niemand ohne Rücksicht auf Geburt, Stand, Geschlecht und Alter zugelassen werden ohne die Erlaubnis des Heiligen Stuhles. Ausgenommen sind folgende Personen:

1) Der Ortsordinarius oder der Regularobere dürfen bei der Visitation des Klosters die Klausur nur betreten zum Zwecke der Inaugenscheinnahme (Cann. 512; 513); ebenso andere von ihnen bevollmächtigte Visitatoren (Can. 512); dabei ist Vorsorge zu treffen, daß ein Mönch oder Ordensmann reifen Alters den Visitator begleitet.

2) Der Beichtvater oder sein Stellvertreter (Can. 514 § 2) kann unter Anwendung der notwendigen Vorsorge die Klausur betreten zur Spendung der Sakramente an Kranke und zum Beistand für Sterbende.

3) Die Klausur können betreten die, welche die höchste politische Gewalt innehaben und ihre Gemahlinnen nebst einem (geziemenden) Gefolge (vgl. oben unter A); ebenso die Kardinäle der Heiligen Römischen Kirche.

4) Der Oberin kommt es zu, in Anwendung der gebotenen Vorsichtsmaßregeln den Ärzten, Wundärzten und anderen benötigten Personen (wie den notwendigen Handwerkern usw.) den Eintritt zu erlauben, doch muß sie vorher vom Ortsordinarius wenigstens eine allgemeine Willigung hiefür einholen (approbatio habitualis), welche im dringlichen Notfall, wenn ein Refurs nicht möglich ist, präsumiert werden darf" Can. 600 nn. 1—4.

Zu den Vorsichtsmaßregeln gehören folgende: a) daß nur Männer vorgerückten Alters und guten Charakters genommen werden, S. C. EE. et RR. d. 20. Nov. 1584; b) daß der Eintritt nach Sonnenaufgang und vor Sonnenuntergang geschehe, Santi-Leitner: Praelectiones⁴ III 35 n. 24; c) daß der Empfang und die Verabschiedung der benötigten Personen durch ältere Klosterfrauen geschehe (vgl. oben S. 366). — Wenn auch der Ortsordinarius bei Gelegenheit der Visitation die Klausur betreten kann, so ist ihm das doch bei anderen Gelegenheiten ausdrücklich untersagt, so bei *Wahlen* in Frauenklöstern Can. 506 § 2; so bei der *Erforschung des Willens* der Postulantinnen oder Novizinnen usw. Can. 552 § 2; denn auch die Novizinnen und Postulantinnen sind dem Klausurgefesse unterworfen Can. 540 § 3. — Wie der Beichtvater kann auch der nach Can. 523 herbeigerufene Priester naturgemäß die Klausur betreten; vgl. oben § 12 II S. 366.

II. Ausgang der Ordensfrauen. 1) „Keiner Ordensfrau soll es nach der Profess gestattet sein, das Kloster zu verlassen, auch nur auf kurze Zeit, unter irgend einem Vorwande, ohne ein besonderes Indult des Heiligen Stuhles; ausgenommen ist der Fall der drohenden Todesgefahr oder irgend eines sehr schweren Übels" Can. 601 § 1. „Diese

Gefahr muß, wenn es die Zeit erlaubt, schriftlich anerkannt werden vom Ortsordinarius" ibi § 2. Wenn ein Frauenkloster der päpstlichen Klausur unterworfen ist, so kann ein Verlassen der Klausurräume statthast sein: a) mit besonderer Bewilligung des Heiligen Stuhles; b) sonst nur, wenn ein sehr schweres Übel droht, welches schriftlich vom Ortsordinarius anerkannt sein muß, wenn letzteres möglich ist Trident. sess. 25 de reg. c. 5; et S. Pius V. in Const. „Circa pastoralis“ d. 29. Maii 1566 § 1; et in Const. „Decori“ d. 1. Febr. 1570 § 2. Nach der soeben zitierten Konstitution „Decori“ gab es nur drei so wichtige Gründe: a) großer Brand; β) Ausfall; γ) Epidemie. Diese waren aufzählend (taxative) genannt, so daß andere Gründe nicht hinreichten, auch wenn eine unbordenkliche Gewohnheit sie unterstützte S. C. Inq. d. 22. Dec. 1880 in Ratisbonen. ad IIam partem instantiae n. 1 (ME. III 2 pag. 74—76). Nunmehr gilt jede drohende „Todesgefahr“, mag sie von Feuer, Wasser, Felssturz, Waffengewalt usw. ausgehen. Aber auch ein anderes „sehr schweres Übel“ reicht hin, wie große Gefahren für die Gesundheit (ohne unmittelbare Lebensgefahr), Freiheit, Sittlichkeit. — Ob die Beteiligung bei den politischen Wahlen ein hinreichender Grund sei für Klosterfrauen mit päpstlicher Klausur, das Kloster zu verlassen, ist eine Frage, welche der prinzipiellen Sicherheit wegen vom Apostolischen Stuhle zu entscheiden ist. Immerhin wäre die Beteiligung nach Can. 601 erlaubt, wenn die Hilfe der Klosterfrauen zur Abwendung eines „sehr schweren Übels“ notwendig wäre. Tatsächlich haben die bayerischen Bischöfe die Beteiligung der Klosterfrauen an den „Wahlen für das Reich und das Land“ gestattet. Doch liegt hier der Fall anders; denn es handelt sich um Klosterfrauen mit ewigen, aber einfachen Gelübden, welche der päpstlichen Klausur entbehren. — Wie die Professen der eigentlichen Frauenklöster, so unterliegen auch die N o b i z i n n e n und P o s t u l a n t i n n e n dem Klausurgefesse Can. 540 § 3. Darum dürfen Postulantinnen ihre Eltern und Bekannten nicht besuchen und bedürfen der Erlaubnis des Heiligen Stuhles, wenn sie außer der Gefahr eines sehr großen Übels die Klausur auf einige Zeit verlassen wollen S. C. de Religiosis d.

7. Nov. 1916 (AAS. 8, 446). Ihrem endgültigen Austritt steht jedoch nichts im Wege vgl. Can. 571 § 1.

2) „Die Klausur eines Nonnenklosters muß derartig ringsum eingeschlossen sein, daß (wo möglich) kein Einblick in dieselbe noch ein Ausblick aus derselben auf außerhalb befindliche Personen möglich ist“ Can. 602.

3) Die Klausur der Klosterfrauen steht immer unter der Obhut des Ortsordinarius, auch wenn sie den Regularen unterworfen sind. Daher kann er alle dagegen Fehlenden, also auch die exempten Regularen, selbst mit Strafen und Zensuren, zur Besserung und Beobachtung anhalten Can. 603 § 1. Unterstehen Klosterfrauen den Regularen, so ist die Hut über die Klausur auch dem Regulararobern anvertraut. Dieser kann die Klosterfrauen oder andere seiner Untergebenen für etwaige Fehler auch mit Strafen zurechtweisen ibi § 2.

4) Strafen. Mit der dem Apostolischen Stuhle einfach vorbehaltenen Exkommunikation l. s. werden bestraft: a) alle ohne Rücksicht auf Geburt, Stand und Geschlecht, welche die Klosterfrauenklausur verletzen entweder durch Eintritt in die klösterlichen Klausurräume ohne die rechtmäßige Erlaubnis oder durch Einführung oder Zulassung solcher Personen Can. 2342 n. 1; b) alle Klosterfrauen (nicht deren Novizinnen oder Postulantinnen), welche die Klausur gegen die Vorschriften des Can. 601 ungesetzlich verlassen Can. 2342 n. 3. Wenn Kleriker durch unerlaubten Eintritt oder durch ungesetzhche Einführung oder Zulassung sich verfehlen, so sind sie außerdem zu suspendieren l. s. auf eine Zeit, welche der Ordinarius nach der Schwere der Schuld zu bestimmen hat ibi n. 1.

Knaben bis zum vollendeten vierzehnten und Mädchen bis zum vollendeten zwölften Lebensjahre (Can. 88 § 2), welche sich gegen das Klausurgesetz durch schwere Sünde verfehlen, sind nicht exkommuniziert, sondern sollen durch Erziehungsstrafen gebessert werden. Wer aber Kinder vor dem Reifealter einführt oder zuläßt, unterliegt den im Can. 2342 n. 1 angegebenen Strafen Can. 2230. — Der Ordinarius des Frauenklosters kann die Suspension (Can. 2342 n. 1) usw. nicht nur über seine Kleriker verhängen, sondern auch über fremde Can. 1566, sowie über alle Regu-

Kleriker, auch die **exempten** Can. 603 § 1. Freilich kann auch der exempte Regularobere (mit Jurisdiktion im äußeren Rechtsbereich) diese Suspension über seine Kleriker verhängen Cann. 603 § 2; 2342 n. 1; 198 § 1.

C. Die Klausur in den religiösen Kongregationen.

Die gleiche Klausur wie in den Männer- und Frauenorden soll beobachtet werden in den Ordenskongregationen des päpstlichen wie des bischöflichen Rechtes; auch in den Anstalten derselben (entsprechend dem Can. 599), mit folgenden Erleichterungen: 1) Als Erlaubnisgründe gelten nicht nur die im Can. 598 § 2 (Männerorden) und im Can. 600 (Frauenorden) angegebenen, sondern auch andere rechtmäßige und vernünftige Gründe nach dem Urtheile der Obern Can. 604 § 1. 2) In den Frauenkongregationen sind nur **Mannspersonen** ausgeschlossen, nicht Personen auch des weiblichen Geschlechts (wie in den Frauenklöstern) ibi. 3) Die Strafen des Can. 2342 treten bei Kongregationen durch Übertretung der Klausurvorschriften nicht ein. Indes hat hier der **Bischof** stets die Obsorge, daß auch diese Klausur vorschriftsgemäß beobachtet und geübt werde, was sich Fehlerhaftes einschleichen sollte. Ja er hat in allen Kongregationen, die **exempten** Kongregationen **klerikalen** Charakters allein ausgenommen, das Recht, unter besonderen Umständen und aus gewichtigen Gründen diese Klausur mit Zensuren zu schützen Can. 604 § 3.

Man nannte die Klausur in den religiösen Kongregationen die „**bischöfliche Klausur**“ in Anlehnung an die Bulle **Deo** § XIII. „**Conditae**“ § 2 n. IV. Dieses Wort hat durch den Roder die volle Bedeutung verloren; denn jetzt ist die Klausur auch in den Kongregationen **allgemeines** Recht; der Bischof hat das Überwachungs- und Schutzrecht in allen Frauengenossenschaften und in den Männerkongregationen, aber er braucht die Klausur nicht erst einzuführen; gilt doch der gleiche Ausdruck „**servetur**“ für Orden (Can. 597 § 1) und Kongregationen Can. 604 § 1. Wenn die Konstitution „**Conditae**“ von einer **teilweisen** Klausur redet § 2 n. IV., so ist damit die der Cann. 599 und 604 § 2 gemeint. — In **Bayern**, **Frankreich** usw., also in den Gebieten, wo **Frauen**

klöster ohne feierliche Gelübde vorhanden sind, kann der Bischof die Rechte, welche ihm Can. 604 § 3 einräumt, um so mehr zur Geltung bringen. Päpstliche Klausur ist in den Frauenklöstern ohne feierliche Gelübde nicht vorhanden, Can. 597 § 1; CC. d. 1. Mart. 1921 n. 4 (AAS. 13, 177).

D. Weitere Klausurborschriften. 1) „Beim Besuche der Auswärtigen darf durch unnütze Gespräche die Ordenszucht nicht gestört werden und der klösterliche Geist keinen Schaden leiden. Darauf müssen mit Eifer diejenigen sehen, denen die Hut der Klausur obliegt“ Can. 605.

2) „Die religiösen Obern müssen für die genaue Beobachtung der Konstitutionen sorgen in den Fragen des Ausganges der Untergebenen, der Aufnahme und des Besuchs der Auswärtigen“ Can. 606 § 1. — Das Verweilen der Religiösen außerhalb des Hauses wird ebendort § 2 geregelt: a) Das Almosensammeln ist eine Frage für sich Cann. 621—24. b) Die Obern haben das Recht einen Aufenthalt außerhalb eines Ordenshauses i. w. S. zu erlauben aus einem gewichtigen und gesetzmäßigen Grunde und möglichst kurze Zeit — nach den Konstitutionen. Dauert der Aufenthalt über sechs Monate, so muß stets — außer zu Studienzwecken Can. 587 § 4 — die Erlaubnis des Apostolischen Stuhles erbeten werden.

3) Die Vorschriften Can. 606 gelten auch für weibliche Religiösen; indes glaubte der Kodex noch eine eigene Vorschrift für diese geben zu müssen, welche lautet: „Die Vorsteherinnen und die Ortsordinarien haben allen Ernstes darüber zu wachen, daß die weiblichen Religiösen, außer dem Fall der Not, nicht einzeln außer das Haus gehen“ Can. 607. Daß es sich hier nicht um Klosterfrauen handelt, ergibt sich aus Can. 601. Es kommen also nur Ordensschwestern in Frage, höchstens noch Ordensfrauen ohne feierliche Gelübde. Was das Almosensammeln (vgl. Can. 623), den Studienaufenthalt und die übrigen Ausgänge betrifft, so gelten die Vorschriften des Can. 606 auch für die weiblichen Religiösen, doch mit dem Unterschiede, daß diese nie ohne Begleitung sein sollen; nur ein Notfall erlaubt ihnen allein (singulae) auszugehen.

Die Vorschrift des Can. 607 fordert nicht, daß gerade immer eine Mitschwester die ausgehende Religiose begleitet; es dürfte auch eine andere würdige (weibliche) Begleitung genügen. Schwierig ist der Fall bei der Landkrankenpflege; ein Notfall kann zuweilen vorliegen, allein nicht immer trifft das zu. Hieher gehört auch die Antwort der S. C. EE. et RR. vom 26. August 1896 an den Bischof der Insel *Majorca* (Spanien). Dieser hatte angefragt, ob Schwestern des Diözesanrechts ihre schwerkranken Angehörigen pflegen dürfen. Die Antwort lautete: „Da es sich um ein Diözesaninstitut mit einfachen Gelübden und ohne Klausur handelt, so hängt die Billigung der Gewohnheit, um die es sich handelt, von dem weisen Ermessen des Ordinarius ab, der auch die notwendigen Vorsichtsmaßregeln anzugeben hat“ (ME. 10, 27). Zuständig zur Erlaubnis ist der Ordinarius des Mutterhauses, da ja an dieses die Schwester ihre Bitte zu richten hat. Der Ordinarius wird die Erlaubnis, außer bestimmt durch dringende Gründe, gegen das Gutachten des Mutterhauses nicht geben.

V. Der schriftliche Verkehr der Religiosen kann füglich eingeteilt werden in einen brieflichen und einen schriftstellerischen Verkehr mit der Mit- und Außenwelt.

1) Vom brieflichen Verkehr handelt Can. 611 in folgenden Worten: „Alle Religiosen, Männer und Frauen, können frei ohne jegliche Einsichtnahme Briefe (Schreiben, Akten) senden: an den *Apostolischen Stuhl* (Can. 7), an dessen *Gesandten* bei der Nation des Briefschreibers (also *Nuntius*, *Internuntius*, *Delegat* Can. 267), an den *Kardinalprotektor* (Can. 499 § 2), an die eigenen *höheren Oberen* (Can. 488 n. 8), an die etwa *abwesenden Hausobern*, an den *Ortsordinarius*, soweit sie ihm unterworfen sind (Can. 198 § 2); — *Klosterfrauen* auch an die *höheren Obern* des vorgeordneten *Regularen Ordens* (Can. 500 § 2); — von allen diesen können die obengenannten männlichen und weiblichen Religiosen Briefe empfangen, die von niemand eingesehen werden müssen und ohne freiwillige Erlaubnis eingesehen werden dürfen“ Can. 611. Dazu kommen noch die Bestimmungen in den *Seligsprechungsprozessen*. Die männlichen und weiblichen Religiosen (ausgenommen die *Beichtväter* des *beatificandus* Cann. 2023; 2027 § 2 n. 1) sollen solche Briefe (nämlich mit *Notizen* gegen die *Tugenden* oder *Wunder* oder das *Martyrium* des *Diener*s Gottes Can. 2023) versiegelt, unmittelbar und direkt an den *Ordinarius* oder den *Glaubensanwalt* („*Promotor fidei*“ Can. 2011) schicken

oder dem Beichtvater übergeben zur schleunigsten Beförderung an diese Can. 2025 § 2. Da im Seligs- und Heiligsprechungsprozesse die Zeugen vor der Veröffentlichung des Prozesses nur mit dem Gerichtshofe (Richter, Glaubensanwalt und Aktuar, nicht Postulator) über die an sie gestellten Fragen und die von ihnen im Prozesse gegebenen Antworten reden dürfen, so folgt, daß etwaige Briefe von Religiosen an den Gerichtshof von keinem Ordensobern eingesehen werden dürfen Can. 2037 § 3.

Unter den Vorgesetzten, an welche der Briefverkehr der Religiosen frei ist, wird weder der Beichtvater noch der Seelenführer erwähnt. In Anbetracht dessen darf kein Ordensmann, welcher Beichtvater ist, seine Beichtkinder einladen, Zweifel, welche die Beicht und das Gewissen betreffen, ihm schriftlich mitzuteilen, wenn er nicht sicher ist, daß der Brief nicht gelesen wird oder daß dem Pönitenten die Lesung des Inhalts durch den Vorgesetzten (vielleicht den Laienvorgesetzten) nichts verschlägt. In gleicher Weise darf jeder Beichtvater die Ordensbeichtkinder zum schriftlichen Verkehr mit ihm nicht veranlassen, wenn nicht gleiche Sicherheit gegeben ist. Gewissenhafte Obern und Oberinnen werden gewiß Briefe nicht lesen, welche als „Gewissenssache“ bezeichnet sind, oder die sie als solche erkennen, aber da ein ausdrückliches Verbot nicht besteht (Bastien-Elfner nn. 283; 284), so bleibt doch immer eine gewisse Gefahr, welche der Beichtvater selbst beseitigen muß. Sehen wir von obigen Ausnahmen ab, so gilt als Regel: „Die Briefe der Religiosen müssen durch die Hände des Lokalobern gehen, welcher die Befugnis, sie zu lesen, mit Klugheit und Liebe und unter dem Siegel des Geheimnisses gebrauchen muß“ Normae n. 179, Bastien-Elfner n. 283; Statuta CBB. n. 84: „Litterae religiosorum, quae ad alios dantur, ad Superiorem apertae deferuntur“.

Die S. C. EE. et RR. hat in einem Schreiben an den Bischof der Kanarischen Inseln vom 20. März 1895 die Einführung und Benutzung des Telephon gestattet, freilich aus wichtigen Gründen (namentlich um den Beichtvater bei plötzlich eintretender Todesgefahr herbeirufen zu können) und mit Einhaltung von weisen Maßnahmen, deren erste ist, daß im Augenblick des Gespräches zwei ältere würdige Klosterfrauen anwesend seien, Santi-Leitner: Praelectiones⁴ III 35 n. 25 pag. 340. — Hier sei auch ein Wort angefügt über die Gültigkeit

der sakramentalen Absolution auf dem Wege des *Telephons*. Die hl. Pönitentiarie hat zwar auf die Anfrage „Kann im Falle der äußersten Not eine telephonische Absolution erteilt werden“, am 1. Juli 1884 geantwortet: „Nihil esse respondendum; es wird keine Antwort erteilt“, allein damit ist die Frage nicht entschieden; denn prinzipielle Aufschlüsse in dogmatischen Dingen zu geben, ist nicht Sache der Pönitentiarie, sondern des heiligen Offiziums. Da die heilige Beicht ein Gerichtsverfahren ist, genügt eine solche moralische Gegenwart des Pönitenten beim Beichtvater, daß beide wie Richter und Angeklagte miteinander verkehren können. Das ist beim telephonischen Gespräche nicht ausgeschlossen, Ferreres: Th. mor.¹¹ II n. 536; Sabetti-Borret n. 725; Pruemmer: Th. m. III. 331; Lehmkuhl II n. 369; dagegen G. A. Eschbach: „La confession par téléphone“, Examen 1887, Réponse 1888 (Tournay). Wäre ein äußerster Notfall gegeben; würde die Person des Pönitenten durch Sprache und Sache klar erkennbar sein; würde endlich jede Gefahr der Verletzung des Sigills vermieden, so wäre eine bedingte Absolution (*Si capax es*) u. E. nicht unerlaubt.

2) Der schriftstellerische Verkehr der Religiösen mit der Außenwelt wird geregelt durch die Cann. 1385—1392. a) Alle Religiösen, welche für schriftstellerische Veröffentlichungen die oberhirtliche Druckerlaubnis benötigen (Can. 1385), müssen vor der Veröffentlichung auch die Erlaubnis ihres höheren Obern (Can. 488 n. 8) haben Can. 1385 § 3. Dieser Kanon teilt die Veröffentlichungen in drei Klassen: α) Bücher theologischen Inhalts; β) Bücher und Broschüren für Gebete und Andachtsübungen asketischen und mystischen Inhalts, endlich solche, an denen Religion und Sittlichkeit besonders interessiert sind (Wunder, Prophezeiungen, Erscheinungen u. ä.); γ) heilige Bilder mit oder ohne Gebete ibi § 1. — Als Oberhirte kommt in Frage der Ordinarius entweder des Schriftstellers oder des Verlagsortes § 2. — b) Der Zustimmung des Höheren Obern und des Ortsordinarius (Can. 1385 § 2) bedürfen Religiösen zur Veröffentlichung von Werken profanen Inhalts, sowie zur Leitung und Bedienung von Tagesblättern, Zeitungen oder Zeitschriften Can. 1386 § 1. Die übrigen Vorschriften, welche Veröffentlichungen betreffen, sind allgemeiner Natur, können also hier nicht behandelt werden, vgl. oben § 21.

VI. Die Patenschaft der Religiösen. Zwar wird diese Frage nicht bei den Pflichten der Ordensleute behandelt, allein sie gehört hieher. Schon bisher konnten die eigentlichen Ordensleute (*regulares et moniales*) ohne die vorgesezte heilige Kongregation weder Taufpaten noch

Firmpaten sein, *Rituale Romanum* tit. II ep. 1 n. 26. Der Roder geht weiter, indem er im Can. 766 n. 4, welcher gemäß Can. 796 n. 3 auch für die heilige Firmung gilt, vorschreibt: „Erlaubterweise kann nicht Taufpate sein ein Novize oder Professe in irgend einer religiösen Genossenschaft, außer die Noth drängt und es liegt die ausdrückliche Erlaubnis wenigstens des Lokalobern vor.“ Bekannt ist die Entscheidung der Ritenkongregation vom 15. Februar 1887 (DA. n. 3670): „Es ist besser, daß Klosterfrauen als Patinnen beigezogen werden, als daß beide Sakramente ohne Paten erteilt werden“. Ein Nothfall ist demnach gegeben, wenn der zu Taufende oder der zu Firmende entweder keinen Paten hätte oder einen Paten, welcher der Patenschaft nicht fähig ist (Can. 765). Nach dem neuesten Rechte muß die Erlaubnis wenigstens des Lokalobern ausdrücklich sein. Wäre ein Nothfall gegeben und der Obere wäre nicht zu treffen, so würde die Patenschaft, von einem Religiösen übernommen, stets gültig sein, bei Kongregationsmitgliedern aber auch erlaubt. Würde der Obere trotz eines Nothfalles die Erlaubnis verweigern, so würde die Übernahme der Patenschaft unerlaubt sein, immerhin könnte die Ordensperson oder der taufende Priester gegen den Obere bei dessen Vorgesetzten Klage einführen. Für Regularen und Klosterfrauen ist die Erlaubnis der heiligen Kongregation nur dann notwendig, wenn kein Nothfall vorliegt.

VII. Liturgische Thätigkeit der Religiösen ohne Weihe. Wir reden hier von Laienbrüdern und weiblichen Religiösen.

1) Das Predigen in der Kirche ist allen Laien untersagt, darum auch allen Laienbrüdern Can. 1342 § 2. Doch haben Vorgesetzte in exempten Laienorden, auch wenn sie nicht Alexiker sind, das Recht, die einem Geistlichen vom Ordinarius eingeräumte Vollmacht zu predigen, bei Vorträgen an die Ordensgenossen von ihrer Zustimmung abhängig zu machen Can. 1338 § 3. Selbstverständlich können sie das nicht willkürlich tun, sondern nur in Rücksicht auf das Beste der Ordensfamilie (Konstitutionen; Hausordnung auf Grund des Can. 642 § 1 n. 3, wenn vielleicht der Ordinarius die Umstände nicht kannte usw.).

2) Der Ministranten- und Sakristeidienst. a) Die Laienbrüder haben nicht nur das Recht, zu ministrieren wie die gewöhnlichen Laien, sondern sie dürfen, mit dem Superpelliz angetan, dem Zelebranten am Altare assistieren, die Blätter wenden und das Prälatenlicht (palmatoria, bugia) halten; den Kelch zum und vom Altare tragen S. R. C. d. 14. Mart. 1906 ad 7 (ME. 18, 110 bis 112). Die Ordensschwestern dürfen zum Dienste während des Gottesdienstes sich dem Altare nicht nähern, doch haben sie ein Recht, in Abwesenheit einer geeigneten Mannsperson aus einer gewissen Entfernung die liturgischen Antworten zu geben Can. 813.

b) Für den Mesnerdienst auch der Religiosen ist namentlich Can. 1306 wichtig. „Man muß dafür sorgen (also vor allem der Priester), daß der Kelch mit Patene und vor der Waschung die Purifikatorien (Kelchtüchlein), Pallien und Korporalien, welche beim heiligen Meßopfer gebraucht worden sind, nur von Klerikern berührt werden oder von jenen Personen, welche die Obhut (custodia) hiefür haben“ § 1, demnach ganz sicher von jenen männlichen und weiblichen Religiosen, welchen der Mesner- und Sakristeidienst anvertraut wurde. Dagegen dürfen die Kelchtüchlein, Pallien und Korporalien nach dem Gebrauche beim heiligen Opfer zum ersten Male nur von Majoristen gewaschen werden, dann erst von anderen, auch den Religiosen. Das Wasser der ersten Waschung soll ins „Sacrarium“ oder, wenn ein solches mangelt, ins Feuer gegossen werden ibi § 2.

3) Der liturgische Gesang der weiblichen Religiosen. „Wenn weibliche Religiosen nach der Norm ihrer Konstitutionen oder der liturgischen Gesetze und mit Erlaubnis des Ortsordinarius in ihrer eigenen Kirche oder öffentlichen Kapelle singen dürfen, so sollen sie von einem solchen Orte aus singen, daß sie vom Volke nicht gesehen werden können“ Can. 1264 § 2. Weibliche Religiosen, also Klosterfrauen oder Schwestern Can. 488 n. 7 können behindert sein a) durch ihre Konstitutionen; b) durch gewisse liturgische Gesetze. Nur der zweite Punkt bedarf der Aufklärung. Es gibt gewisse liturgische Vorschriften, welche den Frauengesang ausschließen oder einschränken; diese gelten auch von gottgeweihten Frauen. a) In einem Männer-

chor dürfen Frauen und Mädchen nicht mitwirken S. R. C. DA. n. 3964, ausgeschlossen sind also g e m i s c h t e Chöre. β) In Kirchen mit dem amtlichen Chorgebete, namentlich in den Domkirchen, ist der ausschließliche Gesang der Frauen nicht zuzulassen, außer der Ortsordinarius gestattet solches aus gewichtigem Grunde und mit Beseitigung jeder Unordnung S. R. C. d. 17. Ian. 1908 (ME. 20, 19); c. 25 C. 18 q. 2. Daß weibliche Religiösen bei ihrem eigenen Chorgebete und während ihrer eigenen Konventmesse den Gesang besorgen mit Beobachtung des Can. 1264 § 2, unterliegt natürlich keinerlei Verbot. Dagegen ist es (wenigstens in Rom) nie gestattet, daß die Feierlichkeiten der Kardinäle von Frauen (auch Religiösen) mit Gesang begleitet werden, Sekretariatsbericht der Zeremonienkongregation 1916 (AAS. 8, 409 bis 411). — Wenn die Konstitutionen den Gesang erlauben und kein liturgisches Hindernis besteht, so kann doch der liturgische Gesang (und auch der nicht streng liturgische Gesang) niemals von weiblichen Religiösen in ihren Kirchen und öffentlichen Kapellen besorgt werden, wenn nicht der Ortsordinarius es im einzelnen Fall oder habituell erlaubt. Wäre eine hundertjährige Gewohnheit hiefür bereits vorhanden, so kann sie der Ordinarius einfach anerkennen Can. 5. Am besten wird der Vorschrift des Can. 1264 § 2 entsprochen, wenn die weiblichen Religiösen durch einen Vorhang oder Schleier den Blicken des Volkes entzogen sind. Handelt es sich um halb öffentliche Dratorien, zu denen das Volk keinen Zutritt hat, so besteht die Vorschrift des Can. 1264 § 2 nicht. Ebenso nicht, wenn nur die Zöglinge, Schülerinnen oder Pfleglinge den Gesang besorgen, während die Religiösen gar nicht oder unsichtbar beteiligt sind, z. B. durch Orgelspiel.

§ 23. Die Privilegien der Religiösen.

Quellen: Cann. 613—625; 4; 63—79; 519; 522; 544 § 2; 567 § 1; 578 n. 1; 625; 639—40; 654; 680; 867 § 1; 964; 1267; 1283; 1303 § 3; 1334—45; 1349 § 2; 1355; 1356 § 1; 1382; 1516; 1576 § 1; 2385.

Die allgemeinen Grundsätze über die Privilegien wurden bereits im „Handbuch“ I² § 10 (S. 55—61) dargelegt. Privilegien, welche der Apostolische Stuhl vor dem 19. Mai

1918 physischen oder moralischen Personen verlieh, blieben unangetastet, außer die Kanones des neuen Gesetzbuches enthalten einen ausdrücklichen Widerruf Can. 4. Die wichtigsten Fälle eines ausdrücklichen Widerrufs sind folgende:

1) Alle männlichen (Can. 519) und weiblichen Religiosen (Can. 522) können zur Beruhigung ihres Gewissens bei jedem vom Ortsordinarius approbierten Beichtvater beichten und absolviert werden; bei weiblichen Religiosen muß der fragliche Beichtvater auch für Frauenpersonen approbiert sein; jedes gegenteilige Privilegium ist widerrufen.

2) Alle männlichen Ordenskandidaten brauchen Testimonials vom Ordinarius des Geburtsortes, sowie vom Ordinarius jedes mindestens einjährigen Aufenthaltes nach dem vierzehnten Lebensjahr Can. 544 § 2; für Weiskandidaten nicht exempter Genossenschaften gelten außerdem Cann. 964 n. 4; 993; 994.

3) Die Entlassung eines männlichen Professien mit feierlichen oder mit ewigen einfachen Gelübden kann (abgesehen von den Ausnahmefällen der Cann. 646 und 668) nur geschehen auf Grund eines Prozesses Can. 654.

4) Zur gültigen und erlaubten Abnahme von Beichten weiblicher Religiosen und deren Novizen ist für alle Welt- und Ordenspriester — abgesehen von Can. 239 § 1 n. 1 (Kardinäle) und von Cann. 522; 523 (oben S. 356) — besondere bischöfliche Jurisdiktion notwendig Can. 876.

5) Die Weihe der exempten Religiosen fordert die Ausstellung der Dimissorien an den Diözesanbischof (in der Regel); die Weihe der nicht exempten Religiosen ist nach dem Rechte der Weltkleriker geordnet. Nur der benedizierte Ordensabt kann, wenn er Priester ist, seinen Professien Tonsur und Minores erteilen Can. 964. Alle weitergehenden Privilegien bezüglich der Tonsur der niederen und höheren Weihen sind außer Kraft gesetzt Can. 964 n. 1.

6) In einem Hause der Religiosen darf die heilige Eucharistie nur aufbewahrt werden entweder in der Kirche oder in der Hauptkapelle; ferner darf bei Klosterfrauen

das heiligste Sakrament nicht aufbewahrt werden innerhalb des Chores oder des Klausurbereiches Can. 1267. Dient die dem Ordenshause sich anschließende Kirche den hauptsächlichsten Übungen der klösterlichen Frömmigkeit, so darf nur in der Kirche das heilige Sakrament verwahrt werden, sonst in der Hauptkapelle (ohne Beeinträchtigung des Rechtes der Kirche). Eine mehrfache Aufbewahrung des Allerheiligsten ist statthaft, wenn mehrere verschiedene Familien dasselbe Gebäude bewohnen CC. d. 2.—3. Jan. 1918 n. V. (AAS. 10, 346).

7) Das „Seminariistikum“ muß geleistet werden auch von den Regularbenefizien, sowie von jedem, auch jedem exempten Ordenshause i. w. S., außer es lebt nur von Almosen oder dient dem Unterrichte oder der Unterweisung zum Besten der Kirche Can. 1356 § 1.

8) In Fragen des Bandes der heiligen Weihe, der Verhängung oder Erklärung des Kirchenbannes ist ein Collegium von drei Richtern zuständig. Handelt es sich um Absetzung, beständige Entziehung des geistlichen Kleides oder Degradierung, so entscheiden fünf Richter Can. 1576. Diese Vorschriften können auch — ohne Rücksicht auf jegliches Privileg — für Religiösen praktisch werden.

Es erübrigt noch, den Begriff „Religiösen“ hier fest zu umgrenzen. Die Privilegien, von welchen im folgenden die Rede ist, kommen zu: a) allen Professoren in Genossenschaften mit Ordensgelüben Can. 488 nn. 7. 1; b) auch jenen mit zeitlichen Gelüben Can. 578 n. 1; ebenso den Novizen Can. 567 § 1. Die „Exkommunizierten“ genießen nur die rein geistlichen Privilegien Can. 639. Alle „Säkularisierten“ (Can. 640) und „Ordensapostaten“ (Can. 2385) gehen der Ordensprivilegien ganz verlustig. Männer oder Frauen mit gemeinsamem Leben, aber ohne Gelübde erlangen die Ordensprivilegien nur durch ein besonderes päpstliches Indult Can. 680.

I. „Jede religiöse Genossenschaft erfreut sich nur jener Privilegien, welche dieses Gesetzbuch enthält oder welche ihr der Apostolische Stuhl direkt verliehen hat mit Ausschluß jeglicher Teilnahme (communicatio privilegiorum) für die

Zukunft" Can. 613 § 1. Vier Quellen gibt es zur **Erwerbung** von Privilegien (Can. 63): a) die direkte Verleihung; b) die Anteilnahme; c) die gesetzmäßige Gewohnheit oder Verjährung; d) das Wiederaufleben Can. 75.

1) Die direkte Verleihung geschieht A) durch den **Kodex**. So wird im Can. 614 bestimmt: „Die Religiösen, auch die Laien und Novizen, genießen die Klerikalprivilegien der Cann. 119—122.“ Auch die weiblichen Religiösen sind derselben teilhaft Can. 490. Diese Klerikalprivilegien, („Handbuch“ I² S. 207 ff.) gehen verloren: a) durch Versetzung in den Laikalstand Cann. 123; 211—214; b) durch die „Säkularisierung“ Can. 640, außer der Ordensmann verbliebe noch im Klerikalstand; c) durch „Apostasie vom Orden oder von der Kongregation“ Can. 2385, außer der Religiöse wäre Majorist. — Das Privileg der Exemption wird durch den Kodex bestätigt Can. 615. — Zur Spendung der Sterbsakramente an Religiösen, Novizen, Hausgenossen wird im Can. 514 ein Privileg verliehen. Manche Privilegien sind verhüllt unter dem Namen „Ordinarius“ (Can. 198) z. B. in den Cann. 990 (Irregularitäten); 1313 n. 2 (Gelübde), 2253 n. 3 (Zensuren) usw. Das sind nur wenige Beispiele für die Verleihung der Privilegien durch den Kodex.

Die direkte Verleihung geschieht B) durch einen unmittelbaren Akt des Apostolischen Stuhles Can. 613 § 1. Abgesehen von den Privilegien, welche sich auf Drittorden (Franziskaner, Kapuziner usw.), Bruderschaften (Skapuliere, z. B. Karmeliten), Andachtsgegenstände (Rosenkränze, geweiht von Dominikanern; Kreuzherren usw., — Benediktusmedaille; Thomasgürtel; Ignatiuswasser) beziehen, besitzen manche Orden und Kongregationen ansehnliche Privilegien, welche sie der Gunst der Päpste unmittelbar verdanken. Bekannt sind namentlich die Privilegien der Mendikanten und Jesuiten. So hat Papst Leo XIII. am 13. Juli 1886 in dem Breve „Dilemus“ der Gesellschaft Jesu alle „privilegia, immunitates, exemptiones, indulta“ neuerdings bestätigt. Ganz außerordentliche Vollmachten besaßen Zisterzienser- und Benediktineräbte usw. im Mittelalter, wie wir oben S. 128 sahen. — Auch die Bischöfe können Privilegien verleihen, vgl.

Can. 464 § 2, freilich meist nur den *Häusern* der Religiosen, bei Diözesankongregationen wohl auch der ganzen Genossenschaft.

2) Durch *Anteilnahme* (*communicatio*) wurden vor dem 19. Mai 1918 von den Religiosen unzählige Privilegien erworben. Den Erwerb von Privilegien durch *Anteilnahme* behandelt der Kodex allgemein in den Cann. 63—65; hinsichtlich der Religiosen im Can. 613, wie folgt: „§ 1. Jede religiöse Genossenschaft erfreut sich nur jener Privilegien, welche entweder in diesem Gesetzbuch enthalten sind, oder welche vom Apostolischen Stuhl direkt derselben (etwa) verliehen wurden, mit Ausschluß jeglicher Anteilnahme für die Zukunft. — § 2. Privilegien, deren sich der Regularorden erfreut, kommen auch den Nonnen desselben Ordens zu, soferne sie eine Erwerbsfähigkeit hiefür besitzen“. Dieser Kanon 613 war und ist Gegenstand entgegengesetzter Auslegung. Manche Gewährsmänner glauben, daß der Ausschluß der „*communicatio privilegiorum*“ der Religiosen nur für die *künftigen* Orden und Kongregationen gelte, andere dagegen legen sie von jeder *jetzt bestehenden* religiösen Genossenschaft (*religio*) aus; wir glauben uns letzterer Ansicht anschließen zu müssen. Dazu zwingt uns die einfache Auslegung des Gesetzes. Der Text des Can. 613 ist an sich klar, nur der Schluß des § 1 „*exclusa in posterum qualibet communicatione*“ könnte, losgerissen vom vorhergehenden Texte, zweifelhaft sein. Betrachtet man nun die Klausel „*exclusa . . . communicatione*“ im Zusammenhang mit den vorausgehenden Worten, so können nur die *bereits bestehenden* Genossenschaften gemeint sein. Der künftige Ausschluß jeglicher Privilegiengemeinschaft wird ausgesagt: a) von *jeder* Genossenschaft („*quaelibet religio*“, jeder Orden, jede Kongregation); b) von der *Zeit* des Inkrafttretens des Kodex („*gaudet*“, nicht *gaudebit*), also vom 19. Mai 1918; c) im Gegensatz zur *direkten* Verleihung („*directe*“) von Privilegien durch den Apostolischen Stuhl. d) Diese Regel wird sofort *befestigt* durch die Ausnahme des Can. 613 § 2: Nur die Nonnen besitzen die Privilegienteilnahme ihres männlichen Regularordens, soweit sie des *Besizes* dieser Privilegien fähig sind. Wir gehen einen Schritt weiter und behaupten:

Die Privilegienteilnahme der künftigen Orden und Kongregationen wird gar nicht durch Can. 613, sondern durch die Cann. 63—65 geregelt.

Gegen unsere Ansicht haben geschrieben: Brandtz M., „Kirchliches Rechtshandbuch für die Laiengenossenschaften“ 1918 S. 78; — Creusen-Vermeerſch: „Summa Novi IC“ (2. ed. 1918) p. 54 n. 222; — Damen-Aertnys: Th. mor. (ed. 9. 1919) II n. 1067; — Saring J. B. in *ND* 1921 S. 313 — „scheint“; — Hoeller Jos. C. SS. R.: „Pro praxi confessoriorum“ 1921 p. III; — P. Novall in „La Ciencia Tomista“ a. 1920; — P. Ortega ibidem a. 1919 und c.; — Pruemmer Dom.: Manuale (2. ed. 1920) p. 303; — Raus J. B., C. Ss. R., in *ND* 1921 S. 576 f.; — P. Paulus Villada († 15. I. 1921) in „Razon y Fè 1918 p. 523. — Für die obige Ansicht sind eingetreten: Biedlerlack-Fuehrich „De religiosis“ 1919 n. 145; — Blat Albertus O. Pr.: „Comm. textus CJC 1919, 601; — Ferreres J. B.: „Institutiones“ In. 904 et „Theol. mor.“¹² II. n. 241; — Jansen Jos.: „Ordnungsrecht“ (2. Aufl.) S. 195; — „Il Monitore Ecclesiastico“ a. 1918 p. 193 et 367; — P. Pommer in 2 Artikeln der „La Ciencia Tomista“ 1919 p. 70, 362. Auch S. Gopenenche deutet leise seine Sinneigung zu dieser Ansicht an in *CdR* a. II p. 335. — Der innere Grund, warum die „communicatio privilegiorum“ fiel, dürfte in dem Streben nach Rechtsklarheit zu suchen sein, deren Erlangung ja dem neuen Gesetzbuch der Kirche u. a. zum Ziel gesetzt wurde. Benedictus XV in bulla „Providentissima Mater“ d. 27. Mai 1917 § „Verum enimvero“. (Siehe S. 516.)

„Die Privilegien, deren sich der Männerorden erfreut, kommen den Klosterfrauen desselben Ordens zu, soweit sie deren fähig sind“ Can. 613 § 2. a) Jene Privilegien der Regularen, welche sich z. B. auf Spendung der Sakramente beziehen, werden Nonnen nicht zuteil, soferne sie derselben nicht fähig sind; vgl. auch Can. 1267. b) Da der Text des Can. 613 § 2 keinen Unterschied macht, so nehmen, auch jene weiblichen Orden an den Privilegien der Regularen desselben Ordens teil, welche nicht unter diesen Regularen stehen (Can. 500 § 2) oder welche keine feierlichen Gelübde ablegen Can. 488 n. 7. c) Haben weibliche Orden besondere Privilegien, so besteht für die zugehörigen Regularen keine Teilnahme, vgl. Can. 1770 § 2 n. 2 (Zeugenschaft); das Privileg der Dominikanerinnen gemäß der Konstitution Summi sacerdotii vom 23. August 1570 (Profess der Sterbenden). — Auch der Can. 625 gewährt den regierenden Äbten eine gewisse Teilnahme an den Privilegien der „Äbte mit eigenem Gebiete“ (Can. 325). Wie der Kodex, so könnte auch der Apostolische

Stuhl eine direkte *communicatio privilegiorum* verleihen C) und D). Wie Privilegien durch *Gewohnheit*, *Verjährung* oder *Wiederaufleben* erworben werden, wurde im „Handbuch“ I² § 10 S. 55 ff. gezeigt.

II. „Die eigentlichen Ordensleute beiderlei Geschlechts (die Novizen nicht ausgeschlossen) mit ihren Häusern und Kirchen sind exempt von der Jurisdiktion des Ortsordinarius, außer in den vom Rechte ausdrücklich genannten Fällen. Klosterfrauen, welche den Regularen nicht unterstehen, sind nicht exempt“ Can. 615. „Die religiösen Genossenschaften mit einfachen Gelübden erfreuen sich des Exemptionsprivilegs nur, wenn es ihnen eigens verliehen wurde“ Can. 618 § 1.

Geschichte der Exemption. Ursprünglich standen alle Klöster unter dem Bischof. Frühzeitig erlangten sie fürstliche und päpstliche Schutzbriefe, aber erst im Jahre 628 verlieh Papst *Honorius I.* die erste Exemption an das Kloster Bobbio (Provinz Pavia). In den Kämpfen zwischen Päpsten und Kaisern suchten erstere in den Mönchen eine zuverlässige Stütze; darum verliehen sie nicht nur einzelnen Klöstern, sondern ganzen Orden das Exemptionsprivileg. Zur Entwicklung dieses Privilegs trug bei das *Schutzverhältnis*, in welchem viele Klöster, Stifte, Kapitel, Orte usw. zum Römischen Stuhle standen („*libertas Romana*“). Im zwölften Jahrhundert war die Exemption der Klöster bereits die Regel. Da nach und nach die Exemptionen nicht nur die Klöster sondern auch andere moralische und physische Personen überwucherten, mußte das Tridentiner Konzil eingreifen. Der Roder hat viele Zweifel gelöst und klare Scheidung vollzogen. Näheres über die *Geschichte und Literatur* der Exemption bei *Sägmüller J. B.: Kirchenrecht*³ I § 63 S. 287.

Die **Exemption** oder Befreiung von der bischöflichen Jurisdiktion besitzen nach den Cann. 615 und 618 § 1: a) alle eigentlichen Ordensmänner (*regulares*) mit ihren Novizen; b) die Religiösen jener Kongregationen, denen die Exemption eigens verliehen wurde (Vazaristen, Passionisten, Redemptoristen, Oblaten M. I.); c) die Klosterfrauen (*moniales*), welche unter den Regularen stehen. — Die Exemption umfaßt die *Mitglieder*, auch die Novizen; die *Häuser* und *Kirchen*; die *Provinzen* und die ganze Genossenschaft als solche. Immerhin gibt es Fälle, in denen die *bischöfliche Jurisdiktion* Platz greift. Einige dieser Fälle werden in unmittelbarem Zusammenhang mit Can. 615 zusammengestellt, die übrigen finden sich zerstreut im Roder. — Wenn die Religiösen der bischöflichen Jurisdiktion unter-

stehen, so unterstehen sie auch seiner Strafgewalt Can. 619.

III. **Ausnahmefälle** der Cann. 616—620: a) Ungegesetzlicher Aufenthalt außerhalb des Hauses; b) Verbrechen außerhalb des Hauses; c) Mißbräuche; d) Indulte.

1) „Ordensleute, welche außerhalb des Ordenshauses ungesetzlich zubringen, auch unter dem Vorwand des Aufsuchens der Obern, erfreuen sich des Exemptionsprivilegs nicht“ Can. 616 § 1. Schon oben wurde dargelegt, wie strenge der Ausgang von Klosterfrauen geahndet wird Can. 601; 2342 n. 3. Aber auch den männlichen Religiösen obliegen in dieser Hinsicht schwere Pflichten Can. 606. Befindet sich nun ein Ordensmitglied ungesetzlich außerhalb des Hauses, so hört die Exemption für ihn ohne weiteres auf. — Solche Ordensleute heißen *Flüchtlinge* (fugitivi) Can. 644 § 3 und werden nach Can. 2386 bestraft. Haben sie die Absicht, nicht mehr zurückzukehren, so nennt man sie *Ordensapostaten* Can. 644 §§ 1, 2; ihre Bestrafung ist im Can. 2385 geregelt.

2) Ordensleute unterstehen dem Ortsordinarius auf Grund eines *Vergehens* (delictum Can. 2195; 2198), welches sie außerhalb des Ordenshauses begangen haben Can. 1566. Werden sie vom eigenen Obern auf Anzeige hin nicht bestraft, so hat der Ortsordinarius das Recht, sie zu bestrafen, auch wenn ihr Ausgang gesetzmäßig war und sie bereits in das klösterliche Heim zurückgekehrt sind Can. 616 § 2. War ihr Ausgang ein unerlaubter und sind sie noch außerhalb des Hauses, so kommt auch Can. 616 § 1 in Frage.

3) Zuständigkeit des Ortsordinarius auf Grund von *Mißbräuchen*. Wenn in Häusern exempter Religiösen oder in deren Kirchen sich *Mißbräuche* eingeschlichen haben, so hat der Ortsordinarius das Recht und die Pflicht, den zuständigen Obern zu mahnen. Vernachlässigt dieser die Abstellung derselben, so ist der Ordinarius des Klosters oder der Kirche verpflichtet, die Sache dem Apostolischen Stuhle sofort zu berichten Can. 617 § 1. Gewisse Mißbräuche werden ohnedies durch die Cann. 2410—14 mit Strafen bedroht. — Ein nicht ausgeprägtes Ordenshaus (Can. 488 n. 5) steht indes unter der besonderen

Gut des Ortsordinarius, welcher bei eingerissenen Mißbräuchen, die den Gläubigen zum Argerniß gereichen, in eigener Person einstweilen Vororge treffen kann Can. 617 § 2, bis der Heilige Stuhl von der Sache verständig ist.

4) „Gibt der Ortsordinarius in gesetzmäßiger Weise ein Indult, so hört die Verpflichtung des betreffenden allgemeinen Gesetzes auch für jene Religionen auf, welche in der Diözese verweilen, unbeschadet der Gelübde und Konstitutionen der eigenen Genossenschaft“ Can. 620. Der Ortsordinarius kann auf Grund des Roder ein Indult verleihen, so nach Can. 1245 § 2 vom Fasten- und Abstinenzgebote, vgl. auch Cann. 81 und 82. Dasselbe kann er tun kraft besonderer päpstlicher Bevollmächtigung (der heiligen Pönitentiarie) oder in seinen eigenen Gesetzen, welche die Religiosen ganz oder teilweise verpflichten, z. B. betreffend der Teilnahme an Prozessionen. Gibt er indes ein Indult kraft irgend einer Vollmacht, so nehmen die Religiosen, welche durch das Gesetz verpflichtet waren, alle daran teil. Denn wenn auch Religiosen, welche durch ein besonderes Gelübde (wie die *Minimi* des heiligen Franz von Paul) oder durch ihre Konstitutionen verpflichtet sind, gegen ihr Gelübde oder ihre Konstitutionen fehlen, so sind sie doch frei vom allgemeinen Gesetze oder Diözesangebote, S. C. de Religiosis d. 1. Sept. 1912 ad 2 (ME. 24, 399).

IV. **Ausnahmefälle von der Exemption, welche sich im Roder zerstreut vorfinden.** Um mit Klarheit den umfangreichen Gegenstand darzustellen, ist notwendig, daß wir denselben unter gewissen Gesichtspunkten behandeln.

A. **Organisationsfragen.** Vom Bische geht 1) die Errichtung einer jeden religiösen Genossenschaft aus Can. 492 § 1; auch die weitere Entwicklung, sowie die Empfehlung gegenüber dem Apostolischen Stuhle liegt bei dem Ortsordinarius der Kongregationsniederlassungen, namentlich des Mutterhauses Can. 495 (vgl. oben S. 292 ff.) — 2) Hat auch eine Kongregation oder ein Orden die Exemption erlangt, so ist doch zur Errichtung eines neuen Hauses stets die schriftliche Erlaubnis auch des Ortsordinarius not-

wendig Can. 497 § 1; ebenso zur Errichtung einer Kirche oder öffentlichen Kapelle Can. 1162 § 4, einer Schule, einer Herberge, einer Krankenanstalt oder ähnlicher Einrichtungen, soweit sie vom Kloster getrennt sind Can. 497 § 3; desgleichen für jede wesentliche Veränderung ibi § 4. — Spitäler, Waisenhäuser und andere Anstalten zu Zwecken der Religion und der geistlichen und leiblichen Barmherzigkeit können und müssen, mögen sie exempt sein oder nicht, vom Ortsordinarius visitiert werden Cann. 1491; 1489 § 1. — 3) Die Aufhebung exempter Häuser oder des einzigen Hauses ist Sache des Apostolischen Stuhles, sonst ist Erlaubnis des Ortsordinarius notwendig Can. 498. — 4) Da die Konstitutionen, die Vermögensverwaltung und auch das klösterliche Leben die Jurisdiktion des Ordinarius nicht unmittelbar berühren, so soll sich derselbe auch nicht einmischen, doch hat er ein Überwachungs- und auch Verfügungsrecht gegenüber Laiengenossenchaften Can. 618 § 2. Seine Vollmachten in Vermögensfragen haben wir oben (S. 373) gesehen. — 5) Bei austau- chenden Mißbräuchen auch in exempten Häusern und Kirchen hat der Ordinarius ein Mahn- und Anzeigerecht Can. 617 § 1; in nicht formierten Häusern auch ein Verfügungsrecht ibi § 2. Hat der Ordinarius Diözesengesetze erlassen zur Reinerhaltung des öffentlichen und privaten Gottesdienstes, zur Ausmerzung aller abergläubischen, neuerungs- und gewinnlüchtigen Erscheinungen im Leben des gläubigen Volkes, so binden diese Gesetze auch die exempten Ordensleute, so daß der Ordinarius ihre Kirchen und öffentlichen Kapellen unter diesem Gesichtspunkt zu visitieren das Recht hat Can. 1261. — 6) In der Besetzung der Ordensämter hat der Ordinarius in der Regel keine Gewalt; außer daß der Diözesanbischof die Abtweihe zu erteilen befugt ist Can. 625. Freilich in Frauenklöstern leitet er die Oberinwahl Can. 506 § 2 und in Frauenkongregationen steht ihm ein weitgehendes Bestätigungsrecht zu ibi § 4.

„Die regierenden Ordensäbte müssen, rechtmäßig erwählt, innerhalb drei Monate von d. r Wahl an die Abtweihe von dem Bischof jener Diözese empfangen, in welcher das Kloster gelegen ist.“

Für diese Abtweihe hat Papst Benedikt XV. durch das Breve „Pro benedictione Abbatum“ v. 19. Juni 1921 (AAS. 13, 416) die päpstliche Bevollmächtigung (mandatum Apostolicum) ein für allemal gegeben. Die Bischöfe B a h e r n s hatten und haben diese Gewalt schon auf Grund des Dekretes Innozenz' XI. „Nuper a particulari“ d. 21. Mart. 1687; das frühere Bestätigungsrecht ging ihnen i. J. 1904 verloren (Statuta CBB. n. 119). Die Äbte von Klöstern in einem Bistumsgebiet erhalten die Abtweihe vom Diözesanbischof; doch können sie von jedem anderen mit dem Apostolischen Stuhle vereinigten Bischofe die benedictio Abbatialis erhalten, wenn der Bischofsstuhl erledigt oder der Diözesanbischof rechtmäßig verhindert oder einverstanden ist (AAS. 13, 417; vgl. Cann. 965—66; CBB. n. 119.)

Nach Empfang der Abtweihe genießen sie — abgesehen von der Gewalt, die Weihen gemäß Can. 964 n. 1 zu erteilen (oben S. 127 „Tonsur und niedere Weihen“) — die Privilegien des Can. 325 mit Ausnahme des violetten „Käppchens“ Can. 625. Demnach kann der regierende Ordensabt vom Tage seiner Weihe an „das Brustkreuz und den Ring mit Edelstein“ überall tragen; die Pontificalinsignien (Mitra und Stab) dagegen mit Thron und Baldachin, sowie das Recht, den Gottesdienst im Pontifikatritus zu feiern, darf er nur in seinem Gebiete gebrauchen Can. 325. Jedenfalls hat also der Ordensabt das Recht innerhalb seines Klosters und der Abteikirche der zuletzt erwähnten Rechte sich zu bedienen Can. 68.

B. Das kirchliche Lehramt.¹⁾ 1) Der A b t zeigt ein zartes Bemühen, daß der k a t e c h e t i s c h e U n t e r r i c h t und die E v a n g e l i u m a u s l e g u n g selbst in den exempten Klosterkirchen keinen Schaden leidet. Das Urteil hierüber steht dem Ortsordinarius zu Can. 609 § 3. Hat er für die Messen an Sonn- und Feiertagen einen solchen Unterricht oder eine solche Erklärung vorgeschrieben, so sind auch die exempten Religiösen in ihren Kirchen hierzu verpflichtet Can. 1345. — 2) Auch die exempten Ordensleute sind verpflichtet, in der K a t e c h e s e A u s h i l f e zu leisten, besonders in ihren Kirchen, wenn sie vom Ortsordinarius darum ersucht werden und das klösterliche Leben dadurch nicht Schaden leidet Can. 1334. Bei dem katechetischen Unterricht haben alle Religiösen die vom Ortsordinarius erteilten Normen zu befolgen Can. 1336. — 3) A l l e n G e i s t l i c h e n, also auch den exempten Religiösen erteilt die Predigtvollmacht der Ortsordinarius Cann. 1337 sqq.

¹⁾ Vgl. die Enz. des Papstes Benedikts XV. „Humani generis“ d. 25. Jun. 1917 über die Verkündigung des Wortes Gottes (AAS. 9, 305 f.) und die diesbezüglichen Normen der SC. Consist. d. 28. Jun. 1917 (AAS. 9, 328).

Nur wenn ein Geistlicher einen Vortrag oder eine Predigt an *E x e m p t e a l l e i n* hält, so erteilt die Vollmacht der zuständige Ordensobere Can. 1338 § 1; in exempten *L a i e n o r d e n* schlägt der Obere die Priester vor Can. 529 oder er wählt sie unter den vom Ortsordinarius Bevollmächtigten aus Can. 1338 § 3. — Die Ortsordinarien (also auch die General- und Kapitelvikare Can. 198 § 2) haben das *R e c h t* zu *p r e d i g e n* in jeder Kirche ihres Gebietes, auch in jeder exempten Can. 1343 § 1. Es kann verboten werden, daß während der Predigt des Bischofs, oder aus einem das Gemeinwohl berührenden Grunde auch während der Predigt in Gegenwart des Bischofs in keiner anderen Kirche gepredigt werde (Großstädte sind ausgenommen) *i b i* § 2. Über die kurzen Predigten während der Feiertagsmessen s. oben unter 2). — 4) Ordensleute, auch exempte, bedürfen neben der Erlaubnis des Ordensobern das *I m p r i m a t u r* des Ortsordinarius des Hauses oder Druckortes (oben S. 445). — 5) Für Abhaltung von *M i s s i o n e n* sind auch die Ordenspfarrer an die Weisungen des Ortsordinarius gebunden Can. 1349 § 2. — 6) Dieser hat das *V i s i t a t i o n s r e c h t* in den Schulen auch der Exempten Can. 1382.

C. Die kirchliche Weihegewalt. 1) Das Recht, einen Ort durch die *W e i h e* (*benedictio*) zu einem heiligen zu machen, gebührt dem Ortsordinarius; nur in einer exempten klerikalen Genossenschaft dem höheren Ordensobern Can. 1156; vgl. jedoch Can. 1162 § 4. — 2) Die *A u f b e w a h r u n g* der *E u c h a r i s t i e* in einem öffentlichen oder halböffentlichen Oratorium auch der Religiösen unterliegt der Genehmigung des Ortsordinarius Can. 1265 § 1 n. 2; vgl. Can. 1162 § 4. — Die feierliche *A u s s e h u n g* in der Monstranz außer der Fronleichnamsoftab erheischt die gleiche Zustimmung Can. 1274 § 1. — Hat der Ortsordinarius eine bestimmte *T a g e* für die Messstipendien festgesetzt, so müssen auch die Ordensleute, die exempten nicht ausgeschlossen, sich an das Dekret des Ordinarius der Kirche (sonst an die Diözesangewohnheiten) halten Can. 831 § 3. — 3) Bezüglich der in den Kirchen aufzustellenden oder anzubringenden *B i l d e r*, Statuen usw. hat der Ortsordinarius ausschließliche Vollmachten, auch für die Kirchen der *E x e m p t e n*: a) Jede ungewöhnliche Darstellung

unterliegt der Billigung des Ordinarius, Bilder mit dogmatisch falschen Ideen oder solche, welche Würde und Ehrbarkeit verletzen oder Ungebildete in Irrtum zu führen geeignet sind, lasse er nie anbringen. b) Die feierliche Weihe eines zur öffentlichen Verehrung ausgestellten Bildes kommt dem Ordinarius oder seinem Bevollmächtigten zu Can. 1279; vgl. auch Can. 1283 (*Reliquien*). — 4) Der Ortsordinarius kann die Prozessionen innerhalb der Fronleichnamsoktave ordnen Can. 1291 § 2; außer der feierlichen Prozession am Fronleichnamsfeste auch andere aus einer außerordentlichen Ursache vorschreiben, an welchen alle, auch die Exempten, teilzunehmen haben Cann. 1291 § 1 und 1292. Ausgenommen sind nur jene Ordensleute, welche beständig in strengerer Klausur leben oder 3000 Schritte (2,4 Kilometer) von der Stadt entfernt sind Can. 1291 § 1. Wollen Religiöse (auch exempte) außerhalb ihrer Kirche und Klostermauer eine Prozession veranstalten, so bedürfen sie der Erlaubnis des Ortsordinarius Can. 1293 — außer während der Fronleichnamsoktav Can. 1291 § 2. — 5) Wir haben oben schon gesehen, wie Anordnungen des Ordinarius, betreffend Glockengeläute, Gebete oder öffentliche Feiern, auch die exempten Ordensleute verpflichten, freilich unbeschadet besonderer Konstitutionen oder Privilegien Can. 612. — 6) *Aushilfe in der Seelsorge* ist nach Tunlichkeit von den Religiösen (auch den exempten) zu leisten Can. 608. — 7) Übt ein Religiöse oder Regulare, auch am Sitze seines Klosters, die *Pfarrseelsorge* aus, so untersteht er in Fragen der Seelsorge dem Ortsordinarius, in jenen des Ordenslebens dem Ordensobern Cann. 630; 631; 1425 § 2. Bei allen *Pfarrpfünden* und auch bei anderen *Benefizien* steht die Präsumption für „*beneficia saecularia*“, für Pfründen der Weltgeistlichen“, also namentlich bei solchen außerhalb des Klosterjuzes Cann. 1425 § 1; 1411 n. 2. — 8) Die *Beichtjurisdiktion* für Abnahme von Beichten der *Weltleute* überträgt den geistlichen Ordensmännern ausschließlich der Ortsordinarius Can. 874; ebenso für Beichten aller weiblichen Religiösen Can. 876; ebenso für die nicht exempten Religiösen Cann. 874; 875; desgleichen für die Beichten von Mitgliedern der exempten *Laien*

orden, hier auf Vorschlag des Obern Can. 875 § 2; endlich auch für die Beichten *exempter* Mitglieder einer *clericalen* Genossenschaft Can. 874, hier aber nicht ausschließlich, sondern gleichgestellt dem berechtigten Ordensobern Can. 875 § 1. So oft der Ortsordinarius die Beichtjurisdiktion überträgt, hat er auch das Recht, den fraglichen Priester auf die Tauglichkeit zu prüfen und ihm erst dann die *Approbation* zu erteilen, d. h. die Tauglichkeitsklärung Can. 877 § 1 und die Jurisdiktion Cann. 874—876. — Hat der Ortsordinarius gewisse Sünden seinem Urteile vorbehalten („*reservatio casuum*“), so kann kein Priester mit gewöhnlicher Jurisdiktion, auch kein Exempter, von diesen lossprechen, wenn nicht das Recht (Cann. 899; 900) oder der Ordinarius es gestattet Can. 893 § 1. — Ordenspriester, auch exempte, müssen, wenn sie Seelsorge oder bischöfliche Beichtjurisdiktion haben, den *Defanatiskonferenzen* beiwohnen Cann. 131; 448 § 1; 951; 2377; für Ordenspriester ohne Seelsorge genügen auch die Konferenzen im Ordenshause i. w. S. a. a. O. — 9) Die exempten Regularen unterstehen dem Diözesanbischof, d. h. dem Bischofe, in dessen Gebiet das Ordenshaus gelegen ist, hinsichtlich der Erteilung der heiligen *Weihen* Cann. 964 nn. 2—4; 965—67; der *Weiheexamina* Cann. 996; 997; des *Exerzitienzeugnisses* Can. 1001 § 4, außer es handelt sich um die Tonsur und Niederen Weihen, welche ein regierender Abt erteilt auf Grund des Can. 964 n. 1. — 10) Religiösen, auch exempte, können vom Ortsordinarius Dispense erlangen von gewissen *Ehehindernissen*, so von dem des einfachen Gelübdes, welches die Ehe verhindert Can. 1058, und von dem des ewigen, feierlichen oder einfachen Gelübdes, welches die Ehe trennt Cann. 1058 § 2; 1073, aber nur auf Grund der Vollmachten der Cann. 1043 (Todesgefahr); 1045 („*dringender Fall*“). — Auch die exempten Ordenskirchen sind Diözesan- bzw. Pfarrgebiet in Ansehung der *Eheabschließung* Can. 1095 § 1 n. 2, verbunden mit der Entscheidung der Sakramentenkongregation vom 12. (13.) März 1910 (AAS. II pag. 194—195).¹⁾ — 11) Die Vollmacht,

¹⁾ Nach Art. 43 I der bayerischen Kirchengemeindeordnung vom 24. September 1912 sind für die Kirchenverwaltungswahlen wahlstimm-

Exorzismen über Besessene, Gläubige und Katechumenen, Katholiken und Exkommunizierte (Can. 1152) amtlich zu sprechen, wird in der Weihe des Exorzistates erteilt Can. 949. Indes darf der Exorzismus stets nur dann vorgenommen werden, wenn die Besessenheit feststeht und wenn für einen Priester die besondere und ausdrückliche Erlaubnis des Ordinarius hiefür vorliegt. Gehören die Personen des Exorzisten und des Besessenen einem exempten klerikalen Orden an, so genügt die Erlaubnis des höheren Ordensobern Can. 198 § 1, sonst muß jene des Ortsordinarius vorliegen Can. 1151; Benedikt XIV. in der Konstitution „Magno cum animi“ vom 2. Juni 1751 § 34 (R. WDBl. 1885 S. 79).

D. Verwaltungs- und Richtergewalt.

1) Jeder Kirchenvorstand (rector ecclesiae) einer exempten Kirche muß auf Benennung des zuständigen Obern vom Ortsordinarius bestätigt werden Can. 480 § 2. Bei bedeutender Entfernung der Pfarrkirche muß dieser Kirchenvorstand auch der Seelsorge dienen nach Maßgabe des Can. 483. Er ist gehalten, die Almosen zugunsten des Diözesanseminars nach Vorschrift sammeln zu lassen Can. 1355 n. 1.— 2) Notwendig ist die Erlaubnis der Ortsordinarien zum Almosensammeln der Religiosen, auch der exempten Cann. 621; 622; nur die Mendikanten besitzen mit der Gründung eines Hauses in einem Bistum damit auch das Recht des Sammelns Can. 621 § 1. — 3) Gewisse Abgaben haben auch die Exempten zu leisten, wie das Seminartistikum Can. 1356 § 1 (oben S. 450); das Kathedraticum, hier nur die Kirchen und Pfründen, soweit sie dem Bischofe unterworfen sind Can. 1504; ebenso eine außerordentliche Abgabe seitens der Pfründeninhaber Can. 1505. — 4) Hat ein Orden das Privileg, einen Drittorden zu leiten, so bedarf er der Erlaubnis des

berechtigt „die männlichen, selbständigen Bekenntnisgenossen, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und im Kirchengemeindebezirk wohnen“ usw. Der bayerische Verwaltungsgerichtshof entschied nun am 30. April 1913 (34, 193), daß die Mitglieder des Benediktinerklosters Metten im Sinne der RVD. Art. 4, 43 usw. trotz der Exemption „im Kirchengemeindebezirk wohnen“ und daß auch die Ordensbrüder „selbständig“, darum wahlstimmberechtigt sind.

Ortsordinarius zur Errichtung einer Sodalität Can. 703 § 2 und zur Gewährung einer eigenen Gewandung für die kirchlichen Funktionen ibi § 3. — 5) Priester bedürfen zur Darbringung des heiligen Opfers in einer fremden Kirche eines *E m p f e h l u n g s s c h r e i b e n s* („Celebret“, lit. commendaticiae). Hat der Ortsordinarius hier Normen erlassen, so sind auch die Exempten in ihren Kirchen verpflichtet, ausgenommen, wenn ein auswärtiger Ordensgenosse zelebrieren will Can. 804 § 3. — Der Ordinarius kann zugunsten einer armen Kirche von Priestern, welche ohne Verpflichtung dort zelebrieren, eine mäßige *A b g a b e* für *B e n u t z u n g* der *P a r a m e n t e* usw. verlangen oder dieselbe gestatten Can. 1303 § 2. Hat der Bischof oder mit besonderem Mandat sein Generalvikar (nicht der Kapitelvikar) diese Tage genau bestimmt, so dürfen auch die exempten Religiösen die Abgabenhöhe nicht überschreiten ibi § 3. — 6) In allen Angelegenheiten des heiligen *O f f i z i u m s* ist (S. 297) neben dem Apostolischen Stuhl nur der Diözesanbischof zuständig Cann. 501 § 2; 1555 § 1. — 7) In *S t r e i t s a c h e n* zwischen natürlichen oder moralischen Personen *v e r s c h i e d e n e r* Orden oder Kongregationen; oder *d e r s e l b e n* Genossenschaft, falls sie laikal oder nicht exempt ist; endlich zwischen einem Religiösen einerseits und einem Weltgeistlichen oder Laien anderseits, ist der Ortsordinarius in erster Instanz zuständig Can. 1579 § 3 (vgl. Can. 415 § 4). — Er schützt die *K l a u s u r* der Klosterfrauen durch Verhängung von Strafen, denen auch exempte Ordensmänner verfallen Can. 603 § 1. — 8) In *S e l i g - u n d* *H e i l i g s p r e c h u n g s p r o z e s s e n* ist neben dem Apostolischen Stuhl der Ortsordinarius ordentlicher oder delegierter Richter Cann. 1999 § 3; 2002; 2003 § 3; 2011 § 2; 2014; 2025 § 2; 2026; 2030; 2038 sqq. — 9) Beim Austritt einer Klosterfrau soll die religiöse Genossenschaft ihr im Falle der Not die erste Hilfe leisten („subsidium caritativum“). Falls die Parteien zu keiner Einigkeit kommen, entscheidet der Ortsordinarius Can. 643 § 2. Er ist es auch, der wie ein kluger Hirte die Heimkehr einer *a b t r ü n n i g e n* oder *f l ü c h t i g e n* Klosterfrau sich angelegen sein läßt Can. 645 § 2. — 10) Sollen Ordensobern oder Ordensmitglieder i. w. S. beim weltlichen Gerichte ver-

flagt werden, so ist der Ordinarius des Gerichtssizes für die Erlaubniserteilung zuständig, außer wenn es sich handelt um die obersten Vorsteher (Generäle) von Genossenschaften des päpstlichen Rechts Can. 20 § 2. — 11) Zur Teilnahme an der *Diözesansynode* sind zu berufen und müssen erscheinen: a) die regierenden Äbte; b) die Provinziale der klerikalen Genossenschaften, falls ihre Residenz in der Diözese liegt oder an ihrer Statt ein bevollmächtigter Oberer; c) von den gleichen Genossenschaften ein vom Provinzial bezeichneter Vorgesetzter, falls die Provinzresidenz in einem anderen Bistum liegt Can. 358 § 1 n. 8. — 12) Das *Lokalkonterrakt* des Apostolischen Stuhles oder des Bischofs verpflichtet am Orte des Interdikts auch die Exempten Can. 2269.

E. *Ehrenrechte des Bischofs*. Der Diözesanbischof hat nach der Besitzergreifung seines Bistums (durch Vorzeigung der Apostolischen Schreiben gegenüber dem Kapitel Can. 334 § 3) das Recht, in allen Kirchen seines Bistums *Thron und Baldachin* zu errichten Can. 349 § 2 n. 3. In jeder Kirche, die exempten nicht ausgenommen, kann er *Pontifikalfunktionen* vornehmen, d. h. jene Funktionen, welche nach den liturgischen Gesetzen *Mitra und Stab* erheischen Can. 337 §§ 1 u. 2; desgleichen kann er den feierlichen Segen erteilen Cann. 549 § 1 n. 1; 239 § 1 n. 12; ebenso die *heilige Firmung* spenden Can. 792. — Beim Besuch der Ordenskirche wird er feierlich empfangen, vgl. *Ceremoniale Episcoporum* l. 1 cp. 2 n. 8.; Hartmann Ph.: „Repertorium“¹² § 179 S. 513. — Zur Einlegung der vom Diözesanbischof vorgeschriebenen *Oration* („Imperata“) sind alle Welt- und Ordensgeistliche (auch die exempten) verpflichtet, welche in dem Gebiete der Diözese zelebrieren, S. R. C. d. 3. Apr. 1821 n. 2613 ad 1. Auch der *Präkonisierungs- und Konsekrationstag* des Diözesanbischofs muß durch Einlegung der *Botivoration* auch vom exempten Ordensklerus begangen werden, und zwar vom Tage der Besitznahme des Bistums an S. R. C. d. 12. Sept. 1840 et d. 4. Jul. 1879 ad 2 (ME. II 1 pag. 117).

Von den eigentlichen *Pfarrechten* (Can. 462) sind die Ordensleute, welche nicht Pfarrseelsorger sind, ausgeschlossen, dagegen werden die Rechte der *Kirchen-*

vorsteher unter ihnen durch die Cann. 479 sqq., sowie durch das Dekret der Ritenkongregation vom 10. Dezember 1703/12. Januar 1704 (A-L. App. pag. 24—29) geregelt. — Die Rechte der Ordensleute wurden etwas gehoben: a) bezüglich der Spendung der Sterbesakramente an ihre Mitglieder und Hausgenossen Can. 514; b) bezüglich des Prozesses über die Gültigkeit der Profess Can. 586 § 3; c) durch Aufhebung der Zensur bei widerrechtlicher Spendung der Sterbesakramente Can. 938 § 2.

§ 24. Über das Sammeln insbesondere der Religiosen.

Der Roderer behandelt das „Sammeln, Almosensammeln, Kollektieren, stipem petere sive rogare“, soweit das Religiosen angeht in den Cann. 621—624; vgl. auch die Cann. 1503 (zu einem guten Zwecke seitens der Aleriker und Laien); 1355 n. 1 (für das Seminar).

I. Wer zu einem kirchlichen Zwecke eine **Sammlung von Almofengeldern** vornehmen will, bedarf der Erlaubnis des zuständigen kirchlichen Obern.

1) Die eigentlichen Mendikanten bedürfen für das Kollektieren innerhalb der Diözese ihres Klosters nur die Erlaubnis ihrer zuständigen Klosterobern; außerhalb dieser Diözese aber auch die schriftliche Erlaubnis des Ortsordinarius Can. 621 § 1. Der Ordinarius des Mendikantenklosters hat schon bei der Errichtung des Hauses in seiner Diözese ein für allemal die Erlaubnis gegeben Can. 497 §§ 1 und 2. Wenn das Ordenshaus mit dem in der Diözese des Klosters gesammelten Almosen nicht auskommen kann, so sollen andere Ortsordinarien, besonders die der benachbarten Diözese, die Erlaubnis nur aus gewichtigen und dringenden Gründen verweigern oder widerrufen Can. 621 § 2.

2) Alle anderen Religiosen der Kongregationen päpstlichen Rechts benötigen stets ein besonderes Privileg des Heiligen Stuhles; außerdem haben sie vonnöten die schriftliche Bewilligung des Ordinarius der Sammelstätigkeit, wenn nicht das päpstliche Privileg etwas anderes vorsieht Can. 622 § 1. Geschieht die Sammelstätigkeit in der Diözese des Ordenshauses, so ist

natürlich auch hier die schriftliche Bewilligung notwendig, da ja die Voraussetzungen des Can. 497 § 2 fehlen.

3) Bei den Religiosen des *Diözesanrechts* tritt an die Stelle des päpstlichen Privilegs die schriftliche Bewilligung des *Diözesanbischofs*, d. h. des Ordinarius der Diözese, in welcher das Haus liegt; dazu kommt die Notwendigkeit einer gleichfalls schriftlichen Bewilligung des Ordinarius der Kollektierungsorte Can. 622 § 2.

Die Erlaubnis der Ordinarien in den Fällen 2) und 3) soll mit großer *Umsicht* erteilt werden. Wenn einem Bedürfnis des Hauses oder kirchlichen Unternehmens nur durch die Sammeltätigkeit abgeholfen werden kann, ist sie zu erteilen, freilich mit Rücksicht auf die Diözesanklöster der eigentlichen Mönche, also jener Ordensleute, welche dem Namen und der Sache nach „Bettelmönche“ sind. Genügt die Sammlung am Orte oder im Bezirke oder im Bistume des Klosters oder Hauses, so soll eine weitergehende Erlaubnis nicht erteilt werden Can. 622 § 3.

4) *Sammlungen* zu irgend einem frommen oder kirchlichen Zwecke oder für irgend eine gleichgeartete Anstalt, veranstaltet von Privaten, sei es *Klerikern*, sei es *Laien*, erheischen die schriftliche Erlaubnis entweder des Apostolischen Stuhles oder des eigenen Ordinarius und außerdem die des Ordinarius der Sammlungsorte; sonst sind sie verboten Can. 1503.

Handelt es sich um Sammlungen von *Morgenländern* (Laien, Weltgeistlichen oder Ordensleuten) im *Abendland* oder von *Abendländern* im *Morgenland*, so gilt die Vorschrift des Can. 622 § 4: „*Ohne ein echtes und vor kurzem ausgestelltes Reskript der heiligen Kongregation für die morgenländische Kirche* (Can. 257) dürfen die lateinischen Ordinarien keinen Orientalen, wes Standes er auch sei und welche Würde er bekleidet, in ihrem Gebiete Geld sammeln lassen, noch zu gleichen Zwecken einen eigenen Untergebenen in die orientalischen Diözesen schicken.“ Unter „*Morgenländer, Orientalen*“ sind jene Katholiken zu verstehen, welche einem morgenländischen Ritus angehören, also nicht nur die unierten Katholiken des Ostens (Asien, Afrika), sondern auch jene von Europa, Amerika und Austra-

lien, vgl. Can. 1. Die Notwendigkeit des päpstlichen Reskripts der Orientalenkongregation berührt alle Orientalen (Laien, Weltkleriker und Ordensleute) ohne Rücksicht auf ihre Rangstufe und Würde, also auch die Bischöfe und Patriarchen; denn Can. 2227 greift hier, da es sich um keine Strafe handelt, nicht Platz. — Verboten ist den Orientalen bzw. Abendländern nach Can. 622 die „Geldsammlung, pecuniam colligere“. Unter diesen Begriff fällt an sich nicht die Sammlung von *Messstipendien*; hier gelten die allgemeinen Bestimmungen der Cann. 835 (Aufhäufung) und 838 (Aushändigung).

5) „Zum Zwecke der Errichtung des *Seminars* und des Unterhaltes der *Alumnen* kann der Bischof, wenn andere Einnahmequellen fehlen, anordnen, daß die Pfarrer und Vorstände auch der exempten Kirchen zu bestimmten Zeiten in der Kirche Beiträge erbitten“ Can. 1355 n. 1.

II. Die mit der Aufgabe des Sammelns betrauten Personen.

1) Weibliche Religiösen sind vom Kollektieren für ihr Haus (Institut usw.) nicht ausgeschlossen Can. 623; 624. 2) *Ausgeschlossen* sind dagegen: a) alle Postulanten, Novizen und Professoren mit zeitlichen Gelübden; b) alle Professoren, welche noch den *Studien* obliegen, sei es den theologischen oder auch den profanen. Denn Can. 623 betont: „Die Obern können das Geschäft des Sammelns nur jenen Professoren übertragen, welche an Alter und Geist gereift sind, namentlich wenn es sich um Frauen handelt, niemals solchen, welche noch dem Studium obliegen“.

III. Über die Art des *Almosensammelns* gibt Can. 624 keine eigenen Normen, sondern verweist auf die Instruktionen des Apostolischen Stuhles in früherer Zeit Can. 624; diese Weisungen sind, wie die Anmerkungen *Gasparris* zum Can. 624 bezeugen, hauptsächlich im Dekrete „*Singulari*“ der S. C. EE. et RR. vom 27. März 1896 (*Santi-Veriterni*: Praelectiones⁴ III 36 n. 16 pag. 359) und im Dekrete „*De eleemosynis colligendis*“ der Religiösenkongregation vom 21. November 1908 (ME. 20, 504—507) enthalten; ersteres Dekret betraf nur die weiblichen Religiösen, letzteres alle.

Aus beiden Dekreten seien hier einige Winke angebracht: 1) **Ausstellung des Erlaubnisschreibens.** Wird für die Missionen im Gebiete der Propagandakongregation gesammelt, so benötigt der Sammler auch ein echtes Schreiben derselben Kongregation aus neuer Zeit, Dekret De eleemosynis n. 5. Die Ordinarien haben ihr Erlaubnisschreiben „*unentgeltlich*“ auszustellen mit Angabe der Namen der sammelnden Personen; des Ordens, Instituts oder der Kongregation derselben; des Gebietes und der Zeit der Sammeltätigkeit. Für die Diözese des Hauses wird ein Monat zum Sammeln erlaubt, für andere Diözesen zwei Monate. 2) Die kollektierenden Religiösen dürfen nur in *eigener* Person sammeln, nicht durch andere; ihre Schreiben tragen sie stets bei sich, um sich dem Pfarrer bzw. dem Ordinarius gegenüber auszuweisen. 3) Die *männlichen* Religiösen sollen — außer in einem schweren Notfalle — stets zu *zweien* kollektieren, namentlich außerhalb des Konventsortes. Die *weiblichen* Religiösen dürfen nur zu *zweien* auf die Sammlung gehen. Nach ein bzw. zwei Monaten kehren sie in ihr Haus zurück, um dort wenigstens die gleiche Zeit wie die der Abwesenheit zu bleiben. 4) Die sammelnden Religiösen wählen jene *Verkehrswege*, welche sie rasch zum Ziele führen, also die Eisenbahn. Sie *steigen ab* im eigenen oder fremden Kloster; in Ermangelung desselben, die *männlichen* im Pfarrhose oder im Hause eines Geistlichen oder Wohltäters; die *weiblichen* in weiblichen Anstalten oder wenigstens in Häusern, wo ihnen keinerlei Gefahr droht. 5) Die Tugenden des Ordenslebens sollen an den Religiösen leuchten auch beim Geschäfte des Kollektierens, insbesondere die Frömmigkeit, welche die klösterlichen Übungen beibehält, soweit es möglich ist; die Wachsamkeit und Flucht gefährbringender Gelegenheit; die Demut, Bescheidenheit und Reinlichkeit; selbstverständlich auch die Dankbarkeit. 6) Sollten die sammelnden Religiösen, was ferne sei, Argernis geben, so kann der Ordinarius gegen die ihm unterstellten Religiösen auch in eigener Person vorgehen; bei den übrigen soll er auf die Abstellung des Argernisses bringen zunächst durch Anzeige bei den Ordensobern und dann, wenn nötig, beim Apostolischen Stuhle. Die Rückkehr ins Ordenshaus kann der Ordinarius befehlen oder wenigstens veranlassen. Schon aus dem bisher Ausgeführten ergibt sich die Bestimmung des Begriffes „*eleemosynas quaerere, stipem petere sive quaeritare sive colligere, Almosensammeln, Sammeln, Kollektieren*“ (Cann. 621—24). Die berührten Kanones setzen ein Umhergehen, Bitten und Sammeln von Ort zu Ort, von Haus zu Haus voraus. Wenn darum das „*Erbitten der Gaben von Haus zu Haus oder von Ort zu Ort*“ ausgeschlossen ist, so sind die Normen der Cann. 621—24 nicht verpflichtend. Das ergibt sich namentlich aus dem Dekrete „*Singulari*“ vom 27. März 1896 n. IV: „*Es steht nichts im Wege, daß Oberinnen (ebenso auch Obern) zur Hebung der Not ihrer Häuser oder frommen Anstalten ohne nachgesuchte Erlaubnis freiwillig dargebotene Gaben annehmen oder von achtbaren und gutgesinnten Personen auch schriftlich ersuchen, bis zu einem aus vernünftigem Grunde erlassenen Verbote des rechtmäßigen Obern*“; vgl. Brandt n. 90 S. 74.

§ 25. Religiösen, welche kirchliche Ämter bekleiden.

Wir behandeln hier nicht die „kirchlichen Ämter“, welche Religiösen in ihrer eigenen Genossenschaft innehaben können oder tatsächlich innehaben, sondern nur jene, welche außerhalb ihrer Genossenschaft zunächst für die Weltkleriker bestehen, wie die Würde eines Kardinals, Bischofs, päpstlichen Gesandten, eines Apostolischen Vikars und Präfecten; endlich die Seelsorgeämter.

I. Allgemeine Grundsätze. 1) Handelt es sich um eine Würde, ein Amt oder eine Pfründe, welche mit dem Ordensstande i. w. S. sich nicht vereinigen lassen, so kann ein Religiöser nur kraft der Autorität des Apostolischen Stuhles hierzu befördert werden Can. 626 § 1. — 2) Wurde ein Religiöser von einem Kollegium rechtmäßig erwählt, so kann er seiner Wahl nicht zustimmen ohne Erlaubnis des Obern ibi § 2 („*postulatio minus sollemnis*“ S.-L.: *Praelectiones* I 5 n. 3). — 3) Hat aber der Religiöse das Gelübde abgelegt, keine Würde anzunehmen, so ist die besondere Dispens des Papstes notwendig ibi § 3.

Würden, Ämter oder Pfründen können entweder nach dem gemeinen Recht oder nach partikularen Normen oder Gewohnheiten mit dem Stande eines Religiösen unvereinbar sein. So ist das Amt eines Generalvikars in einer nicht den Religiösen anvertrauten Diözese mit dem Ordensstande i. w. S. unvereinbar Can. 367 § 1. Stiftingsbestimmungen können Religiösen von kirchlichen Ämtern ausschließen. In all diesen Fällen müßte der Apostolische Stuhl zuerst Bewilligung erteilen. — Die Würde eines Bischofs dagegen ist mit dem Stande eines Religiösen wohl vereinbar, wie Prümmer das nachweist in seinem „*Ius regularium speciale*“ (1907) Q. 120. Steht darum das Wahlrecht einem Kolleg zu, so braucht es an sich keine Apostolische Dispens, sondern es bedarf nur der Erlaubnis des zuständigen Obern. Hat der Religiöse nach Erlaubniserteilung seines Obern zugestimmt, so besitzt er bereits das Anrecht auf die Beförderung (*ius ad rem*). Die Verfügung des Can. 626 § 2 dürfte auch maßgebend sein bei dem *Vorschlag* (*praesentatio*) oder der *Nominierung* (*nominatio*) eines Religiösen. — Freilich wenn der Religiöse durch das Ordensgelübde (i. w. S.) gebunden ist, kirchliche Würden nicht anzunehmen, so kann nur die besondere Dispens des Papstes ihm den Weg zu den kirchlichen Würden ebnen, außer diese Dispens wurde im Ordensgelübde oder in den Konstitutionen auch den Ordensobern eingeräumt, Urban VIII. in Const. „*Cum sicut accepimus*“ d. 21. Maii 1635 § 4 et „*Honorum*“ d. 24. Febr. 1643 § 2; *ONS.* 1921, 415 (P. Gerard Oesterle OSB).

II. Die Verpflichtungen der Religiösen, welche zum Kardinalate, zur bischöflichen oder einer anderen Würde außerhalb ihrer Genossenschaft befördert wurden, entspringen ihren Gelüben oder ihren Konstitutionen.

1) Das Keuschheitsgelübde bleibt selbstverständlich das gleiche oder erhält durch die Priester- und Bischofsweihe eine erhöhte Festigung Can. 1043; Leitner M.: „Eherecht“³ § 29 S. 139 „Handbuch“ II § 40.

2) Der Würdenträger aus dem Ordensstande untersteht, losgelöst von der Gewalt seiner Obern, kraft des Gehorsamsgelübes einzig dem Römischen Papste Can. 627 § 2.

3) Das Armutsgelübde wird durch Can. 628 genauer geregelt. — a) Hat ein Religiöser durch die Profess das Eigentum an seinem Vermögen verloren (Can. 582), so erwirbt er das Eigentumsrecht (von seiner Beförderung an) an dem anfallenden Vermögen nicht für sich, sondern für die ihm nahestehende moralische Person, während er das Recht des Gebrauchs und Nießbrauchs, sowie der Verwaltung selbst besitzt. Die moralische Person, welcher das Eigentumsrecht zuwächst, ist beim Residenzbischofe seine Diözese, beim Apostolischen Vikar und Präsekt sein Vikariat bzw. seine Präsektur; bei den übrigen Würdenträgern ist es der erwerbsfähige Orden oder der Apostolische Stuhl gemäß Can. 582. Kardinäle aus dem Ordensstande können aber über ihre Pfründeeinkünfte frei verfügen, auch durch Testament Cann. 628 n. 1; 239 § 1 n. 19; 1298. — b) Hat ein Religiöser das Eigentumsrecht an seinem Vermögen nicht verloren (Can. 580), so erlangt er mit seiner Beförderung den Gebrauch und Nießbrauch, sowie das Verwaltungsrecht an seinem Eigentum wieder. Anfallende Güter erwirbt er für sich in vollem Umfange Can. 628 n. 2. — c) Fällt ihm in den Fällen a) und b) ein Vermögen zu nicht im Hinblick auf seine Person, so muß er darüber verfügen nach der Meinung der Geber ibi n. 3.

4) Andere Gelübde, z. B. besondere Fasten zu halten, dann die übrigen Pflichten seiner Profess binden ihn wie bisher, außer der religiöse Würdenträger urteilt aus

vernünftigem Grunde, die Erfüllung derselben mit seiner Würde nicht vereinigen zu können Can. 627 § 1.

5) Ein Ordensmann betet nach seiner Präkonisierung zum Bischof das *Römische Brevier* nach dem Diözesandirektorium; das gleiche tun seine Hausgenossen, wenn sie mit dem Bischofe das Brevier zu beten pflegen, auch wenn sie sonst ein eigenes Brevier haben (z. B. das Benediktinerbrevier), SRC. D. A. nn. 181; 1599 ad 2 oben S. 222. — Hatte ein Religiöser ein *eigenes Ordenskleid*, so behält er dasselbe als Bischof und Kardinal bei, wenigstens der Farbe und dem Stoffe nach („salvo usitato vestimentorum colore et qualitate“), Ceremoniale Episcoporum (Ratisbonae etc. apud Pustet 1902) l. 1 c. 1 n. 4. Doch ist das *Räppchen* (pileolus) stets von violetter bzw. roter Farbe, vgl. Can. 325; ebenso das *Biret* seit dem Breve Leo's XIII. vom 3. Februar 1888 „Praelaro“ (ME. V 2 pag. 8); früher war für Regularbischöfe die Farbe schwarz Cer. Ep. l. 1 c. 1 n. 4. *Alle* Kardinäle erhalten das rote Biret Can. 234. — Alle Bischöfe, auch aus dem Ordensstande, bedienen sich des Rochetts, Motuproprio Benedikt's XV. vom 25. April 1920 (AAS. 12, 149), durch welches die entgegenstehenden Bestimmungen des Pontifikale, Ceremoniale, Missale und Rituale beseitigt sind C. d. R. a. II 102.

III. **Rückkehr zur Ordensfamilie.** Ein Religiöser, welcher die Kardinal- oder Bischofswürde aufgegeben hat (natürlich im letzteren Falle ohne Verlust des Weihecharakters), ist verpflichtet zu seiner Genossenschaft *zurück zu kehren*; ebenso jeder Ordensmann, welcher ein ihm vom Apostolischen Stuhl außerhalb seiner Genossenschaft übertragenes Amt (Sendung) erledigt hat Can. 629 § 1. Indes hat der gewesene Kardinal oder Bischof das Recht, sich irgend ein Haus seines Ordens oder seiner Kongregation zum Aufenthalt zu wählen, ein solcher Religiöser entbehrt des aktiven und passiven Wahlrechtes ibi § 2. Diese Befugnis, sich das Ordenshaus zu wählen, gilt für das ganze Leben, da Can. 629 § 2 keine Beschränkung macht. Würde ein solcher Würdenträger zu einem Ordensamte gewählt, so wäre die Wahl unerlaubt und ungültig; indes könnte der Apostolische Stuhl Dispens gewähren, welche nur in ganz außerordent-

lichen Umständen rätlich ist; weshalb auch eine Postulation ausgeschlossen erscheint Can. 179 § 1.

IV. Der Religiöse als Pfarrvorstand Cann. 630—31. Wir müssen den Regularpfarrer i. w. S. betrachten als Religiösen einerseits und als Pfarrseelsorger anderseits.

1) Der Religiöse, welcher an der Spitze einer Pfarrei entweder als Pfarrer oder als Vikar steht, ist und bleibt Ordensmann (i. w. S.), darum verpflichtet zur Beobachtung der Gelübde und Konstitutionen, soweit eben diese Beobachtung mit den Pflichten seines Amtes sich verträgt Can. 630 § 1. Darum untersteht er in allen Fragen des Ordensleben seinem Obern, welcher allein — mit Ausschluß des Ortsordinarius — das Aufsichts-, Untersuchungs- und Strafrecht besitzt ibi § 2.

2) In der Verwaltung des Pfarramtes untersteht der Religiöse unmittelbar der vollständigen Jurisdiktion, Visitation und Zurechtweisung des Ortsordinarius gerade so wie die Pfarrvorstände aus dem Weltpriesterstande (einzig ausgenommen das eigentliche Ordensleben), und zwar nicht nur auf auswärtigen Pfarreien oder Seelsorgestellen, sondern auch im Hause und am Orte der gewöhnlichen Residenz der höheren Ordensobern Can. 631 § 1; Trid. sess. 25 de regul. c. 11; vgl. auch das ähnliche Recht, welches die Apostolischen Vikare und Präfecten gegenüber den Regularmissionären besitzen im Can. 296 § 1.

3) Das Zusammenwirken des Ordensobern und Pfarrers in der Benützung derselben Kirche ist entsprechend geregelt durch Can. 415; C. d. R. a. II, 181—186.

4) Zusammenwirken des Ortsordinarius und der Ordensobern.

a) Einsetzung. Ist eine Pfarr- oder Seelsorgestelle erledigt, welche in ordentlicher oder außerordentlicher Weise ein Religiöse verwalten soll, so schlägt der zuständige Obere den Kandidaten vor, welchem der Ortsordinarius nach sorgfältiger Prüfung (Can. 459 § 2) die kirchliche Einsetzung verleiht Can. 456 mit Gewährung der Weichjurisdiktion Can. 873 § 1 (ordentliche) und Can. 874 (delegierte).

b) Mahn- und Strafrecht. Sollte ein in der Seelsorge tätiger Ordensmann seinem Amte in irgend einer

Weise nicht nachkommen, so hat der *Ortsordinarius* das Recht, in heilsamen Mahn- und Strafdekreten gegen ihn vorzugehen; das gleiche Recht hat neben ihm (*ius cumulativum*) der Ordensobere, jedoch so, daß im Falle eines Widerstreites das Dekret des *Ortsordinarius* vorgeht Can. 631 § 2. — Ähnliches gilt für die kumulative Tätigkeit zwischen dem Apostolischen Vikar (Präfekt) und dem Ordensobern, doch unter Wahrung des Rekurses an den Apostolischen Stuhl (ohne aufschiebende Wirkung) und der vom Heiligen Stuhle erlassenen besonderen Statuten Can. 296 § 2.

c) *Absetzung und Entfernung*. Jene Pfarrer, welche zu einer Ordensfamilie i. w. S. gehören, sind bezüglich der Person immer *entfernbar* (*parochi amovibiles*) Can. 454 § 5. Entfernt sie der *Ortsordinarius*, so kann er es ohne Einholung der Zustimmung des Ordensobern, soll es aber mit dessen Benachrichtigung tun; in entsprechender Weise und mit gleichem Rechte kann der Ordensobere vorgehen. Die Gründe, aus welchen der eine Vorgesetzte vorgeht, müssen dem andern weder zur Kenntnisnahme noch weniger zur Billigung vorgelegt werden; indes steht der Recurs an den Apostolischen Stuhl ohne aufschiebende Wirkung offen Can. 454 § 5; 631 § 3. Freilich wäre es unnatürlich, wenn die hohen kirchlichen Obern ohne gegenseitige Verständigung vorgingen; manche Fehlgriiffe und Gründe des Mißtrauens können durch einträchtiges Vorgehen vermieden werden. Der Recurs kann sowohl vom Religiösen als auch von einem der kirchlichen Vorgesetzten ergriffen werden. Muß ja doch eine rechtmäßige, und zwar gewichtige Ursache für die Entfernung vorhanden sein Can. 2157 § 1; über das Vorgehen vgl. Cann. 2157—61.

d) *Die Vermögensverwaltung* Can. 630 §§ 3—4; 631 § 3. Vermögen, welches dem Pfarrvorstand im Hinblick auf seine Pfarrei anfällt, erwirbt er für die Pfarrei; das übrige wie das Ordensvermögen überhaupt Can. 631 § 3; vgl. Cann. 580; 582. — Milde Gaben von irgend welcher Seite zugunsten der Pfarrkinder, der katholischen Schulen oder für Werke der Frömmigkeit und Nächstenliebe, soweit diese mit der Pfarrei verbunden sind, kann der Ordenspfarrer oder

Ordenspfarrvikar (i. w. S.) annehmen, sammeln, verwalten und sie nach klugem Ermessen der Absicht des Sponsors entsprechend aufwenden, unbehindert durch sein Armutsge-
 löbde, jedoch unter der steten Aufsicht seines Ordensoberen. Handelt es sich aber um Gaben zugunsten der Pfar-
 rkirche (Bau, Erhaltung, Erneuerung, Ausschmückung), so kommt das Recht der Annahme, Aufbewahrung und Ver-
 waltung dem zu, welchem die Pfarrkirche zugehört, also dem Klosterobern, wenn die Kirche Eigentum der Ordens-
 familie ist (Haus, Provinz, Genossenschaft); sonst dem Ort-
 sordinarius Can. 630 § 4; über die Verwaltung des
 Kirchenvermögens nach dem gemeinen Kirchenrecht vgl.
 die Cann. 1182—84; 1518—28. Für die Anlage und
 Verwaltung der Gelder zugunsten einer Pfarrei oder
 Mission, welche irgend ein Religiöse innehat, gelten
 die Vorschriften der Cann. 533 § 1 n. 4; 535 § 3 n. 2 und 631
 § 3. Hat ein Oberer oder eine Vorgesetzte einer religiösen
 Kongregation Stiftungen oder Legate zugunsten des Gottes-
 dienstes oder christlicher Mildtätigkeit, so sind für Anlage
 und Verwaltung maßgebend die Cann. 631 § 3; 533 § 1 n. 3;
 535 § 3 n. 2 (oben S. 372).

§ 26. Der Übertritt von einer religiösen Genossenschaft zu einer anderen.

I. Der Ordensübertritt (transitus) besteht darin, daß
 1) ein Religiöse der einen Genossenschaft rechtskräftig über-
 tritt in eine andere Genossenschaft; 2) daß ein Ordensmitglied
 eines selbständigen Klosters (Can. 488 n. 2) in ein anderes
 Kloster desselben Ordens übergeht Can. 632.

Wenn vom „Übertritt“ die Rede ist, kommen nur Professoren
 (auch mit zeitlichen Gelübden Can. 633 § 2) in Frage Can. 632; 488 n. 7;
 542 n. 1, nicht Postulanten oder Novizen Can. 544 § 3. —
 Die fraglichen Genossenschaften können eigentliche Orden sein oder
 Kongregationen. Die Strenge des Ordenslebens kann in der
 neu gewählten Genossenschaft größer, gleich oder geringer sein als in
 der bisherigen, während nach dem bisherigen Rechte ein Übertritt nur
 zu einem Orden strengerer oder wenigstens gleicher Observanz ge-
 ebnet war, vgl. c. 18 De Regularibus (III 31), Trid. sess. 14 c. 11 d. r.; sess. 25
 c. 19 de regul. — Man redet von einem „Übertritt“ auch wenn zwei
 verschiedene Klöster mit Selbstständigkeit des gleichen Ordens in Frage
 kommen Can. 488 n. 2. — Ein Ordensmann der beschuhten Carmeliten
 konnte vor dem 19. Mai 1918 zuerst zu dem Orden der unbeschuhten
 Carmeliten und dann zu dem der Kartäuser übertreten auch ohne päpst-

liche Erlaubnis Trid. sess. 25 c. 19 de regul.; anders nach dem Robergrechte. Über die ganze Frage vgl. S. Goyeneche CMF. in CdR a. I, 359 a. II, 116—180.

II. Rechtsform des Übertritts. 1) Bei jedem Übertritt ist die Erlaubnis des A p o s t o l i s c h e n S t u h l e s notwendig Can. 632. 2) Beim Übertritt von einer religiösen Genossenschaft zu einer anderen ist vorgeschrieben das N o v i z i a t und die e n d g ü l t i g e P r o f e ß in der neuen Genossenschaft Cann. 633 § 1; 634 sowie das Zeugnis des höheren Obern (Can. 488 n. 8) der verlassenen Genossenschaft Can. 544 § 5. 3) Beim Übertritt von einem selbständigen Kloster zu einem anderen selbständigen Kloster d e s s e l b e n Ordens genügt der Eintritt in das neue Kloster ohne Noviziat und Profese Can. 633 § 3. Der zweite Punkt bedarf wegen der verschiedenen Möglichkeiten einer genaueren Erläuterung. Das N o v i z i a t der neuen Genossenschaft dauert ein oder mehrere Jahre nach den Konstitutionen derselben Can. 555 § 2. Während des Noviziates bleiben die Gelübde der früheren Genossenschaft in Kraft, so daß der übergetretene Novize dem Obern und sogar dem Novizenmeister der neuen Genossenschaft nicht nur auf Grund des Can. 561 § 2, sondern auch kraft des Gehorsamsgelübdes zu folgen verpflichtet ist Can. 633 § 1. Die besonderen Rechte und Pflichten der verlassenen Genossenschaft bleiben bis zur neuen Profese in der Schwebe ibidem. Der Obere der neuen Genossenschaft kann den Novizen zwar noch weiter erproben, jedoch nicht über ein Jahr von der Zurücklegung des Noviziates an Can. 634. Wenn ein Professe mit e w i g e n Gelübden die Profese in der neuen Genossenschaft nicht ablegt, muß er zur früheren zurückkehren. Das gleiche gilt für einen Professum mit z e i t l i c h e n Gelübden, außer dieselben sind inzwischen erloschen Can. 633 § 2.

Z e i t l i c h e G e l ü b d e gemäß Can. 574 werden in diesem Falle nicht abgelegt. Demnach muß ein Professe der ewigen Gelübde (feierlichen oder einfachen), wenn er in eine Genossenschaft mit ewigen Gelübden übertritt, nach Vollendung des gewöhnlichen oder verlängerten Noviziates entweder die ewigen (feierlichen oder einfachen) Gelübde in der neuen Genossenschaft ablegen oder zur früheren zurückkehren Can. 634.

III. Wirkungen der neuen Profess. 1) Alle Rechte und Pflichten der früheren Genossenschaft hören für den Professenden auf, der dafür die Rechte und Pflichten der neuen Genossenschaft überkommt Can. 635 n. 1.

2) Die verlassene Genossenschaft bewahrt das Eigentumsrecht auf das Vermögen, welches sie durch den betreffenden Professenden auf Grund der Cann. 580 § 2; 582 n. 1 bereits erworben hat Can. 635 n. 2. — Betreffs der Mitgift, deren Früchte und anderer Güter, welche der Religiose besitzt, gilt Can. 551 § 2, d. h. Mitgift und Güter gehen über mit dem Tage der Profess; die Früchte der Mitgift bereits vom Noviziate an Can. 635 n. 2. Für die Noviziatsauslagen gilt Can. 570 § 1. Wenn also in der neuen Genossenschaft durch die Konstitutionen oder einen besonderen Vertrag Noviziatsauslagen vergütet werden müssen, so fallen sie stets der neuen Genossenschaft zu Cann. 570 § 1; 633 n. 2.

3) Was beim Übergang von einer zu einer anderen Genossenschaft hinsichtlich der Wirkungen vom Tage der neuen Profess an gilt, das trifft entsprechend zu beim Uebertritt von einem Kloster zu einem anderen desselben Ordens; die Auslagen für das Noviziat kommen natürlich nicht in Frage Can. 635.

4) Eine merkwürdige Wirkung des Genossenschaftswechsels verzeichnet Can. 636: „Die Feierlichkeit der Gelübde einer Ordensperson erlischt mit rechtmäßiger Professablegung in einer religiösen Kongregation, wenn nicht das Apostolische Indult eine ausdrückliche Ausnahme enthält.“ Damit erlöschen auch die großen Wirkungen der feierlichen Profess, wie sie namentlich die Cann. 582 (Verlust des Eigentumsrechtes); 1073 (ehetrennende Kraft) und 1119 (Auflösung einer nichtvollzogenen Ehe) enthalten.

IV. Die Cann. 632—635 gelten entsprechend für Mitglieder von Gesellschaften mit **gemeinsamem Leben**, aber ohne Ordensgelübde (sodalitates), Cann. 673 sqq., sei es daß diese Mitglieder in eine andere Sodalität oder in eine religiöse Genossenschaft eintreten wollen Can. 681.

Am 10. Dezember 1918 erließ Papst Benedikt XV. das Breve „Exponendum curavit“, in welchem dem Abtprimas Fidelis Freiherr von Stöckingen O. S. B. das Recht eingeräumt

wird, die notwendigen Schritte zu tun zur Wiederherstellung des berühmten Klosters Niederaltaich, im Bistum Passau gelegen, vgl. oben S. 75 und S. C. EE. et RR. d. 7. Dec. 1906 (ME. 18, 535—37; 17, 180—84). Das Kloster wurde um 731 von dem bayerischen Herzoge Datto auf Anregung des heiligen Pirminus gegründet und 741 aus Reichenau bevölkert. Nahezu elf Jahrhunderte lang blühte das Bönobium durch Heiligkeit, Wissenschaft und Eifer in Verbreitung religiösen Geistes. Außer mehreren Seligen gingen aus Niederaltaich hervor der heilige Godehard, Bischof von Hildesheim, gestorben 1038, und der heilige Thiemo, Erzbischof von Salzburg und Märtyrer, gestorben 1101. Zwei Erzbischöfe, acht Bischöfe und vierundzwanzig Äbte anderer Klöster hatten in Niederaltaich die Profess auf die Benediktinerregel abgelegt. Berühmt sind die „Annales Altahenses“, eine gute Quelle für die Reichsgeschichte, welche der Mönch Wolsfer um 1035 verfaßte. Im Jahre 1803 erfolgte die Säkularisierung des Klosters. In dem 1. Restaurationsbrevé erhält der Abt von Metten (Wilhelm Adam) die Vollmacht, den Prior von Niederaltaich zu ernennen und zur Bildung der ersten Klosterfamilie Mönche und Laienbrüder nach weisem Ermessen dorthin zu schicken. Nach fünf Jahren sollen die von Metten gewährten Ordensmänner das Optionsrecht erhalten, in Niederaltaich zu bleiben oder nach Metten zurückzukehren. Hier haben wir also einen „transitus e monasterio sui iuris ad aliud“, welcher von Rom bzw. vom Gehorsam auferlegt wird, den jedoch das genannte Optionsrecht etwas mildert; vgl. AAS 14, 49 (Weingarten). — Nicht wurde aus dem Benediktinerorden zu den Regularkanonikern der heilige Bruno, Bischof von Meissen, welcher auf Bitten Kaiser Heinrich III. von Papst Leo IX. diesen Befehl erhielt und befolgte.

§ 27. Der Austritt aus einer religiösen Genossenschaft.

Schon in den zwei letzten Paragraphen behandelten wir einen gewissen Austritt einer Ordensperson i. w. S. Wenn ein Religiöser zur Bischofs- oder Kardinalswürde befördert wird oder wenn er sich außer der Genossenschaft Ämtern und Stellungen unterzieht, so tritt er mehr oder weniger aus dem Rahmen einer Ordensperson heraus, immerhin bleibt das Band oder der Stand unangetastet, vgl. Can. 629 § 1. Auch beim „Übertritt“ muß naturgemäß ein Austritt erfolgen, freilich nur um ein neues Band des Ordenslebens zu knüpfen, immerhin nähert sich der Übertritt von einem strengeren Orden (Kongregation) zu einem milderem nicht unbedeutend dem Austritt, vgl. Can. 636. Indes behandelt der Kodex den eigentlichen Austritt in den Cann. 637—45; 681. Wir unterscheiden einen berechtigten und einen unberechtigten Austritt.

A. Der berechnigte Austritt.

Der Austritt ist berechnigt a) nach Ablauf der zeitlichen Gelübde; b) auf Grund eines Indults des Apostolischen Stuhles bzw. des Ortsordinarius in der Exklausurierung und Säkularisierung.

I. „Ein Professe mit zeitlichen Gelübden kann nach Ablauf der Gelübdezeit die Genossenschaft frei verlassen“ Can. 637. Die zeitlichen Gelübde sind zweifacher Art: 1) selbständige, wenn nämlich in einer Genossenschaft nur zeitliche Gelübde abgelegt werden Can. 488 n. 1; 2) vorbereitende gemäß Can. 574. Der Professe zeitlicher Gelübde kann auch frei die Genossenschaft verlassen, wenn ihm die Erneuerung der zeitlichen oder die Ablegung der ewigen Gelübde rechtmäßig untersagt wurden Can. 637; vgl. unten die Entlassung der Religiösen.

II. Austritt auf Grund von Indulten. Es gibt ein zweifaches Indult, wodurch ein Religiöser dem klösterlichen Leben entzogen wird: a) das Indult der exclaustratio, Exklausurierung; b) das Indult der saecularizatio, Säkularisierung. Ersteres gewährt die Befugnis, eine Zeitlang außerhalb des Klosters zu bleiben; letzteres für immer. Beide Indulte können nur vom Apostolischen Stuhle gewährt werden bei allen Genossenschaften päpstlichen Rechtes; bei jenen bischöflichen Rechtes auch vom Ortsordinarius Can. 638. Die Indulte gelten meist bei ewiger Profess, doch auch bei zeitlicher vor Ablauf der Zeit.

III. Die Exklausurierung Can. 639. „Wer vom Apostolischen Stuhle das Indult der Exklausurierung erlangt hat, bleibt gebunden durch die Gelübde und die sonstigen Verpflichtungen seiner Profess, soweit sie mit seinem gegenwärtigen Zustand vereinbar sind; doch muß er die äußere Form seiner Ordensstracht ablegen; solange das Indult währt, entbehrt er des aktiven und passiven Wahlrechtes (in seiner Genossenschaft), doch genießt er die rein geistlichen Privilegien derselben. Dem Ordinarius seines Aufenthaltsortes ist er an Stelle der Ordensobern i. w. S. auch auf Grund des Gehorsamsgelübdes unterworfen.“

Eine **exklausurierte** Ordensperson bleibt Ordensperson vor Gott im vollen Umfang; darum tritt in ihren Gelübden und Verpflichtungen gegenüber Gott keine Veränderung ein. Dagegen ist sie von dem gemeinsamen Leben entbunden. Dadurch werden auch die Gelübde der Armut und des Gehorsams etwas umgestaltet. Der Gehorsam ist dem Ordinarium zu leisten. Das Armutsgelübde findet seine Einschränkung durch die Führung eines eigenen Haushaltes mit den daraus entspringenden Rechten und Pflichten. Die Pflichten bleiben gleichfalls, soweit sie nicht aus dem gemeinsamen Leben fließen, also namentlich die Verpflichtungen der Can. 592; 593; 595 und 611. Das Ordenskleid müssen die Exklausurirten nach außen hin ablegen; dafür dürfen Kleriker, auch Minoristen und bloße Tonsurirte die klerikale Kleidung tragen; vgl. Can. 639. Alle nicht rein geistlichen Privilegien bleiben suspendiert Can. 639.

Brevier. Sind die exklausurirten Religiösen Majoristen, so müssen sie die Tagzeiten beten, und zwar nach dem *Kalendarium* der Ordensprovinz, wenigstens im Falle, daß sie bereits ewige Gelübde abgelegt haben Can. 585. Haben sie aber erst zeitliche Gelübde abgelegt, so können sie sich u. E. an beide Kalendarien halten: an das der Ordensprovinz und an das der eigenen Diözese (Can. 585) S. R. C. D. A. n. 2801 ad 1 und 2. Nur die Ordenskleriker (Nicht-Majoristen) und Klosterfrauen mit feierlichen Gelübden sind, wenn exklausuriert, zum privaten Breviergebet nach dem *Kalendarium* der Ordensprovinz verpflichtet Can. 610 § 3. Ist der exklausurierte Ordensmann Priester oder Kleriker, so kann der Bischof seines Aufenthaltes denselben zu geistlichen Funktionen zulassen, aber er vermag ihn der betreffenden Diözese niemals zu inkardinieren, da ja der „*exclaustratus*“ Mitglied seines Ordens bleibt.

Hat der *Ordinarium* Mitglieder von Diözesangenossenschaften exklausuriert Can. 638, so tut er am besten, sich an die Praxis des heiligen Stuhles zu halten, welche im Can. 639 niedergelegt ist.

IV. Die Säkularisierung (*saecularizatio*). Die Wirkungen der Säkularisierung werden im Can. 640 mit folgenden Worten beschrieben: „§ 1. Wer auf Grund eines Säkularisierungsindultes die Genossenschaft verläßt: 1) wird von seiner Genossenschaft ausgeschieden; muß die Ordenstracht nach außen hin ablegen; in Messe und Brevier, in Empfang und Spendung der heiligen Sakramente ist er den Weltleuten gleichgestellt; — 2) von den Gelübden ist er befreit, freilich bleiben die Verpflichtungen eines Majoristen; ledig ist er der Verpflichtungen des Breviergebetes auf Grund der Profess, der Regeln und Konstitutionen“. (Siehe S. 516.)

a) Ist die säkularisierte Ordensperson im *Laientand*, so sind ihre Pflichten und Rechte die eines katholischen Mannes bzw. einer katholischen Frauensperson; die Verpflichtungen aus den Gelübden, Regeln und Konstitutionen hören mit dem Klostersaustritt der säkularisierten Ordensperson auf, das gilt auch vom *Keusch-*

heitsgelübde, mag dasselbe ein feierliches oder einfaches gewesen sein; vgl. das Dekret „Redeuntibus“ der Konsistorialkongregation vom 25. Oktober 1918 n. 15 (AAS. X 485), Antw. v. 23. Dez. 1918 (AAS. 11, 18). — Wurde ein Ordensbruder oder eine Ordensfrau (Schwester) vor dem 19. Mai 1918 säkularisiert und enthielt das Reskript die Klausel „mit Aufrechterhaltung des ewigen Keuschheitsgelübdes“, so fiel diese Einschränkung mit Inkrafttreten des Kodex vom genannten Tage auf Grund des Can. 640 § 1 n. 2. — Bei Kongregationen des Diözesanrechtes (Can. 488 n. 3) hat auch der Ortsordinarius das Recht der Säkularisierung Can. 638. Liegt nun auch in seinem Indult die Dispens vom ewigen Keuschheitsgelübde mit eingeschlossen? Vergleicht man die drei Kanons 638—640 miteinander, so muß man sagen Ja. Dem Ortsordinarius schreibt Can. 638 für Institute des Diözesanrechtes die Säkularisierungsvollmacht zu. Während Can. 639 die Wirkungen der Exklausurierung nur seitens des Apostolischen Stuhles angibt, betont Can. 640 als Wirkung einer jeden Säkularisierung „A votis liberatus manet“, von den Gelübden ist er (der saecularizatus) befreit. Also hat auch die bischöfliche Säkularisierung diese Wirkung. Freilich war bisher bei den Dispensvollmachten des Bischofs „das ewige Keuschheitsgelübde“ ausgenommen, Konstitution „Conditae“ Leo's XIII. vom 8. Dezember 1900 § 1 n. 8, allein diese Einschränkung ist im Kodex nicht erwähnt, darum gilt Can. 6 nn. 1 und 6. Auch im Kapitel von den Gelübden ist keine Bestimmung enthalten, welche zwingend das Recht der Ortsordinarien ausschließt: im Gegenteil durch die Säkularisierung hören die vota auf, „publica“ (Can. 1308 § 1) zu sein, auch wurde das Keuschheitsgelübde nicht „einfachhin, absolute“ abgelegt, sondern nur im Zusammenhang mit dem Ordensstande (religio), also ist auch die Vollmacht des Can. 1309 nicht ausgeschlossen. Mindestens gelten die Cann. 15 und 19.

b) Haben die Religiösen die niederen Weihen oder wenigstens die Tonsur empfangen (Ordenskleriker), so bewirkt die Säkularisierung derselben ihre Versetzung in den Laienstand Cann. 640 § 1 n. 1; 669 § 2; denn wenn schon die entlassenen Ordenskleriker, welche doch durch die Gelübde verpflichtet bleiben, laisiert werden, um so mehr dann die säkularisierten, welche auch kein Gelübde mehr bindet.

c) Religiösen in den höheren Weihen („Religiösen-Majoristen“) bleiben den Pflichten ihrer höheren Weihen unterworfen, also namentlich den Pflichten des *Bölibotes* und *Breviergebetes* wie Majoristen des Weltpriesterstandes; die Pflichten des Ordensstandes sind verschwunden. Ein säkularisierter Ordenspriester erhielt im Jahre 1907 das Indult, sich um eine Säkularpfarrei bewerben zu dürfen; er möchte im Jahre 1919 sich um eine neue bewerben. Vom 19. Mai 1918 kann er dies ohne ein neues Indult; denn für ihn ist nach Can. 640 § 1 n. 2 das Gelübde der heiligen Armut aufgehoben.

Jeder säkularisierte Religiöse braucht zur Aufnahme in das Noviziat irgend einer Genossenschaft, auch der eigenen, ein Apostolisches Indult Cann. 542 n. 1 „Qui obstringuntur“; 640 § 2. Der in eine Genossenschaft auf-

genommene muß das Noviziat und die Profess durchmachen wie ein neues Mitglied und erhält den Rang unter den Professoren vom Tage der neuen Profess an Can. 640 § 2; vgl. Can. 578 n. 3.

V. Wirkungen der Säkularisation für Majoristen.
Wir sahen bereits, daß Majoristen nach der Säkularisierung nur mehr die Pflichten der Majoristen des Weltklerus haben. Aber haben sie auch das Recht, ihre Weihen auszuüben?

1) Wenn ein Ordensmajorist i. w. S. seine Diözese noch nicht verloren hat (bei zeitlichen Gelübden Can. 585), so kann und muß er, ledig seiner Gelübde entweder durch Nichterneuerung derselben oder durch Säkularisierung, in seine Diözese zurückkehren, wo ihn auch sein Ordinarius aufzunehmen hat. Hat er aber seine Diözese verloren, so kann er zwar (bei Säkularisierung) innerhalb seiner Genossenschaft die höheren Weihen ausüben, aber nicht außerhalb, bis er nicht entweder einen wohlwollenden Bischof für die Aufnahme gefunden hat oder der Apostolische Stuhl in anderer Weise Vorseeung trifft Can. 641 § 1; S. C. EE. et RR. decr. „Auctis admodum“ d. 4. Nov. 1892. — Ein Bischof kann einen (säkularisierten) Religiösen der höheren Weihen in doppelter Weise aufnehmen: a) bedingungslos und einfach; b) zur Probe auf drei Jahre. Nimmt der Bischof den Religiösen probeweise auf, so kann er die Probezeit auf weitere drei Jahre verlängern. Wird der Religiöse bedingungslos aufgenommen oder wird er während der einfachen oder verlängerten Probezeit aus der Diözese nicht entlassen, so ist er ohne weiteres (ipso facto) entweder mit der einfachen Aufnahme oder nach drei bzw. sechs Jahren der Diözese inkardinieren Can. 641 § 2. — Über die Einverleibung (incardination) handeln die Cann. 111—117, oben S. 135 f. Es empfiehlt sich, daß die einfache oder probeweise Aufnahme eines säkularisierten Religiösen schriftlich geschehe; wenigstens von der endgültigen Aufnahme in ein Bistum ist die Religiösenkongregation und die betreffende Genossenschaft zu verständigen. Durch die Säkularisierung verliert der Ordensmajorist auch den Weihetitel der heiligen „Armut“ (Can. 982 § 1) bzw. „des gemein-

samen Tafelgutes“, der „Kongregation“ (ibi § 2.) Der Majorist muß also einen neuen Titel sich verschaffen, wenn nicht der aufnehmende Bischof zur Ansicht kommt, daß bereits in anderer Weise für den genügenden Unterhalt gesorgt ist Can. 980 § 1 oben S. 152.

2) Wir sahen soeben, unter welchen Umständen ein säkularisierter Majorist seine Weihen ausüben darf. Doch hat der Kodex gewisse Beschränkungen festgesetzt, welche nur durch ein neues und besonderes Indult des Heiligen Stuhles gehoben werden können. Säkularisierte Professoren der höheren Weihen können nicht erlangen: a) irgend eine Pfründe in höheren und niederen Basiliken und in Kathedralkirchen; b) jegliches Lehramt oder jegliche Stellung in den größeren und kleineren Seminarien oder in Kollegien, in welchen Kleriker erzogen werden; ebenso an den Universitäten und Instituten mit dem Apostolischen Privileg, die akademischen Grade zu verleihen; c) jedes Amt oder jede Aufgabe an den bischöflichen Kurien (Ordinariaten) und in den Häusern der männlichen und weiblichen Religiosen, auch der Diözesankongregationen Can. 642 § 1.

Die Vorschriften des Can. 642 § 1 gelten nicht nur für die säkularisierten Religiosen, sondern auch für die exklaustrierten („quilibet professus, ad saeculum regressus“); ferner für gewisse Religiosen zwar ohne ewige Gelübde, aber mit gewissen Verpflichtungen, wenn sie wenigstens volle sechs Jahre durch dieselben gebunden waren, nämlich die Religiosen a) mit zeitlichen Gelübden; b) mit dem Beharrlichkeitsbilde; c) mit besonderen Versprechen nach Maßgabe ihrer Konstitutionen, wenn sie von diesen Verpflichtungen dispensiert wurden Can. 642 § 2.

1) „Basilika“ ist Ehrentitel einer Anzahl von Kirchen von hervorragender Bedeutung. Es gibt vier größere Basiliken (Basilicae maiores) in Rom: St. Johann im Lateran, St. Peter, St. Paul und St. Maria Maggiore; neun kleinere (b. minores) in Rom und nicht wenige auswärts, darunter Loreto, Lourdes, Mariazell, Altötting (die neue St. Annakirche), Ettal, Pribram (heiliger Berg in Böhmen), Granada (St. Johann von Gott FMS. 27, 594) u. a. — Unter Dom- oder Kathedralkirchen versteht man hier nach Can. 19 nur die wirklichen „ecclesiae cathedrales“, nicht die ehemaligen, auch wenn sie noch den

Titel führen. — Von größter Bedeutung ist die Ausschließung (auch vor dem 19. Mai 1918 CC. d. 24. Nov. 1920, AAS. 12, 575 n. V.) säkularisierter usw. Majoristen von allen äußeren und inneren Ämtern in allen religiösen Kongregationen und Orden, so daß also auch das Amt eines Beichtvaters, Spirituals, Kaplans, Offiziators, Kuraten usw. in diesen verboten ist. Dagegen kann ein solcher ehemaliger Ordenspriester *a u s n a h m e s w e i s e* Beichten der männlichen und weiblichen Religiösen wohl abnehmen gemäß Can. 519 und 522.

2) Unter „*quilibet professus, ad saeculum regressus*“ wird nicht verstanden: ein Majorist, der nur das *Noviziat* gemacht hat, oder ein Profess, dessen Gelübdeablegung *ungültig* war Can. 586. Dagegen halten wir den „*Erkläuerten*“ für eingeschlossen in Can. 642 § 1. Ebenso jenen Professoren, dessen Gelübde nach vollen sechs Jahren nicht mehr erneuert wurden. Einen „*Beharrlichkeitseid*“ legen die *Redemptoristen* ab; die *Ballottiner* dagegen „gewisse Versprechen nach Maßgabe der Konstitutionen“.

VI. Ansprüche der ausgetretenen Religiösen. 1) *Ausgetretene* Religiösen können für ihre der Genossenschaft gegenüber gemachten Leistungen *keinerlei Ansprüche* machen Can. 643 § 1. Der gleiche Kanon erklärt den Begriff „*Ausgetretene*“ näher: a) von Religiösen, welche nach Ablauf der Zeit ihre zeitlichen Gelübde nicht mehr erneuerten; b) von den säkularisierten Religiösen; c) von den entlassenen Religiösen Cann. 646—672. — Wir haben schon oben gesehen (S. 407), daß jeder Religiöse, ob mit feierlichen oder einfachen Gelübden, für seine Genossenschaft erwirbt, was er durch seine Tätigkeit verdient oder erwirbt Can. 580 § 2. Freilich wissen wir auch, daß die Aussteuer der Klosterfrauen oder Schwestern und das Eigentumsrecht aller einfachen Professoren unangetastet bleibt Can. 580 § 1. Daraus ergibt sich auch die Folgerung des Can. 643 § 1: Ansprüche aus ihrer *Tätigkeit* („*ob quamlibet operam religioni praestitam*“) gibt es für ausgetretene Religiösen nicht. Ihre Aussteuer wird den weiblichen Religiösen pünktlich verabsolgt, allen einfachen Professoren ihr Eigentum.

Diese Bestimmung des Kodex in den Cann. 580 § 2 und 643 § 1 soll allen Kandidaten und Kandidatinnen beim Eintritte ins Noviziat oder mindestens den Novizen vor der ersten Profess genau *erläutert* und zur *Unterschrift* vorgelegt werden. Geschieht das, so wird dieser gegenseitige Vertrag auch von den weltlichen Gerichten anerkannt, wie das geschah anfangs Februar 1904 durch das R. Landgericht München I in der 6. Zivilkammer. Die ehemalige Kandidatin J. Sch. W. klagte gegen die Generaloberin Eusebia Schmit als Vertreterin des Mutterklosters der Schulschwestern St. Jakob am Anger-München auf 1628 Mark Entschädigung für ungefähr vierjährige Wirk-

samkeit als Lehrerin im Kloster. Die erhobene Klage wurde als unbegründet kostenfällig abgewiesen, ohne daß das Gericht auf irgendwelche Beweiserhebungen eintrat.

2) Wurde jedoch eine Ordensfrau oder Schwester ausnahmsweise ohne Mitgift (Can. 547 § 4) aufgenommen und kann sie aus eigenem Vermögen nicht für sich aufkommen, so ist es eine Liebespflicht der Genossenschaft, die notwendigen Kosten für eine sichere und schickliche Heimreise zu leisten und angemessene Vorsorge zu treffen, daß die Religiöse wenigstens einige Zeit standesgemäß leben kann; diese Zeit wird am besten gegenseitig vereinbart oder im Falle des Widerstreites durch den Ortsordinarius (des Klosters vgl. Can. 1563) genauer festgesetzt. Das kirchliche Recht bestimmt eine Liebesgabe nur für weibliche Religiösen, und zwar nur im Falle des vollständigen Ausscheidens derselben Can. 643. Da die sämtlichen exklaustrierten Religiösen, auch die männlichen, der Genossenschaft noch angehören, so muß die Genossenschaft, wenigstens im Falle der Not, für deren standesgemäßen Unterhalt Sorge tragen vgl. Can. 671. Aber auch für die säkularisierten Ordensmänner i. w. S. dürfte die Liebespflicht des Can. 643 § 2 zuweilen Platz greifen, besonders dann, wenn sie ohne ihr besonderes Verschulden in diese Lage kamen; vgl. Brandhys n. 109 S. 36. Wie die Postulanten und Novizen, so sollten auch die Professoren wenigstens mit zeitlichen Gelübden die staatliche Alters- und Invaliditätsversicherung bezahlen bzw. weiter bezahlen.

B. Der unberechtigte Austritt.

Der unberechtigte Austritt aus einer Genossenschaft geschieht durch Abtrünnigkeit und Flucht. Wir wollen den Begriff, die Strafen und die Heilmittel näher kennenlernen.

I. 1) Die **Ordensabtrünnigkeit** (apostasia a religione) besteht darin, daß ein Professe der ewigen (feierlichen oder einfachen) Gelübde das Ordenshaus i. w. S. entweder ungesetzlich verläßt mit der Absicht, nicht mehr zurückzukehren oder gesetzlich verläßt, aber nicht zurückkehrt mit der Absicht, sich dem Ordensgehorsam zu entziehen Can. 644 § 1.

Diese schlimme Absicht wird rechtlich vorausgesetzt, wenn ein Religiöser innerhalb eines Monats (Can. 34 §§ 2 und 3 n. 3) weder zurückgekehrt ist noch den Willen zurückzukehren seinem Obern kundgegeben hat Can. 644 § 2.

Erläuterung: a) Die Abtrünnigkeit (apostasias) kann eine dreifache sein: a) vom Glauben (a fide Can. 1325 § 2); β) von der Weihe (ab ordine Can. 2379); γ) von der religiösen Genossenschaft (a religione Cann. 644; 645); nur mit letzterer haben wir es hier zu tun. — b) Auch ein Professe mit zeitlichen Gelübden kann apostasieren, allein der Roderx faßt den Begriff enger von Professoren der ewigen Gelübde. — c) Die Abtrünnigkeit erfordert stets zwei Voraussetzungen: das Verlassen des Ordenshauses und die Absicht nicht mehr zurückzukehren. Dieses Verlassen kann ein gesetzliches und ungesetzliches sein. Ist die Absicht, nicht mehr zurückzukehren, nach außen hin klar vorliegend, so ist die Abtrünnigkeit sofort gegeben. Da jedoch die Absicht in der Seele des Religiösen liegt und oft nicht klar zutage tritt, so gibt Can. 644 § 2 eine Präsump tion an die Hand: Die ungerechtfertigte Abwesenheit während eines Monats, welche weder persönlich noch brieflich durchbrochen wurde. Kann der Religiöse nachweisen, daß er die Verbindung mit seinem Kloster oder seiner Genossenschaft nicht gewinnen konnte, so fällt die Rechtsannahme.

Ein Ordensmann erhielt die Erlaubnis, zur Beerdigung seines Vaters zu reisen, und zwar auf vierzehn Tage. Der Religiöse blieb vierzig Tage aus, während welcher er niemals eine Zeile an sein Kloster schrieb. Er legte nach acht Tagen seinen Ordenshabit ab und tat Schritte, sich dem Militärstande zu widmen, gab aber seine Austrittsabsicht niemandem kund. War der Ordensmann verhindert zu kommen und zu schreiben, so fällt die Präsump tion. Aber auch im anderen Falle gilt er nicht als Ordensapostat; denn seine Absicht, nicht mehr zurückzukehren, hat er keinem gegenüber klar ausgesprochen; seine ungesetzliche Abwesenheit aber betrug nur sechsundzwanzig Tage; darum kann er als Flüchtling betrachtet werden, nicht als Abtrünniger. — Eine Kongregationschwester hatte um Entlassung gebeten. Nach längerem Zögern übergab ihr die Generalassistentin ihre Zeugnisse und die weltliche Kleidung zurück, was die Schwester durch Unterschrift bestätigen mußte. Daraufhin verließ die Religiöse das Ordenshaus und kehrte in die Heimat zurück im guten Glauben, sie sei entlassen. Nach Monaten erhielt sie einen Bescheid, sie sei eine Abtrünnige der Kongregation. Das Urteil ist unrichtig, da die Schwester ihren Austritt für gesetzmäßig hielt.

2) **Flüchtling** (fugitivus) ist, wer ohne Erlaubnis der Obern das Ordenshaus verläßt, willens wieder zurückzukehren Can. 644 § 3. Auch hier kann das Verlassen gesetzmäßig, das längere Verweilen aber ungesetzlich sein. Geht jedoch dieses Verweilen über einen Monat, so muß der Religiöse die Absicht zurückzukehren beweisen.

II. Strafen des Apostaten und des Flüchtlings. 1) Eine besondere Abtrünnigkeit wird im Can. 646 erwähnt und geahndet (das ungesetzliche Verlassen des Ordenshauses mit einer Person des anderen Geschlechtes). Davon abgesehen gelten folgende Strafen l. s.: a) die Exkommunikation (Kirchenbann); b) die Ausschließung von den kirchlichen Ehrenrechten (Can. 2256 n. 2); c) die Beraubung aller Ordensprivilegien (vgl. Can. 616); d) der beständige Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts (oben S. 321 f.) Außerdem können ihn die Obern mit Strafen f. s. gemäß den Konstitutionen nach der Schwere der Schuld belegen Can. 2385. Die erwähnte Exkommunikation ist bei allen laikal und nicht exempten Genossenschaften dem Ordinarius des Aufenthaltes der Abtrünnigen vorbehalten, sonst, also bei den exempten geistlichen Männerorden (Männerkongregationen), dem eigenen höheren Obern ibidem.

2) Für den Flüchtling bestimmt Can. 2386 zwei Strafen l. s.: a) die Amtsentziehung, wenn der Religiöse eines inne hatte; b) bei den Majoristen die dem höheren Obern der Genossenschaft vorbehaltene Suspension (Can. 2279 § 1). Außerdem ist er nach seiner Rückkehr den Konstitutionen gemäß zu bestrafen f. s. oder, wenn diese schweigen, nach dem abwägenden Ermessen des höheren Obern.

III. Heilmittel. Das erste Heilmittel für einen Abtrünnigen oder Flüchtling soll sein das Bewußtsein „daß sie von der Verpflichtung der Regel und der Gelübde keineswegs gelöst werden und sie die Pflicht haben, ohne Verweilen zur Genossenschaft zurückzukehren“ Can. 645 § 1. — Das zweite Heilmittel muß von den Obern ausgehen: „Die Obern müssen sie (die Abtrünnigen oder Flüchtlinge) mit Sorge wieder suchen (Xf 15, 4 ff.) und sie, wenn wahre

Bußgesinnung sie treibt, aufnehmen. Die Rückkehr einer abtrünnigen oder flüchtigen Klosterfrau (Can. 488 n. 7) aber besorge behutsam der Ortsordinarius und, wenn es sich um ein exemptes Frauenkloster handelt, auch der zuständige Ordensobere“ Can. 645 § 2. „Der Ortsordinarius muß sich der abtrünnigen oder flüchtigen Klosterfrauen annehmen“; welcher Ortsordinarius: der Ordinarius des Klosters oder des Aufenthaltes der Klosterfrau? Für beides sprechen Gründe: für den Ordinarius des Klosters schon die Zusammenstellung mit dem Ordensobern im Can. 645 § 2. Allein der Ordinarius des Aufenthaltes der Klosterfrau scheint den Vorzug zu verdienen; ihm ist ja auch die Exkommunikation im Can. 2385 reserviert; er steht ihr nahe, auch durch seine Priester. Deshalb dürfte die Sorge des Ortsbischofs auch auf alle weiblichen Religiösen dieser Art auszudehnen sein, wenn auch der Ausdruck „monialis“ nur die eigentlichen Nonnen trifft, deren Obern ja durch die Klausurgeetze mehr behindert sind. — Wenn nun die Abtrünnigen hartnäckig bleiben; wenn sie alle Strafen und Mahnungen in den Wind schlagen? In diesem Falle muß gegen sie vorgegangen werden bis zur Entlassung, ein Kapitel, das uns nunmehr beschäftigen soll.

§ 28. Die Entlassung der Religiösen.

Der Kodex behandelt diesen schwierigen Gegenstand in vier Kapiteln mit einer Vorbemerkung. Die Vorbemerkung enthält die Fälle, welche den Religiösen ohne förmliche Entlassung von selbst ausschließen. Die drei ersten Kapitel bieten das Vorgehen bei der Entlassung von Religiösen: a) der zeitlichen Gelübde; b) der ewigen Gelübde in Laikal- und in nicht exempten Klerikalgenossenschaften; c) der ewigen Gelübde in exempten Klerikalgenossenschaften. Das vierte Kapitel behandelt die Rechtsverhältnisse der Entlassenen. Da das dritte Kapitel wichtige Punkte darlegt (Cann. 656—662), welche in gleicher Weise für das zweite Kapitel gelten, so empfiehlt sich eine Umstellung in folgender Weise: 1) die selbstverschuldete Entlassung; 2) die Entlassung von Religiösen der exempten Klerikalgenossenschaften; 3) die Entlassung von Religiösen der Laikal- und nicht exempten Klerikalgenossen-

schaften; 4) die Entlassung der Religiösen mit zeitlichen Gelübden; 5) die Rechtsverhältnisse der Entlassenen.

A. Die selbstverschuldete Entlassung von Rechts wegen.

Es gibt gewisse Vergehen, welche einen Religiösen mit vollbrachter Tat (*ipso facto*) ohne weiteres Entlassungsvorgehen aus der Genossenschaft ausschließen, so daß er sofort als rechtmäßig entlassen gilt. Indes ist auch hier ein Erklärungsverfahren vonnöten. Der höhere Obere (Can. 488 n. 8) mit seinem Kapitel oder seinem Rat nach Maßgabe der Konstitutionen muß eine Erklärung des Tatbestandes erlassen und dafür sorgen, daß die gesammelten Tatbeweise im Archiv des Hauses aufbewahrt werden Can. 646 § 2. Die Vergehen sind folgende drei: 1) die öffentliche Abtrünnigkeit (*apostasia*) vom katholischen Glauben; 2) die Flucht eines männlichen Religiösen, unternommen mit einer Frauensperson, und jene einer weiblichen Religiösen mit einer Mannsperson; 3) die ungültige oder gültige Schließung einer Ehe auch durch Eingehung der sogenannten „Zivilehe“ Can. 646 § 1. Diese Fälle waren schon vorgesehen in dem Dekret der Religiösenkongregation „*Quum singulae*“ vom 16. Mai 1911 (AAS. III 235; ME. 23, 156—159) n. 18; nur die „Abtrünnigkeit von der Genossenschaft (*apostasia a religione*)“ fiel im Roder weg.

Wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes müssen die einzelnen Ausdrücke genauer erklärt werden. 1) Unter dem Begriff „*Publici apostatae a fide catholica*“ fallen zunächst die „vom christlichen Glauben Abgefallenen“ Can. 1325 § 2, mögen sie sich einer nicht-christlichen Glaubensgesellschaft angeschlossen haben oder nicht (vgl. Can. 2314 § 1 n. 3), dann aber auch alle, welche durch Leugnung oder Anzweiflung eines Dogmas der katholischen Kirche „vom katholischen Glauben abtrünnig wurden“, also die Häretiker, aber nicht die Schismatiker. Das Vergehen muß „öffentlich sein“, also nicht nur äußerlich, sondern äußerlich bekannt, vgl. Can. 1037. — 2) „*Religiosus, qui fugam arripuerit cum muliere; aut religiosa quae cum viro*“ Can. 646 § 1 n. 2. Es genügt: a) die Flucht, auch mit der Absicht zurückzukehren Can. 644 § 3; b) die unternommene Flucht, „*arripuerit*“, auch wenn sie später unterbrochen oder wenigstens mit der Person anderen Geschlechtes aufgegeben wurde. c) Wurde dagegen die Ordensperson i. v. S. von einem Kinde begleitet, welches das Alter von vierzehn bzw. zwölf Jahren nicht vollendet hatte Cann. 2230; 88 § 2, oder von einem nächsten Verwandten, namentlich Blutsverwandten der geraden Linie oder des ersten Grades der Seitenlinie, so tritt das Charakteristische „der Flucht mit einer Person des anderen Geschlechtes“

in den Hintergrund; es ist vielmehr eine Flucht, gesichert von einer anderen Person. — 3) Schließen männliche und weibliche Religiösen eine Ehe, auch durch den bloßen bürgerlichen Akt, so tritt der sofortige Ausschluß immer ein, mag die Eheschließung günstig oder ungünstig sein: „Attentantes aut contrahentes matrimonium aut etiam vinculum, ut aiunt, civile“. Nur wenn die Zustimmung der Ordensperson fehlte, namentlich wegen Zwangs oder schwerer Furcht, so treten die Folgen nicht ein Cann. 2205 §§ 1 und 2; 2218; 103. War das Gelübde der Ordensperson ein feierliches, so trifft sie bei schwerer Sünde und Kenntnis der Strafe die dem Apostolischen Stuhle vorbehaltene Exkommunikation Can. 2388 § 1; war die Profess jedoch eine ewige, aber einfache, so ist die eintretende Exkommunikation dem Ordinarius reserviert ibi § 2.

B. Entlassung von Religiösen exempter Klerikalgenossenschaften mit ewigen Gelübden.

Ein Ordensmann mit ewigen (feierlichen oder einfachen) Gelübden in einer exempten Klerikalgenossenschaft soll nur auf Grund eines Prozesses entlassen werden; jedes gegenteilige Privileg ist widerrufen Can. 654, welcher zwei Ausnahmen zuläßt: a) die Entlassung von Rechts wegen mit vollbrachter Tat nach Can. 646 (oben A.); b) die vorläufige Entlassung wegen schweren äußeren Argernisses oder sehr schweren Schadens, welcher der Kommunität droht, mit Nachholung des ordentlichen Prozesses auf Grund der Cann. 668; 653. Der Prozeß umfaßt folgende Richtlinien: 1) Gerichtshof; 2) Voraussetzungen; 3) prozessuales Vorgehen; 4) außerordentliche Fälle.

I. Der Gerichtshof. Zum Entlassungsurteil ist zuständig: der oberste Leiter der Genossenschaft (General) bzw. der monastischen Kongregation (Abtpräses Statuta CBB. n. 40) mit seinem Rat oder Kapitel, bestehend aus wenigstens vier Religiösen. Wenn einige Räte abgehen, so ergänzt sie der Vorsitzende durch Wahl mit Zustimmung der Mitglieder des Kollegialgerichtshofes Can. 655 § 1. Mit der gleichen Zustimmung bestellt er den kirchlichen Anwalt (promotor iustitiae), welcher Mitglied der Genossenschaft sein muß Cann. 655 § 2; 1589 § 2.

Das Gerichtskollegium besteht also mindestens aus fünf Mitgliedern (ein Präses, vier Räte). Can. 655 § 1 setzt voraus („de consensu aliorum qui constituunt“), daß mindestens zwei Mitglieder im Rat oder Kapitel vorhanden sind. „Der kirchliche Anwalt“ muß durch Kenntnis des Rechts, Klugheit und Unbestechlichkeit hervorrangen Can. 1589 § 1.

II. Die Voraussetzungen des Prozeßbeginnes sind drei: „Schwere äußere Vergehen (Verbrechen) entweder gegen das gemeine oder das Sonderrecht der Religiosen; — Mahnungen; — Ausbleiben der Besserung“ Can. 656.

1) Soll man gegen einen Ordensmann vorgehen können, so müssen mindestens drei Vergehen vorliegen, und zwar a) drei Vergehen derselben Art, z. B. gegen den Glauben; b) drei Vergehen auch verschiedener Art, z. B. gegen den Glauben, die Sittlichkeit, die Gerechtigkeit, aber solche, welche in ihrer Gesamtheit den im Bösen verhärteten Willen dartun; c) drei Vergehen, welche zwar aus einem bleibenden Vergehen bestehen, das jedoch durch die eingehaltenen Mahnungen zu einem dreifachen wird, z. B. Abtrünnigkeit vom Orden (Can. 644 § 1).

2) Die Mahnungen, welche hier in Frage kommen, sind nicht etwa „väterliche, brüderliche“, sondern rechtliche. a) Darum setzen sie sichere Grundlagen voraus, nämlich, daß das Vergehen allgemein bekannt ist (delictum notorium), oder daß es feststeht durch ein außergerichtliches Bekenntnis oder durch andere genügende Beweise, welche die vorangehende Untersuchung darbietet Can. 658 § 1. Über diese gerichtliche Voruntersuchung geben eingehenden Aufschluß die Cann. 1939 bis 1946. — b) Die gesetzmäßige Mahnung muß geschehen von dem unmittelbaren höheren Obern (Abt, Provinzial) in eigener Person oder durch einen Beauftragten. Wie der Obere sie vor der Klarlegung des Vergehens (Can. 658 § 1) nicht erteilen kann, so kann er auch keinen anderen hierzu bevollmächtigen. Wird die Bevollmächtigung ausdrücklich für alle Mahnungen oder allgemein oder nur für die erste erteilt, sie gilt doch immer für alle beide Can. 659. — c) Zwei Mahnungen müssen vorhanden sein, je eine für die beiden ersten Vergehen; zieht sich aber ein Vergehen in die Länge, oder ist es andauernd (z. B. die ungesetzliche Abwesenheit), so muß zwischen der ersten und zweiten Mahnung der volle Zwischenraum von wenigstens drei Tagen liegen Can. 660. Dieser Zwischenraum ist zu berechnen nicht nach der Abgabe, sondern nach dem sicheren Empfang der Mahnung. — d) Den Mahnungen füge der Obere passende Ermunterungen und Zurechtweisungen an; lege dazu

Bußen und andere Strafmittel auf, welche geeignet erscheinen zur Besserung des Schuldigen und zur Beseitigung des Argernisses Can. 661 § 1. Außerdem ist der Obere gehalten, dem Schuldigen die Gelegenheit des Rückfalles aus dem Wege zu räumen, wenn nötig auch durch Versetzung in ein anderes Haus, wo die Überwachung leichter und die Gelegenheit zu Verfehlung entfernter ist ibi § 2. Mit den einzelnen Mahnungen sei stets verbunden die *Androhung der Entlassung* ibi § 3.

Die Mahnungen mit Androhung der Entlassung sind *juridische Mittel*; die übrigen Maßregeln gehören mehr in das Gebiet der klösterlichen Pastoral. Die Rechtsmittel müssen so angewendet werden, daß der Obere auch ein Zeugnis hierfür aufweisen kann, welches im Geheimarchiv des Ordens oder der exempten Kongregation aufzubewahren ist Can. 2309. Die „*exhortationes*“, Ermunterungen bestehen in einem väterlichen Zureden, während die „*correctiones*“ das Verfehlen darlegen und auf Besserung hinweisen; „Bußübungen, *poenitentiae*“ werden im Can. 2313 aufgezählt und die „Strafmittel, *remedia poenalia*“ in den Cann. 2306—2311.

3) Das *Fehlen der Besserung* ist anzunehmen: a) wenn bei mehrfachen Vergehen nach der zweiten amtlichen Mahnung eine erneute Verfehlung vorgekommen ist; b) wenn bei einem einheitlichen Vergehen keine Besserung eintrat. Jedenfalls müssen nach der zweiten und letzten Mahnung mindestens 6 Tage bis zum weiteren Einschreiten zugewartet werden Can. 662.

III. Prozessuelles Vorgehen. 1) *Einsendung der Akten.* Wurden alle Mahnungen und Zurechtweisungen in den Wind geschlagen, so soll der unmittelbare höhere Obere (Abt, Provinzial) alle erwachsenen Akte und Dokumente sammeln, um sie dem obersten Leiter des Ordens oder der (monastischen) Kongregationen zu übersenden Can. 663. Nicht vergessen darf der unmittelbare Obere, den Schuldigen protokolларisch zu vernehmen oder seine schriftlichen Bemerkungen in der Sache zu sammeln, um sie dem obersten Ordensgerichte vorlegen zu können, vgl. Can. 665.

2) *Tätigkeit des kirchlichen Anwalts* (promotor iustitiae). Vom General oder Abtpräses bekommt der kirchliche Anwalt alle Akten zur Prüfung und zu entsprechenden Vorschlägen Can. 663. Wenn dieser die Akten studiert, und wenn notwendig, ergänzt hat, so kann er die *Klage ablehnen* oder *vorschlagen*. Im ersten

Falle steht dem Abt oder Provinzial das Recht zu, sich an die heilige Kongregation der Ordensleute zu wenden. Im zweiten Falle wird der Prozeß aufgenommen Can. 664 § 1. Für die Führung auch dieses Prozesses gelten nach Can. 664 § 1 die allgemeinen Normen, wie sie im vierten Buche des Roder (Can. 1552—2194), besonders vom Can. 1608 an niedergelegt sind; vgl. auch Can. 1933 sqq.

3) Das Urteil. Der Ordensgerichtshof prüft auf Grund der Ausführungen des Anwaltes (*promotor iustitiae*) und des Schulbigen die obigen drei Voraussetzungen (*crimina; monitiones; defectus emendationis*) und fällt, wenn sie gegeben sind, das Entlassungsurteil Can. 665. Doch erlangt dieses keine Rechtskraft und kann darum nicht zur Ausführung gelangen, bevor es nicht von der Religiosenkongregation bestätigt ist; an diese muß der Vorsitzende das Urteil samt dem Aktenmaterial möglichst bald hinübergeben Can. 666.

IV. Außerordentliche Fälle. Zwei außerordentliche Fälle sind nach dem Roder zu würdigen: a) der Fall der weiten Entfernung; b) der Fall dringender Not.

1) Für entfernte Gebiete können die Generalobern mit Zustimmung ihres Rates oder Kapitels auch in gewöhnlichen Fällen die Entlassungsvollmacht anderen Religiosen übertragen Can. 667. Dieser Kanon fordert: a) ein Kollegium von wenigstens drei Richtern, ausgezeichnet durch Tüchtigkeit und Klugheit; b) die Aufstellung eines kirchlichen Amtsanwaltes; c) die Einhaltung des Prozeßweges der Cann. 663—666; d) die Bestätigung der Religiosenkongregation Cann. 667 und 666. — Gebiete können entfernt sein nicht nur durch geographische Lage, sondern auch durch die Schwierigkeit des Verkehrs mit dem Generalate, z. B. die Gebiete der Mittelmächte gegenüber Rom (vor der Durchführung des Friedensschlusses).

2) Der Fall dringender Not ist nach Cann. 668 und 653 gegeben: a) bei schweren äußeren Argernissen; b) bei sehr schwerer Schädigung, welche der Kommunität droht Can. 653. Das Argernis ist nur dann ein äußeres (*scandalum exterius*), wenn der Anstoß über die Klostermauern hinausdringt; denn jedes Argernis ist schon an sich ein äußeres. (Man denke an den Fall *Macoch* in Czern-

stochau). Die Schädigung könnte namentlich dadurch zu fürchten sein, wenn die Volksmenge das Verbrechen eines einzelnen zum Vorgehen gegen das ganze Kloster ausbeutete. Sind diese Fälle gegeben oder zu befürchten, so ist das Vorgehen folgendes: Zuständig ist zunächst der unmittelbare höhere Obere, z. B. der Provinzial; dann wenn die Zeit drängt und Gefahr auf Verzug ist, auch der Lokalobere mit Zustimmung seines Rates. Der schuldige Religiose wird zurück in die Welt geschickt mit sofortiger Ablegung seines Ordenskleides. Doch wird der ordentliche Prozeß nach Cann. 663 sqq. sofort aufgenommen, wenn es noch nicht geschehen war Can. 668.

C. Die Entlassung der sonstigen Religiosen mit ewigen Gelübden.

Wie Religiosen mit ewigen Gelübden in exempten Klerikalgenossenschaften zu entlassen sind, haben wir soeben kennen gelernt. Es bleibt also zu behandeln die Entlassung männlicher Religiosen mit ewigen Gelübden: a) in nicht-exempten Klerikalgenossenschaften; b) in exempten und nicht-exempten Laiikalgenossenschaften Cann. 649; 650; 653; und die Entlassung sämtlicher weiblicher Religiosen mit ewigen Gelübden Cann. 651—653.

I. Die Entlassung der Religiosen mit ewigen Gelübden in nicht exempten Klerikalgenossenschaften.

1) Die Voraussetzungen sind die gleichen wie oben (B. II) Cann. 649; 656—662.

2) Das Verfahren ist nicht das streng prozeßmäßige, sondern das **summarische** oder **außergerichtliche**. a) Wenn der oberste Leiter der Genossenschaft mit seinem Rate sich von dem Vorhandensein der Voraussetzungen überzeugt hat, so kommt es zur **Abstimmung** über die Entlassung. Ist nur die geringere Zahl der Stimmen für die Entlassung, so kommt diese in Wegfall. Ist jedoch der größere Teil der Abstimmenden für die Entlassung, so ist der weitere Weg verschieden, je nachdem die Genossenschaft dem Diözesan- oder päpstlichen Rechte (Can. 488 n. 3) angehört Can. 650. — b) Ist die Genossenschaft **bischöflichen** Rechtes, so hat die Entscheidung nach

bestem Wissen und Gewissen, sowie nach Maßgabe des Can. 647, der Ordinarius jenes Ortes zu fällen, in dem das Ordenshaus des Professen liegt Can. 650 § 2 n. 1. — c) Bei Genossenschaften des päpstlichen Rechtes erläßt der oberste Leiter (General) selbst das Entlassungsdekret, welches aber nur durch Zustimmung des Apostolischen Stuhles rechtskräftig wird ibi n. 2. — d) Dem fraglichen Religiösen darf wie im Vorverfahren so in der Hauptverhandlung das freie Recht nicht geschmälert werden, seine Gründe darzulegen; seine Antworten müssen in den Akten getreu wiedergegeben werden ibi § 3.

II. Die Entlassung der Religiösen mit ewigen Gelübden in **sämtlichen Saitalgenossenschaften** ist ganz die gleiche.

III. Die Entlassung von **weiblichen Religiösen** mit ewigen Gelübden. Hier kommen in Frage weibliche Religiösen mit feierlichen und einfachen ewigen Gelübden Can. 651 § 1. Auch hier haben wir die Voraussetzungen und das Verfahren zu würdigen.

1) **Voraussetzungen.** „Verbrechen; — Mahnungen; — Unverbesserlichkeit“ sind zwar nicht ausdrücklich genannt (wie in den Cann. 656—662 und 649), aber angedeutet. Can. 651 § 1 verlangt a) „äußere gewichtige Gründe“, d. h. gewichtige Gründe, welche im äußern Leben der Kommunität hervortreten; b) damit verbunden eine solche „Unverbesserlichkeit, daß die Hoffnung auf Vernünftigwerden verschwunden ist“ (vgl. Can. 662); c) eine vorangehende Probezeit („experimento prius habito“), welche dem Mahnverfahren der Cann. 658—661 entspricht. — Die Vorsteherin hat ein schriftliches oder protokollarisches Urteil über diese drei Punkte abzugeben, wobei jedoch die Gründe und Gegenäußerungen der Klosterfrau oder Schwester gewissenhaft anzugeben sind Cann. 651; 650 § 3.

2) **Verfahren.** a) Bei Schwestern des Diözesanrechtes hat der Ordinarius des Hauses der Ordensschwester die Entlassungsgründe zu prüfen und das Entlassungsdekret zu fällen Can. 652 § 1.

b) Bei den Klosterfrauen hat der Ortsordinarius alle Akten und Beweismittel an die heilige Religiösenton-

gregation einzufenden mit seinem Gutachten allein, wenn die Klosterfrauen unter ihm oder unter dem Apostolischen Stuhle stehen, vgl. Can. 512 § 1 n. 1; mit seinem und des Regularobern Gutachten, wenn das Kloster den Regularen unterworfen ist Can. 652 § 2.

c) Bei den übrigen weiblichen Religiosen des päpstlichen Rechts soll die Generaloberin die ganze Angelegenheit in gleicher Weise der heiligen Kongregation vorlegen mit dem gesamten Akten- und Beweismaterial Can. 652 § 3.

d) In beiden Fällen (b und c) wird die Religiosenkongregation das Ersprießlichste entscheiden mit der im Can. 643 § 2 beschriebenen Fürsorge (Liebesgabe für ausgetretene oder entlassene Klosterfrauen oder Schwestern) Can. 652 § 3.

IV. Dringender Fall Can. 653. „Der dringende Fall“ wurde bereits oben (B IV. n. 2) dargelegt; er entspringt der begründeten Furcht schweren Argernisses oder sehr großen Schadens für die Kommunität. Das Vorgehen bei Laiikal- und nicht exempten Klerikalgenossenschaften, weil etwas verschieden von dem des Can. 668, soll hier dargelegt werden. „Der Religiöse kann sofort vom höheren Obern mit Zustimmung seines Rates — oder auch, wenn Gefahr auf Verzug und der Refurs an den höheren Obern wegen Kürze der Zeit unmöglich ist, vom Lokalobern mit Zustimmung seines Rates und des Ortsordinarius unter sofortiger Ablegung des Ordenskleides fortgeschickt werden; freilich muß die Sache unverweilt durch den Ordinarius selbst oder durch den höheren Obern, wenn ein solcher vorhanden ist, dem Urteil des Heiligen Stuhles vorgelegt werden“ Can. 653.

Man beachte die Unterschiede zwischen dem Verfahren des Can. 653 und 668: a) Bei Can. 653 Beteiligung des Ortsordinarius; bei Can. 668 nicht. b) Hier (668) die Nachholung des eigentlichen Prozesses; dort (653) nur die Übergabe an den Heiligen Stuhl. — Indes erscheint uns bei dem außerordentlichen Vorgehen des Can. 653 die Übergabe der Akten an den Apostolischen Stuhl dann nicht notwendig zu sein, wenn dem Ortsordinarius das endgültige Entscheidungsrecht vorbehalten ist Cann. 651 § 2 n. 1; 652 § 1 (Kongregationen des Diözesanrechtes). — Daß Can. 653 auch für Frauenorden und weibliche Kongregationen Geltung hat, ergibt sich aus der Natur der Sache und aus Can. 490.

D. Die Entlassung der Religiösen mit zeitweiligen Gelübden.

Ein dreifacher Gegenstand beschäftigt uns hier: a) der zuständige Obere; b) das Vorgehen; c) die Entlassung nach Ablauf der Zeit. — Religiösen, welche vor dem 19. Mai 1918 den feierlichen endgültigen einfache ewige Gelübde vorausschickten, kommen hier nicht in Frage Can. 10; CC. d. 16. Oct. 1919 (AAS. 11, 476 f.).

I. Der zuständige Obere. 1) In allen M ä n n e r o r d e n und in a l l e n Kongregationen des p ä p s t l i c h e n Rechtes ist zur Entlassung eines Religiösen mit zeitlichen Gelübden zuständig der oberste Leiter der Genossenschaft (G e n e r a l) oder der A b t eines selbständigen Klosters, beide mit Z u s t i m m u n g ihres Rates, welche in geheimer Abstimmung erfolgt Can. 647 § 1.

2) Wenn es sich um O r d e n s f r a u e n (Can. 488 n. 7) handelt, so ist zuständig der O r t s o r d i n a r i u s auf Grund des schriftlichen Berichtes, welchen die Kloster-vorsteherin mit ihrem Rate über die Gründe der beantragten Entlassung fertigte; — oder bei Frauenklöstern, welche unter den Regularen stehen, der O r d e n s o b e r e auf Grund der gleichen Voraussetzung Can. 647 § 1.

3) In männlichen und weiblichen Kongregationen des D i ö z e s a n r e c h t s ist zuständig der O r d i n a r i u s jenes Ortes, an welchem das Ordenshaus des Kongregationsmitgliedes gelegen, freilich soll er von seinem Rechte keinen Gebrauch machen ohne Wissen der Kongregationsvorsteherin oder trotz ihres berechtigten W i d e r s p r u c h s Can. 647 § 1.

II. Das Vorgehen Can. 647 § 2. Die berechtigten Obern können einen Religiösen mit zeitlichen Gelübden ohne Verletzung einer schweren Gewissenspflicht nicht entlassen, wenn nicht s c h w e r w i e g e n d e G r ü n d e vorhanden sind, welche dem Religiösen mitgeteilt werden müssen.

1) Die s c h w e r w i e g e n d e n G r ü n d e können auf seiten der Genossenschaft liegen oder auf seiten des Religiösen. „Mangel des O r d e n s g e i s t e s“, der anderen zum Argernis gereicht, ist ein genügender Entlassungsgrund dann, wenn wiederholte Mahnungen, vereint mit heilsamen Bußen umsonst waren.

Schwache Gesundheit ist kein hinlänglicher Grund; außer es steht fest, daß dieser Umstand vor der Profess trügerischer Weise verschwiegen oder verdeckt („dissimulatam fuisse infirmam valetudinem“) wurde Can. 647 § 2 nn. 1 und 2; 637.

2) Verfahren. a) Der entlassende Obere muß die Gründe mit Sicherheit kennen, obwohl ein eigentliches Gerichtsverfahren hierzu nicht erforderlich ist. Dem Ordensmitglied i. w. S. müssen die Gründe stets eröffnet werden, damit er Gelegenheit habe, mit voller Freiheit sich dazu zu äußern; auch diese Bemerkungen müssen dem entlassenden Obern getreu vorgelegt werden Can. 647 § 2 n. 3. — b) Das Entlassungsdekret muß dem Religiösen zugestellt werden, da er das Recht besitzt, gegen dasselbe Rekurs zum Apostolischen Stuhl zu ergreifen, und zwar mit aufschiebender Wirkung ibi n. 4. — c) Werden weibliche Religiösen entlassen, so soll auch die Liebesgabe für ihr demnächstiges Fortkommen geregelt werden ibi n. 5 und Can. 643 § 2.

III. Die Entlassung nach Ablauf der Gelübdezeit Can. 637. Wenn die Zeit (drei Jahre, ein Jahr) der Gelübedauer abgelaufen ist, so ist die Entlassung leichter: a) Die Genossenschaft selbst kann dem Religiösen die Zulassung zur Wiederholung der zeitlichen oder die Ablegung der ewigen Gelübde verweigern, die Tätigkeit des Ortsordinarius wird nicht benötigt. Wer in der Genossenschaft dieses Recht besitzt, bestimmen die Konstitutionen. b) Statt der gewichtigen Gründe genügen hier rechtmäßige und vernünftige Gründe. Dieselben sollen selbstverständlich auch dem Religiösen mitgeteilt werden, damit er an den höheren Obern oder an den Apostolischen Stuhl Berufung (Rekurs) ergreifen kann, wenn er sich wahrhaft benachteiligt fühlt. c) Auch hier genügt der Grund einer schwachen Gesundheit für sich nicht, wenn nicht trügerische Vorspiegelungen eine gute Gesundheit vortäuschten Can. 637; 647 § 2 n. 2.

Eine Jungfrau aus Deutschland kam mit anderen Mädchen nach Afrika, trat in eine Ordenskongregation ein, wo sie den Statuten gemäß die ewigen Gelübde ablegte. Das Klima bewirkte bei ihr Störungen der Gehirntätigkeit, so daß die Obern die Kranke in eine Heilanstalt der Heimat brachten, wo sie für das erste Jahr bezahlten, später aber sich

nicht mehr kümmern, bzw. wegen des Krieges nicht mehr sorgen konnten. Die Jungfrau hat durch Täuschungen oder Vorpiegelungen guter Gesundheit niemals geklagt. — Nach dem Rodez ist diese Person Ordensschwester *nach wie vor* der Krankheit; sie konnte weder nach Ablauf ihrer zeitlichen Gelübde (Can. 637) noch während der Dauer derselben (Can. 647 § 1) wegen des „*Trüb sinnes*“ entlassen werden, noch viel weniger nach den *ewigen* Gelübden. Die Person ist verpflichtet in das afrikanische Kloster zurückzukehren oder, wenn dies der Gesundheit wegen nicht rätlich erscheint und ein Haus dieser Genossenschaft in Deutschland (Europa) nicht besteht, so muß sie oder die Genossenschaft das Dekret der Exlaustration oder Säkularisation vom Apostolischen Stuhle erbitten mit Leistung eines *Unterhaltbeitrages*, der jedoch nicht nur auf Liebespflicht Can. 643 § 2, sondern auch auf jener der Gerechtigkeit beruht. — In einem Frauentloster wurde eine Nonne mit ewigen (aber nicht feierlichen) Gelübden plötzlich von *epileptischen Anfällen* heimgesucht, eine große Aufregung für das geschlossene Kloster. Die Klosterfrau hatte niemals eine gute Gesundheit vorgetäuscht und will ihr liebgewonnenes Kloster nicht verlassen. Eine Entlassung auf Grund der Cann. 637; 647 sqq. ist nicht möglich. Aber müssen nicht die Obern Beunruhigung der übrigen Ordensfrauen, ja sogar psychische Ansteckung fürchten? In diesem Falle wäre eine Unterbringung in einer Heilanstalt am Platze, aber eine Entfernung aus dem Kloster (exlaustratio Can. 639) wäre nur durch die Anrufung des Apostolischen Stuhles möglich, welcher dem Kloster die Besorgung des Unterhaltes für die kranke Klosterfrau auflegen wird.

E. Wirkungen der Entlassung.

Nach den Cann. 648; 669—672 müssen wir eine doppelte Entlassung genau auseinanderhalten: 1) die Entlassung von Religiösen mit *zeitlichen* und solchen mit *ewigen* Gelübden; 2) die Entlassung von *Laien*, *Minoristen* und *Majoristen*.

I. Laien. Werden *männliche* Religiösen ohne jede Weihe oder *weibliche* Religiösen entlassen, so sind sie *frei* von ihren Gelübden, wenn sie nur zeitliche Gelübde abgelegt hatten Can. 648. Hatten sie aber *ewige* abgelegt, so sind sie nur dann frei, wenn die *Konstitutionen* solches bestimmen oder die Apostolischen *Indulte* dieses einräumen Can. 669 § 1.

II. Minoristen. Mönche einer niederen Weihe oder der Tonsur werden durch *jede* Entlassung, ob sie nun zeitliche oder ewige Gelübde abgelegt hatten, in den *Lais* *als* *Laiken* zurückversetzt Cann. 648; 669 § 2, oben S. 266. Bezüglich der Gelübde gilt I.

III. Majoristen. Bei jeder Entlassung eines Majoristen bleiben die Verpflichtungen der höheren Weihen unangetastet; die Verpflichtungen aus der Profess richten sich nach I, Cann. 648; 669. Das weitere Vorgehen gegen Majoristen mit ewiger Profess wird in den Cann. 670—672 dargelegt.

1) Ein Majorist mit ewigen Gelübden, welcher eines der drei Verbrechen des Can. 646 (Abfall vom katholischen Glauben; Flucht mit einer Frauensperson; Attentat einer Ehe oder „Zivilehe“) beging oder entlassen wurde wegen eines Vergehens, welches nach dem gemeinen Recht mit gesetzlicher Ehrlosigkeit („infamia iuris“, oben S. 170 f.), oder mit Absetzung („depositio“ Can. 2303) oder Degradierung („degradatio“ Can. 2305) bestraft wird, verfällt nach Can. 670 dem ständigen Verbote, die kirchliche Kleidung zu tragen (Can. 2304).

a) Die Absetzung, depositio f. s. ist auf folgende Verbrechen und Vergehen gesetzt: 1) auf Abfall vom Glauben zum Unglauben, Irrglauben oder Schisma Can. 2314 § 1 n. 2; 2) auf Mißhandlung der heiligen Gestalten Can. 2320; 3) auf Anmaßung der Gewalt, Messe zu lesen und die sakramentale Lossprechung zu erteilen Can. 2322 n. 1; 4) auf Leichen- oder Gräberschändung Can. 2328; 5) auf „procuratio abortus“ Can. 2350 § 1; 5) auf verschiedene schwere Verbrechen gegen das Leben, die Freiheit oder das Vermögen der Mitmenschen Can. 2354 § 2; 6) auf verschiedene schwerere Verbrechen gegen das sechste Gebot Can. 2359 § 2 (oben S. 170); 7) auf hartnäckige Vernachlässigung der klerikalen Tracht seitens der Majoristen Can. 2379; 8) auf hartnäckige Anmaßung eines kirchlichen Amtes i. w. S. Can. 2394 n. 2, oder auf unberechtigtes Festhalten an einem solchen trotz rechtskräftiger Entziehung Can. 2401.

b) Mit Degradierung f. s. werden bedroht: 1) Kleriker, welche sich hartnäckig einer akatholischen Sekte anschließen Can. 2314 § 1 n. 3; 2) Kleriker, welche sich an der Person des Papstes vergreifen Can. 2343 § 1 n. 3 (oben S. 170, 208); 3) Kleriker, schuldig des Mordes oder Todschlags Can. 2354 § 2; 4) Geistliche, schuldig schwerer Verbrechen der sollicitatio Can. 2368 § 1; 5) Majoristen, welche trotz amtlicher Mahnungen und Strafen das angeordnete Eheleben nicht aufgeben Can. 2388 § 1.

2) Liegen keine so schweren Vergehen vor, wie sie Can. 670 angibt, so ist der Majorist mit der Entlassung (ipso facto) suspendiert (Can. 2278) bis zur Absolution durch den Heiligen Stuhl Can. 671 n. 1. Das weitere Vorgehen läßt sich unter zwei Gesichtspunkten betrachten: unter dem

der Besserung und dem der Unverbesserlichkeit Cann. 671; 672.

a) Die heilige Kongregation kann nach weisem Ermessen dem Entlassenen vorschreiben, daß er in der Kleidung eines Weltgeistlichen in einer bestimmten Diözese verweile, wobei dem Ordinarius die Gründe der Entlassung mitzuteilen sind Can. 671 n. 2. Dieser Ordinarius soll den entlassenen Religiosen in ein Besserungshaus („domus poenitentiae“) schicken oder ihn der Sorge und Obhut eines frommen und verständigen Priesters anvertrauen ibi n. 4. Die religiöse Genossenschaft hat durch Vermittelung des betreffenden Ordinarius eine hilfreiche Unterstützung zu gewähren für den notwendigen Lebensunterhalt, soweit es nötig ist ibi n. 5.

b) Wenn der Entlassene auf irgend einer dieser Stufen nicht folgt, so ist die Genossenschaft zu keiner Hilfe („subsidium caritativum“) verpflichtet, und der Entlassene verliert sofort das Recht, die klerikale Kleidung zu tragen ibi nn. 3 und 4; Cann. 670; 2304. — Unterwirft er sich zwar den äußeren Maßregeln, ändert er aber seine Lebensweise nicht, so verliert er nach einem Jahre oder auch schon früher die klösterliche Unterstützung, wird aus dem Besserungshause entfernt und büßt das Recht der geistlichen Kleidung ein, Strafen f. s., welche begutachtet oder verhängt werden vom Ordinarius, der auf die sofortige Absendung eines geeigneten Berichtes an den Apostolischen Stuhl und an die Genossenschaft Bedacht nimmt ibi 6.

c) Wenn der Entlassene innerhalb eines Jahres einen solchen Wandel geführt hat, daß man mit Recht auf wahre Besserung schließen kann, so kann der Ordinarius sein Gesuch um Absolution von der Suspension (n. 1) beim Heiligen Stuhle begutachten. Nach Lösung der Zensur soll ihm der Ordinarius, unter Anwendung geeigneter Maßnahmen und Einschränkungen, die Darbringung der heiligen Messe erlauben, sowie nach des Oberhirten weisem Ermessen sonstige gottesdienstliche Betätigung, damit er standesgemäß leben kann; in diesem Falle kann die Unterstützung eingestellt werden. — Handelt es sich um einen Diakon oder Subdiakon, so soll an den Heiligen Stuhl berichtet werden ibi n. 7.

3) Pflicht der Rückkehr. a) Jeder Religiose mit ewigen Gelübden wird durch die Entlassung selbst von seinen Gelübden nicht gelöst Cann. 669 § 1; 672 § 1. Ausnahmen wurden oben (S. 498) gemäß Can. 669 § 1 angegeben. Aus der Tatsache der Nichtlösung der Gelübde folgt die Pflicht der Rückkehr zum Kloster und die Pflicht der Wiederaufnahme durch die Genossenschaft, welche drängt, wenn der Entlassene Beweise vollständiger Besserung während drei Jahre gegeben hat. Aber es können gewichtige Gründe gegen seine Wiederaufnahme bestehen, sei es auf seiten der Genossenschaft, sei es auf seiten des Religiosen. Hier ist die Entscheidung des Apostolischen Stuhles

anzurufen Can. 672 § 1. b) Haben aber die religiösen Gelübde *a u f g e h ö r t*, so sind männliche Religiösen *o h n e* höhere Weihen und alle weiblichen Religiösen ihrer Pflichten hieraus *l e d i g* Cann. 648; 669. — Entlassene Religiösen mit höheren Weihen sind zu behandeln wie *s ä k u l a r i s i e r t e* Cann. 672 § 2; 641; 642.

Auch auf *S o d a l e n* *o h n e* *O r d e n s g e l ü b b e* finden die Cann. 646—672 sinngemäße Anwendung Can. 681, wobei statt des Gelübdes die *D a u e r* der Verbindung den Ausschlag gibt CC. d. 1. Mart. 1921 n. II (AAS. 13, 177).

§ 29. Die Gerichtszuständigkeit der Religiösen.

Die Religiösen haben sowohl in ihren Genossenschaften als auch in den Einzelpersonen Rechte und Pflichten. Um erstere zu schützen und letztere zu betonen, ist eine klare Gerichtszuständigkeit der Religiösen notwendig. Wir sehen hier ab von der Gerichtszuständigkeit bei den *b ü r g e r l i c h e n* Gerichten und betonen nur, daß sämtliche Religiösen an dem Privileg des kirchlichen Gerichtsstandes teilnehmen Can. 614. Bezüglich der *k i r c h l i c h e n* Gerichtszuständigkeit der Religiösen seien nur die wichtigsten Gesichtspunkte des Kodex hervorgehoben.

I. Ort. Jeder Religiöse hat sein zuständiges Gericht am Orte seines Klosters Can. 1563. Ist er jedoch *s ä k u l a r i s i e r t* oder *f ü r* *i m m e r* *e n t l a s s e n*, so teilt er die Zuständigkeit mit jedem anderen Kleriker oder Laien Cann. 1561 sqq.; demnach auf Grund des Domizils oder Quasidomizils usw. — Auf Grund eines *V e r g e h e n s* außerhalb des Hauses kann ein Ordinarius zuständig werden nach Can. 616 § 2; 1566. Handelt es sich um eine von Religiösen eingegangene *E h e*, so kommt für die Beurteilung dieser Ehe, ob gültig oder ungültig, Can. 1964 in Frage; Zuständigkeit ist gegeben: a) auf Grund des Vertragortes; b) auf Grund des Domizils (Quasidomizils) des *b e k l a g t e n* Teils; c) bei Mischehen auf Grund des Domizils des *k a t h o l i s c h e n* Teils.

II. Person. Für *r e l i g i ö s e* *G e n o s s e n s c h a f t e n* gibt Can. 1579 die Zuständigkeitsregeln an: 1) „Entsteht eine Streitfrage zwischen exempten Religiösen derselben Klerikalgenossenschaft, so ist *R i c h t e r* *d e r* *e r s t e n* *J n*—

stanz entweder der von den Konstitutionen bestimmte oder der Provinzial (gewöhnlich); in einem selbständigen Kloster der Abt desselben“ Can. 1579 § 1. Der Provinzial ist auch zuständig, wenn die Frage schwebt zwischen zwei (mehreren) H ä u s e r n derselben Provinz.

2) „Abgesehen von besonderen Bestimmungen der Konstitutionen ist Richter erster Instanz d e r o b e r s t e L e i t e r (G e n e r a l) einer Genossenschaft in eigener Person oder durch einen Bevollmächtigten bei Streitfragen zwischen zwei Provinzen derselben Genossenschaft; der o b e r s t e L e i t e r (A b t p r ä s e s) einer monastischen Kongregation bei Streitfragen zwischen zwei Klöstern“ Can. 1579 § 2.

3) „Wenn ein Streitfall auftaucht a) zwischen zwei natürlichen oder moralischen Personen verschiedener Genossenschaften; b) zwischen Religiösen auch d e r s e l b e n Genossenschaft, wenn diese der Exemption oder des klerikalen Charakters entbehren (Can. 488 nn. 2 und 4); oder c) zwischen einer Ordensperson i. w. S. und einem Weltkleriker oder Laien, so ist Richter erster Instanz der Ortsordinarius“ Can. 1579 § 3. In den Angelegenheiten des heiligen O f f i z i u m s sind die Klosterobern nicht zuständig Can. 501 § 2.

III. Berufung. Vom Provinzial geht die Berufung an den General; vom Klosterabt an den o b e r s t e n L e i t e r der monastischen Kongregation; vom O r t s o r d i n a r i u s (Can. 1579 § 3) zu den im Can. 1594 §§ 1—3 angegebenen höheren Instanzen (also in der Regel an den Metropolit) Can. 1594 § 4.

IV. Die Religiösen als Kläger. Ohne Zustimmung des zuständigen Obern dürfen Religiösen vor Gericht nicht k l a g e n d erscheinen, außer 1) es handelt sich um die Verteidigung von Rechten, die aus der Profess fließen; 2) sie verweilen außerhalb des Klosters, wobei die Wahrnehmung ihrer Rechte keinen Aufschub leidet; 3) es handelt sich um gerichtliche Anzeige (Cann. 1935 sqq.) gegen den eigenen Obern Can. 1652. — Die O r d e n s o b e r n können nur nach Maßgabe der Konstitutionen n a m e n s i h r e r R o m m u n i t ä t (Abtei; Kloster; Provinz; Genossenschaft) vor Gericht erscheinen Can. 1653 § 6.

Das gilt vor dem k i r c h l i c h e n Gericht. Interessant ist ein Beschluß des Obersten Landesgerichtes in Bayern vom 30. Januar 1915

(Sammlung Bd. 16 S. 29), wonach „der Abt eines bayerischen Benediktinerklosters zu Verfügungen über Grundstücke die Zustimmung des Konvents dem Grundbuchamte nicht nachzuweisen braucht“. Nach den Statuta CBB. (1905) n. 10 c bedarf der Abt zu Aufwendungen, die aus den gewöhnlichen Einkünften des Klosters nicht bestritten werden können, der Zustimmung des Konventes. Da jedoch der Abt vor den weltlichen Gerichten das Vertretungsrecht besitzt, so kümmert sich das weltliche Gericht um die Zustimmung des Konventes als um eine rein innerkirchliche Angelegenheit nicht (PMS. Bd. 27 [1917] S. 348.)

V. Der Religiose als Beklagter. Jeder Religiose, ja auch jeder Novize, erscheint in Sachen der Klerikalprivilegien als *Kleriker*, darum gelten unsere Ausführungen S. 210 f.

VI. Vom Amte eines Sachwalters (procurator) oder **Verteidigers** (advocatus) sind Religiösen entweder vollständig ausgeschlossen nach den Konstitutionen oder nur zugelassen im Interesse ihrer Genossenschaft mit Erlaubnis des Obern Can. 1657 § 3. — Das gleiche gilt vom Amte einer **Schiedsrichter** Can. 1931.

VII. Zeugen können die Religiösen sein; zuweilen sind sie hiezu verpflichtet, wenn sich die Wahrheit in anderer Weise nicht feststellen läßt oder der rechtmäßige Obere sie verpflichtet. Doch ist zu beachten, daß **Klosterfrauen** (moniales) in ihrem Hause zu verhören sind Can. 1770 § 2 n. 2. Im Selig- und Heiligsprechungsprozesse eines Ordensgenossen (Mitreligiösen) muß wenigstens die Hälfte der Zeugen, welche den Ruf der Heiligkeit oder des Martyriums zu beweisen haben, aus **Auswärtigen** bestehen Can. 2030, d. h. aus Laien, Weltklerikern oder Religiösen anderer Genossenschaften.

VIII. Zu Notaren (Sekretären) können Religiösen für ihre eigenen höheren Vorgesetzten bestellt werden Can. 503; sonst nicht, vgl. Can. 373. Bei Selig- und Heiligsprechungen ihrer eigenen Ordensgenossen sind Religiösen stets ausgeschlossen; sonst können sie gültigerweise nur im **Notfalle** genommen werden Can. 2014.

§ 30. Die obersten Kirchenbehörden in Sachen der Religiosen.

Der Heilige Vater, der Papst, besitzt, wie wir sahen S. 294, nicht nur jurisdiktionelle, sondern auch **hausherrliche** Gewalt über jeden einzelnen Religiösen, sowie über alle organischen Vereinigungen derselben (Orden

oder Kongregation, Provinz, Haus). Zur Ausübung namentlich seiner Jurisdiktion über die Religiösen bedient sich der Papst seiner Verwaltungs- und Gerichtsorgane: der römischen Kongregationen, Gerichtshöfe und Ämter. Die römische Kurie zählt nach der Neuorganisation durch Papst Pius X. durch die Konstitution „Sapienti consilio“ d. 29. Jun. 1908 und durch den Roder (Cann. 246 bis 264) im ganzen elf Kongregationen, drei Gerichtshöfe und fünf Ämter; vgl. Leitner Martinus: „De Curia Romana“ (Ratisbonae apud Fr. Pustet 1909); Ferreres Iuan B. S. I.: „La Curia Romana“ (Madrid, Razón y Fe 1911). Welche von diesen Kongregationen und Gerichtshöfen für die Religiösen besonders in Betracht kommen, soll im folgenden dargelegt werden; die Ämter (Officia) erheischen hier keine besondere Behandlung.

I. Die Religiösenkongregation Can. 251. 1) Wie schon der Name andeutet „Religiösenkongregation, Congregatio negotiis religiosorum sodalium praeposita“, beschäftigt sich diese römische Kongregation so recht eigentlich und fast ausschließlich mit den Angelegenheiten der Ordensleute i. w. S., früher hieß diese Kongregation „die Kongregation der Bischöfe und Ordensleute, S. C. Episcoporum et Regularium — S. C. EE. et RR.“ Aus dem lateinischen Namen der Kongregation sind die zwei Ausdrücke „Negotia, Angelegenheiten“ und „Religiosi sodales“ genauer zu erläutern. a) Zu den „Angelegenheiten“ gehören „die Leitung, das geregelte Leben (disciplina), die Studien, die Güter und Privilegien der Religiösen“ Can. 251 § 1. b) Der Ausdruck „Religiosi sodales“ umfaßt die „Religiösen beiderlei Geschlechts mit feierlichen und einfachen Gelübden; ja auch jene Sodalen, welche zwar ohne Gelübde leben, immerhin ein gemeinsames Leben führen; endlich die Säkulartertiären d. i. die Drittorden für Weltleute“ Can. 251 § 1.

2) In diesen Angelegenheiten nun ist die Religiösenkongregation „ausschließlich, exclusive“ zuständig. Indes gibt es Berührungspunkte mit den Gebieten anderer Kongregationen und Gerichtshöfe. Um nun eine genaue Abgrenzung geben zu können, stellen wir den Satz auf: Wenn eine andere Kongregation oder ein römischer Gerichtshof nicht ausdrücklich

als zuständig erklärt ist (unten n. II.), so muß die Zuständigkeit dieser heiligen Kongregation in Sachen der Religiösen angenommen werden — notwendige Zuständigkeit. Wenn aber eine Frage schwebt zwischen einer Ordensperson i. w. S. und einer Nicht-Ordensperson, so kann die Religiösenkongregation sie behandeln — freiwillige Zuständigkeit — oder sie kann die Angelegenheit, besonders auf Bitten einer Partei, nach billigem Ermessen einer anderen Kongregation oder einem Gerichtshof zuweisen Can. 251 § 2. — Die S. C. Religiosorum behandelt alle Sachen auf dem Verwaltungswege („in linea disciplinari“) ibidem.

3) Alle Dispensen vom gemeinen Recht erteilt den Religiösen diese heilige Kongregation, ausgenommen die Dispens von der Nüchternheit vor der Messe („ieiunium eucharisticum“) für Ordenspriester i. w. S. Cann. 251 § 3; 247 § 5.

Man unterscheidet in der Religiösenkongregation Plenar- und Kongregationsentscheidungen. Der Plenarentscheidung sind vorbehalten: a) das Lobes- und Approbationsdekret eines Institutes (Can. 488 n. 3); b) das Approbationsdekret der Konstitutionen; c) die Einführung einer wesentlichen Änderung in den approbierten Instituten. — Die Kongregation besteht aus drei Abteilungen: a) für die Orden; b) für die männlichen; c) für die weiblichen Kongregationen, vgl. Seitzner: De Curia Romana pag. 65.

II. Zuständigkeit anderer Kongregationen. Von den zehn übrigen Kongregationen kommen wenigstens in entfernter Weise zwar alle mit den Religiösen in Berührung, indes sind unmittelbare Zuständigkeitsgründe nur bei folgenden Kongregationen gegeben: a) bei der S. C. S. Officii; b) Concilii; c) de Prop. Fide; d) S. Rituum C.; e) Seminariorum et Universitatum; f) pro Ecclesia Orientali.

1) Die Kongregation des heiligen Offiziums ist ausschließlich zuständig: a) in allen prinzipiellen Fragen der Glaubens- und Sittenlehre Can. 247 § 1; b) in allen Vorgehen, welche unmittelbar oder mittelbar gegen den Glauben abzielen („causae ad S. Officium spectantes“) Cann. 247 § 2; 501 § 2 (oben S. 297); c) in allen Fragen des Bücher- und Schriftwesens (früher Indexkongregation) Can. 247 § 4; d) in der Beur-

teilung der „eucharistischen Nüchternheit für Messe lesende Priester“ ibi § 5.

2) Der Konzilskongregation (Can. 250) sind ausdrücklich reserviert alle Fragen, welche die Errichtung und Leitung von kirchlichen Sodaliäten und Vereinen sowie die Auseinandersetzung („compositio“) mit der Kirche wegen unzulässigen Erwerbs kirchlicher Güter, auch jener der Religiösen betrifft Can. 250 § 2; 251 § 2; Ferreres c. l. pag. 221¹; 223¹.

3) Die Propagandakongregation (Can. 252) beschäftigt sich mit den Religiösen nur, insoweit sie Missionäre oder Missionsgehilfen (z. B. Katecheten) sind, und zwar in den Einzelpersonen oder in ihrer Gesamtheit; das Ordensleben derselben bleibt unberührt Can. 252 § 5; 251 § 1; 630; 295—298.

4) Die Religiösen unterstehen der Ritenkongregation (Can. 253) in ihrer vollen Zuständigkeit, also a) in allen Fragen des lateinischen Ritus; b) hinsichtlich der Selig- und Heiligsprechungen, welche ihre Mitbrüder oder Mitschwesteren oder ihre Kirchen, Kapellen und Häuser betreffen; c) in Angelegenheiten der heiligen Reliquien; vgl. Can. 1283.

5) Die Seminar- und Studienkongregation (Can. 256). Die von Religiösen geleiteten und verwalteten katholischen Hochschulen (Universitäten, Fakultäten, Akademien usw.) unterstehen dieser Kongregation, was den Studienbetrieb angeht, gerade so wie die übrigen katholischen Hochschulen Can. 256 § 1.

6) Auch die von Papst Benedikt XV. ins Leben gerufene oder besser neuorganisierte Orientalenkongregation (O. pro Ecclesia Orientali Can. 257) ist für die Religiösen zuständig in allen Fragen, welche die orientalischen Kirchen betreffen, namentlich insoweit diese Kongregation die Konzils-, Propaganda- und Ritenkongregation vertritt. Nur die Zuständigkeit des heiligen Offiziums bleibt unangefastet Can. 257 § 2. Schon früher haben wir beobachtet, wie die Kompetenz der Orientalenkongregation in das Ordenswesen hereinragt: Can. 542 n. 2 „Orientales“ (Aufnahme ins Noviziat) und Can. 622 § 4 (Sammeltätigkeit der Orientalen).

Eine besondere Kardinalskommission hat über die **Zuständigkeit** der Religiösenkongregation am 24. März 1919 (AAS. XI 251) folgende vier Entscheidungen getroffen: a) Fragen und Bittgesuche der Ordensfamilien und Ordensmitglieder i. w. S. gehen an die Religiösenkongregation nach Maßgabe des Can. 251; b) Sanierungen und Erlasse gegenüber der Vergangenheit, sowie Reduktionen in der Zukunft, welche die von Religiösen verwalteten oder ihnen obliegenden Kapellenstiftungen oder sonstige Legate betreffen, gehören zur Zuständigkeit der S. C. Rel.; c) Dispensen von Irregularitäten und sonstigen Voraussetzungen für die Weiheerteilungen an Religiösen; d) Dispensen zur Ausübung der Priesterweihe für Religiösen, welche durch Irregularitäten behindert sind, gehören ebenfalls zur Zuständigkeit der Religiösenkongregation.

III. Zuständigkeit der römischen Gerichtshöfe. Die drei römischen Gerichtshöfe sind: die heilige **Pönitentiarie**; die römische **Rota** und die apostolische **Signatur**.

1) Die heilige **Pönitentiarie** (S. Poenitentia-ria) ist zuständig für den **Gewissensbereich** (forum internum sive conscientiae) und zwar für den Bereich des **Bußsakramentes** (forum sacramentale) und für den **außersakramentalen Bereich** (f. non-sacramentale), vgl. Can. 202. — Außerdem gehören alle **Ablassangelegenheiten**, abgesehen von den rein dogmatischen Fragen (S. Officium), zur Kompetenz der Pönitentiarie Can. 258. In diesen beiden Gebieten sind auch die **Religiösen** auf die heilige Pönitentiarie angewiesen. — In Angelegenheiten der Absolution, Dispensation, Umwandlung, Sanierung usw. werden namentlich die Religiösenbeichtväter sich nicht selten an die heilige Pönitentiarie (mit **erdichteten Namen**, aber mit genauer Adreßangabe) wenden.

2) An die römische **Rota** und apostolische **Signatur** verweist der Kodex selbst in Can. 251 § 2 über die Religiösenkongregation. Wurde eine Sache der Religiösen bereits in den unteren Instanzen auf **gerichtlichem Wege** (ordine iudiciario) behandelt oder empfiehlt sich die **erstinstanzielle Behandlung** in Rom für den **gericht-**

lichen Weg, so sind die beiden Gerichtshöfe der Rota und Signatura zuständig. Da der letztere hohe Gerichtshof mehr Kassationsbehörde und Gerichtshof für Kompetenzstreitigkeiten ist Can. 1603, so werden wohl die meisten Fälle vor das Forum der römischen Rota kommen gemäß Can. 1599.

Mit Angabe der heiligen Kongregationen und Gerichtshöfe, welche am Mittelpunkt der katholischen Kirche, in Rom, die Pflichten der Religiösen betonen und ihre Rechte erläutern und schützen, sei den Ordensfamilien i. w. S. und den einzelnen Religiösen ein Fingerzeig gegeben, um unter den vielen Wegen, welche nach Rom führen, den von Rom selbst gewiesenen zu finden.

§ 31. Über das Ordenswesen in den morgenländischen Kirchen.

Das Ordenswesen der morgenländischen Kirchen ist im Grunde das gleiche wie jenes der katholischen Kirche, freilich trägt gerade das Ordenswesen des Morgenlandes das Gepräge des lebensarmen Stillstandes (stagnatio) an sich. „Begonnen hat der Verfall des orientalischen Mönchtums, welches einst das Mark, der Lebensnerv und die schönste Blüte der orientalischen Christenheit war, in und mit der Zeit, in welcher die wissenschaftliche Tätigkeit der morgenländischen Kirche eine Ende fand. Mit der Abnahme der geistigen Lebenszufuhr mußte notwendig auch das geistlich-religiöse und innerlich asketische Leben verflachen und ersterben.“ Was dem orientalischen Mönchtum auch jetzt noch den Schimmer sittlicher Vollkommenheit verleiht, was ihn selbst über den gleichfalls tieffstehenden Weltpriesterstand erhebt, ist der Böhbat der Ordensleute, welcher das Volk zur Ehrfurcht zwingt und den Mönchen die Pforten des gleichfalls ehelosen Episkopates offen hält. Wie der Katholik Lübeck Konrad: „Die christliche Kirche des Orients“ (1911) S. 187, und die katholische Zeitschrift „Echos d'Orient“ 1910 S. 239, so gibt auch der schismatische Professor Stefan Zankow in Sofia diesen Verfall unumwunden zu in seiner „Verwaltung der bulgarischen orthodoxen Kirche“ (1920) S. 101—104. Seine Forderung ist: Heraus aus der

Berfnöcherung, hinein in das Liebe und Licht heischende Getriebe der Menschheit, der das Mönchtum in erster Linie Licht, Salz und Samen sein muß.

I) **Begriff.** Die bulgarische Kirchenverfassung gibt uns von M ö n c h e n und N o n n e n folgenden Begriff: (Ерархijski Ustaw v. 1895 bzw. v. 21. März 1897 Art. 91) „M. und N. sind Männer bzw. Frauen, die sich einem einsamen und gottgefälligen Leben widmen.“ Die Gottgefälligkeit des Lebens besteht in völliger Unterordnung der sinnlichen Neigungen, der Anhänglichkeit an irdische Güter und des Eigenwillens unter ein allein auf das Göttliche gerichtetes Leben in Gebet und Buße durch die feierliche Ablegung des Keuschheits-, Armuts- und Gehorsamsgelübde.“ Wir haben also wie in der katholischen Kirche das dreifache Gelübde, während das „gemeinsame Leben“ (Can. 437) hier mehr in den Hintergrund tritt. — Die Ordensleute bilden in der Kirche einen eigenen S t a n d, unterschieden einerseits vom Laien-, anderseits vom Klerikalstand. Wenn auch die Auscheidung der Ordensleute aus dem Laienstande zunächst und unmittelbar dem reinen Kirchenrecht angehört, so ist derselbe begründet durch göttliche Anordnung. — Will ein Mönch Kleriker werden, so muß er, wie jeder Laie, die Cheiroteonie (ordinatio) empfangen. Freilich werden die Mönche des Orients „als das höhere geistige Element“ betrachtet (W a l t e r Ferd.: Lehrbuch des KR, 1833 S. 303; Z a n k o w Stef.: Verfassung der bulgar.-orth. Kirche, 1918 S. 94), weshalb man die Bischöfe, sowie die unverheirateten Kleriker (die „Keuschen“ = παρθένοι, die „Enthalt samen“ = σώφρονες) als M ö n c h e betrachtet. Wenn auch die Ansicht von der „Monachokratie“ falsch ist (Z a n k o w: Verfassung S. 95), so erscheint doch hier der siegreiche Einfluß des Zölibates im klarsten Lichte. Wie im Abendlande, so leben auch die morgenländischen Mönche und Nonnen nach einer bestimmten Lebensordnung (der R e g e l). Als Ordensregel wird entweder die des hl. Antonius (251—356) oder die des hl. Basiliius (331—379) befolgt. Letztere ist am weitesten verbreitet, namentlich auch in Bulgarien. Antonianermönche finden sich nur auf dem Berge Sinai, am Libanon und an den Ufern des Roten Meeres (L ü b e c k S. 188). Die meisten Mönche des Orients führen ein gemeinsames Leben, Ere-

miten, kommen nur noch auf dem Berge Athos, Anachoreten nur noch in Mazedonien vor.

II. Einteilung. Man teilt die Ordensleute des Morgenlandes ein: 1) dem Geschlechte nach in *Mönche* („Monachus“ II. 20 et 37 C 1, 3) und *Nonnen* („virgo Deo dicata, sanctimonialis mulier“ I. 13 C. 1, 2); das von ersteren Gesagte gilt, wenn möglich, auch von letzteren; 2) dem gemeinsamen Leben nach in *Zönobiten* mit gemeinsamem Leben und *Anachoreten* oder *Eremiten*, jene in der Welt, diese auch dem Orte nach einsam lebend, doch werden die Ausdrücke gerne für einander gebraucht, S. Benedicti Regula I 1; 3) *Antonianer* und *Basilianer*, je nach der Ordensregel. 4) *Diözesan-* und *Stauro-pigialklöster*.

In den Klöstern (Zönobien) gibt es auch „*ἑβδιόρηθι μὲν*“ d. h. Mönche, welche zwar gemeinsam leben sollten nach dem Bestreben der Kirchenbehörden, bei denen jedoch ein jeder seine eigene Wohnung hat, seine eigene Bedienung, sein eigenes Vermögen; wobei das wirkliche Gemeinsame nur der Gottesdienst ist (*Zanfo*: Verwaltung S. 99). Derselbe Gelehrte berichtet auch, daß die Bulgarische Kirchenbehörde Maßnahmen trifft, welche dem Streben, das gemeinsame Leben zu fördern, geradezu entgegen sind; sie zahlt z. B. den Mönchen für Dienste in und außer dem Kloster Pensionen, Monatsgehälter usw. S. 99².

Diözesanklöster stehen unmittelbar unter der Aufsicht des zuständigen Bischofs; die *Stauropigialklöster* sind von der Aufsicht des Diözesanbischofs eximiert und dem hl. *Synod* unmittelbar unterstellt. In Bulgarien gibt es drei Stauropigialklöster: *Khla*, *Batschow* und *Trohan* (*Zanfo*: Verwaltung S. 96, 100). — Die russischen Klöster unterstanden (vor dem Kriege), sieben ausgenommen, den Bischöfen, *Schäfer*: „Der Bischof und die Regularen seiner Diözese“ (1871) S. 46. Durch die Aufpflanzung des Patriarchalkreuzes wurde die Unterwerfung des Klosters unter die alleinige Jurisdiktion des Patriarchen vollzogen, *Schäfer* S. 40; *Milassch* Bischof *Nikodim*: „*KK der morgenländischen Kirche*“ S. 565; *L. Barso*: „*Der Konstantinopolitanische Patriarch*“ S. 199 f.

Hinsichtlich der Feier der Liturgie teilt man die Zönobien in 3 Klassen: Klöster mit mehr als 20 „*Vätern*“ feiern die Liturgie täglich; jene mit mehr als zehn wöchentlich dreimal und die mit mehr als 5 wöchentlich zweimal (Samstag und Sonntag). Die schismatischen Klöster sind meist sehr wenig bevölkert. Vor dem großen Kriege 1914 ff. gab es in den schismatischen Kirchen des Morgenlandes ungefähr 90 000 Ordensleute; Ordens-Männer, -Frauen, Novizen und „*Tschernizen*“ (= eine Art schwarz gekleideter Bequinen) zusammengerechnet, von denen ungefähr 80 000 auf Rußland, 7000 auf die 20 Klöster und die verschiedenen Häuser des Berges *Athos* treffen, während sich die übrigen auf Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Palästina, Syrien und Zypern verteilen;

vgl. P o p u ſ h i n: Istorija Khristianskoi tserko (= Geschichte der christlichen Kirche im 19. Jahrh.) Petersburg, 1901 Bd. II; Echos d' Orient VI, 397; „Assumptionisten-Missionen“ 1913 S. 150 f.

III. Gründung, Verfassung, Aufhebung. 1) Ordensneugründungen kennt man im Orient nicht. Neue Klöster dürfen nur mit Bewilligung des betr. Kirchenobern (des Diözesanbischofes oder des heiligen Synod) gegründet werden. — 2) Die Organisation und Verwaltung der Klöster richtet sich nach den Bestimmungen der Kanones (= der alten Konzilien), den Mönchsregeln des heiligen Antonius bzw. Basiliius und nach dem besonderen Reglement des einzelnen Klosters, soweit ein solches vorhanden ist. In Bulgarien ist außerdem noch maßgebend der „Exarchijski Ustaw“ 1895 bzw. 97. 3) Kein Kloster darf in eine weltliche Wohn- oder Werkstätte verwandelt; auch darf sein Besitz weder enteignet noch für weltliche Zwecke verwendet werden (Säkularisierung).

„Jedes Kloster ist (in Bulgarien) eine juristische Person und besitzt volle Vermögensfähigkeit“. Z a n ſ o w: Verwaltung S. 100. Nach dem bulgarischen Gesetz v. 29. Dez. 1894 wurde das berühmte Kloster von R h l a mit seinem ganzen Gebiete als selbständige G e m e i n d e anerkannt. — Durch Entscheidung des bulgarischen Ministerrates v. 12. Okt. 1898 Nr. 17 wurden die Klostergüter sogar als sacrae res erklärt, der alleinigen Verwaltung der zuständigen Kirchenbehörde unterstellt; a. a. O. — Für Säkularisierung von Klöstern und Klostergütern treffen die Schuldigen kanonische Strafen: Geistliche sind mit Degradation, Laien mit Exkommunikation bedroht, Chalcedonense can. 24; Nic. II. can. 13.

IV. Die Klosterobern. An der Spitze eines Männerklosters steht ein V o r s t e h e r (Abt, Igumen, ὁ ἡγούμενος), der zumeist hervorgehend aus der Wahl der Klosterinsassen vom Bischof ernannt, benediziert und inthronisiert wird. Ist er Priester, so kann er Lektoren weihen. Während L ü b e c k S. 189 ihn „unumschränkten Herrn des Klosters sein läßt“, gibt ihm Z a n ſ o w: Verwaltung S. 101, 210 f einen „Klosterrat“ an die Seite, gebildet aus allen Mönchen, welche sich durch musterhaftes Mönchsleben, Erfahrungen und Verdienste um das Kloster auszeichnen; auch betont Z a n ſ o w die oberhirtliche Aufsicht des Bischofs bzw. des hl. Synods. — Die Vorsteherinnen der nicht zahlreichen Frauenklöster führen den Titel „Igumenissae“. — Die Amtsdauer des Klosterobern ist l e b e n s l ä n g l i c h. Wenn aber die

Interessen des Klosters leiden (Alter, Krankheit, bedeutende Nachlässigkeit), so verordnet der Diözesanbischof bzw. der heilige Synod eine Neuwahl, E. U. Art. 96. — Die übrigen Klosterämter werden durch den Klosterrat verliehen, *Canon*: Verwaltung S. 211.

V. Eintritt. An sich könnte jeder Mann, jede Frauensperson sich dem Klosterleben anschließen, auch der größte Sünder, da ja das „Mönchsleben ein Leben der Buße ist“. Allein der erhabene Zweck und die schweren Gelübde machen gewisse *Voraussetzungen* notwendig. — *Voraussetzungen.* Während der Kodex der katholischen Kirche 8 Voraussetzungen zur Gültigkeit der Aufnahme ins Noviziat und 6 zur Erlaubtheit festsetzt, sind die Erfordernisse in den morgenländischen Kirchen nur wenige: a) das *Alter* von 16 Jahren für die „Profess“, von 10 für die Aufnahme ins Noviziat; b) voller *Vernunftgebrauch*; c) Freiheit von *Zwang* und *Furcht*; d) Freiheit von *ehelichen* und *gesellschaftlichen Verpflichtungen*. Die Aufnahme in das Noviziat und darum die Prüfung dieser Voraussetzungen gehört zur Zuständigkeit des Klosters selbst E. U. Art. 156 II. Schon der Novize erhält ein Mönchskleid; darum der Name für ihn *Rhasonträger* (= Träger des Ordenskleides, *ῥασοφόροι*); sie heißen aber auch „Anfänger (= *ἀρχαίοι*)“. — 2) Nach *Verlauf* der dreijährigen *Prüfungszeit* werden die Voraussetzungen nochmal geprüft, sowie eine Probe (*δοκιμασία*) der *asketischen* Bildung abverlangt; erst dann erfolgt die *Ablegung* der Gelübde und die eigentliche Aufnahme in den Mönchstand, vollzogen entweder vom Bischof oder vom priesterlichen Klostervorsteher, der aber hiezu nach der Ansicht des E. U. Art. 156 III, sowie anderer, der bischöflichen *Erlaubnis* bedarf.

VI. Gelübdeablegung. Wir sahen schon oben, daß die orientalischen Mönche wie die katholischen Ordensleute ein dreifaches Gelübde ablegen. 1) Das *Keuschheits-* oder *Enthaltsamkeitsgelübde*, welches die Mönche verpflichtet, sich jeden geschlechtlichen Verkehrs zu enthalten, wird als geistliche Ehe mit Gott betrachtet, so daß der Bruch dieses Gelübdes als „Ehebruch“ gilt. — 2) Das *Armutsgelübde* entzieht den Gelobenden nach der „Profess“

die Verfügungsfähigkeit über die zeitlichen Güter. Das Vermögen, welches sie als Mönche erwerben, geht vollständig auf ihr Kloster über; ebenso das früher besessene, abgesehen von dem Pflichtteil, der den hiezu Berechtigten verbleibt. Die vermögensrechtliche Persönlichkeit des Mönches geht nicht unter, sondern auf das Kloster über. Die Erwerbsfähigkeit ist demnach nicht ausgeschlossen, nur die Testierfähigkeit. Soweit die Theorie. In der Praxis haben die Mönche der griechisch-orthodoxen Kirchen, also auch der russischen und bulgarischen Kirchen uneingeschränkte Verwaltungsrechte zugunsten ihrer eigenen Person, auch die Testierfähigkeit steht ihnen nicht selten frei, mit Duldung der eigenen Kirchenbehörden; Zankow: Verwaltung S. 94. Auch die Staatsgesetze stehen auf ähnlichem Standpunkt. — 3) „Das Gehorsamsgeübde unterwirft den Willen der Mönche dem ihrer geistlichen Vorgesetzten. Handlungsfähig bleiben sie aber doch, bis nicht Gebot oder Verbot ihrer Vorgesetzten entgegensteht“ Zankow: Verwaltung S. 95.

Sind die drei Gelübde der Keuschheit, des Gehorsams und der Armut (*επαγγέλματα ἢ ὁμολογίαι τῆς παρθενίας, ὑποταγῆς, πενίας*) abgelegt, so bekommt der Mönch das kleine Ordenskleid (*τὸ πάλλιον, ὁ μανδύας, τὸ μικρὸν σχῆμα*). — Haben Mönche sich durch mehrjähriges strenges Klosterleben ausgezeichnet, so legen sie zum Zwecke noch größerer Vollkommenheit nochmal die Gelübde ab und erhalten dabei das große Mönchskleid (*τὸ μέγα σχῆμα* oder *τὸ ἀγγελικὸν σχῆμα* oder *τὸ κουκούλλιον*).

VII. Rechte und Pflichten. 1) Die Mönche besitzen nicht nur die Rechte, welche aus ihrem Stande unmittelbar fließen, sondern sie erlangen auch Standesprivilegien, welche denen der Geistlichen ähnlich sind. — 2) Die Pflichten ergeben sich aus den Gelübden und aus den Vorschriften ihrer Regel. Da sie sich von der Welt losgesagt haben, besteht für sie das Verbot, sich in die weltlichen, aber auch in die geistlichen Angelegenheiten einzumischen, außer es wird ihnen im allgemeinen Interesse vom zuständigen Bischof gestattet.

In Bulgarien sind die Mönche von der Eidesleistung befreit (ZPO. Art. 72 I; SPO. Art. 143 I; SPO. für Sachen des Friedensrichters Art. 64 I); gänzlich befreit sind sie vom Militärdienst, auch

die *Novizen* der 3 Stauropigialklöster (Kyla, Batschtowo u. Trohan), sowie des Klosters Preobrafschenie, vorausgesetzt, daß die Novizen das 23. Lebensjahr noch nicht vollendet und Proghymnasialbildung haben vgl. das Bulgarische Gesetz über die Organisation der bewaffneten Macht Art. 15.

VIII. Übertritt und Entlassung. 1) Der **Übertritt** eines Mönches von einem Kloster zu einem anderen ist möglich mit Genehmigung der zuständigen bischöflichen Behörde; in gleicher Weise geschieht auch die Versetzung (*Zankow*: Verwaltung S. 101.) — 2) Wegen Bruch des Mönchsgelübdes (besonders der Keuschheit) wird zwar die Kirchenausschließung verhängt, jedoch werden dadurch die Gelübde an sich nicht gelöst, freilich in neuerer Zeit wird hier mehr Nachsicht geübt, indem man die Unverbrüchlichkeit der Mönchsgelübde mehr als eine Frage des Gewissens, denn der äußeren Ordnung betrachtet. Nach der heutigen Kirchenpraxis werden die Mönche auch dann ihres Mönchsstandes für verlustig erklärt, wenn sie ein schweres Verbrechen begehen (das sonst bei Geistlichen mit Degradation bestraft wird) und in demselben unverbesserlich verharren, *Zankow*: Verwaltung S. 98. — 3) Wie in der katholischen Kirche, so kann auch in den schismatischen Kirchen des Morgenlandes ein Ordensmann zum Bischof erwählt werden. Der Unterschied ist nur der, daß im Orient die Bischöfe fast regelmäßig aus den Mönchen genommen werden; nur wenn der Weltkleriker jungfräulich lebt oder Witwer ist oder auf das Zusammenleben mit seiner Gattin verzichtet, wobei letztere sich in ein Kloster zurückziehen muß, eignet er sich für die Bischofswürde. Es ist nun eine strittige Frage, ob der aus dem Mönchtum genommene Bischof aufhört, Mönch zu sein, oder ob er seinen Mönchsstand beibehält. *Zankow* behauptet: „Die Stellung eines Bischofs und diejenige eines Mönches sind — der Natur und den rechtlichen Wirkungen nach — absolut unvereinbar“; „Verwaltung“ S. 98. Doch steht *Zankow*, wie er selbst zugesteht, ganz allein auf weiter Flur der orthodoxen Kirchenrechtsliteratur. Er beruft sich hauptsächlich auf den 2. Kanon des Konzils von Konstantinopel 879. Wenn wir dem Gelehrten auch recht geben, daß der Bischof nicht notwendig zu den Mönchen zählen muß, so müssen wir ihm in dem Punkte widersprechen, daß der gewesene Mönch mit Erlangung des Bischofsamtes

aufhört, Mönch zu sein. Die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte: Der Mönch bleibt Mönch, wenn er auch Bischof wird, aber unbeschadet seiner bischöflichen Amtsführung, welche eine gewisse Einschränkung des Armuts- und Gehorsamsgelübde erfordert; vgl. noch *Ban'kow*: Verwaltung S. 184, 210. — 4) Der Ordensstand geht nicht verloren durch die *Aufhebung des Klosters*.

Literatur zum Ordensrecht seit Inkrafttreten des *Kodex*. Bücher und Broschüren, welche seit dem 19. Mai 1918 über das Ordensrecht neu erschienen oder eine Neuauflage erlebten: *Arndt* Augustin S. J.: „Die kirchlichen und weltlichen Rechtsbestimmungen für Orden und Kongregationen“ 2. Aufl. (1919). — *Auersburg* A. von: „Was ich bei Mönchen fand“, Pustet 1919 (apologetisch). — *Augustine* Chas.: „A Commentary on the new Code of Canon Law“ (2. ed. 1919) vol. III. — *Biederlack* Josephus S. J.: *Führich* Maximilianus S. J.: „De Religiosis“ (1919). — *Blat Alb. O. Pr.*: *Comm. textus CJC. l. II* pag. 454—657 (1919). — *Creusen J. S. J.*: „Religieux et Religieuses d'après le Droit Canonique“ (2. ed.). — *Faniani* P. L.: „De Jure Religiosorum“ (1920). — *Ferreres Johannes Baptista* S. J.: *Institutiones canonicae*“ (2. ed. 1920); cfr. eiusdem auctoris *Theol. moralem* (ed. 11. 1921). — *Janßen* P. Joseph O. M. I.: „Ordensrecht“ (2. Aufl. 1920). — *Micheletti* A. M.: „Collectio Manualis Jur. Pont.“ III. „Jus Religiosorum“ (1920). — *Perathoner* Anton: „Kurze Einführung in das neue kirchliche Gesetzbuch“ II. Buch 2. Teil. (2. Aufl. 1922). — *Pöschl* Arnold: „Kurzgefaßtes Lehrbuch des kath. RR. (1918) 3. Abschnitt. — *Prümmer* Dominicus M. O. Pr.: „Manuale Juris Ecclesiastici“ ed. 3. (1922). — *Santamaria* *Pena* Federico: „Legislación eclesiastica vigente acerca de los Religiosos y Religiosas segun el nuevo Código Canonico“ (1920). — *Schlund* P. Erhard: „Der Ordensstand und seine Gegner“ (apologetisch 1920). — *Stadtmüller* P. Fr. Raphael Maria O. Pr.: „Das neue Ordensrecht“ (1919). — *Vermeersch* A. S. J.: *Creusen* J. S. J.: „Epitome Jur. Canonici cum Commentariis“ 1921 pag. 185—345.

Außer diesen Werken, welche das Ordensrecht im allgemeinen behandeln, gibt es Abhandlungen, welche sich die Erklärung eines umgrenzten Teils des Ordensrechts zum Ziele setzten. Wir nennen u. a. *Ferreres J. B. S. J.*: „Las Religiosas según la disciplina del nuevo Código de D. C.“ (5. ed. 1920). — *Brand* *h*s Maximilian OFM.: „Kirchl. Rechtsbuch für Laiengenossenschaften“ (2. A. 1920). — *Egger* P. Aug., OSB.: „Das neue Ordensrecht für die religiösen Genossenschaften mit einfachen Gelübden“ (1919); *Statuta* CBB. a. S. Sede approbata, porrecta a *Placido* *Glogger*, Abbate et Praeside CBB. (1922). Außerdem verweisen wir auf die herrliche Zeitschrift „Commentarium de Religiosis“, welche monatlich von den strebamen „Missionären: „Filii Immaculati Cordis Beatae Mariae, Virginis“ seit 1. Jan. 1920 veröffentlicht wird (Roma, Via delle Carceri 9) vgl. *S. Goheneche* in *CdR. d. II.* pag. 216, 287, 330, 353 sqq. über die vielgestaltige Literatur des Ordensrechts.

Veränderungen während des Drudes.

Zu S. 331 f. Die CC. entschied am 21. Januar 1921 (CdR III 129), daß im Zusammentreffen der Postulierung mit der Wahl der Gewählte obsiege, welcher beim ersten und zweiten Wahlgang mehr als die Hälfte der Stimmen und im dritten Wahlgang relativ die meisten Wahlstimmen erhielte ohne Rücksicht auf die Stimmenzahl des Postulierten, außer dieser erlangt zweidrittel der Gesamtstimmen, mag nur ein Gewählter vorhanden sein oder deren mehrere.

Zu S. 414. Beim Übertritt von einer Genossenschaft (religio) zu einer anderen werden vorbereitende Gelübde nicht abgelegt. Desungeachtet muß vor diesen Gelübden der Rat oder das Kapitel nicht nur gehört werden, sondern seine Zustimmung geben Can. 575 § 2; 634; CC. d. 14. Jul. 1922 (AAS. 14, 528).

Zu S. 453. Art. Barraona schließt seinen Artikel (CdR a. III 205—214) mit den Worten des ME. 1918, 366. „Wir wissen, daß die Anwendung des Can. 613 aufgeschoben ist bis zur Beendigung der Durchsicht aller Privilegien der verschiedenen Genossenschaften und Institute; bis dahin können die bisherigen Privilegien ruhig weiter benützt werden,“ Vermeersch: Epitome I n. 615.

Zu S. 479. Ein Religiose kann das Säkularisationsindult oder die Dispens von einfachen Gelübden zurückweisen (recusare), auch wenn der Generalobere das Ausführungsdekret des Restriptes gemäß Can. 56 erlassen hat; sprechen schwerwiegende Gründe gegen die Zurückweisung, so haben die Obern an die heilige Kongregation zu berichten. A. der Religiosenkongr. v. 1. Aug. 1922 (AAS. 14, 501.)

Zu S. 261 und 275. Wenn Frauenorden, deren Gelübde in manchen Gebieten nach der Vorschrift des Apostolischen Stuhles einfache sind, ein neues Kloster in anderen Gebieten gründen ohne diese Vorschrift, so sind die Gelübde feierliche, die Genehmigung des Heiligen Stuhls vorausgesetzt (I). Für bisherige fehlerhafte Neugründungen wurde vom Heiligen Vater die Sanierung gewährt (II). — Rekurs an den Apostolischen Stuhl ist notwendig: a) für die Entscheidung, ob bei Neugründungen der Frauenklöster mit feierlichen Gelübden und päpstlicher Klausur diese beiden Rechtsverhältnisse bleiben (III); b) wenn eine Neugründung stattfindet für Gebiete mit der Sondervorschrift des Can. 488 n. 7 (also mit einfachen Gelübden) S. C. RELIG. d. 11. Oct. 1922 (AAS. 14, 554).

GTU Library
2400 Ridge Road
Berkeley, CA 94709
For renewals call (510) 649-2500

All items are subject to recall.

GTU Library



3 2400 00685 5773

LIBRARY USE ONLY

24101

